

Online-Anhang

Philipp Wolter

Neoliberale Denkfiguren in der Presse

Wie ein Wirtschaftskonzept die
Meinungshoheit eroberte

Metropolis-Verlag

Marburg 2016

ISBN 978-3-7316-1220-9

Anhang 1: Materialsammlung Längsschnittanalyse

I. „Spiegel“-Artikel von 1983 mit neoliberaler Botschaft¹

Rentenversicherung vor dem Bankrott (21.02.1983) ■

Bald kracht es in der Rentenversicherung. Die Zahl der Alten wächst ständig, für die Aktiven wird es zunehmend schwieriger, die Renten zu finanzieren. CDU- wie SPD-Politiker versprechen „sichere Renten“ – und können nicht einmal krasse Ungerechtigkeiten abbauen: die teure und opulente Überversorgung der Staatsdiener.

Kritik an Privilegien der Staatsbeschäftigten (mit sozialer Stoßrichtung) und Verbandsdemokratie. „Bei den bislang Privilegierten, dort, wo sich zuviel des Guten angehäuft hat, müßte zugunsten der Rentenversicherung abgebaut werden – eine Aufgabe, die in der bundesdeutschen Verbands-Demokratie kaum lösbar erscheint“; „Die Altersversorgung hat inzwischen eine Art indisches Kastenwesen in die deutsche Gesellschaft eingeführt ...“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022533.html>

FRANKREICH: Gefühl der Einsamkeit (09.05.1983)

Zwei Jahre nach der Machtübernahme der Linken sind Sozialisten und Kommunisten über die Bilanz der eigenen Regierung enttäuscht. Alte Widersprüche brechen auf, neue Sozialkonflikte kündigen sich an.

Scheitern sozialistischer Wirtschaftspolitik. „Drei Abwertungen des Franc, ein Rekorddefizit im Außenhandel von 93 Milliarden Franc für 1982, fast zehn Prozent Inflation, gut zwei Millionen Arbeitslose – die Bilanz der sozialistischen Wirtschaftspolitik mußte alle enttäuschen, die geglaubt hatten, die Linke habe die besseren Rezepte gegen die Krise. Ende März mußte sich die Regierung gar in ein Sanierungsprogramm von geradezu konservativem Zuschnitt flüchten, das weniger die Reichen im Lande trifft: höhere Steuern, Zwangsanleihe, Sonderabgaben auf Tabak und Alkohol, Verteuerung von Strom, Gas und Telephon – und vor allem drastische Devisenrestriktionen für den Urlaub im Ausland. Die Vision von mehr Wohlstand für alle entschwand in der Ferne“; Der sozialistische Abgeordnete Christian Goux, von Haus aus Wirtschaftsprofessor, sollte vor der Nationalversammlung Delors' unbequemen Sparplan im Namen seiner Fraktion verteidigen. Statt dessen empfahl er kaum verhüllt protektionistische Maßnahmen und gleichzeitig Steigerung der Kaufkraft. Daß derartige Empfehlungen nicht ins Konzept des Wirtschaftsministers passen, mußte allen Volksvertretern klar sein. Genau wie die Erkenntnis, daß die Zeit der sozialen Wohltaten und Geschenke endgültig vorbei ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018211.html>

DDR: Meistens zu spät (16.05.1983)

Chronischer Mangel an Arbeitskräften zwingt DDR-Betriebe verstärkt zur Rationalisierung.

Keine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus. „So gibt es nach Auffassung von Siegfried Tannhäuser, Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates für sozialistische Betriebswirtschaft bei der Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften, überhaupt ‚keinen Arbeitskräftemangel‘ in der DDR-Industrie, ‚sondern einen Arbeitsplatzüberschuß‘. Die Tannhäuser-Formel drückt mit anderen Worten aus, was westliche Ökonomen seit langem als ‚verdeckte Arbeitslosigkeit‘ in den sozialistischen Ländern benennen: ‚Wegen der komplizierten und verzerrten Preisstruktur‘, formuliert Heinz Vortmann vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in West-Berlin, ‚ist die Effizienz gar nicht zu berechnen und damit auch nicht, ob der Mann an seinem Arbeitsplatz nicht möglicherweise mehr kostet, als er bringt.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018781.html>

Kinder-Gulag im Sozialstaat Schweden (01.08.1983) ■

Allmächtige Sozialämter nehmen Eltern mit Gewalt ihre Kinder weg, um sie in staatliche Fürsorge zu geben. Täglich geraten fünf Kinder auf diese Weise unter Staatskuratel. Gegen alle Proteste von Eltern und Anwälten hält der schwedische Wohlfahrtsstaat an dieser Praxis fest. Hilfe wird nun aus Straßburg erwartet.

¹ Zitate sind normal, Paraphrasen kursiv gesetzt. Thema und Stoßrichtung einiger Artikel gehen aus Überschrift, Vorspann und einigen Zeilen bereits eindeutig hervor, in diesen Fällen wird auf Paraphrasen verzichtet. Meist stehen am Anfang des Haupttextes jedoch einige Stichworte, aus denen hervorgeht, warum der Text verwendet wurde. Um die Darstellung kompakt zu halten, werden längere Zitate auch dann fortlaufend wiedergeben, wenn im Original zwischendurch ein neuer Absatz beginnt. Artikel, die für die Auswertung nach einzelnen Themenbereichen in Abschnitt 5.8 herangezogen wurden, sind mit folgendem Farbcode gekennzeichnet:

- = Bürokratiekritik (Abbildung 9),
- = Subventionskritik (Abbildung 10),
- = ‚Public Choice‘ (Abbildung 11),
- = Wettbewerb etc. (Abbildung 12),
- = Sozialstaatskritik (Abbildung 13).

„Nirgends im Westen ist der Sozialstaat so total geworden wie in diesem Land, das ansonsten nicht müde wird, Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen der Welt anzuklagen“; „In Schweden, befand die Stockholmer Oberlandesgerichtsrätin Brita Sundberg-Weitman, „vergehen sich die Behörden mit physischer Gewalt und psychischer Tortur an Kindern. Die Behörden reißen Kinder willkürlich aus dem Elternhaus.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019042.html>

WECHSELKURSE: Ohne Teppich (01.08.1983)

Deutsche Außenhändler kamen mit dem Auf und Ab der Wechselkurse bislang gut zurecht – und verdienen zum Teil daran.

Bedenken bezüglich flexibler Wechselkurse haben sich nicht bestätigt. „Das System, das den Außenhändlern eine sichere Kalkulation von Einnahmen und Ausgaben zu erlauben schien, hatte eine entscheidende Schwäche: Geriet eine Währung in Abwertungsverdacht, setzte eine Flucht aus dieser Währung ein. Umgekehrt stürzten sich immer wieder die Spekulanten auf eine aufwertungsverdächtige Währung“; „Gerade bei festen Kursen, urteilt BGA-Chef Hartwig, seien kräftige Kurssprünge unvermeidlich. Dadurch würde der Außenhandel ‚noch riskanter‘. Hartwigs Verbandskollege Jens Petersen, beim BDI in Köln zuständig für Währungspolitik, verweist auf das ‚abschreckende Beispiel‘ des Europäischen Währungssystems EWS, das auf festen Kursen innerhalb bestimmter Bandbreiten basiert. Auch im EWS würde zweimal im Jahr auf- oder abgewertet: Allein in den vergangenen zwei Jahren hätte etwa der Franc über 25 Prozent seines Wertes gegenüber der Mark verloren. Und dabei müßte die deutsche Wirtschaft, so Petersen, häufig einen ‚politischen Preis‘ zahlen. So ist etwa bei der letzten Neufestsetzung der Kurse im März die Mark stärker aufgewertet worden als nötig war, nur um den Franzosen eine größere Abwertung zu ersparen. Deutsche Exporte wurden ‚über Gebühr‘ (Petersen) belastet. Längst haben die Finanzmanager der großen Konzerne inzwischen ein weiteres gutes Argument für flexible Kurse: Am Auf und Ab der Währungen läßt sich zusätzliches Geld verdienen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018835.html>

EG: Bewährte Rezepte (01.08.1983) ■

In Brüssel soll gespart werden. Das vorläufige Ergebnis des Bemühens: Mehr Bürokratie.

„Doch die Brüsseler beschlossen, statt dessen lieber auf bewährte Bürokraten-Rezepte zu setzen, auf mehr Protektionismus nach außen und mehr Planwirtschaft nach innen“; „Fraglich bleibt ohnehin, ob die totale Planwirtschaft nach Brüsseler Modell überhaupt funktioniert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019059.html>

AKTIEN: Neue Namen (01.08.1983)

Zunehmend besorgen sich Unternehmen, die bislang den Gang an die Börse scheuten, Kapital über die Ausgabe neuer Aktien.

Förderung des Aktienmarktes, um die Kapitalallokation zu verbessern, wird befürwortet. „Die Bonner Koalition will die Neuausgabe von Aktien überdies durch eine Steuererleichterung fördern. Im Kabinett ist die steuerliche Abzugsfähigkeit der neunprozentigen Emissionskosten beschlossene Sache. Sinn macht diese Bonner Initiative durchaus. Vor allem mittelständische Spitzenverdiener legen ihr Geld mit Vorliebe in Immobilienprojekten oder fragwürdigen Steuerspargesellschaften an. Diese volkswirtschaftlich fehlgeleiteten Mittel werden den Unternehmen, denen es an Eigenkapital mangelt, vorenthalten. Der Trend ließe sich womöglich umkehren, wenn Bonn, wie geplant, die steuerlichen Vergünstigungen für dubiose Anlage-Objekte weiter einschränkt und gleichzeitig die Kapitalbeschaffung über die Börse fördert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018829.html>

Staatgeld für die falschen Schiffe (19.09.1983) ■

SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über den Niedergang der deutschen Werftindustrie

Kritik an Subventionsmentalität. „Je länger sie an der Küste das Prestige des Werftherren genossen, desto mehr nahmen sie die Haltung von Staatstheater-Intendanten an: Stücke zu machen, für deren Defizite der Staat aufkam. Der allgemeine Subventionswahn verdarb die Preise und die Sitten“; „Trotz aller Unbill an den Märkten ist für die Geschäftslage eines Unternehmens nicht der Bürgermeister einer Stadt verantwortlich, in der das Unternehmen steht. Nach dem Aktienrecht und nach den Regeln der Marktwirtschaft ist dafür der Vorstand verantwortlich. Und die meisten Werftvorstände haben, als es noch Zeit war, falsche Entscheidungen getroffen oder gar keine.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020564.html>

Wer nicht arbeitet, wird schneller alt (24.10.1983)

Arbeitsminister Norbert Blüm will das Rentenalter auf 58 Jahre senken. Der Arbeitsmarkt würde jedoch nur wenig entlastet, die gesellschaftlichen Konsequenzen wären fatal. Arbeitsfähige werden dann aus ihren Jobs vertrieben; die Zahl der Aktiven würde noch kleiner, die Schar der Ausgemusterten noch größer.

Neoliberal anmutender Verweis auf knappe Finanzmittel: „Weitere Reserven aber, um den Werkträgern weniger Wochenarbeit und den Älteren einen früheren Ruhestand zu beschern, sind nirgendwo versteckt – weder bei den

Unternehmen, deren Erträge keine großzügige Umverteilung mehr zulassen, noch bei den öffentlichen Händen, deren Verschuldung schon hoch genug ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023984.html>

Ungeborgenheit, Isolierung und Verzweiflung (24.10.1983) ■

SPIEGEL-Redakteur Wulf Küster über wuchernde Bürokratie und Bevormundung in Schweden

Staat engt persönliche Freiheit drastisch ein. „Und direkte Subventionen für Privathaushalte gewähren Schwedens Sozialämter ja in tausend und einer Art“; „Wer sich mies fühlt, aus welchen Gründen immer, hat nicht ein Defizit an Bedürfnisbefriedigung, individuell und persönlich, ihm fehlt vielmehr Hilfe, die natürlich von außen kommen muß. Zur Hilfestellung verpflichtet hat sich der Staat, die anonyme Bürokratenschar“; „Und die meisten Schweden lassen sich willig fallen, wissend, daß das engmaschige Netz staatlicher Fürsorge Schutz vor einem Sturz bietet und sich dann auch noch als bequeme Hängematte eignet“; „Doch das hehre Ideal der Egalité, die den einzelnen frei machen sollte, ist heute weitgehend zu spießiger Gleichmacherei verkommen, die dem Individuum eine Zwangspause verpaßt; des Staates Bürokratie, unmittelbarer Verwalter und Spender allumfassender Wohlfahrt, ist zu einem gigantischen Apparat ausgewachsen, der heute schon in weiten Bereichen purer Selbstzweck ist und immer schwerer kontrollierbar und auch finanzierbar sein wird“; „Wenn der Staat Leistungen anzubieten hat, die oft im Gewand des sozialen Fortschritts einherkommen, scheut er nicht davor zurück, auch mit Zwang dafür zu sorgen, daß die Leistung angenommen wird“; „Für Individualität bleibt kein Platz, alles ist geregelt, Spontaneität verpönt“; „So ein totaler Wohlfahrtsstaat kostet immens viel Geld.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024097.html>

SPIEGEL Gespräch: „Hier droht eine fürchterliche Gefahr“ (24.10.1983) ■

Schwedens Ministerpräsident Olof Palme über die totale Erfassung des Bürgers im Sozialstaat

Hartnäckige Nachfragen der Redakteure zum Thema Bürokratie. Schweden sei immer als vorbildlich gelobt worden, löse heute aber „die Horrorvisionen eines totalen Überwachungsstaates aus“. „Entbürokratisierung tut sicherlich not in Schweden“; „Dieser Wust von Zuschüssen schafft immer neue Bürokratie“; „Der Hauptgrund für die wuchernde Bürokratie liegt sicherlich in der schwedischen Reglementierungswut“; „Das scheint doch eher eine Verniedlichung des Problems ausufernder Bürokratie zu sein“.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024101.html>

GRIECHENLAND: Klima der Angst (24.10.1983)

Firmeninhaber und Wirtschaftsbosse fühlen sich von den Sozialisten drangsaliiert, die Sozialisten hingegen bezichtigen die Industriellen staatschädigenden Verhaltens.

Kritische Darstellung der sozialistischen Wirtschaftspolitik. Der öffentliche Sektor sei „überwuchert“ und arbeite unproduktiv; kritisch betrachtet werden allerdings auch die Unternehmer. „Unter den Sozialisten wurden öffentliche, gemeinnützige und sogenannte ‚sozialisierte‘ Betriebe wie auch Genossenschaften, Kommunalbetriebe und ‚Volksbeteiligungsgesellschaften‘ reichlich mit Krediten versorgt und mit fetten Staatsaufträgen bedacht – oft ohne die geforderte öffentliche Ausschreibung. Massive staatliche Eingriffe in die Wirtschaft engten den Spielraum der Privatinitiative weiter ein und verschlechterten die Chancen der Industrie.“; „Das Interesse der Sozialisten an Geschäftsgeheimnissen der Industriellen mit ihren ausländischen Partnern ist nicht ganz unbegründet: Die Industriellen zählen zu den etwa 500 000 Griechen, die immer Wege fanden, sich der Devisenkontrolle wie auch dem Zugriff des Finanzamtes zu entziehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024101.html>

ALTERSVERSORGUNG: Ei des Kolumbus (31.10.1983) ■

Beamtenpensionen müssen den Sozialrenten angeglichen werden, fordert eine Expertenkommission. Anders sei das Altersversorgungssystem nicht mehr zu retten.

Besitzstandswahrer, gerade FDP. „Ob es etwas helfen wird, ist gleichwohl fraglich. Auch nach der Wende von Bonn stammt die größte Gruppe unter den Parlamentariern aus Beamtenberufen. Und außerdem sitzt FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher in der Regierung. Auf die Freidemokraten aber war, wenn es um die Bewahrung von Beamtenprivilegien ging, noch immer Verlaß.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024251.html>

FRANKREICH: Kongreß der Wahrheit (07.11.1983)

Auf dem Parteitag in Bourg-en-Bresse brachten Regierung und Parteispitze die eigenen Genossen auf Vordermann.

Versagen sozialistischer Politik. „Doch schon 1982 geriet die Politik der sozialen Geschenke und der scheinbar unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten ins Schleudern, und seit dem vergangenen Frühjahr, nach der dritten Franc-Abwertung in zwei Jahren, mußte auch die Pariser Regierung Ausgaben kürzen und Steuern erhöhen – stärker noch als

die konservativen Nachbarn.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022455.html>

HAMBURG: Alle Kraft zusammen (19.12.1983)

Fast wäre der Hamburger Etat 1984 am Widerstand der SPD-Linken gescheitert. Die CDU will Verfassungsklage erheben.

Kritik an keynesianischer Beschäftigungspolitik. „Mit dieser antizyklischen, das heißt gegen den Verlauf einer schrumpfenden Konjunktur gerichteten verstärkten Ausgabentätigkeit seien Dämme gegen die Arbeitslosigkeit errichtet worden. Gemessen am Aufwand, waren die Ergebnisse dieser Politik dürftig. Denn ehemals hatte Hamburg neben Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote im Land, jetzt sind hier 10,6 Prozent ohne Arbeit. 1,8 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt. Nach Bremen und dem Saarland zählt Hamburg heute zu den arbeitsmarktpolitischen Notstandsgebieten“; „In Wahrheit war Hamburg vor allem um die Vollbeschäftigung des öffentlichen Dienstes bemüht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024524.html>

FRANKREICH: Der Grat (26.12.1983)

Ein Schatten fällt auf die linke Regierung: Die Arbeitslosigkeit überschritt die Zwei-Millionen-Grenze.

Illusionäre sozialistische Wirtschaftspolitik. „Der pragmatische Wirtschaftsminister Jacques Delors schien die Notwendigkeit einzusehen: ‚Die Sanierung führt über die Streichung mehrerer tausend Arbeitsplätze.‘ Doch seine Ministerkollegen und die Gewerkschaften stemmten sich gegen den Schrumpfungsprozeß“; „Jetzt wurde das ‚Ende der Illusionen‘ (so die linke ‚Liberation‘) offensichtlich. Sie konnten nur deshalb so lange blühen, weil die Regierung den Franzosen lange etwas vorgemacht hatte. Sie zauberte dank diverser teurer Maßnahmen Arbeitslose aus der Statistik heraus, besorgte ihnen aber keinen neuen Job.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024625.html>

II. „Spiegel“-Artikel von 1986 mit neoliberaler Botschaft

Den Alterskassen ein Baby schenken? (06.01.1986)

Von Merklein, Renate

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über Bevölkerungsentwicklung und Rentenfinanzen (III)

Kritik der gesetzlichen Rente (u.a. unter Berufung auf Hayek): drohende Kostenexplosion, fehlende Kapitaldeckung, Mackenroth-Theorem infrage gestellt. „Denn jene Alterssicherungssysteme, in die der allergrößte Teil der Deutschen teils hineingelockt, meist jedoch mit Staatsgewalt hineingezwungen wurde, sind heute schon in permanenten finanziellen Schwierigkeiten. Die gesetzlichen Rentenversicherungen, so beteuern die jeweiligen Bundesminister für Arbeit und Soziales zwar seit Jahrzehnten, seien ‚sicher‘ oder seien nun ‚gesichert‘, wenn gerade einmal wieder eines der allfälligen Rentensanierungs-Programme abgelaufen war. Doch der Wahrheitsgehalt solcher Behauptungen ist weit geringer als der des täglichen Wetterberichts.“; „Der Aufpreis für das reichlich zweifelhafte Vergnügen, sozial statt privat für das Alter gesichert zu sein, kann zudem leicht weit höher ausfallen, als die Kalkulatoren bislang veranschlagt haben. Schätzungen über das Preis-Leistungs-Verhältnis, das die Rentenversicherung ihren jüngeren, noch zahlenden Zwangsmitgliedern zumutet, gehen allesamt von der Annahme aus, daß die heutigen Arbeitnehmer im Alter ein genauso hohes Versorgungs-Niveau wie die jetzigen Rentner erhalten. Das aber wird kaum möglich sein. Denn das Versprechen auf Gegenleistung, das die staatlichen Rentenkassen ihren Beitragszahlern geben, ist durch keinerlei Sicherheiten, durch kein Kapital mehr gedeckt. Die Rentensysteme, die offiziell noch immer den Namen ‚Versicherung‘ führen, haben unterdes jede Art von Versicherungscharakter verloren. Sie sind statt dessen zu einer gewaltigen Umverteilungsmaschinerie degeneriert, die ihre Rentenzusagen nur solange einhalten kann, solange es genügend neue Beitragszahler gibt. Genügend neue Beitragszahler aber wird es wegen der seit 1965 erst langsam, dann sturzartig gesunkenen Geburtenrate schon von den frühen 90er Jahren an nicht mehr geben.“; „Es würde nämlich bedeuten, daß Durchschnittsverdiener schon im Jahre 2000 – bei sonst unveränderten direkten wie indirekten Steuer- und Sozialabgabesätzen – von ihrem gesamten ‚Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit‘ (das ist der Bruttolohn zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen) bereits 53 Prozent an den Staat abführen müßten (siehe Graphik Seite 72). Wahrscheinlich droht mehr, da auch die anderen Lasten noch weiter zunehmen könnten. Bei jenen, deren Einkommen aus unselbständiger Arbeit zwar oberhalb des Durchschnitts liegt, aber noch keine gewaltigen Höhen erreicht, würde vor allem die marginale Belastung, also die Belastung jeder zusätzlich verdienten Mark, ein schwindelerregendes Ausmaß erreichen: 90 Prozent von jeder Einkommensteigerung würden bei solchen ‚mittleren‘ Verdienern konfisziert, wie Karl Heinz Jüttemeier und Hans-Georg Petersen vom Kieler Institut für Weltwirtschaft errechnet haben. Damit aber entstände der Anreiz zu einer Massenflucht in die Schwarzarbeit, was – so die Kieler Forscher – die Einnahmen der Rentenkassen ‚mehr denn je begrenzen und möglicherweise zu einem totalen Kollaps des Sozialversicherungssystems führen könnte‘.“; „Ob bei solch einem konfiskatorischen Abgabesystem noch irgend jemand freiwillig außerhalb der sogenannten Schattenwirtschaft arbeiten würde, darf füglich bezweifelt werden.“; „Für die noch jüngeren und jungen deutschen Bürger ist die Zwangsmitgliedschaft in der staatlichen Altersversicherung gleich doppelt fatal. Weil dieses Sicherungssystem ihnen möglicherweise nur noch eine bescheidene Grundrente bietet, müßten sie eigentlich durch privates Sparen in erheblichem Umfang zusätzlich vorsorgen. Das aber können sie in der Regel nicht oder doch nicht in ausreichendem Maße, weil die hohen Rentenversicherungsbeiträge ihr Einkommen allzusehr schmälern.“; „Daß die staatliche Rentenversicherung anders als jede private keinerlei Kapitaldeckung mehr habe, entspräche – so heißt es etwa im Rentenreformpapier der SPD – ‚der volkswirtschaftlichen Erkenntnis‘, wonach ‚die Mittel für die Leistungen stets nur dem aktuell erwirtschafteten Sozialprodukt entnommen werden können‘. Und Blüm behauptet, Renten müßten ohnehin ‚immer aus der Arbeit der jetzt Erwerbstätigen finanziert‘ werden.“; „Das alles verrät ein bedrohlich geringes Problembewußtsein. Und es offenbart einmal wieder jene gefährliche Harmonie, zu der sich Politiker aller Farben im sozialen Bereich schon immer verstanden, jedenfalls dann, wenn das Verteilen von Geldern und die Geringschätzung künftiger Lasten anstanden.“; „Daß damit die Zahl ihrer Rentner stärker als die der Beitragsentrichter steigt, wirft eine solide Versicherung nicht so leicht aus den Bahnen. Jede private Altersversicherung beispielsweise muß das sogar von Gesetzes wegen strikt garantieren. Sie muß die Ansprüche ihrer heutigen und künftigen Rentner durch Kapitaldeckung so absichern, daß die zugesagten Pensionen auch dann gewährleistet sind, wenn ihr keine neuen Beitragszahler mehr zuwachsen.“; „Die Misere der deutschen Altersversorgungssysteme wurde programmiert als die Rentenpolitiker, unterstützt von einem Teil der Wissenschaft, die Versicherungs- und Vorsichtsprinzipien für unnütz erklärten. Schon mit jener Rentenreform von 1957, die heute gemeinhin ‚die Große‘ genannt und von jeder der etablierten Bundestagsparteien als ihr Werk reklamiert wird, begann in Wahrheit die Krise.“; „Keine andere gesellschaftswissenschaftliche Theorie ist von Politikern so schnell, so bereitwillig und so kritiklos aufgesogen worden wie die schon dem Augenschein und jeder Alltagserfahrung widersprechende Lehre, daß Sparen für die Altersversorgung nutzlos sei. Und seither regiert in der Rentenpolitik, die eigentlich an der ganz langen Frist orientiert sein müßte, nur noch das Hier und das Jetzt. Seither läuft mit fast zwanghafter Gesetzmäßigkeit jene Entwicklung ab, die der Gesellschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek vor vielen Jahrzehnten schon als Folge einer solchen Organisation der Alterssicherung prognostiziert hatte: Renten würden dann mehr und mehr, so hatte von Hayek prophezeit, ‚nicht nur jenen gewährt, die durch ihre Beiträge einen Anspruch darauf erworben haben, sondern auch denjenigen, die noch nicht lange genug eingezahlt haben‘. Diese ‚völlige Aufgabe des

Versicherungscharakters‘ müsse unausweichlich ‚das ganze System zu einem Werkzeug der Politik, zu einem Spielball für stimmenfangende Demagogen machen‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13515647.html>

Den Alterskassen ein Baby schenken? (13.01.1986)

Von Merklein, Renate

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über Bevölkerungsentwicklung und Rentenfinanzen (IV)

Unbezahlbare Rentenversicherung, verantwortungslose und inkompetente (Sozial-)Politiker, überzogene Lohnpolitik, Verweis auf Rentenreformen in USA und Großbritannien. „Denn eine steigende Lebenserwartung gerade der älteren Bürger verlängert die sogenannten Rentenlaufzeiten und verteuert damit im Trend die Lasten, die bei einer umlagefinanzierten Alterssicherung von den Jungen getragen werden müssen; bei der privaten Assekuranz sind die Prämien im Vorwege mit hohen Sicherheitszuschlägen für eine eventuelle Lebensverlängerung kalkuliert, da diese Unternehmen das, was ihre Rentner später bei verringerter Sterblichkeit zusätzlich kosten, nicht ihren dann noch aktiven Beitragszahlern anlasten dürfen.“; „In Deutschland haben sich die Rentenlaufzeiten allerdings bislang weit mehr verlängert, als durch die steigende Lebenserwartung erklärbar wäre. Grund: Die Politiker haben leichtfertig und ohne Not das Pensionierungsalter immer weiter herabgesetzt – zuallererst ausgerechnet bei den Frauen, deren Renten sich ohnehin wegen der stark steigenden Lebenserwartung sehr verteuerten.“; „Die Rentenreform von 1972 – wie alle leichtfertigen sozialpolitischen Gesetze einstimmig vom Bundestag beschlossen – brachte den Männern, die bis dahin bis zum 65. Lebensjahr schaffen mußten, das Recht auf eine vorgezogene Pensionierung mit 63 ohne Rentenabschlag.“; „Da aber zugleich der Erwerb eines Behindertenpasses erheblich erleichtert worden war, hinterließ das neue Rentenrecht in der Versehrtenstatistik so dicke Spuren wie früher nur Seuchen und größere Kriege. 1981, nur zwei Jahre nach der Einführung des neuen Pensionsrechts, besaß schon fast jeder zweite unter den 60 bis 62jährigen männlichen Deutschen einen Behindertenpaß und damit das Recht auf Frühpensionierung.“; „Die ständige Verjüngung der Pensionäre hat vor allem anderen die Rentenkosten in die Höhe getrieben und macht sie auf Dauer untragbar – um so mehr, als die steigende Lebenserwartung grade der älteren Bürger ohnehin die sogenannten Rentenlaufzeiten verlängert und damit im Trend die Altenlast verteuert hatte.“; „Wer die Voraussetzung erfüllt, geht in der Regel so früh wie möglich in Pension, schon des Rentenbonus wegen, der dabei winkt. Denn Bürger können – anders als Politiker – gut rechnen. Sie sind zudem mitnichten so edel-hilfsbedürftig-blöde, wie sich das Bonner Sopos immer denken. Sie wissen vielmehr ihren Vorteil mit viel Pffiffigkeit zu nutzen.“; „Zugleich drückten die steigenden Beitragssätze zur sozialen Alterskasse sowie die zunächst noch sicher erscheinende Aussicht auf eine hohe Sozialrente das zusätzliche private Alterssparen nieder. Beides zusammen, das Entsparen der Rentenversicherung und ihr negativer Einfluß auf das private Alterssparen, habe in der Bundesrepublik tendenziell – so Bundesbankier Schlesinger – das ‚Angebot an wirklich langfristig verfügbarem Geldkapital‘ verringert, ‚auf das es im Hinblick auf viele nur langfristig zu planende Investitionsvorhaben in der Volkswirtschaft ankommt‘. Die Rentenpolitik hat also mit dazu beigetragen, daß langfristiges Investitionskapital knapp und teuer wurde. Das wiederum hat den bösen Effekt noch verstärkt, den die eifrigen Pensionsverteiler von Bonn ohnehin durch die kräftige Heraufsetzung der hälftig vom Arbeitgeber zu zahlenden Beiträge zu den Alterskassen und die damit verbundene Zunahme der sogenannten Lohnnebenkosten hervorgerufen hatten. Denn damit wurden die ohnehin durch eine zu expansive Lohnpolitik hochgetriebenen Arbeitskosten noch weiter über den gleichzeitig erreichbaren Leistungszuwachs hinaufgedrückt. Kräftig ansteigende Arbeitskosten bei gleichzeitig verknapptem Kapital aber wirken doppelt schädlich für die Beschäftigung.“; „Mit der immer früheren Verrentung von Bürgern wurde sozusagen ein Anreiz zu einer expansiven Lohnpolitik geschaffen, die auf Dauer für die Beschäftigung immer gefährlich ist. Denn damit konnten die Gewerkschaften die Illusion hegen und verbreiten, daß solch eine Lohnpolitik folgenlos bliebe.“; „Denn überall – ausgenommen Japan – hatten die Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg die reine Umlage als Finanzkonzept der staatlichen Rentensysteme eingeführt. Überall sind die Politiker den Versuchungen, die ein solches Finanzierungsverfahren in guten Zeiten bietet, erlegen – wenn auch kaum irgendwo in dem Maße wie die Deutschen.“; „In Amerika ist schon im Jahre 1983 auf Antrag und mit Zustimmung beider Kongreßparteien per Gesetz festgelegt worden, daß das Pensionsalter für die 1938 und danach Geborenen stufenweise bis auf 67 heraufgesetzt wird. Dazu ist jetzt schon festgelegt und angekündigt worden, daß diese Erwerbstätigen mit bis zu 30 Prozent Abschlag bei der Pension rechnen müssen, wenn sie auf eine Frühverrentung spekulieren. Die englische Regierung hat im Herbst vergangenen Jahres ein detailliertes Programm vorgelegt, das die auch in Großbritannien steigende Alterslast für die jetzt Jungen und die künftigen Generationen erträglicher machen soll. Wichtigste Programmpunkte: ein allmähliches Abschmelzen des Rentenniveaus, das bislang von dem allerdings noch relativ jungen staatlichen Zusatzrentensystem ‚Serps‘ (state earnings-related pensions system) neben einer sehr bescheidenen Grundrente geboten wird. Und: Anreize zu privater Zusatzversorgung, ja sogar die Möglichkeit, aus den staatlichen Alterskassen heraus zu optieren und sich statt dessen bei der privaten Assekuranz zu versichern.“; „Jene, die ohnehin schon historische Höchstsummen an die Rentenversicherung abführen und damit ihre eigene Pension bereits zu über 100 Prozent selbst finanzieren müssen, werden nun noch einmal im Namen der Alterssicherung zur Kasse gebeten. Sie müssen nun auch noch mit höheren Steuern als sonst nötig wären die Prämien für das Hervorlocken künftiger Beitragszahler aufbringen. Und da ist noch etwas: Alexander Rüstow hatte während einer Diskussion um bevölkerungspolitische Maßnahmen in den 50er Jahren einmal gesagt, Eltern, die dem Staat gegen Bares ein Baby

schenkten, täten ihm leid – ,und noch mehr die Kinder solcher Eltern‘. Dem ist wirklich nichts hinzuzufügen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516305.html>

EG: Hoher Preis (13.01.1986)

Der Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft bläht den Brüsseler Beamten-Apparat weiter auf.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516457.html>

FRANKREICH: Äußerst negativ (20.01.1986)

Frankreichs bürgerliche Opposition will nach einem Wahlsieg im März die verstaatlichten Unternehmen wieder privatisieren.

Staatwirtschaft nicht praktikabel. „Doch schon bald war auch den hartnäckigsten Ideologen klar, daß die Staatskasse den Kapitalbedarf auf Dauer nicht decken konnte. So begann die Regierung, einen Teil des Staatseigentums wieder zu privatisieren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517228.html>

LANDWIRTSCHAFT: Politisch gefährlich (03.02.1986)

Bonn sucht einen Ausweg aus dem Agrardilemma. Das einzig Vernünftige – mehr Marktwirtschaft – wagt kein Verantwortlicher in der Hauptstadt vorzuschlagen.

„Das System, die Einkommen der europäischen Bauern über hohe, garantierte Preise für ihre Erzeugnisse zu sichern und zu steigern, ist endgültig gescheitert.“; „Überquellende Lager oder Exportgeschäfte, bei denen die EG ihre hohen Preise auf das Weltmarktniveau heruntersubventionieren muß, sind das Ergebnis.“; „Je mehr die Verwaltung und Verwertung der Überschüsse frißt, desto weniger bleibt den Landwirten.“; „Das absurde Ergebnis: Eine Subvention würde durch eine andere, eine höhere, ersetzt.“; „Stoltenbergs Weigerung, kein zusätzliches Geld zu zahlen, mag in Bonn niemand ernst nehmen. Schon 1984, als die EG die Milchbauern rupfte, war der Finanzminister eingeknickt. Bis 1991 verteilt er über 22 Milliarden Mark an Steuervergünstigungen.“; „Wahljahre sind erst recht keine Zeiten, in denen man sich knausrig zeigt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516306.html>

SOWJET-UNION: Tür zu (03.02.1986)

Ein sowjetischer Professor bereitet die Werktätigen auf Massenentlassungen vor – Folge von Gorbatschows Modernisierungsplänen.

Ineffizienz des Sozialismus. „Niemand brauchte Angst zu haben, deswegen gefeuert zu werden. Denn die Direktoren haben kein Interesse, die Personalkosten zu senken, auch nicht durch Rationalisierung, weil dann ihre eigenen Gehälter sinken: Die bemessen sich oft noch nach der Zahl der Untergebenen. Zudem beziehen Heerscharen überflüssiger Wärter, Kontrolleure, Aufpasser, Nachrechner und Behördenangestellter ihr Gehalt für schieres Nichtstun. Werk tätige hüten, wie jetzt die ‚Iswestija‘ notierte, manchmal nur Bürotüren (‚Tür zu!‘) oder geben in Schuhläden ganz unnötig Einkaufskörbe aus.“; „Das Resultat solch bequemer Verhältnisse: Die Arbeitsproduktivität in der UdSSR erreicht nur ein Drittel derjenigen in den USA; legt man den offiziellen Wechselkurs zugrunde, liegen die Löhne fast alle unter der amerikanischen Armutsgrenze.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516559.html>

Wir sind ein Volk unter der Käseglocke (10.02.1986)

Tschechoslowakei: Die Angst der Partei vor Reformen machte das Land zur politischen und kulturellen Einöde. Die Erinnerungen an den Prager Frühling von 1968 sind gewaltsam verdrängt, das Volk, das einst dem Reformler Alexander Dubcek zugejubelt hatte, flüchtete in ein kleinbürgerliches Privatleben. Die Partei, ängstlich um Moskaus Anerkennung bemüht, wird jetzt vom Kreml-Chef Gorbatschow zur Modernisierung gezwungen.

Ineffizienz des Sozialismus. „Politische Konsequenzen, etwa die Betriebe von den Planaufgaben zu befreien und Erfindungsgeist und tüchtiges Management zu honorieren, wurden nicht gezogen. Die von der UdSSR übernommene ‚Tonnen-Ideologie‘ sorgt zudem dafür, daß die Waren altmodisch bleiben: Für die Planerfüllung sind Gewicht und Umfang eines Produktes wichtiger als Präzision und leichte Handhabung. Beispiel: Eine Traktorenfabrik in Brno. Dort werden seit über dreißig Jahren Landmaschinen hergestellt, die ihre Stabilität durch das hohe Gewicht der Fahrzeuge bekommen. Ständig klagten Kunden darüber, daß sich diese Traktoren bei nassem Wetter auf schwerem Boden nicht einsetzen lassen. Werksingenieure entwickelten daraufhin ein Modell, das genauso stabil, aber wesentlich leichter ist und weniger Benzin verbraucht. Doch das Modell ging nie in Serie, denn die Neuerung hätte einer Veränderung des Produktionsablaufs bedurft. Das war sowohl der Werksleitung wie den Arbeitern zu riskant – die Fabrik hat ohnehin ein Marktmonopol, der Plan ließ sich auch mit dem Schwergewicht erfüllen. Resultat: Die CSSR hält den Ostblockrekord an unverkäuflichen Lagerbeständen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517230.html>

SPEDITEURE: Straffes Reglement (10.02.1986)**Aufregung im Lastwagen-Gewerbe: Die freie Marktwirtschaft soll eingeführt werden.**

Kartell- und Regulierungskritik. „Die EG-Politiker wollen den deutschen Lkw-Spediteuren ein Privileg nehmen, mit dem sie mehr als ein halbes Jahrhundert lang nicht schlecht gefahren sind: In kaum einem anderen deutschen Wirtschaftszweig sind die Regeln des freien Markts ganz legal so gründlich außer Kraft gesetzt wie beim Straßengüterfernverkehr. Eine Tarifkommission, die mit Vertretern des Gewerbes besetzt ist, bestimmt verbindlich für alle Betriebe die Höhe der Preise. Die Kundschaft, in einem Verladerausschuß organisiert, darf ihre Meinung kundtun. Die besteht meist in einem heftigen Wehklagen über die Höhe der Frachtraten. Mit der Genehmigung des Bundesverkehrsministeriums erlangt das Preiskartell Gesetzeskraft.“; „Eine Behörde, die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, überwacht genau die Einhaltung der Preise. Die Hüter des staatlichen Zwangskartells verfügen über viermal mehr Beamte als das Bundeskartellamt, das in der übrigen Wirtschaft für freien Wettbewerb sorgen soll. Der Zugang zur Zunft der Fuhrleute ist streng beschränkt.“; „Die ganze aufwendige Regulierung nützt da nur noch den Spediteuren. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung beruft sich in seinem letzten Jahresgutachten auf Schätzungen, daß ‚die Tarife hier wegen der einschneidenden Regulierung um etwa 30 vom Hundert bis 40 vom Hundert überhöht‘ sind. Die Wirtschaftsprofessoren folgern: ‚Eine Entregulierung dieses Verkehrsbereichs erscheint am dringendsten geboten.“; „Als besonderes Verdienst rechnet es sich Dollinger an, daß er in Brüssel zum ersten Mal das Junktim zwischen einer Integration des Verkehrsmarktes und der Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen politisch festgeschrieben habe. Das wäre ein Erfolg. Denn mit Recht verweisen die deutschen Lastwagen-Unternehmer darauf, daß ihre Konkurrenten in allen anderen EG-Staaten weniger staatliche Lasten zu tragen haben.“; „Der deutsche Minister hat zwar die ‚Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen während der Übergangszeit‘ in das Brüsseler Papier schreiben lassen. Rechtlich verbindlich ist die Koppelung dieser sogenannten Harmonisierung mit der Schaffung des freien Verkehrsmarkts aber nicht. Zwingend vorgeschrieben ist nach dem Urteil der EG-Richter allein die Verwirklichung der ‚Dienstleistungsfreiheit‘. Über die Harmonisierung müssen sich die Politiker der EG-Staaten verständigen – oder auch nicht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517023.html>

Auf Kredit gespeist und getrunken (03.03.1986)**Von Merklein, Renate****SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über die internationale Schuldenkrise**

Unproduktive Ausgaben von Politikern, Nachteile von Subventionen und Marktbeschränkungen. „Sie finanzierten damit nicht vorzugsweise staatliche Investitionen, etwa im Bereich der Infrastruktur, sondern zumeist Subventionen, die nötig wurden, weil sie die Preise für Öl wie auch für importierte Nahrungsmittel und ihre internen Zinsen auf einem niedrigen Niveau fixiert hatten. Sie bezahlten damit mehr Personalkosten, weil sie die Reallöhne vor allem für eine zunehmende Anzahl an Regierungsbediensteten ständig stark gesteigert hatten – so in den meisten afrikanischen und lateinamerikanischen Problemländern. Sie leisteten sich üppige Sozialprogramme (wie beispielsweise in Argentinien nach dem Ölschock 1973/74) und unrentable Prestige-Investitionen von lächerlicher Protzigkeit wie etwa in Peru, wo eine Pipeline gebaut wurde, deren Kapazität die der peruanischen Ölfelder bei weitem übersteigt. Sie haben also das geborgte Geld zumindest teilweise verzehrt oder fehlinvestiert. Dem Schuldkonto, das sie aufgehäuft haben, stehen nun nicht genügend neue produktive Sachanlagen oder neu erworbene Qualifikationen der Bürger gegenüber, aus deren Ertrag der Schuldendienst geleistet werden könnte.“; „Erhöhte Überwachung‘ wäre auch bei den Gläubigerstaaten angebracht. Denn die sind gerade dabei, mit verschärfter Subventionitis, mit mehr tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen die Verdienstchancen aller Entwicklungsländer und damit auch ihre bislang noch gesunden Schuldner zu gefährden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516828.html>

Die Zeit des Gesundbetens ist vorbei (10.03.1986)**Die Bonner Regierung spürt den wachsenden Zorn der Bauern**

Unvernünftige Wahlversprechen und Subventionen. „Spitzenpolitiker der Union wetteifern seither darin, sich schöne Geschenke für die Landwirte auszudenken.“; „Doch die ängstlichen Versprechen werden kaum zu halten sein. Die katastrophale Lage des europäischen Agrarmarkts, verursacht durch immer neue wahnwitzige Subventionen, läßt nun nur noch wenig Spielraum für nationale Tollheiten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517231.html>

HANDWERK: Böse Erfahrungen (17.03.1986)**Wer sich als Videofilmer oder Keksverkäufer selbständig machen will, muß auf Ärger gefaßt sein – das Handwerk wehrt sich mit strengen Zunftvorschriften.**

Ungerechtfertigte Marktzugangsbeschränkungen. „So bekommen unternehmungslustige Firmengründer, die sich in handwerksnahen Branchen selbständig machen, immer wieder Ärger mit den Standesorganisationen. Gerade weil sich die Zunftregeln zwanglos auch dem profanen Zweck fügen, lästigen Wettbewerb zu behindern, kann ein neuer möglicher Konkurrent leicht behindert werden.“; „Wer sich, wie etwa die Videofilmer, mit einem neuen Geschäft in

reglementierte Bereiche wagt, muß auf Ungereimtes gefaßt sein. Das Handwerksrecht ist derart kraus, daß sich selbst die Kammern darin nicht mehr verläßlich auskennen.“; „Da wird die Zulassungsprozedur für all jene, die nicht ins allgemeine Schema passen, vollends zum Roulett. Der Unternehmer Gunnar Carell machte ‚ganz böse Erfahrungen‘ mit der Handwerkskammer der Pfalz in Kaiserslautern.“; „Die Jungmeisterin über das Gebaren der Handwerksfunktionäre: ‚Da kommt vieles noch aus dem Mittelalter.‘ Und einiges aus dem Dritten Reich.“; „Die Meisterprüfung beeinträchtigt das Grundrecht der freien Berufswahl dann nicht, wenn von der Möglichkeit der Ausnahmegewilligung nicht engherzig Gebrauch gemacht werde. In der Praxis aber haben sich die Kammern um diesen Richterspruch wenig geschert. Anfang der siebziger Jahre wurde jede zehnte Eintragung in die Handwerksrolle mit einer Ausnahmegenehmigung begründet, heute sind es nur noch halb so viele. Lieber ziehen die Kammerbürokraten jahrelang zu Gericht, als Ausnahmen zu bewilligen.“; „Der Beamte zeigte sein Manuskript pflichtgemäß im Amt vor, und das Ministerium des Liberalen Martin Bangemann reagierte prompt und eindeutig. Um dem erwarteten Ärger mit der Handwerkslobby vorzubeugen, wurde Mirbach zum Umweltschutz versetzt.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518175.html>

COMPUTER: Alles auf links (17.03.1986)

Parteichef Michail Gorbatschow will moderne Technologie, doch mit Computern kommen die Sowjets noch immer nicht zurecht.

Ineffiziente Planwirtschaft. „Eine schnelle Reparatur läßt schon die Bürokratie nicht zu. Bevor sich ein Techniker der Service-Station in Bewegung setzt, muß der Computer-Besitzer einen Antrag bei seinem Ministerium stellen. Das wiederum kontaktiert das Herstellerministerium – ein Prozeß, der Tage, wenn nicht Wochen währen kann. Kein Wunder, daß verzweifelte sowjetische Manager versuchen, ‚nalewo‘ (auf links) an Ersatzteile zu kommen oder Techniker gegen hohe Prämien außer der Reihe zu engagieren. Die sowjetischen Computer-Produzenten, analysierte ‚Kommunist‘, sind gar nicht am Verkauf gutfunktionierender Anlagen interessiert. Je mehr sie nämlich knappe Ersatzteile verkaufen, desto höher liegen Gewinn und Prämien. Weiteres Kuriosum der Planwirtschaft: Betriebe schaffen auf Anordnung der Planbehörde Computer an, die sie gar nicht nutzen können, weil es an Personal und Programmen fehlt. Viele Computer, so kritisierte der Leiter des Rechenzentrums im ukrainischen Amt für Statistik, verstauben in den Lagerräumen von Apotheken oder stehen in Fabriken nutzlos herum.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518381.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Die armen Bauern (31.03.1986)

Von Kaden, Wolfgang

Neoliberale Kritik (Subventionen, Interessenverbände) – mit sozialer Stoßrichtung. „Denn es dürfte wohl kaum eine andere Standesvertretung geben, in der die Anführer so ungeniert fürs eigene Konto Politik machen, wie dies beim Bauernverband der Fall ist: Die Heeremans & Co., die vorgeben, die Interessen der gesamten Landwirtschaft wahrzunehmen, vertreten in Wahrheit nur sich selbst. Wir wissen ja längst, daß es am Geld nicht liegen kann, wenn die Landwirte wieder mal toben. Mit nahezu naturgesetzlicher Sicherheit steigt der Subventionsaufwand für die Landwirtschaft; die EG steht wieder mal vor der Zahlungsunfähigkeit. Vieles von dem Geld, rund 80 Prozent, geht dafür drauf, die riesigen Überschußlager zu unterhalten oder unverkäufliche Produkte anderweitig zu verwerten. Jenes Geld aber, das auf dem weiten Weg von den staatlichen Kassen bis zu den Konten der Landwirte nicht abhanden kommt, wird auf besonders raffinierte Weise verteilt: Diejenigen Bauern, die am meisten auf die Staatshilfen angewiesen sind, gehen fast leer aus; diejenigen, die das Geld am wenigsten benötigen, kassieren das meiste.“; „Daß diese sogenannte Marktordnung Wirklichkeit werden konnte, daß sie, obwohl abenteuerlich verschwenderisch, bis heute Bestand haben kann, hat nichts mit Ökonomie, aber viel mit Interessenwahrung zu tun: Die Bauernverbände, die in Wahrheit die Landwirtschaftspolitik steuern, werden weitgehend von Männern geführt, die ausgedehnte Ländereien ihr eigen nennen. 16 Hektar ist der durchschnittliche deutsche Bauernhof groß. Ein Mann wie der schleswig-holsteinische Bauernverbandspräsident Karl Eigen gebietet über 170 Hektar. Freiherr Heereman, Herr über das Anwesen Surenburg im Münsterländischen, läßt respektable 125 Hektar landwirtschaftlich bearbeiten. Solche Gutsherren müßten gegen ihre eigenen Interessen Politik machen, würden sie der Abschaffung der Preisstützung zustimmen. Es gibt ja längst Vorschläge für ein System, bei dem nicht reiche Großbauern prämiert, sondern bedürftige Klein-Agrarier unterstützt werden: Statt die Subventionen mit der produzierten Menge steigen zu lassen, könnten die staatlichen Milliarden nach dem Grad der Bedürftigkeit auf die Landwirte verteilt werden. Solche direkten Einkommenshilfen würden eine freie Preisbildung erlauben. Sie würden den absurden und unsäglich teuren Aufwand für die Preisstützung überflüssig machen. Und sie kämen jenen zugute, die das Geld auch wirklich brauchen.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519536.html>

Einladung zur illegalen Bereicherung (31.03.1986)

Von Kampe, Dieter

SPIEGEL- Redakteur Dieter Kampe über den Kampf zwischen Staatsanwälten und Wirtschaftsverbrechern

Ineffizienter Staat, Bürokratie. „Heute äußert sich Tilman Huber nur noch ironisch über sein Gehalt, spricht von sich und seinen Kollegen als ‚den am schlechtesten bezahlten Spezialisten im Land‘ und meint, es sei doch nur natürlich, daß

immer mehr Kollegen abwandern – die Betulichen auf weniger anstrengende Posten, die Dynamischen in die Wirtschaft. Ökonomisch verhält sich der Staat mit seinem starren Besoldungssystem da gewiß nicht. Wirtschaftsstaatsanwälte zählen zu den wenigen Staatsdienern, die ihrem Arbeitgeber mehr Geld einbringen, als sie kosten.“; „Aber plötzlich ist sein Elan wieder verschwunden. ‚Der Alltag‘, sagt Huber resigniert, ‚sieht ja genau andersherum aus. Wir ersticken im Kleinkram und in der Bürokratie.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519650.html>

MEDIKAMENTE: Vormarsch gebremst (31.03.1986) ■

Mit einer Änderung des Arzneimittelgesetzes wollen Pharma-Konzerne die Schonfristen für ihre Produkte verlängern: Billiganbietern wird der Marktzugang erschwert.

Schädliche Marktabschottung auf Druck von Interessenvertretern. „Nun aber soll der Schutzzaun für die Großen der Branche weiter erhöht, die Patent-Frist indirekt verlängert werden. Diesem Zweck dient eine Novellierung des Arzneimittelgesetzes, die Mitte Dezember vom Kabinett verabschiedet wurde und gleich nach Ostern im Bundestag absegnen soll.“; „Die jetzt vorgesehene Gesetzeskorrektur aber soll für das gesamte Arzneiangebot gelten – mit entsprechend negativen Folgen für die finanziell überlasteten Krankenkassen ist zu rechnen. Blauäugig lobt der Pharma-Verband die Gesetzesnovelle: Es handle sich um eine ‚auf die Bedürfnisse der Branche ausgerichtete Lösung‘. Wohl wahr.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519936.html>

Auf demokratischem Wege Berge versenken (07.04.1986) ■

Von Biedenkopf, Kurt

Kurt H. Biedenkopf über die „machbaren Utopien“ grüner Wirtschaftspolitik

Gegen „Großstrukturen und Sonderinteressen“; Gewinninteressen sind legitim. „Bekämpft werden organisatorische Großstrukturen und Sonderinteressen, die sich gegen notwendige Veränderungen zur Wehr setzen; die angebliche Sachgesetzmäßigkeiten gegen die Suche nach humaneren, sozialeren oder ökologisch verträglicheren Alternativen mobilisieren und zur Kälte und Anonymität bürokratischer Lebensformen beitragen. Beides sind durchaus sinnvolle Ziele, denen sich keineswegs nur die Grünen, sondern in starkem Maße auch Kräfte in meiner Partei verpflichtet fühlen.“; „Zwei spezielle Defizite erschweren allerdings die inhaltliche Auseinandersetzung: die Tendenz zu moralischem Rigorismus und die eng damit verknüpfte Abneigung, sich menschliche Interessen, vor allem Einkommens- und Gewinninteressen, bei der Organisation wirtschaftlicher Gemeinschaftsveranstaltungen nutzbar zu machen. Wer freiheitliche, selbstbestimmte Ordnungen dauerhaft gestalten will, darf nicht an menschlichen Grundeigenschaften vorbei organisieren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516861.html>

Was sollen wir mit diesem Dinosaurier? (14.04.1986) ■

Von Stockman, David

Amerikas Ex-Budgetdirektor David Stockman über Reagan, seine Mitarbeiter und seinen Regierungsstil

„Ich sah ein, daß Ronald Reagan nur zu recht hatte. Die Politiker ruinierten den amerikanischen Kapitalismus. Sie machten aus der demokratischen Verwaltung des Staates eine Gratisauktion mit Zuschlag an den Meistfordernden. Sie erdrückten Arbeitnehmer wie Unternehmer mit überhöhten Steuern und lähmenden und wirtschaftsfeindlichen Vorschriften.“; „Jahrzehntelang hatten die Politiker zig Millionen von Bürgern dazu verführt, den Staat zu schröpfen – bei der Sozialversicherung, bei den Essensgutscheinen, den Veteranenhospitälern und bei vielem anderen mehr.“; „Man darf nämlich die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß die Politiker eine Gefahr darstellen. Sie hören nie auf, unerlaubte staatliche Maßnahmen zu erfinden, die die Volkswirtschaft ausbluten. Ihre Selbstaufwertung mit Hilfe öffentlicher Gelder ist die reine Verschwendung. Sie mindert unser aller Auskommen und Wohlstand. Zwei Jahre nach ihrer Wahl reicht der Horizont dieser Leute nicht mehr über ihren Wahlkreis hinaus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517825.html>

Was sollen wir mit diesem Dinosaurier? (21.04.1986) ■

Von Stockman, David

Amerikas Ex-Budgetdirektor David Stockman über Reagan, seine Mitstreiter und seinen Regierungsstil

„Das lag aber nicht nur daran, daß Hayek, Milton Friedman und die anderen konservativen Wissenschaftler, deren Bücher ich las, so überzeugend argumentierten. Gerade zu dieser Zeit hatten Nixon und sein Finanzminister John Connally ein planwirtschaftliches Experiment gestartet. Sie stellten die traditionelle republikanische Wirtschaftspolitik auf den Kopf, indem sie Lohn- und Preiskontrollen einführten und den Goldstandard abschafften.“; „Es war geradezu gespenstisch: Alles, was die Marktwirtschaftler vorausgesagt hatten, traf sogleich ein. Verknappungen, Engpässe, Fehlinvestitionen, Verschwendung, irrationales Verbraucherverhalten und Inflationsanstieg – das ereignete sich vor meinen Augen. Die Erfahrung in John Connallys Wirtschaftslabor machte mich zum wiedergeborenen Kapitalisten.“; „Mehr als alles andere fiel mir auf, mit welcher Einsatzfreude, Sorgfalt, Hingebung und Disziplin meine Mitbürger unser Sozialprodukt erarbeiteten und – im Gegensatz dazu – mit welcher Inkompetenz, Sorglosigkeit und

Kurzsichtigkeit im Machtzentrum Washington damit umgegangen wurde.“; „Statt dessen landete ich im Handelsausschuß, und was ich dort erlebte, bestärkte mich noch in meiner Gegnerschaft zu Staatseinfluß und Planwirtschaft.“; „Weitere staatliche Pläne folgten: Umweltschutzbestimmungen, die jedes Nebenprodukt des technischen Fortschritts für krebserzeugend erklärten, Vorschriften zur Einführung von Luftsäcken in Autos, die Besteuerung unerwarteter Zusatzgewinne und viele andere Bestimmungen, nach denen die Amerikaner leben und arbeiten sollten.“; „Jede dieser staatswirtschaftlichen Initiativen war von irgendeinem eingebildeten, selbstgefälligen Beamten ausgebrütet worden, der nur über ein Englischexamen und viel Verachtung für die freie Marktwirtschaft verfügte.“; „Der ‚New Deal‘ Roosevelts hatte den Hang zur Staatswirtschaft in die Welt gesetzt, in der ‚Great Society‘ unter Kennedy und Johnson konnte er sich ausbreiten, und im Zeitalter der begrenzten Ressourcen wurde er zum Imperativ. In den Schützengräben des Handelsausschusses mußte ich mich täglich mit diesem Ungeheuer herumschlagen, und ich bekämpfte es mit einem Schwert aus der Schmiede des Marktwirtschaftlers F. A. Hayek.“; „Eines Tages gab Kemp mir das Manuskript eines Buches ‚The Way the World Works‘ (Wie die Welt funktioniert), das von Jude Wanniski stammte, einem ehemaligen Redakteur des ‚Wall Street Journal‘ und gefürchteten Polemiker. Dieses Buch traf mich mit der Wucht einer Offenbarung. Es brachte alles, was ich bis dahin über die Wirtschaft gewußt oder gedacht hatte, auf eine neue Formel. Wanniski ließ sich oft in Jack Kemps Büro blicken. Hier lernte ich auch Professor Arthur Laffer kennen – einen respektgebietenden Denker, der als der Vater der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie gefeiert wird.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518528.html>

Wie Don Quijote gegen Mühlenflügel (12.05.1986)

Trotz atomarer Risiken: Bürokratismus und Mißmanagement behindern die Nutzung der Windenergie. Während in den Nachbarländern bereits Tausende von Windkraftanlagen Strom liefern, hat die auf Atomkraft fixierte Bundesrepublik den Einstieg in die Alternativ-Technologie verschlafen: Ausländische Hersteller exportieren massenhaft ausgereifte Rotoren in alle Welt, die Westdeutschen sind unterdessen noch immer am Experimentieren. Mit Förderprogrammen von Bund und Ländern soll jetzt das Versäumte nachgeholt werden – doch womöglich ist es für die deutsche Industrie schon zu spät, um auf dem Weltmarkt mithalten zu können.

Bürokratie. „Jahrelang hat die Bundesrepublik ...

– bei der Erforschung der Windkraftnutzung einseitig die überdimensionierte Große Windenergieanlage („Growian“) bevorzugt, dagegen verbrauchernahe kleine Anlagen zur dezentralen Energieversorgung („Klewian“) kaum gefördert; ...

– mit bürokratischen Schikanen, oft mit landschaftspflegerischen Vorwänden, die Baugenehmigung für neue Windmühlen verzögert oder verweigert, so daß Planungen unkalkulierbare Risiken bergen.“; „Denn deutsche Beamte kämpfen gegen geplante Rotoren vielerorts noch immer fast so verbissen wie Don Quijote gegen die Windmühlenflügel. Weil die Sicherheit von Türmen und Rotoren besonderen Anforderungen genügen muß, wie es etwa in speziellen Richtlinien Schleswig-Holsteins heißt, werden die Anlagen vor Genehmigung einer ausgiebigen ‚sicherheitstechnischen‘ Überprüfung unterzogen. Die ist in ihren Auswüchsen ‚typisch deutsch‘, wie selbst heimische Hersteller monieren, und artet mitunter in eine ‚ganz schlimme Bürokratie‘ aus. Als beispielsweise der Dithmarscher Bauer Karl Heinz Hansen ein Windrad auf seinem Hof aufstellen wollte, lag es erst mal ein Jahr flach – bis DIN-Normen gemessen, Planungs- und Ordnungsrecht überprüft und Sicherheitsvorschriften kontrolliert waren. Das ‚Problem der Windenergie‘, sagt der Stuttgarter Ingenieur Manfred Müller, ‚ist ein Problem des Bürokratismus‘. Das mußte auch das dänische Unternehmen Vestas erfahren. Seit der Branchenführer, der seine Mühlen weltweit mehr als 2000mal verkauft hat, vor zwei Jahren um eine Typengenehmigung beim Kieler Prüfamts für Baustatik einkam, wurden immer wieder neue bautechnische Unterlagen nachgefordert. Die Genehmigung für den Konverter, der in Dänemark bereits technisch geprüft und abgenommen ist, steht noch immer aus (siehe Kasten Seite 114). Das ist, urteilt Fachmann Hau, ‚als wenn ein ausländisches Auto hier noch mal die Allgemeine Betriebserlaubnis erreichen muß‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517651.html>

SPIEGEL Gespräch: Das System ist nicht reformfähig (19.05.1986)

Von Bickerich, W. und Schwarz, U.

Der Regimekritiker Hermann von Berg über seine Erfahrungen im Staats- und Parteiapparat der DDR
Sozialismus zum Scheitern verurteilt. „Inzwischen bin ich aufgrund quellenkritischer Analysen der Meinung, man kann die Mängel im System nicht mit subjektiven Unzulänglichkeiten erklären, sondern nur mit der Tatsache, daß dieses System weiter nichts ist als institutionalisierte Ideologie.“; „Weil das System nicht reformfähig ist. Wenn ich von einer falschen Konzeption ausgehe, dann muß ich die Konzeption revidieren und sagen, so geht es nicht, wir brauchen wirklich echte Wertgrößen, wirklich echte Leistungsmaßstäbe, wir brauchen wirklich qualitative Kennziffern, wir müssen wirklich den, der schludert, bestrafen.“; „Glauben Gorbatschow oder Honecker, die für Reformen sind, daß die vorhergegangene Generation nicht denselben Enthusiasmus hatte? Ich kann das Problem nicht subjektivistisch lösen. Ich muß Bedingungen schaffen, daß wirklich ökonomische Maßstäbe entstehen, die aus objektiven Zusammenhängen heraus die Leute zu Höchstleistungen animieren.“; „Ich habe nur beschrieben, daß die Theorie nicht stimmt, daß die Ausbeutung im RGW und auch in der DDR aufgrund der niedrigen Effektivität, die ja zugegeben wird, höher ist als im Westen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518331.html>

Vorn aufbauen, hinten einreißen (19.05.1986) ■

Richter und Wissenschaftler kritisieren den „Verfall der Gesetzgebungskunst“ Rund 1500 Bundesgesetze, 2500 Verordnungen und 90000 Paragraphen regeln das Leben der Westdeutschen. Zwei Drittel der Vorschriften, behaupten Rechtsexperten, sind überflüssig. Richter beklagen zudem die „schludrige Machart“ der Gesetze, die unscharf formuliert und „von äußerster Konturlosigkeit“ sind. Bonn will dem Mißstand jetzt abhelfen – mit einem Prüfkatalog zur Vorbereitung von Rechtsvorschriften.

Politik versagt bei Regulierung. „Zu diesem Thema gibt es mittlerweile etliche Untersuchungen. Doch es dauerte mehr als ein Jahrzehnt, bis die harsch kritisierten Parlamentarier und Ministerialbürokraten Wirkung zeigten.“; „Vor allem das Sozialrecht hat unter den Bonner Hauruck-Bräuchen gelitten. So wurde ‚das Flaggschiff‘ (Katzenstein) aller Sozialgesetze, die Reichsversicherungsordnung, seit Bestehen des Grundgesetzes rund 150mal geändert. Von Mal zu Mal ging dabei Qualität verloren, zumindest empfanden das die Bundesverfassungsrichter so. ‚Es kann nicht ausgeschlossen werden‘, bemerkten sie in einem Urteil, daß die Parlamentarier die Auswirkungen einer Norm ‚übersehen‘ hätten. Oder: Der Gesetzgeber habe in einer von ihm ‚schwerlich beabsichtigten Weise‘ eine Personengruppe benachteiligt. Im Klartext: Die Abgeordneten haben geschlafen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518349.html>

VERSICHERUNGEN: Tapferer Entschluß (19.05.1986)

Das Kartellamt will mehr Wettbewerb im Versicherungsgeschäft erzwingen.

Versagen der Staatsaufsicht. „Seit Jahren schon beobachten Kartte und seine Experten, daß ihre Behörde kaum noch die Entwicklung im Bereich Versicherungen beeinflussen kann. In feiner Abstimmung untereinander legen die Unternehmen mit Hilfe des Aufsichtsamts ihre Prämien fest. Die Wettbewerbshüter werden dabei immer weniger gefragt.“; „Anfang des Jahres machte Kartte seinem Unmut Luft. Es gehe nicht an, warnte er, daß ‚die eine Hand des Staates nicht weiß, was die andere tut.‘“; „Doch Angerers tapferer Entschluß ist wenig wert, wenn die Versicherer überhaupt keinen neuen Antrag stellen: Dann wären die fetten Gewinne zumindest in den vier wichtigen Sparten, in denen die Klauseln bereits genehmigt wurden, auf absehbare Zeit festgeschrieben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518361.html>

Der DGB und die Katakomben-Firma (26.05.1986) ■

Jahrelang haben die Eigentümer des Baukonzerns Neue Heimat, die Gewerkschaften, rechtswidrige Geschäfte zugelassen. Über eine Tochterfirma wurden Millionen von Mark aus dem gemeinnützigen Bereich in den privatkapitalistischen verschoben. Es war Betrug – an den Steuerzahlern und an den Mietern.

Versagen der Gewerkschaften – trotz guten Willens ist die Alternativwirtschaft gescheitert. „Eigentümer des Konzerns sind die Gewerkschaften. Sie wollten mit der Neuen Heimat eine Gegenmacht zu den auf Gewinn fixierten privatkapitalistischen Betrieben schaffen – Wohnungen für die kleinen Leute bauen, sparsam wirtschaften, besser und billiger sein als andere. Es ging alles daneben. Gebaut haben sie, aber nicht billiger und auch nicht besser. Einen Teil des Vermögens, das sie mit staatlicher Hilfe (Steuerfreiheit) bildeten, haben sie auf private Konten fließen lassen oder mit Grundstücksspekulationen in aller Welt verjuxt. Die Gegenmacht entwickelte sich zu einem Mafia-ähnlichen Gebilde: Eine ehrenwerte Gesellschaft von Geschäftemachern und Gaunern, eine große Familie von Bonzen und Bürokraten, immer ein wenig politisch, also nie ganz ehrlich, oft an der Grenze zum Kriminellen und manchmal darüber.“; „Sein Pech war, daß er dabei ertappt wurde, wie er etwas für sich abzweigte: Das geht auch in einer Gesellschaft nicht, die es sonst mit der Moral nicht so genau nimmt – abzweigen ja, aber nicht erwischen lassen.“; „So manchem Gewerkschafter steht, wenn es ums Wirtschaften geht, das eigene Selbstverständnis im Wege: Da mischen sich die hehre Ideologie von der Gemeinwirtschaft mit naivem Gewinnstreben, Selbstgerechtigkeit mit Gutgläubigkeit, falsch verstandene Solidarität mit Unwissen.“; „Mit Billigung der Eigentümer haben die Manager der Neuen Heimat über Jahre hinweg die Zwitterkonstruktion des Konzerns genutzt, um Geld aus dem subventionierten gemeinnützigen Teil abzusaugen und in den anderen Teil zu schleusen.“; „Ein Alptraum für die Gewerkschaften, die sich so wacker für Lohn und Freizeit der Arbeitnehmer gestritten haben, die politisch aufrecht und geradeaus zu gehen versuchten, die immer wieder Millionen aus ihrem Vermögen in Vietors geborstenen Bunker gesteckt haben. Die Moral ist dahin.“; „Die Kluft zwischen der guten Absicht und der bösen Wirklichkeit, die dem DGB und seinen Unternehmen schon öfter zum Verhängnis wurde, ist immer noch unübersehbar.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518953.html>

Ein jeder sucht, wie er leben kann (26.05.1986) ■

Von Berg, Hermann von

Der reale Sozialismus in der DDR / Von Hermann von Berg (I) Hermann von Berg, 53, war Professor in Ost-Berlin und enger Mitarbeiter des DDR-Ministerpräsidenten Willy Stoph. Er verließ die DDR am 11. Mai 1986.

Sozialismus zum Scheitern verurteilt. „Vielleicht hilft es jungen Menschen, den Irrtum zu vermeiden, dem ich von Kindesbeinen an zuerst dank meiner Neulehrer unterlegen bin: daß der ‚M-L‘, der Marxismus-Leninismus, eine Theorie, eine Wissenschaft mit gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen sei, die dem Leben einen Sinn geben könnten.“; „Es handelt sich bei all diesen Schlampigkeiten um systemimmanente Wirtschaftskriminalität, die der

Arbeiter, Bauer und Handwerker in erster Linie zu bezahlen hat.“; „Aus Millionen volkswirtschaftlicher Kapillaren versickert so tagtäglich das Vermögen des arbeitenden Volkes in den Sumpf einer unfähigen Partei- und Staatsbürokratie, die nach dem ideologischen Dogma leitet. Dieses ideologische Dogma, die Verbreitung der Lehren des Marx, ist ‚das Herzstück der Parteiarbeit‘. Hier liegen die tiefsten Ursachen für das Igel-Hase-Spiel zwischen Sozialismus und Kapitalismus.“; „Das totale Scheitern der marxistischen Ideologie in Theorie und Praxis wird in der Sowjet-Union wie in der DDR mit besonders großem Aufwand kaschiert.“; „Der Marxismus ist keine Theorie, keine Wissenschaft, sondern er ist der größte Feind einer lebendigen Gesellschaftswissenschaft. Der Marxismus ist Ideologie und Apologetik, nichts weiter. Ein politisches System, das vom Fälschen empirischer Tatsachen lebt, von Geheimhaltung selbst bestimmter Exemplare der eigenen Presse vor Forschern und Studenten, kann nicht erwarten, daß entscheidende analytische Ergebnisse auf den Tisch kommen, die wissenschaftlichen Neuwert haben und langfristige Perspektiven eröffnen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519214.html>

In einem halben Jahr ist alles aus (02.06.1986)

Bei der Auflösung der Neuen Heimat wird weiter getrickst und geschoben. Tausende von Sozialwohnungen der Neuen Heimat sind bereits verkauft, über den Rest wird verhandelt. Die Gewerkschaften wollen ihren ungeliebten Besitz um jeden Preis loswerden, trotz aller Proteste von Mietern und Mitarbeitern. Europas größtes Wohnungsunternehmen geht rasch dem geplanten Ende entgegen.

„Der schöne Traum von der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, vom besseren Kapitalismus, ist ausgeträumt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516987.html>

Ein jeder sucht, wie er leben kann (02.06.1986)

Von Berg, Hermann von

Der reale Sozialismus in der DDR / Von Hermann von Berg (II)

Sozialismus muss scheitern. „Wie andere meiner Genossen war ich über drei Jahrzehnte der Ansicht, es handle sich um subjektive Unzulänglichkeiten, die man durch erhöhte Aktivitäten beseitigen müsse. Aber: Kann denn der subjektive Faktor, können denn alle Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien über Jahrzehnte hinweg so blöd sein, daß sich alles im Kreis dreht? Mir wurde langsam klar: Die entscheidenden Ursachen liegen tiefer. Sie müssen objektiver Natur sein. Sie müssen im System selbst wurzeln.“; „Nach der Klasse kommt Marx auf den Staat zu sprechen, und das zeigt die Ärmlichkeit seiner historisch-politischen Ansichten. Er, der als reiner Hegelianer im Staat die Verkörperung der sittlichen Idee sah und von ihm alles Heil erwartete, stellt, wieder unzulässig verabsolutierend, nunmehr das Gegenteil fest: ‚Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.‘ Marx sieht nur die verfassungsrechtliche Seite, nicht die verwaltungsrechtliche. Diese Versimplifizierung der Rolle des bürgerlichen und des kommunistischen Staates, denn, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, wirkt bis in unsere Tage.“; „Der dogmatisch verabsolutierende Stalin lebte geistig vom supergroßen Vereinfacher Marx und dessen Verständnis vom Proletariat. Die Wahrheit ist immer konkret, es gibt nicht ‚das Proletariat‘. Es gab damals alleinstehende Handwerksmeister, Gesellen, landwirtschaftliches und industrielles Proletariat. Dieses Proletariat war weder ökonomisch noch sozial gleich, und schon gar nicht hatte es politisch einheitliche, marxistische Ansichten. Die Interessen und Ziele der Proletarier gingen und gehen auseinander, wie ihre Anschauungen: Es gibt Materialisten und Idealisten, Revolutionäre und Reformisten, Christen, Moslems, Buddhisten, Atheisten und andere – das interessiert den teleologischen Futurologen Marx nicht im geringsten, denn dies Proletariat muß ja tun, wozu es, dem Sein gemäß, gezwungen sein wird!“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517263.html>

Die Bauern wehrten sich vergeblich (02.06.1986)

Von Berg, Hermann von

Warum die sozialistische Landwirtschaftspolitik versagt

Sozialismus muss scheitern. „Einer der katastrophalsten Denkfehler des Marx ist derjenige der Industrialisierung der Landwirtschaft. Die Kommunisten und Sozialisten vor ihm hielten schon die Fabrik für unmenschlich, aber Marx plädierte für die sinnlose Zerstörung einer naturgegebenen Produktions- und Lebensweise, die den Menschen eben gottlob nicht zum Anhängsel der Maschinen machte.“; „Weitertreibend, entscheidend sind die inneren Widersprüche. Der reale Sozialismus hat sie durch Eigentumswechsel vernichtet und dafür äußere – administrativen Druck – an ihre Stelle gesetzt: Nach der Mißhandlung der Wissenschaft der zweite entscheidende Fehler des Systems; Fehler, welche die dauernde wissenschaftlich-technische und produktivitätsmäßige Unterlegenheit gegenüber den kapitalistischen Industrieländern erklären. Die Marxschen Dogmen halten das pulsierende Leben der Wirtschaft in eisernen Klammern, schädigen die Arbeitenden Jahr für Jahr um viele Milliardenwerte, wirken wie die Religion des Islam extrem fortschrittsfeindlich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517275.html>

Die stehen voll unter dem Geldhahn (23.06.1986)**Deutschlands Banken verdienen prächtig wie nie zuvor, die Kunden zahlen drauf**

Mangelnder Wettbewerb. „Übermäßige Gewinne über viele Jahre hinweg sind in einer Marktwirtschaft ein Indiz dafür, daß der Wettbewerb nicht richtig funktioniert. Inzwischen fragt selbst ein den Banken so wohlgesonnener Mann wie der Liberale Otto Graf Lambsdorff, ob nicht in weiten Bereichen der Branche Windstille im Wettbewerb herrsche.“; „Der Kunde ist dabei der Dumme. Vorbei sind die Zeiten, in denen vor allem die Landesbanken oder die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) mit Kampfpreisen Marktanteile zu gewinnen versuchten. Hatten BfG oder Westdeutsche Landesbank (WestLB), Commerzbank oder Hessische Landesbank (Helaba) noch in den siebziger Jahren alles daran gesetzt, den Abstand zum Branchenprimus Deutsche Bank aufzuholen, so respektieren sie heute die Vorherrschaft des Marktführers. Statt mühselig um zusätzliche Marktanteile zu ringen, halten sie die Preise hoch und streichen bequeme Gewinne ein.“; „Das einst von ihrem ehemaligen Präsidenten Poullain formulierte Ziel, als ‚Wettbewerbskorrektiv‘ gegenüber den privaten Großbanken zu wirken, haben die öffentlich-rechtlichen – ebenso wie die genossenschaftlichen – Geldinstitute längst aufgegeben. Nun kommt wieder, wie es sich auch für Bankiers gehört, erst das Fressen und dann die Moral. Das gilt auch für die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), die alten Idealen kein frisches Geld mehr hinterherwerfen möchte. Angeschlagen durch die Krise des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat, gebeutelt durch Finanzpleiten wie die des Augsburger Textilfabrikanten Hans Glöggler, ist die BfG längst zur ‚ziemlich üblichen Großbank‘ geworden, wie der SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth feststellte. Die Gewerkschaftsbank hatte früher durch besonders günstige Konditionen im Massengeschäft für Wettbewerb gesorgt. Heute unterscheidet sie sich von der Deutschen Bank fast nur noch dadurch, daß sie Gewerkschaftsmitgliedern auf dem Girokonto zwei Freiposten mehr einräumt als anderen Kunden.“; „Wo Stärke ist, wird allerdings auch Macht spürbar, und dem Wettbewerb bekommt das nicht. Die kleineren Geldinstitute können nur ohnmächtig zusehen, wie die Nummer eins unter Deutschlands Banken immer mächtiger wird. Aus Angst davor, erneut zu scheitern und noch weiter zurückzufallen, wagen sie es nicht, die Deutsche Bank noch einmal herauszufordern.“; „Für die Masse der Bundesbürger dagegen sei etwa der Zinsvergleich, so Adolf-Friedrich Jacob vom Planungsstab der Dresdner Bank, ‚ein Buch mit sieben Siegeln‘. Preise für Geld, so Jacob, würden ‚hierzulande nicht ökonomisch realisiert‘. Den Banken kann das nur recht sein. Denn je uninformatierter und unbeweglicher die Kunden sind, desto williger fügen sie sich dem Rat ihres Geldpriesters, und desto weniger murren sie bei der Kollekte.“; „Dabei lassen sich die Banken auch schon vom Steuerzahler helfen, die durch ihre Managementfehler geschaffene Bürde zu tragen. Da die Banken Wertberichtigungen, das sind Abschreibungen auf Außenstände, gegen ihre Gewinne aufrechnen dürfen, können sie die ertragsabhängigen Steuern erheblich reduzieren.“; „Bankenpräsident Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth hält das Umlageverfahren der Geldinstitute für völlig normal. ‚Jeder Kaufmann‘, so der Banken-Lobbyist, ‚muß versuchen, Verluste durch Erträge zu decken.‘ Im übrigen liege es ‚im Wesen einer Kundengemeinschaft, daß sie ähnlich wie bei einer Versicherung für diese Ausfälle aufkommt‘. Das klingt nicht nur wie salbungsvoller Unfug. Es gibt keine Kundengemeinschaft, nur Nachfrager und Anbieter von Geld. In einer Marktwirtschaft sorgt gewöhnlich der Wettbewerb dafür, daß die Kosten von denen getragen werden, die sie verursachen. Nur staatliche Monopolbetriebe machen da eine Ausnahme. Und die Banken natürlich. Die dürfen immer ein bißchen mehr verlangen, als ein gesunder Wettbewerb zulassen würde.“; „So machen denn auch die öffentlich-rechtlichen Institute munter mit beim großen Geldverdienen. Sie langten sogar, die hohen Zinsspannen beweisen es, besonders kräftig zu. ‚Leistung durch Wettbewerb‘ steht dann als Motto über dem Deutschen Sparkassentag. Nur aus klugen Reden und Aufsätzen läßt sich herauslesen, daß auch Bankiers eine deutliche Vorstellung von einer sauberen Marktwirtschaft haben. Doch gemeint sind da immer die anderen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519149.html>

SOWJET-UNION: Düsteres Bild (04.08.1986)**Ein anonymes Manifest ruft zur „sozialistischen Erneuerung“ – mit Pressefreiheit und Mehrparteiensystem. Die Reaktion der Herrschenden war erstaunlich milde.**

Ineffizienter Sozialismus. „Ein amerikanischer Arbeiter verdient real fünfmal soviel wie sein sowjetischer Klassengenosse. 68 Jahre nach der Oktoberrevolution sind in der Sowjetprovinz Lebensmittel rationiert. Der Reichtum des Landes, von Metall und Öl bis zu Kartoffeln, geht zu ein bis zwei Dritteln als Schwund und Ausschuß verloren. Es gibt keinen materiellen Anreiz, die Werktätigen am Ergebnis ihrer Arbeit zu interessieren, Mismanagement und Verantwortungslosigkeit herrschen. Ein Viertel des nötigen Getreides muß importiert werden. Dieses düstere, wenngleich realistische und gar nicht neue Bild des ersten sozialistischen Staates der Geschichte findet sich in einem Manifest von jungen Volkswirten, Soziologen und Historikern der Sowjet-Union ...“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518251.html>

Staatsgelder für die Farmer (18.08.1986)

„Fürs überschüssige Getreide werden Mindestpreise garantiert, für das Abschlachten oder den Export von Milchkühen werden Prämien gezahlt, und die größten Bauern erhalten die dicksten Subventionen: Nach dem Vorbild der EG pöppeln auch Amerikas Agrarpolitiker ihre Farmer mit sozial wie ökonomisch unsinnigen Subventionen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519632.html>

KARTELLE: Hohes Niveau (01.09.1986)**Die EG-Kommission wirft den europäischen Fluggesellschaften Kartell-Absprachen vor. Die Lufthansa war dabei besonders eifrig.**

„Tatsächlich bewegt sich der europäische Luftverkehr in einem fein gesponnenen Netz von gegenseitigen Absprachen. Ein einträgliches Kartell, von den Regierungen gefördert, hält die Linienflieger einigermaßen frei von lästigem Wettbewerb.“; „Verbraucherfeindliche Absprachen, so Sutherland, seien sämtlichen nationalen Fluggesellschaften vorzuwerfen. Kein Unternehmen zeigte dabei allerdings so viel Phantasie wie die deutsche Lufthansa. Mit einer Vielzahl von Klauseln arrangierten sich die Kölner mit Konkurrenten wie Air France, Alitalia oder Sabena.“; „Doch daß die Beamten in den Hauptstädten, die sich bislang als Handlanger ihrer Flugunternehmen verstanden, nun plötzlich den Wettbewerb entdecken, ist kaum zu erwarten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518613.html>

Das geltende Steuerrecht ist ein Dschungel (15.09.1986)**Vorbild Amerika? Mit einem großen Schnitt macht die Reagan-Administration die Steuern der US-Bürger zugleich einfacher und gerechter. Auch für Bonn gäbe es viel zu tun: Die Deutschen klagen über zu hohe Steuersätze, ein undurchdringliches Dickicht von Vergünstigungen sorgt für vielerlei Ungerechtigkeiten.**

Steuern, Interessengruppen, Politiker, Sozialstaat, Subventionen; z.T. soziale Stoßrichtung. „Wird das Wunder wahr, werden schon bald vier von fünf Amerikanern nur noch 15 Prozent ihres Einkommens in Washington abliefern. Bei den meisten der Besserverdienenden will Reagan in Zukunft nicht mehr als 28 Prozent Einkommensteuer kassieren. Freibeträge und Sonderregelungen, die es bisher Millionären erlaubten, weniger Steuern zu zahlen als der Milchmann, werden rigoros abgeschafft. Das Steuerwerk wird derart einfach zu durchschauen sein, daß mancher amerikanische Steuerberater sich wohl nach einem anderen Job umsehen muß.“; „Ein Großreinemachen könnte das deutsche Steuerrecht wahrlich vertragen. Geradezu exemplarisch läßt sich an ihm rügen, wie ein Steuersystem nicht aussehen soll. Es ist ungerecht, undurchschaubar, unbeliebt.“; „Über fast vier Nachkriegsjahrzehnte hinweg ist das Einkommensteuerrecht zu einem flächendeckenden Juristen-Gestrüpp ausgewachsen: 763 Paragraphen, zugänglich nur noch für wenige Spezialisten. Zu verstehen ist es auch von ihnen nicht.“; „Wie soll begründet werden, daß die Einkommen der Landwirte nur zu etwa 20 Prozent zur Besteuerung herangezogen werden, die der Arbeitnehmer aber fast zu 100 Prozent erfaßt sind?“; „Warum muß ein Deutscher mit drei Kindern, der 2000 Mark Arbeitseinkommen hat, Steuern zahlen, während einem anderen, der genausoviel Geld an Sozialhilfe bezieht, nichts abgezogen wird? Wieso steht Freiberuflern, gutverdienenden Ärzten oder Architekten, ein Freiberuflerfreibetrag von 1200 Mark zu? Warum müssen die Lohnsteuerzahler, die Klein- und Mittelverdiener, einen seit 1950 ständig steigenden Anteil der gesamten Steuerlasten tragen? ‚Im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten‘ sollten die Bürger an der Finanzierung ihres Staates beteiligt werden, schrieb der Ökonom Adam Smith 1776 in seinem Standardwerk ‚Der Wohlstand der Nationen‘. Was die Deutschen in Jahrzehnten in ihren Steuergesetzen zusammengetragen haben, das wird von anderen Kriterien bestimmt: vom Zufall; vom Erfolg der Lobby; von den Möglichkeiten und dem Können, die Schlupflöcher des Systems auszunutzen.“; „Es muß viel faul sein am Steuerstaat, wenn sogar ein ehemaliger Bonner Finanzminister wie Hans Apel seine Steuererklärung nur mit Hilfe eines Beraters zuwege kriegt.“; „Ein einfaches Steuerrecht, so lehrten lange Zeit die Experten, könne nicht zugleich gerecht sein. Nur wenn jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert würde, bestehe Steuergerechtigkeit – und diese Maßschneiderei erfordere eben viel Gesetzesstoff.“; „Daß Einfachheit mit Gerechtigkeit nicht immer in Einklang zu bringen ist, läßt sich gewiß nicht bestreiten. Doch längst ist in der Bundesrepublik jener Punkt überschritten, da das Bemühen, es jedem recht zu machen, in millionenfache Ungerechtigkeit umgeschlagen ist. ‚Kompliziertheit‘, sagt der FDP-Mann Otto Graf Lambsdorff, ‚bedeutet Ungerechtigkeit.‘ Die parteiübergreifende Einsicht, daß es so nicht weitergehe, besteht seit Jahrzehnten. Nur, bisher fehlte die politische Kraft, vielleicht amerikanischer Schwung, eine Reform mit Langzeitwirkung hinzustellen. Besserung ist nicht in Sicht. Noch nie ist eine Reform der Einkommensteuer in der Nachkriegszeit über Retuschen am Tarif hinausgegangen; nur selten sind Vergünstigungen für bestimmte Gruppen wiederaufgehoben worden. Die lauten Töne der Wendepolitiker, Steuern zu senken und das Subventionsdickicht zu lichten, sind verstummt. Die Widerstände in der Parteien- und Verbände-Demokratie scheinen unüberwindlich. ‚Unser Ziel ist es‘, verhiß 1969 der neue Kanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung, ‚ein gerechtes, einfaches und überschaubares Steuersystem zu schaffen.‘ Es kam nicht dazu. Die Koalitionspartner verkrachten sich über zahlreiche Details der Reform. Die einen fochten verbissen für ihre Arbeitnehmer-Gefolgschaft, die anderen für ihre mittelständische Klientel. Die Lobby hatte Konjunktur. Am Ende fand nur der kleinste gemeinsame Nenner von Sozialdemokraten, Liberalen und den betroffenen Interessengruppen Eingang in die Gesetzesnovelle.“; „Verwundert, und auch neidisch, schauen die Politiker vom Rhein gen Amerika. Dort haben die Konstrukteure der Reform gar nicht erst versucht, es allen recht zu machen: Sie beseitigten den größten Teil der seit Ende des Zweiten Weltkriegs aufgehäuften Steuerpräferenzen für Reiche und für Großkonzerne. Aber sie senkten auch den Spitzensatz der Einkommensteuer drastischer denn je seit Ende der zwanziger Jahre.“; „Das wird den Partnern in Europa nicht unbedingt gefallen. Denn mehr noch als im flexiblen Amerika würden Steuerreformen a la Reagan in Europa am Heiligsten rütteln – an den durch Subventionen, progressiven Steuertarifen und ideologischen Lehrmeinungen festgerannten Systemen. Was die Amerikaner tun, ist für Europäer ein Sakrileg.“; „Und so kapitalistisch das neue System auch angelegt ist, indem es die bislang übliche Steuerprogression abschafft, so überraschende Vorteile bietet es den Schwächeren, und so rabiat geht es mit den Pfründen der Stärkeren um. Bei seiner ersten Reform der

Einkommensteuer ist Ronald Reagan zu Recht vorgeworfen worden, nur an die Betuchten gedacht zu haben. Dieses Mal werden jene Betuchten geschröpft, die vorher aus Steuerschlupflöchern ihren Profit zogen. Arme und Kinderreiche dagegen zahlen weniger. Skepsis ist allerdings angebracht, wenn die Haushaltsrisiken des Reformprojekts gewertet werden. Noch immer weist der Washingtoner Etat eine Unterdeckung von 230 Milliarden Dollar auf eine schier unvorstellbare Summe. Um die Staatsschulden, die nicht nur Amerikas Wirtschaft bedrohen, allmählich zurückzufahren, wären Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen nötig. Statt dessen werden die Steuersätze nun gesenkt.“; „Übertragbar wäre durchaus auch eine Sonderregelung für Spitzenverdiener. Wer über 71900 Dollar im Jahr verdient, wird in den USA künftig keine Freibeträge mehr für sich nutzen können.“; „Das ließe sich auch in der Bundesrepublik machen. Dort gilt der Grundfreibetrag, der quasi das Existenzminimum sichern soll, für jeden Steuerbürger, egal wieviel er verdient. So kommen auch (verheiratete) Millionäre in den Genuß eines Grundfreibetrags von jährlich 9072 Mark. Politiker wie der Hamburger SPD-Finanzsenator Horst Gobrecht fordern schon seit langem, solche unsozialen Abstrusitäten aus dem Steuerrecht zu streichen.“; „Da gibt es schon viel Gemeinsames mit den USA. Wie die Amerikaner empfinden auch die Deutschen, daß ein nimmersatter Staat ihnen unangemessen viel vom Verdienten abknöpft. Und wie in den Vereinigten Staaten haben sich alle erdenklichen Gruppen der Gesellschaft Möglichkeiten gesichert, die Steuerlast leichter zu machen. Das sind zuweilen nur geringe Beträge, kaum den Verwaltungsaufwand wert, den sie der Staatsbürokratie machen. Das sind aber auch Summen, die weit in die Milliarden gehen. Nahezu jeder bekommt etwas: Bergleute und Bauern, Ballett-Tänzerinnen, Berufsringer und Binnenschiffer, Nachtarbeiter, Rentner, Kirchenmusiker, Journalisten und Hoteldirektoren. Was das Abgabewesen durch besondere Berücksichtigung von Einzelfällen gerechter machen soll, führt am Ende nur zu einer absonderlichen Anhäufung von Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten.“; „Warum es solch willkürlich festgesetzte Freibeträge und Pauschsätze gibt, ist schwer verständlich. Erst langt der Fiskus kräftig zu, dann werden zahllose Ausnahmeregelungen erfunden, um die Steuerlast ein wenig zu mildern. Wie im Sozialbereich erweist sich der Staat auch in seinem Fiskalgebaren als eine Maschinerie, die unter gewaltigem Energieaufwand so gut wie nichts produziert. Zu all den Absurditäten und Ungerechtigkeiten im Steuerrecht fiel Ende der Siebziger dem damaligen Finanzminister Hans Apel nur die hilflose Bemerkung ein: ‚Das ist nun mal so.‘ Besser lassen sich die deutschen Steuergesetze in der Tat nicht erklären. Der Unfug deutscher Steuerparagraphen zeigt sich besonders schön beim Salz. ... Bei der Einkommensteuer geht es im Prinzip ähnlich zu. Eine Flut meist überflüssiger Vergünstigungen sorgt lediglich dafür, daß dem Staat Geld entzogen wird und daß Finanzbeamte und Steuerberater viel zu tun haben.“; „Die Liste der Merkwürdigkeiten ist lang. Da werden Pendler mit der Kilometerpauschale dafür belohnt, daß sie die Umwelt verschmutzen.“; „Kein Finanzminister hat jemals ernsthaft erwogen, all die vielen Steuersparmöglichkeiten, Pauschsätze und Freibeträge ersatzlos zu streichen und dafür die Steuersätze radikal zu senken. Das hätte den Zahnärzten das unselige Bauherren-Modell erspart, hätte das Steuerrecht einfacher gemacht – und gewiß nicht ungerechter, als es derzeit ist. Die Unternehmensmanager hätten dann vielleicht auch weniger Grund zu klagen. Zwar schröpft der Fiskus die Firmen ordentlich mit Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Gewerbeertragsteuer, Vermögensteuer, Gesellschaftsteuer und anderen bunten Abgaben. Doch die Unternehmensbesteuerung ist nicht zuletzt deshalb so hoch, weil ein guter Teil des abkassierten Geldes wieder in Form von Subventionen, Beihilfen oder Fördergeldern in die Firmen zurückfließt.“; „Die Landwirtschaft kassiert gewaltige Subventionen wie der Bergbau; marode Werften werden mit Millionenbeträgen gefüttert und brechen dann doch wenig später zusammen.“; „Die Kehrseite immer neuer Steuerhilfen, unsystematisch und sinnlos angehäuft, ist eine steigende Steuer- und Abgabenlast für alle. Vor allem die Masse der Lohnsteuerzahler muß zahlen, gerupft von einer progressiven Lohn- und Einkommensteuer.“; „Nach Berechnungen des Ifo-Instituts blieben dem Durchschnittsverdiener 1980 von jeder verdienten Mark noch 70 Pfennig. 1990 werden es nur noch 64 Pfennig sein. Stoltenbergs erster Anlauf, die Steuern in zwei Stufen, 1986 und 1988, um insgesamt knapp 19 Milliarden zu senken, reicht nicht aus, den stetig zunehmenden Abgabenfraß nachhaltig zu stoppen. Die erste Entlastungsstufe verpuffte zu Jahresbeginn, ohne daß die Bürger es recht merkten. Geringfügige Erleichterungen der Steuerlast gingen für steigende Sozialabgaben drauf.“; „Die Gewerbesteuer soll abgebaut werden, ebenso die Vermögensteuer. Die Spitze der Körperschaftsteuer, jetzt 56 Prozent, will Finanzminister Stoltenberg deutlich drücken (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 26). Doch all dies macht keine Reform aus, ist nicht vergleichbar mit Amerika. Es fehlt der systematische Kahlschlag, der politische Wille, Interessengruppen weh zu tun.“; „Koalitionsverhandlungen die Finanzierung der Reform aushandeln. Das Ergebnis, das zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit, ist absehbar. Gestrichen wird dort, wo der geringere Widerstand zu erwarten ist. Auf den großen Wurf, das vom Bürger einsehbare, durchschaubare System, werden die Deutschen vergeblich hoffen.“; „Aber – wo ist der Politiker der den vorhandenen Spielraum ausschöpft? Der fähig und willens wäre, auch im deutschen Steuerrecht etwas Großes zu vollbringen? Gerhard Stoltenberg, der Finanzminister, könnte der Mann sein. Er steht in seiner Partei in höchstem Ansehen, auf der Popularitätsskala der deutschen Politiker führt er mit bemerkenswerter Beständigkeit. Ein Mann mit einer solchen Reputation, sollte man meinen, könnte einiges riskieren und bewegen, ohne gleich seine politische Karriere aufs Spiel zu setzen. Doch politischer Mut und die Fähigkeit zu politischen Visionen fielen in Gerhard Stoltenbergs bisheriger Laufbahn noch nicht auf.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519909.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Das Arbeitnehmer-Establishment (06.10.1986)
Von Burgdorff, Stephan

Neoliberale Analyse der Gewerkschaften bei grundsätzlicher Sympathie für dieselben. „Der Ansehensverlust in der Öffentlichkeit, dem eine dauerhafte Auszehrung an politischer Substanz vorausgegangen ist, hat viele Gründe. Die Affäre um die Neue Heimat hat eine Menge, aber nicht alles dazu beigetragen. Sie zeigt allerdings, eindringlicher denn je zuvor, daß auch die Arbeitnehmerorganisation von jener Krankheit befallen ist, die offenbar alle Großorganisationen irgendwann erwischt: Sie leidet unter existenzbedrohender Erstarrung.“; „Es kann wohl gar nicht anders sein. In keinem Land der Welt sind die Gewerkschaften so mächtig wie in der Bundesrepublik. Sie sitzen in den Aufsichtsräten sämtlicher Großunternehmen und beherrschen die Mehrheit der Betriebsräte. Und sie bekleiden eine Unzahl öffentlicher Ämter. Die deutschen Gewerkschaften gehören, anders als ihre Kollegen in Italien oder Frankreich, zum Establishment. Die vielschichtige Beteiligung an der Macht hat allmählich einen neuen Typus des Gewerkschaftsfunktionärs hervorgebracht. Die gutbesoldeten Interessenvertreter haben nichts mehr gemein mit den alten Kämpen, die noch fest im proletarischen Milieu verwurzelt waren.“; „Aus Solidarität wurde Kumpanei. Geradezu zwangsläufig entstand so eine Funktionärskaste, die sich immer weiter entfernte von denen, in deren Auftrag sie einmal angetreten war. Eine Kaste, die nur noch ihren eigenen Gesetzen gehorcht. Das Debakel mit der Neuen Heimat hat gezeigt, wohin die Verkrustung einer Großorganisation führen kann.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519485.html>

Der morbide Charme der Tugend (20.10.1986)

Von Merklein, Renate

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über die Chancen einer sparsameren Finanzpolitik in den Industrieländern

„Ihre Staatsbudgets sind weit über das früher übliche Normalmaß aufgebläht. Typisch ist für alle, daß die Kosten mancher Staatsaufgaben, die die öffentlichen Hände während der jüngeren Vergangenheit neu übernahmen, weit stärker steigen als jemals geplant. Und typisch für alle ist auch ein hoher Schuldenstand als Folge der Finanzpolitik der 70er und der frühen 80er Jahre, in vielen Ländern der höchste, den es je nach langer Friedenszeit gegeben hat. Auch Staaten wie die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Japan, die anders als England und die USA ihre Kriegverschuldung durch Staatsbankrott erledigt hatten und deshalb bis Ende der 60er Jahre keine hohen öffentlichen Verbindlichkeiten auswiesen, schieben nun riesige Verpflichtungen vor sich her.“; „Ein weiterer dauerhafter Anstieg der staatlichen Konsumverschuldung durch weitere dauerhafte Defizite in den jetzigen und künftigen Staatshaushalten der industrialisierten Länder gilt daher als erhebliche Gefahr für das Wohlergehen der jeweils eigenen Nation wie für den Wohlstand aller. Im jeweils eigenen Lande stimulieren weitere dauerhafte Defizite im Etat die Ängste bei den Bürgern, daß in nicht allzu ferner Zukunft die Inflationsraten oder doch die Steuern steigen müßten – Ängste, die allein schon unerwünschte Reaktionen nach sich ziehen, steigende Zinsen etwa.“; „Während die Japaner und vor allem auch die Amerikaner ihren öffentlichen Händen noch immer nur einen relativ kleinen Anteil vom Sozialprodukt – in beiden Ländern ein gutes Drittel – überlassen, ist der Staat in Europa längst viel zu fett und allzu bedrückend geworden. Denn die Europäer haben seit 1970 den Anteil der Staatsausgaben an ihrem Bruttosozialprodukt auf ein weit höheres Niveau als die anderen geschraubt: innerhalb der EG von ehemals 38 auf über 50 Prozent (siehe Graphik oben). Dabei wurden die Steuer- wie die Sozialabgabesätze schon so weit nach oben gedrückt, daß weitere Abgabehöhen als Alternative zum staatlichen Sparen kaum möglich und auch als sinnlos, weil kontraproduktiv erscheinen. Mehr noch: Die schon erreichte Abgabelast erzeugt zusätzliche finanzpolitische Bedrängnis.“; „So hohe Zwangsabgaben verursachen in der Gesellschaft immer das, was Ökonomen ‚Verwerfungen‘ und ‚Fehlallokationen‘ zu nennen pflegen. Denn sie machen den offiziellen und besteuerten Erwerb immer unattraktiver gegenüber mehr Freizeit, die andernfalls gar nicht gewünscht würde. Schwarzarbeit hingegen immer reizvoller. Sie stimulieren in den Unternehmen den Betriebsausgabenluxus, den Ankauf von teuren Dienstkarossen etwa, zu Lasten einer sonst möglichen, jedoch riskanten Kapazitätserweiterung. Sie senken die Nettorendite, die Anlegern zufließt, und regen deshalb zu Mehr-Konsum auf Kosten des Sparens und des Investierens an. Sie nötigen die Bürger mithin zu vielerlei Ausweichreaktionen, die allesamt den Wohlstandszuwachs und die Beschäftigung kleiner machen, als sonst erreichbar wäre – und die deshalb auf Dauer auch die Staatseinnahmen vermindern.“; „Die USA haben, anders als alle anderen Staaten, ihre direkten Steuern, die Einkommenssteuer und die Belastung der Unternehmensgewinne, Anfang der 80er Jahre sogar noch erheblich gesenkt. Diese Steuersenkung hat zwar zur Entstehung eines hohen staatlichen Defizits beigetragen – um so mehr als gleichzeitig die US-Bundesausgaben, entgegen den ursprünglichen Verheißungen der Reagan-Administration, um einiges schneller als das Sozialprodukt stiegen. Sie hat aber auch jenen starken Aufschwung zumindest mitbewirkt, den die US-Ökonomie zum eigenen und zum Nutzen der Weltwirtschaft nach 1982 erlebte. Weil vor allem die marginale Belastung der Verdienste sank, wurden die US-Steuerzahler animiert zu mehr Arbeit, zu mehr und auch zu rentablerer Kapitalanlage, was schließlich außer mehr Arbeitsplätzen und mehr Wohlstandswachstum auch sogenannte Autokonsolidierungseffekte für den Etat erbrachte: Da die Steuerbasis, das zu versteuernde Einkommen der Bürger nämlich, kräftig stieg, wurden die Einnahmen-Einbußen, mit denen der Fiskus eigentlich infolge der niedrigeren Steuersätze hätte rechnen müssen, wieder teilweise – nach durchaus seriösen Schätzungen mindestens zur Hälfte – ausgeglichen.“; „Nicht nur vom Sparen reden, vielmehr tatsächlich auch zu tun, was nach dem Sprachgebrauch mit diesem Verb gemeint ist, zählt nicht gerade zu den Leidenschaften, die heutige Politiker antreiben. Ob der allenthalben ausgelobten Bescheidenheit der öffentlichen Hände auch wirklich dauerhaft bemerkenswerte Taten folgen, ist daher längst nicht ausgemacht.“; „In jedem Fall: Konkrete Chancen, daß die Staatsanteile nun allmählich, aber dauerhaft auf

ein Normalmaß schrumpfen und daß die Schuldenstände nicht absolut, doch in der Proportion zum Volkseinkommen nachhaltig sinken werden, sind aus dem bisherigen Finanzgebaren der Politiker noch nirgendwo erkennbar.“; „Die wirklich kritischen Posten werden explizit oder in stillem Einverständnis von jeder dauerhaften Kürzung ausgenommen. Es sind Ausgaben, die nicht den sogenannten klassischen Staatszwecken dienen, die nicht – wie ein funktionierendes Rechtssystem oder die Sorge für Sicherheit nach innen wie nach außen oder Umweltschutz – wirklich allen Bürgern zugeordnet, wenn auch keineswegs von allen gleichermaßen hochgeschätzt werden. Es sind vielmehr Benefizien, die immer nur einzelnen Gruppen zugute kommen. Es sind die sogenannten Transfers, die Sozialleistungen und die Subventionen und überhaupt alles, was gemeinhin mit Umverteilung und ‚Wohlfahrtsstaat‘ umschrieben wird. Diese Kategorie an Staatsausgaben aber hat den Fiskus allenthalben in Bredouille gebracht, hat die Erhöhung der Staats- und Steuerquoten, den riesigen Anstieg der Verschuldung verursacht. Für die Resistenz sozialer, oft lediglich sozial gemeinter Staatsausgaben gegen Kürzung, die überall notorisch ist – auch dort wo kein umstrittener Verteidigungsausbau zusätzliche Finanzprobleme stiftet – gibt es vielleicht vielerlei wahlpolitische, jedoch keine wirtschaftlichen oder gar sozialen Gründe.“; „Angesichts der schieren Masse, die in allen Ländern des Westens für ‚Soziales‘ ausgegeben wird, kann auch nicht stimmen, daß jedes Minus dort für die Gesellschaft nicht zu ertragen wäre, weil damit Armut, gar eine ‚neue‘, oder Elend, und sei es auch nur ‚relatives‘, über die Nationen käme. Der Staatsaufwand für die soziale Wohlfahrt geht unterdessen in allen Ländern weit über jenes Maß hinaus, das nötig wäre, um ‚christliche Caritas, angewandt auf die Politik‘, zu praktizieren – wie Alexis de Tocqueville einmal den durchaus erstrebenswerten Umfang öffentlicher Umverteilungspolitik definierte. Nur den ‚Leidenden zu Hilfe‘ zu kommen, denen, ‚die, nachdem alle ihre Mittel erschöpft sind, zum Elend verurteilt wären, wenn der Staat ihnen nicht die Hand entgegenstreckte‘ (Tocqueville), kann gar nicht soviel Geld verschlingen, wie die öffentlichen Hände in den kapitalistischen Ländern von heute für Soziales ausgeben.“; „Ein Großteil der heute in den kapitalistischen Ländern üblichen Umverteilung gilt zudem als ineffizient und als schädlich – als ineffizient, weil viele der Gelder gar nicht an Bedürftige gehen, sondern an solche, die sich durchaus selbst zu helfen vermöchten, wenn der Staat sie nur ließe; als schädlich, weil dadurch die Anreize zu produktiver Tätigkeit und zu produktiver Kapitalanlage geschmälert werden. Die Experten der OECD mahnen seit geraumer Zeit immer wieder, daß diese ‚ökonomischen Kosten‘ der staatlichen Transferausgaben ‚beträchtlich‘ sein könnten. Die Mahnung wird wohl weiterhin verhallen. Bestenfalls gelangen kleine Korrekturen, die zeitweilig das Wachstum des Sozialaufwands partiell ein wenig bremsen, was bald jedoch nur neue soziale Forderungen nach sich zieht, am Ende also nur Umschichtungen im wohlfahrtsstaatlichen Bereich bewirkt - wie jetzt in der Bundesrepublik.“; „Und: Neue Sozialtransfers – mehr Kinderfreibeträge, mehr Geld für Rentnerinnen, ein neues Plus für unsere teuren Bauern – werden bereits seit Anfang dieses Jahres ausgekippt.“; „Sicher ist auch: Dauerhafte und deftige Einsparungen am Staatshaushalt sind in den USA wie in Europa nur möglich, wenn Abstriche an jenem Posten vorgenommen würden, der dort unter dem Rubrum ‚Entitlements‘, hierzulande unter dem Titel ‚Sozialer Besitzstand‘ läuft. Dazu freilich wäre ein Politiker-Typus vonnöten, der es verabscheut, Wähler zu kaufen. Der Typus ist vor vielen Jahrzehnten schon ausgestorben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521099.html>

EG: Fortgesetzter Wahnsinn (20.10.1986)



Die EG-Kommission, so die Europa-Abgeordnete Magdalene Hoff, hat versagt, die Gemeinschaft ist bankrott. Subventionen, Bürokratie. „Jetzt stellt sie in einem Bericht für den Haushaltsausschuß des Europa-Parlaments fest: Es ist alles viel schlimmer als erwartet. ‚Manipulationen und Betrügereien‘ mit den teuren Überschüssen der europäischen Landwirte seien an der Tagesordnung. Zu bezahlen ist das alles längst nicht mehr. ‚Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft‘, so die sozialdemokratische Abgeordnete aus der Bundesrepublik, ‚ist bankrott.‘ Von Rechts wegen, meint Magdalene Hoff, müßte das Europaparlament die EG-Kommission entlassen, weil sie jahrelang die Mißwirtschaft mit den Subventionen für überschüssige Milch, für Weizen und Rindfleisch verschleierte hat. Doch die Wirklichkeit ist nicht so. Die im Straßburger Hohen Haus versammelten Agrarlobbyisten aller Fraktionen und Nationen haben immer ihr Veto eingelegt, wenn es darum ging, den Irrsinn der landwirtschaftlichen Überproduktion zu bremsen. Statt den kaputten Agrarmarkt von Grund auf zu reformieren, heckten die europäischen Landwirtschaftspolitiker immer neue ‚Marktordnungen‘ aus, die trotz sinkender Nachfrage die Bauern ermunterten, noch mehr Getreide, Rinder und Milch zu produzieren. Offiziell verschlingt der ‚fortgesetzte Wahnsinn‘ (Hoff) in diesem Jahr 44 Milliarden Mark – 63 Prozent des gesamten EG-Haushalts.“; „Tatsächlich aber kosten die Überschüsse den Steuerzahler noch viel mehr, als er bisher weiß.“; „Die Beamten in der Kommission, die den milliarden schweren Agrarfonds verwalten, waren schlicht überfordert, als Magdalene Hoff von ihnen wissen wollte, wie viele öffentliche Lagerstätten es in den verschiedenen Mitgliedsländern denn inzwischen gebe.“; „Andererseits verhindert eine ‚ausufernde bürokratische Reglementierung‘ (Hoff), daß die staatlichen Interventionsstellen auf plötzliche Nachfrage nach Butter oder Rindfleisch rasch reagieren könnten. An den starren Regeln ist auch der Plan gescheitert, alte Butter massenhaft an Kälber zu verfüttern.“; „Selbst zaghafte Änderungsvorschläge werden von den Agrarpolitikern stets vom Tisch gewischt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521127.html>

Niemand wird uns vom Kurs abbringen (20.10.1986)



Auf dem Gipfel in Reykjavik hatte Michail Gorbatschow die Amerikaner mit seinem revolutionären Abrüstungsplan überrascht – und vor der Weltpresse einen Generalsekretär der KPdSU völlig neuen Typs

vorgeführt: offen, geschliffen, gewandt. Die Amerikaner sahen sich in die Defensive gedrängt – durch einen harten und zugleich flexiblen, zornigen und freundlichen Gorbatschow, einen Mann mit vielen Gesichtern.

Systembedingte Leistungsverweigerung im Sozialismus. „Dieser Gorbatschow ist angetreten, in der UdSSR die Diktatur einer inkompetenten Bürokratie, die vor allem anderen an der eigenen Bereicherung interessiert ist, zu stürzen – er selbst nennt es ‚eine echte Revolution‘, und gemessen an dem, was der Staat Lenins und Stalins, auch Breschnews, einmal war, sind seine Ziele gewiß revolutionär. Er möchte die Sowjetwirtschaft auf moderne Produktionsmethoden und Technologien umstellen, dazu braucht er einen Anreiz wider die systembedingte allgemeine Leistungsverweigerung: Er muß den Lebensstandard steigern und deshalb mehr Konsumgüter anliefern. Er will landesweit ungewohnte Tugenden wie Arbeitslust und Verantwortungsbewußtsein beflügeln, wozu er die alltägliche Bevormundung und Korruption beseitigen muß. Die gesamte Volkswirtschaft von einer Zentrale aus zu lenken, hält er für absurd: Die Direktoren der Betriebe sollen Zulieferungen, Löhne, Preise selbst bestimmen und ein Betriebsrat ihnen dabei zur Seite stehen.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521059.html>

BÖRSEN: Wie unter Goldgräbern (27.10.1986)

Börsenreform in London: Die Hauptstadt des zweitklassigen Industriestaats England festigt ihre Position als Europas führendes Finanzzentrum.

Finanzmarktderegulierung positiv dargestellt. „Von diesem Montag an wird Londons Börse, die bislang durch vielerlei verstaubte Reglements behütet wurde, zu einem allseits offenen und freien Handelsplatz für Wertpapiere. Nicht länger mehr bleibt die London Stock Exchange (LSE), die Londoner Aktienbörse, Ausländern verschlossen. Nicht länger mehr wird es dort ein Kartell von Aktienmaklern geben, die weit überhöhte Courtagen einstreichen können. Es kommt auch das Ende einer Kuriosität, die es wohl nur in London gab. Während an den anderen großen Börsen der Welt der Aktienhandel in den Händen einer einzigen Berufsgruppe liegt, teilten sich in der City bisher zwei Gruppen das Geschäft: Sogenannte Broker waren als Zwischenhändler im Auftrag und auf Rechnung des Kunden tätig; und sogenannte Jobber handelten mit den Brokern auf eigenes Risiko. Die üppigen Courtagen ermöglichten solche Absonderlichkeiten. Mit der Abschaffung alter Vorschriften und mit der Öffnung für die internationale Konkurrenz hoffen die Londoner Börsen-Manager, verlorenes Terrain zurückerobert zu können.“; „New York und Tokio mögen mehr Masse aufweisen, an Vielfalt und Internationalität ist die Londoner City schon jetzt, bevor auch noch die Aktienbörse fit gemacht wurde, allen Finanzzentren weit voraus.“; „Den Briten, die ihren Lebensunterhalt in der City verdienen, kann es letztlich egal sein, wer der Eigentümer ihrer Firma ist. Und für die Volkswirtschaft insgesamt macht es ebenfalls keinen großen Unterschied, ob die Deviseneinnahmen der City von britischen oder von ausländischen Instituten erwirtschaftet werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521818.html>

FRANKREICH: Boulot, dodo (27.10.1986)

Sozialminister Seguin macht Propaganda für Gelegenheitsjobs – als Mittel zur Selbsthilfe für jugendliche Arbeitslose.

Linke Politik nicht erfolgreich. „Nun soll ‚boulot‘ im Sinne des amerikanischen ‚job‘ sozial aufgewertet werden. Das geht nicht ohne Umdenken in einer Nation, die im Grunde noch immer Beziehungen, renommierte Schulen und glanzvolle Diplome als unabdingbar für jeden Aufstieg hält. Immerhin, ein Hang zur Wende ist da, sonst hätte der industrielle Parvenu Bernard Tapie, der sich mit dem Ankauf konkursreifer Firmen ein Imperium aufgebaut hat, nicht zur Kultfigur der erfolgssüchtigen Jugend aufsteigen können.“; „Doch die traditionellen Ansichten der Linken zum Thema Arbeitslosigkeit stehen in Frankreich nicht mehr hoch im Kurs. Ihre seinerzeit hoch gepriesenen Industrieverstaatlichungen, die jetzt von den Rechten rückgängig gemacht werden, haben das Arbeitsleben nicht besser gemacht. Während der fünfjährigen Sozialistenherrschaft, die im vergangenen März endete, ist die Arbeitslosenzahl um fast 700000 gestiegen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521828.html>

MANAGER: Das Spiel des Professors (03.11.1986)

Italiens neuer Star-Manager heißt Romano Prodi. Der jüngste Coup, den der Chef der Staatsholding Iri landete, ist der Verkauf von Alfa Romeo.

Privatisierung erfolgreich. „Heute wissen die Italiener, daß der Professore nicht verrückt ist. Was niemand glaubte, ist ihm gelungen: Das staatseigene Firmenimperium, das zuvor Milliarden-Verluste erwirtschaftete, wird in diesem Jahr erstmals eine ausgeglichene Bilanz vorweisen. Am Freitag dieser Woche wird Prodi stolz verkünden, daß er einen weiteren Verlustbringer los ist: die Autofirma Alfa Romeo.“; „Romano Prodi ist es durch seine Verkaufspolitik gelungen, für ein Automobilunternehmen, das seit 13 Jahren nur rote Zahlen schreibt, zwei ordentliche Angebote einzuholen. Wenn Alfa Romeo verkauft ist, hat er für die Staatsholding Iri wieder ein Problem gelöst.“; „Autos hergestellt werden, war 1933 von Mussolini als ‚vorübergehende Auffanggesellschaft für bankrotte Industriefirmen‘ gegründet worden. Nach dem Krieg sollte die Iri zum ‚technologischen Wegbereiter‘ für die italienische Industrie werden. Doch in den sechziger und siebziger Jahren mußte die Holding immer wieder konkursreife Firmen übernehmen, um Pleiten und höhere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das ging an die Substanz. Allein in den letzten drei

Jahren schaffte die Iri im industriellen Bereich Verluste von über 17 Milliarden Mark. Prodi will so nicht weitermachen. ‚Die Zeit der Subventionen‘, sagt der Professor, ‚ist vorbei.‘ Seine Strategie: Prodi privatisiert einen Teil der Unternehmen und saniert mit dem so hereinkommenden Geld andere. Das Börsenhoch ausnutzend, bot der Iri-Chef Anteile börsennotierter Banken und Firmen zum Verkauf an. Andere Unternehmen führte er an der Börse ein, so die Fluggesellschaft Alitalia oder den Flugzeugbauer Aeritalia. Die Iri kassierte mit solchen Teilverkäufen 6,6 Milliarden Mark, Geld, das für andere kranke Staatsfirmen eingesetzt wurde.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520013.html>

Deutsch wie Zeitgeist und Gemütlichkeit (17.11.1986)

Von Merklein, Renate

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über Sinn und Geschichte der „Gemeinwirtschaft“

Abrechnung mit der Gemeinwirtschaft. „Die so ruhmlosen wie regelwidrigen Vorgänge in dem und um den nun wieder gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern hatten auch, so heißt es, jenes andere, bessere, von der schnöden Profit-Ökonomie abgehobene Modell ‚Gemeinwirtschaft‘, dem die NH einst als Flaggschiff diente, bis zur Unkenntlichkeit entstellte, ja vernichtete. Vieles spricht für einen anderen Kausalzusammenhang, viel spricht dafür, daß die Gemeinwirtschaft der Neuen Heimat den Garaus machte und nicht umgekehrt.“; „Nach der Lesart des DGB ist eine Handvoll allzu schlechter Menschen in den eigenen Reihen – sprich Viator & Co. – schuld daran, daß schon das Firmen-Kürzel NH gleichbedeutend wurde mit Skandal und reichlich eigenartigem Gebaren eines Milliarden-Schuldners. Doch war der Herr Viator wirklich von solch abgefeimter Raffinesse, von solcher – wenn auch negativen – Übergröße, daß er in jedem normalen kapitalistischen Unternehmen ähnlich große Schäden hätte verursachen können? Das ist kaum vorstellbar. Auch bei normalen kapitalistischen Unternehmen kommt es zwar zu Pleiten, gibt es Mißmanagement, Fehlspekulation und hin und wieder vielleicht Versuche des Managements, sich auf betrügerische Weise zu Lasten der Firma zu bereichern. Doch die Alarmsignale schrillen dort normalerweise früh – spätestens dann, wenn die Gewinne sichtbar sinken. Diese Art Alarmanlage aber ist bei der Gemeinwirtschaft verpönt. Das allein hat wohl schon mehr als irgendeine der handelnden Personen dazu beigetragen, daß das einst so stolze Unternehmen Neue Heimat zum Ungeheuer avanciert ist.“; „Schon die Einstufung eines schlichten Geschäftsbetriebes als ‚gemeinwirtschaftlich‘ klingt unbestimmt pompös, im Fall der Neuen Heimat auch verwirrend, da sie noch mit zwei anderen, ähnlich dunklen Attributen daherkam: mit dem Adjektiv ‚gemeinnützig‘ für ihre Akten beim Finanzamt und mit dem Schmuckwort ‚sozial‘ für ihr Produkt, die Wohnungsbauten. Das eine wie das andere bedeutete nicht etwa, daß das Unternehmen irgendwelche Lasten zugunsten der Allgemeinheit übernommen hätte – mit dem nun sichtbaren Ergebnis. Im Gegenteil: Das Wort ‚gemeinnützig‘, das der Muttergesellschaft Neue Heimat, nicht aber deren Tochter NH Städtebau verliehen worden war, ist nur ein allzu blumig geratener Amtsausdruck für ein massives Steuerprivileg: Befreiung von der Körperschaftsteuer, teilweise auch von der Grunderwerbsteuer, dafür dann die Verpflichtung, den Eignern höchstens vier Prozent an Kapitalrendite auszuschütten.“; „Doch bei Unternehmen denen nur vorgegeben ist, anders als die anderen zu sein, nicht aber wie genau, verliert sich schon ihr Ziel so weit im Nebelhaften, daß kein Maßstab mehr erkennbar bleibt für das, was als Erfolg oder als Mißerfolg zu gelten habe. Genau das war der Fall bei der Gemeinwirtschaft. Was dort anstelle des stets abgelehnten Erwerbsprinzips denn herrschen sollte, blieb immer vage – und das, obwohl der Terminus Gemeinwirtschaft eine lange Geschichte hat und viele sich bemühten, ihn zu klären.“; „Wie die meisten jener Wörter, die zum heiligen Besitzstand der Arbeiterbewegung avancierten, entstammt [die Voakbel Gemeinwirtschaft] nicht dem Volksmund, nicht den Schlachtrufen, die auf den Höfen der Fabriken als originäre Schöpfung gequälter Proletarier ertönten. Ersonnen worden war die Lehre von der Gemeinwirtschaft in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von einem schwäbischen Privatgelehrten, Journalisten und kurzzeitig auch Minister (in einem Wiener Zentrums-Kabinett) namens Albert Schäffle, der nicht Sozialist war, nur Anhänger jenes damals bei deutschen Intellektuellen modischen Staatsinterventionismus.“; „Nicht der Bereicherung von Einzelpersonen oder Gruppen‘ dienten sie, sondern ‚den Bedürfnissen der breiten Schichten‘ (so Achim von Loesch, der hauptamtliche Propagandist der Gemeinwirtschaftsideen im Dienste der BfG). Schon diese Ansprüche, zumal sie offenkundig ernst gemeint waren, machten ein Desaster irgendwann wahrscheinlich. Denn: Die Bewegung der Gewinne, nach oben oder auch nach unten, ist das einzig verlässliche Signal dafür, ob ‚die breiten Schichten‘ mehr oder weniger die angebotenen Waren wünschen. Unternehmen, die nicht auf die Gewinne achten, produzieren daher auf Dauer immer am Bedarf vorbei. Manager, die das Gemeinwohl mehren wollen, statt ganz bescheiden nur das ihnen anvertraute Kapital, sind deshalb ständig in Gefahr, beides drastisch zu vermindern. Hinzu kommt: Wirtschaft, mit welchem Beiwort sie auch immer geschmückt sein mag, muß der Rationalität mit ihrer Pfennigfucherei verhaftet bleiben, sonst verfehlt sie ihren Zweck, der ja allenthalben unbestritten darin liegt, knappe Mittel effizient zu nutzen. Daß wärmende Gefühle den Egoismus als Antriebskraft zu Sparsamkeit und Effizienz ablösen könnten, galt früher schon als zweifelhaft – wie hübsch sie immer auch umschrieben waren.“; „Weber hatte auch bereits darauf verwiesen, daß sich ‚hinter den Vorhängen‘ einer Gemeinwirtschaft mit ihrer geträumten Solidaritätsethik‘ leichterdinge eine ‚beispiellose Schädelstätte aller Wirtschaftsethik‘ und ‚ein Verlust jedes Maßstabes‘ auftun könne. Es ist kein vaterländisches Verdienst der NH-Eigner, dies nun auch noch empirisch belegt zu haben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521461.html>

SUBVENTIONEN: Schnell besorgt (17.11.1986) ■ ■**So brutal wie jetzt Gerhard Stoltenberg hat lange kein Bonner Minister mehr die heimatische Basis begünstigt: Stimmenkauf mit Werften-Millionen.**

Wahlgeschenke, Subventionen, Beschäftigungspolitik aber nicht grundsätzlich abgelehnt. „Wenn es um Schleswig-Holstein ging dann vergaß Gerhard Stoltenberg in der Vergangenheit schon mal alle guten Sparvorsätze. Der Finanzminister, im Nebenberuf CDU-Vorsitzender des nördlichsten Bundeslands, bediente seine Großbauern mit Milliardensubventionen, und er half auch sonst dem christdemokratisch regierten Land nach Kräften.“; „Vorige Woche hat Stoltenberg alle Regeln solider Finanzpolitik über den Haufen geworfen, um ein Ziel zu erreichen: bedrängte Werften in Kiel und Flensburg aus der Bundeskasse zu bedienen. Mehr als eine Viertelmilliarde Mark ist die erste Rate.“; „Die Verstöße gegen Haushaltsusancen, gegen die Wettbewerbsregeln und gegen die Grundsätze einer soliden Finanzpolitik – all das begründet Stoltenberg mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen.“; „Statt Schiffe bauen zu lassen, könnte der Finanzminister auch ein Beschäftigungsprogramm auflegen, das zu einer dauerhaften Verbesserung des Arbeitsmarktes im Norden führen könnte. Wenn die Schiffe mal gebaut sind, stehen die Werftarbeiter wieder arbeitslos da.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521489.html>

Das zeigt die ganze Heuchelei des Staates (24.11.1986)**SPIEGEL-Report über die politische Förderung und wirtschaftliche Ausbeutung der Spielsucht**

Geldgieriger Staat. „Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs hat das gesetzliche Glücksspielverbot samt Ausnahmeregel beim Roulett wie beim Lotto den ‚Sinn und Zweck‘, die ‚wirtschaftliche Ausbeutung der natürlichen Spieleidenschaft des Publikums unter staatliche Kontrolle und Zügelung zu nehmen‘. Da aber bei der Kontrolle so viel für die Kontrolleure abfällt, zügelt der Staat immer weniger. Im Gegenteil: Er fördert das Zocken, wo er nur kann. Spielbanken vermehren sich schon fast wie Hamburger-Restaurants, und immerfort werden neue Lottovarianten unters Volk gebracht. Der Staat macht Money mit der Manie seiner Bürger. Staatliche Geldgier paart sich mit politischer Inkompetenz, kaum ein Sozialexperte kennt die Praxis in den Spielbanken aus eigener Anschauung. Im halbstaatlichen Glücksfilz können die Kasino-Planer schalten und walten. Was Wunder, daß sich Dortmunds Samtlebe mit dem Glücksflöz brüstet. Zwei Jahre lang, bis Mitte 1985, saß Samtlebe dem Deutschen Städtetag vor, der, paradox, vor den Gefahren des Spielens warnte.“; „Die Logik im Lande Oskar Lafontaines ist umwerfend: Weil es immer mehr private Spielhallen gibt, muß es immer mehr öffentliche Spielbanken geben. Oder anders: Der Fiskus kann nicht genug kriegen.“; „Um Einfälle, mit denen man der heimlichen Steuer das Mäntelchen eines guten Zwecks umhängen kann, sind die Finanzminister nie verlegen.“; „Nach der Fiktion, daß alles, was der Staat unternimmt, gemeinnützig sei, verschwanden in Baden-Württemberg zwei Drittel der dem Land verbliebenen Gelder, nämlich 30 Millionen Mark, im Landesetat.“; „Die doppelte Moral ist die Geschäftsbasis, bei den staatlich abkassierten Spielbanken ebenso wie beim Lotto.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13522123.html>

EUROPA: Viel Heuchelei (01.12.1986) ■ ■**Bonnens Minister reden gern von europäischer Einigung. Ihre Politik sieht anders aus.**

Klientelpolitik, Subventionen. „Wann immer es konkret wird in Brüssel, wenn der Agrarmarkt endlich reformiert oder ein Forschungsprogramm endlich verabschiedet werden soll, treten sie auf die Bremse. Der Bonner Landwirtschaftsminister ficht dann für mehr statt weniger Subventionen zugunsten seiner Bauern. Kollege Heinz Riesenhuber hält die Taschen zu, wenn ärmere Mitgliedsländer am technologischen Fortschritt beteiligt werden wollen. Nationaler Eigensinn ist unter den jetzt zwölf EG-Mitgliedern keine neue Erscheinung. Zornig aber sind die Partner über die Doppelzüngigkeit der Deutschen. Gern reden sie von der Zukunft eines vereinigten Europa. Gern verkünden sie die reine Lehre der Marktwirtschaft, aber subventionieren kräftig selbst: die Landwirte, Daimler-Benz oder die Werftindustrie.“; „Die Bundesregierung will von mehr Wettbewerb auf den Stahlmärkten nichts mehr wissen; die Interessen einiger Firmen zählen jetzt mehr als alle ordnungs- und europapolitischen Bekenntnisse.“; „Nach den EG-Stahlplänen sollte eigentlich ein Produkt nach dem anderen aus der Marktordnung entlassen werden die bislang festschreibt, wer welche Erzeugnisse in welcher Menge herstellen und zu welchen Preisen verkaufen darf. Doch eine solche Liberalisierung geht gegen die Interessen der großen Unternehmen, die Walzdraht, Stabstahl oder Profilstahl herstellen – also Thyssen, Hoesch, Krupp und vor allem Saarstahl/Völklingen. Ähnlich scheinheilig verhalten sich die Bonner im Agrarrat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519849.html>

SUBVENTIONEN: Großzügig definiert (08.12.1986) ■**Milliarden, die Forschung und Entwicklung in kleinen Betrieben beleben sollten, wurden sinnlos verpulvert. Jetzt droht der Staatsanwalt.**

„Zügig und unbürokratisch, lobte Wirtschaftsminister Martin Bangemann die Regierung, werde kleinen und mittleren Unternehmen geholfen, sich durch verstärkte Forschung für den internationalen Wettbewerb zu rüsten. Und das alles, so der Liberale, ‚in vollem Einklang mit den Grundsätzen liberaler und marktwirtschaftlicher Politik‘. Da muß Bangemann

was mißverstanden haben. Selten wurden Steuermittel so verschwenderisch verteilt wie die Gelder, die kleinere Firmen als Zuschüsse zu ihren Lohnkosten erhielten, wenn sie Forschungsprojekte anmeldeten.“; „Nur ein paar hundert der Klein- und Mittelbetriebe in der Bundesrepublik forschen oder entwickeln eigenständig, berichtete der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1978. Doch das leichte Geld aus Bonn sorgte dafür, daß sich bis Ende 1985 rund 18500 Klein- und Mittelbetriebe der Forschung widmeten. Dafür bekam jeder im Schnitt über 50000 Mark im Jahr vom Staat.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520549.html>

LANDWIRTSCHAFT: Oben eingependelt (15.12.1986) ■

Vier Jahre Landwirtschaftsminister Kiechle: Mißwirtschaft und kein Ende.

Agrarsubventionen: historisch einmalige Geldverschwendung. „Der Agrarminister hat allen Grund mit sich und seinem Job unzufrieden zu sein. Die Bilanz seiner Agrarpolitik weist nach vier Jahren christliberaler Regierung nur rote Zahlen auf: Der Finanzminister zahlt mehr Subventionen als je zuvor an die Bauern; in den Lagern und Kühllhäusern der EG türmen sich die höchsten Butter- und Getreideberge aller Zeiten; die durchschnittlichen Einkommen der deutschen Landwirte liegen real ein Drittel unter dem Stand von vor zehn Jahren.“; „Immer schlimmer haben sich die Deutschen und die anderen EG-Europäer in ihrem Agrar-Wust verheddert. Die Gesetze von Angebot und Nachfrage sind seit Jahrzehnten außer Kraft gesetzt, Brüssel zahlt den Landwirten für die meisten Produkte Garantiepreise. Diese überhöhten Preise reizen zu einer absurden Überproduktion an, die inzwischen praktisch unbezahlbar geworden ist. Daß dieser Dirigismus immer tiefer in den Schlamassel führt, demonstrierten Europas Agrarpolitiker besonders eindringlich mit der sogenannten Milchquotenregelung.“; „Das Schlimme: Der Mehrheit der Bauern in den Klein- und Mittelbetrieben hat die Subventionsorgie wenig geholfen. Schon vor dem neuen Schub, 1984, zahlten EG, Bund und Länder fast 20 Milliarden Mark allein an die deutschen Landwirte. Dieser Betrag übersteigt deutlich die Wertschöpfung der Landwirtschaft in jenem Jahr (17,9 Milliarden Mark) – ein in der Wirtschaftsgeschichte einmaliger Fall von Geldverschleuderung. Immer mehr Geld wird in den Agrarmarkt gepumpt, immer weniger davon kommt bei den Bauern an. Die Agrarpreise zu stützen und Überschüsse zu verwalten kostet die Deutschen mehr, als die Vollerwerbsbauern mit ihrer Arbeit im Schnitt verdienen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521311.html>

BEAMTE: Filz mit Feigenblatt (15.12.1986) ■

Ein Wissenschaftler hat untersucht, wie Posten im öffentlichen Dienst vergeben werden. Sein Befund: Vetternwirtschaft ist keineswegs die Ausnahme.

Öffentlicher Dienst als Beute der Parteien. „Ihr unaufhaltsamer Aufstieg ist allerdings nur ein besonders augenfälliges Beispiel für die ungenierte Art, mit der die Parteien den Beamtenapparat korrumpieren – als Beuteobjekt der Funktionäre. Der Zugriff auf öffentliche Ämter wird längst nicht mehr kaschiert, weder in den Kommunen noch in den Landesverwaltungen, schon gar nicht in Bonn.“; „Diese Balkanisierung des öffentlichen Dienstes, das stillschweigende Einverständnis, sich kräftig selbst zu bedienen, hat den Bonner Juristen Manfred Wichmann zu einer wissenschaftlichen Untersuchung über die ‚Parteipolitische Patronage‘ angeregt. Wichmann belegt anhand umfangreicher Literatur den Verfall der personalpolitischen Sitten, präzisiert die Verstöße gegen das Grundgesetz und macht Vorschläge, wie den Mißständen abgeholfen werden könnte. Je höher das Amt, so hat der Wissenschaftler festgestellt, desto konsequenter und zahlenmäßig ausgeklügelter werden die Pfründen vergeben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521424.html>

Studenten '86: Wir waren ja so naiv (15.12.1986)

Von Schille, Peter

SPIEGEL-Reporter Peter Schille über den Widerstand an den Pariser Universitäten

„Mythos Gleichheit“. „Als gäbe es weder diese Elite-Hochschulen noch ein Zwei-Klassen-Studium, hielten die Studenten dem Mythos Gleichheit die Treue. ‚Selektion ist Unrecht‘, sagten sie, ‚sie ist elitär und benachteiligt die Schwachen.“; „In Wahrheit sind die 77 Allerweltsuniversitäten dringend erneuerungsbedürftig, es sind meist armselige Massenausbildungslager, von 985000 Studenten behaust, deren Diplom- oder Berufsaussichten düster sind. Dabei ist das Klima in diesen akademischen Gruften entspannt, ja friedvoll. Selbst die Sorbonne, das Symbol französischen Geistes, verschlammte zu einer Anstalt für den akademischen Durchschnitt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521548.html>

Klein in der Leistung, aber groß im Nehmen (22.12.1986) ■

Immer Ärger mit der Post: Das Staatsunternehmen im Leistungstief. Der Selbstherrlichkeit und Nachlässigkeit eines Monopolbetriebs sind Telefonbenutzer, Brief- oder Paketkunden ausgeliefert. Während die Post den Bürgern mit Milliardenaufwand ein neues Kommunikationssystem einrichtet, dessen Sinn in Frage steht, erfüllt sie ihre klassischen Aufgaben nur noch mangelhaft.

Ineffizientes, selbstherrliches Staatsmonopol. „Walter Birnbaum ist mit seinen Erfahrungen nicht allein, und wer sich mit diesem Staatsbetrieb einläßt, der muß schon Nerven haben. Die ‚523678 Leute von der Post‘, so wurde dem Volke letztes Neujahr in ganzseitigen Zeitungsanzeigen versprochen, seien ‚auch 1986 gern für Sie da‘. Aber die Art und

Weise, wie immer wieder mit der Telephon-, Brief- oder Paketkundschaft umgegangen wird, läßt glauben, daß viele Leute von der Post davon noch gar nichts gehört haben. Sie versteht ihr Fernmeldemonopol gleichsam als gottgegeben, und wo immer einer funkt, fährt die Post wie der Blitz dazwischen: Das sei ihre Sache. Doch bei der Pflichterfüllung, die mit diesem Anspruch einhergeht, hat sie keine Eile. Zwar sind schon die Wege geebnet für ‚Bigfon‘, ein allumfassendes Kabelsystem. Aber mit den einfachen Dingen ist es schwer geworden: Bei den klassischen Diensten, der Beförderung und der Zustellung, geht die Post nicht mehr richtig ab.“; „Im übrigen wird die Bildstörung durch eine ebenso üppige wie träge Bürokratie ausgelöst. Schlendrian und Schlamperei wurden nicht nur von außenstehenden Gutachtern ermittelt, sondern auch von Pannenforschern im eigenen Hause. Und zudem kann sich diese Administration mehr herausnehmen als alle anderen. Denn die Deutsche Bundespost verfügt über eine einzigartige Rechtsstellung, die sie auf vielen Feldern unangreifbar macht. Sie schaltet und waltet weitgehend nach eigenem Gutdünken – politisch nur der Form nach beaufsichtigt von einem buntgewürfelten Gremium aus Parlamentariern, Landesministern und Wirtschaftsleuten. Die Macht, die diese Bundesverwaltung besitzt und die sie ungehemmt ausübt, reicht weit über ihre Größe hinaus.“; „Hoheitlich verkauft die Post nicht etwa ihre Leistungen oder Geräte, sie nimmt Gebühren ein und nicht zu knapp. Müßte der Staatsbetrieb sich marktgerecht verhalten, wäre längst eine Preissenkung fällig, etwa, wie Freidemokrat Hoffie vorschlägt, von 23 auf 20 Pfennig je Einheit. Bislang aber ist es immer nur nach oben gegangen.“; „Gewerkschaftlichen Utopien ist die Post in einigen Bereichen schon voraus. Bei der Fernsprechauskunft, bitte haben Sie etwas Geduld, beläuft sich nach den Ermittlungen der Bundesprüfer ‚die wöchentliche effektive Tätigkeitszeit‘ mitunter nur ‚auf 24 Stunden‘. Solcher Schlendrian, kommt durch die sogenannten Nebenzeiten zustande – Zeiten, die mit Frühstück und Ruhepausen, Leerfahrten im Postwagen oder dienstlichem Unterricht, durch Bereitschaftsdienst oder das Warten auf die erste Straßenbahn ausgefüllt werden. Auch das Lesen von Verfügungen gehört dazu: 34 Minuten pro Woche werden dem Postbediensteten dafür amtlich zugebilligt.“; „Schlangen wie in einem Ostblockland“ ermittelte die ‚Süddeutsche Zeitung‘ vor Münchens Postämtern, weil ‚ausgerechnet in der Zeit, in der viele Berufstätige ihre Mittagspause für einen Gang aufs Postamt benutzen, dort dringend eine Minibesetzung Dienst tun muß‘. Es sehe so aus, als habe die Post ‚sich ein Umerziehungsprogramm besonderer Art vorgenommen, etwa nach dem Motto: Wann die Kunden bedient werden, bestimmen wir‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13522134.html>

III. „Spiegel“-Artikel von 1990 mit neoliberaler Botschaft

Für eine Einheit durch Vielheit (15.01.1990)

CSU-Staatssekretär Peter Gauweiler über Wege zur deutschen Wiedervereinigung

Diskreditierte Staatswirtschaft. „Natürlich handelte es sich auch um eine Konsequenz aus dem Scheitern der DDR als diskutabler ‚linker Alternative‘, der umfassenden Diskreditierung staatlich gelenkten Wirtschaftens und der nicht länger zu verdrängenden fürchterlichen Erkenntnis, daß der real existierende Sozialismus über die Völker Ost-Europas ein Leichentuch gelegt hat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497746.html>

Parlamente: Prächtiger Laden (15.01.1990)

Landesregierung und Landtag von Baden-Württemberg haben sich in aller Stille eine Spitzenposition in der Altersversorgung gesichert.

Privilegierte und eigennützige Politiker. „Der Steuerzahler-Bund fordert nun, die Bevorzugung der Süd-Minister dringend durch eine Gesetzesänderung zu beenden. Doch Späths Staatskanzlei wiegelt ab: ‚Das drängt nicht.‘ Der Regierung Späth kommt zustatten, daß sich auch der Landtag, in dem die CDU seit bald 18 Jahren eine absolute Mehrheit hat, längst zu einem prächtigen Selbstbedienungsladen entwickelt hat. Der spektakuläre Rollgriff in die Diätenkasse hat zwar in anderen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz (SPIEGEL 43/1989) oder Hessen (SPIEGEL 26/1988) republikweit Aufsehen erregt. Doch im Ländle gibt es kaum Ärger, wenn sich die Abgeordneten ihre Bezüge großzügig erhöhen. Die Oppositionsparteien SPD und FDP kassieren gern mit, nur die Grünen protestieren regelmäßig – und vergebens.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497808.html>

Erst Mitleid, dann zuschlagen (15.01.1990)

Die sanfte Revolution in der DDR geht weiter, jetzt kehrt sie sich gegen jene, denen die Wende Macht verlieh. Mit Warnstreiks zwingen die Bürger die Regierung Modrow, die Gründung eines Verfassungsschutzes zu vertagen. Und sie protestieren gegen SED-Chef Gregor Gysi und die fortbestehende Macht seiner Partei.

Sozialismus hämisch. „Auch Gregor Gysi hat gelernt. Als er das trübe Erbe des Erich Honecker antrat, verkündete er noch forsch: ‚Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande.‘ Letzte Woche sagte der Parteichef deprimiert, das Amt sei wohl ‚zuviel für meine Schultern‘. Er hat es ja begriffen: Sozialismus ist gut. Eigentum ist besser.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497724.html>

Da brennt die Sicherung durch (22.01.1990)

Mindestens 500 000 DDR-Bürger werden in diesem Jahr in die Bundesrepublik übersiedeln, Hunderttausende kommen aus den Ostblockstaaten. Wer soll die Einwanderer bezahlen? Der Kampf um Jobs und Wohnungen wird härter; Renten- und Krankenversicherungen sehen sich enormen Zusatzforderungen ausgesetzt.

Sozialleistungsniveau nicht weiter finanzierbar, wohlfahrtsstaatliche Fehlanreize. „Der Arbeitsmarkt ist seit Jahren aus dem Lot. Seit 1983 lebt die Bundesrepublik ohne Unterbrechung mit rund zwei Millionen registrierten Arbeitslosen. Auch die Super-Konjunktur der vergangenen Jahre hat den Mangel an bezahlter Arbeit nicht beseitigen können. Schließlich, und nicht zuletzt, die Sozialsysteme. Noch ist gut in Erinnerung, daß deren Sanierung – auch ohne die Neubürger – als bedeutendste politische Aufgabe dieser Legislaturperiode eingestuft wurde. Es bedurfte einer großen Koalition zwischen Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten, die Rentenversicherung zumindest bis ins nächste Jahrtausend zu sichern. Nur mit drastischem Leistungsabbau war es möglich, den Anstieg der Krankenkassenbeiträge zumindest vorübergehend zu bremsen. Die Arbeitslosenversicherung ist nach wie vor auf Milliarden-Zuschüsse aus der Bonner Kasse angewiesen. Die Gemeinden ächzen unter der Last der Sozialhilfe.“; „Die Politiker haben, ausnahmsweise, eine gute Witterung für die Stimmung an der Basis. Die Regierenden wissen aus langjähriger Erfahrung: Teilen im anonymen Kollektiv gehörte noch nie zu jenen Fähigkeiten, die bei den Bundesbürgern besonders ausgeprägt waren. Entwicklungshilfe für die Dritte Welt leisteten die Bonner Regierungen quasi gegen den Mehrheitswillen, weil die außenpolitischen Zwänge dies erforderten. Ausländische Mitbürger waren, auch wenn sie noch so viel zum Bruttosozialprodukt beitrugen, stets Gegenstand des Sozialneids.“; „Zumal die DDR-Bürger durchaus Abgreif-Qualitäten besitzen. Rund 60 Prozent der Übersiedler aus der DDR etwa, die in den ersten sechs Monaten des vorigen Jahres in West-Berlin eintrafen, ließen sich damals zunächst einmal krank schreiben. Bereitwillig attestierten Ärzte ‚Übersiedlungssyndrome‘ oder ‚Adaptionsschwierigkeiten‘. Hier und da lagen sicherlich Krankheitszeichen vor. Der Hauptanreiz, das neue Leben im Westen krank zu beginnen, lag aber sicherlich woanders: Das Krankengeld ist deutlich höher als das Arbeitslosengeld.“; „Einige Polen kommen nur alle drei Monate, um ihr Konto leer zu räumen“, weiß der Sozialexperte zu berichten. Wenn Arbeits- oder Sozialamt zu einem Vorstellungs- oder Beratungsgespräch lädt, dann wird das vier Tage vorher mitgeteilt, Zeit genug, aus Polen anzureisen. Im Westen Sozialleistungen beziehen, im Osten leben – die Versuchung ist, angesichts der sicheren Gewinne, riesengroß. Dabei

muß es gar nicht Mißbrauch sein, mit dem sich ein guter Lebensstandard in den Maschen des sozialen Netzes erreichen läßt. Das gilt vor allem für die DDR-Deutschen. Solange das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost so steil verläuft, solange vieles drüben subventioniert wird und die Ostwährung billig ist, führt die neue Freizügigkeit zu wunderlichen und aus westlicher Sicht unerwünschten Ergebnissen. Wenn ein Ost-Berliner in West-Berlin studiert, dann hat er dort Anspruch auf ein Bafög-Stipendium in Höhe von rund 850 Mark. Tauscht er das bei dem derzeitigen Kurs von 1:7 in Ostmark um, dann erreicht er leicht das Einkommen seines Ministerpräsidenten Hans Modrow. Ein älterer DDR-Bürger, der mit einem Scheinwohnsitz in der Bundesrepublik Rente bezieht, kommt über Nacht zu Wohlstand ohne Leistung.“; „Die riesige staatliche Umverteilungsmaschine, die Alte, Kranke oder Auszubildende versorgt, wurde in Jahrzehnten konstruiert, in denen Deutschland und Europa zweigeteilt waren. Sie ist nicht gebaut für eine Zeit, in der zwischen Regionen mit unvereinbaren Wirtschaftsordnungen und klafertiefem Wohlstandsgefälle die Mauern fallen.“; „Die allgemeine Einsicht: So großzügig wie bisher können Aus- und Übersiedler auf Dauer nicht vom sozialen Netz aufgefangen werden, Einschnitte sind unvermeidlich.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498568.html>

Von der BRD lernen? (22.01.1990)

Klaus von Dohnanyi: „Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre“ (II)

Neoliberale Argumentation gegen Kollektiveigentum und Planwirtschaft; Zähmung des Marktes durch „Rahmenbedingungen“ aber nötig. „Wer die Ergebnisse von Wirtschaftssystemen vergleicht, die einerseits im wesentlichen auf Privateigentum gründen oder andererseits einen wesentlichen Anteil der Produktionsmittel verstaatlicht oder vergesellschaftet haben, der kommt nicht umhin, die wesentlich schnellere Entwicklung und höhere Leistungskraft privatwirtschaftlich organisierter Wirtschaftssysteme festzustellen. Das gilt nicht nur im Vergleich zwischen der DDR und der BRD, wo der Unterschied heute offenkundig ist, sondern das gilt weltweit.“; „Dagegen gibt es nicht ein Beispiel für eine vergleichbar erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage generell oder auch nur überwiegend verstaatlichter beziehungsweise vergesellschafteter Produktionsmittel. Nicht eines!“; „Dennoch gelingt es bis heute ziemlich mühelos, auf Veranstaltungen der Linken auch in der BRD starken Beifall mit dem Schlagwort von der Profitmaximierung der Kapitaleigner und der Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel auszulösen. Gefühlsmäßig hat sich eben der moralisch engagierte Teil der Linken (übrigens manchmal bis hinein in die CDU!) mit den ungerechten Auswirkungen kapitalistischen Produktionseigentums auf die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht noch immer nicht abgefunden. Und die Tatsache, daß unsere sehr produktive Wirtschaft so viel Umweltschaden anrichtet, scheint vielen ein weiteres Argument für Vergesellschaftung und Planung. Daher kommt es auch, daß Sie gelegentlich auch aus der BRD den Rat hören können, in der DDR im Rahmen einer offenen Demokratie das Fundament der vergesellschafteten Produktionsmittel beizubehalten und in einer ‚freiheitlich sozialistischen Marktwirtschaft‘ fortzuentwickeln. Ich möchte Ihnen als Sozialdemokrat ganz offen schreiben, daß aus meiner Sicht eine solche Entwicklung nur eine tragische Verzögerung der im Rahmen der weltwirtschaftlichen Verflechtungen unausweichlichen Reformen darstellen würde. Eine grundsätzliche Entscheidung gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln, auch in den sogenannten Hauptproduktionsbereichen, hat nichts mehr mit freiheitlichem Sozialismus zu tun, sondern letztlich nur mit der Verdrängung praktischer Erfahrungen aller demokratischen Staaten zugunsten immer noch populärer Vorurteile. Auch für die SPD war es ein sehr schwieriger Weg, zu lernen, daß Eigentum als Institution keine moralische, sondern eine praktische Kategorie ist; und daß überall dort, wo christliche oder soziale Hoffnungen mit der Vergesellschaftung des Eigentums verknüpft wurden, eben nicht eine menschliche Ordnung, sondern am Ende nur eine unmenschliche Unordnung entstand.“; „Aber gerade Staatsunternehmen fällt es schwer, sich internationaler Konkurrenz auszusetzen. Denn warum sollten sie im gesellschaftlichen Eigentum bleiben, wenn sie sich dennoch jederzeit privatwirtschaftlichen Interessen und Wettbewerbsbedingungen unterwerfen müssen? Wenn jedoch die Konkurrenz neue und arbeitssparende Techniken einführt und damit Arbeitsplätze einspart, vielleicht sogar Mitarbeiter entläßt – soll dann der staatliche Betrieb dasselbe machen? Selbst wenn die theoretische Antwort ‚ja‘ lautet, de facto werden dann hunderte politische Pression ausgeübt werden, um die politischen Parteien und die Führungsgremien im Staat zu veranlassen, diese betriebswirtschaftlich notwendigen Schritte aus ‚politischer Verantwortung‘ doch zu unterlassen. In vergesellschafteten Betrieben und in Staatsbetrieben wird das Management häufig nach Gesichtspunkten des Betriebsklimas oder politischer Repräsentanz ausgewählt. Gelegentlich sogar als Trostpflaster für frühere Minister, Abgeordnete und so weiter, also als Ersatz für politischen Machtverlust. Glauben Sie ja nicht, solches Zuschieben von Wirtschaftsposten habe es nur in der SED und nur in der DDR gegeben! Nicht nur die kommunalen Betriebe in der BRD, sondern auch eine ganze Reihe von Staatsbetrieben weisen auch bei uns solche personalpolitischen Fehlentscheidungen aus denselben Gründen auf. Wie aber ein Unternehmen geführt wird, entscheidet über seine Zukunft und damit über die Arbeitsplätze. Staatsbetriebe sind in der Regel langsamer in ihren Entscheidungen. Nach einer einschlägigen Untersuchung bedeuten aber nur sechs Monate Produktverzögerung einen um etwa ein Drittel niedrigeren Ertrag. Warum aber kommen wohl die Spitzenprodukte auch eines relativ erfolgreichen Kombinars wie Robotron meist zu spät auf den Weltmarkt? Es ist eine allgemeine – und übrigens im wesentlichen unbestrittene – Erfahrung, daß staatliche und vergesellschaftete Unternehmen weniger effizient sind als Unternehmen im Privatbesitz, wozu natürlich auch Aktiengesellschaften zählen. Privat geführte Betriebe sind im Wettbewerb überlegen, weil sie sich flexibler, schneller, klarer an den Kosten und am Markt orientieren können. Ausnahmen bestätigen natürlich auch hier die Regel.“; „Es war ein tragischer Irrtum, der am

Ende in den Stalinismus führen mußte, zu glauben, daß wir der Hoffnung auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur näherkommen können, wenn das Eigentum faktisch abgeschafft wird: Aus der Verstaatlichung ergab sich der Zwang zur Planung und Kommandowirtschaft; daraus erwuchs die Bürokratie; das führte zur Herrschaft der Bürokraten; daraus wiederum folgte die Bevormundung der Bürger und das Mundtotmachen derjenigen, die sich mit dieser Bevormundung nicht abfinden wollten. Das Dogma vom Volkseigentum mußte zur Lüge von Partei und Staat über den angeblichen Erfolg dieser Eigentumsverfassung führen. Lügen kann aber ein Staat nur verbreiten, wenn er zugleich die Wahrheit unterdrückt. Und diese Notwendigkeit des Systems (nicht einiger korrupter Führungspersonen!) zerstörte schließlich die einzige Kraft, die die Macht des Eigentums am Ende wirklich wirksam kontrollieren kann: die offene Demokratie. Ich glaube, eine der wichtigsten Lehren der Jahrzehnte nach 1945 ist, daß die Demokratie in der Verbindung mit der Marktwirtschaft nicht nur menschlicher, sondern auch sozial und ökologisch effektiver ist als jede Vergesellschaftung und zentrale Planung. Es bleibt leider auch ein Irrtum vieler freiheitlicher Sozialisten, wenn sie meinen, daß die Verkettung von Verstaatlichung und politischem Zwang nicht zwangsläufig sein müsse, daß nicht das System der Staatswirtschaft, sondern die Form seiner Realisierung versagt habe.“; „Wer zum Beispiel in einer sich dynamisch verändernden Wirtschaft für sich selbst einen, vielleicht sogar noch immer denselben, absolut sicheren Arbeitsplatz garantiert wissen will, der muß zugleich entweder seinem Betrieb, vermutlich aber eher einer staatlichen Planungsbürokratie, auch die Verfügung über seine jeweilige Tätigkeit einräumen. Das heißt, wer die sichere Garantie für einen festen Arbeitsplatz will, muß in Auswahl und Qualität des Arbeitsplatzes auf einen Teil seiner Freiheit verzichten und anderen das Recht einräumen, darüber zu bestimmen.“; „Es scheint mir leichtfertig und vorschnell, wenn BRD-Bürger Ihnen in diesem Zusammenhang sagen, Freiheit habe eben ihren Preis, und ein gewisses Maß von Arbeitslosigkeit sei in jeder Marktwirtschaft unvermeidlich. Wer vollständige soziale Sicherheit wolle, der müsse eben an seiner Freiheit die entsprechenden Abstriche machen. So richtig die Feststellung ist, daß Freiheit und Sicherheit auch im Widerspruch miteinander stehen, so falsch erscheint es mir, die angeblichen ‚sozialen Nebenfolgen‘ der freien Marktwirtschaft (die eben für jeden Betroffenen immer die Hauptfolgen sind) mit jener achselzuckenden Gleichgültigkeit zu beantworten, die leider gerade die Erfolgreichen in unserer Wettbewerbsgesellschaft der BRD allzu häufig zur Schau tragen. Die Menschen sind nicht gleich, auch nicht in ihrer Leistungsfähigkeit. Immer wieder stellen wir fest, daß es häufig gerade die Nachdenklichen und die Empfindsamen sind, die sich nicht reibungslos anpassen und an den Rand der Leistungsgesellschaft geraten können. Allerdings müssen wir aus Ihrer und unserer Erfahrung klar ableiten und gerade in Ihrer DDR-Reformdiskussion ebenso unmißverständlich feststellen: Auch jeder Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit muß am Ende bezahlt werden. Wie die Sozialdemokratie in der BRD werden auch die Reformer in der DDR das Recht auf Arbeit nur in einem Wirtschaftssystem verwirklichen können, das leistungsfähig und international wettbewerbsfähig ist.“; „Mein Fazit: Vollbeschäftigung kann weder durch Korrektur einzelbetrieblicher Entscheidungen von seiten irgendeiner Planungsbehörde noch durch unproduktive Betriebsentscheidungen erreicht werden, sondern nur durch beschäftigungsorientierte Rahmenbedingungen, die für alle Betriebe gelten. Zum Beispiel: bessere Ausbildung, kürzere Arbeitszeit oder auch Rahmenbedingungen eines insgesamt wettbewerbsfähigen Systems der Besteuerung von Unternehmen.“; „Auch die besten Rahmenbedingungen werden die Arbeitslosigkeit nie vollständig vermeiden können. Deswegen gehört ein effektives Instrumentarium der Umschulung und Arbeitsbeschaffung, und zwar dezentralisiert zum Beispiel nach schwedischem Modell, als notwendige Ergänzung zu diesen allgemeinen Rahmenbedingungen. Ein stärkeres Recht auf Arbeit kann Ihnen beim Übergang zur offenen Wirtschaft nach meiner Überzeugung niemand versprechen – aber richtig gemacht ist es, siehe Schweden, auch eine ganze Menge. Nur von der Bundesrepublik können Sie hier gegenwärtig (noch) nicht viel lernen.“; „Die ‚Werte des demokratischen Sozialismus‘, davon bin ich überzeugt, lassen sich weder durch Verstaatlichung noch durch zentralistische Gesamtplanung noch durch staatliche betriebliche Planung im Einzelfall gewährleisten – sondern nur durch eine funktionale Begrenzung des Eigentums, also durch eine Rahmengesetzgebung, welche die Marktwirtschaft sozial und ökologisch orientiert; sie allein vermag das Monstrum Markt zu zähmen. Was diese Rahmenbedingungen des Marktes angeht, brauchen auch wir in der BRD erhebliche Korrekturen.“; „Ludwig Erhard propagierte das Heizöl gegen die Kohle; einer seiner wenigen weitreichenden Fehler.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498755.html>

Fleischtransporter statt MiGs (22.01.1990)

Mit einem Radikal-Programm versucht die polnische Regierung, ihr Land als erstes in Osteuropa von real-sozialistischer Murks- auf freie Marktwirtschaft umzustellen. Das beschleunigt zunächst die Inflation und verschärft die Krise. Die Regierung hofft, daß die Wirtschaft bald Tritt faßt. Experten warnen vor einer Katastrophe.

Sozialistische Misswirtschaft. „Wie viele seiner Landsleute fürchtet der Agrarexperte, daß alle politischen Reformansätze, daß alle privaten Initiativen in einem Wust von Bürokratie, Schlendrian, Inkompetenz und Korruption erstickt werden. Denn diese Übel, in allen real-sozialistischen Ländern wohlbekannt, gedeihen in Polen seit jeher besonders prächtig.“; „Die polnische Bürokratie gilt als ein riesiges Bermuda-Dreieck, in dem die Akten so lange zirkulieren, bis sie verschwunden sind. ‚Viele Verwaltungsvorgänge starten immer wieder neu‘, hat der Journalist Slawomir Majman beobachtet, ‚weil Beamte und Antragsteller sie inzwischen vergessen haben.‘ Schlendrian nicht nur in den Amtsstuben, sondern auch in den Büros der Unternehmen: Nach einer Untersuchung zweier Sozialwissenschaftler machen polnische Angestellte an einem Acht-Stunden-Tag im Durchschnitt nur zwei bis drei

Stunden das, wofür sie bezahlt werden. Die übrige Zeit, die zwischen spätem Erscheinen und frühem Feierabend verbleibt, geht für Einkäufe zwischendurch und für Schwätzchen mit den Kollegen drauf.“; „Völlige Erstarrung ist auch das wesentliche Merkmal des polnischen Arbeitsmarkts. Ein Pole, der eine Stelle in einem Staatsunternehmen ergattert hat, betrachtet den Job als Lebensstellung. Er wechselt allenfalls, wenn der neue Job näher bei der Wohnung liegt.“; „Eine überbordende Inflation, eine marode Verwaltung, eine zerrüttete Arbeitsmoral und Tausende unrentabler Staatsbetriebe – polnische Ökonomen wie etwa der Warschauer Wirtschaftsprofessor Pawel Bozyk warnen, daß unter solchen Horror-Bedingungen ein marktwirtschaftliches Crash-Programm geradewegs in die Katastrophe mündet.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498836.html>

Börse: Leise deutsche Stimme (29.01.1990)

Mit dem Start einer Computerbörse und mit anderen Neuerungen soll das deutsche Finanzzentrum fit gemacht werden für den internationalen Geld-Wettbewerb.

Deutsche Finanzmarktregulierung und Börsenskepsis erscheinen rückständig. „Doch so strahlend auch die deutsche Währung dasteht, so groß die industrielle Kraft der Bundesrepublik sein mag, so hoffnungsvoll sich mancher Geldhändler gibt – bislang spricht wenig dafür, daß aus der Stadt am Main tatsächlich ein Finanzplatz der Extraklasse wird. Neuerungen wie die Terminbörse oder Ibis verhelfen allenfalls dazu, nicht noch weiter abzusteigen. ‚Wir befinden uns in einem Rückstand‘, sagte Notenbankchef Karl Otto Pöhl, ‚weil das Tempo anderswo höher ist.‘ Die internationale Geldszene würde von englischen, amerikanischen und japanischen Stimmen beherrscht, so der Präsident, ‚die deutsche Stimme ist leise, wenn überhaupt hörbar‘. Zu weit sind die Deutschen in den letzten Jahren zurückgefallen, um Aussicht auf einen der vorderen Plätze zu haben. Zwar wähten sich die Frankfurter Banker noch als ‚Tabellenführer in der zweiten Liga‘, meinte der Frankfurter Betriebswirtschaftsprofessor Wolfram Engels. In Wirklichkeit seien sie ‚Finanzhinterbänkler‘, sagt der Professor, sie würden sogar von Singapur, Hongkong und Luxemburg übertrumpft. Die Skeptiker können ihre traurigen Stadtansichten gut begründen: Deutschlands Unternehmen, so stark sie auch im internationalen Wettbewerb dastehen, nutzen das Finanzierungsmittel Aktie zu wenig, Deutschlands Spargemeinde hält sich nach wie vor von der Börse fern.“; „Ganz anders als Briten oder Amerikaner scheuen Deutschlands Unternehmer offensichtlich den reinen Kapitalismus. Rund 370 000 Kapitalgesellschaften gibt es in der Bundesrepublik, aber nur wenig mehr als 600 davon beschafften sich ihre Mittel an der Börse.“; „Den Rückstand erklären die Experten mit staatlichen Unannehmlichkeiten. Wegen der deutschen Börsenumsatzsteuer sei der Handel ins Ausland abgewandert. Die Banken störe es zudem, daß sie in der Bundesrepublik, anders als etwa in der Schweiz, zinslose Reserven bei der Bundesbank halten müssen. Für sogenannte institutionelle Anleger, Versicherungsgesellschaften beispielsweise, sei das Geschäft durch staatliche Auflagen arg begrenzt. Modernes Finanzierungszeug wie Terminkontrakte oder Geldmarktfonds waren überall zu haben, nur eben in Frankfurt nicht. Beklagt wird, daß der Wertpapierhandel auf acht regionale Börsen zerstreut und daß er zeitlich arg begrenzt ist. Um 11.30 Uhr wurden bisher die Säle geöffnet, um 13.30 wieder geschlossen, bevor die Börsen in New York aufmachen. Seit Mitte Januar fängt der Handel zwar um 10.30 an, die Schlußzeit aber bleibt. Solch kurze Handelszeiten sind weltweit einmalig. Die Londoner Börse ist von 9 bis 17 Uhr geöffnet.“; „Gewinnen wird der Finanzplatz Frankfurt zweifellos auch durch andere Korrekturen. Vergangenen Donnerstag beschloß der Bundestag, zum 1. Januar 1991 die lästige Börsenumsatzsteuer abzuschaffen. Zu einem dominierenden europäischen Finanzzentrum, der industriellen Leistungsstärke des Landes angemessen, dürfte die hessische Stadt trotz all dieser Anstrengungen kaum aufsteigen. Die Deutschen selbst verhindern das, es mangelt ihnen an Begeisterung für das Spiel an den Börsen. Nur fünf Prozent ihres Geldvermögens haben sie in diesen Wertpapieren angelegt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499495.html>

Die Schriftsteller und das Volk (12.02.1990)

Von Maron, Monika

Warnung vor erneuten „sozialistischen Experimenten“. „Denen, die nach einem vereinten Deutschland schreien als einziger Hoffnung auf ein besseres Leben vor ihrem Tode, den Mund zu verbieten mit dem Verweis auf die alte Schuld, hieße, die Geschichte zum Stillstand zwingen zu wollen. Das hieße wieder Diktatur im Namen einer Idee, wie die Androhung des nächsten sozialistischen Experiments befürchten läßt. Allein das Wort Experiment belegt den elitären Anspruch solcher Vision: der wiederholte Labortest an unfreiwilligen Versuchspersonen.“; „Graß fügt seinem Lob aufs Biedermeierliche hinzu, er wisse nicht, ob das ‚mit der Öffnung zur Straße und zur Demokratie nicht schon wieder vorbei‘ sei, weil er weiß, daß die Voraussetzung für das idyllische Detail die geschlossene Gesellschaft war. Dann aber hat die DDR nichts einzubringen. Dann gibt es nichts in ihr zu bewahren. Außer dem, was überall zu Hause sein kann: die Hoffnung auf die Stärke der Vernunft und der Kampf für soziale Gerechtigkeit und Demokratie, was manche Menschen noch Sozialismus nennen können, ich nicht. Die Utopie lebt in den Köpfen. Mit der Macht gepaart, wird sie zur Diktatur. Sie ist das Maß für die Wirklichkeit, aber sie kann die Wirklichkeit nicht sein. Ich freue mich auf die Zeit, in der im Streit um Utopien das eine Deutschland für das andere nicht mehr herhalten kann, in der sich nicht mehr alle Tatenlust westdeutscher Utopisten auf das Brachland DDR richtet, weil ihnen die eigene Kultur unvollkommen geraten ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497827.html>

Nie wieder Übersiedler (19.02.1990)

Bei Westdeutschlands Arbeitgebern schwindet die anfängliche Begeisterung über die Zuwanderer aus der DDR: Viele, geprägt von sozialistischem Schlendrian und Kommando-Wirtschaft, sind an den neuen Arbeitsplätzen überfordert. Unter den Übersiedlern, vor allem bei den Frauen, steigt die Zahl der Erwerbslosen.

Planwirtschaftlicher Schlendrian. „Bei den zugewanderten Preußen fehlt es, wie die Arbeitsverwalter allenthalben hören, häufig an den alten preußischen Tugenden. Gewöhnt an planwirtschaftlichen Schlendrian, an schleppenden Materialnachschub und Mangelwirtschaft, nehmen es viele Zuwanderer von drüben mit den Arbeitszeiten nicht so genau. Für ein Schnäppchen im Kaufhaus lassen sie schon mal den Bus zur Arbeit sausen. Mit zahllosen Beispielen können Arbeitgeber und Arbeitsvermittler belegen, wie schwer es vielen Übersiedlern fällt, sich an die bundesdeutsche Arbeitswelt anzupassen.“; „Aus dem Lamento über die Übersiedler spricht zwar oft auch Enttäuschung darüber, daß sich die DDRler nicht so einfach als Lohndrucker mißbrauchen lassen. Aber die Klagen haben immer wieder denselben Tenor: Es fehlt den Arbeitnehmern aus der Planwirtschaft häufig an Eigeninitiative, der gewohnte Kommando-Sozialismus verführt zur Passivität.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507376.html>

Leere Hände, leere Hirne (19.02.1990)

„Wider Vereinigung“ heißt die Parole, mit der linke Grüne, militante Antifaschisten und DKP-nahe Gewerkschafter ein angeblich heraufziehendes „Viertes Reich“ bekämpfen. Mit der Kampagne wollen sie zugleich gegen die „Untergangsstimmung“ angehen, die seit der DDR-Wende in westdeutschen Linkszirkeln herrscht.

Westlinke blind für Inhumanität des Kommunismus. „Mitmachen in der Einheitsfront der Einheitsgegner will eine gemischte Gesellschaft vom linken Rand des linken Lagers: gläubige Marxisten aus der zerbröckelnden Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die noch bis zuletzt stalinistischen Potentaten wie Ceausescu und Honecker die Treue gehalten hat; militante ‚Antifaschisten‘, die zum Teil in der Tradition von politischen Sekten wie dem Kommunistischen Bund (KB) stehen; Studierstuben-Linke aus dem Uni-Milieu, die in dem Arbeiter-und-Bauern-Staat DDR einen soziologisch hochinteressanten Laborversuch sahen, ohne daß sie selbst je das Versuchskaninchen hätten spielen wollen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507379.html>

Schweden: Vom Nichts ins Chaos (19.02.1990)

Die Regierung wollte Preisstopp und Streikverbot verordnen – und stürzte darüber. Ist das „Schwedische Modell“ am Ende?

Gescheiterter Wohlfahrtsstaat. Denn das Paket, so rabiät es war, berührte die Ursachen der aufziehenden Krise kaum. Lehrer, Polizisten und Krankenschwestern hatten mit Streiks und Streikdrohungen längst Tarifabschlüsse von 10 bis über 20 Prozent erstritten. Und ihre kostspieligen Wahlversprechen wollten die Sozialdemokraten auch erfüllen: Sie hielten an der Einführung einer sechsten Urlaubswoche fest, der Mutterschaftsurlaub sollte von 12 auf 15 Monate erweitert werden.“; „Großzügige Regelungen verdoppelten das Heer der Frührentner auf 350 000 Menschen. Kurzfristige ‚Krankmeldungen‘ nahmen dramatisch zu. Mit knapp 1500 Stunden pro Jahr schafften beispielsweise schwedische Metallarbeiter fast 200 Stunden jährlich weniger als ihre dänischen Kollegen. Feldt wollte mit einer ‚Steuerreform des Jahrhunderts‘ wieder zu Arbeitsfreude und Leistungsbereitschaft anregen. Die Einkommensteuer sollte für 90 Prozent aller Erwerbstätigen auf maximal 50 Prozent gesenkt, dafür sollten allerdings die Abschreibungen für Kreditzinsen gedrosselt werden. Vor allem die mächtigen Industriegewerkschaften fanden an der Umstellung des Steuersystems wenig Freude. Sie meinten, daß die von Feldt mit den Liberalen ausgehandelte Reform ihren Mitgliedern kaum höhere Realeinkommen einbringen werde. Seit einem Jahr blockierte die sozialistische Linke daher innerhalb und außerhalb der Partei alle Spar- und Sanierungsmaßnahmen des Finanzministers. Die Kommunisten lehnten die Anhebung der Mehrwertsteuer ab, die Gewerkschaften verhinderten die Neuordnung des Krankenversicherungswesens und eine Durchforstung des Subventionsdschungels.“; „Dabei hatte Schweden seit langem als sozialdemokratische Modellgesellschaft gegolten. Und jüngst haben auch die osteuropäischen Länder, die gerade dabei sind, die Fesseln ihres rigiden Staatssozialismus abzustreifen, das skandinavische Musterland zum Leitstern erkoren: Scharenweise pilgern Wissenschaftler und Politiker aus Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei nach Stockholm, um zu lernen, was sie auf die eigene Gesellschaft übertragen könnten. Sie alle erleben nun das Modell in einer tiefen Krise.“; „Mit seiner ‚panischen Vollbremsung‘, analysierte der Wirtschaftsexperte einer Großbank, habe Feldt ‚vor der Wirklichkeit kapituliert‘. Schwedens ‚dritter Weg‘ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der zugleich Vollbeschäftigung, geringe Inflation und ein Maximum an sozialer Sicherheit garantieren sollte, habe dank Feldt ‚erst ins Nichts und dann ins Chaos‘ geführt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507412.html>

Italien: Glück im Winkel (05.03.1990)

KP-Chef Occhetto will aus der alten Partei eine neue politische Kraft formen – viele Genossen verstehen die Welt nicht mehr.

„Guter Kommunismus“ als „gefährliche Illusion“. „Stella hat in seinem Dorf viel erreicht. Auf der ehemaligen Müllhalde ließ der Bürgermeister einen Tennisplatz bauen. Ein Kindergarten wurde eingerichtet, ein Mittagstisch für die Schulkinder. Castello d'Annone ist ein kommunistisches Musterdorf wie viele andere im nördlichen Italien. Es gibt kaum Arbeitslosigkeit und keine Verbrechen. Paolino Stella bezieht ein kleines Gehalt. Aber das steckt er in die Gemeindekasse. ‚Meine Pension reicht mir‘, sagt er. Warum, Signor Stella, soll über Ihre kleine Idylle denn nun unbedingt der Sozialismus kommen? ‚Weil die Krise des Kapitalismus unausweichlich ist‘, entgegnet würdig der Bürgermeister. Rechtschaffene Männer wie Stella, der Ex-Partisan Brandolo oder der Idealist Caron können den Niedergang der alten Kommunistischen Partei nicht aufhalten. Nach dem Parteitag werden sie wohl endgültig einer vergangenen Zeit angehören. Occhetto hat bereits eine Mehrheit der Parteimitglieder von seinen Reformplänen überzeugt. Das kommunistische Glück im Winkel, das von den florierenden Industrieunternehmen der Umgebung lebt, nährt bei den Orthodoxen eine gefährliche Illusion: Den schlimmen Kommunismus, den hatten immer die anderen. Unserer aber, der italienische, ist richtig und gut.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497356.html>

Eile tut nun not (19.03.1990)

Von Augstein, Rudolf

Sozialismus. „Die Unmenschlichkeit begann nicht bei Hitler oder Stalin, sondern bei Marx und Lenin. Und doch galt Lenins Experiment vielen als ein Wunderwerk des politischen Geistes, und selbst Stalin wurde bis zu Beginn des Kalten Krieges vom Ausland hoch geehrt.“; „Mit dem häßlichen Gesicht des Sozialismus wird das häßliche Gesicht des Kapitalismus noch lange nicht verschwinden. Nur ist der ‚dritte Weg‘ entweder längst beschritten oder nicht zu erkennen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498443.html>

Energie: Modell aus Groß Munzel (19.03.1990) ■ ■

Hannovers Ministerpräsident Albrecht beschert den Bauern zur Wahl neue Subventionen – für eine „ökologische Schnaps-Idee“, wie Umweltschützer urteilen.

Subventionen, teures Wahlgeschenk. „Das Mammutprojekt zur Erzeugung von jährlich 25 Millionen Litern Agrarsprit aus ‚überschüssigem Zucker‘ erweist sich bei genauerem Hinsehen als teures Wahlgeschenk an die niedersächsischen Landwirte. Denn schon jetzt steht fest, daß jeder Liter Sprit vom Acker mit 57 Pfennig aus Steuergeldern subventioniert werden muß. ‚Das ist‘, kritisiert Georg Janßen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, ‚eher ein Programm nachwachsender Subventionen.‘ Eingefädelt wurde das teure Biospritprojekt rechtzeitig zur Landtagswahl am 13. Mai, bei der Albrecht um die knappe Mehrheit seiner CDU/FDP-Koalition bangen muß.“; „Eine seit 1983 im niedersächsischen Ahausen betriebene Anlage zur Verspritzung von Kartoffeln kommt ohne öffentliche Zuschüsse nicht über die Runden: Die ‚Deutsche Agrar-Alkoholversuchsanlage GmbH‘ kassiert jährlich neun Millionen Mark. Der Nutzen für das Land hält sich in Grenzen. Niedersächsische Polizeiautos tanken Benzin mit einem fünfprozentigen Biospritanteil, Dienstwagen der Landesregierung sollen demnächst folgen. Den Steuerzahler kommt die Kartoffel im Tank teuer zu stehen. ‚Von der Wirtschaftlichkeit‘, bekennt Agrar-Alkohol-Geschäftsführer Roland Schröder, ‚sind wir weit entfernt.‘“; „In Niedersachsen werde der Probelauf für ‚neue Milliarden-Subventionen nach EG-Muster‘ eingeleitet, glaubt der Grünen-Bundestagsabgeordnete Matthias Kreuzeder, 41. Der Agrarexperte sieht in der ‚umweltzerstörenden Subventionsindustrie‘ mit Agrar-Monokulturen, die hohen Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln erforderten, das Musterbeispiel einer ‚bauernfeindlichen Agrarpolitik‘, mit der ‚die letzten Kleinen umgelegt werden‘ sollten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498566.html>

Mit Kanonen auf Bananen? (26.03.1990)

Von Karasek, Hellmuth

Linke Utopisten realitätsfern und überheblich. „Die Begriffe, in die sich manche Wortführer und Essayisten der Linken heute verbeißen, verdienen festgehalten zu werden, weil sie die traurige Geschichte einer neuen Isolation beschreiben. Wieder gibt es schmallende Intellektuelle, denen es das Volk, das in Leipzig zunächst so artig auf die Straße ging, danach nicht mehr recht machen konnte. Flugs wurden diejenigen, die nach Wiedervereinigung verlangten, als Neonazis denunziert oder als Leute abgetan, die (siehe Schily) Bananen, (siehe Heym) den Tineff von westdeutschen Kaufhäusern oder ‚Geld‘ (so die besonders törichte Angelica Domröse, die offensichtlich für Gottes Lohn Theater spielt) wollten. Daß Menschen besser leben wollen, daß das Fressen vor der Moral kommt, daß man sich nicht mehr auf die Zukunft verträsten lassen wolle – alles ‚Tugenden‘, die der größte deutsche sozialistische Klassiker, nämlich Brecht, den im verlogenen Nazi-Idealismus gebrochenen Landsleuten einhämmern wollte, alle diese Wünsche eines 40 Nachkriegsjahre lang verträsteten und ausgepowerten Volkes erschienen auf einmal linken Präzeptoren als egoistisch, kurzichtig, ja als Verrat an den ‚Errungenschaften‘ des Sozialismus, von denen sonst weder in Prag noch in Budapest oder Warschau noch ernsthaft die Rede ist. Nur die DDR-Deutschen sollten, nach dem Willen ihrer strengen linken Erzieher, einen dritten Weg proben (so ein totegeborenes Manifest von Stefan Heym) oder wenn schon, dann langsam

und konföderativ zur deutschen Einheit streben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499367.html>

Meise zu Meise? (26.03.1990)

Plädoyer für eine „multikulturelle Gesellschaft“

Von Geißler, Heiner

Türken rein, Portugiesen her, Kreuzung der Kulturen – der streitbare Heiner Geißler legt sich wieder einmal quer. In einem neuen Buch* leuchtet der ehemalige CDU-Generalsekretär die Zukunftsperspektiven der Deutschen aus: Nur Ausländer-Zuzug könne dem vergreisenden Volk Vitalität und Wohlstand sichern. Auszüge:

Verkrusteter Arbeitsmarkt, unsinnige Bestimmungen. „Die Bevölkerungsentwicklung war der wichtigste Grund für die Rentenreform. Die Erhöhung des Rentenalters, die Nettoanpassung der Renten, höhere Beiträge und höhere Bundeszuschüsse haben die leistungsbezogenen Renten für die Zukunft gesichert, allerdings nur bis zum Jahre 2015. Darüber hinaus ist das jetzige Rentensystem, wenn die deutsche Wirtschaft und die deutsche Sozialversicherung nur auf deutsche Beitragszahler angewiesen bleiben, nicht mehr zu finanzieren.“; „In Wirklichkeit aber nehmen Ausländer den Deutschen keinen Arbeitsplatz weg. Sie sind vielmehr, wie Meinhard Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn feststellt, ‚Lückenbüßer für die Verkrustungen des Arbeitsmarktes, der von sich aus nicht mehr in der Lage ist, Angebot von und Nachfrage nach Arbeit zur Deckung zu bringen. Die Ausländer sind im eigentlichen Sinne des Wortes Resteverwerter deutscher Wohnungen und deutscher Arbeitsplätze, die von den Deutschen selber mangels Qualität oder mangels finanzieller Ausstattung oder Entlohnung gar nicht mehr genutzt werden.‘ Suchen die Bauern und die Winzer in der Pfalz Saisonarbeitskräfte, um im Frühjahr den Salat auf den Feldern zu ernten, im Herbst in den Weinberg zu gehen oder das Obst von den Bäumen zu holen, bekommen sie vom Arbeitsamt die Auskunft, daß es solche Arbeitskräfte nicht gibt. Nehmen sie aber die Asylbewerber, die per Verordnung von oben in den Dörfern tatenlos herumsitzen müssen, mit auf die Felder und werden erwischt, werden sie zur Kasse gebeten, weil in den ersten fünf Jahren die Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern verboten ist. In Versammlungen bekommt man die Wut darüber zu spüren, daß derselbe Staat, der den Asylbewerbern aus Steuermitteln die Sozialhilfe zahlt, gleichzeitig verbietet, daß die Asylbewerber für das Geld, das sie vom Steuerzahler bekommen, auch arbeiten. Die Kinder von Asylbewerbern dürfen in der Mehrzahl der Bundesländer weder arbeiten noch in die Schule gehen. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn manche Kinder in der Drogenszene und im Gefängnis landen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499571.html>

EG: Letzte Rettung (26.03.1990) ■ ■ ■

Mit unfeinen Praktiken versucht die Europäische Gemeinschaft, unerwünschte Konkurrenten fernzuhalten.

Verwehrter Marktzugang kritisch, Beziehungsgeflecht zwischen Unternehmen und Staatsbürokratie. „Die Europäische Gemeinschaft, urteilt der ehemalige EG-Kommissar Ralf Dahrendorf, werde von den Mitgliedern häufig ‚benutzt, die unangenehmen Geschäfte der Protektion zu betreiben‘. Der Professor sieht die Gefahr, ‚daß der Binnenmarkt als Schutzinstrument mißbraucht wird‘. Zu den beliebtesten Waffen zählen die sogenannten Antidumping-Zölle. Ob Malerpinsel aus China oder Computerdrucker aus Japan, ob elektronische Schreibmaschinen, Waagen oder Videorecorder – Dutzende von Importprodukten aus Drittländern belegten die Brüsseler Beamten mittlerweile mit zum Teil deutigen Strafzöllen, weil sie angeblich zu Dumping-Preisen in den EG-Markt gedrückt werden.“; „Doch wann liegt wirklich Dumping vor? Der Verdacht drängt sich auf, daß zuweilen der Dumping-Vorwurf gegen mißliebige Importprodukte erhoben wird, um heimische Produzenten zu schützen. ‚Foul‘ jedenfalls schreien die Eurokraten gern dann, wenn es gilt, wettbewerbsschwache Unternehmen – vor allem in strategischen Branchen wie der Elektronikindustrie – vor überlegenen ausländischen Konkurrenten zu schützen und hochzupäppeln. Das Verfahren, mit dem die EG-Kommission Dumping-Praktiken nachzuweisen versucht, steckt voller Merkwürdigkeiten. Es scheint in vielen Fällen fast unvermeidlich, daß bei der von Brüssel angewandten Rechentechnik Dumping herauskommt. Die Kalkulationen seien derart fragwürdig, befand Brian Hindley von der London School of Economics, daß die EG-Fahnder das vermeintliche Dumping ‚ebensogut aus der Telefonnummer des beschuldigten Unternehmens hochrechnen‘ könnten. Um zum gewünschten Ergebnis zu kommen, bedienen sich die Rechenkünstler der EG einiger wirksamer Kniffe.“; „In diesem Fall, wie in anderen Fällen, mag die Feststellung des HWWA-Ökonomen Koopmann zutreffen, Anti-Dumping-Verfahren dienen zunehmend als ‚Rettungsanker für einheimische Unternehmen‘. Besonders die Elektronik-Giganten Philips und Thomson aus Frankreich unterhalten in Brüssel eine schlagkräftige Lobby. Beide verfügen zudem traditionell über fein gesponnene Beziehungsgeflechte zu ihren Staatsbürokratien und über die wiederum zu den Entscheidungsträgern der Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel. Der Druck auf die Brüsseler Beamten, Europas Industrie zu schützen, nimmt ständig zu.“; „Zu Recht werfen Amerikas Chip-Hersteller der EG jetzt vor, sie errichte ‚zunehmend nichttarifäre Handelsschranken zum Schutz und zur Förderung der eigenen Industrie‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499563.html>

Das faule Gift der Macht (02.04.1990)

Wladimir Iljitsch Lenin war der Heilige des Sowjetsystems, als Stalin längst der Schurke war. Doch Lenin lehrte den Terror, begründete jene brutale Verwirklichung eines Menschheitstraums, dem Millionen zum Opfer fielen.

Jetzt stürzen seine Standbilder, wird auch Lenin angeklagt – er hat die Katastrophe verschuldet.

Aberwitzige Utopie, Mangelwirtschaft, Totalitarismus, privilegierte Rolle des Staates in der Wirtschaft führt zum Kollaps. „Breschnew ein Bonze, Chruschtschow ein Clown, Stalin ein Krimineller von ungewöhnlichem Format – die Sowjetgeschichte wird rückwärts aufgerollt. Dahinter kommt ein Meer an Exzessen von Lüge und Gewalt zum Vorschein – das Scheitern einer aberwitzigen Utopie, die der Welt die Erlösung von allen Übeln verheißen hatte. Die Entmythologisierung nähert sich dem ersten Kapitel der Tragödie, der kurzen Ära jenes Mannes, der im Oktober 1917, am Tatort Petrograd selbst zunächst kaum beachtet, die Macht eroberte, dann den Sowjetstaat gründete, Rußlands entlaufene Kolonien zum Preis eines mörderischen Bürgerkriegs in den Reichsverband zurückzwang und die Fundamente für den grausamen Irrweg legte: Wladimir Iljitsch Uljanow, der sich Lenin nannte.“; „Die absurde Idee, Verwaltungsinspektoren und Regierungsräte könnten die Herstellung von Möbeln oder Elektromotoren besser organisieren als Unternehmer oder die Arbeiter, führte den Sowjetstaat und dessen Nachahmer in die systemtypische permanente Mangelwirtschaft, aus der sie niemals mehr herausfanden.“; „Er stellte die Genossen mit Privilegien ruhig, er erfand die Sonderläden mit Mangelwaren nur für Parteimitglieder. Sich selbst reservierte er einen Rolls-Royce und das Landschloß des früheren Stadtkommandanten im Dorf Gorki nahe Moskau. Für Winterfahrten dorthin diente ihm ein eigens konstruierter Pkw mit Raupenkettchen. Mit seinem ‚bolschewistischen Sowjetdemokratismus‘ hielt er durchaus für vereinbar die ‚Anwendung der diktatorischen Macht einzelner Personen‘, die ‚widerspruchslose Unterordnung unter einen einheitlichen Willen‘. Und: ‚Der Wille einer Klasse wird manchmal von einem Diktator ausgeführt . . . Alle Phrasen über gleiche Rechte sind Unsinn.‘ Seine revolutionäre Gewalt erklärte er auch für anwendbar ‚gegen die schwankenden und hemmungslosen Elemente der arbeitenden Massen selbst‘. Gegenüber den Sozialdemokraten, den Menschewiki, sei Erschießen das beste.“; „Lenin führte in den Sprachschatz der Menschheit einen neuen Begriff samt der furchtbaren Realität ein: KZ. Anlässlich eines Bauernaufstands telegraphierte er am 9. August 1918: ‚Man muß schonungslos Massenterror anwenden, verdächtige Personen in ein Konzentrationlager außerhalb der Stadt einsperren.‘ Auf russisch heißt es ‚Konzentrazionny lager‘, das Wort ging in die russische Amtssprache ein, dann in die deutsche. Das auch im Westen weitverbreitete Bild von Lenin, dem Menschenfreund, ist nicht zu halten; er war der Begründer des ersten totalen Staates im 20. Jahrhundert und ein Zyniker der Macht.“; „Gorbatschow, wohl nur noch formal Leninist, nahm sich vor, an die ‚Spätwerke‘ Lenins, ‚im wesentlichen sein politisches Vermächtnis‘, anzuknüpfen: ein bißchen Marktwirtschaft, unter Festhalten an der Staatsindustrie. Das sei unrealistisch, befindet heute das Fachblatt Sozialistitscheskaja industrija: ‚Die NÖP hat bewiesen, daß die privilegierte Position des staatlichen Sektors normale Wirtschaftsbeziehungen zerstört und unvermeidlich zum wirtschaftlichen Kollaps führt.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497582.html>

Die Partei fällt auseinander (02.04.1990)**Der Sowjethistoriker Jurij Afanasjew über Lenin, den Leninismus und Gorbatschow
Von Mettke, Jörg R.**

Kommunismus: lebensuntüchtige Utopie. „AFANASJEW: [Der Kommunismus] ist eine Sackgassen-Idee. Das bestätigen nicht nur die Erfahrungen der UdSSR, sondern auch die aller anderen Länder, die noch bis vor kurzem als sozialistisch galten. SPIEGEL: Eine Sackgasse von Anfang an? AFANASJEW: Ja, seit 1917. Wir haben Karl Marx kleinbürgerlich in die Praxis umsetzen wollen. Er würde sich mehrfach im Grabe umdrehen, wenn er das Ergebnis heute besichtigen könnte.“; „AFANASJEW: Von der Geschichte kann man sich nicht lossagen. Außerdem, etwas Positives gab es auch bei uns. Denn unser gewaltiges soziales Experiment hat sehr bald die generelle Lebensuntüchtigkeit dieser sozialen Utopie bewiesen. Heute bin ich überzeugt, daß der Kommunismus mit seiner Negation des Privateigentums und seinem Zwang zur Vergesellschaftung jeglicher Produktion am Ende ist.“; „AFANASJEW: Weil unsere Partei niemals bereit war, ihre grundlegende Idee von der Abschaffung des Privateigentums auch nur in Frage zu stellen. Und das, obwohl die Wirtschaft der Sowjetunion die Perspektivlosigkeit dieser Wahnidee jedem stets und ständig vor Augen führt.“; „Eine einheitliche populistische Partei ist kaum vorstellbar nach den vielen Jahren Gleichmacherei, in denen dieses neue Wesen Homo sovieticus hergestellt wurde.“; „Meine Zweifel begannen Ende der sechziger Jahre – mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, mit dem Kennenlernen westlicher Literatur. Doch erst unter dem Einfluß Andrej Sacharows ist man förmlich gezwungen worden, sich mit der ganzen Ungeheuerlichkeit unseres Systems und seiner Entstehungsgeschichte auseinanderzusetzen. Für Rußland, für die Sowjetunion heißt die vorrangige Aufgabe, sich der übrigen Menschheit endlich wieder anzuschließen – auf der Grundlage aller Erfahrungen der Zivilisation. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die rechtliche Gleichsetzung aller Formen des Eigentums.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497592.html>

Verlage: Wie die Fliege im Netz (02.04.1990)**Immer massiver drängen westdeutsche Verlage in die Ostrepublik. DDR-Blättern droht ein schnelles Ende.**

Nützlicher Wettbewerb. „Damit ist, zur Freude der DDR-Leser, ein teurer Krieg um Auflagen und Marktanteile ausgebrochen. ‚Selbst wenn wir wollten‘, sagt Bolls, ‚wir könnten uns gar nicht zurückhalten.““; „Die gut gemeinte Regel, die aufwendigen Westblätter in der DDR zum dreifachen Westpreis zu verkaufen, ist ein Relikt aus den Verhandlungen der vier Großverlage Bauer, Springer, G + J und Burda mit der Deutschen Post in Ost-Berlin. Die Partner hatten sich Anfang Februar auf ein Vertriebssystem geeinigt, das aber schnell scheiterte, weil Politiker und Konkurrenzverlage vor einem drohenden Pressemonopol warnten. Jetzt versucht jeder auf eigene Faust, seine Produkte

zu eigenen Preisen an Verkaufsstellen vom Pressekiiosk bis zu Tankstellen und Fleischläden zu bringen. Ein Lehrstück in Sachen Marktwirtschaft: Ein Preiskartell ist zusammengebrochen, weil sich kleinere Wettbewerber ausgegrenzt fühlten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497429.html>

Geographie: Zerlaufenes Soft-Eis (16.04.1990)

Das Kinderhilfswerk Unicef sponsert einen prokommunistischen Weltatlas.

Sozialismus-Anhänger realitätsblind. „Unbelehrt von der jüngsten Geschichte, darf der Autor, der Bremer Historiker und Hobby-Kartograph Arno Peters, 73, sein altrosafarbenes Weltbild mit dem Segen der Uno-Organisation verbreiten. Peters, der sich selbst als Sozialist bezeichnet, fiel erst kürzlich mit einer gewagten Rechnung aus der Rolle: Demnach schuldet die Bundesrepublik der DDR mehr als 727 Milliarden Mark für nicht geleistete Reparationszahlungen. Sein neuer Unicef-Atlas ist von gleichem Geiste. Auf 246 ‚sprechenden Erdkarten‘ kommt es zum Systemvergleich zwischen kapitalistischen und kommunistischen Staaten. Und immer – sei es auf den Weltkarten zur Verbreitung von Kinderarbeit, Wissenschaft oder Inflation – siegt nur einer: der nicht einmal mehr real existierende Sozialismus.“; „Das ökonomische Desaster der ehemals sozialistischen Staaten läßt die Atlas-Lektüre zum tragikomischen Erlebnis werden: Anders als in den reichen Industriestaaten sei die soziale Ungleichheit ‚in den sozialistischen Ländern überwunden‘. Und während die Arbeitslosigkeit in den ‚kapitalistischen Ländern‘ weiter wachse, weil sich ‚die Wirtschaft allein auf die Erzielung von Gewinnen‘ ausrichte, sei sie ‚in den sozialistischen Ländern im Verschwinden‘.“; „Mit solchen Falschmeldungen aus den Politbüros inzwischen aufgelöster kommunistischer Parteien geht Peters mehr als großzügig um.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498956.html>

Griechenland – Paria Europas (16.04.1990) ■ ■

Nach acht Jahren sozialistischer Herrschaft kehren in Athen die Konservativen unter Konstantin Mitsotakis an die Macht zurück. Das Land aber steht vor dem Bankrott, die Inflation steigt, das Vertrauen in die Politiker ist dahin. Als erstes möchte Premier Mitsotakis daher Neuwahlen vorbereiten – die vierten seit vergangenen Juni.

Staat als Beute der Politiker, unverantwortliche Wahlversprechen. „In keinem anderen parlamentarisch regierten Land Europas haben je die Parteien den Staat so ungeniert als ihre Beute betrachtet wie im Griechenland der Neuzeit, haben sie stets zum eigenen Nutzen und kaum im Interesse der Allgemeinheit gehandelt. Das Vertrauen in die Politiker schwand nach Papandreou Mißwirtschaft und Korruption, die in einem ruinösen Bankenskandal gipfelte, völlig dahin.“; „Eine Politik der gegenseitigen Gefälligkeiten überzog ganz Griechenland. Haushaltsmittel, auch Subventionen und Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft wurden nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten verteilt. Schneller als erwartet ließen sich auch die Sozialisten, allen voran Papandreou selbst, die den Wählern lauthals einen radikalen Wechsel versprochen hatten, von der Macht korrumpieren. Papandreou, ein halbes Dutzend seiner Minister, Bosse von Parteien und von Staatsfirmen, verstrickten sich in eine endlose Serie von unappetitlichen Skandalen.“; „Doch die Wähler honorierten den Eifer der Saubermänner nicht, die Papandreou-Wähler solidarisierten sich mit ihrem bedrängten Idol, das Zehntausende Gefolgsleute auf überflüssige Beamtensessel gehievt und die Bauern mit Subventionen aus dem EG-Topf überhäuft hatte, und verhalfen ihm im November sogar zu einem Stimmenzuwachs.“; „Schwierig wird es freilich, die maßlosen Wahlversprechen der Konservativen einzulösen, die mit jenen der Sozialisten durchaus wetteiferten. So hatten sie etwa angekündigt, Altersrenten nicht zu versteuern, Bauernrenten zu verdoppeln, Zulagen für berufstätige und kinderreiche Mütter einzuführen, Auslandsinvestitionen ins Land zu holen, 100 000 neue Arbeitsplätze binnen drei Jahren zu schaffen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499082.html>

Japan: Bier und Badesalz (16.04.1990) ■ ■

Die USA drängen auf Liberalisierung, Tokio sperrt sich: Kein Reiskorn darf nach Japan importiert werden.

Unsinnige Subventionen sichern Wählerstimmen. „Doch bei Reis endet jedwede Freizügigkeit. Die Autarkie-Besessenheit kommt Nippons Verbraucher teuer zu stehen.“; „Den Überschuß kauft und verkauft die Regierung zu Festpreisen – sie hat mittlerweile, trotz intensiver Exportbemühungen und Verfütterung an Vieh, einen Berg von mehreren Millionen Tonnen gehortet. Die absurde Rechnung begleicht der Konsument: Reis kostet in Tokio etwa das Achtfache des Weltmarktpreises.“; „Das ganze Gerede von der Reis-Autarkie ist Propaganda“, sagt Yujiro Hayami, Professor an der Aoyama-Gakuin-Universität in Tokio, ‚Reis ist ein Sozialprogramm für die Bauernverbände, nichts anderes.‘ Wahrscheinlich sind Japans Reisbauern die höchstsubventionierten Landwirte der Welt – und die unproduktivsten. Um international konkurrenzfähig zu sein, hat der Agronom Yasuhiko Yuize, Professor an der Chiba-Universität, errechnet, müßte ein Reishof mindestens 15 Hektar umfassen. Aber 95 Prozent aller japanischen Reisbauern bewirtschaften jeweils weniger als zwei Hektar. Fast alle Reisbauern sind lediglich Wochenendfarmer. Da die Regierung im Wort steht, Reis in unbegrenzter Menge zu festen Höchstpreisen aufzukaufen, zählen die Reisbauern zu den Bestverdienenden im Lande. Allein an direkten Subventionen schüttet die Regierung jedes Jahr etwa 4,5 Milliarden Dollar aus. Hinzu kommen beträchtliche Steuervergünstigungen – Tradition verpflichtet. Politisch rechnet es sich allemal: 3,5 Millionen Reisbauern, mit Familienangehörigen derzeit mehr als 5,5 Millionen Wähler, sind eine

Klientel, die der konservativen Regierungspartei LDP seit nunmehr 35 Jahren zur Mehrheit im Parlament verhalfen.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499192.html>

Radfahren: Verlorener Sohn (16.04.1990)

Täve Schur war der Vorzeigethlet des Sozialismus. Sein Ältester, Jan, fährt jetzt als Profi in einem italienischen Rennstall.

Freiheit und Eigenverantwortung statt Sozialismus. „Täve kann sagen, was er will – Jubel ist ihm sicher. Denn Täve ist so, wie der Sozialist immer sein wollte: Täve fährt Trabi, Täve trinkt nicht, raucht nicht, Täve isst jeden Morgen warme Haferflockensuppe, um die Magenwände zu stärken. Täve ist bescheiden, immer fröhlich, sieht aus wie eine Mischung aus Hans Modrow, Fred Astaire und Sepp Herberger und redet auch so. Täve Schur wurde noch im letzten Jahr zum ‚beliebtesten Sportler in 40 Jahren DDR‘ gewählt. Täve heißt: Sieg des Sozialismus.“; „Der Berufssportler, doziert Täve, werde ohnehin bald arbeitslos. Schließlich sei dessen Aufgabe nur, Werbung zu machen. Aber, so glaubt der Volkskammerabgeordnete, ‚in der Zukunft der Menschheit wird man keine Reklame mehr brauchen‘. Jan Schur grinst nur, wenn er derlei hört: ‚Als ob ich als Olympiasieger keine Reklame für die DDR gemacht hätte.‘ Und was Staatsamateure mit einem Monatseinkommen von 1100 Mark Ost von Berufsfahrern unterscheidet, vermag er seit seiner 20 000-Ost-Mark-Prämie für den Olympiasieg nicht mehr zu erkennen. Das Profigeschäft in Italien, wovor ihn zu Hause alle warnten, hat sich für Jan Schur bisher erträglich gestaltet. 1990 wird er gut 100 000 Mark West kassieren.“; „Jan genießt nun, was der Alte nie für erstrebenswert hielt: Freiheit und Eigenverantwortung. ‚Die trauen mir hier zu, daß ich selbst weiß, wie ich trainieren muß‘, erzählt er, noch immer verdutzt. Wenn er keine Lust zur harten Arbeit hat, radelt er statt dessen nur zum Eisessen nach Bergamo. Und wenn er bei einem Rennen seine Chance wittert und losfährt, wirft ihm keiner vor, nicht im Sinne des Kollektivs gehandelt zu haben. Täve hält indessen fest an Idealen, die er gelernt hat, zu vertreten. Vorzuwerfen, sagt Schur, habe er sich in 32 Jahren als Abgeordneter nichts. Er tat immer seine Pflicht und hob in der Volkskammer stets den Arm zur Abstimmung, wenn es die anderen auch taten: ‚Das waren doch alles kluge Leute.“; „Mit 18 mußte auch Sohn Jan an das System glauben. Anstatt auf dem Rad zu trainieren, hielt er Lobreden auf Delegiertenversammlungen. ‚Damals‘, sagt er heute, ‚war ich ein naiver Ochse.‘ Eigentlich habe er sich seine eigene Meinung bilden wollen, ‚aber der Alte sagte: Die Partei tut dir gut, da fordern se dich‘.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499223.html>

Jungsozialisten: Weg mit dem Gekasper (23.04.1990)

Trendwechsel bei den Jusos: Die Wende in der DDR droht die Vorherrschaft des stramm sozialistischen Flügels zu kippen.

Weltfremde Sozialisten. „Nach ihren Erfahrungen mit dem real deprimierenden Sozialismus setzen die DDR-Jusos, die schon jetzt als Gäste an Bezirkstagungen und Kongressen der West-Sozialisten teilnehmen, statt auf linke Marx- und Markt-Debatten auf handfeste Jugendpolitik mit sinnvollen Freizeitangeboten oder praktischen Umweltschutzaktionen.“; „Tatsächlich würde der Jugendorganisation ein bißchen Realitätsbezug guttun.“; „Beinahe rührend klammerte sich der dogmatische Flügel an sein altes Sozialismusbild und suchte krampfhaft die Mißwirtschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zu rechtfertigen. Noch im November verteidigte der Bundesvorständler Ingo Arend den abgesetzten Staats- und Parteichef Erich Honecker als den ‚letzten großen alten Mann der deutschen Arbeiterbewegung‘.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499677.html>

DM, DM über alles in der Welt? (23.04.1990)

Wilhelm Hankel über die Warnungen vor einem D-Mark-Nationalismus

Sozialismus-Kritik. „Was Kommando- und Marktwirtschaft seit Pharaonentagen trennt, ist das Geld, genauer die Rolle, die es in beiden Systemen spielt. In der Druckknopfökonomie des real kaum noch existierenden Kommunismus stört die individuelle Geldentscheidung, die Ausübung individueller Geldstimmrechte – denn das Ganze (die Menschheit zum Beispiel) ist stets wichtiger als etwas Persönliches (der Mensch zum Beispiel).“; „Damit Planfunktionäre, ungestört von menschlichen Wünschen und Bedürfnissen, ihren Plan aufstellen und erfüllen können, muß das Geld als Ausdrucksmittel und Vehikel persönlicher Präferenzen defunktionalisiert werden. Der Sozialismus von der DDR bis zu der UdSSR oder der Volksrepublik China kennt daher folgerichtig weder den Kredit als Mittel einer persönlich gefärbten und über Zinsen objektivierten Investitionslenkung noch die Direktbeteiligung von Sparern oder gar Werkträgern an dem von ihnen ersparten oder erarbeiteten Produktivkapital. Erstens darf ja bekanntlich Eigentum nicht sein, außer an ein bißchen Hausrat und Auto. Zweitens darf noch viel weniger Kapital gebildet und persönlich genutzt werden – als private Pensionskasse für das Alter etwa, als arbeitsloses Zusatzeinkommen für Sonderanschaffungen oder für schlechte Jahre. Alles ist Volkseigentum, nur weiß man mangels Zinsen nicht, ob es sich rechnet und wie man es ersetzt, ergänzt, erweitert, wenn Sparer nur das Nötigste sparen, weil sich ihr Sparen ja gar nicht lohnt. Geld im real nicht mehr funktionierenden Sozialismus ist nur noch ein ärmlicher Warenbezugsschein; Geld ist soviel oder sowenig wert, wie es noch Waren in den Läden, auf den Regalen gibt. Weil die Leute merken, daß es das System ist, das sie durch seine eingebaute Ressourcenverschwendung ausbeutet, wollen sie es wechseln. Und der sicherste Garant, daß sie

ein neues, besseres und effizienteres System bekommen, ist der Geldschein.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499808.html>

Agrarmarkt: Heimlich wieder hoch (23.04.1990) ■ ■

Neuer Streit um den europäischen Getreidepreis, das Landvolk ist verbittert.

Interessenvertreter kämpfen für unsinnige Subventionen. Die ‚Wut im Bauch‘, die Heereman bei vielen Landleuten ausmachte, mag echt sein. Die Aufregung der Funktionäre ist gespielt.“; „Verkaufen läßt sich der Überfluß schon lange nicht mehr: Die Produktion wächst im Schnitt um 2 Prozent jährlich, die Nachfrage aber nur um 0,5 Prozent. Und für den Weltmarkt sind so gut wie alle Agrarerzeugnisse aus Europa viel zu teuer. Mit Schutzzöllen und Abschöpfungen, mit Marktordnungen und Exportbeihilfen versuchte Brüssel jahrzehntelang, die heimischen Landwirte vor der Billig-Konkurrenz von außen zu schützen. Für die Entwicklungsländer wie für das Weizenexportland USA gilt Europa daher als größter Störenfried im Welthandel mit Agrarprodukten.“; „Selbst die reinen Getreidebauern sind nicht ganz so übel dran, wie es den Anschein hat. Die jetzt europaweit bekämpfte dreiprozentige Preissenkung für Getreide wird von Kiechle und seinen Kollegen schon längst mit allerlei Finessen unterlaufen. Durch Änderungen bei Zahlungszielen oder Feuchtigkeitszuschlägen und -abschlägen hieven die Behörden die Preise heimlich wieder hoch.“; „Darum geht es in dieser Woche in Brüssel. Der irische EG-Agrarkommissar Ray MacSharry will das Nullsummenspiel des um Wählerstimmen fürchtenden deutschen CSU-Bauernministers nicht mitmachen. Nur mit den Preisabschlägen seien die Mengen zu drosseln, es gebe keine Alternative. Zumindest die deutschen Agrarlobbyisten bieten keine. Sie offerieren eine alte Schnaps-Idee stets neu. Biosprit und andere ‚nachwachsende Rohstoffe‘ böten den Bauern eine Zukunft – wenn Brüssel sie nur finanziere. Wahnwitz mit Methode wäre dies, zu Lasten der Steuerkasse. Längst wurde belegt, daß Biosprit aus Weizen oder Zuckerrüben die pure Ressourcenvergeudung ist: Der Energieeinsatz übersteigt die Energieausbeute.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499838.html>

Real, unreal, surreal (23.04.1990) ■

Von Wild, Dieter

Sozialismus: „schreckliche Utopie“. „Ein welthistorisches Experiment geht zu Ende, dessen idealistischer Ansatz in phantastischem Widerspruch zu den Niederungen des Gulag- und Stasi-Staates und zu der systemeigenen Mangelwirtschaft stand, die eine ebenso arrogante wie ineffiziente Bürokratie Millionen Menschen selbst hochentwickelter Gesellschaften zumutete. Niemand wird sagen wollen, dieses Experiment habe sich in irgendeiner Hinsicht gelohnt – höchstens festigte es die Erkenntnis, wie schrecklich eine große Utopie sein kann, wenn sie hienieden realisiert werden soll.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499923.html>

Wir wollen keine Spekulanten (14.05.1990)

Die DDR-Landwirtschaft, auf Massenproduktion getrimmt, wird Milch, Fleisch und Gemüse nicht mehr los. Die Verbraucher bevorzugen West-Produkte. Langfristig rechnen sich die riesigen Agrar-Kollektive jedoch gute Chancen gegen die Kleinbauern aus dem Westen aus. „Die schlagen wir aus dem Feld“, so ein DDR-Experte.

Fehler der Zentralverwaltungswirtschaft. „Sozialistischer Schlendrian und unsinnige Planvorgaben, veraltete Maschinen und verrottete Ställe, minderwertige Futtermittel und schlechter Dünger – es gibt ein riesiges Bündel systemtypischer Mängel, mit denen das große Produktivitätsgefälle zwischen West und Ost begründet werden kann. Und darum freut sich Genossenschaftsbauer Müssigbroth nun auf die Marktwirtschaft. ‚Wenn wir erst einmal die Fehler der Kommandowirtschaft überwunden haben‘, meint er optimistisch, ‚dann sind nämlich wir das Rennpferd, und die im Westen sind der Esel.“; „Diese LPG sind große Agrar-Kollektive, in denen nur formal die Vollversammlung der Genossenschaftsmitglieder das Sagen hatte. In Wahrheit entschieden die Planbürokraten des SED-Regimes, was die LPG-Bauern zu tun und zu lassen hatten.“; „Die Ost-Berliner Administratoren lebten in der Wahnvorstellung, nicht nur die gesamte Republik, sondern jeweils auch die einzelnen Bezirke in der Nahrungsmittelversorgung fast völlig autark machen zu können. Sie nahmen daher kaum Rücksicht darauf, was wo am besten gedieh. Die LPG wurden verpflichtet, beispielsweise auch dort Spargel oder Tabak anzubauen, wo besser nur Roggen oder Rüben gestanden hätten. ‚Wenn man uns vorgeschrieben hätte, Bananen anzubauen, hätten wir auch das versucht‘, spottet Reiner Matthes, Hauptökonom der LPG Mittenwalde, über solchen Planer-Irrsinn.“; „Gemessen am DDR-Bedarf wurden und werden zuviel Brotgetreide, Kartoffeln und andere Grundnahrungsmittel produziert. Die Verbraucherpreise für diese Agrarprodukte subventionierte bislang jedoch der Staat mit über 30 Milliarden Mark so herunter, daß es keine Absatzprobleme gab: Überschüssige Lebensmittel wurden ans Vieh verfüttert. Dennoch gingen manche Produkte zuweilen aus, wie das nun mal in einer Zentralverwaltungswirtschaft üblich ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499166.html>

Die Kuh muß Futter kriegen (21.05.1990)

Die Privatisierung des DDR-Vermögens kommt nur schleppend voran

Keine Kompromisse in Eigentumsfragen. „Rohdes Alternative fand quer durch die politischen Lager viele Anhänger:

Grund und Boden sollte an Ausländer (und dazu zählen wohl auch Bundesdeutsche) nicht verkauft, sondern nur in Erbpacht mit späterer Kaufoption vergeben werden. Dieses Modell, das abermals offenbar den geheimnisvollen dritten Weg zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus suchte, scheiterte diesmal jedoch schon im Ansatz an der harten wirtschaftlichen Realität in der DDR: Die bislang noch kleine Schar von Investoren, die unbedingt in der DDR ein Unternehmen aufbauen möchten, wäre durch halbherzige Entscheidungen in der Eigentumsfrage restlos entmutigt worden. Westdeutsche Unternehmen, die in der DDR investieren wollen, haben nie Zweifel daran gelassen, daß es dazu kräftiger Anreize bedarf.“; „Die Angst vor dem Einmarsch der Kapitalisten und den Folgen für Portemonnaie sowie Arbeitsplatz wurde bei vielen DDR-Bürgern und -Politikern so groß, daß sie mit immer neuen Forderungen nach Schutzregeln die Verhandlungen über den Staatsvertrag belasteten – und das ganze Modell Marktwirtschaft in Frage stellten. Die Binsenweisheit, daß die Banken einem Investor eher Geld vorschießen, wenn dieser eigenen Grund und Boden als Sicherheit einbringen kann, muß zwischen Zwickau und Rügen noch oft erklärt werden. Mangelnde Einsicht in die Funktionsweise der Marktwirtschaft ist allerdings nicht der einzige Grund für das schleppende Privatisierungstempo in der DDR. In den Schaltstellen der Macht sitzen vielfach auch routinierte Bremsen. Spitzenfunktionäre der alten Kommandowirtschaft haben Unterschlupf in den neuen Regierungsapparaten gefunden und arbeiten dort nicht ohne Wirkung.“; „Durch bedingungslosen Einsatz für die Planwirtschaft waren sie zu Amt und Würden gekommen. Jetzt sollen sie die Privatisierung der Kombinate vorantreiben, die in dieser Planwirtschaft kaputtgerichtet wurden.“; „Von den gut 8000 volkseigenen Betrieben hat die Treuhandanstalt bisher nur etwa 100 in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Das ist ein mageres Ergebnis, trotz aller großen Schwierigkeiten, die Kombinate zu entflechten und die Firmen-Aktiva zu bewerten. Es ist eine der wesentlichen Ursachen für den langsamen Start der DDR in die Marktwirtschaft – so sind Wunder nicht zu schaffen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499752.html>

Sowjetunion: Gesicht verloren (21.05.1990)

Drei Millionen Sowjetbürger sind obdachlos, acht Millionen arbeitslos, 43 Millionen leben in Armut. Und es werden immer mehr.

„Die Verelendungstheorie von Karl Marx findet ihre Bestätigung im Sozialismus sowjetischer Prägung, doch die Behörden fühlen sich machtlos.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500130.html>

DDR-Betriebe: Übernimmt der Staat die Verluste? (11.06.1990)

„Neben Einfuhrzöllen und Exportsubventionen erwägt DDR-Wirtschaftsminister Gerhard Pohl jetzt sogar, die Verluste der Betriebe in den Jahren 1990 und 1991 aus der Staatskasse auszugleichen. Sonst, so die Befürchtung, hätten die ehemaligen Staatsbetriebe keine Chance, den Übergang in die Marktwirtschaft zu überleben. Der Vorschlag ist vom alten Denken geprägt: Bei einem automatischen Verlustausgleich würde von vornherein der Zwang entfallen, sich dem notwendigen Strukturwandel zu stellen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500119.html>

Da wird derselbe Mist gemacht (18.06.1990)

Von Schmidt-Klingenberg, M.

Die DDR ist auf bestem Wege in die Autogesellschaft. Staus und Unfälle werden diesen Sommer enorm zunehmen. Beim Ausbau der Verkehrswege erhält die Straße Vorrang vor der Schiene. Die Ost-Berliner Regierung ist fest entschlossen, die Fehlentwicklung des bundesdeutschen Verkehrssystems nachzuahmen.

Lukratives Kartell. „Das Regelwerk, in den Grundzügen seit 1936 unverändert, ist alles andere als eine marktwirtschaftliche Ordnung: Staatlich genehmigte Tarife für die Transporte und ein System von behördlich verwalteten Konzessionen für die Lastwagen schützen die Brummi-Unternehmen vor den Unbilden der Konkurrenz. Kein anderer Wirtschaftszweig genießt mit amtlicher Billigung die Freuden eines solchen Kartells. Das schlagkräftige Laster-Syndikat konnte mit Hilfe dieses Schutzschildes der Bahn immer mehr Transporte abjagen. Ausgerechnet diese Form höchstentwickelter kapitalistischer Planwirtschaft übernehmen nun die Ex-Sozialisten in der DDR. ‚Wir können Ihnen sagen, da wird schon wieder derselbe Mist gemacht‘, erklärte der westdeutsche Transport-Unternehmensberater Erich Hebel auf einem Seminar für Kraftverkehrs-Kombinatsleiter. In dem Mist steckt Methode. Der Anschluß der DDR ist für die westdeutsche Brummi-Lobby ein willkommener Anlaß, ihr auskömmliches System für die weitere Zukunft zu retten. Mit dem gemeinsamen Binnenmarkt der EG sollte nämlich von 1993 an auch die gelenkte Verkehrsmarktordnung der Bundesrepublik abgeschafft werden. Denn Vorschriften, die auch ausländische Konkurrenz vom deutschen Markt fernhalten, entsprechen nicht dem liberalen EG-Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit. ‚Mit Rücksicht auf unsere noch fußkranken Brüder im Osten‘, so Fred Christian, Justitiar des Güterfernverkehrsverbandes, soll die EG nach dem Willen der Laster-Lobby die Marktbeschränkungen noch weiter gelten lassen. Den Vorteil davon hätten aber wohl eher die großen Brüder im Westen, weniger die Fuhrbetriebe im Osten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500855.html>

Nun sind auch die Bonzen das Volk (25.06.1990)

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über die Wende in der ostdeutschen Kleinstadt Bad Liebenwerda

„Planerfüllung und Wirtschaftlichkeit schließen sich von vornherein aus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501605.html>

Die D-Mark wird abgeschafft (25.06.1990)

Die Ost-Mark-Scheine verschwinden übernächste Woche in Salzstöcken; D-Mark-, Pfund- oder Lira-Scheine dürften ebenfalls bald nur noch Museumswert haben. Eine Euro-Währung, lange Zeit nur das Gespinnst von Europa-Schwärmern, könnte in wenigen Jahren die verwirrende Geldvielfalt des alten Kontinents beenden.

Währungsstabilität positiv, Staatsfinanzierung auf Pump erscheint unzeitgemäß. „Waigel warnte die Kollegen vor unziemlicher Hast. Die wirtschaftlichen Grundlagen für eine einheitliche Währung in den Mitgliedstaaten seien noch nicht gelegt. Innerhalb der Gemeinschaft wichen die Zinssätze in den einzelnen Ländern um sechs Prozentpunkte voneinander ab, einzelne Staaten würden immer noch ihre Haushaltsdefizite mit der Geldpresse decken (siehe Grafik Seite 91). Solange solche Zustände herrschten, könne Bonn einer europäischen Währungsunion nicht zustimmen.“; „Der Abschied von der vertrauten Währungsordnung in Europa fällt schwer, weil die gegenwärtigen Verhältnisse so schlecht gar nicht sind. Unter der Führung der stabilen D-Mark hat sich im Zentrum Europas eine Stabilitätsinsel gebildet, auf der die Währungen in der Praxis bereits heute fest aneinandergelockt sind. Der österreichische Schilling und der französische Franc, der holländische Gulden und der belgische Franc – der Wert all dieser nationalen Währungen wird von der D-Mark bestimmt. Wie einst der Dollar in der Geldordnung der Nachkriegsjahre sorgt jetzt die D-Mark in Europa für Halt und Sicherheit.“; „Mit der Schaffung einer Euro-Währung gehen auch wichtige Teile finanzpolitischer Befugnisse auf die Zentralbank und die Gewaltigen in Brüssel über. Unterschiedliche Zinssätze sind dann nicht mehr drin, Haushaltsdisziplin ist von allen gefordert. Unmöglich, daß die Italiener dann weiterhin ein Viertel ihrer Staatsausgaben mit gepumptem Geld bestreiten können.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501660.html>

Energie: Muß schnell geschehen (25.06.1990)

Drei bundesdeutsche Energie-Riesen haben Ostdeutschland unter sich aufgeteilt. Die DDR soll nach dem Vorbild der Bundesrepublik mit Strom versorgt werden.

Wettbewerb. „Nach der Allianz und den Großbanken Deutsche und Dresdner, die sich mit den ostdeutschen Monopolisten verbanden, sind nun die Stromgrößen der westlichen Republik an der Reihe. Der ‚marktwirtschaftliche Super-GAU‘, wie Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte den Stromcoup beschrieb, wird wohl Wirklichkeit.“; „Doch Haussmann gab nach: Die reine Wettbewerbslehre, im westdeutschen Stromgeschäft außer Kraft, kann nicht ausgerechnet in der DDR erprobt werden. Eile, so das Argument, tut dort not, und diese verschafft den Stromriesen eine unschlagbare Verhandlungsposition. So steht zu befürchten, daß unter dem Zeitdruck die Chance verpaßt wird, in der DDR ein wirklich wegweisendes Energiekonzept aufzubauen: mit Wettbewerb statt Strom-Monopolen, mit umweltfreundlichen Kleinkraftwerken statt weiterer Großkraftwerke.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501673.html>

Bahn: Große Pläne (25.06.1990)

Der Bau von Eisenbahnen verspricht ein gutes Geschäft zu werden. In Europa bilden sich große Industriegruppen.

Wettbewerb, Bürokratie. „Gohlkes Einkauf in Italien hat die deutsche Bahnindustrie mächtig irritiert. Die Bestellung war ein unmißverständlicher Hinweis darauf, daß es im zusammenwachsenden Europa keine Abonnements auf Order von der Bundesbahn mehr gibt. Die Gewißheit sicherer Bahnaufträge hatte Lieferanten wie Siemens, AEG, Krupp oder Krauss-Maffei reichlich müde werden lassen; der Anschluß an die technische Moderne wurde verpaßt. ‚Ein Wettbewerb um Technologien‘, meint Gohlke, ‚fand bei denen nie statt. Die haben doch nur Aufträge entgegengenommen.“; „Die ICE-Hersteller beklagen, daß sie bei ihren Konzepten durch enge Vorgaben der Bahn gebremst würden. Die Beamten redeten mit bei der technischen Ausstattung und schrieben beispielsweise das hausbackene Design der Innenausstattung vor.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501687.html>

Telefon: Nach Lust und Laune (02.07.1990)

Das Post-Monopol wurde ein wenig gelockert. Seit 1. Juli darf jeder sein Telefon selber kaufen.

Verbraucherunfreundliches Staatsmonopol. „Und ganz so frei, wie der Postminister gern glauben machen möchte, wird es auch nach der Liberalisierung nicht zugehen. Bonn hat Vorsorge getroffen, daß sein einträglichstes Unternehmen nicht allzu hart von der Marktwirtschaft getroffen wird.“; „Beim Standard-Modell sinken die monatlichen Fixkosten um 2,40 Mark, bei einem Komfort-Telefon bis zu 13,90 Mark. Solch geringe Preisnachlässe für den Verzicht auf das Telefon samt Service wird die Zahl der Abtrünnigen vorerst in Grenzen halten.“; „Das ZZF“, meint denn auch Microcom-Mann McMillan, sei ‚der eiserne Vorhang der Telekommunikation‘. Den habe ‚die alte Garde der Bundespost

errichtet, um die Rolle als Dinosaurier bewahren zu können‘.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499661.html>

Welche Preise nehmen wir? (09.07.1990) ■

Die D-Mark ist da, doch der Wettbewerb in der DDR funktioniert noch lange nicht. Vieles ist in den ersten Tagen nach der deutschen Währungsunion teurer als in der Bundesrepublik. Supermärkte und Kaufhallen verlangen, wo keine Konkurrenz in der Nähe ist, überhöhte Preise, Kreditinstitute versuchen, Hochzinsen durchzudrücken.

„Segensreicher“ Wettbewerb. „Die Gewinnspannen des Handels sind in der DDR offensichtlich entschieden üppiger kalkuliert als in der Bundesrepublik. Die irritierte Kundschaft ist meist machtlos. Sie muß, vor allem auf dem Lande, die verlangten Preise zahlen, denn der Wettbewerb funktioniert nur sehr begrenzt. Die Handelsketten HO und Konsum und ihre westdeutschen Partner besitzen mit ihren Einkaufshallen in vielen Orten quasi ein Monopol. Artikel des täglichen Bedarfs, fanden Mitarbeiter des Ost-Berliner Handelsministeriums heraus, seien in manchen Regionen doppelt so teuer wie etwa in der Hauptstadt. ‚Fehlender Wettbewerb‘, empört sich Handelsministerin Sybille Reider, ‚wird ganz offensichtlich schamlos ausgenutzt.‘ Die Gesetze des Kapitalismus, das lernen nun auch die DDR-Bürger, kennen keine Barmherzigkeit. Jeder nimmt, was er kriegen kann. Die Preise für geborgtes Geld wie die Preise für Waren werden nur geschliffen, wenn der segensreiche Druck des Wettbewerbs zu knapper Kalkulation zwingt; wenn mehrere Händler und mehrere Banker vor Ort um die Kundschaft buhlen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500400.html>

Banken: Tiefer ins Fleisch (09.07.1990) ■

Bei der Bank für Gemeinwirtschaft kracht es, über tausend Beschäftigte müssen gehen.

Ineffiziente Gemeinwirtschaft. „Wegscheider hatte weder die Kraft noch die Phantasie, die Bank aus dem Gewerkschaftssumpf herauszuziehen.“; „Daß die Zentrale sehr gut besetzt ist, war den Mitarbeitern schon lange klar. Vormittags läßt sich gut beobachten, daß es mehr Menschen als Arbeit gibt. Die Schar der Angestellten fährt gegen acht Uhr im Aufzug hoch an den Arbeitsplatz, im sogenannten Gleitzeiterfassungsbogen wird der Arbeitsbeginn notiert. Dann geht es oft wieder runter in den zweiten Stock, zur Kantine. Bis kurz nach neun, wenn nicht gar halb zehn Uhr nehmen sich manche Zeit fürs zweite Frühstück. Nur besonders Eifrige eilen mit Kaffee und belegtem Brötchen direkt wieder zum Arbeitsplatz zurück.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500416.html>

Die können es packen (09.07.1990) ■

Der Wirtschaftswissenschaftler Horst Siebert über die Reformierbarkeit der Länder Osteuropas Von Mahler, A. und Kaden, W.

Radikale Korrektur nötig: Privateigentum, Marktwirtschaft, Kapitalbildung, Geldwertstabilität, Freihandel, Subventionsabbau, Haushaltspolitik etc. „SIEBERT: Die Sowjetunion muß sich im Prinzip selbst helfen, sie muß ihr Wirtschaftssystem vollständig umgestalten. Finanztransfers mögen das Anpassungsproblem für die UdSSR erleichtern, eine dauerhafte Lösung sind sie nicht.“; „SPIEGEL: Gorbatschows Konzept der ‚regulierten Marktwirtschaft‘ geht Ihnen nicht weit genug? SIEBERT: Reformen finden in der UdSSR alle paar Jahre statt. Seit Jahrzehnten wurde abwechselnd dezentralisiert und dann wieder zentralisiert. Doch jetzt kann nur eine radikale Korrektur des Planungssystems das Grundproblem lösen. SPIEGEL: Was ist denn das Grundproblem? SIEBERT: Die Planwirtschaft ist nicht in der Lage, die Menschen in angemessener Weise mit Gütern zu versorgen. Sie hat sich als unfähig erwiesen, auf die Wünsche der Bevölkerung einzugehen. Sie stellt keine Anreize bereit, Produktionsfaktoren effizient einzusetzen und neue technische Lösungen zu finden. Vor allem aber: Die Unternehmen haben kein Interesse, dem staatlichen Planer wahre Informationen über die echten Kosten und den tatsächlichen Materialbedarf zur Verfügung zu stellen. Die Planwirtschaft kann ihr Informationsproblem nicht lösen. Das System muß effizienter gestaltet werden. Eine reine Dezentralisierung der Gütermärkte wird nicht ausreichen, dieses Grundproblem zu lösen.“; „SPIEGEL: Polen geht die Krise mit einer Robkur an. Ist das für Sie der ökonomisch sinnvollere Weg? SIEBERT: Die Länder Osteuropas haben keine andere Wahl, sie müssen ihr Wirtschaftssystem radikal verändern. Und das muß sofort geschehen. Man kann sich schwerlich eine Reform vorstellen, die zeitlich lange gestreckt ist.“; „Das besondere Problem Polens liegt nun darin, daß die Privatisierung der Wirtschaft nicht vorankommt. SPIEGEL: Warum ist gerade dieser Punkt so wichtig? SIEBERT: Die Monopolbetriebe können auf die Veränderungen nicht flexibel reagieren, sie arbeiten zudem ineffizient. Würde man sie dezentralisieren, ohne sie in private Hände zu geben, könnten zwar die Manager autonom entscheiden. Damit aber wäre die entscheidende Frage noch nicht gelöst, wie diese Unternehmen mit Kapital versorgt werden. Dasselbe Problem haben wir, wenn die Betriebe der Belegschaft übereignet werden. Die Belegschaft hat kein Interesse, Kapital in die Betriebe zu stecken, sie ist vor allem daran interessiert, hohe Löhne zu bekommen. Eigentumsrechte an den Betrieben müssen deshalb übertragbar sein. Nur ein privater Eigentümer hat ein Interesse am Wert des Unternehmens, hat Interesse daran, daß dieser Wert steigt. Erst auf diese Weise wird ein Anreiz für Investitionen geschaffen. SPIEGEL: Die Privatisierung muß also an erster Stelle eines marktwirtschaftlichen Reformprogramms stehen? SIEBERT: Nicht unbedingt zeitlich gesehen, aber die Privatisierung ist der Knackpunkt des Übergangs von der Planwirtschaft in ein marktwirtschaftliches System. Eine weitere entscheidende Bedingung ist, daß Betriebe, die auf

Dauer Verluste machen, ausscheiden. Nur so ist eine Volkswirtschaft auf lange Sicht effizient.“; „SIEBERT: Man muß drei Bereiche der Reform unterscheiden. Da ist einmal die Schaffung des rechtlichen Rahmens . . . SPIEGEL: . . . Gewerbefreiheit, Privateigentum. SIEBERT: Auch ein zweistufiges Bankenwesen gehört dazu. Die sogenannten Mikroreformen sind der zweite große Block. Dazu zählen die Freigabe der Preise, der Abbau der Subventionen, die Aufgabe der Zentralplanung, die Abschaffung des Außenhandelsmonopols, die Entflechtung und natürlich auch die Privatisierung der Betriebe. Schließlich haben wir als dritten Bereich das makroökonomische Stabilisierungsprogramm: die Schaffung eines stabilen Geldwerts und den Abbau der Defizite in den öffentlichen Haushalten.“; SPIEGEL: Wie sollen die von Ihnen empfohlenen Reformen greifen in Ländern, in denen es keine unternehmerische Tradition und keinen Mittelstand gibt, in denen die Menschen nicht gelernt haben, Risiken einzugehen? SIEBERT: Institutionelle Regelungen bewirken bestimmte Verhaltensweisen. Wenn Gewinnchancen winken, werden die Menschen sich daran ausrichten. Man muß versuchen, die richtigen Anreize zu setzen. SPIEGEL: Für den alten Apparat gibt es einen gewaltigen Anreiz, das bestehende System zu erhalten. SIEBERT: Um so wichtiger ist es, Märkte mit freiem Zugang für neue Unternehmen einzuführen. Der Wettbewerb würde die Position der alten Firmen aufweichen.“; „SPIEGEL: Eine Art Marshallplan für den Osten? SIEBERT: Zusammen mit wirklich durchgreifenden Reformen würde ich einen solchen Marshallplan für sinnvoll halten. Aber die Reformen müßten glaubhaft und nicht mehr umkehrbar sein.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500427.html>

Luffahrt: Alter Stil (09.07.1990) ■

Was wird aus Interflug, der Fluggesellschaft der DDR? Die Lufthansa weiß noch nicht, wie sie ihr Beteiligungsunternehmen sanieren soll.

Unwirtschaftlicher sozialistischer Musterbetrieb. „In der staatlichen Kommandowirtschaft, in der niemand rechnen mußte, kam die Interflug ganz gut zurecht. Im freien Markt fliegt sie nicht die Kosten ein. Es ist wie bei vielen anderen DDR-Firmen: zu viele Beschäftigte, veralteter Maschinenpark, unattraktives Angebot.“; „Die Verwaltung ist künstlich aufgebläht. Der ‚sozialistische Musterbetrieb‘ (frühere Eigenwerbung) ist durchsetzt von Polit-Offizieren und Verwaltungsbürokraten, die keine produktive Arbeit leisten.“; „Der Personalabbau könnte die Airline leistungsfähiger machen – wenn es die Richtigen trifft. Das aber bezweifeln viele Mitarbeiter. Bei Interflug funktionieren noch die alten Seilschaften. Die Geschäftsführung wurde zwar komplett ausgewechselt, aber alle fünf Neuen sind ehemalige SED-Mitglieder. Daß der alte Stil der Genossenwirtschaft und der Vorteilsannahme gelegentlich noch gepflegt wird, zeigt ein Fall aus der jüngsten Zeit.“; „Die nicht begünstigten Interflug-Mitarbeiter hingegen sind erobert über die neue-alte Privilegienwirtschaft. Immerhin: Der Vorgang durfte in der Betriebszeitung der Interflug kritisiert werden.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500438.html>

Moskau: Die Partei ist tot (09.07.1990)

In einer „aggressiven Atmosphäre des Hasses“ stehen sich auf dem 28. Parteitag der KPdSU Konservative und Radikalreformer gegenüber. Die Apparatschiks sind stark, doch für die Vorkämpfer der Perestroika gab es einen Lichtblick: In ihren Hochburgen Moskau und Leningrad hat sich die Versorgung leicht gebessert.

Privatisierung erfolgreich. „Alle Rückwärtsgerichteten können sich darauf berufen, daß die halbherzige Liberalisierung dem Land wirtschaftliches Chaos beschert hat. Aber sie ahnen wohl, daß die Reform-Bilanz sich dort rasch verbessern könnte, wo die Bremsen allesamt verjagt wurden: In Moskau und Leningrad sind radikal-demokratische Stadtrats-Mehrheiten dabei, Gewerbe, Gebäude, Grund und Boden zu privatisieren, und finden dafür Zustimmung. Denn die Versorgung hat sich in beiden Städten erstmals leicht gebessert. Die neue Leningrader Administration hatte gleich zu Anfang beschlossen, jeden Beamten erbarmungslos zu feuern, der wie bislang Anordnungen aus der örtlichen Parteizentrale entgegennimmt oder gar ausführt.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500542.html>

Welthandel: Alle dabei (16.07.1990) ■ ■

Die Amerikaner werden rabiat – Europa soll seine Agrarsubventionen beseitigen.

Agrarsubventionen. „Zehn Milliarden Dollar, so der Amerikaner Yeutter vergangene Woche in Houston, gebe die Gemeinschaft im Jahr aus, um ihre teuren Produkte auf fremden Märkten loszuwerden. Die USA bescheiden sich mit 500 Millionen. Auch andere, etwa Australien oder Neuseeland, klagen die Europäer seit langem an, ihnen mit Agro-Dumping das Geschäft zu verderben. Oft zu Recht. Argentinien beispielsweise verlor seine langjährigen Kunden in Westafrika, als die EG Rindfleisch, das sie weit über Weltmarktpreis aufgekauft hatte, in Afrika zu Spottpreisen verschleuderte. Rund 245 Milliarden Dollar im Jahr, so eine OECD-Studie, müssen Steuerzahler und Verbraucher weltweit aufbringen, um die Landwirtschaft zu subventionieren. Fast alle Länder sind dabei. Die Schlimmsten aber seien die Europäer, denen müsse man – so ein Bush-Berater drastisch – ‚in den Hintern treten‘. Auch die Japaner geben für ihre Reisbauern eher noch mehr aus als die Europäer für ihre Landwirte, stören aber damit die Weltmärkte nicht allzusehr. Die europäische Bauernförderung sei dagegen – so erkannte der FDP-Wirtschaftspolitiker Martin Grüner – ‚eine Zeitbombe, deren Explosion das gesamte Welthandelssystem gefährden kann‘. Die Hilfen fürs Landvolk verschlingen in Europa bereits zwei Drittel des Haushalts. Das Geld fehlt für Investitionen oder für die Forschungsförderung.“; „Mit allem Nachdruck‘ verwarf der Deutsche Bauernverband am Freitag vergangener Woche

die Idee ‚einer völligen Liberalisierung des Welthandels‘. Es gebe keinen Grund, ‚die deutschen Bauern den Interessen des Industrieexports zu opfern‘. Da allerdings liegt der Bauernverband zu flach in der heimischen Furche. Ein Handelskrieg der Europäer mit dem Rest der Welt träge die deutsche Wirtschaft empfindlich, jede Branche, fast jedes Unternehmen, viele Millionen Arbeitnehmer.“; „Die grüne Lobby jedenfalls verlangt mehr, nicht weniger Subventionen – der EG-Wahnwitz soll auf die DDR übergreifen. Damit die billige DDR-Milch nicht die Preise verdirbt, soll sie nach den Vorstellungen der Agrarlobby künstlich verteuert, vom Staat aufgekauft und – mit Steuermitteln wieder verbilligt – als Butter auf die Weltmärkte geworfen werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501117.html>

Landwirtschaft: Sah recht traurig aus (23.07.1990) ■

Katastrophenstimmung unter den DDR-Bauern: Nichts geht mehr auf dem Lande.

Unfähige Bürokraten, Subventionen, Marktschranken. „Nicht Marktwirtschaft heißt das Zauberwort der Agrarökonomien, sondern Marktordnung. Mit allen Kunstgriffen staatlicher Intervention versuchen die neuen Bauern-Bürokraten der DDR wie im Westen das außer Kontrolle geratene System zu stabilisieren. Milch und Butter werden zu staatlich gestützten Preisen vom Markt genommen. Doch während im Sozialismus die Verbraucher dank der Subventionen immerhin billig einkaufen konnten, verschwinden die mit Steuergeldern abgeschöpften Produkte jetzt in den staatlichen Kühlhäusern und Lagerhallen.“; „In der Gegenrichtung funktionierte die Kontrolle. Penibel sorgte die westliche Bürokratie dafür, daß die ebenfalls beschlossenen Kontingente für die Einfuhr von DDR-Produkten in die Bundesrepublik eingehalten wurden. Auf die EG-Beamten, im Schutz der heimischen Landwirtschaft geübt, ist Verlaß. Die Fürsorge der Eurokraten wird die EG-Konsumenten schon vor DDR-Produkten bewahren. Was die EG-Beamten vielleicht noch nicht schaffen, erledigt die DDR-Bürokratie mit eigenen Kräften. Die Information über Fördergelder gelangte nur schleppend aufs flache Land. Zudem hatten die Beamten die bewilligten Gelder für das zweite Halbjahr 1990 schlicht durch sechs dividiert und gleichmäßig auf die Monate des Jahres aufgesplittet – ohne zu bedenken, daß die größten Beträge in den Erntemonaten Juli und August gebraucht werden.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501795.html>

Gewerkschaften: Brüderliche Kontakte (23.07.1990)

Dubiose Geheimkonten, Privatdarlehen aus dem Gewerkschaftsfonds: Heimliche Geldgeschäfte belasten Bergarbeiterboß Scargill.

Sozialistische Überzeugungen unzeitgemäß. „Tatsächlich gehört Scargill zu Europas allerletzten Leninisten. Er glaubt unverdrossen an die Verstaatlichung von Produktionsmitteln, Banken und Handel. Die kapitalistische Gesellschaft müsse im erbarmungslosen Klassenkampf abgeschafft werden. Der britische Bergarbeiterboß verachtet deshalb Gewerkschaftsführer in westlichen Ländern, die beim Schrumpfen der Kohleindustrie das Beste für ihre Kollegen herausholten – Abfindungen, Umschulungsprogramme –, anstatt zum Barrikadenkampf zu rufen. Er bezichtigt sie, ‚Verhandlungen mit dem Henker über die Art der Hinrichtung‘ zu führen.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501925.html>

Griechenland: Widerstand mit Windeln (30.07.1990) ■

Nur eine radikale Rentenreform kann den Kollaps eines chaotischen Versicherungssystems abwenden – selbst für Widerstand im Babyalter gibt es Geld.

Ausgeufertes Sozialsystem, Politik traut sich nicht an Besitzstände. „Das freilich hat es in sich. Jahrzehntelanger Mißbrauch hat die Altersvorsorge zu einer ‚tickenden Bombe in den Fundamenten der Volkswirtschaft‘ werden lassen, so die Wirtschaftszeitung Express. Keine Athener Regierung wagte es bisher, den wuchernden Besitzstand der Versicherten anzutasten – nicht einmal der Obristen-Diktator Georgios Papadopoulos, der vom angekündigten ‚Erdbeben in der Sozialversicherung‘ rasch ablassen mußte.“; „Bankgouverneure, von der Regierung ernannt, können schon nach zwei Dienstjahren zu einer fetten Rente gelangen. Staatsbeamte, Offiziere und Juristen erhalten auch einen Abschiedsbonus: eine Abfindung von mehreren Millionen Drachmen, ‚einmalige Pauschale‘ genannt. Mehrfache Renten sind keine Seltenheit. Beim Sozialministerium ist der Fall einer Witwe aktenkundig, die elf verschiedene Ruhestandsgehälter bezog. Ein Anwalt, der neben seiner Privatpraxis auch als Justitiar einer Bank tätig ist, kann mühelos vier Renten kassieren. Um schneller als normale Bürger ans Altersruhegeld zu kommen, betrieben zahlreiche Berufsgruppen ihre Aufnahme in die Liste der gesundheitsschädlichen und schweren Berufe. Dazu zählen nicht nur Bau- und Bergarbeiter, sondern auch Journalisten, Schauspieler, Putzfrauen und Kellner. Schon in den besten Jahren – mit 42 – können sich Stewardessen der staatseigenen Olympic Airways zur Ruhe setzen – ein Privileg, das ihre Ex-Kollegin Dimitra Liani, Ehegattin des früheren Premiers Papandreou, für sie erreichte. Heute üben dem Gesetz nach 44 Prozent der Griechen einen risikoreichen Beruf aus. Rund 53 Prozent der versicherten Privatangestellten erhalten eine ‚Gesundheitszulage‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502530.html>

Beamte: Nicht mehr marktgerecht (20.08.1990) ■

Wohin mit zweieinhalb Millionen DDR-Staatsdienern? In die Arbeitslosigkeit – oder ins Beamtentum?

Ineffizientes, teures, unzeitgemäßes Beamtentum. „Dabei ist schon die einfache Übertragung bundesrepublikanischer Verhältnisse auf die neuen Länder im Osten höchst problematisch. Kopiert wird damit ein völlig überholtes öffentliches Dienstrecht, über dessen Reform seit Jahren gestritten wird.“; „Schlicht absurd“, nennt es Postgewerkschaftschef Kurt van Haaren, „wenn der DDR das Beamtenrecht übergestülpt“ werde. „Lähmend, überholt und nicht mehr marktgerecht“ sei es, kritisiert der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Otto Solms, nun auch ostdeutsche Lehrer und Postboten in den warmen Beamtenmantel zu hüllen. Und der Hinweis aus Brüssel, daß Bonn mit seiner großzügigen Ausdehnung des Beamtentums in Europa aneckt, wird die DDR vor einer Ausbreitung des Beamtentums nicht schützen. Selbst wenn es gelingt, sich mit dem Einigungsvertrag der Hälfte der DDR-Staatsdiener zu entledigen – die Übertragung des öffentlichen Dienstrechtssystems auf die DDR wird teuer. Schon zeichnet sich ab, daß die in der Bundesrepublik jahrzehntelang geübte Schaukelpraxis auch in der DDR wirken wird: Eine Gruppe des Öffentlichen Dienstes setzt Verbesserungen durch, alle anderen ziehen nach, weil Gleichbehandlung nötig sei.“; „Der Staat kann nicht pleite gehen, und Produktivität als Voraussetzung für höhere Löhne war im Öffentlichen Dienst noch nie gefragt.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501084.html>

Der Mantel der Geschichte (27.08.1990)

Die DDR hat entschieden: Sie wird am 3. Oktober ihre Existenz beenden und der Bundesrepublik beitreten. Von diesem Tag an ist Helmut Kohl gesamtdeutscher Kanzler - und hofft, es nach der Wahl zwei Monate später bleiben zu können. Die riesigen DDR-Probleme will sein Vize Genscher mit gezielten Hilfsprogrammen angehen. Subventionen kritisch. „Planlos, so die Kritik von Kollegen in Bonn, häuft der Bayer Bürgschaft auf Bürgschaft. Statt einen rigorosen Sparkurs zu fahren, um jedenfalls einen Teil der Milliarden wieder einzufangen, die in die DDR abfließen, zahlt er Subventionen und Finanzhilfen in dreistelliger Milliardenhöhe, als ob nichts geschehen sei. „Ein Karl Schiller“, träumt ein hoher Finanzexperte von vergangenen Zeiten, „der hätte erst mal alle Ausgaben gesperrt.““
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501781.html>

Die große Reparatur (27.08.1990)

Vorschläge zur Regelung der europäischen Verkehrsprobleme / Von Peter Gauweiler

Privater Bau und Betrieb von Infrastruktur. „Überall in Westeuropa wurden von Anfang an wettbewerbsgerechte Strukturen für den Bahnverkehr verhindert, namentlich in der Bundesrepublik, wo das Eisenbahnverkehrswesen letztlich planwirtschaftlich aufgebaut und strukturiert worden ist.“; „Um diese Jahrhundertsummen aufzubringen, müssen alle, die von diesem neuen Verkehrsnetz Nutzen haben, ihren Beitrag leisten: 1. Der EG muß klargemacht werden, daß die Benutzung der deutschen Straßen für unsere Freunde von außerhalb nicht wie bisher kostenlos sein kann.“; „2. Der Bau und der Betrieb der großen internationalen Verkehrsachsen, die Ost- und Westeuropa verbinden sollen, müssen durch zwischenstaatliche Vereinbarung an internationale Konsortien vergeben werden, die für den Bau und für den Betrieb zuständig sein sollen. Diese Konsortien erhalten das Recht, Gebühren für die Nutzung der Anlagen zu verlangen.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501839.html>

Subventionen: Geistige Altlasten (27.08.1990)

Bonn will den Industriestandort DDR attraktiver machen, die bisherige Zonenrandförderung wird ausgeweitet. *Subventionskritik.* „Das alles macht, in der verkehrten Logik der Subventionsfreunde, durchaus Sinn. Warum – so argumentieren sie – sollte sich ein Unternehmer bislang in der DDR engagieren, wenn eine Investition im Zonenrandgebiet viel mehr gefördert wird? Warum sollte er sich in Ost-Berlin ansiedeln, wenn es im Westen der Stadt nicht nur Immobilien und ein funktionierendes Telefonnetz, sondern auch ein üppiges Netz staatlicher Hilfen, im Volksmund ‚Zitterprämien‘ genannt, gibt? Zonenrandförderung und Berlin-Hilfe sind Überbleibsel des Kaltes Krieges. Die Grenzen sind gefallen, Berlin liegt mitten in Deutschland – doch das Geld fließt weiter, als sei nichts geschehen: Steuerpräferenzen, Investitionszulagen sowie ein Arbeitnehmerzuschuß von acht Prozent des Bruttoeinkommens. Also mußte die DDR-Förderung kräftig aufgestockt werden. Das neue Deutschland wird damit ein Subventionsland ohne Beispiel. Mehr als die Hälfte aller Deutschen wird in Fördergebieten leben, bislang sind es 35 Prozent. Die EG-Kommission drängt die Bonner schon lange, die sogenannte Förderkulissee zu verkleinern. Im Vergleich zu vielen EG-Regionen sind die meisten der geförderten deutschen Gebiete reich. Die Gelegenheit wäre günstig wie selten: Die Vereinigung Deutschlands könnte genutzt werden, die regionale Förderung grundsätzlich neu zu regeln. Das Gegenteil passiert. Die Zonenrandförderung soll abgebaut werden, aber nur ganz langsam. Sieben Jahre wollen sich Bund und Länder, so haben sie vereinbart, dafür Zeit lassen.“; „Unumstritten ist, daß sowohl Berlin als auch der Zonenrand in Zukunft erhebliche Mittel brauchen. Doch die bisherige Form der Subventionierung taugt für die neuen Aufgaben nicht viel. Besonders effektiv war sie wohl nie. Die Zonenrandförderung brachte auch wohlhabenden Regionen wie Wolfsburg einen staatlichen Geldsegen – zum Wohlgefallen des VW-Konzerns. Die reichen Landkreise im Hamburger Umland warben mit den staatlichen Zulagen Betriebe aus der Hansestadt ab – mit einer wohldurchdachten Regionalförderung hatte das System nur wenig gemein. In Berlin etablierte sich, dank großzügiger Bundesmittel, vor allem die Zigarettenindustrie. Sie braucht viel Kapital und bekommt deshalb hohe Subventionen. Arbeitsplätze dagegen bietet sie kaum an, und die wenigen taugen nur für unqualifiziertes Personal.“; „Einen Investitionsschub auslösen aber

werden [die Subventionen] kaum. Noch bremsen die örtlichen Behörden, die keine Gewerbeflächen zur Verfügung stellen, und die Bürokraten alter Schule, die keine Entscheidungen treffen.“; „Am Mittwoch will das Kabinett spät, aber doch endgültig Klarheit schaffen. Die vereinigte Subventionsrepublik Deutschland wird Realität.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501944.html>

Umwelt: Traumhafte Zahlungen (03.09.1990) ■

Der Wasserpfennig, eine Ausgleichszahlung für den Verzicht auf umweltschädliche Überdüngung, spült den Bauern Millionensummen in die Kasse.

Unsinnige Subvention. „Unter dem Deckmantel des vorbeugenden Gewässerschutzes“, klagt der Karlsruher Wasserforscher Ulrich Rohmann, sei in Hessen ‚ein Subventionsgesetz‘ für die Landwirtschaft entstanden. Sein niedersächsischer Kollege Franz-Wilhelm Heers spricht von ‚geradezu traumhaften Zahlungen‘. Auf die hessischen Bauern wird demnächst tatsächlich ein wahrer Geldregen niedergehen.“; „Zahlen muß der Verbraucher.“; „Doch sicher ist nicht einmal, daß die Umwelt überhaupt profitiert. Im Landtag mußte Umweltminister Weimar bereits einräumen, die neue Verordnung bringe ‚keine Garantie‘, daß die Düngeverbote eingehalten werden. Eine ‚lückenlose Kontrolle‘ sei ‚naturgemäß nicht möglich‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500394.html>

Die Rechnung kommt später (03.09.1990) ■

Wer zählt noch die Milliarden, die Bonn für die Einheit zahlen muß? Theo Waigel, so scheint's, tut es nicht. In Nebenhaushalten werden die gewaltigen, neuen Verpflichtungen versteckt, alte Etatposten bleiben ungeschoren. Der Finanzminister versteht sich nicht als sorgsamer Kassenwart, er handelt als Parteivorsitzender.

Unverantwortliche Finanzpolitik. „Ein ordentlicher Finanzminister, das pflegen die Kabinettskollegen zu beklagen, kämpft bis zur letzten Mark gegen begehrlche Anforderungen aus den anderen Ressorts. Theo Waigel indes ‚ist ein Finanzminister mit Sinn für politische Proportionen, der sich nicht mit 3,50 Mark aufhält‘, lobt einer der Großverbraucher am Bonner Tisch, der Arbeitsminister Norbert Blüm. In einer Zeit, da das einmalige Experiment anläuft, eine verkommene sozialistische Planwirtschaft in eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft umzuwandeln, regiert in Bonn ein Finanzminister, der es mit den Milliarden nicht so genau nimmt.“; „Waigels Horizont wird nicht durch die mittelfristige Finanzplanung begrenzt, sondern durch den nächsten Wahltermin, vorzugsweise einen bayerischen. Geschickt achtet er darauf, daß Belastungen nicht allzu deutlich von den Wählern wahrgenommen werden, und daß sie möglichst erst in der nächsten Legislaturperiode anfallen.“; „Die Bonner Übung, Ausgaben in allen möglichen Nebenhaushalten zu verstecken und so gegen das Gebot finanzpolitischer Klarheit zu verstoßen, hat der Mann aus Bayern zu wahrer Perfektion gebracht. Mit dem Einigungsvertrag lieferte er das vorläufig letzte Beweisstück für diese Fähigkeit.“; „Überall wuchern Ausgaben, über Kredite finanziert, vom Bonner Finanzminister abgesegnet oder gar verbürgt.“; „Die Belastung für den Haushalt ist damit weggeschafft. Die Rechnung wird später präsentiert.“; „Angesichts der schwer greifbaren Milliarden-Verpflichtungen hätte ein ordentlicher Finanzminister als erstes eine Ausgabensperre erlassen, kritisiert ein Mitglied des Frankfurter Zentralbankrats. Statt dessen bewahrt der Parteipolitiker im Chefbüro des Bonner Geldressorts überflüssige Subventionen.“; „Doch Bayern hat rund 400 Kilometer DDR-Grenze, und ein großer Brocken der nun überflüssigen Zuschüsse ist nun einmal die Zonenrandförderung. Was den Abbau der teilungsbedingten Aufwendungen betreffe, sprach CSU-Vorsitzender Waigel im Juli auf dem Nürnberger CSU-Parteitag, so ‚wird es im kommenden Jahr zu keinen Eingriffen bei der Zonenrandförderung kommen‘. Und dann zählte er auch gleich noch auf, was er als Finanzminister in Bonn für Bayern herausgeholt habe: Von 72 Millionen Mark für Wackersdorf bis zur Altershilfe für Landwirte und Millionen für neue Fernstraßen.“; „Daß es ihm vor allem um Wähler-Beifall geht, zeigte Waigel gleich mit seiner ersten Amtshandlung im April vergangenen Jahres. Er schaffte die ungeliebte Quellensteuer ab, ausschließlich aus parteitaktischen Gründen. Es scherte ihn nicht, daß der finanzpolitische Skandal der Steuerfreiheit für hohe Zinserträge wiederhergestellt wurde.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507139.html>

Ölindustrie: Zu stark gewässert (10.09.1990) ■

Die sowjetische Ölindustrie ist verlottert. Westliche Unternehmen sollen den Sowjets helfen, den Niedergang ihrer wichtigsten Exportbranche zu bremsen.

Ineffiziente Planwirtschaft. „In der Praxis scheidet jedoch so manches erfolversprechende Projekt noch immer am planwirtschaftlichen Denken Moskauer Bürokraten. Das mußte beispielsweise Raffinerie-Spezialist Arno Koernig erfahren.“; „Doch aus dem schönen Plan wurde nichts. Moskau verbot das Geschäft mit der Begründung, die Raffinerie habe ihr bisheriges Produktionssoll nicht erfüllt. Solange das Werk nicht genügend Produkte für den heimischen Bedarf liefere, dürfe es nicht exportieren. Vergebens mühte sich Koernig, den Plan-Fetischisten in Moskau klarzumachen, daß die für den Export bestimmten Produkte nur aus bislang verbranntem Gas gewonnen werden sollten. Die Moskauer blieben stur: Sie lassen lieber Gas im Wert von vielen Millionen Mark im Jahr verfeuern, als auch nur einen Deut von ihren Plan-Kennziffern abzurücken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501329.html>

Sowjetunion: Großer Bruch (10.09.1990)

Rußlands Präsident Jelzin will Staatschef Gorbatschow zuvorkommen und freie Marktwirtschaft in 500 Tagen erreichen.

Privateigentum tut not. „Vorigen Monat rang sich der Präsident der Sowjetunion zur Einsicht durch, was not tut: ‚die Privatisierung des Eigentums.‘ Er sprach vor Militärs in Odessa, die Prawda druckte das Lebewohl auf 73 Jahre Sozialismus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501449.html>

Die heilsame Entfremdung (24.09.1990)

Rolf Schneider über das schwierige Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen

Sozialismus deformiert. „40 Jahre lang war in der DDR Eigeninitiative sinnlos, wenn nicht selbstmörderisch. Man paßte sich an. Man kultivierte jene gesellschaftliche Lethargie, die das Überleben garantierte. Sie führte schließlich die DDR-Ökonomie ihrem verdienten Ruin entgegen, aber ein Ergebnis für die Betroffenen war auch, daß sie dem wirtschaftlichen Wettbewerb dienliche Fähigkeiten unwiederbringlich verkümmern ließ.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502795.html>

Das deutsche Wagnis (24.09.1990)

Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (I) / Von Klaus von Dohnanyi

„Gewaltsame“ Ideologie. „In 45 Jahren wurde von einer zunächst vielleicht naiven, dann aber rechthaberischen und schließlich gewaltsamen kommunistischen Ideologie ganz Europa jenseits der Eisernen Vorhanges ruiniert. Es entstand eine Gesellschaft so fern jeder menschlichen Ordnung, daß schon der geringste Verlust an gewaltsamer Kontrolle die künstlichen und unmenschlichen Konstruktionen, die das Gesellschaftsgebäude so mühsam zusammengehalten hatten, zum Einsturz bringen mußte. Dieser Zusammenbruch zerstört, beschädigt und verletzt. Betriebe, Familien, Arbeitslose. Aber nicht die gewonnene Freiheit ist die Ursache dieser Schmerzen, sondern die früher erlittene Unterdrückung; nicht von der demokratischen Selbstbestimmung stammt der Schaden, sondern von der jahrzehntelangen Bevormundung. Nicht der Markt bricht so schmerzhaft ein, sondern die Kommandowirtschaft bricht so schmerzhaft zusammen.“;

„Immer ähnlicher wurde die Ausgestaltung der Eigentumsrechte in der westlichen Welt; und immer gleichartiger wurde das Steuerrecht, um Wirtschaftsstandorte im Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Der große und immer größer werdende Markt zwang die Wettbewerber immer härter auf einen Kurs der Anpassung ihrer Gesellschaftssysteme. Mentalitäten und Verhaltensformen richteten sich danach aus. In der Freiheit der Märkte kann nur bestehen, wer seine eigenen Dinge selbst in die Hand nehmen kann. Die Märkte sind Kräfte der Anpassung, aber sie stärken auch die Kräfte des Widerstandes. Wer unter freien Bedingungen der Konkurrenz aufgewachsen ist, hat im verschärften Wettbewerb eine bessere Chance, sich durchzusetzen. Die DDR hatte 1945 nicht mit dem Markt, sondern mit der Planung begonnen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502487.html>

Das Ende einer Steueroase (08.10.1990) ■ ■

30 Prozent Nachlaß bei der Einkommen-, 10 Prozent bei der Umsatzsteuer – Berlin wird noch immer so behandelt, als sei die Stadt eine Insel inmitten eines feindlichen Landes. Heftig widersetzen sich die Lokalpolitiker der Abschaffung vieler Subventionen. Doch das Ende der Steueroase Berlin zeichnet sich bereits ab.

Unsinnige Subventionen, Politiker drücken sich aus Angst vor Stimmenverlusten um den nötigen Abbau. „Eilfertig schlug die SPD-Bundestagsfraktion daraufhin letzten Dienstag, nach einer Sitzung im Reichstag, die Rolle rückwärts: Die Berlin-Hilfe solle nicht gekürzt, sondern sogar noch aufgestockt werden. Für die ‚bislang fließenden Mittel‘ fordern die sozialdemokratischen Kritiker nur noch ‚Zweckänderungen‘. Ganz ähnlich das Spiel im Lager der Regierungskoalition. Da war der finanzpolitische Sprecher Michael Glos von einigen Zeitungen zitiert worden, der Abbau von Subventionen sei ‚der erste Prüfstein für unsere Glaubwürdigkeit‘ und ‚das Vordringlichste‘ dabei sei ‚die Berlin-Förderung‘. Prompt richtete sich geballter Zorn der Berliner CDU und der ansässigen Wirtschaft gegen den CSU-Abgeordneten. Glos ruderte zurück, beruhigte die Aufgebrachten: Er habe nur einzelne, kleinere Elemente des großen Subventionsprogramms im Auge, und selbst da nur den ‚stufenweisen Abbau‘.“; „Um einen ganz dicken Batzen, rund neun Milliarden Mark, geht es in Berlin. Nach Abbruch der Mauer und der Abschaffung der DDR entfällt die Begründung für einen ganzen Korb voller Subventionen, die bislang Stütze für eine eingekesselte Stadt waren. Doch die Berlin-Lobby möchte beim Kassieren so tun, als sei alles noch wie früher. Gegen Abstriche bei den Steuergeschenken marschieren Berliner Sozial- und Christdemokraten in einer Reihe gegen die Spar-Politiker aus Bonn. Dabei plädieren, ein seltener Fall, die Wirtschafts- und Finanzfachleute aller Parteien genauso wie viele Ökonomie-Wissenschaftler dafür, die Berlin Förderung zügig und radikal zu beschneiden. Bis zur Bundestagswahl am 2. Dezember darf freilich keiner allzu laut über die Berlin-Pläne reden. ‚Wer will schon freiwillig seine Wähler verprellen?‘ sagt ein Bonner Sozialdemokrat. Im früheren Westteil Berlins gibt es davon immerhin 1,5 Millionen.“; „Schon lange sind die volkswirtschaftlichen Wirkungen des staatlichen Geldsegens umstritten. Um die Berlin-Subventionen abzugreifen, machten die Zigarettenunternehmen ihre Betriebe in Norddeutschland dicht und eröffneten Fabriken in Berlin – kein

einzigster Arbeitsplatz wurde durch die für den Staat teure Verlagerung neu geschaffen. Es wurde und wird munter getrickst. Betriebe lassen ihre Maschinen exakt so lange in Berlin laufen, wie die Steuergelder fließen, und verfrachten sie danach Richtung Westdeutschland. Manche Waren werden auf dem Weg von Nord- nach Süddeutschland über Berlin geschafft und dort nur scheinbar bearbeitet. Es lohnt sich, die Steuervorteile sind höher als die zusätzlichen Transportkosten. Seit Berlin um den Ost-Teil größer geworden ist und wieder in offen zugänglichem Umland liegt, führen einige der Steuerhilfen zu geradezu grotesken Ergebnissen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501251.html>

50 Pfennig mehr fürs Benzin (08.10.1990) ■

Vorschläge der Bundesbank zur Finanzierung der Einheit

Subventionen und Steuern erscheinen als zu hoch. „Das gesamte Subventionsvolumen (Bund, Länder, Gemeinden) in der Bundesrepublik beträgt derzeit gut 130 Milliarden Mark (60 Prozent Finanzhilfen und 40 Prozent Steuervergünstigungen). Der einfachste Weg zum Subventionsabbau wäre eine lineare Kürzung aller Subventionen um 15 bis 20 Prozent, wie es in der Schweiz praktiziert worden ist . . .“; „Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote (Steueraufkommen der Gebietskörperschaften in Prozent des Sozialprodukts) konnte zwar in den achtziger Jahren um einen Prozentpunkt von 24,6 Prozent auf 23,6 Prozent gesenkt werden. Im internationalen Vergleich bleibt Deutschland dennoch ein Hochsteuerland . . .“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501259.html>

Steuergeschenk für Familien (15.10.1990)

Das Finanzamt hat Familien mit Kindern bislang zuviel abgenommen: Bundesfinanzminister Theo Waigel muß die bisherige Steuerpraxis ändern, weil sie verfassungswidrig ist. Das kostet den Bund viele Milliarden – Familien können wegen höherer Kinderfreibeträge nun mit Erstattungen und Steuererleichterungen rechnen.

Beamtenprivilegien erscheinen ungerechtfertigt. „Einig sind sich die beamteten Richter und ihre beamteten Exegeten in Bonn aber in einem anderen Punkt: Für Beamtenkinder genügt es nicht, das Existenzminimum unbesteuert zu lassen, da muß der Finanzminister noch einiges drauflegen. ‚Die Alimentation des Beamten und seiner Familie‘, heißt es in einem Beschluß des Karlsruher Zweiten Senats, sei ‚etwas qualitativ anderes‘ als staatliche Hilfen zur ‚Erhaltung eines Mindestmaßes sozialer Sicherung‘. Die von der Verfassung garantierten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums verlangen, daß Beamtenkinder ‚amtsangemessen‘, also nach dem Rang von Vater oder Mutter, großgezogen werden müßten. Das aber heißt: Das steuerfreie Existenzminimum von Beamtenkindern müsse deutlich über den Sozialhilfesätzen liegen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502028.html>

Konjunktur: Miese Eins (29.10.1990) ■

Entgegen den skeptischen Prognosen der Experten erwarten Regierungsfachleute eine weitere konjunkturelle Blüte, aber auch riesige öffentliche Defizite.

Staatsschulden kritisch. „Doch im Konjunkturspiel steckt eine falsche Karte. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Nachfrage stammt nicht aus erwirtschafteten Einnahmen; Milliardenbeträge werden aus öffentlichen Kassen ausgeschüttet, gepumpt und konsumiert. ‚Die staatlichen Defizite wirken wie ein grandioses Konjunkturprogramm‘, so Sparkassenpräsident Helmut Geiger. Die Rechnung wird später präsentiert. In diesem Jahr steigt die Staatsverschuldung auf 1,2 Billionen Mark. Im nächsten Jahr kommen noch einmal, so rechnet Waigel, rund 160 Milliarden hinzu. Für 1991 werden dann rund 100 Milliarden Mark Zinsen fällig, mit steigender Tendenz in den Folgejahren. Theo Waigel fällt es immer schwerer, einen auch nur optisch vertretbaren Haushalt vorzulegen.“; „Die wahltaktische Verdrängung schafft nur kurz Luft. Immer schwerer fällt es dem Finanzminister, seine Zusage fristgerecht einzulösen, noch vor der Wahl am 2. Dezember zumindest Eckdaten für den Etat 1991 vorzulegen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503055.html>

Wir kommen unter Druck (05.11.1990) ■

Noch immer ist Telefonieren mit Partnern in den neuen Bundesländern vielfach ein zeitraubendes Abenteuer. Obwohl Milliarden in neue Leitungen investiert werden, dürfte sich daran so bald nichts ändern. Die Postfirma Telekom, so meinen Kritiker, hat nicht schnell genug reagiert und längst nicht alle Möglichkeiten genutzt.

Post-Reform schafft Bürokratie; positive Eigeninitiative. „Besonders ärgerlich ist für die Telekom, daß sie jetzt mit ihrer neuen Aufgabe wegen einer Reform in Schwierigkeiten kommt, die sie eigentlich flexibler machen sollte. Nach endlosem Gezänk aller Beteiligten war die alte Staats-Post am 1. Juli 1989 in die drei Postbetriebe Telekom, Postdienst und Postbank zerlegt worden. Unter neuen, in der Privatwirtschaft erfahrenen Vorständen – aber mit so mancher schwergängigen Denkweise des soliden Postbeamten – sollen die sich unter Konkurrenzbedingungen am Markt behaupten. Tatsächlich aber richtete das Reformwerk im Innern des gelben Monopolisten erst mal ein ‚chaotisches Durcheinander‘ an, beobachtet der SPD-Postexperte Peter Paterna. Die Postbürokratie fand durch die Reform den optimalen Nährboden, auf dem die teure Verwaltung prächtig wucherte. Für seine drei Tochterbetriebe stellte der Postminister je einen Vorstandsvorsitzenden für rund 600 000 Mark pro Jahr ein, dazu 16 weitere Vorständler, zirka 400

000 Mark teuer pro Mann. Was vordem acht Abteilungsleiter im Ministerium machten, besorgen heute knapp 60 Geschäftsbereichsleiter in den Postfirmen (Gehaltsschätzung: 170 000 Mark). Aus nicht einmal 150 Referatsleitern des alten Ressorts sind mehr als 330 geworden, wenn man die Fachbereichsleiter der neuen Töchter dazu addiert. Früher wachten ein Minister und ein vom Parlament kontrollierter Verwaltungsrat über die Aktivitäten der Telefon- und Briefdienstler. Heute streiten drei Aufsichtsräte und ein Infrastrukturrat mit drei Generaldirektionen und einem Direktorium um Kompetenzen.“; „Was auch unter erschwerten Bedingungen zu schaffen ist, hat die Hamburger Oberpostdirektion demonstriert. Ihr Chef Alfred Meier scherte sich wenig um Dienstreiseformalitäten und Haftungsrisiken und wartete schon gar nicht auf Instruktionen aus Bonn. Er schickte Techniker und Material nach Mecklenburg, ließ alte Leitungen suchen, neue Strecken bauen. Ein Stasi-Wachturm in Schwerin wurde zum Beispiel mit einem Parabol-Spiegel bestückt, und eine Richtfunkstrecke mit 300 Leitungen war fertig. ‚Relativ problemlos‘, lobt selbst der sonst so kritische Postbenutzer-Verband, ließen sich Rostock oder Schwerin aus Hamburg und Schleswig-Holstein erreichen. Umgekehrt seien die Mecklenburger sogar ‚mit dem ganzen westlichen Ausland‘ verbunden. Und auch in anderen Regionen, hat Verbandschef Hübner festgestellt, sei in lokaler Eigeninitiative mehr geschafft worden als nach Bonner Vorgaben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500919.html>

Das Spiel ist verloren (12.11.1990)

Von Hawranek, Dietmar

Versuch, dem Wettbewerb auszuweichen, nicht sinnvoll. „Nur leider, die Entscheidung der Mitsubishi-Manager und die Bitte des BMW-Mannes belegen vieles, die gängigen Klischees aber ganz gewiß nicht. Eher schon ist beides eine kleine Episode in jenem großen Stück, das von der verfehlten Politik europäischer Manager und Politiker handelt. Der Ausgang ist ziemlich gewiß: Zehntausende von Arbeitsplätzen sind bedroht, und im globalen Machtkampf in einer der wichtigsten Industriebranchen geraten die Europäer weiter ins Hintertreffen. Seit Jahren wissen die Chefs von VW und Renault, von Fiat und Volvo, was auf sie zukommt. Wie in einem gewaltigen Kino konnten sie sich das alles auf dem amerikanischen Markt schon einmal ansehen. In den ersten Szenen sind Techniker und Designer in amerikanischen Autofabriken zu sehen, die vor allem mit der Weiterentwicklung von Heckflossen beschäftigt sind. Washingtoner Politiker schützen die Firmen mit Einfuhrhemmnissen vor lästiger Konkurrenz.“; „Franzosen, Italiener, Briten und Spanier weigern sich bis heute, ihre Mauern abzureißen, die sie zum Schutz vor japanischen Autoeinfuhren errichtet haben. Deutsche Autofürsten erzählen gern, wie tapfer sie für den Freihandel kämpfen, sich aber leider nicht gegen Franzosen, Italiener und Briten durchsetzen können. VW-Chef Carl Hahn und seine Kollegen verschweigen aber ebenso gern, daß sie bislang davon profitieren, ihre Wagen in vielen europäischen Ländern ohne japanische Konkurrenz verkaufen zu können. Kurzfristig ging das Kalkül auf. Aber dann kam, was kommen mußte: Weil die Japaner in vielen Ländern nur eine begrenzte Zahl von Autos verkaufen dürfen, schicken sie weniger Kleinwagen nach Europa, mit denen nur geringer Gewinn zu machen ist. Toyota und Co. drängen ins profitable Geschäft mit Mittelklasse- und Sportwagen.“; „Die Japaner sind aggressiv. Sie wollen Märkte mit Macht erobern. Zum Schurken in diesem Stück aber taugen sie nicht. Die Europäer sind betroffen. Renault-Chef Raymond Levy nennt das, was seiner Branche in Europa nun bevorsteht, ‚Krieg‘. Man kann es auch Wettbewerb nennen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501557.html>

Land aus dem Dreck ziehen (12.11.1990)

Goldgräber-Klima in Afrikas Armenhaus: Das einst marxistische Mosambik erlebt eine wirtschaftliche und politische Perestroika. Das Einparteien-System wurde abgeschafft, eine neue Verfassung verspricht Demokratie, 1991 sollen erste freie Wahlen stattfinden. Dennoch geht der blutige Bürgerkrieg gegen rechte Rebellen weiter.

Erste Erfolge von IWF-Programm und Marktwirtschaft. „Mocumbi hatte 1962 die Frelimo mitgegründet, damals eine breite Volksbewegung gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Erst Ende der siebziger Jahre erstarrte sie im ideologischen Griff der großen Brüder Sowjetunion und DDR zur ‚marxistisch-leninistischen Avantgarde-Partei‘.“; „Was mit der importierten Heilslehre aus dem Osten nicht gelang, soll nun eine rasche Liberalisierung der Wirtschaft erreichen: Seit 1987 versucht Mosambik mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, seine ruinierte Wirtschaft zu sanieren. Die Misere, die mit dem Abzug der Kolonialmacht 1975 begann – von 200 000 Portugiesen, meist Fachkräften, blieben nur wenige tausend –, hatte auch hausgemachte Ursachen: zentralistische Planwirtschaft, Kollektivierung der Kleinbauern, eine aufgeblähte Bürokratie. Der Krieg machte dann alles noch schlimmer. Das IWF-Programm – Abbau der Bürokratie, Reprivatisierung – zeitigt inzwischen erste Erfolge: Die wirtschaftliche Wachstumsrate stieg auf 4,5 Prozent. Zumindest in Städten wie Maputo und Beira schlägt die vom IWF verpaßte Erholungskur an. Seit Jahren geschlossene Läden haben wieder geöffnet, in den Straßencafés ist vom Kaffee aus Angola bis zum Bier aus Südafrika alles zu haben, Restaurants und Bars legen üppige Speisekarten aus. ‚Wer Geld hat‘, lacht der Händler Rosario Luiz, ‚dem geht es heute gut.‘ Luiz verkauft auf dem Markt ‚Roter Stern‘, benannt nach der benachbarten Mittelschule, Ölsardinen und Whisky. Auf Straßen und Plätzen der Hauptstadt bieten fliegende Händler ihre Waren feil. ‚Früher‘, erzählt Rosario Luiz, ‚wurden wir von den Behörden verjagt und bestraft, heute dulden sie uns.‘ Die Kundschaft für das reichhaltige Angebot ist allerdings spärlich, denn die Waren sind für die meisten Mosambikaner unerschwinglich: Für ein Paar Herrenschuhe muß der Monatslohn eines Facharbeiters hingelegt werden. ‚Ein Huhn kostet 500 Meticais‘, erzählt der Hafendarbeiter Gabriel Joaquim Rocha, der in der ehemaligen DDR

ausgebildet wurde, ‚ich verdiene 30 000, da kann man sich ausrechnen, wie oft es bei uns Fleisch gibt – nämlich nie.‘“; „Der Mosambikaner Xavier da Barca, 52, aus Beira etwa handelt mit Salz und Fischen, besitzt einen Supermarkt und einen Schuhladen. Schon vor der Wende hat er ‚mit Ausdauer und Geduld‘ die kapitalistischen Schlupflöcher in der damaligen sozialistischen Kommandostruktur zu nutzen gewußt.“; „Von der DDR hat er die vier Kutter Seewolf, Zwergwal, Sägehai und Sattelrobbe gekauft, die im Hafen von Beira zur Überholung liegen. ‚Mit privater Initiative‘, sagt da Barca, ‚werden wir unser Land aus dem Dreck ziehen.‘ Der Wirtschafts-Perestroika folgte die politische Demokratisierung. Vergangenes Jahr bereits wandte sich die Staatspartei Frelimo formell vom Marxismus-Leninismus ab und ließ ihren Alleinvertretungsanspruch fallen. Die bereits arg verblichenen klassenkämpferischen Parolen an Hauswänden und Mauern wurden übertüncht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501693.html>

Es muß bezahlt werden (19.11.1990)

Vignetten für alle Autobahnbenutzer, Abgaben für die Umwelt, am Ende eine Anhebung der Mehrwertsteuer: Während die Regierenden das Wort „Steuererhöhung“ auf den Index setzten, wird intern über alle Möglichkeiten höherer Staatseinnahmen nachgedacht. Anders sind die Fehlbeträge im Haushalt nicht auszugleichen.

Höhere Steuern, weil Interessengruppen Einsparungen verhindern. „Die Zweifel Pöhls und der Weisen an der Sparkraft der Bundesregierung sind nur allzu berechtigt. 11 von 35 Milliarden Mark Einsparvolumen will Waigel durch einen bequemen Trick schaffen.“; „Am Ende führt die hartnäckige Weigerung, durch zusätzliche Steuereinnahmen das Schuldenmachen zu begrenzen, sowohl zu hohen Haushaltsausgaben für Zinsen wie auch zu neuen Wohnungsbausubventionen. Die Weichen vom ‚schwierigen Weg‘ (Kohl) der Sparsamkeit zum bequemeren Pfad des staatlichen Abkassierens sind denn auch schon gestellt. Es wird in der nächsten Legislaturperiode erst zu Sparversuchen kommen. Die werden, nach Anfangserfolgen, im Sperrfeuer der Interessenten steckenbleiben. Dann bedient sich die Regierung bei den Gebühren, und schließlich werden auch noch höhere Steuern fällig. Im CDU-Präsidium ordnete der Kanzler an, die Dissidenten Kurt Biedenkopf und Lothar Späth hätten das anstößige Wort Steuererhöhungen aus ihrem Wortschatz zu streichen. Späth fragte, ob dies generell gelte. Kohl: ‚Nein, nur im Zusammenhang mit der Einheit.‘ Der Schwabe war’s zufrieden. Damit ist der pompöse Sparschwur entwertet, der Weg zu Steuererhöhungen als letzte Rettung freigehalten. Doch zuvor wird die Gebührenquelle angezapft – auch dies bereits aus höchstem Munde bestätigt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501981.html>

Wir haben alles verloren (26.11.1990)

SPIEGEL-Serie über die Umweltzerstörung im Sozialismus (I): Die Katastrophe in der Sowjetunion

Zerstörerisches Wirtschaftssystem. „Von der Elbe bis zum Stillen Ozean, vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer erstrecken sich ökologische Katastrophenzonen von der Größe Westeuropas. Städte ersticken im konzentrierten Dunst giftiger Gase, Millionen Menschen sind durch Umweltgifte verseucht – Resultat einer überstürzten, menschenfeindlichen Industrialisierung. Das Unheil begann mit der Ratlosigkeit der Bolschewiki nach ihrem Sieg über die anderen Parteien und Bewegungen des Aufstandes gegen die Zarenherrschaft. Angetreten mit den Lehrsätzen der marxistischen Analyse des Industrie-Kapitalismus und deren vage formulierten Visionen einer staatlich geplanten Großindustrie, mußten sie plötzlich ein rückständiges Agrarland mit einer weithin analphabetischen Bauernbevölkerung regieren. Zugleich sahen sie sich umzingelt von konkurrierenden Großmächten, die mit militärischen Aktionen und Wirtschaftsblockaden auf den Sturz des revolutionären Regimes hinarbeiteten. Bar jeder sozialen Basis begann Lenins Parteiapparat deshalb noch während des Bürgerkrieges im Jahre 1919 mit einer brachial erzwungenen Industrialisierung, die von Anfang an die Rüstungsproduktion in den Vordergrund stellte und dafür um jeden Preis Rohstoffe und Energie heranschaffen mußte. ‚Erst dann‘, so verkündete Lenin, ‚wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, erst dann werden wir endgültig gesiegt haben.‘ Zwangsarbeit, Zwangsrekrutierung und die erbarmungslose Auspressung der Bauernschaft sollten in wenigen Jahren erschaffen, was im übrigen Europa Generationen gefordert hatte. Unter der von Leo Trotzki schon 1920 ausgegebenen Formel ‚Die Arbeit wird militarisiert, und die Armee wird industrialisiert‘ preßten die Bolschewiki ihre Völker in regelrechte Arbeitsheere, die mit drakonischen Strafen und ideologischen Aufmunterungen zur Leistung angehalten wurden. Die Industrialisierung durch permanente Kriegswirtschaft vollendete Stalin, unter dessen Führung ganze Heerscharen in die Steppen des Südens, die Berge des Ural und die unendlichen sibirischen Wälder zogen und unter armseligen Bedingungen Stahlwerke und Maschinenfabriken, Raffinerien, Staudämme und die zugehörigen Städte aus dem Boden stampften. Um die Gefügigkeit der Massen zu steigern, propagierten die allmächtigen Wirtschaftslenker einen zur Religion stilisierten Industriekult, wie ihn etwa der zeitgenössische Schriftsteller Wladimir Sasubrin beschrieb:“; „Der von westlichen Stalin-Gläubigen zum ‚russischen Wunder‘ verkürzte millionenfache Opfergang verwandelte das Reich tatsächlich in nur zwei Jahrzehnten in einen Industriestaat. Allein von 1928 bis 1940 stieg die Stromerzeugung von 5 auf knapp 50 Milliarden Kilowattstunden jährlich, die Stahlproduktion vervielfachte sich im gleichen Zeitraum von 4 auf 18 Millionen Tonnen. Doch mit den Industrieschlachten wuchsen auch die neuen Ministerien und Staatskomitees zu riesigen Organisationen heran, die über alle nur erdenklichen Machtmittel verfügten, um die vorgegebenen Pläne zu

erfüllen. Und mit ihnen verkehrte sich schon bald der Versuch, die Geschichte zu beschleunigen, in sein Gegenteil. Ganze Industriebranchen und auch die Landwirtschaft erstarrten zu Feudalreichen, deren Herrscher ihr Lehen von Gnaden der kommunistischen Parteiführung wie Kolonien verwalten und ausplündern. Bis heute bilden viele Branchen-Ministerien Staaten im Staat, die allen Reformversuchen und Ministerwechseln trotzen und sich politischer Kontrolle entziehen. Ihren Einfluß demonstriert etwa das Erdgas-Ministerium ‚Mingasprom‘, zu dessen Imperium keineswegs nur Bohrtürme, Pipelines und Chemiefabriken gehören, sondern ebenso Hunderte landwirtschaftlicher Betriebe, Eisenbahnlinien, Bauunternehmen, Einzelhandelsnetze und Krankenhäuser. Sogar ganze Städte und Stadtteile werden aus der Moskauer Zentrale vom ‚Mingasprom‘ verwaltet. Die Führungsschicht dieses Konglomerats ‚nationaler Mischkonzerne‘, meint deshalb der Gießener Wirtschaftsgeograph und Sowjetunion-Kenner Helmut Klüter, verfüge über die eigentliche wirtschaftliche Entscheidungsgewalt im Sowjetreich, die vorgebliche zentrale Planung sei schon seit langem nichts anderes mehr als das Unterfangen, die Partikularinteressen der jeweiligen Branchenhierarchen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Und eben die Größe und Machtfülle der Ministeriums-Konzerne wurde dem Land zum Verhängnis. Denn hartnäckig zementierte sich so die schwerindustrielle Wirtschaftsstruktur der dreißiger Jahre. Erhalten und auf katastrophale Dimensionen gesteigert wurden damit auch Schwermetall-Emissionen oder die Freisetzung giftiger Gase in unmittelbarer Nachbarschaft von Siedlungen – Umweltschäden, die seit Jahrzehnten bekannt und im Westen schon in den sechziger Jahren bekämpft wurden, konnte die eigenmächtige Behörde im fernen Moskau schlicht ignorieren.“; „Daneben treibt die Ministeriums-Konzerne eine geradezu selbstmörderische Wachstumsdynamik. Abgekoppelt von den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung und unfähig, den Wert der Produkte in Geldeinheiten auch nur annähernd zu berechnen, verfügen sie nur über eine wichtige Einnahmequelle: die Zuweisung von Investitionsmitteln aus dem zentralen Staatshaushalt. So mußte zum Beispiel das Energie-Ministerium bislang seinen Strom den Abnehmern fast umsonst zur Verfügung stellen. Da blieb für den Minister und seine Klientel nur ein Weg, mehr Macht und materielle Vorteile zu gewinnen: Sie mußten stets versuchen, Aufträge und Mittel für möglichst viele Kraftwerke zu bekommen und diese so schnell wie möglich zu verbrauchen, um weiter expandieren zu können.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502707.html>

Bürokraten auf dem wilden Pferd (26.11.1990) ■

SPIEGEL-Redakteur Joachim Preuß über die chaotische Lebensmittelversorgung in Leningrad

Planwirtschaft. „Im September produzierte das Kommandosystem unverhofft eine jener Überflußblasen, die den Zusammenbruch der Planwirtschaft neben allen Knappheiten begleiten: In der ‚Newskaja Basa‘ trafen über 1000 Tonnen Weintrauben aus Moldawien und Usbekistan ein. Bis heute weiß niemand, wieso die süßen Früchte in der doppelten der sonst üblichen Menge in die tristen Lagerschuppen gelangten. Olga Nikolajewna erinnert sich jedenfalls an jede Tonne. Die Weintrauben brachten nur Ärger. Von vornherein war klar, daß die reifen Trauben sich allenfalls einen Monat lagern lassen würden. Also mußten täglich 35 Tonnen in die staatlichen Läden geschafft werden. Obwohl Olga Nikolajewna, was offenkundig höchst ungewöhnlich ist, mit vielen Läden telefonierte und dringend bat, ihr die Trauben abzunehmen, blieb sie auf Dutzenden Tonnen sitzen. Das närrische Planungssystem leistete ganze Arbeit.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502697.html>

Droht die englische Krankheit? (03.12.1990)

Der Eisenbahnerstreik im Osten Deutschlands dauerte nur wenige Tage, doch er war nur ein Anfang: Die Arbeitnehmer in der Ex-DDR fordern, quer durch alle Branchen, Kündigungsschutz und mehr Lohn. Die Gewerkschaften müssen sich profilieren, die Streikgefahr wächst – schlechte Aussichten für die Ost-Wirtschaft.

Wirtschaftlich unvernünftige Streiks. „Ist Deutschland von der englischen Krankheit befallen?“ fragte vergangene Woche, nicht ohne Schadenfreude, die Londoner Times. Symptome dieser Krankheit sind tatsächlich zu finden, zumindest im neuen Osten der Republik. Die Löhne erscheinen den Menschen zu gering, gemessen am Wohlstand ihrer Kollegen im Westen. Sie wollen mehr verdienen und gleichzeitig ihre ohnehin unrentablen Arbeitsplätze sichern – eine Rechnung, die nicht aufgehen kann.“; „Das Verhandlungsergebnis der Eisenbahner weckt Begehrlichkeit. Wenn selbst das marode Unternehmen Deutsche Reichsbahn ohne Massenentlassungen ins neue Deutschland reisen kann, warum sollen dann die Arbeitnehmer in anderen abgewirtschafteten Betrieben auf der Strecke bleiben?“; „Der kurze Ausstand zeigte, daß die lahrende Wirtschaft in den östlichen Ländern mit geringem Aufwand vollends ins Chaos gestürzt werden kann.“; „Existenzangst der Beschäftigten auf der einen, Profilierungssucht der Gewerkschaften auf der anderen Seite – die Streikbereitschaft im Osten wächst: Arbeitgeber und Regierung geraten in eine Zwickmühle. Geben sie dem Druck der Beschäftigten nach, dann treiben sie weitere Unternehmen in den Konkurs. Die Arbeitslosen aus der ehemaligen DDR drängen weiter in den Westen und suchen sich dort Jobs, zur Not auch unter Tarif.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501531.html>

Welthandel: Weitgehend verschlossen (03.12.1990) ■

Die Amerikaner drängen auf einen Abbau der europäischen Agrar-Subventionen, sie drohen mit Vergeltung.

Schädliche Agrarsubventionen, nützlicher Freihandel. „Die Prinzipien der Marktwirtschaft sind, seit neuestem, rund um den Globus anerkannt. Von Madrid bis Moskau, von Potsdam bis Peking soll Wettbewerb die Effizienz der Wirtschaft steigern. Allein ein Bollwerk hält noch wacker stand: In der europäischen Landwirtschaft entscheiden die Regierungen,

was die Bauern produzieren und an wen und zu welchen Preisen sie ihre Erzeugnisse verkaufen dürfen. Doch nun gerät auch der weltweit letzte große Hort der Kommandowirtschaft in Gefahr.“; „Bislang scheiterten alle Bemühungen jedoch an der Sturheit der deutschen und französischen Agrarlobbyisten.“; „Auch daheim ist Kiechle unter massiven Beschuß geraten. Seine Firmen wollten nicht ‚zum Opfer einer verfehlten Agrarpolitik‘ werden, warnt Tyll Necker, der oberste Sprecher der deutschen Industrie. Für den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl, wäre es ‚ein Witz, wenn der freie Welthandel geopfert würde für unseren Agrarprotektionismus‘. Gerade für die Deutschen steht viel auf dem Spiel. Sie wären ‚die Hauptprofiteure erfolgreicher Gatt-Verhandlungen‘, meint Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht; sie wären freilich auch ‚besonders nachteilig betroffen‘, wenn die Verhandlungen scheitern.“; „Seit vier Jahren wird geschachert und gefeilscht – jetzt ist manches ausgehandelt, was für alle Beteiligten positiv wäre. Doch von Anfang an war klar: Alle verabredeten Handelserleichterungen werden nur gültig, wenn auch der größte Störenfried auf dem Weltmarkt, die europäische Agrargemeinschaft, ein faires Verhalten zusichert.“; „Seit langem plädieren Holländer und Briten, Dänen und Spanier dafür, den ‚teuren Scheiß‘, so ein britischer Unterhändler, zu beenden: Die Milliarden für Produkte, die keiner haben wolle, könne man sinnvoller ausgeben. Doch die mächtige Agrarachse Bonn-Paris verhinderte bislang jede Reform. Die Franzosen bestehen auf hohen EG-Exportsubventionen. Sie wollen weiter Weizen und Rindfleisch auf die Weltmärkte kippen; diese Güter sind dort nur konkurrenzfähig, wenn der europäische Steuerzahler kräftig zuschießt. Die Deutschen dagegen sind an hohen Preisen und Agrarhilfen zu Hause interessiert: Damit stützen sie die Einkommen ihrer längst nicht mehr wettbewerbsfähigen Höfe. Die deutsch-französische Bauern-Allianz trifft Amerikaner und weitere Agrarexporture wie Australien, Kanada und Neuseeland; sie dürfen ihre preiswerten Produkte nicht liefern, wie sie könnten. Der Dritten Welt nehmen die EG-Dumpingprodukte Absatzchancen.“; „Als weiteren Subventionsabbau boten die Europäer im wesentlichen dieselben Schnitte an, die sie schon beim letzten EG-Finanzierungsgipfel für Notfälle vereinbart hatten. Außerdem sollen die Regierungen ihre Bauern zusätzlich stützen dürfen. Das bedeutet: mehr statt weniger Subventionen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501577.html>

Europapolitik: Ohne Maske vorwärts (10.12.1990)

Auf dem EG-Gipfel in Rom soll die politische Einigung Europas vorangetrieben werden. Helmut Kohl ist im Wort.

Von der Politik unabhängige Notenbank erfolgreich. „Wie erfolgreich eine unabhängige Zentralbank sein kann, die ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Finanzministers mit Hilfe von Zinssätzen und Geldversorgung den Wert des Geldes reguliert, zeigt das Beispiel der Bundesbank. In Deutschland sind die Preise von 1950 bis jetzt im Schnitt um 3,0 Prozent pro Jahr gestiegen, in Frankreich dagegen um 6,6 Prozent, der Durchschnitt der EG-Länder lag gar bei 6,9 Prozent. Die Deutsche Mark ist die stabilste Währung der Gemeinschaft. Dafür freilich verbot das Bundesbankgesetz den Politikern, mit Hilfe der Geldpresse öffentliche Kassen zu füllen oder die Zinsen zu manipulieren. Diese Maxime, so der Vorschlag der Notenbankgouverneure an die Chefrunde in Rom, soll nun für alle europäischen Länder gelten. Soweit ist es noch lange nicht. Zu sehr haben sich etwa die Franzosen daran gewöhnt, die Geldpolitik als Instrument zur Lenkung der Ökonomie zu betrachten. Zu leichtfertig haben die Griechen, deren Inflationsrate auf über 20 Prozent geklettert ist, mit Geld um sich geworfen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501898.html>

Welthandel: Tödlicher Kreislauf (10.12.1990)

Die Gatt-Konferenz über ein neues Handelsabkommen ist vorerst gescheitert, die Folgen treffen vor allem die Europäer.

Agrarsubventionen. „Nur Bonns noch amtierender Wirtschaftsminister Helmut Haussmann wollte das nicht wahrhaben. ‚Das wäre ja Unsinn‘, sagte er noch am Donnerstag vergangener Woche, ‚daß das größte Exportland Deutschland und die größte Exportmacht die Europäische Gemeinschaft die Verhandlungen scheitern lassen.‘ Da hat er recht. Niemand sonst ist so auf möglichst freie Weltmärkte angewiesen wie die Bundesrepublik. Doch die richtigen Konsequenzen wollte oder konnte Haussmann aus seiner Erkenntnis nicht ziehen: Stur beharrte Europa, geführt von Paris und Bonn, auf seiner unsinnigen Agrarpolitik, auf Einfuhrschutz wie auf Ausfuhrsubventionen.“; „Mit ihrer Härte blockieren die EG-Unterhändler einen Aufschwung im Welthandel, ohne den Bauern der Gemeinschaft wirklich dauerhaft zu helfen. Von kurzsichtigen Lobbyisten fehlgeleitet, sind die EG-Landwirte längst in einen tödlichen Kreislauf geraten, vor dem der Altmeister der Agrarwissenschaft, Hermann Priebe, schon lange gewarnt hatte: Überproduktion drückt die Preise, der Staat springt ein, die Produktion wächst weiter.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501989.html>

Friedlich übers Weihnachtsfest (17.12.1990)

Er kenne „keine Tabus“, verkündete Finanzminister Theo Waigel, doch als Sparkommissar eckt er überall an. Seine Vorschläge spalten die Koalition und rufen den Widerstand der Lobbyisten hervor. Weil keine politischen Prioritäten zu erkennen sind, gibt es ein Gezerre um die geplante Autobahngebühr und das Niedrigsteuerland Ex-DDR.

Politiker tun sich, mit Rücksicht auf Interessengruppen, schwer mit dem Sparen. „Zur Halbzeit der Koalitionsgespräche zwischen CDU, CSU und FDP bietet sich ein tristes Bild: Großzügig wurden jene Positionen abgehakt, die Geld kosten, wenn auch unter Finanzierungsvorbehalt. Unentschieden blieb, wo Milliarden eingespart werden sollen.“; „Verbissen will Norbert Blüm dann für seine Pflegeversicherung streiten. Jeder Deutsche soll mit einem Zwangsbeitrag, der je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt wird, solidarisch in einen Topf zahlen, aus dem die teure Altenpflege finanziert wird. Das kostet zwar Waigel kein Geld. Vorige Woche aber erinnerte Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann an fatale Konsequenzen. Pflegeversicherungsbeitrag und die in den Koalitionsgesprächen bereits verabredete Anhebung des Krankenversicherungsbeitrags belasten Arbeitnehmer und Arbeitgeber - die Wirtschaft insgesamt mit gut 20 Milliarden Mark. Dadurch würde der Vorteil von Steuersenkungen und Investitionsanreizen weitgehend zunichte gemacht.“; „Doch selbst die 35 Milliarden, das zeigte Waigels noch geheime Streichplanung, werden wohl kaum zusammenkommen. Und Ärger bekommt der Finanzminister mit seinen Sparplänen allemal. Jeder Punkt auf Waigels Liste ist umstritten. Manche seiner Vorschläge spalten das Koalitionslager, alle provozieren den Widerstand mächtiger Gruppen. Das gilt für neue Gebühren wie für das Kappen liebgewordener Wohltaten.“; „Waigel währte die vier Milliarden schon in seiner Kasse, da erhob sich der Sturm.“; „Die SPD macht mobil, sie will höhere Mineralölsteuern; die Auto-Lobby steht auf den Barrikaden. Protestgeschrei erhob auch die Eisenbahnergewerkschaft, obwohl der Obolus der Autofahrer laut Helmut Kohl ‚hauptsächlich der Bahn‘ gutgeschrieben werden soll.“; „Bis die allgemeine Autobahngebühr im Gesetzblatt steht, wird voraussichtlich noch einige Zeit verstreichen. Im Vorgriff will der Finanzminister seine Kampfkraft an einer kleinen, aber rüden Lobby üben, den Spediteuren. Waigels Parteifreund Friedrich Zimmermann hatte den Brummi-Fahrern die Lkw-Steuer drastisch gesenkt. Als Ausgleich dafür wollte er ihnen und den ausländischen Fuhrunternehmern eine Autobahngebühr aufbrummen. Letzteres hat der Europäische Gerichtshof verhindert, deshalb will Waigel sich jetzt rasch das voreilige 1000-Millionen-Geschenk zurückholen. Die Spediteure aber haben die Gabe längst als gerechtfertigten Beitrag zur Verbesserung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit konsumiert. Ohne Geschrei werden sie davon nicht lassen.“; „Doch der Finanzminister will mehr. Sollte die Massenarbeitslosigkeit in der Ex-DDR alle Erwartungen überschreiten, kündigte er an, dann müsse er die Arbeitslosenversicherung um einen weiteren Prozentpunkt anheben. Sofort schimpfte Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann los, die Gewerkschaften werden folgen. Blüm allerdings will von diesem Plan noch nichts gehört haben, er muß im Koalitionsgespräch wohl mal kurz eingnickt sein. Hellwach dagegen war ‚Kumpel Nobby‘, als Sparkommissar Waigel sich unter dem Oberbegriff ‚Privilegien kappen‘ der gutdotierten Alterssicherung der Bergleute, der Knappschaft, zuwendete. Die müsse in die allgemeine Rentenversicherung überführt werden. Weil die hohen Knappschaftsrenten der jetzigen Altenteiler – Vertrauensschutz – nicht gekürzt werden könnten, werde er die Sonderleistungen weiterhin mit 3,9 Milliarden Mark aus der Bundeskasse bedienen, versprach Waigel großzügig. Der Rest sei Sache der Rentenversicherung. ‚Mit mir nicht‘, blaffte der Arbeitsminister. Er hatte Waigels Trick durchschaut.“; „Beitragssenkung und Knappschaft, so Blüm, das halte die Rentenversicherung nicht aus, dann schrecke die Regierung auch noch die Altenteiler auf, das komme nicht in Frage. Ab mit dem Thema in die Arbeitsgruppe. So erging es allen Waigelschen Spar- und Geldbeschaffungsvorschlägen.“; „Ein dicker Brocken steht noch auf Waigels Streichliste: Bis 1994 will der Minister zwischen 10 und 15 Milliarden Mark bei Finanzhilfen und Steuervergünstigungen einbringen. Den größten Teil davon soll die Wirtschaft über mehr Steuern bezahlen. Die Abschreibungssätze für Fabrikhallen und Bürotürme werden drastisch gesenkt. Waigel brüstet sich, ‚keine Tabus‘ zu kennen. Unionsfreunde wie Liberale machen sich derweil jedoch schon Hoffnungen, daß es so dicke nicht kommt. Die jetzige Inflationsrate von rund drei Prozent, spekulieren sie heimlich, sei gerade richtig. Zusammen mit Lohnzuschlägen von sechs Prozent, ordentliches Wirtschaftswachstum unterstellt, werde das so viel Steuern in die Kassen schwemmen, daß man ‚vielleicht nicht alle Grausamkeiten abarbeiten‘ müsse.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502516.html>

IV. „Spiegel“-Artikel von 1994 mit neoliberaler Botschaft

Abgeordnete: Dabeisein ist alles (03.01.1994) ■

Der Parlamentstourismus blüht wie nie: Wenn sie ihr Fernweh stillen wollen, sind die Bundestagsabgeordneten um Begründungen nicht verlegen.

Eigennützige Politiker. „Die Prominentenauswahl vertrat im Fernen Osten die deutschen Farben. Es waren Abgeordnete des Deutschen Bundestages; ihre Trips kosteten die Steuerzahler knapp 160 000 Mark. Die Parlamentarier, darunter vier aus den neuen Bundesländern, sind Mitglieder des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung. Und sie sind Teil einer exklusiven Bruder- und Schwesternschaft von Jetsettern. Erste Klubregel: Diskretion. Im Jahre 1992 haben Parlamentarier für Einzel- oder Gruppenreisen ins Ausland fast fünf Millionen Mark ausgegeben, über 800 000 Mark mehr als ein Jahr zuvor.“; „Andere reden von ‚Politikverdrossenheit‘ oder von ‚Sozialabbau‘, dem Wort des Jahres – in Bonn regiert der Flugplan. Fernweh siegt. Ihm erlag Haushaltspolitiker Werner Zywiets (FDP) im Jahre 1992 gleich mehrfach. Damals kehrte er so rechtzeitig aus der Karibik zurück, daß er kurz darauf die Maschine nach Ägypten erreichte.“; „Ein Ende dieser Art Selbstbedienung aus öffentlichen Kassen ist nicht in Sicht. Zu groß ist die Gemeinschaft der Nutznießer, zu abgehärtet das Gewissen aller Beteiligten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686925.html>

Strukturwandel: Schneller auf den Markt (03.01.1994) ■

Der Stuttgarter Wirtschaftsminister Dieter Spöri über Industriepolitik

Kritische Fragen zu staatlicher Wirtschaftsförderung (Subventionen). „SPIEGEL: Wie sollen ausgerechnet Politiker das zustande bringen, was den Unternehmen nicht gelingt?“; „SPIEGEL: Woher kennen Sie eigentlich die Richtung des Strukturwandels?“; „SPIEGEL: Politiker und Beamte entscheiden, welche Unternehmen und welche Produkte die besten Marktchancen haben. Woher kommt die Zuversicht, daß Sie richtig tippen?“; „SPIEGEL: In jeder Rezession hat die Wirtschaft Geld vom Staat gefordert. Immer wieder ist die Politik darauf eingegangen. Ist Ihr Konzept nicht einfach eine Neuauflage des alten Subventionsgerangels?“; „SPIEGEL: Vom Staat erwarten alle letztlich Subventionen. Wenn die Unternehmer nur reden wollten, könnten die auch zu ihrem Therapeuten gehen.“; „SPIEGEL: Kennen Sie eigentlich Beispiele, wo Politiker mal erfolgreich Zukunftstechnologien gefördert haben? Uns fallen nur Flops ein: Der Schnelle Brüter, Transrapid . . .“; „SPIEGEL: Sie wollen ausgerechnet die Unternehmen subventionieren, denen es sowieso schon gutgeht.“; „SPIEGEL: Sie wollen, daß Bonn eine Förderstrategie nach ihrem Muster verfolgt. Aber sobald die Mitbewerber Frankreich und USA nachziehen, haben Sie eine Situation wie im Fußballstadion: Der erste, der aufsteht, sieht besser. Dann erheben sich alle, alle sehen genauso schlecht wie vorher – nur haben sie es wesentlich unbequemer.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682831.html>

Welthandel: Teuflich, pervers, illegal (10.01.1994) ■■

Tausende süd- und mittelamerikanische Plantagenarbeiter verlieren ihre Existenz. Sechs Monate, nachdem die europäische Gemeinschaft beschloß, weniger Bananen aus dieser Region einzuführen, werden die Folgen sichtbar: Entlassungen, Armut, Verzweiflung. Nur die internationalen Fruchtkonzerne profitieren.

Bürokratisch erlassene Handelsbeschränkungen schädlich, ausgeprägte soziale Stoßrichtung. „Die Europäer sind schuld, in der Tat, oder genauer: die Brüsseler Bürokraten. Die haben, um die Bananenproduzenten in der EG sowie in den früheren französischen und britischen Kolonien zu schützen, Quoten für den Import festgelegt. Und dabei ist Proban nahezu leer ausgegangen. Statt 2,4 Millionen Tonnen dürfen die Lateinamerikaner nur noch 2 Millionen Tonnen nach Europa exportieren. Außerdem kassieren die Deutschen für die bislang zollfreien ‚Dollar-Bananen‘ eine Einfuhrsteuer. Nach sechs Monaten zeigen sich die drastischen Folgen des Brüsseler Diktats: Zehntausende südamerikanischer Plantagenarbeiter kämpfen um ihre Existenz. Die Deutschen, die bis zu 50 Prozent mehr für die Tropenfrucht zahlen müssen, essen fast ein Drittel weniger Bananen. Einzige Profiteure sind bislang eine Handvoll internationaler Fruchtkonzerne, die dank der Quotenregelung der EG den Markt noch besser unter sich aufteilen können.“; „Teuflich, pervers und illegal‘ nennt der kolumbianische Handelsminister Juan Manuel Santos die Brüsseler Entscheidung. Sein Zorn ist berechtigt: Selten haben europäische Politiker und Bürokraten eindeutiger demonstriert, wie wenig sie vom freien Welthandel und von der immer wieder propagierten Hilfe für die Dritte Welt halten. Es geht um insgesamt 170 000 Arbeitsplätze, die kaum zu ersetzen sind. Viele davon sind in Costa Rica oder Ecuador gefährdet, wo die EG-Entscheidung ebenfalls verheerende Folgen hat (siehe Kasten).“; „Im kargen Versammlungszimmer der Plantagenarbeitergewerkschaft Sintrainagro in Apartado rechnet Dobal vor, daß wegen der Brüsseler Beschlüsse in Kolumbien, dem drittgrößten Bananenexporteur der Welt, 10 000 Hektar Anbaufläche und etwa 30 000 Arbeitsplätze wegfallen. Außer Drogenhandel und Guerilla bleibt den Arbeitern in dieser Enklave an der Grenze zu Panama nichts.“; „Die Arbeiter auf den Plantagen wollen lieber Arbeit statt Revolution. Wenn die Gewalt das Land beherrscht, wird die Banane nicht mehr geerntet.“; „„Auf dem Bananenmarkt herrscht Krieg‘, sagt Gewerkschaftsführer Dobal. Nur wer sehr billig anbieten könne, werde die Schlacht überleben. Die europäische Quotenregelung, so behaupten die Brüsseler Bürokraten, treffe letztlich nur die amerikanischen Konzerne. Tatsächlich aber leiden vor allem Leute wie der

Plantagenarbeiter Salsedo oder Kleinstproduzenten wie David de Jesus darunter. Es bereichern sich all jene, denen eine Importquote für Europa zugesprochen wurde. Und wer genug Geld hat, kann sogar Quoten von anderen Exporteuren dazukaufen. Bis zu fünf Dollar werden zur Zeit für die Berechtigung gezahlt, einen Karton Bananen aus Südamerika nach Europa einzuführen. Das ist etwa der Preis, den ein kolumbianischer Lieferant erzielt, wenn er seine Kiste Chiquita oder Del Monte an Bord eines Bananenschiffes gehievt hat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687345.html>

Verschwendung: MILLIARDENGRAB IM OSTEN (17.01.1994)

Das Bonner Beratungsprogramm für die osteuropäischen Staaten entpuppt sich als gigantische Geldverschwendung. Schlamperei, Inkompetenz und Ressort-Egoismus der Ministerien sind schuld, daß dubiose Geschäftemacher jahrelang Steuermillionen für fragwürdige Hilfsprojekte kassieren konnten.

„Goldgräberstimmung hat sich unter den Mitarbeitern und Nutznießern der deutschen Osteuropa-Hilfe breitgemacht. Dubiose Beratungsunternehmen, selbstgefällige Aufbau-Experten bedienen sich oft unkontrolliert aus Bonner Subventionskassen für Projekte in den Ländern der GUS und des ehemaligen Warschauer Pakts, mit fragwürdigem Nutzen. Ressortegoismus der Bonner Ministerien und die Profilierungssucht einzelner Minister sind schuld, daß das ehrgeizige Projekt der Deutschen, die darniederliegende Wirtschaft Osteuropas mit Beratungs- und Managementhilfe aufzupäppeln, zur teuren Pleite werden könnte. Allein seit 1992 sind 1,5 Milliarden Mark Beratungsgelder großenteils sinnlos verplempert worden.“; „Tausend Funktionäre, die Marx und Lenin, aber keine Kostenrechnung kannten, sollten fortan jährlich in der Bundesrepublik in die Geheimnisse der Marktwirtschaft eingeweiht werden. Deutsches Managementwissen in rote Betonköpfe – das war die Formel für den Zugang der Kommunisten zu westlichen Märkten und Investoren.“; „Doch statt koordinierter Hilfsaktionen setzte Durcheinander ein: Jedes Ressort werkelte nach eigenem Gutdünken drauflos. Hauptsache, der Minister konnte sich mit ruhmreichen Ideen bei der Osthilfe profilieren. Kein Ressort wußte, wo und wie sich das andere gerade irgendwo verdient machte. In einer Vorabinformation an den Bonner Haushaltsausschuß geißelte der Rechnungshof den Egoismus der Ministerialen. Es sei in Ordnung, wenn die deutsche Hilfe den Sachverstand aller Ressorts nutze. Der Rechnungshof ‚kann aber nicht nachvollziehen‘, warum jedes Ministerium deshalb eigenmächtig Hilfgelder verteilen müsse.“; „Wer mit oft opulenten Aufträgen zum Zuge kam, darüber entschieden häufig Zufall und Beziehungen. Der Rechnungshof: ‚Der Vergabe von Aufträgen ging meist kein Wettbewerb im Sinne der Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge voraus. ...“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687472.html>

Vereinte Nationen: Die korrupte Weltmacht (24.01.1994)

Betrug und Mißmanagement, Schützlingswirtschaft und bürokratischer Wildwuchs verschlingen jährlich Millionen und bringen die Uno in Finanznot. Kommt nicht bald neues Geld in die Kassen, steht die Weltorganisation vor der Pleite. Dabei könnte Generalsekretär Butros Butros Ghali im eigenen Haus mächtig sparen.

Unwirtschaftliche Bürokratie. „Die Organisation, der heute insgesamt 184 Staaten angehören, beschäftigt allein im New Yorker Hauptquartier am East River etwa 14 000 Menschen. Weltweit stehen weitere 51 600 im Sold der Uno und ihrer verschiedenen Unterorganisationen, dazu kommen noch knapp 10 000 Berater. Viele von ihnen sehen ihre Organisation weniger als Mittel zur Verbreitung von Frieden und Fortschritt auf der Welt an denn als günstige Chance, den eigenen Wohlstand zu mehren. Die Uno ist eine korrupte Weltmacht.“; „Die Uno leistet sich nicht nur teure Freigänger. Thornburgh fiel auf, daß unter Ghali fortgesetzt wird, was schon unter anderen Generalsekretären üblich war. Scheiden hohe Funktionäre aus dem Amt oder gehen sie in den Ruhestand, dann wird ihnen in der Regel der Lebensabend durch fette Beraterverträge vergoldet – die Uno hat nach außen Stellen abgebaut, doch die Kosten wurden keineswegs reduziert. Zu den Lieblingsbeschäftigungen der Uno-Nomenklatura gehört das Reisen. Stets gibt es irgendwo auf dem Globus etwas zu inspizieren, findet eine Konferenz statt, ist die Anwesenheit eines hohen Funktionärs aus New York oder den Uno-Nebenzentralen in Genf, Wien oder Nairobi vonnöten. Oftmals hat es den Anschein, als nutzten die Funktionäre jeden Anlaß, um dem New Yorker Wetter in angenehmere Gefilde zu entfliehen. So finden die Verhandlungen über Seerecht jeden Winter auf Jamaika statt, die Sondersitzungen des Wirtschafts- und Sozialrates im wohltemperierten Genf. Tagungsräume hält die Uno reichlich bereit. Für Hunderte von Millionen Dollar zog sie überall auf der Welt teure Prestigebauten hoch, etwa die futuristische Uno-City in Wien, ein Geschenk des österreichischen Generalsekretärs Kurt Waldheim an seine Heimat, die Uno-Universität in Tokio sowie eigene Konferenzzentren in Addis Abeba und Bangkok. Das Gebäude in Thailand wird so wenig genutzt, daß die Uno es für private Empfänge und Hochzeiten auslobt. Nach Berechnungen eines Insiders gibt die Zentrale in New York jährlich mindestens 16 Millionen Dollar allein für Flugtickets aus. Ein deutscher Diplomat erinnert sich, Generalsekretär Waldheim habe die Weisung gegeben, bei Flugreisen über acht Stunden dürfe erster Klasse gebucht werden: ‚Von New York bis Wien dauerte es achteinhalb Stunden.‘ Die Reisekosten der Unterorganisationen sind ebenfalls üppig. Die Entwicklungshelfer der UNDP verfliegen jedes Jahr etwa elf Millionen Dollar, die Funktionäre des Kinderhilfswerks Unicef vier bis fünf Millionen. Dazu kommen noch die Tagesspesen.“; „Auch die Generalversammlung ist nicht gerade ein Hort der Sparsamkeit. Hier kann die Mehrheit der kleineren Länder, die zum Etat der Organisation so gut wie nichts beisteuern, Beschlüsse herbeiführen, die dann von den wenigen großen Beitragszahlern finanziert werden müssen.“; „Eine wahre Papierflut begleitet Jahr für Jahr das herbstliche Massenmeeting in New York. Jedes von einem Mitgliedstaat

eingereichte Papier wird in sämtliche sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen übersetzt und an alle Mitglieder, die Presse und andere interessierte Einrichtungen verteilt. Die meisten Schriftstücke wandern ungelesen in die Papierkörbe. Manche mit großer Verzögerung: Das offizielle Protokoll der Sitzung des Weltsicherheitsrates vom 16. August 1984 wurde erst im vorigen Jahr veröffentlicht, mit neunjähriger Verzögerung. Vergebens versuchte der ehemalige deutsche Uno-Botschafter Rüdiger von Wechmar während seiner Zeit als Präsident der Generalversammlung die Amokschichten der Druckerpressen zu bremsen: ‚Wir haben ausgerechnet, daß die Papierbahn einer Sitzungsperiode bis zum Mond und wieder zurück zur Erde reichen würde.‘ Doch alle Mahnungen zu Mäßigung blieben erfolglos. Für viele kleine Länder ist die Uno die einzige internationale Organisation, der sie angehören, New York der einzige Platz zum Kontakt mit den Mächtigen der Welt, eine Art Spielwiese für Diplomatschüler aus den Ministstaaten und der Dritten Welt. Verständlich, daß sie sich in New York bemerkbar machen wollen und deshalb jede Gelegenheit zur Selbstdarstellung nutzen. Mag es auch in der Zentrale nicht so einfach sein, in die Kasse zu greifen, zahlreiche Unterorganisationen halten mit ihrem weltweiten Netz an Büros und Außenstellen ein weites Feld bereit, auf dem Gauner und Betrüger fast nach Belieben operieren können. Afrika bietet sich besonders an, denn dort wird das meiste Geld verteilt.“; „Mit 10 Prozent des aus New York überwiesenen Betrages, zum schwarzen Kurs getauscht, können in der Regel die vorgesehenen Aufträge ausgeführt werden, 90 Prozent wandern in die eigene Tasche. Ein Riesenreibach für kriminelle Uno-Mitarbeiter. Selbst hohe Funktionäre können dieser Versuchung nicht widerstehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687726.html>

Die reine Lehre (31.01.1994)

Von Kerbusk, Klaus-Peter

Privatisierung unumgänglich. „Muß also wirklich das Staatsunternehmen Telekom eine Aktiengesellschaft werden? Ja doch, es muß. Nicht heute und nicht morgen, aber ehe das Jahrzehnt zu Ende geht, werden in Europa Stück für Stück alle Monopole sterben, mit denen sich die staatlichen Postbehörden bislang vor Konkurrenz geschützt haben. Knallharter Wettbewerb um Gebühren, Geräte und Dienstleistungen wird dann die Telekommunikation bestimmen. Um die Telekom mit ihrem schwerfälligen Beamtenapparat nicht von vornherein zum Verlierer zu stempeln, muß der Staatsbetrieb privatisiert werden. Nur dann hat er eine Chance, gegen ausländische Giganten wie AT&T oder British Telecom zu bestehen. Aber nicht nur wegen der mehr als 200 000 Arbeitsplätze muß die Telekom auf eigene Füße gestellt werden. Auch die Kunden werden vom Wettbewerb durch bessere und billigere Angebote beim Telefon und bei der elektronischen Datenübertragung profitieren. All das wissen die Bonner Politiker seit langem. Dennoch haben sie es geschafft, das Reformwerk zwei Jahre lang zu verzögern.“; „Doch die Bremser sitzen überall. Ganz vorn die Postgewerkschaft, die immer noch von der ‚Bürgerpost‘ und der ‚Sicherung der Infrastruktur‘ schwafelt, gerade so, als gebe es in England oder in den USA kein funktionierendes Telefonnetz. Anders als die Kollegen beim Staatsbetrieb Bundesbahn, die aktiv an der Bahnreform mitgewirkt haben, haben sich die Postler mit ihrem ideologischen Veto inzwischen aber selbst ins Abseits manövriert. Dort wären die Sozialdemokraten auch fast gelandet. Erst nach heftigen internen Machtkämpfen fand die SPD zu höherer Einsicht und signalisierte ihre Zustimmung.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683925.html>

Bahn: Kaffeefahrt nach Berlin (14.02.1994)

Die Eisenbahner hoffen auf eine Wende im Güterverkehr. Auch private Anbieter drängen auf die Schiene.

Privatisierung positiv. „Die Chancen stehen so gut wie nur selten zuvor. Die alte Behördenbahn wird gründlich umgekrempelt. Seit Jahresanfang ist die Deutsche Bahn (DB) eine Aktiengesellschaft. Über die Reform will Dürr sein Unternehmen vom Ballast einer Behörde befreien und im Konkurrenzkampf mobiler machen. Zugleich wird das Schienennetz konsequent für andere Anbieter von Transportleistungen geöffnet. Grundsätzlich darf jetzt jeder auf den Gleisen fahren. Lokomotiven und Wagen können von der Bahn gemietet oder auch gekauft werden. Für die Benutzung der Trassen müssen die Transporteure ein Entgelt zahlen. Lizenzen erteilt ein neues Eisenbahnbundesamt in Frankfurt. Jahrzehntelang haben sich die Bahnbeamten von einer mächtigen Laster-Lobby immer weiter aus dem Verkehr drängen lassen. Inzwischen werden im Fernverkehr nur noch 22 Prozent aller Güter von der Bahn transportiert. Das könnte sich nun ändern. Ausgerechnet die deutschen Autobauer entdeckten als erste den Vorzug der Züge.“; „Für die Umwelt, so die Freunde der Bahn, geht die Rechnung allemal auf. Rollt die Fracht auf der Schiene, rechnen die Kaffee-Röster von Jacobs vor, werde 60 Prozent weniger Energie verbraucht als beim Lkw-Transport. Der Ausstoß von Kohlendioxid schrumpfe um zwei Drittel. Doch Unternehmer kalkulieren anders. ‚Das Schöne daran ist‘, so Jacobs-Manager Gerd Berssenbrügge, daß die Rechnung auch betriebswirtschaftlich stimme. Der Konzern spart Kosten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684428.html>

Beamte: Fette Zulage (21.02.1994)

Interne Berichte der Brüsseler Kommission beweisen: Europas Beamte verdienen zuviel.

Einsparungen bei privilegierten Beamten gelingen nicht. „Sie beauftragten die Brüsseler Kommission, bis zum Jahresende das Besoldungssystem der Gemeinschaft zu überprüfen. Der konkrete Auftrag: Die unheimliche Zunahme von vorzeitigen Pensionierungen sei anzugehen, ‚um die Ausgabenentwicklung in diesem Bereich zu bremsen‘. Außerdem sollte die Kommission untersuchen, wie sich bei diversen Zulagen ‚Einsparungen vornehmen lassen‘. Damit

waren die Brüsseler Beamten überfordert. Zwar stellten sie gewissenhaft ihre eigenen Privilegien dar. Aber Sparvorschläge fielen ihnen nicht so schnell ein – bloß die Erkenntnis, ‚daß es bestimmte Bereiche gibt, in denen die Suche nach Einsparungen fortgesetzt werden muß‘. Die beiden vertraulich gestempelten Berichte über das Zulagensystem und das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit bescheinigen den Autoren partielle Sehbehinderung. In einem System, das monatliche Nettoeinkommen schon bei unteren Dienstgraden von über 10 000 Mark zuläßt (siehe Grafik Seite 49), das Unkündbarkeit und eine für Angestellte der privaten Wirtschaft unerreichbare Altersversorgung garantiert, müssen Einsparungen möglich sein.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688244.html>

Rechnungshof: Bis zum letzten Beleg (07.03.1994)

Die Privatisierung von Bahn und Post bringt den Bundesrechnungshof um Macht und Einfluß. Die Prüfer wehren sich.

Beamtete Bürokraten sichern ihren Einfluss zum Schaden der Wirtschaftsentwicklung. „Mit Hilfe des Bonner Haushaltsausschusses ist die Behörde dabei, sich die volle Prüfungscompetenz über das privatrechtliche Unternehmen im Bundesbesitz zurückzuholen. Weil immer mehr und immer prestigeträchtigere öffentliche Aufgaben privatisiert werden, verliert der Bundesrechnungshof mit seinen fast 700 Beamten und Angestellten sowie rund 2000 ihm fachlich unterstellten Vorprüfern wichtige Pfründen.“; „Zu den ersten Aufgaben der neuen Rechnungshofpräsidentin Hedda Meseke (CDU) gehört es deshalb, Macht und Einfluß der Mammutherde zu sichern. Stelleneinsparungen empfiehlt der Rechnungshof lieber den anderen.“; „Vorteile der Privatisierung werden dabei womöglich rasch zunichte gemacht. ‚Befreit vom Korsett des öffentlichen Dienst- und Haushaltsrechts‘, hatte Verkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) noch im Januar beim Festakt zur Gründung der AG geschwärmt, könne sich die neue Bahn endlich wettbewerbsfähig, kundenfreundlich und erfolgreich am Markt bewähren. Vergebens warnten Wissmanns Staatssekretäre im Rechnungsprüfungsausschuß, eine ‚behördenmäßige Finanzkontrolle‘ gefährde die unternehmerische Unabhängigkeit. Sogar das Bundesfinanzministerium räumt einen ‚Widerspruch‘ zu den ‚politischen Zielen‘ der Bundesregierung ein. Abgeordnete wie der SPD-Haushaltsexperte Ernst Waltemathe, die für die Reformen gestimmt haben, fühlen sich ‚verschaukelt‘. ‚Wir haben die Bahn doch nicht privatisiert‘, kritisiert der SPD-Verkehrsexperte Klaus Daubertshäuser, ‚damit die mit ihrer Beamtenmentalität wieder überall ihre Nase reinstecken.‘“; „Da kommt es schon mal vor, daß ein erboster Telekom-Angestellter schriftlich vorrechnet, er habe für die verlangten Auskünfte zu einer Reisekostenabrechnung eine Woche gebraucht. An der Anfrage selbst hatte der Prüfer zwei Wochen gesessen, wie sich ein Mitarbeiter erinnert. Der Telekom-Aufsichtsratsvorsitzende Rolf-Dieter Leister mußte sich mit detaillierten Nachweisen für die Abrechnung von Fahrt-, Telefon- und Bürokosten rechtfertigen. Im Grunde, kommentierte die Süddeutsche Zeitung, werfe der kleinkarierte Rechnungshof dem Manager vor, er habe ‚sein Mandat zu engagiert wahrgenommen‘.“; „Selbstverständlich, versichern die Rechnungsprüfer, werde der selbstgestellte Auftrag ‚nach kaufmännischen Kriterien‘ erfüllt. Doch darauf sind die Beamten gar nicht getrimmt. Sie haben die klassische Verwaltungslaufbahn absolviert, Erfahrung aus einem Unternehmen oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bringt kaum einer mit.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685451.html>

Welthandel: Völlig frei und offen (07.03.1994)

Noch immer schirmen die Japaner ihren Markt gegen ausländische Importe ab.

Handelsbeschränkungen negativ dargestellt; Bürokratenwillkür. „Seltsam nur, daß auf diesem angeblich so offenen Markt ausländische Kraftfahrzeuge nicht einmal einen Marktanteil von fünf Prozent erreichen. Merkwürdig auch, daß die in den USA und Europa erfolgreichen Pkw des südkoreanischen Herstellers Hyundai im Nachbarland Japan gar nicht zu haben sind. Firmen, die schon einmal versucht haben, in Japan Geschäfte zu machen, kennen den Grund: Eine ganze Flut von kleinlichen und schikanösen Verordnungen, insgesamt mehr als 11 000 Bestimmungen, hält lästige Konkurrenten fern.“; „Alle ausländischen Geschäftsleute kennen Beispiele für Bürokratenwillkür, doch kaum einer mag es laut sagen. Als sich ein europäischer Firmenchef beim Office of Trade and Investment, der zuständigen Ombudsstelle, beschwerte, folgte prompt ein Anruf aus dem Ministerium: Es sei ‚unhöflich‘, Ärger zu machen. Einschüchterung gehört dazu: Mal wird einer Gesellschaft bedeutet, bei mangelndem Wohlverhalten könne sich ‚die Erteilung der Importlizenz um über ein Jahr verzögern‘, mal kriegt ein Pharmaunternehmen zu hören, die Prüfung eines neuen Medikaments könne ‚frühestens in sechs Monaten stattfinden‘. ‚Das schlimmste Handelshemmnis in Japan‘, meint ein deutscher Importeur in Kobe, der wie die meisten seiner Kollegen lieber nicht genannt werden möchte, ‚ist die Unberechenbarkeit der Entscheidungen.‘“; „Ministerpräsident Morihiro Hosokawa hat dem Westen Besserung versprochen, er will zumindest den Wust bürokratischer Hemmnisse abschaffen. Vorgänger Yasuhiro Nakasone versuchte das schon vor neun Jahren. Seitdem haben mehr als 1000 weitere Handelsbestimmungen die Bürokratenbücher aufgefüllt. Die Wirtschaftszeitung Nikkei nennt Hosokawas anstehenden Kampf gegen die Ministerialbürokratie eine Donquichotterie.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688594.html>

SPD: Wer ist der Held der Arbeit im Sozialamt? (21.03.1994)**Joachim Preuß über den Offenbacher Stadtсанierer Gerhard Grandke**

Kommunalpolitik nach betriebswirtschaftlichen Kriterien erscheint als erfolgreich (trotz durchaus distanzierter Darstellung). „Wenn der Sozialdemokrat Gerhard Grandke über ‚meine Sozialromantiker‘ spöttelt, liegt Verständnis und Milde in seiner Stimme. So ähnlich redet der Enkel von seinem Opa, der schöne Geschichten von damals erzählt und mit der neuen Zeit, inzwischen etwas tüdelig geworden, nicht mehr mitkommt. Manchmal freilich redet auch Enkel Grandke in Worten von früher. Er klingt dann wie Otto Graf Lambsdorff damals im Jahr 1982, als die FDP den Kanzler Helmut Schmidt kippte. Der Staat sei in Not, die ‚enorme Verschuldung eine Hypothek für unsere Kindeskinde‘. Im Unterschied zum grollenden Grafen verfügt Gerhard Grandke, der im Sommer 40 Jahre alt wird, über die neuen Sozialtechniken. Läßt er einen derart niederdrückenden Satz fallen, folgt mit Sicherheit ein breites Lachen und der Hinweis, daß ‚wir in Offenbach die Lösung auf der Schiene‘ haben.“; „Einerseits hat der ehemalige Unternehmensberater sich nun mal an sein Handwerkszeug gewöhnt. Zum anderen möchte der Sozialdemokrat neuen Typs durchaus, daß Besucher ihn als solchen wahrnehmen. Grandke vollzieht, was Heiner Geißler in seinen besten CDU-Tagen gelungen ist: Er zerrt Begriffe und Vorstellungen, die das Publikum bislang eindeutig mit dem politischen Gegner identifiziert hat, ins eigene Lager. Versehen mit dem eigenen Stallgeruch, kehren die Worte dann auf den politischen Marktplatz zurück und werden dort präsentiert, als gehörten sie selbstverständlich seit Menschengedenken zu den Urprinzipien der Sozialdemokratie.“; „Der Niedergang Offenbachs trug klassische Züge. Es war die Kombination aus einer langsam erodierenden Wirtschaft und einer ungebrochenen Neigung der Stadtregenten, Geld auszugeben.“; „Firmensanierung, okay, das können viele. Aber eine Stadt in Ordnung zu bringen, das war 1990, und das ist es auch 1994, eine Marktlücke. Grandkes erste Idee, die längst vom Erfolg durchkreuzt ist, war ein Unternehmegeredanke: Mit dem reparierten Offenbach auf der Referenzliste wollte er neue Aufträge hereinholen. Der Sozialdemokrat neuen Typs ist eben dadurch gekennzeichnet, daß seine Füße gleichzeitig in Politik wie Wirtschaft stehen. Bei seiner spektakulären Sanierung hatte Grandke von vornherein den mächtigsten aller denkbaren Bundesgenossen: die unabwiesbare Krise.“; „Was Grandke statt dessen ins Werk setzte, war, in seiner Sprache, ein Feuerwerk von ‚Ressourcenoptimierungsmaßnahmen‘, ‚Marktproduktsegmentierungen‘ und ‚Implementierung von Veränderungsstrukturen‘. Während sich Politiker landauf und landab in Rhetorikkursen schulen lassen, um besonders volksnah zu reden, bevorzugt der Offenbacher Heros seltsamerweise das Fachwelsch. Und seine Bevölkerung, offenbar beeindruckt von ihrem schlaun Anführer, folgte ihm. Grandke schloß drei unrentable Schwimmbäder, eine Bibliothek, zwei Jugendbegegnungsstätten, das Theater und schenkte dem örtlichen Fußballverein das Stadion. Wer schwimmen oder ins Theater will, muß ins benachbarte Frankfurt. Der Personaletat schrumpfte, indem pensionierte Beamte nicht ersetzt wurden. Die rauhere Gangart ließ die Fluktuation von fünf auf zehn Prozent schnellen. Als erste deutsche Stadt zahlte Offenbach eine Leistungszulage: Beschäftigte, die einen verwaisten Job miterledigen, erhalten bis zu 30 Prozent des eingesparten Gehalts, maximal ein 14. Monatsgehalt. Für die revolutionäre Bezahlung nach Leistung im Öffentlichen Dienst ließ sich Grandke eine Sondergenehmigung durch seinen Ministerpräsidenten geben. Inzwischen greift der Bazillus um sich.“; „Es sieht so aus, als ob Grandke mit seiner Idee von der ‚Back-office-Stadt‘ Erfolg hat. Jene Bank in Frankfurt etwa, heißt das übersetzt, die ihre Kunden in der prachtvollen Marmorhalle empfängt, kann die Buchhaltung durchaus im schmucklosen Offenbach erledigen. Nach acht Jahren wird der Etat der Stadt dieses Jahr zum erstenmal wieder fast im Gleichgewicht sein. Vielleicht, wenn alle Verkäufe städtischer Immobilien wie geplant klappen, wird auch das Defizit von 200 Millionen Mark, das durch kurzfristige Kredite entstanden ist, dahingeschmolzen sein. Grandke hat dann geschafft, was in nahezu allen deutschen Städten am Ende der fetten Jahre noch fällig ist: den großen Schnitt.“; „Kein Wunder, daß hinter dem Unternehmensberater sich der Politiker neuerdings ganz breitmacht. Und der ist Sozialdemokrat: ‚Was wir gemacht haben, ist der Lackmus-Test, ob die Leute Aufklärung aushalten.‘ Und, siehe da, daß der Kämmerer Grandke nach drei Jahren Sanierung zum Oberbürgermeister gewählt wurde, ist der Beweis: Die Leute halten es aus. Im Gegenteil, mit der Wahrheit könne man heute auch dann Wahlen gewinnen, wenn sie Schmerzen bereitet. In Bonn sei die ‚Gegenaufklärung an der Macht‘, die verschleierte und vertusche. Das sei die Chance der Sozis, sagt Grandke, der in Wahrheit selbst ein Sozialromantiker ist. Nur daß die 1994 anders sind als vor 20 Jahren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686340.html>

Biographien: Leuchtende Sterne (04.04.1994)**Ein Ingenieur warnte Stalin vor sowjetischem Technik-Größenwahn. Der Diktator ließ ihn umbringen.**

Planwirtschaft. „Um den sowjetischen Technikern den letzten Funken Eigenständigkeit auszutreiben, unterstellte Stalin die bis dahin unabhängige Ingenieursausbildung direkt den einzelnen Industrieministerien. Die Fachbehörden, die ausschließlich ihre Planerfüllung vor Augen hatten, züchteten Fachidioten heran. Techniker schlossen ihr Studium mit einem Diplom als ‚Kugellager-Ingenieur für Papiermühlen‘ oder als ‚Maschinenbau-Ingenieur in der Traktorenindustrie‘ ab. Die ehemals bedeutende russische Ingenieurskunst verflachte. Bis zum Schluß aber blieb die herrschende Kaste blind in technische Großprojekte vernarrt, die immer aufs Neue die Überlegenheit des kommunistischen Systems beweisen sollten. Als systemtypische Fehlplanung erwies sich beispielsweise die unter Breschnew gebaute Baikal-Amur-Magistrale, eine 3000 Kilometer lange, kurvenreiche Eisenbahnlinie, die 16 große Ströme und sieben Gebirgspässe überquert und auf der bis heute so gut wie keine Züge fahren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683163.html>

Bananen: Warten auf Wunder (11.04.1994) ■ ■**Bananen sollen noch teurer werden – die Bürokraten in Brüssel zementieren ihre Marktordnung.**

„Unsinnige“ Handelsbeschränkungen. „Diskriminierend, idiotisch und illegal“ nennt Bernd-Artin Wessels, Chef des größten deutschen Fruchthandelsimporteurs, diese Vorschläge. In der Tat bringen sie nur neue Probleme.“; „Der Ärger mit der Banane fing damit an, daß Brüssel im vergangenen Jahr Importzölle für sogenannte Dollarbananen aus Lateinamerika verordnete. Plantagenbesitzer auf den Kanaren und in Afrika sollen vor der Konkurrenz geschützt werden. Daraufhin stiegen die Bananenpreise in Deutschland um fast die Hälfte, die Südamerikaner mußten einen Teil ihrer Ernte verrotten lassen. Die Bananenmarktordnung ist ein Beispiel für den Unsinn, den sich Eurokraten zu Lasten der Konsumenten ausdenken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689307.html>

Japan: ABGANG DES SAUBERMANNS (11.04.1994) ■**Ministerpräsident Hosokawa, der angetreten war, Japans Bürokratie zu bändigen und die Korruption in der Politik zu bekämpfen, wurde von seiner Vergangenheit eingeholt. Er stolperte über einen vor mehr als zehn Jahren erhaltenen dubiosen Kredit. Nun droht das abrupte Ende des Reformprozesses.**

Deregulierung und „Entzerrung der Märkte“ gegen Bürokratie und Korruption erscheinen notwendig, gegen die organisierten Interessen aber äußerst schwierig. „Als Saubermann (‚Mr. Clean‘) war Hosokawa angetreten, nachdem das von ihm mitbegründete Bündnis aus sieben Parteien im Juli vorigen Jahres 38 Jahre liberaldemokratischer Alleinherrschaft beendet hatte. Korruption und Ämterschacher wollte er bekämpfen; die skandalöse ‚Geld-Politik‘ der LDP beenden; die jahrzehntelange Komplizenschaft zwischen Unternehmen, konservativen Volksvertretern und Bürokraten endgültig unterbinden. Die Macht dieses ‚eisernen Dreiecks‘ versprach Hosokawa zu brechen. Und die Niederlage der Regierungspartei LDP schien zum erstenmal eine echte Chance zu bieten, Japans erstarrtes politökonomisches System von Grund auf zu verwandeln.“; „Tatsächlich ist Hosokawa auf halbem Weg steckengeblieben. Noch hält das ‚eiserne Dreieck‘, noch funktioniert das traditionelle Altherren-Netzwerk, mit dem in Japan jahrzehntelang Wirtschaftspolitik betrieben wurde. Schon 1991 hatte Tokios Wirtschafts-Gerontokratie erfahren, daß ihr auf Korruption und Betriebsloyalität gebautes System den modernen Zeiten nicht mehr entsprach. Es erinnerte letztlich an eine von sturer Disziplin und technischer Perfektion gefertigte Spätaufgabe des europäischen Merkantilismus.“; „Immer heftiger verlangten vor allem die USA, aber auch die Europäische Union offenere Märkte und höhere Importquoten, um die Handelsströme auszubalancieren. Hosokawa versprach Abhilfe und lockerte zum Entsetzen der mächtigen Bauernlobby die Einfuhrbeschränkungen für Reis. Doch die Reformen griffen nur langsam, und auch die Binnenkonjunktur kam nicht richtig auf Touren – trotz eines 245 Milliarden Mark teuren Stimulierungsprogramms. Finanzmakler wie Geoffrey Barker vom Brokerhaus Baring Securities in Tokio hoffen dennoch, daß Hosokawas Reformen, vor allem die Deregulierung und die Entzerrung der Märkte, ‚nicht mehr zu stoppen‘ seien. Der Wechsel an der Spitze der Regierung könnte sie erheblich verzögern. Jetzt muß sich zeigen, ob der Elan der Sieben-Parteien-Koalition ohne Hosokawa nicht erlahmt. Denn die potentiellen Nachfolger sind fast alle Geschöpfe des Ancien regime.“; „Sollten die Koalitionspartner die Regierungskrise nicht schnell beenden, könnte die immer noch einflußreiche Bürokratie das Machtvakuum nutzen, um die alten Strukturen wieder zu festigen. Japans historische Chance wäre vertan.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683314.html>

WILDWUCHS UND WILLKÜR (16.05.1994) ■**Immer mehr, immer höhere Steuern. Die Flut neuer Regelungen hat das deutsche Steuerrecht inzwischen so kompliziert gemacht, daß selbst Experten kaum noch durchblicken. Gerech ist das heillos überfrachtete System schon lange nicht mehr. Wer clever ist, findet viele Schlupflöcher. Die Dummen zahlen.**

Steuern zu hoch und zu kompliziert, Reform scheidet am Widerstand von Interessengruppen. „Nie zuvor gab es eine Periode mit so hohen Steuern, so vielen Steueränderungen oder gar so vielen Änderungen von Änderungen. ‚Im Steuerrecht herrscht Chaos‘, bilanziert der Kölner Hochschullehrer Joachim Lang das Ergebnis der planlosen Steuerpolitik. ‚Wildwuchs und Willkür‘ macht sein Professoren-Kollege Josef Isensee aus; er kritisiert eine ‚Änderungshektik ohne Änderungskonzept‘.“; „So geht es immer wieder zu in der Bonner Gesetzesfabrikation. In immer kürzeren Intervallen fallen immer schlechtere Gesetze vom Fließband. In den letzten zehn Jahren wurden zu den wichtigsten Steuergesetzen 122 Änderungsgesetze erlassen. Das Einkommensteuergesetz ist während dieser Dekade 64mal geändert worden, seit 1988 allein 31mal. Das Tempo wird immer verrückter. 1993 hat die Bonner Koalition fünf große Steuergesetzwerke in Kraft gesetzt, deren Dimensionen nicht mehr zu begreifen, sondern nur noch zu umschreiben sind: mehr als 130 neue Seiten im Bundesgesetzblatt, mit Hunderten von Paragraphen und Absätzen, die zudem zu völlig unterschiedlichen Terminen wirksam wurden.“; „Deutschland ist Rekordhalter in der Produktion von neuen Gesetzen“, spottet Steuerrechtsprofessor Lang über die stümperhafte Politik, „die Gesetzgebung verlüdelt zur Wegwerfware.“ Mit etwa 40 Steuern und gut 20 Quasi-Steuern – von der Altölabgabe bis zum Kohlepfennig – langt der Staat inzwischen zu. Allein die 11 wichtigsten Regelwerke umfassen 2506 Paragraphen und Abschnitte, füllen 2892 Druckseiten. Nicht einmal die Finanzbeamten blicken noch durch.“; „Nie war das Steuerrecht so kompliziert wie heute – und nie zuvor hat der Staat seinen Bürgern so viel abverlangt. 1969 begnügte sich der Staat durchschnittlich noch mit dem historischen Steuersatz, ‚dem Zehnten‘. Seitdem fordert er beinahe jährlich mehr. 15,5 Prozent eines

Durchschnittsverdienstes reichten 1974 immerhin noch, um Deutschland mit Straßen und Schulen zu versorgen, Soldaten und Richter zu bezahlen. Jetzt muß ein Durchschnittsverdiener schon über 18 Prozent seines Gehalts dem Staat abgeben, in zwei Jahren ist die 20-Prozent-Marke überschritten (siehe Grafik Seite 105). Von jeder Mark Lohnerhöhung greift der Fiskus inzwischen durchschnittlich 30 Prozent ab, vom Spitzenverdiener fordert er gar mehr als die Hälfte. Steuern und Sozialabgaben zusammen machen inzwischen 44 Prozent des gesamten Volkseinkommens aus – ein Rekordniveau in der Nachkriegsgeschichte.“; „Aber weniger die Höhe der Abgaben hat die Deutschen immer steuerfeindlicher werden lassen als vielmehr der begründete Verdacht der Ungerechtigkeit. Steuervermeidung, ja Steuerbetrug werden moralisch legitimiert, wenn das Vertrauen in den gerechten Staat schwindet. Im Dschungel ist sich jeder selbst der Nächste: Die einen können selbst große Vermögen und gewaltige Einkünfte vor dem Zugriff des Staates retten, die andern werden geplündert. Wer seine Kapitaleinkünfte ehrlich preisgibt, zahlt – wie es in der Zukunft längst heißt – ‚Dummensteuer‘.“; „Zahlreiche Steuervergünstigungen, Abschreibungsmöglichkeiten, Investitionshilfen gestatten es den Cleveren, ihr zu versteuerndes Einkommen, die Bemessungsgrundlage, deutlich unter ihren tatsächlichen Gewinn zu manipulieren. Ein Höchstsatz bei der Einkommensteuer von 53 Prozent sagt deshalb nichts über die tatsächliche Steuerlast aus. Nichts stimmt mehr im Steuerstaat Deutschland. Mit kleineren Reformen ist Abhilfe nicht mehr zu schaffen. Das gesamte Steuersystem muß von Grund auf umgebaut werden.“; „Wer einmal Privilegien errungen hat, verteidigt seinen Besitzstand mit aller Kraft. Landwirten und Freiberuflern, Gewerkschaften und Unternehmern wurden im Laufe der Jahre Vorteile verschafft. Um die zu finanzieren, mußte der Steuertarif erhöht werden. Je drückender aber die Steuerlast, desto schärfer wird der Kampf um Privilegien geführt. Gleichzeitig wächst die Phantasie, Umgehungs- und Steuersparmodelle auszutüfteln – der Teufelskreis dreht sich bis heute. Bei ihrem Treiben hatten die von allen möglichen Lobbyisten bedrängten Gesetzesmacher nicht immer das Grundgesetz unter dem Arm. Das Gewirr regellos nebeneinander stehender Vorschriften wurde in weiten Teilen verfassungswidrig.“; „Waigels Botschaft an wohlhabende Steuerhinterzieher mit Steuersätzen von 50 Prozent: Wer sich mit dem Verlust von 30 Prozent der Zinserträge abfindet, kann den Rest der eigentlich fälligen Steuerschuld behalten. Den Fahndern sind die Hände gebunden. Es half nichts. Die Bundesbürger brachten 300 Milliarden ihrer Ersparnisse jenseits der Grenzen in Sicherheit.“; „Die Steuerexperten träumen von einer Radikalkur, von einem einfachen, einheitlichen Steuergesetzbuch. Das wäre eine Jahrhundertreform, vergleichbar der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches vor fast hundert Jahren. Bisher ist ein solches Vorhaben noch jedesmal am Widerstand der Lobbyisten verschiedenster Couleur gescheitert. Denn jede Reform muß von dem Prinzip ausgehen, radikal und allen Gruppen Vergünstigungen zu streichen und die so erzielbaren Mehreinnahmen den Bürgern durch niedrigere Tarife für alle zurückzugeben. Ein solches Modell liegt jetzt vor; der Kölner Steuerrechtler Lang hat in Waigels Auftrag ein völlig neues Steuerrecht verfaßt (siehe Kasten). Die Fachleute sind begeistert. Der Steuer-Gewerkschafter Geyer: ‚Ein Modell, das fasziniert.‘ Doch hierzulande hat der Lang-Entwurf keine Chance. Er dient Waigels Emissären lediglich dazu, den Finanzpolitikern in Litauen und der Ukraine zu erläutern, wie ein gutes und einfaches Steuersystem auszusehen hat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690039.html>

Gesundheitsreform: Lohnende Blockade (23.05.1994)

Neue Lasten für die Krankenkassen: Seehofers Reformkorrekturen schonen die Ärzte.

Interessengruppen setzen sich durch. „Das Superwahljahr ist fast zur Hälfte verstrichen. Pünktlich, wie versprochen, ließ Seehofer sein Reformgesetz am Donnerstag der vergangenen Woche im Parlament von der Koalitionsmehrheit nachbessern – mit Änderungen. Die immer wachen Ärzte- und Pharmafunktionäre aber blieben seltsam still. Zu Wehgeschrei besteht auch wenig Anlaß. Das durchsichtige und finanzierbare System des Gesundheitswesens, das der CSU-Mann anstrebt, ist es noch nicht. Der bislang so strenge Seehofer gestand den Hausärzten eine unerwartete Millionengabe auf Kosten der Versicherten zu. Der Spielraum für Beitragssenkungen und damit niedrigere Lohnnebenkosten ist eingeschränkt.“; „Doch Seehofer unterwarf sich seinem liberalen Koalitionspartner, der seine Klientel schützen möchte, und gab den Ärzten nach. Die Apotheker werden, nach diesem Beispiel, ebenfalls kaum mit Zahlungsverweigerung rechnen müssen, wenn sie weiterhin Rezepte ohne Arznei-Kennzeichen abrechnen. Mehr Transparenz wird es vorläufig nicht geben, die Blockadepolitik der Funktionäre hat sich gelohnt. Besser als erwartet kommt nun auch die Pharmaindustrie davon.“; „Die Sorgen der Pharmaindustrie wogen schwerer als die Sachargumente der Kassen. Seehofer gab nach.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690188.html>

US-Wirtschaft: Ringe unter den Augen (23.05.1994)

Wirtschaftsberater Robert Rubin führt im stillen Regie: Er ist eine zentrale Figur in Bill Clintons Regierung.

Erfolgreiche Sparpolitik; soziale Desintegration erscheint vor allem als Problem für die Wettbewerbsfähigkeit. „Und er hatte das passende Rezept, als Clinton 1992 in den Wahlkampf zog. Im Gegensatz zu den meist keynesianischen Wirtschaftsberatern der Demokraten, die Clinton eine Ausweitung der Staatsausgaben zur Belebung der Konjunktur nahelegten, empfahl Rubin das Gegenteil. Als Präsident sollte Clinton die öffentlichen Ausgaben senken. So könnten die Zinsen nachhaltig sinken, die Wirtschaft würde sich erholen. Der neugewählte Präsident hielt sich an die Empfehlung seines Beraters, die auch im eigenen Lager umstritten war. Das Thema Defizitreduzierung stand ganz oben auf seiner Tagesordnung. Es funktionierte. Clinton galt als solider Haushaltspolitiker, der die abgebrühten Profis an der Wall Street unerwartet beeindruckte und Optimismus entstehen ließ. Die Zinsen fielen, die Konjunktur zog an, und der

neue Präsident hatte seinen ersten bedeutsamen Erfolg.“; „Bei allem Optimismus wird Rubin nicht müde, auf die Schwachpunkte der US-Wirtschaft hinzuweisen, die Clinton immer noch zu schaffen machen: den wachsenden Konflikt zwischen Armen und Reichen, die Schwächen des Bildungssystems. Wenn die amerikanischen Schulen ein Drittel ihrer Kinder praktisch als Analphabeten entlassen, werde Amerika wahrscheinlich bald nicht mehr wettbewerbsfähig sein, sagt Rubin. Da allerdings kann der Nationale Wirtschaftsberater seinem Präsidenten auch keine Lösung anbieten, die so schnell wirkt wie seine Zinsstrategie: „Dieses Problem ist nur langfristig lösbar – wenn überhaupt.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684779.html>

Post: Lieber gar nicht (13.06.1994) ■

Die Postreform wurde immer weiter verwässert. Nun droht sie endgültig zu scheitern.

Soziale Kompromisse bei Privatisierung erscheinen unangebracht. „Trotz solcher massiven politischen Unterstützung fürchten die streikenden Postler zu Recht um Jobs und Sozialleistungen. Die Privatisierung wird, wenn sie einen Sinn haben soll, auch an Rechten und Vergütungen der Arbeitnehmer etwas ändern. Das Ziel der Reform ist, aus den drei Postunternehmen leistungsfähige Betriebe zu machen. Vor allem die Telekom wird von 1998 an, wenn europaweit die Kommunikationsmärkte liberalisiert sind, heftiger Konkurrenz ausgesetzt sein. Für die marktwirtschaftliche Zukunft braucht die Telekom internationale Partner. Zur Zeit verhandeln die deutsche Telekom und France Telecom mit der US-Telefongesellschaft Sprint über gemeinsame Dienstleistungsangebote für Unternehmenskunden. Doch je mehr die Telekom durch teure Auflagen und politischen Einfluß gegängelt wird, desto schlechter sind die Chancen für solche Kooperationen. Die formale Umwandlung in Aktiengesellschaften ist für Telekom, Postbank und Postdienst zwar Voraussetzung, um künftig bestehen zu können. Sie allein wird aber nicht genügen. Die Strukturen in den Noch-Behörden müssen modernisiert werden, etwa durch stärker leistungsbezogene Bezahlungen und weniger starre Laufbahnen. Ohne Entlassungen wird es dabei nicht gehen. Die Postunternehmen haben noch vor sich, was die Privatwirtschaft in den vergangenen Jahren durchgemacht hat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685897.html>

Europäische Union: Stille Entmachtung (20.06.1994) ■

Gegenseitiges Mißtrauen lähmt die EU-Partner, die Brüsseler Kommission verliert an Einfluß.

Bürokratie. „Doch die Reglementierungswut ist keineswegs auf die Brüsseler Zentrale beschränkt. Während die Gemeinschaft im vergangenen Jahr 80 Richtlinien verabschiedete, kamen die nationalen Bürokraten in den zwölf Mitgliedsländern, so zählten ihre Brüsseler Kollegen, auf insgesamt 1000 neue Vorschriften. Vor allem den Baubereich und die Telekommunikation wollen sie durch nationale Reglementierung gegen unerwünschte Konkurrenz abschirmen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690799.html>

Bürokratie: Europa und die Pipistrelli (27.06.1994) ■

Wie EU-Juristen versuchen, das Wesen des Hühnerschenkels zu ergründen

Lächerliche Bürokratie. „Um ‚den Lesern eine rasche Information über die Arbeit‘ des Europäischen Gerichtshofes zu geben, dokumentiert dessen Bulletin in seiner Ausgabe 10/1994 unter anderem die ‚Schlußanträge‘ eines Generalanwalts zu der Frage, wie der Begriff ‚Hühnerschenkel mit einem Teil des Rückens, Teil des Rückens mit Flügel (‚pipistrelli‘)‘ zu definieren sei. Auszüge: 1.1 Ein Hühnerschenkel mit (einem Teil des) Rücken(s) (ohne Sterz) stellt kein „Viertel“ im Sinne der Tarifposition 02.02.B.II a) 1 des Verzeichnisses im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 1151/87 der Kommission vom 27. April 1987, im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 2303/87 vom 30. Juli 1987 und im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 2800/87 der Kommission vom 18. September 1987 dar. 1.2 Ein solches Erzeugnis ist – was den Zeitraum vom 1. Januar 1988 bis zum 1. Oktober 1988 betrifft – ein ‚Viertel, ohne Sterze‘ im Sinne der Tarifposition 0207.41.71.100 des Verzeichnisses im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission vom 17. Dezember 1987, wenn es als Hinterviertel, bestehend aus Unterschenkel, Oberschenkel und hinterem Rückenteil angesehen werden kann. Die Feststellung, ob das streitige Erzeugnis dieser Definition entspricht, ist Sache des nationalen Gerichts. ...“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690883.html>

Zinsen: Maßlos übertrieben (27.06.1994)

Der unersättliche Kapitalhunger des Staates könnte die Zinsen in Deutschland bald noch weiter nach oben treiben.

„Schon bald wird die Bundesregierung mit einer neuen Bundesanleihe wieder um die Gunst der Anleger buhlen. ‚In dem unersättlichen Kapitalhunger der öffentlichen Schuldner‘ sieht der Schweizer Vermögensverwalter Felix Zulauf das eigentliche Problem. Vorbei seien erst einmal die Zeiten, daß vor allem vom Ausland das hohe Budgetdefizit finanziert werde. Deshalb müsse sich Deutschland mittelfristig auf ungewöhnlich hohe Realzinsen einstellen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690931.html>

MAUL HALTEN, ZAHLEN (27.06.1994) ■

Mürrische Verkäufer, unzuverlässige Handwerker, pampige Kellner – viele Bedienstete im Service vergraulen

die Kunden, statt ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Vor allem bei Reklamationen behandeln deutsche Firmen Konsumenten wie lästige Bittsteller. Unternehmensberater fordern radikales Umdenken.

Kritik an Bürokratie, Regulierung, Marktferne der Unternehmen. „Geht nicht‘, ‚kenn‘ ich nicht‘, ‚ham wir nicht‘ – um Widerworte und Ausflüchte sind Angestellte im deutschen Dienstleistungsgewerbe selten verlegen. Unerbittlich pochen sie auf Arbeitszeitregelungen und Firmenvorschriften, seien die noch so unsinnig. Die Wünsche ihrer Kunden sind dabei oft schnuppe – Pardon wird nicht gegeben. Statt dem Konsumenten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, üben sich viele Service-Kräfte hierzulande lieber in typischen Beamtentugenden: Ignorieren, Vertrösten, Abwimmeln. Der Kunde steht im Mittelpunkt und damit im Weg.“; „Für den einzelnen ist die Dienstverweigerung nur ärgerlich. Für die gesamte Volkswirtschaft jedoch sind die Folgen verheerend. Jedes Jahr entgehen den deutschen Unternehmen Milliarden Gewinne, weil unfreundliche und unfähige Bedienstete den Kunden verschrecken.“; „Im internationalen Wettbewerb verliert die deutsche Wirtschaft Marktanteile, weil ausländische Mitbewerber die Kunden besser bedienen und zudem mehr Service bieten. Auch die großen Industriebetriebe haben die Verbraucher jahrzehntelang vernachlässigt – und deren Wünsche ignoriert. Noch immer verlassen sich die deutschen Hersteller von Konsumgütern auf die angeblich einzigartige Qualität ihrer Produkte. Noch immer bestimmen die Techniker und Ingenieure, was entwickelt und produziert wird – und nicht die Marketing-Leute.“; „In den USA, wo die Löhne niedrig sind und die soziale Absicherung gering ist, steht hinter jeder Ladenkasse einer, der die Waren in Tüten packt. Auf diese Weise entstand das amerikanische Beschäftigungswunder der achtziger Jahre – aber auch die Schicht der ‚working poor‘, jener Armen, die zwar ein Ein-, aber kein Auskommen haben. Volkswirtschaftlich wichtiger sind die qualifizierten Dienstleistungen, Ingenieurbüros etwa, die gutbezahlte Jobs bieten. Die USA haben ihr Service-Gewerbe sogar zum devisa-bringenden Exportschlager entwickelt: Firmen wie McDonald’s, American Express oder United Parcel Service verkaufen Dienstleistungen in alle Welt. Diesen Wachstumsmarkt haben die Deutschen verschlafen. Es gibt kein einziges deutsches Dienstleistungsunternehmen, das auf dem Weltmarkt eine nennenswerte Rolle spielt.“; „In den USA sind mittlerweile knapp 72 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe tätig (siehe Kasten Seite 73), unter den Mitgliedern der Europäischen Union haben Großbritannien (70 Prozent Service-Kräfte) und die Niederlande (69,9 Prozent) die Führung übernommen. Im Wohlstandsstaat Deutschland hingegen verdienen nicht einmal 58 Prozent der Erwerbstätigen ihr Geld mit dem Dienst am Kunden.“; „Die britische Wochenzeitung The European testete europäische Hauptstädte, um die Dienstleistungsmentalität der Nachbarn zu erforschen. Aus Berlin wußte das Blatt nur Abschreckendes zu berichten: ‚Im Service sind die Deutschen eher rückschrittlich, um nicht zu sagen rüde. Die in dem Land sehr mächtige Gewerkschaft beharrt darauf, daß Geschäfte samstags um 13 Uhr zusperrten müssen. Für den Konsumenten wird es damit nahezu unmöglich, am Wochenende irgend etwas Eßbares zu ergattern.“; „Kaum ein Dienstleister hierzulande scheint begriffen zu haben, daß permanente Kundenmißhandlung im internationalen Wettbewerb zum existenzgefährdenden Handicap wird. Bislang konnten sich bundesdeutsche Anbieter auf dem heimischen Markt noch kommod einrichten, weil nationale Vorschriften Konkurrenz von außerhalb weitgehend abblockten. Seit aber immer mehr Handelsbarrieren im Zuge der europäischen Einigung fallen, drängen verstärkt neue Firmen auf den Markt – mit ausgefeilten Service-Konzepten und aggressivem Marketing.“; „Die Dame von der Telefonauskunft weigert sich, dem Anrufer mehr als zwei Nummern mitzuteilen. Der Schaffner lehnt weisungsgemäß die Ausstellung eines Gute-Nacht-Tickets ab: Das Sonderangebot der Bahn gibt’s am Schalter; wer den Sparpreis nur abgezählt bei sich hat, muß aussteigen. Viele Dienstleistungsfirmen fördern den Hang der Mitarbeiter zum Starrsinn nach Kräften. Vor allem die Staatsunternehmen überziehen ihr Service-Personal mit einem Wust von Bestimmungen. Der Entscheidungsspielraum der Angestellten tendiert gegen Null. Jede Eventualität ist geregelt, jeder Sonderfall bedacht. Und was nicht im Buch steht, das gibt’s eben nicht. Zwei Aktenordner umfaßt allein das Regelwerk der Lufthansa zur ‚Kundenbeziehung Passage‘. Das Tarifsysteem der Bahn genießt den zweifelhaften Ruf, komplizierter zu sein als das deutsche Steuerrecht. In ihrer Ordnungsliebe haben sich die Unternehmen eine eigene Welt von Zuständigkeiten und Abteilungen geschaffen. An die Stelle der Vernunft tritt die Logik der Verwaltung. Die Dienststelle wird zum Irrgarten.“; „Den bundesdeutschen Service-Unternehmen wird es nur gelingen, den Abstand zur internationalen Konkurrenz zu verringern, wenn sie ihren in Jahrzehnten gewachsenen Verwaltungsapparat radikal verkleinern. Das ganze aberwitzige System aus Anordnungen, Richtlinien und Dienstvorschriften mag ins Maschinenzeitalter gepaßt haben, auf dem Weg zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft blockieren solche Relikte jeglichen Fortschritt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690906.html>

Außer Kontrolle (04.07.1994)

Von Mahler, Armin

Ausländische Großanleger sollen erstarrtes Wirtschaftssystem aufbrechen. „Nach dem Aktiengesetz vertritt der Aufsichtsrat die Interessen des Eigentümers. Er bestellt die Vorstände, und er entläßt sie, wenn es sein muß. Doch in den Aufsichtsräten sitzen ehemalige Vorstände des eigenen und Vorstände befreundeter Unternehmen, dazu die unvermeidlichen Vertreter der Banken sowie die Vertreter der Arbeitnehmer. Solche Inzucht schafft Nestwärme, sie fördert den Corpsgeist. Der eigentlichen Funktion des Aufsichtsrats schadet die innige Verbundenheit: Die deutschen Manager sind außer Kontrolle – sie kontrollieren sich selbst. Bleiben am Ende die Eigentümer gefordert. Sie könnten ja unabhängige Geister in die Räte entsenden und so die Qualität der Aufsicht und Kontrolle verbessern – wenn die deutsche Wirtschaft nicht ein in sich geschlossenes System wäre. Die deutsche Wirtschaft gehört sich selbst.“

Ausländische Eigentümer werden nach Möglichkeit abgewehrt, inländische Kleinaktionäre haben nichts zu sagen. Institutionelle Großanleger, die im Ausland starken Einfluß ausüben, beginnen sich in Deutschland langsam zu formieren. Erst wenn sie auch hierzulande ihre Rechte einfordern, könnte das erstarrte deutsche Wirtschaftssystem aufgebrochen werden. Erst dann würden unfähige Manager und Aufsichtsräte vielleicht zur Verantwortung gezogen. Bis dahin aber gilt: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682905.html>

Japan: Absurde Ehe (04.07.1994)

Ein Bündnis mit den Sozialisten ermöglicht konservativen Gegenreformern die Rückkehr an die Macht.

Korruptes, dem Status quo verhaftetes Kartell aus Politikern und Großunternehmen. „Fast vier Jahrzehnte hatte die konservative Liberaldemokratische Partei (LDP) die politischen Geschicke des Landes bestimmt, die ‚Japan AG‘ – das korrupte Kartell aus Politikern, Bürokraten und Großunternehmen – wie einen Erbhof verwaltet.“; „Einzig ihre Abneigung gegenüber Reformen eint die beiden politischen Gegner. Diese zu verhindern ist das Ziel ihrer absurden Ehe. ‚Diese Kungelei ist der letzte Kampf zweier Parteien, die an einer Politik festzuhalten versuchen, bei der immer nur eine Hand die andere wäscht‘, kommentierte Ex-Premier und Reformler Morihiro Hosokawa.“; „Murayama könnte sich schon bald gezwungen sehen, Neuwahlen auszuschreiben. Dann wird sich herausstellen, ob Japans Wähler die Machtspielchen ihrer Politiker noch ungestraft hinnehmen. In der Bevölkerung jedenfalls wächst der Unmut über Abgeordnete, deren Opportunismus den Wählerauftrag hintertreibt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682994.html>

Klüngelei statt Kompetenz (04.07.1994)

Der Münchner-Philharmoniker-Intendant Norbert Thomas über Mißstände und Reformen im Orchesterbetrieb

Mehr Leistungs- und Kostendenken nötig. „SPIEGEL: Machen Sie bei BMW einen tiefen Diener, wenn Sie die Hand aufhalten? Thomas: Natürlich nicht, das haben wir nicht nötig, und das wird von uns auch nicht erwartet. Man ist unter Partnern. Industrie und Kultur müssen allerdings noch mehr aufeinander zugehen, um mehr zu erwirken, weil jede Seite auf ihrem Gebiet das größere Know-how hat. SPIEGEL: Sie fordern, Opern- und Konzerthäuser streng ‚nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft‘ zu führen. Was heißt das genau? Thomas: Daß man nur ausgeben kann, was man hat. Diesbezüglich haben die meisten meiner Kollegen ihre Schulaufgaben nicht gemacht. Sie entwerfen hochtrabende künstlerische Programme im Bewußtsein, daß sie sie gar nicht bezahlen können. Sie handeln mit Mogelpackungen. Ich komme mit dem aus, was mir die Stadt gibt . . .“; „SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, Orchestermusiker verdienen ihr Geld im Schlaf? Thomas: Beileibe nicht. Ich vergleiche sie eher mit Hochleistungssportlern. Aber sie müssen auch wissen, daß sie ihre Verträge zu erfüllen und entsprechende Leistungen zu erbringen haben. Das geht bei uns in München knüppelhart. SPIEGEL: Verhängen Sie Strafen? Thomas: Musiker, die zu spät zur Probe kommen, müssen beispielsweise empfindliche Geldbußen zahlen. So hat es der Orchestervorstand beschlossen. SPIEGEL: Lähmen die von den Gewerkschaften durchgesetzten Arbeitszeit- und Tarifverträge die Orchesterarbeit? Thomas: Absolut. Man kann beispielsweise die durch Tarifverträge gestatteten Nebentätigkeiten einfach nicht kontrollieren, und in den deutschen Kulturorchestern nutzen viele das schamlos aus. Ganz wichtig ist, daß die Spieler auch jeden Tag spielen, und zwar schwere, anspruchsvolle Musik, denn sie werden, jedenfalls bei uns, wie 100-Meter-Läufer gefordert. Sie müssen nicht jeden Abend 9,9, aber wenigstens 10,2 schaffen. Wer diesen Ansprüchen nicht genügt, müßte gehen. SPIEGEL: Sie sagen: müßte. Muß er denn? Thomas: Es müßten neue Regularien geschaffen werden, um sich von solchen Musikern trennen zu können. Die von der Deutschen Orchestervereinigung ausgehandelten Verträge sind absolut nicht mehr zeitgemäß. Ich bin nicht gegen Tarifabsicherung, bestehe aber auf 100prozentiger Erfüllung und Leistung. Wenn einer zur ersten Probe kommt, muß er das Stück schon rückwärts auswendig können.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683059.html>

Bahn: Gewichtiges Werk (11.07.1994)

Auch private Anbieter dürfen jetzt auf die Schiene. Allzu viele werden es wohl nicht werden: Die Preise sind happig.

Zugangsmöglichkeiten für Wettbewerber erscheinen unzureichend. „Die Idee ist durchaus richtig. Viel mehr Verkehr könne auf die Schiene verlagert werden, hatten die Väter der Bahnreform vorgedacht, dafür werde schon der Wettbewerb sorgen. Beinahe 100 Firmen, von kleineren Gleisbetrieben bis zu größeren Hafenbahnen, haben schon angefragt. Selbst Konzerne zeigen Interesse: die US-Containerreederei Sea-Land, der Paketversender UPS und der Touristikriese TUI. Sie müssen sich jetzt durch zwei unhandliche Wälzer wühlen, insgesamt fast vier Kilo schwer. Das gewichtige Werk kostet 500 Mark, die Auflage ist auf 300 Exemplare limitiert. Die Eisenbahner haben das deutsche Gleisnetz beamtengenau in 15 Regionen gegliedert, jede Teilstrecke ist numeriert. Der Güterverkehr wird in fünf, der Personenverkehr in sieben Preisklassen aufgeteilt, vom Hochgeschwindigkeitszug bis zur Bummelbahn.“; „Das nebulöse Preissystem nützt vor allem der Deutschen Bahn AG. Zwar zahlt sie nach ihren dicken Tabellen zunächst dieselben Preise wie die künftigen Konkurrenten, sogar rückwirkend seit Jahresanfang. Aber solange die drei Bahnsparthen Personenverkehr, Güterverkehr und Fahrweg in einer einzigen Aktiengesellschaft zusammengefaßt sind, fließen die Gelder nur von einer in die andere Tasche. Als Großabnehmer genehmigt sich die Bahn selbst die besten

Rabatte, in der Spitze bis zu 20 Prozent. Von Mondpreisen sprechen private Interessenten, die private Güterbahn sei gegenüber dem Lkw-Verkehr viel zu teuer.“; „Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) argwöhnt, daß die Bahn unliebsame Konkurrenz von vornherein ausschalten möchte. Die DB sei ‚monopolistischer Netzanbieter und mit Abstand größter Fahrwegnutzer‘ zugleich. Der Verdacht ist durchaus begründet. Die Bahn bestimmt die Preise, sie vermietet die Züge, verkauft die Trassen und beherrscht die Schalter. Die Grenzen zu den Wettbewerbern sind klar abgesteckt. Bahnvorstand Häusler spricht es offen aus: Ihre Butterstrecken werde die Bahn auf keinen Fall hergeben.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683277.html>

Frankreich: ES FEHLT NUR DER FUNKE (11.07.1994) ■

Am Ende der Ära Mitterrand quälen Selbstzweifel die Nation. Die Franzosen haben das Vertrauen in ihre Institutionen verloren. Arbeitslosigkeit, Jugendfrust, Affären und Politikerverdruß erzeugen einen Mißmut, der sich jederzeit in Aufruhr entladen kann. Wird Frankreich zum „kranken Mann Europas“?

Sozialstaat mit negativer Finanzperspektive, Eigeninitiative positiv. „Die Stadtbarone stemmen sich gegen jede Veränderung. Frankreich sei, auch nach fast 14 Jahren sozialistischer Präsidialherrlichkeit, ein ‚konservatives Land‘, seufzt Mitterrand. Im Frühjahr legte Balladur den 800 000 Schul- und Universitätsabgängern, die keine Aussicht auf einen Job haben, einen ‚Vertrag zur beruflichen Eingliederung‘ in die Industrie vor. Der Nachwuchs prüfte gar nicht erst, was daran brauchbar sein könnte. Weil sie eine Abwertung ihrer Diplome – einst Garantiescheine für die Karriere – fürchteten, zogen Hunderttausende durch die Straßen, zertrümmerten Schaufenster und setzten Autos in Brand.“; „Frankreich, mit Sozialleistungen wohlversorgt, ist ärmer geworden. Den Versicherungsträgern fehlen schon jetzt 57 Milliarden Francs, und im Jahr 2010 wird es zwischen Ärmelkanal und Cote d’Azur mehr Bürger über 60 als unter 15 Jahren geben.“; „Kollektiv“, so deutet die Soziologin Pascale Weil den scheinbaren Widerspruch, lebe Frankreich in einer ‚Vertrauenskrise in seine Institutionen‘: Parteien und Schulen, Gewerkschaften und Krankenhäuser. ‚Individuell‘ habe jedoch das härter gewordene Leben die Franzosen wieder ‚wacher‘ gemacht. Sie hätten ‚Lust, etwas zu tun‘, vom Erlernen des Windsurfens bis zur Schwarzarbeit.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683302.html>

Vietnam: Sieh zu, daß du reich wirst (11.07.1994)

SPIEGEL-Reporter Joachim Preuß über Hanoi Aufbruch in den Kapitalismus

Erfolgreiche Marktwirtschaft. „Wir haben keine besondere Philosophie“, sagt ein Wirtschaftsplaner in Hanoi, ‚wir sind praktisch.‘ Früher war es mit ‚den Russen praktisch‘, und heute stellt sich eben heraus, daß jenes ökonomische Prinzip des Briten Adam Smith noch praktischer ist. In staunenswerten Sprüngen jagt die Entfaltung der privaten Kräfte die Wirtschaft voran. Die Wachstumsraten liegen bei acht Prozent. Wer einen Zipfel des Booms zu fassen kriegt, arbeitet fast rund um die Uhr. Die wuselnden Straßenhändler kennen keine Ruhetage. Die Concierge im neu eröffneten Privathotel in Hanoi ist sechs Tage die Woche im Dienst, am siebten lernt sie Englisch in einer Sprachschule. Wozu die Vietnamesen fähig sind, belegt besonders anschaulich die Landwirtschaft. Über die Jahrzehnte der Planwirtschaft mußte das Land, um satt zu werden, Reis einkaufen. Noch heute zahlt es beispielsweise den Indern, die damals halfen, Schulden zurück. Nach der Privatisierung der Landwirtschaft dauerte es nicht einmal zwei Jahre, bis sich Vietnam vom Einkäufer in einen Reisexporteur verwandelte. Heute produziert das Land soviel Reis, daß die Bauern auf kostbarere Güter umsatteln. Der clevere Landmann züchtet Schildkröten, Langusten oder Geflügel, pflanzt Mandarinenbäume, die zum Tet-Fest, wie der deutsche Tannenbaum, in jedem Haus geschmückt werden.“; „Und sie empfinden wie alle Konsumenten dieser Erde. Sie bevorzugen Sony gegenüber ihren volkseigenen Empfängern. Hondas Moped mit dem schönen Namen ‚Dream II‘ hat in Ho-Tschi-minh-Stadt bereits das Fahrrad als Massenverkehrsmittel abgelöst.“; „Doanh, dessen scharfsinnige Analysen den altvorderen Parteigenossen oft zu weit gehen, macht den Deutschen allerdings keine großen Hoffnungen: ‚Die jungen Leute lernen Englisch.‘ Die Deutsch-Freunde im Lande sind nicht gerade die vorwärts tobenden Marktwirtschaftler. Sie haben in der DDR gelernt, und viele ziehen angesichts der neuen Zeit den Kopf zwischen die Schultern – Osis auf vietnamesisch.“; „Minhs Job ist es, die Erde nach den besten aller Wirtschaftsmodelle abzusuchen. Denn die Vietnamesen haben beschlossen, künftig von nichts und niemandem abhängig zu sein. Die Zeit mit den Russen und deren desaströser Art des Wirtschaftens reicht.“; „Denn die Chinesen, zumal die von der Insel, sind Anhänger eines höchst rabiaten Kapitalismus. Das gefällt den Planern in Hanoi insofern, als es Investitionen und schnelles Wachstum verspricht. Andererseits hat der Wunsch nach dem besten aller Gesellschaftssysteme dazu geführt, daß beispielsweise die netten Leute von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung Ideen der sozialen Marktwirtschaft, des Arbeitsrechts etwa, nach Hanoi getragen haben. Es war für die Deutschen ein hartes Stück Arbeit, den mißtrauischen Kommunisten klarzumachen, daß ein Streik nicht zugleich Revolution bedeutet. Daß nun ein wohl formuliertes Streikrecht in Kraft ist, ziert die vietnamesische Zivilisation, ist hingegen in den Augen hartgesottener Koreaner oder Chinesen eine lächerliche Verbeugung vor westlichen Irrungen.“; „Daß der geordneten Marktwirtschaft stets der wüste Schwarzhandel vorangeht, ist schulmäßig zu beobachten. In endlosen Schlangen schieben die Händler ihre vollbepackten Fahrräder über die kambodschanische Grenze. Aus Singapur kommend, landen kleine Schiffe die Honda-Mopeds massenhaft an, die dort 1000 Dollar und hier 2500 kosten. Offiziell schimpft die Regierung, inoffiziell halten Beamte die Hand auf.“; „Wenn der örtliche Siemens-Chef einer niederen Bediensteten 150 Dollar im Monat bezahlt, so mag das die IG Metall als Lohndrückerei anmuten. Wenn aber die Siemens-Mitarbeiterin aus dem Büro kommt und auf ihr Moped steigt, um nach Hause zu fahren, gibt es eine beträchtliche Chance, daß ein

Polizist sie anhält. Der nämlich verdient nur 15 Dollar und verlangt nun Anteil an jenem Geld, das die Fremden ins Land bringen. Der Wirrwarr an Gesetzen und Verordnungen hat somit einen höchst praktischen Grund. Wer ein amtliches Papier braucht, muß bezahlen. Auf diese Weise, die andernorts den groben Namen Korruption trägt, balancieren sich öffentliche Armut und privater Wohlstand ein wenig aus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683348.html>

PDS: Das fossile Ärgernis (18.07.1994)

Erhard Eppler über deutsche Wende-Kommunisten, die Sozialdemokraten und das Höppner-Modell

Kommunismus funktioniert nicht. „Das System, das die Kommunisten errichtet hatten, ist gescheitert, es ist tot, mausetot. Heute mögen manche Veteranen damit Erinnerungen verknüpfen, aber wer möchte schon ein System noch einmal probieren, das einfach nicht funktioniert? Die Postkommunisten profitieren von den Fehlern ihrer Nachfolger, aber auch von den Träumen ihrer Landsleute, die gerne die Wohltaten des Kapitalismus zusammen mit denen des Kommunismus gehabt hätten.“; „Die PDS, die von alledem profitiert, ist als Oppositionspartei konstruiert. Niemand will mit ihr zusammen regieren. Also braucht sie auch keine Angst zu haben, sie müsse ihre Versprechungen einlösen. Und sie kann an Errungenschaften der DDR erinnern, wohlwissend, daß die meisten von ihnen die angenehme Kehrseite jener Ineffizienz waren, an der die DDR zugrunde ging.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683437.html>

Apotheker: Üppiges Wahlgeschenk (25.07.1994)

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat den Apothekern ein 250-Millionen-Mark-Geschäft zugeschanzt.

Politik bedient Interessengruppen. „Die Versicherten, so die Kassen-Kalkulation, müssen ‚mindestens 50 Millionen Mark‘ draufzahlen. Bundestag und Bundesrat stimmten der Änderung des Arzneimittelgesetzes zu. Nicht einmal Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU), offiziell stets auf Sparkurs, durfte gegen das Millionengeschenk an diese Zielgruppe mitten im Wahlkampf aufmucken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691508.html>

Manager: Falsche Verträge (25.07.1994)

Ist ein Spitzenmann soviel wert, wie er verdient? Beim Gehalt geht es keineswegs nur um Leistung.

Unflexibles, konservatives Lohnsystem sollte durch Bezahlung nach Leistung ersetzt werden. „Wie Donaldisten mit akribischer Liebe ihren Dagobert Duck analysieren, so ist der verschworene Zirkel der Gehaltsforscher der rätselhaften Geldschwemme bei den Führungskräften auf der Spur. Ihre langjährigen und weltweiten Untersuchungen haben immer wieder dasselbe Ergebnis hervorgebracht: Die Bezüge der obersten Manager-Riege hängen von allen möglichen Größen ab, nur nicht von der Leistung der leitenden Herren. Gewinn oder Verlust, nach marktwirtschaftlicher Lehre der Ausweis unternehmerischer Tüchtigkeit, beeinflussen die Entwicklung der Manager-Vergütung fast gar nicht. Bei einem um zehn Prozent höheren Gewinn steigt im weltweiten Durchschnitt das Einkommen der Vorstände allenfalls um ein Prozent. Umgekehrt hat auch eine entsprechende Verschlechterung des Unternehmensergebnisses einen ebenso minimalen Effekt für die obersten Gehaltsempfänger.“; „Hanebüchen und antiquiert“, so der Berliner Workshop-Organisator Joachim Schwalbach, sind etwa die Bestimmungen des deutschen Aktiengesetzes über die Vorstandsvergütungen. Gehaltskürzungen sind in der oberen Etage laut Paragraph 87 nur erlaubt, wenn die Fortzahlung des hohen Gehalts ‚eine schwere Unbilligkeit für die Gesellschaft sein würde‘.“; „Über einen mehrjährigen Zeitraum, so ergaben Schwalbachs Studien für 1987 bis 1990, bezahlen nur 15 Prozent der Unternehmen ihre Vorstände konsequent nach Leistung. Zu den lobenswerten Ausnahmen zählen etwa Deutsche und Dresdner Bank, Siemens und BASF.“; „Die deutschen Manager haben die falschen Verträge“, meint Kevin J. Murphy. Der Harvard-Professor gilt als Papst der internationalen Manager-Gehaltsforschung. Der festgeschriebene Anteil der Vergütung ist bei deutschen Vorständen viel zu hoch. Im Schnitt sind ihnen 70 Prozent ihrer Bezüge garantiert, ganz gleich wie es dem Unternehmen geht. In den USA ist das Verhältnis genau umgekehrt: 70 Prozent des Manager-Gehalts sind erfolgsabhängig.“; „Die deutschen Manager wettern zwar gern gegen das starre deutsche Tarifsysteem für ihre Untergebenen. Doch das Lohnsystem der Chefs ist so unflexibel und konservativ wie kaum ein anderes auf der Welt. ‚Da herrscht die alte Denke‘, sagt Näser, ‚der Vorstand ist per se arbeitswillig und gut.““; „Die Vorstände entfalten zum Beispiel mit der Eroberung zusätzlicher Märkte oder dem Zukauf von Firmen ihren Machtbereich, ohne die Eigentümer über Gewinnausschüttungen daran teilhaben zu lassen. Das Geld wird im Unternehmen versteckt – oder es mehrt die Bezüge des Vorstands. Nur wenn die Eigentümer starken Einfluß nehmen können, ist die Selbstbedienung für Führungskräfte nicht so einfach.“; „Die stärkere Erfolgsabhängigkeit der amerikanischen Manager-Gehälter ist allerdings auch nicht ohne schädliche Nebenwirkungen. Die verbreitete Methode, die Firmenchefs über Aktien-Optionen an einer Wertsteigerung des Unternehmens teilhaben zu lassen, führt zu mitunter gigantischen Einkünften. So kam der Walt-Disney-Sanierer Michael D. Eisner vergangenes Jahr auf das höchste Manager-Gehalt aller Zeiten: 203 Millionen Dollar. Kann so ein Manager wirklich soviel leisten, wie er verdient? Auf die Frage weiß auch die Creme der Profit-Professoren keine Antwort. ‚Die absolute Höhe eines Manager-Gehalts ist wissenschaftlich gesehen eine triviale Frage‘, sagt Gehalts-Papst Murphy, entscheidend sei ein sinnvolles Anreizsystem zur Leistung. So ganz trivial kann die Höhe des Gehalts für

den Professor wohl doch nicht sein. Denn aus dem Dienst an der Wissenschaft vom Manager-Gehalt wechselt Murphy jetzt in eine weitaus besser dotierte Manager-Position bei der Beratungsfirma Towers Perrin.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691517.html>

Arbeitsmarkt: ENDE EINES MONOPOLS (01.08.1994)

Private Firmen dürfen Arbeitsplätze vermitteln, die Arbeitsämter verlieren ihr Monopol. Der Konkurrenzdruck wird für frischen Wind in den Amtsstuben sorgen. Rund 2000 Bewerber stehen bereit – Zeitarbeitsfirmen, Personalberater und Existenzgründer hoffen auf gute Wachstumschancen in dem neuen Markt.

Private Arbeitsvermittlung positiv, Konkurrenz bringt Behörde auf Trab. „In 39 Ländern hatten die Forscher seit Ende des vergangenen Jahres erfragt, wie sich verschiedene Arbeitsverwaltungen und ihre privaten Konkurrenten bewähren. Das wichtigste Ergebnis: Nur in wenigen Bereichen kommen sich private und staatliche Anbieter dauerhaft in die Quere. Heftige Konkurrenz fanden die Wissenschaftler nur auf wenigen Teilarbeitsmärkten, etwa bei Bürokräften in Australien oder bei Gastronomie-Personal in Großbritannien und in den USA. Außerdem führt der Einstieg privater Anbieter offenbar nicht unbedingt dazu, daß die staatliche Arbeitsverwaltung an Bedeutung verliert – im Gegenteil. In Großbritannien und in Dänemark stieg der Marktanteil der Behörden sogar, als private Konkurrenten auf den Markt kamen. In Dänemark lag das daran, daß die Arbeitsverwaltung nach der Öffnung des Marktes für Private gründlich umgekrempelt wurde. Nun sei ‚das Ziel der Liberalisierung erreicht‘, schreiben die IAB-Experten, ‚weniger durch neue Angebote als durch die Verbesserung der öffentlichen Dienste‘. Gut möglich, daß der Konkurrenzdruck jetzt auch in Deutschland für frischen Wind in den Amtsstuben sorgt: Zumindest hat Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, pünktlich zum Start der privaten Konkurrenz in der vergangenen Woche eine große Vermittlungsoffensive angekündigt.“; „Besonders schwierig war es, die Gewerkschaften als Partner zu gewinnen. ‚Bei uns gab es große Bedenken, ob wir uns auf so etwas einlassen sollen‘, sagt Nicola Hirsch, die für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im Beirat von Start sitzt. Die Arbeit mit den Holländern bietet für Unternehmer schließlich ungewohnte Freiheiten: Die Arbeitgeber können Beschäftigte erst einmal unverbindlich testen, ohne irgendwelche Kündigungsfristen zu beachten. Wer dem Meister oder dem Chef mißfällt, kann von einem Tag auf den nächsten vor die Tür gesetzt werden. Start sorgt schnell für Ersatz. Nicht einmal Urlaubs- oder Krankengeld müssen die Arbeitgeber zahlen, falls einer der Interessenten überraschend ausfällt. Auch das übernimmt Start, denn die Agentur ist Vertragspartner der Arbeitsuchenden. Die Gewerkschaften fürchteten zunächst, daß sich solche Regeln zu Lasten der Beschäftigten auswirken. Deshalb hat der DGB das Projekt wissenschaftlich begleiten lassen, regelmäßig wurden die vermittelten Arbeitnehmer nach ihren Erfahrungen befragt. Die waren offenbar hochzufrieden. So drängt inzwischen auch der DGB darauf, daß Start bundesweit Geld vom Staat erhält.“; „Nicola Hirsch findet immer noch, daß Start in die staatliche Arbeitsverwaltung eingebunden werden sollte. Doch grundsätzlichen Widerspruch äußert sie nicht. ‚Was die Holländer da in zwei Jahren auf die Beine gestellt haben‘, so die Gewerkschafterin, ‚das hätten die Arbeitsämter allein sicher nicht geschafft.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683946.html>

Schulden: Fahrrad auf Pump (01.08.1994)

Der Staat bezahlt immer mehr kurzlebige Investitionen mit gepumptem Geld. Das geht auf Kosten künftiger Generationen.

Politiker können der Versuchung, Schulden zu machen, nicht widerstehen. „Tilgung ist für die Schuldner im Bund und in den Ländern, in Städten und Gemeinden ein unbekanntes Wort. Da sind sich Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) und Hamburgs Innensenator Werner Hackmann (SPD) einig: Werden alte Schulden fällig, zahlt der Staat mit neuen Krediten. Die Praxis ist formal nicht wider das Gesetz. Sie hat bewirkt, daß der Schuldensockel aller staatlichen Ebenen ständig gewachsen ist – nach der Einheit besonders schnell.“; „Obwohl die Schuldenbürde immer drückender wird, die Last den Spielraum für politisches Handeln in den nächsten Jahren drastisch beschneidet, denken die Regierungschefs in Bund und Ländern nicht über den Tag hinaus. Unbeeindruckt überdehnen sie die gesetzlichen Möglichkeiten, neue Schulden zu machen – zu Lasten ihrer Kinder und Enkel.“; „Bereits 1991 und 1993 rügte der Bundesrechnungshof, ‚daß die Schulden des Bundes bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise letztlich nicht getilgt werden‘. Deshalb, so die Prüfer, müsse der Staat auch für solche Kredite Zinsen zahlen, ‚deren Gegenwert ganz oder teilweise schon nicht mehr vorhanden ist‘. Ein solches Verfahren, urteilt Jan Meyer-Abich vom Hamburger Rechnungshof, sei ‚Raubbau an den Ressourcen der künftigen Generationen‘.“; „Politiker sind stets versucht, unpopulärem Sparzwang auszuweichen und mit Leihgeld Stimmen zu fangen. Das war schon den Vätern des Grundgesetzes bekannt. In Artikel 115 erlaubten sie die Aufnahme von Schulden deshalb nur für ertragbringende, rentierliche Objekte. Diese restriktive Fassung wurde 1969 gelockert. Wirtschaftsminister Karl Schiller brauchte mehr Spielraum für eine aktive Wachstumspolitik durch staatliche Ausgaben. Höchstgrenze der jährlichen staatlichen Kreditaufnahme in wirtschaftlich ausgeglichenen Zeiten ist seither die Summe der Investitionen. Die Begründung für die neue Großzügigkeit leuchtet ein. Es wäre unfair, Kosten für Brücken, Straßen, Gleise, Schulen und Bäder allein den Steuerzahlern im Jahr des Baues aufzudrücken. Schließlich kommen diese Investitionen auch kommenden Generationen zugute. Doch die Politiker mißbrauchten ihre neue Freiheit. Sie erklärten selbst kurzfristig an Wert verlierende Einkäufe zu Investitionen, wie zum Beispiel Dienstfahräder oder PC. Vor allem aber: Sie tilgten die Schulden nicht wenigstens in Höhe des jährlichen Wertverlustes aus dem laufenden Steueraufkommen. Nur dann aber trägt jede Nutzergeneration

ihren Anteil. Auf Druck des Verfassungsgerichts regelte das Parlament 1990 endlich, was unter Investitionen zu verstehen ist. Doch statt die großzügige Auslegung dieses Begriffs einzugrenzen, legalisierte die Mehrheit die gängige Praxis schlicht per Gesetz.“; „Per Saldo reichten die Kreditzuflüsse von den Banken also gerade aus, um die Zinsüberweisungen an die Banken zu decken. Hermann Granzow, Präsident des Hamburger Rechnungshofes: ‚Solche Geschäfte kann sich nur der Staat leisten, und selbst er nicht auf Dauer.‘“; „Ihr scheinheiliges Argument: Auch ohne strengeres Gesetz sei niemand gehindert, weniger Schulden aufzunehmen als gesetzlich erlaubt. Das ist die Theorie. Die Praxis sieht anders aus. In den mittelfristigen Plänen fast aller Gemeinden, Länder und des Bundes schöpfen die Kassenwarte ihre manipulierten Kreditspielräume voll aus.“; „Der Präsident des Düsseldorfer Rechnungshofes, Eberhard Munzert, weiß, warum eine breite Front der angeblich so sparsam wütigen Kassenwarte die Schuldenexplosion weniger fürchtet als den Verlust der auf kurze Sicht so nützlichen Kreditspielräume. ‚Der Staat‘, sagt Munzert, ‚kann – anders als ein Unternehmen – nicht pleite gehen.‘ Bund und Länder, so Munzert, hätten die ‚Abgabenhöhe‘. Ehe sie Konkurs anmelden, erhöhen sie einfach die Steuern.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691661.html>

Steuern: PUNKT FÜR PUNKT EIN FLOP (08.08.1994)

Eine große Steuerreform wollte der Finanzminister verkünden. Doch dann verließ ihn der Mut: Im Wahlkampf will Theo Waigel dem Bürger unangenehme Wahrheiten ersparen. Statt der großen Reform legte er ein Reförmchen vor: eine Reihe von Maßnahmen zur Steuervereinfachung, gut gemeint und wirkungslos.

Politik kann sich nicht zu Steuersenkung und -vereinfachung durchringen. „Eine wirkliche Reform ist überfällig. Die Belastung der Bürger hat die Schmerzgrenze längst überschritten. Nicht einmal Experten durchschauen das wild wuchernde System.“; „Alle vom Verfassungsgericht erzwungenen tiefgreifenden Korrekturen im Einkommensteuerrecht oder bei der Erbschaft-, Schenkung- und Vermögensteuer würden ‚aufkommensneutral‘ umgesetzt. Das Zauberwort suggeriert eine Operation ohne Schmerzen. Doch das ist ein leeres Versprechen. Der Schutz des Existenzminimums kostet Milliarden, Waigel muß in zäh verteidigte Besitzstände mächtiger Lobbygruppen eingreifen.“; „So große Gruppen vor der Wahl zu verprellen – das ersparen sich Politiker lieber. Deshalb versucht Waigel die Bürger auch über bevorstehende Änderungen bei der Schenkung- und Erbschaftsteuer zu beruhigen.“; „Ein Versprechen, typisch für Wahlkampfzeiten: Es wird nicht zu halten sein.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684102.html>

Kuba: ADIOS, ROTER CAUDILLO (15.08.1994)

Dem sozialistischen Bollwerk in der Karibik droht der wirtschaftliche Zusammenbruch. Straßenproteste und Plünderungen in Havanna, Massenflucht nach Florida und der Ruf nach Freiheit deuten das Ende der Herrschaft Fidel Castros an. Doch Kubas roter Caudillo bleibt bei seiner Parole: Sozialismus oder Tod.

Sozialismus. „Jetzt ist das Scheitern einer weiteren Spielart des realen Sozialismus so gut wie gewiß: der lateinamerikanischen Variante des Staatskapitalismus, welche einst die Linken Europas, zumal mit Chef-Guerrillero Che Guevara, ebenso begeisterte wie der noch fernere Mao und der bärtige Ho Tsching-minh. Der Mann mit der egalitären Vision bezauberte Jean-Paul Sartre und Hans Magnus Enzensberger, Willy Brandt und Oskar Lafontaine, der mit dem Rebellen kräftig Rum becherte. Fidel Castro ist kein Schreibtischkommunist, sondern ein leibhaftiger Pistolero, der über alles diskutieren kann und zudem die Genüsse des Daseins schätzt. Doch auch Castros Experiment des ‚socialismo tropical‘ offenbarte, wie folgerichtig der Traum von der großen Gleichmacherei endet: in der Diktatur eines Mannes, einer Partei und einer Ideologie, in einer neuen Klassengesellschaft und im Wirtschaftschaos. Castro, der sich meist im olivgrünen Militärdrill präsentiert, hatte alles getan, jeden analphabetischen Einwohner zu schulen, allen Untertanen das Existenzminimum zu garantieren – Vorbild und Vorreiter für die Dritte Welt, und mehr: Kostenlos sollte jedermann Wohnung, Telefon, Bus, Schule, Arzt und Krankenhaus genießen. Heute noch prunkt das Karibikeiland mit der niedrigsten Kindersterblichkeit und höchsten Lebenserwartung aller Entwicklungsländer. Doch das Lebenswerk des Fidel Castro, der am vorigen Sonnabend seinen 68. Geburtstag beging, zerbröckelt rapide. Sein Volk, Opfer eines zentralistisch erstarrten Planungssystems, muß sich mit Hungerrationen begnügen, auf einer fruchtbaren Tropeninsel, auf der sich ganzjährig säen und ernten läßt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684375.html>

Ich bin ansprechbar (29.08.1994)

**Edzard Reuter über seine Visionen von Berlin und seine Erwartungen an Politiker
 Von Bayer, W. und Fleischhauer, J.**

Überregulierung, Bürokratie. „Reuter: Unser Land muß zu einem neuen Selbstverständnis finden. Bislang waren wir in der komfortablen Lage, daß wir uns Kleinkariertheit in vielerlei Hinsicht leisten konnten. Wir haben über Jahrzehnte hinweg den Aufbau immer größerer Bürokratien gefördert, deren Hauptzweck es ist, Entwicklungen zu blockieren, statt sie zu voranzutreiben. Berlin muß zeigen, daß es auch anders geht. Wir müssen eine neue Auffassung davon entwickeln, was schlanke Bürokratie wirklich heißt, wie sich der überregulierte Staat öffnen läßt, was bürgernahe Verwaltung in der Praxis bedeutet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684789.html>

Beamte: DA GEHT GAR NICHTS (29.08.1994) ■

Das Heer der pensionierten Beamten wächst bedrohlich und mit ihm die Lasten, die letztlich der Steuerzahler trägt. Bund und Länder stehen vor einer Katastrophe, doch niemand wagt zu handeln. Das System der Beamtenversorgung in Deutschland scheint nicht reformierbar.

Teure Staatsdiener als „wahlentscheidende Macht“. „Die Ursachen der mißlichen Situation sind bekannt. In den siebziger Jahren und nach 1985 ernannten Bund, Länder und Gemeinden allzu viele Staatsdiener zu Beamten auf Lebenszeit. Die gehen um die Jahrtausendwende und danach in Pension. Der Aufwand erhöht sich zudem, weil die Besoldung gestiegen ist und die Politiker ihre Zuarbeiter großzügig befördert haben. Außerdem verlassen die Beamten ihren Schreibtisch zunehmend schon in mittleren Jahren. Großzügige Regelungen ermöglichen es ihnen, den Ruhestand ohne schmerzhaft finanzielle Einbußen vorzuziehen. In Schleswig-Holstein scheidet nicht einmal ein Drittel erst mit 65 Jahren aus. Alle anderen hören früher auf, 34 Prozent ließen sich Dienstunfähigkeit bescheinigen. Von den Lehrern bleiben gar nur vier Prozent bis zur gesetzlichen Altersgrenze im Schuldienst. Trotz der erkennbaren Pensionskatastrophe ist es im Öffentlichen Dienst noch immer guter Brauch, gesundheitliche Klagen großzügig zu honorieren. Ältere Beamte, die bei Bahn, Post oder Bundeswehr nicht mehr gebraucht werden, entläßt der Dienstherr mit goldenem Handschlag. Das ist nicht zuletzt auch für die verbleibenden Aktiven angenehm, ihre Beförderungschancen steigen, es kommt ‚Durchzug in den Kamin‘ (Hirsch).“; „Mit herkömmlichen Mitteln ist die Altenlast des Staates nur zu verschieben, nicht zu mindern. Die über zwei Millionen Beamten haben eine möglicherweise wahlentscheidende Macht, die Staatsdiener sind deshalb eine gefürchtete Lobby. Vor der ist auch Innenminister Kanther jetzt wieder eingeknickt. Die Innenpolitiker der Koalition wollten wenigstens dem Unfug der Frühpensionierungen und der häufigen Dienstuntauglichkeit ein Ende machen. Beamte, die an ihrem bisherigen Schreibtisch nicht mehr gebraucht werden oder die Arbeit nicht mehr schaffen, sollten auf einen anderen Dienstposten versetzt werden, aber natürlich bei gleicher Bezahlung. Der Plan verschwand in der Reform-Schublade.“; „Im nächsten Jahr, meint Schleußer, müßten die Länder von der ÖTV fordern, Arbeiter und Angestellte am Beitrag für die Zusatzrente zu beteiligen. Dann könnte auch über die Beamtenbesoldung geredet werden. Rudi Walther (SPD), scheidender Vorsitzender des Bonner Haushaltsausschusses, glaubt nicht daran. ‚Da geht im Tarifbereich gar nichts‘, resigniert er. Seine parteiübergreifende Erfahrung: ‚Wer legt sich schon gern mit dem Öffentlichen Dienst an?‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684833.html>

Schweden: STEPTANZ AUF DER KLINGE (12.09.1994) ■

Wuchernde Staatsverschuldung, Massenarbeitslosigkeit, schwindendes Selbstvertrauen: nach drei Jahren Regierung hat Schwedens bürgerliche Koalition abgewirtschaftet. Die Sozialdemokraten stehen bei den Parlamentswahlen vor einem Comeback – Wende rückwärts in der Sehnsucht nach dem alten Wohlfahrtsstaat.

Überdehnter und überschuldeter Staat. „Schon Vorschüler werden hier den ganzen Tag über betreut. So können die Eltern arbeiten und die horrenden Steuern zahlen, mit denen nach geltender sozialdemokratischer Lehre die Vollversorgung finanziert werden kann. Schützend breitet Carlsson die Arme über die Kleinen und beteuert: ‚Ich glaube an das schwedische Modell.‘ Trostloses Schweden: Mit jeder Minute, die Carlsson sich durch Uppsala lächelt, schwellen Schwedens Staatsschulden um 400 000 Kronen. Am Jahresende werden es über 1300 Milliarden sein, mehr als eine Viertelbillion Mark. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 8 Prozent, ohne die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme wären es sogar 14 Prozent. Nie war die Krone weicher als heute. Der chronisch geblähte Staats- und Wohlfahrtsapparat, seit Jahren auf Pump am Leben erhalten, treibt Schweden in den Ruin. Das Land gleicht einem Auto, das auf dem Dach durch eine enge Gasse rutscht, an deren Ende ein Abgrund klafft.“; „Unverdrossen wie einst preist er die Pampers-Gesellschaft, die ihre Bürger von der Wiege bis zur Bahre an die Hand nimmt. An ihren Fürsorge- und Bevormundungsstaat haben sich die Schweden gewöhnt wie an einen Blindenhund.“; „Seine Pläne für den Aufschwung gleichen eher dem Steptanz auf einer Rasierklinge. Denn die Partei beharrt im Prinzip auf ihrem alten Instrumentarium, das schon jenen Strategen diente, die das Land in die Hyperverschuldung trieben. Zuerst sollen die von Bildt gesenkten Steuern erhöht werden, die Mehreinnahmen Arbeitsbeschaffungsprogrammen zufließen. So wurde einst die Arbeitslosenrate auf der Traumquote von zwei Prozent gehalten.“; „Der Industrieverband hat die für eine annähernde Vollbeschäftigung benötigten Daten errechnet. Um eine halbe Million neuer Arbeitsplätze in Industrie, Handel und privatem Dienstleistungssektor zu schaffen, seien bis zum Jahre 2000 ein jährlicher Zuwachs von 5 Prozent und 600 Milliarden Kronen Investitionen nötig. Da aber die Sozialdemokraten eine härtere Vermögens-, Kapital- und Aktienbesteuerung angekündigt haben, werde das für Neuinvestitionen benötigte ‚Risikokapital nicht fließen‘, warnt Verbandsgeschäftsführer Magnus Lemmel. Die Sozialdemokraten hätten sich in einen Widerspruch verannt: ‚Sie wollen reiche Unternehmen, aber keine reichen Unternehmer.‘ Längst gehen die Industriekapitäne eigene Wege. Obwohl der Export dank der abgewetzten Krone auf Hochtouren läuft, sind für die 600 000 Arbeitslosen keine Jobs in Sicht. Wegen der rigiden Arbeitsschutzgesetze vermeiden viele Firmen Neueinstellungen. Statt dessen werden Überstunden gefahren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685848.html>

POLITIK AUF PUMP (26.09.1994) ■

Das drängendste Problem wird im Wahlkampf von allen Seiten vernebelt – die öffentlichen Finanzen. Keine Partei hat ein Konzept, und keine sagt den Bürgern, was auf sie in den nächsten Jahren zukommt: Die Politiker

werden ihnen noch ungenierter in die Tasche greifen. Es sei denn, nun würde endlich gespart.

Staatliche Verschwendung, Schuldenpolitik, Wahlgewinne. „Jahrelang hat die Bonner christlich-liberale Koalition mit vollen Händen in die öffentlichen Kassen gegriffen, nun verheißt Finanzminister Theo Waigel, ‚die konsequente Fortsetzung des Sparkurses‘. ‚Mit dem Geld der Bürger muß sorgsamer umgegangen werden‘, fordern die SPD-Finanzpolitiker im Wahlkampf. Aber da, wo sie – in Ländern und Gemeinden – Zugriff aufs Budget haben, geben sie die Steuergelder ebenso ungeniert aus. Die große Koalition der Verschwender verschleudert Jahr für Jahr Milliarden, die an anderer Stelle dringend gebraucht würden (siehe Seite 40). Zur Hoffnung, daß das künftig anders wird, bieten die Wahlprogramme wenig Anlaß.“; „Dann blieben, spätestens im Jahre 1997, selbst dem Durchschnittsverdiener von jeder Mark nur noch 50 Pfennige. Und nicht einmal damit wird es sein Bewenden haben.“; „Die Staatsverschuldung übersteigt in diesem Jahr die Zwei-*Billionen*-Marke. Sie hat sich damit seit 1990 verdoppelt, seit 1982 sogar verdreifacht. In seiner Finanzplanung versprach Waigel regelmäßig, in den folgenden Jahren weniger zu pumpen. Tatsächlich wurde es immer mehr.“; „So kann sich eine Regierung vielleicht von Wahltag zu Wahltag hangeln. Langfristig aber ist diese Finanzpolitik verheerend: Wie eine Schlinge, die sich langsam zuzieht, bedrohen die Folgen heutiger Verfehlungen die künftige Politik.“; „Es gäbe eine einfache Lösung: Bund, Länder und Gemeinden müßten sich auf eine Tugend besinnen, die ihre europäischen Nachbarn vor allem den Deutschen zusprechen und die doch hierzulande mehr und mehr in Vergessenheit geriet – sparen. Regieren mit weniger und nicht mit ständig mehr Geld, das wäre völlig neue deutsche Politik. Aber sie erforderte sehr viel Kraft. Die und den nötigen Mut, argumentieren die Freunde einer Großen Koalition, könnte nur ein Bund der beiden großen Parteien aufbringen. Leicht fällt es ja, Bauern und Schiffbauer zu subventionieren, Heimatvertriebene und Jugendmusikkapellen reichlich zu beschenken, die Außenwie die Entwicklungspolitik mit harter deutscher Mark abzustützen. Schwierig aber ist es, gegen die Tradition großzügiger Verschwendung zu reformieren und zu sparen, Probleme nicht mit Mark, sondern mit Ideen zu lösen.“; „Waigel weiß, was auf ihn zukäme. Selbst seine bisherigen, eher zaghaften Sparversuche haben ihm stets Krach mit den Verbündeten eingetragen. ‚Es ist mit der FDP immer merkwürdig‘, erzählt der Christsoziale gern, ‚sie verlangt von mir, mehr zu sparen. Aber wenn ich ganz konkret dorthin komme, wo auch FDP-Minister berührt werden, dann geht der Mut schnell zu Ende.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686609.html>

Bedienen Sie sich nur (26.09.1994)



Sie reden vom Sparen und geben doch Jahr für Jahr mehr aus. Milliarden versickern im Staats- und Beamtenapparat, Milliarden werden für unsinnige Projekte verplempert: Die große Verschwendung ist ein Teil des politischen und bürokratischen Systems – und nur durch radikale Reformen zu vermeiden.

Öffentliche Verschwendung; Bürokraten, Beamte. „Es ist wie verhext: Wann immer Politiker sparen wollen, am Ende wird es sündhaft teuer. Kleine Beschaffungen summieren sich plötzlich zu Großeinkäufen, bescheidene Investitionen enden in Milliardengräbern, der penibel korrekte Etatposten enthüllt sich mit Zeitverzug als pure Verschwendung öffentlicher Gelder. Dem Staat fehlen zig Milliarden für die Erfüllung seiner notwendigsten Aufgaben, die Arbeitslosenhilfe wird gekürzt, das Bafög kann nicht, wie geplant, erhöht werden – doch für viele Bürokraten spielt Geld keine Rolle. Die Industrie hat sich eine Schrumpfkur verordnet, um wieder zu gesunden; ein Großteil der Bürger muß sich einschränken, um über die Runden zu kommen – doch viele Behörden machen weiter wie bisher. Der Bürger wird geschöpft wie nie zuvor, die Steuerlast hat neue Rekordhöhen erreicht; die Kommunen pressen den Bürgern immer mehr Gebühren ab – doch das Geld wird mit vollen Händen ausgegeben. Rund 55 Milliarden Mark, so schätzt der Bund der Steuerzahler, werden Jahr für Jahr verschleudert. Das ist doppelt soviel, wie der von der Regierung geplante Solidaritätszuschlag in die Staatskasse bringen soll. Eine Menge Geld, und doch längst nicht alles, was im Staats- und Bürokratenapparat versickert. Denn daß der große Rest der reichlich über 1000 Milliarden Mark, die dem Bürger abgenommen werden, sparsam und effizient verwaltet wird, ist kaum wahrscheinlich.“; „Wirtschaftlichkeit und staatliche Verwaltung scheinen einander auszuschließen. Der aufgeblähte Staatsapparat verwaltet sich zum großen Teil selbst; Vorschriften, deren Sinn kein Mensch mehr zu erkennen vermag, treiben Kosten in abenteuerliche Höhen, deutscher Perfektionswahn verschlingt zusätzlich Geld. Nichts ist in der Industrie deshalb so begehrt wie ein öffentlicher Auftrag. Im Geschäft mit dem Staat lassen sich Traum-Renditen erzielen. Besonders die Waffenindustrie hat damit jahrzehntelang bestens gelebt.“; „Die Roten könnten nicht mit Geld umgehen, hieß es vor Jahren im Wahlkampf der Konservativen. Wieder ist Wahlkampf, und diesmal sind es die Sozialdemokraten, die denselben Vorwurf gegen eine konservativ-liberale Regierung erheben. Zu Recht: Die Staatsschulden haben sich binnen weniger Jahre verdoppelt – auf 2000 Milliarden Mark. Gewiß, das liegt auch an der deutschen Einheit und an den Hunderten von Milliarden Mark, die seither nach Ostdeutschland flossen. Und doch: Die Schulden könnten wesentlich geringer sein, wenn ernsthaft gespart würde.“; „Konsolidieren“ – das Politikerwort klingt so ähnlich wie ‚sparen‘. Aber es meint im besten Fall: weniger zusätzliche Schulden machen als im vergangenen Jahr. Die Bonner Koalition verspricht das seit Jahren. Das Ergebnis: 1982 beliefen sich sämtliche vom Staat aufgenommene Kredite auf 38,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 1990 waren es 43,2 Prozent. Im kommenden Jahr werden es 62 Prozent sein. Keine Partei will nach den Wahlen die Steuern erhöhen. Das jedenfalls behaupten sie alle im Wahlkampf. Doch welche Partei auch die Regierung stellen wird: Sie muß das Versprechen brechen – wenn nicht endlich ernsthaft gespart wird. Wie aber soll das gehen? Verschwendung und Selbstbedienung sind doch längst zum Bestandteil des politischen Systems geworden.“; „Das ‚Krebsübel der öffentlichen Haushalte‘, wie der Bund der Steuerzahler die Verschwendungssucht von Politik und Bürokratie nennt, hat

sich auf allen Ebenen des Gemeinwesens breitgemacht. So freizügig und liederlich wie Bonn gehen auch Länder und Gemeinden mit dem Geld der Bürger um, ganz gleich, wer da gerade regiert.“; „Ein internes, sorgfältig unter Verschluss gehaltenes Gutachten der Düsseldorfer Landesregierung belegt: Von den 3000 Beschäftigten der staatlichen Bauverwaltung an Rhein und Ruhr sind 40 bis 50 Prozent überflüssig. Und, das lehrt die Erfahrung, wer nichts zu tun hat, entwirft neue Vorschriften, Regeln und Normen. Wen wundert es da noch, daß allein die Beleuchtung eines Kindergartenraums heute 10 000 Mark kostet. Treppen, Klos und Fenster verschlingen, streng nach Vorschrift, Unsummen: Kein Kindergarten bekommt ein preiswertes Norm-Fenster, alles ist Maßarbeit. Die maximale Höhe jeder einzelnen Treppenstufe ist vorgeschrieben. ‚Man faßt es nicht‘, empört sich der SPD-Haushaltsexperte Rudolf Purps, ‚die öffentliche Verwaltung ist wie ein Zauberlehrling, man wird mit ihm nicht mehr fertig.‘ Die Folgen sind skurril, aber in Zeiten, in denen die Sozialhilfe gekürzt wird, kaum zum Lachen: In NRW sollen Polizisten künftig verstärkt mit dem Fahrrad auf Streife.“; „Besonders leicht läßt sich das Geld ausgeben, das aus fremden Kassen kommt. Wenn die Kommunen das Land, das Land den Bund und alle zusammen die EU-Kasse plündern können, dann wird Geldausgeben zur lustvollen Pflicht. In fünf Minuten, ruck, zuck, haben städtische Bedienstete Mietverträge zur Unterbringung von Asylbewerbern unterschrieben. Der Preis war Nebensache, auch Wuchermieten schreckten nicht, denn die Kosten werden zu hundert Prozent vom Land übernommen. Windige Pensionsbesitzer wurden so zu Millionären – zu Lasten der öffentlichen Kassen.“; „Natürlich zahlt das teuerste Turnhallenfundament der Republik der Steuerzahler - wie immer, wenn öffentliche Gelder verschwendet werden.“; „Effizienz, Kostenkontrolle, Sparsamkeit‘, so die Erfahrung des SPD-Wirtschaftsexperten und Vizepräsidenten der europäischen Investitionsbank, Wolfgang Roth, ‚in Wahrheit will das kein Mensch in den Administrationen.‘ Bürokratische Gesetze verhindern den sparsamen Umgang mit Geld, beflügelnd beim Ausgeben wirkt auch der deutsche Hang zur Perfektion. Doch schon die Dimensionen des öffentlichen Sektors treiben dessen Kosten: Je größer eine Organisation, das scheint ein ehernes Gesetz, desto höher die Kosten, desto unwirtschaftlicher der Betrieb.“; „Größe macht unflexibel und teuer – der deutsche Öffentliche Dienst, mit sieben Millionen Bediensteten die kopfstärkste Organisation Europas, belegt die These immer wieder neu. Benebelt vom Umgang mit großen Zahlen, ist den Verwaltern der öffentlichen Kassen die Vorstellung vom Wert des Geldes längst abhanden gekommen. Die Million wird zur kleinsten Einheit, das für einen Normalverdiener Unvorstellbare für den öffentlichen Finanzier zur Normalität.“; „In Kalkar am Niederrhein steht eine Atom-Ruine, einst als ‚Schneller Brüter‘ beschlossen, in der sind über 7000 Millionen Mark verbaut worden. Die gigantische Fehlinvestition scheint niemandem ein schlechtes Gewissen zu bereiten.“; „In der freien Wirtschaft zwingt der Druck des Wettbewerbs zu wirtschaftlichem Handeln; wer die Kosten nicht im Griff hat, wird in der Marktwirtschaft ausgesondert. Die öffentliche Hand kennt keinen Wettbewerb. Sie erhöht einfach die Einnahmen. 1960 steuerte der deutsche Staat dem Durchschnittsbürger 6,3 Prozent seines Einkommens weg. 1990 brauchte er mehr als das Dreifache. Schaffte er für das viele Geld mehr Sicherheit, Bildung oder Gerechtigkeit? Wohl kaum. Die Bürger wurden noch mehr ausgepreßt, als sich die deutschen Staaten vereinten. Steuern und Abgaben erklimmen seitdem jährlich neue Rekorde – und zugleich wird das öffentliche Geld von den Organisatoren der Einheit, der Treuhandanstalt, freizügig verteilt. Die Bediensteten selbst kamen dabei auch nicht zu kurz.“; „Wenn sich die Treuhänder so üppig aus der Staatskasse bedienen, muß sich niemand wundern, daß Verschwendung, Selbstbedienung und bürokratische Protzsucht im Osten Schule machen. Die Folgen sind in den neuen Ländern überall zu besichtigen.“; „Mit der Unerfahrenheit der neuen Verwaltungen in Ostdeutschland läßt sich solches Verhalten nicht erklären. Sonst gäbe es im Westen nicht so viele vergleichbare Fälle. Ein Berg von Gutachten beschreibt die Misere, an Reformvorschlägen ist kein Mangel. Jeder weiß, im groben, was geschehen muß: Der Öffentliche Dienst muß abspecken, die Vorschriftenflut eingedämmt werden, Abertausende von Normen und Richtlinien müssen gestrichen werden. ‚Mehr Eigenverantwortung, leistungsgerechte Bezahlung, ein modernes Rechnungswesen‘ empfiehlt vordringlich Hermann Hill, Verwaltungswissenschaftler aus Speyer, ‚alles Selbstverständlichkeiten in der Privatwirtschaft – im Öffentlichen Dienst unbekannt‘.“; „In einigen Kommunen haben Reformen, unter dem Diktat der leeren Kassen, bereits begonnen, die Verwaltung zu entschlacken. Und immer mehr Politiker propagieren den schlanken Staat, der sich auf wenige Aufgaben konzentriert und nach wirtschaftlichen Kriterien arbeitet. Bisher aber hat es noch kein Politiker gewagt, sich mit den Interessengruppen, die einer Totalreform des Öffentlichen Dienstes im Wege stehen, anzulegen. Beamte haben eine mächtige Lobby, und sie können, dank ihrer Masse, Wahlen beeinflussen. ‚Noch ist die Not nicht groß genug‘, beschreibt SPD-Haushälter Purps die Lage, ‚daß die Politik sagt, Schluß, so geht es nicht mehr.‘ Solange dem Steuerzahler, dem Post- und Bahnkunden, dem Hundehalter und dem Autofahrer noch mehr Geld aus der Tasche gezogen werden kann, wird die Verschwendung weitergehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692653.html>

Beamte: Klassisches Schema (03.10.1994)

Die Beamtenlobby arbeitet unermüdlich: Ihre Klientel soll im Pflegefall besser versorgt werden.

Beamtenprivilegien. „Die Pensionslasten erdrücken die öffentlichen Haushalte – doch der Beamtenminister hat es geschafft, den üppigen Besitzstand der Staatsdiener vor begehrlicher öffentlicher Diskussion zu schützen. Eine grundlegende Reform des verkrusteten Öffentlichen Dienstes ist längst überfällig – Kanther aber bewahrte seine verwöhnte Truppe selbst vor kleinsten Reförmchen: Auch künftig kann kein Beamter gegen seinen Willen auf einen minderen Posten in einem anderen Amt versetzt werden. In der vergangenen Woche verteidigte die Beamtenlobby wieder ihren Besitzstand, obwohl der Kampf schon verloren schien. Bei der Pflegeversicherung wollen die Staatsdiener, allen Absprachen zum Trotz, besser behandelt werden als normale Bürger. Beamte waren schon immer finanziell

großzügig gegen das Pflegerisiko abgesichert – auf Kosten des Steuerzahlers. Arbeitsminister Norbert Blüm wollte dieses Privileg ursprünglich abschaffen und die Beamten in die allgemeine Pflegeversicherung zwingen. Die hätten dann wie alle Beitrag zahlen, auf den Buß- und Betttag verzichten und sich mit dem Leistungsniveau der neuen Sozialversicherung begnügen müssen. Das konnten die Freidemokraten nicht zulassen.“; „Doch solche Versprechen zählen nicht viel, wenn ihre Erfüllung die eigene Klientel schmerzt. Wie die Anpassung im einzelnen auszusehen habe, interpretierte der Innenminister plötzlich kühl, sei nicht abgemacht. Derart ermuntert nahmen die Beamten den Kampf um ihre Privilegien in aller Stille noch einmal auf.“; „Arbeitsminister Blüm will jedoch darauf bestehen, daß die Beamten von ihren Privilegien lassen. Wie immer, wenn er am Erfolg seiner Sache zweifelt, macht er sich mit flotten Sprüchen Mut. ‚Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher‘, droht er, ‚Blüms kleine Mühle auch.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683280.html>

Bananen: Alle zahlen drauf (10.10.1994)

Der bürokratische Irrsinn der Brüsseler Marktordnung

„Wichtigste Vorgabe für den Beamten war eine EU-Agrarpolitik, die sich durch besondere Unsinnigkeit auszeichnet. Als Tilgenkamp und seine Mitarbeiter sich an die Arbeit machten, mußten sie fortschreiben, was sie zuvor schon für Gemüse, Rindfleisch und Milch ausgeheckt hatten – nur noch viel perfekter. Das Ergebnis ist ‚die komplizierteste Einfuhrregelung, die es überhaupt gibt‘, so Wirtschaftsminister Günter Rexroths Bananenmann in Bonn.“; „Eine gewaltige Papierflut setzte sich in Gang, mit der jeder einzelne Händler seine Referenzmenge – Ausgang für die Höhe der neuen Lizenz – nachweisen mußte. Streit kam auf, wem eine bestimmte Banane zuzurechnen sei. Das Verwaltungsgericht Frankfurt ist für lange Zeit ausgelastet. In Brüssel kommt der ‚Verwaltungsausschuß Bananen‘ mit Nachbesserungen kaum nach. Alle zwei bis drei Wochen ruft Ausschußvorsitzender Tilgenkamp rund 40 Bananenbeamte aus den zwölf Mitgliedsländern nach Brüssel und läßt von rund 20 Dolmetschern die neuesten Entwicklungen zum Thema Banane übersetzen. Seit Juli 1993, seit er die Verordnung 404/93 auf die Europäer losließ, hat er 40 Durchführungsvorschriften nachgeschoben. Das größte Problem allerdings wird erst langsam sichtbar. Die Marktordnung für Bananen, die ja eigentlich dem freien Binnenmarkt dienen sollte, wirbelte die Branche durcheinander, ohne die gewünschten Wirkungen zu erzielen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692881.html>

Reif, reifer, am reifsten (17.10.1994)

Von Augstein, Rudolf

Staatsschulden und Abgabenquote erscheinen als entscheidende Probleme, vor denen Politiker und Wähler die Augen verschließen. „Jedenfalls sagen uns Blüm von der CDU und Dreßler von der SPD nicht, daß die Renten nach dem Jahre 2010 alles andere als sicher, daß sie höchst unsicher sind. Sie sagen auch nicht, daß wir von Staatsknete auf Pump leben. Zwei Drittel der Wähler, und mehr als die, wollen von Staatsknete und von Staatsquote, von Steuer- und von Abgabenlast und von Staatsverschuldung schon gar nichts wissen. Schließlich haben wir Personenwahlen, oder?“; „Fazit: Diese Bonner Wahlen zeigen einen Zustand auf, aber sie bewirken nichts. Ruhe bleibt – und das liegt weder an den Politikern noch an der Politikverdrossenheit der Wähler – oberste Richtungspflicht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683723.html>

Afrika: Vorwärts zur Tradition (17.10.1994)

Seit Jahren wächst südlich der Sahara die Not der Menschen. Hungerkatastrophen, Epidemien und Bürgerkriege fordern Hunderttausende von Opfern. Doch gleichzeitig boomt eine Schattenwirtschaft der Armen, deren Erfolge kaum eine Statistik verzeichnet. Sie sichert – notdürftig – das Überleben ganzer Staaten.

Schattenwirtschaft positiv: Eigeninitiative statt Bevormundung durch korrupte Regimes. „Äußerlich noch unversehrte Staaten wie Zaire sind dagegen zu Kleptokratien verkommen: Kleine Cliques um einen korrupten Diktator bereichern sich, der Staat plündert seine Bürger aus. So herrscht in Afrika drei Jahrzehnte nach der Unabhängigkeitswelle tiefe Staatsverachtung. Entwicklungsforscher Dani Nabudere aus Uganda, als ehemaliger Minister mit dem afrikanischen Regierungsalltag vertraut, sieht für viele Staaten ‚keine andere Alternative als den Zusammenbruch‘. Doch der Kollaps von Staat und Verwaltung bedeutet für die Menschen nicht das Ende. Viele finden Halt in Großfamilien, in denen die Bessergestellten für die Schwachen, die Jungen für die Alten sorgen. Vor allem aber suchen die Afrikaner außerhalb staatlicher Organisationen – und oft auch außerhalb der Legalität – Überlebenschancen.“; „Auf dem Markt der Armen werden riesige Umsätze erzielt, die im Sozialprodukt unberücksichtigt bleiben. Da sie nirgendwo erfaßt werden, entgehen den Staaten überdies Steuern und Sozialabgaben.“; „In anderen Staaten beschäftigt der inoffizielle Markt weit über die Hälfte aller Arbeitsfähigen, wesentlich mehr als in Ländern Asiens oder Lateinamerikas. Denn diese Wirtschaft der Armen boomt um so kräftiger, je weniger die offizielle Wirtschaft entwickelt ist.“; „Gewinne im betriebswirtschaftlichen Sinn von Industrienationen wirft das kreative Durchwursteln nicht ab. Es soll lediglich das Überleben sichern und die Grundbedürfnisse der Armen befriedigen. Auf diese Weise benötigt der inoffizielle Markt kaum Kapital, schafft aber viele Arbeitsplätze. Er nutzt einheimisches Know-how und verwendet oft Abfälle der westlichen Wegwerfgesellschaft. In Ostafrika nennen die Menschen diese unregulierte Parallelwirtschaft ‚jua kali‘ (Kisuheli für: brennende Sonne). Ihre Beschäftigten arbeiten üblicherweise unter freiem Himmel an Straßenecken und

auf Hinterhöfen. Juakali-Handwerker können Meisterleistungen vollbringen, obwohl viele keinerlei Ausbildung haben. So zimmern Tischler Möbel nach Ikea-Katalogen. Mechaniker verlegen Autosteuerungen von der linken auf die rechte Seite. Schmiede hämmern Öfen aus Artilleriegranaten. Elektriker bauen aus Schrott Parabolantennen.“;

„Arbeitsschutzbestimmungen oder Arbeitszeitregeln sind Fremdwörter im Überlebenskampf. Für das Familieneinkommen müssen auch Kinder und Frauen ran – etwa auf den in Teilen Afrikas üblichen Nachtmärkten. Dort wird selten gefragt, woher eine Ware stammt. Oft genug wurde sie heimlich ins Land geschafft. Schmuggeln ist die am weitesten verbreitete illegale Tätigkeit der afrikanischen Parallelwirtschaft – kein Wunder auf einem Kontinent mit 52 Staaten, deren Grenzen willkürlich von den Kolonialmächten gezogen wurden. Besonders Bewohner von vernachlässigten Grenzregionen wissen genau, welche Güter an welcher Stelle über Bäche und Buschpfade eingeschleust werden können. Der britische Afrika-Historiker Basil Davidson nennt Schmuggeln die ‚beinahe durchgängige Antwort der Landbevölkerung auf ihre Diskriminierung durch die offizielle, stadtorientierte Wirtschaft‘.“;

„An Grenzübergängen und auf den vielen Schwarzmärkten wechseln fliegende Händler alle möglichen Währungen. Ihre Kleinbanken funktionieren ohne Umtauschquittung und Devisenkontrolle. Doch wegen der allgegenwärtigen Inflation ziehen viele Afrikaner den Tauschhandel vor – Textilien gegen Lebensmittel, Fahrzeuge gegen Mineralien.“;

„Afrikanische Intellektuelle, die sich in der Organisation ‚Africa in Transition‘ (AIT) zusammengeschlossen haben, werfen den Machthabern vor, daß sie mit ihrem Anspruch, das Leben der Menschen bis ins Kleinste regeln zu wollen, die Bevölkerung in Unmündigkeit und Passivität getrieben haben. Von ihren Staaten ‚im Stich gelassen‘, so ein Sprecher der AIT, ‚müssen die Menschen nun wieder Verantwortung übernehmen, die sie im vorkolonialen afrikanischen Regierungssystem schon einmal inne hatten‘. Die Forderung lautet: ‚Vorwärts zur Tradition‘.“;

„Entscheidend für den Erfolg dieser Einrichtungen ist ihre Eigenverantwortung und die Unabhängigkeit von Regierungsinstitutionen oder ausländischen Hilfsorganisationen. Vereinigungen, die sich auf eigener Tradition und Kultur gründen, handeln nach AIT-Erkenntnissen wirkungsvoller und finanzieren sich in beträchtlichem Maße selbst. Beispiele, daß solche Organisationen tatsächlich ihre Aufgaben erfüllen, gibt es genug.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692999.html>

Haushalt: DER HERR DER LÖCHER (14.11.1994)

Die größten Risiken für die Regierung liegen im Haushalt, doch in den Koalitionsverhandlungen wurde das heikle Thema verdrängt. Allzu lange wird das nicht gutgehen: Immer neue Milliarden-Lücken tun sich auf. Sie zu schließen kostet Kraft – und die hat die neue Bundesregierung offenbar nicht.

Unvermeidliche Sparpolitik; Politik fürchtet, Wähler zu verschrecken. „Daß Helmut Kohl und seine neue Regierung massive Finanzprobleme vor der Haustür haben, quoll nur per Zufall an die Öffentlichkeit. Wieder mal, so scheint es, scheuen sich die Politiker, dem Volk zu sagen, was Sache ist – wo und wie gespart werden muß. Munter und unsortiert flogen die Milliarden durcheinander.“; „Wenn Waigel sein Ziel, die Staatsverschuldung in den kommenden Jahren nennenswert zu verringern, nicht aufgeben will, dann muß er die Ausgaben gnadenlos kürzen. Zumindest im Westen Deutschlands müssen staatliche Zuwendungen an viele Gruppen und Branchen nicht nur eingefroren, sondern zusammengestrichen werden.“; „Und für alles, was die Koalition den Bürgern fortan an Gutem tun will, muß sie ihnen an anderer Stelle etwas aus den Taschen holen.“; „Die Stimmenverluste der CDU in der Hauptstadt machen dem Kanzler Sorge. Wie eventuell Abhilfe zu schaffen sei, flüsterte ihm Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen ein. Die Wähler seien der Union davongelaufen, weil die Regierung nach Vollzug der Einheit die Berliner Steuerpräferenzen gekippt habe. Diepgen regte, zum Ausgleich für die hohen Lebenskosten in der Metropole, eine Art ‚Ballungsraum-Pauschale‘ an. Das wäre eine Sprengbombe für die öffentlichen Haushalte. Denn was die Berliner beanspruchen, könnte der Gesetzgeber Münchnern, Kölnern und Hamburgern kaum versagen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684793.html>

ICH BIN NICHT DER MESSIAS (14.11.1994)

Sechs Monate nach seiner Wahl steht Nelson Mandela vor einer Bewährungsprobe: Seine Anhänger erwarten den Lohn des Sieges – Jobs, Häuser, Wohlstand. Werden die Erwartungen enttäuscht, droht neuer Aufruhr. In seinen Memoiren beschreibt Mandela seinen Aufstieg zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas.

Lohnzurückhaltung statt Sozialismus erscheint notwendig. Mit der proletarischen Verkleidung endet das Anbieten aber auch schon. Nelson Mandela, 76, Südafrikas erster schwarzer Präsident, predigt den mächtigen Gewerkschaften eine kapitalistische Botschaft. „Denkt an die vielen Arbeitslosen“, fordert er seine Zuhörer auf und hebt den Zeigefinger. „Wenn wir uns bei den Lohnforderungen nicht zurückhalten, werden wir die Wirtschaft nicht aus der Krise bringen.“ Diese Mahnung ist nicht populär, aber die Betriebsräte und Vertrauensleute, die eben noch den Sozialismus hochleben ließen und die Internationale sangen, klatschen Beifall. Es gibt nur einen Politiker in Südafrika, von dem militante Gewerkschafter sich solch bittere Wahrheiten gefallen lassen: Mandela.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685020.html>

Italien: Kreislauf der Korruption (14.11.1994)

Alte Umweltsünden verschärften die Flutkatastrophe. Großbauten und geschmierte Politiker verhindern wirksame Gesetze.

Klientelpolitik. „Umweltfeindliche Großbauprojekte dienten römischen Würdenträgern auch stets dazu, sich zu bereichern und ihre Macht abzusichern. Ohne auf die empfindlichen Landschaften der Küstengebirge und der Voralpen Rücksicht zu nehmen, bewilligten Politiker den Bau von Staudämmen, Kanälen, Schnellstraßen und Industriezonen, die oft keinen anderen Zweck erfüllten, als ihre dortige Klientel zufriedenzustellen. Im Gegenzug konnten sie damit rechnen, daß sich die Bauunternehmer mit stattlichen Provisionen und Parteispenden bei den Auftraggebern bedankten.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693407.html>

Parteien: Töpfe im Griff (28.11.1994) ■

Die Bonner Parteien haben sich im Superwahljahr Rekordeinnahmen verschafft – allen Sparappellen zum Trotz.

„Die Liberalen gaben trotzdem das Geld mit vollen Händen aus. Sie haben sich gerade in Bonn eine schicke Parteizentrale errichtet. Nun möchte die Partei der Besserverdienenden von der Treuhand ein protziges Gebäude als Hauptquartier in Berlin-Mitte erstehen. Die Parteien haben die Geldtöpfe fest im Griff. In den letzten Jahren konnten sie (mit Ausnahme der CSU) ihr Vermögen kräftig mehren. CDU wie FDP bereicherten sich durch die Übernahme der DDR-Blockparteien. Die SPD kassierte bei der Treuhand für Altansprüche aus der Weimarer Zeit still und heimlich rund 75 Millionen Mark. Union, SPD, FDP und Grüne zusammen haben rund eine halbe Milliarde Mark auf der Kante. Und für den Cash-flow sorgt Rita Süßmuth. ‚Im nächsten Jahr‘, prophezeit Parteienkritiker Arnim, ‚wird die Politikerverdrossenheit noch zunehmen‘, wenn die Politiker nicht endlich vom ungenierten Griff in die Staatskasse lassen. Macht ja nichts, da sind ja keine Wahlen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693523.html>

Der Mythos der SPD (28.11.1994) ■

Von Dohnanyi, Klaus v.

Mehr Wettbewerb, Flexibilität, Eigenverantwortung, Privatisierung nötig; in der globalisierten Welt ist der Staat nur noch für Rahmenbedingungen zuständig. „Kritik allerdings kommt zunehmend auf, wenn man die verfestigten Konsensstrukturen Deutschlands, die sich in der Vergangenheit von Mitbestimmung bis zum Universal-Bankensystem als ‚corporate Germany‘ bewährt haben, in die Zukunft projiziert. Mehr innerer Wettbewerb, mehr Flexibilität, mehr kreativer Individualismus und mehr Eigenverantwortung der Bürger werden als die zukunftsentscheidenden Eigenschaften angesehen, von Deutschland aber oft nur mit Skepsis erwartet. Allzu fest haben sich die bisher so erfolgreichen Strukturen verankert. In diesem eher sorgenvollen Urteil stimmen heute nahezu alle Beobachter Deutschlands überein. Die Gründe für dieses veränderte Bild sind offenkundig. Die sich immer schneller integrierende Weltwirtschaft gibt im Verhältnis zu den ordnenden Elementen der (Wirtschafts-)Politik den Chaos-Elementen des Marktes immer mehr Gewicht. Wir Deutsche aber lieben die Ordnung – und fürchten die Improvisation. Wir sind gute Organisatoren von Produktionsprozessen und Anlagen, aber weniger begabte Händler und Finanziers. Deren Fähigkeiten werden jedoch immer wichtiger, auch für die deutsche Wirtschaft. Wer im Chaos des Marktes erfolgreich steuern will, muß beweglich sein. Deswegen müssen Unternehmen und Staat heute dezentralisieren, flexibilisieren und privatisieren.“; „Klassengesellschaft (selbstverständlich nicht alle Unterschiede zwischen Arm und Reich) und Überwachungsstaat sind heute keine zentralen Probleme mehr. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre ist eine neue Machtkonstellation in der Welt entstanden: die globalisierte Wirtschaft. Als führende Exportnation hat Deutschland diese Entwicklung entscheidend vorangetrieben. Wir sind Profiteure der offenen Weltwirtschaft. Aber wir müssen auch begreifen, daß die Ordnungsmacht des Staates von ehemals durch die Zwänge des internationalen Wirtschaftswettbewerbs in den Grundfesten erschüttert wurde – und damit faktisch alle Rahmenbedingungen, die diesen Wettbewerb bestimmen. Weder die Universitäten noch das Sozialsystem, weder die Energiepreise noch die Regeln der Arbeitslosenversicherung können sich heute der Internationalisierung des Wettbewerbs noch entziehen. Die nationalen Gesellschaften und ihr nationaler Staat können immer weniger bestimmen, wie die Strukturen der Gesellschaft geformt sein sollten. Denn sie alle sind Teil des internationalen Wettbewerbssystems. Die alte Staatsmacht muß nahezu ohnmächtig zusehen, wie anonyme Kräfte der Konkurrenz im eigenen Haus zunehmend das Sagen bekommen.“; „Der Staat muß aber nicht nur die internationalen Maßstäbe des Wettbewerbs beachten, er mußte auch lernen, daß seine bisherigen Verwaltungsstrukturen wenig geeignet sind, neue Entwicklungen des Wettbewerbs rechtzeitig zu erkennen und daraus die wirtschaftlichen und organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Der durch Globalisierung weitgehend entmachtete Staat mußte deswegen auch in seinen Organisationsstrukturen nachgeben. Hier wurzelt der Zwang zum Privatisieren.“; „So leitet [die SPD] weiterhin aus einer früheren Geschichte staatlicher Gestaltungserfolge auch für die Zukunft die Gestaltungschancen des Staates ab. Die dezentralere, sich weitgehend selbst nur durch Rahmenbedingungen steuernde Gesellschaft ist noch nicht Bestandteil der SPD-Programmatik. Der Mangel an theoretischer Einsicht in die wirklichen Ursachen der Veränderungen der Industriegesellschaft führt daher die SPD noch immer zu Illusionen und leeren Versprechungen. Der Staat wird weiterhin als das beste Instrument für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Stärkung der Innovationskräfte oder auch ‚nur‘ für die Neuordnung der Universitäten verstanden, obwohl inzwischen längst der Wettbewerb zur kreativen Kraft auch auf diesen Feldern geworden ist.“; „Die SPD wurde bei der Bundestagswahl geschlagen, weil sie seit Ende der siebziger Jahre eine in Ziel und Stil eher veraltete, von der neuen Wirtschaftskonstellation überholte und angesichts der Globalisierung der Märkte reformscheue Partei geworden ist.“; „Das emotionale Geschwätz der PDS ist für Teile der SPD, insbesondere in Ostdeutschland, deswegen eine große Versuchung, weil bestimmte Schichten der Parteibasis und gewisse – besonders oft

gewerkschaftlich geprägte – Funktionärsgruppen der SPD eben selbst noch in den Kategorien einer vorwiegend staatlichen Wirtschaftsführung und Regulierung denken. Man kann eine Nation nur mit ihren Leistungseliten führen. Hier hat die SPD seit den siebziger Jahren ständig an Boden verloren.“; „Wer den Katechismus und die Apostel des alten Sozialismus noch im Kopf hat, kann die notwendigen neuen Denkansätze nicht formulieren. Der Mythos von der Arbeiterpartei muß fallen, will die SPD eine moderne Partei der Aufklärung unserer Zeit werden.“; „Deutschland und Europa brauchen eine moderne ‚linke‘ Partei, die versucht, Globalisierung, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit auf neuer Grundlage zu vereinen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685758.html>

Norwegen: Troll, sei du selbst dir genug! (05.12.1994) ■

Das zweite Nein der Norweger zu Europa / Von Lars Roar Langset

Subventionierte Interessengruppen leben auf Kosten der übrigen Bevölkerung und verhindern die Öffnung der Märkte.

„Das Nein Norwegens ist der Sieg der ‚Strohalmchensauger‘. Den einen großen Block stellen die Bauern mit ihren machtvollen Verbänden und ihrem konkurrenzlosen Vertriebsapparat. Seit 1972 bezieht die Landwirtschaft staatliche Hilfe in schwindelerregendem Umfang; jeder Bauer kassiert jährlich ein durchschnittliches staatliches Zubrot von 380 000 Kronen (86 680 Mark). Der Bauernstand mästet sich mit Hilfe von Strohalmchen, durch die seine Mitglieder hemmungslos Honig aus den Waben des Staates saugen. Für dieses Drogenleben kommen die übrigen Bürger auf, in Form hoher Steuern und maßlos überzogener Lebensmittelpreise. Die Furcht der Bauern, Privilegien zu verlieren, war mithin berechtigt. Und sie hatten kein Problem, diese Furcht in lautstarke Unterstützung für die Anti-Brüssel-Agitation umzumünzen: Ihre Verbände und Organisationen schwimmen im Geld – dem der übrigen Bürger. Den anderen Block bildet das ‚sozionomische‘ Norwegen. Ebenfalls seit 1972 hat die Zahl der Angestellten im Öffentlichen Dienst ungeheuer zugenommen, dank eines verschwenderischen Umgangs mit den Erlösen aus dem Erdöllexport. Der Personalzuwachs war besonders stark in den weichen Sektoren, also in der Kinderfürsorge, in den Schulen und im Sozialdienst. Diese Berufstätigen haben ihre Gehälter nicht einmal sonderlich erhöht. Der Löwenanteil der steigenden öffentlichen Zuschüsse wurde vielmehr genutzt, um den Personalbestand aufzublähen – mit dem Ziel, daß jeder Angehörige des Öffentlichen Dienstes sowenig Kunden wie möglich zu betreuen hat. Die sozionomischen Blockflöten träumen davon, alle übrigen Bürger in Klienten zu verwandeln und ihre Dienstleistungen automatisch finanziert zu bekommen – ebenfalls über Strohalmchen, die direkt im staatlichen Honigstock stecken. Politisch tendiert dieser Block, in dem berufstätige Frauen ein erhebliches Kontingent stellen, zur extremen Linken. Die Nej-Königin Anne Enger Lahnstein gab für beide Blöcke die perfekte Anführerin ab, ist sie doch ein Profi des Öffentlichen Dienstes und gleichzeitig Vorsitzende einer Partei, in deren Programm die Subventionsforderungen der Bauern den Katechismus bilden. Über den nackten Eigennutz der von ihr Repräsentierten verlor Frau Lahnstein im Kampf um die Stimmen vor dem Referendum kaum ein Wort.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686451.html>

Das schürt Mißtrauen (12.12.1994) ■

Wie sich Ost-Abgeordnete aus Steuergeldern bedienen

Eigennützige Politiker. „In den neuen Bundesländern versickern bei der Parteienfinanzierung jährlich Millionen Mark an Steuergeldern – Raffgier der Parlamentarier, Heimlichtuerei und Unsicherheit sowie ein kaum noch durchschaubarer Wust von Verordnungen und Vorschriften machen’s möglich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686601.html>

Steuern: Kreative Chaoten (12.12.1994) ■

Waigels neuer Steuertarif schont das Existenzminimum. Aber gerecht ist die Reform nicht.

Finanzminister kann sich nicht zur Streichung von Steuerprivilegien durchringen, geplante Reform ist leistungsfreundlich.

„Der Steuerexperte hatte deshalb eine grundlegende Reform des deutschen Steuersystems vorgeschlagen, das selbst für Experten kaum zu verstehen ist. Eine Reform ist längst überfällig. Über das Prinzip einer solchen Neuordnung sind sich nahezu alle Steuerrechtler und Finanzwissenschaftler längst einig. Sonderregelungen und Gruppenvorteile sollten rigoros gestrichen, die daraus resultierenden Mehreinnahmen zur massiven Senkung der Steuersätze für alle genutzt werden. Der Minister nutzte die Chance nicht. Der Kölner Steuerrechtler Joachim Lang hatte Waigels Hasenherzigkeit richtig eingeschätzt. Seine Prognose: ‚Einiges deutet darauf hin, daß auch die Zukunft den kreativen Chaoten gehört.‘ Waigel begründet seine Zaghaftheit mit schlechten Erfahrungen der Vergangenheit. Allein werde die Union sich nicht mehr für das Streichen von Steuervergünstigungen prügeln lassen, da müßten die Sozialdemokraten künftig schon alle unpopulären Einschnitte von Anfang an mittragen. Eine feine Ausrede: Bisher hat die SPD sich stets schützend vor ihre Klientel gestellt.“; „Mit seinem Modell hat Waigel nicht nur den großen Wurf verpaßt. Sein neuer Tarif ist, anders als öffentlich dargestellt, keineswegs ‚leistungsgerecht‘: Er opfert die wichtigste Errungenschaft der Reform von 1990, die vom niedrigsten Steuersatz (19 Prozent) bis zum Höchststeuersatz (53 Prozent) gleichmäßig ansteigende Last.“; „Solche Sprünge bei den sogenannten Grenzsteuersätzen verlocken entgegen den von Waigel propagierten Zielen gerade Geringverdiener nicht zu größeren Anstrengungen. Bareis: ‚Das ist

leistungsfeindlich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855621.html>

Bundespost: FESTAKT MIT INTRIGEN (26.12.1994) ■ ■

Die Post geht an die Börse, allein das erste Aktienpaket der Telekom soll 15 Milliarden Mark einbringen. Doch noch ist der ehemalige Staatsbetrieb für die Zukunft schlecht gerüstet, das größte Hemmnis bleiben die Politiker. Ein Scheitern der Privatisierung wäre für die deutsche Wirtschaft fatal.

Privatisierung notwendig, staatliche Regulierung größte Gefahr für wirtschaftlichen Erfolg. „Doch es geht um weit mehr als um Milliarden für den Finanzminister. Die Privatisierung der Postunternehmen entscheidet auch über die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Nur wer im bevorstehenden Informationszeitalter mithalten kann, hat auf dem Weltmarkt eine Chance. Schnelle und kostengünstige Kommunikationswege sind in der Informationsgesellschaft ein immer wichtiger werdender Standortfaktor. Ein Scheitern der Privatisierung wäre für die deutsche Wirtschaft fatal.“; „Die Monopole stammen noch aus der Kaiserzeit, sie haben längst ihren Sinn verloren. Allzuoft bremsen sie den notwendigen Fortschritt, und sie haben die Staatsbetriebe träge werden lassen.“; „Ob das Telefon-Papier tatsächlich zur Volksaktie wird, wie Bötsch hofft, oder eher ein Börsen-Flop, wie Skeptiker glauben, ist noch völlig offen. Viel hängt davon ab, wie das Unternehmen in den nächsten Jahren agiert – und welchen Spielraum die Politik ihm läßt. Ginge es allein um Technik und Know-how, hätte die Telekom, meint Vorstandsmitglied Gerd Tenzer, „keinen Grund, sich zu verstecken“. Die größte Gefahr droht von den Politikern. Sie wagen einerseits das Risiko, den Staatsbetrieb einem rasch härter werdenden Wettbewerb auszusetzen, andererseits versagen sie ihm die nötigen unternehmerische Freiheiten – ein weltweit einmaliger Fall. Selbst nach der Umwandlung der Post in Aktiengesellschaften tun sich die Politiker schwer, ihren Einfluß zurückzuschrauben. Für den SPD-Parlamentarier Peter Glotz ist diese Schaukelpolitik „eine Katastrophe“. „Das Postministerium und ein Regulierungsrat, dem 16 Bundestagsabgeordnete und je ein Vertreter der Bundesländer angehören, sollen die Spielregeln für den Wettbewerb festlegen. Soviel Bürokratie macht selbst den privaten Herausforderern Sorgen. Auch für ihre Geschäfte befürchten sie eine ‚Regulierungsblockade‘, so Ex-Postminister Christian Schwarz-Schilling, der nun als Unternehmensberater tätig ist. Den Regierenden steht ein schwieriger Balanceakt bevor. Nicht allein die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Attraktivität des Standorts Deutschland stehen auf dem Spiel. Es geht auch um viele Arbeitsplätze.“; „Wird der alte Staatsbetrieb zu sehr geschützt, werden viele neue Arbeitsplätze im Bereich Telekommunikation nicht entstehen – zumindest nicht in Deutschland. Die neuen Anbieter müssen eine faire Chance gegen die mächtige Staatsfirma haben, doch der Ex-Monopolist muß sich im Wettbewerb frei bewegen können. In Japan hindern politisch bedingte Vorgaben die NTT daran, offensiv gegen die privaten Konkurrenten anzukämpfen. Die Folge: Erst verfielen die Gewinne, und dann stürzten die Aktienkurse der Staatsfirma. In Deutschland scheinen die Politiker denselben Fehler zu machen. Glotz: ‚So ruiniert ein Staat sein Eigentum.‘

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687361.html>

V. „Spiegel“-Artikel von 1998 mit neoliberaler Botschaft

AFRIKA: Starker Elefant (29.12.1997)

Von Hielscher,

Endlich einmal gute Nachrichten vom Kontinent der Krisen: Mehrere afrikanische Länder entwickeln sich vom Hilfeempfänger zum Handelspartner.

Erfolgreiche Privatisierung. „Deshalb privatisierte die Elfenbeinküste schon 44 von 60 öffentlichen Unternehmen, darunter die Telefongesellschaft, die Wasserwerke und die Eisenbahn. Auf der 1260 Kilometer langen Bahnstrecke von der Hafenstadt Abidjan zur Hauptstadt des benachbarten Burkina Faso, Wagadugu, stiegen daraufhin die Einnahmen innerhalb von zwei Jahren um das Elffache. Die weitgehend erfolgreiche Privatisierung, die Anpassung der Währung an den französischen Franc und – vor allem – günstige Preise für die beiden wichtigsten Exportgüter Kakao und Kaffee bescherten dem Land in den vergangenen drei Jahren ein anhaltendes Wirtschaftswachstum von annähernd sieben Prozent. Die Londoner ‚Financial Times‘ entdeckte an der Elfenbeinküste ‚Afrikas Tiger-Ökonomie‘.“; „Wir meinen, daß diese Region keine gutgemeinten karitativen Handreichungen braucht, sondern echte wirtschaftliche Partnerschaft“, sagt Jürgen Schrempp.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13944716.html>

TELEKOMMUNIKATION: Worauf warten Sie noch? (29.12.1997)

Von Kerbusk, und Dohmen,

Deutschland in Aufbruchstimmung: Am 1. Januar beginnt ein neues Telefonzeitalter. Die Telekom verliert ihre Monopolstellung, Dutzende von Privatfirmen wollen die Kunden in ihr Netz locken. Die Preise kennen derzeit nur eine Richtung: steil abwärts.

Liberalisierung positiv. „Wenn zum Jahreswechsel die Böller knallen, verliert die Telekom ihr letztes Monopol und damit eine krisensichere Einnahmequelle. Die seit mehr als hundert Jahren staatlich verordnete Gängelung beim Telefonieren gehört dann der Vergangenheit an.“; „Eine ganz neue Industrie entsteht. Das Telefon soll nicht länger nur ein – oft lästiges – Alltagsgerät sein. Neue und ungewohnte Dienstleistungsangebote werden das Telefonieren in Deutschland so komfortabel und gleichzeitig so preiswert wie noch nie machen.“; „Auf dem Zukunftsmarkt Telekommunikation kennen die Preise vorerst nur eine Richtung: steil abwärts. Dafür sorgt nicht nur der Wettbewerb der privaten Telefonfirmen, auch neue Techniken setzen die Anbieter unter Druck.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13944638.html>

RINDERZUCHT: Kalter Samen (05.01.1998)

Kartell im Kuhstall? Deutsche Züchter betreiben einen lukrativen Handel mit Bullensperma. Die Wettbewerbsbehörde ermittelt.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809787.html>

CHILE: Ein Mörder mit Meriten (05.01.1998)

General Augusto Pinochet, einst unerbittlicher Diktator der Andenrepublik und Vater des Wirtschaftswunders, gibt – mit 82 Jahren – das Heereskommando ab. Er macht sich, umjubelt und verhaßt, zum Senator auf Lebenszeit. Von Carlos Widmann

Erfolgreicher Neoliberalismus. „Niemand bestreitet, daß in Chile ein Wirtschaftswunder stattgefunden hat. Ein Blick auf Santiago und Umgebung genügt, um das Wachstum der letzten 25 Jahre zu ermessen: Wolkenkratzer, Einkaufszentren, U-Bahn, Autobahnen, Industriegürtel, Villengehege, Hoteltürme lassen die sozial explosive Armut der siebziger Jahre vergessen. ‚Neoliberal‘ wird das Wirtschaftsmodell genannt, das Chile in diesem Jahrzehnt zu einer beständigen Wachstumsrate von über sieben Prozent verholfen hat, bei niedriger Arbeitslosigkeit. Ohne das Vorbild Chile hätte der vielgerühmte Neoliberalismus kaum seinen Siegeszug durch Lateinamerika antreten können. Daß die Präsidenten von Argentinien, Peru, Brasilien, Mexiko und einem Dutzend anderer Länder sich heute zum privatwirtschaftlichen Credo bekennen, ist weitgehend dem ‚chilenischen Modell‘ zuzuschreiben. Die Roßkur, die jetzt in kontinentalem Maßstab als vermeintliches Allheilmittel angewandt wird, hat Chile unter Pinochet in einem 17 Jahre dauernden, schmerzhaften Selbstversuch getestet. „Ohne Diktatur, vor allem ohne Pinochet hätte der Neoliberalismus sich nicht durchgesetzt“, argumentiert Carlos Wilson, Direktor eines anspruchsvollen Rundfunksenders. Denn die Therapie von Pinochets Wirtschaftsteam, den berechtigten ‚Chicago Boys‘ – junge Marktwirtschaftler und Monetaristen, die in den USA vor allem beim Nobelpreisträger Milton Friedman an der University of Chicago studiert hatten –, schien nach einem Jahrzehnt spektakulär gescheitert. Der Druck darbender Massen hatte die Militärs Anfang der achtziger Jahre zur Entlassung der Chicago Boys und zur – vorübergehenden – Aufweichung monetaristischer Prinzipien gezwungen. Da war es Pinochet, der eigensinnig ein gleichwertiges Ersatzteam suchte und zum neoliberalen Kurs zurückkehrte. Chiles Wirtschaftswunder, das Ergebnis dieser Kontinuität, ist ein Pinochet-Wunder.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809960.html>

MOTOR FÜR EIN JOBWUNDER (12.01.1998)**Von Rüttgers, Jürgen**

Wettbewerb, Kartelle, Leistung, Liberalisierung, Überregulierung, ineffizienter Staat, Verbände. „In weiten Bereichen unserer Dienstleistungslandschaft sind Wettbewerb, Leistungstransparenz und Qualitätskriterien bis heute Fremdwörter geblieben. Im Gesundheitswesen, den freien Berufen, der Wissenschaft und im Öffentlichen Dienst herrschen vielerorts alttümlich anmutende ständische Bedingungen. In der Industrie gilt es als völlig normal, daß jährlich Produktivitätsfortschritte erzielt werden. In der Medizin oder der Wissenschaft rufen solche Forderungen nur ungläubiges Staunen hervor. Dem Staat sind solche Effizienzkriterien seit jeher fremd. Auch die sozialen Dienste arbeiten völlig jenseits wirtschaftlicher Erwägungen – in überholten Organisationsformen und Kostenstrukturen. Mangels Wettbewerb kommt es zu Kartellen, zu Preis- und Gebietsabsprachen und zur Bildung von Rücklagen und Vermögen in erheblicher Höhe. Allein in der konfessionsfreien sozialen Wohlfahrtspflege stieg die Zahl der Beschäftigten seit Anfang der siebziger Jahre um 240 Prozent, während die Heimplätze und Betten – als ein Indikator für Leistung – nur um 30 Prozent zulegt. Die Schlußfolgerung ist allen Experten bekannt: Wir bezahlen die notwendigen sozialen Leistungen erheblich überteuert, mögliche Wohlstands- und Beschäftigungsgewinne gehen verloren.“; „Wir müssen es schaffen, unsere Rechtsordnung, die zu vieles zu eng regelt, dem neuen Ziel schneller Innovationen anzupassen. Mit den Liberalisierungen bei Bahn, Post und Telekommunikation sind drei wichtige Schritte zur Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft getan. Es kommt nun darauf an, mit der gleichen Entschlossenheit die Potentiale in anderen Branchen zu entfesseln, etwa in der Wissenschaft oder in den sozialen Diensten. Dafür muß sich zum Beispiel die Verbandslandschaft in Deutschland tiefgreifend ändern. Es ist bemerkenswert zu sehen, wie heute zwischen den Industrieverbänden – und ähnlich innerhalb der Einzelgewerkschaften – um die neuen Branchen gekämpft wird. Es geht um Einfluß, um Beiträge – es geht ums Überleben. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist das von eher zweifelhaftem Nutzen. Was wir brauchen, sind nicht eifersüchtige und schwachbrüstige Verbandshülsen, sondern auf das Notwendige beschränkte, den wirtschaftlichen Realitäten entsprechende Strukturen, die sich als Dienstleister ihrer Mitglieder verstehen.“; „Zwischen öffentlichen Einrichtungen sind Wettbewerbselemente einzuführen: Gesucht wird etwa die Region mit den kürzesten Genehmigungszeiten oder die Region mit den zufriedensten Bürgern.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809563.html>

SPD: Die Messias-Methode (19.01.1998)**Von Schum., ; Großb., ; Poertn., ; Vehlew.,**

Gerhard Schröder rettet Tausende Jobs, führt alle Umfragen an und muß sich auch noch gegen angebliche Partei-Intrigen behaupten: Unverdrossen arbeitet der Sozialdemokrat an seinem Erlöser-Image. Nur ein Triumph bei der Niedersachsen-Wahl sichert ihm die Kanzlerkandidatur.

Interventionen kein Bestandteil moderner Wirtschaftspolitik. „Das wäre erledigt“, so Schröder am vorvergangenen Freitag, nachdem er die Unterzeichnung des unterschrittsreifen Vertrags mit den Österreichern in letzter Sekunde vereitelt hatte. Stolz registrierte er erste Meldungen, daß halb Niedersachsen ihn als Retter feiere. Daß der Panik-Deal am Kabinett vorbei das Land womöglich teuer zu stehen kommt und der geplante zügige Weiterverkauf nicht so ohne weiteres zu realisieren ist, sind da ebenso lästige Nebensächlichkeiten wie Schröders Verstoß gegen seine guten Vorsätze. Denn mit ‚moderner Wirtschaftspolitik‘, die er stets für sich reklamiert, hat die staatliche Intervention nichts zu tun (siehe Seite 25). Solche Details bleiben dem Wähler jedoch erfahrungsgemäß nicht lange im Gedächtnis. Wie zuvor schon bei den Rettungsaktionen für die Dasa in Lemwerder und die hannoversche Reifenfirma Conti verläßt sich Schröder vielmehr auf die Image-Wirkung seiner Messias-Methode: Der vermeintliche Coup verstärkt einmal mehr die Aura des Machers, der den Menschen ihre Ängste nimmt in zermürenden Zeiten von Stillstand und Massenarbeitslosigkeit.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809809.html>

TRADITIONSPFLEGE: Vorhut der Nachhut (19.01.1998)**Von Berg, Stefan**

Hunderttausend zogen in Berlin zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – ein innerer Parteitag der PDS.

Lächerliche Sozialisten. „Als hätte der Bund der Bundjackenträger zur Vollversammlung geladen, füllt sich die Straße zwischen dem Bahnhof und dem Friedhof mit längst abgetragen geglaubtem DDR-Design. Ein Heer von spießigen Staatsdienern und abgewickelten Parteibürokraten präsentiert sich als Erbe einer Frau, die den SED-Genossen nicht geheuer war, weil sie den großen Lenin heftig kritisiert hatte. So schiebt sich eine halb sächselnde, halb parteichinesisch schwadronierende Menschenmenge über den Friedhof. Viele brabbeln in Trauerreden darüber, daß die Enkelkinder schon nicht mehr wüßten, was einmal die ‚Jungen Pioniere‘ waren, und nähren aus den immer neuen Rekordzahlen der Arbeitslosigkeit trotz den Glauben, ihre DDR sei doch nicht ganz verkehrt gewesen. Rosa Luxemburgs Grabstein ist für viele die Klagemauer, an der die Gedanken mehr um das eigene beerdigte Lebenswerk kreisen als um das der hier Beerdigten.“; „Auch KPD und KPD sind sich nicht ganz rot. Das da vorn, erklärt die Dame von der einen KPD, sei die Ost-KPD, Nachfolgepartei der SED. ‚Wir sind die richtige KPD – auch in Opposition zur DDR‘ –, was sieben Jahre nach dem Untergang derselben ganz besonders tapfer ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809920.html>

GROSSBRITANNIEN: Zu viele in der Sackgasse (19.01.1998) ■

Von Hoyng, Hans

Premier Tony Blair wirbt für eine kühne Vision – die Schaffung eines neuen Sozialstaats. Dabei nimmt er wenig Rücksicht auf sozialdemokratische Dogmen. Wer arbeiten kann, soll künftig selbst für sich sorgen. Die Parteilinke droht dem Chef.

Versagen des Sozialstaats. „Im Vereinigten Königreich, das trotz Margaret Thatchers radikalem Sparkurs für Soziales nur 4,9 Prozentpunkte seines Bruttoinlandprodukts weniger aufwendet als das wiedervereinigte Deutschland, sind die Grenzen der bisherigen Entwicklung geradezu exemplarisch zu erkennen: Zwischen 1979 und 1996 wuchs der britische Sozialetat jährlich um vier Prozent. Doch obwohl der Staat real insgesamt 43 Milliarden Pfund mehr verteilte, nahm die Armut rapide zu. Mußte damals nur jeder zehnte Brite mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens zurechtkommen, ist es heute jeder fünfte. Obwohl die Kosten für die kaum noch funktionierende soziale Absicherung höher sind als die Ausgaben für Erziehung, Gesundheit sowie Polizei und Justiz zusammengenommen, leben vier Millionen britische Kinder in Armut (in Deutschland fast eine Million). Der Schaden durch betrügerisch erschlichene Sozialleistungen, so ließ der Regierungschef errechnen, beträgt jährlich rund vier Milliarden Pfund – genug, wie Blair sagt, um 100 neue Krankenhäuser zu bauen. Dennoch: Die bedürftigsten 20 Prozent der Sozialhilfeempfänger erhalten heute einen geringeren Anteil als 1979.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7810371.html>

FRANKREICH: Ende der Almosen (19.01.1998) ■

Von Krusche, Lutz

Die Revolte der Arbeitslosen erfaßt das ganze Land – Premier Lionel Jospin steht vor einer großen Bewährungsprobe, seine Regierungsmehrheit zeigt Risse.

Subventionen, Arbeitsmarktregulierung, Sozialstaat. „Frankreich trägt schwerer als seine Nachbarn an der sozialen Krise. Arbeitgeber und Gewerkschafter denken noch immer in Begriffen des Klassenkampfes. Das schafft Unbeweglichkeit, jeder klammert sich am Bestehenden fest, an Subventionen wie an unrentablen Arbeitsplätzen. Vorbeugende Umschulungen sind selten, es gibt nur etwa 200 000 Lehrlinge – in Deutschland sind es dreimal so viele. Zudem bringt das Sozialsystem neue Ausgeschlossene hervor. Die Regierung hat den Mindestlohn Smic (Frankreich zählt 2,2 Millionen Smic-Empfänger) überproportional zum Lohnwachstum in der Wirtschaft auf monatlich 6664 Francs angehoben. Kleinbetrieben ist das zuviel, sie stellen nicht mehr ein. Andererseits sorgt eine Fülle von Beihilfen dafür, daß Hunderttausende lieber Sozialempfänger bleiben, als sich zum Mindestlohn zu verdingen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7810422.html>

Sechs magere Jahre (02.02.1998) ■

Der Ökonom Horst Siebert über die steigende Arbeitslosigkeit, den Preis der Arbeit und das Potential an Billigjobs

Siebert, 59, ist Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Arbeitslosigkeit infolge überhöhter Löhne, Sozialleistungen, Staatsverschuldung, Inflation. „SPIEGEL: Das klingt so, als sei die Ökonomie eine Naturwissenschaft, die in der Lage ist, exakte Vorhersagen zu treffen. Siebert: Solche Rechnungen sind gewiß stark vereinfacht und können nur die Richtung angeben. Man kommt dennoch an dem Grundphänomen nicht vorbei: Beschäftigungswachstum hat entscheidend mit der Lohnentwicklung zu tun.“ „SPIEGEL: Die Kassiererin im Supermarkt oder der Bote im Hotel verdienen schon heute selten mehr als 1600 Mark netto. Da ist das Sozialhilfeniveau nicht mehr weit. Siebert: Ich spreche nicht pauschal einer Absenkung der Sozialhilfe das Wort. Fest steht allerdings, daß der Abstand zwischen Sozialhilfe und den unteren Einkommen seit 1970 geringer geworden ist: Für den verheirateten Sozialhilfeempfänger mit einem Kind ist er von 34 auf etwa 20 Prozent geschrumpft. Da muß man nüchtern betrachten, ob es noch genügend Anreize zur Arbeit gibt.“ „SPIEGEL: Andere Ökonomen und viele Politiker plädieren dafür, die Löhne zu erhöhen, um die Nachfrage zu stärken. Siebert: Die Vorstellung, man müsse nur die Löhne erhöhen und damit würde sich das Land wie Münchhausen aus dem Sumpf der Arbeitslosigkeit ziehen, ist völlig falsch. Solche simplen Rezepte führen uns nur noch weiter in den Schlamassel. SPIEGEL: Eine Belebung der Nachfrage würde keine Beschäftigung schaffen? Siebert: Die Frage ist doch, wie wir Nachfrage schaffen. Nachfrage ist uns hochwillkommen, besonders wenn sie wie im Falle des Exports vom Ausland finanziert wird. Aber über höhere Löhne funktioniert das nicht, dann werden die Unternehmen sofort Beschäftigung abbauen. Auch zusätzlicher Staatsverbrauch bietet keinen Ausweg, weil der Staat ohnehin schon über alle Maßen verschuldet ist und die Zinsen die nächste Generation tragen müßte. Und über eine laxen Geldpolitik läßt sich ebenfalls nichts machen, weil wir dann Inflation schüren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7810766.html>

SOZIALSTAAT: Verheimung aller Probleme + Die Überschüsse gehören den Beitragszahlern (16.02.1998) ■

Die Pflegeversicherung wird zum Ärgernis für Bürger und Wirtschaftsführer. Es hat sich ein Milliardenüberschuß angesammelt, doch die Koalition will die Beiträge nicht senken. Eine erste Bilanz der

neuen Zwangsversicherung zeigt: Es profitieren vor allem die Reichen.

Überteuertes, ungerechtes, familiäre Solidarität untergrabender und unaufhaltsam wachsender Sozialstaat, Lohnnebenkosten. „Im Wettbewerb gegenüber der SPD wollte die Union in den folgenden Jahren nicht als unsozial gelten. Blüm drehte bei, er wurde zum Garanten einer Weiter-so-Politik, die alle gegen alles versichert – gegen Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Krankheit und seit 1995 auch gegen das finanzielle Risiko, ein Pflegefall zu werden. Jetzt will Blüm nicht mal jenes Geld an die Bürger zurückverteilen, das er nicht braucht. Obwohl die Pflegeversicherung derzeit einen Milliardenüberschuß ausweist, lehnt der Minister eine Beitragssenkung ab. Dieser Starrsinn ist symptomatisch für eine Politik, die weltweit nur noch Kopfschütteln hervorruft. Deutschland werde als ‚Rostgürtel Europas‘ enden, mokiert sich die Londoner ‚Times‘. Deutschland verrückt: Der Sozialstaat wächst und wuchert, die Arbeitsplätze schrumpfen dahin. Denn hohe Sozialabgaben verteuern die Arbeit und zwingen die Firmen zur Rationalisierung – oder zur Flucht ins billigere Ausland.“; „Mit dem Versprechen, jeden Pflegebedürftigen angemessen zu versorgen, ist eine Ausgabenspirale in Gang gekommen, die kaum jemand stoppen kann. Bisher sind zwar weniger als drei Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig. Doch die Zahl läßt sich fast beliebig steigern: Wer könnte nicht eine Einkaufshilfe gebrauchen? Und würde Unterstützung bei der Morgentoilette oder beim Anziehen nicht bei vielen vieles beschleunigen? Warum soll die Familie helfen, wenn doch auch Profis aus der Versicherungskasse bezahlt werden? Und ist die Idee mit dem Altersheim, jetzt wo der Staat bei der Finanzierung hilft, nicht doch attraktiver?“; „Während die Zahl der beitragszahlenden Arbeitnehmer schrumpft, wächst die Gruppe der Leistungsempfänger. Folge: Immer weniger Aktive müssen in den kommenden Jahrzehnten immer höhere Beiträge zahlen. Die Zweifel an dieser Politik reichen bis ins Kabinett. Einer der Kohl-Minister: ‚Es wäre sicher besser gewesen, ein kapitalgedecktes System allmählich aufzubauen.‘“; „Der größte Fehler der Pflegeversicherung ist, daß sie ihre Mittel vollkommen unabhängig von der finanziellen Bedürftigkeit der betroffenen Menschen verteilt. De facto fließen aus diesem Füllhorn heute auch Taschengelder an Gutsituierte und an richtig Reiche. Ob das Geld überhaupt gebraucht wird, spielt nämlich keine Rolle. In der Mehrzahl der Fälle ist es so, daß Großfamilien, in denen schon vor der Einführung der neuen Versicherung der Opa oder die Oma versorgt wurden, den offerierten Zuschuß einfach mitnehmen.“; „Anspruchsberechtigt ist in der Pflegeversicherung auch der millionenschwere Eigentümer von Mietshäusern, sobald er bei seinen täglichen Verrichtungen dauerhaft auf Unterstützung angewiesen ist. Installiert wurde mit der Pflegeversicherung nichts anderes als ein gigantisches Umlageverfahren zugunsten des älteren Teils der Bevölkerung. Die Beiträge der zwangsversicherten Arbeitnehmer erlauben es vielen Menschen, anders als früher, das eigene Vermögen unangetastet zu lassen. Für den 1995 verstorbenen Frankfurter Nationalökonom Wolfram Engels war die Pflegeversicherung daher auch in erster Linie eine ‚Erbchaftserhaltungs-Versicherung‘. Für die Bedürftigen hat sich kaum etwas verbessert. Die mittellosen Hilfsbedürftigen wurden auch schon bisher vom Staat versorgt. Sie erhielten Sozialhilfe.“; „Eine Branche von Profi-Samaritern ist entstanden, und so manche Abzockerfirma tummelt sich da. Die Hilfsorganisationen wie Arbeiterwohlfahrt und Diakonisches Werk berichten von zahlreichen Schmu-Firmen, die die hilfsbedürftigen Alten und den Staat nach Kräften ausnehmen.“; „Die Explosion der Sozialausgaben schadet vor allem den Arbeitslosen. Denn mit jeder neuen Beitragserhöhung drehen die Firmen ihrerseits an der Kostenschraube – wieder wird über Entlassungen diskutiert, erneut über Firmenverlagerung nachgedacht. Diese unsozialen Folgen seiner Politik will Norbert Blüm nicht mehr wahrhaben. In der vergangenen Woche plädierte er, als sei nichts gewesen, für eine Aufstockung der Pflegeleistungen um 260 Millionen Mark jährlich. Der Blüm von damals war da realistischer. Er hielt die Beitragsschraube schon 1982 für überdreht. Im Interesse der Arbeitslosen forderte er eine Umkehr in der Sozialpolitik. ‚Was machen wir eigentlich, wenn’s drei Millionen Arbeitslose sind?‘ fragte er damals. ‚Machen wir dann fröhlich das Tralala der alten Reden weiter? Werden wir eigentlich erst wach, wenn das Haus in Flammen steht?‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7828821.html>

Die Bundesregierung weigert sich, den Überschuß in der Pflegeversicherung zur Senkung der Lohnnebenkosten einzusetzen. Was hält die Wirtschaft davon? Hat sie Verständnis für die Haltung der Regierung? Der SPIEGEL fragte führende Repräsentanten des Unternehmerlagers nach ihrer Meinung.

Lohnnebenkosten. „Nach all den Beitragserhöhungen jetzt wenigstens mal ein Minischritt zur immer wieder versprochenen Senkung der gesetzlichen Zusatzbelastungen des Faktors Arbeit. Wie, wenn nicht so und jetzt?“; „Wie groß muß der Druck der Arbeitslosen eigentlich noch werden, bis maßgebliche Politiker in Bonn begreifen, daß jede auch noch so kleine Möglichkeit genutzt werden muß, den Faktor Arbeit in Deutschland zu entlasten?“; „Die permanente Begehrlichkeit der Sozialpolitiker, Leistungen auszuweiten, macht Senkungen der Beiträge für die Pflegeversicherung zwingend notwendig.“; „Zweifelloos ist die Abgabenbelastung bei uns insgesamt zu hoch.“; „Die Haltung der Regierung ist absolut unverständlich, zumal auch die Regierung genau weiß, daß in erster Linie die Senkung der Lohnnebenkosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhöht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7828835.html>

KONZERNE: Da ist etwas faul in unserem Staat (16.02.1998)

Der Siemens-Aufsichtsratsvorsitzende Hermann Franz über Arbeitsplätze, Steuervermeidung und unternehmerische Werte

Arbeitsmarktregulierung, Steuern, Leistung, unzeitgemäßes Tarifsystem. „Das bedeutet eine rückläufige Zahl von Arbeitsplätzen, weil die nicht so hochwertigen Tätigkeiten in der Produktion leider Gottes nicht mehr zu halten sind. SPIEGEL: Dieser Prozeß ist doch nicht gottgegeben. Franz: Natürlich nicht. Man kann schon dagegenhalten. Wir

brauchen niedrigere Steuern, einen freieren Arbeitsmarkt und eine Reform unserer Sozialsysteme. Wir brauchen aber vor allen Dingen wieder Leistungsanreize, die Menschen motivieren, etwas zu unternehmen. SPIEGEL: Brauchen wir auch einen Regierungswechsel? Franz: Wir haben klare Vorstellungen darüber, was getan werden muß. Wer das dann macht, ist egal. Die derzeitige Situation, daß die Politiker sich um des Machterhalts oder des Machtgewinns willen gegenseitig blockieren, ist untragbar und geradezu menschenverachtend.“; „Franz: Wir müssen den Flächentarif nicht aufgeben. Aber wir müssen ihn nach Tätigkeitsfeldern – zum Beispiel nach Produktion und Dienstleistungen – differenzieren und ihn auf einige wenige Eckpunkte beschränken. Der Flächentarif ist in einer Zeit entstanden, als es darum ging, eine Begrenzung nach oben hin zu setzen. Seinerzeit haben die Unternehmen um Arbeitskräfte geworben. Aber dann sind die Tarifpartner zu sehr in die Details gegangen und ihre Tarifexperten noch weiter. Heute haben wir ein Gestrüpp von über hundert Einzelregelungen, die kein Mensch mehr richtig durchschauen kann. Die Kosten der Anwendung in den Unternehmen sind oft genauso hoch wie die Beträge, die den Leuten aus diesen Regelungen zugute kommen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7828865.html>

EUROPA: Einig und deshalb stark (23.02.1998)

Erst haben sie ihn verlacht, nun fürchten sie ihn: Die Amerikaner stellen sich auf den Start des Euro ein. US-Banker und -Politiker rechnen sogar mit dem Ende der Weltherrschaft des Dollar.

Starrer Arbeitsmarkt. „Beim Wirtschaftstreffen in Davos Ende Januar näherte sich auch US-Vizefinanzminister Summers unter einigen Windungen der neuen Währung. Zwar zweifelt er auch weiterhin, ob die EU wirklich, wie im Maastricht-Vertrag festgelegt, ohne massive Finanztransfers von reichen zu ärmeren Gegenden auskommen wird und ob sie den erstarrten Arbeitsmarkt flexibel machen kann.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7829559.html>

Fünfmal dem Tod nahe (23.02.1998)

Von Wagner, Wieland und Wild, Dieter

Südkoreas Staatschef Kim Dae Jung über die Wirtschaftsmisere im Fernen Osten, den Mythos von den „asiatischen Werten“ – und seinen langjährigen persönlichen Kampf gegen die Diktatur

Plädoyer für freien Markt, Verständnis für IWF-Forderungen, Demokratie und Marktwirtschaft komplementär.

„SPIEGEL: Ihr ganzes politisches Leben lang haben Sie für Freiheitsideale gekämpft. Jetzt zeigt Ihnen der IWF die Grenzen der Freiheit, der staatlichen Souveränität, und verordnet Ihnen radikale wirtschaftliche Schnitte – deprimiert Sie das nicht? Kim: Grundsätzlich habe ich damit kein Problem. Mein politisches Ziel war immer der freie Markt. Ich war immer gegen allzu große Intimität zwischen Politik und Geschäft, gegen eine von der Regierung kontrollierte oder geleitete Wirtschaft, gegen Korruption und Günstlingswesen. Das stimmt mit dem IWF-Programm überein, wir betrachten die IWF-Aufsicht als Chance, unsere Wirtschaft umzustrukturieren.“; „SPIEGEL: Der IWF verlangt von Ihnen auch, Ihr Land ausländischen Investoren verstärkt zu öffnen. Wie erklären Sie das Ihren nationalbewußten Landsleuten? Wird man Sie da nicht anklagen, den Ausverkauf Koreas zuzulassen? „Kim: Ich werde dem Volk sagen: Kapital hat keine Nationalität. Wenn unsere Geschäftsleute frei in alle Welt gehen können, müssen wir die Welt auch nach Korea lassen. Wenn Ausländer hier Fabriken bauen und Waren produzieren, schaffen sie auch Jobs und zahlen Steuern. In England erwirtschaften fremde Unternehmen 25 Prozent des Bruttosozialprodukts, bei uns nur 2 Prozent. Wir werden also im Zeichen der neuen Öffnung ausländische Unternehmen bei uns willkommen heißen.“; „Kim: Die Zeit der Chaebols geht jetzt zu Ende – egal, ob sie wollen oder nicht. Diese Art von Wirtschaft beruhte auf dem engen Verhältnis zur Staatsmacht und auf deren Hilfe. Die Chaebols genossen ungeheure Privilegien: Sie haben riesige Kredite von den Banken bekommen und diese dann benutzt, sich immer neue Gesellschaften einzuverleiben. Zu solchen Zwecken werden sie künftig keine Gelder mehr erhalten. SPIEGEL: Gleichzeitig müssen sich die Chaebols auch noch dem Wettbewerb stellen. Kim: Die Chaebols – wie auch Unternehmen jeder Größe – werden einem absolut freien Markt ausgesetzt sein. Wenn sie überleben wollen, müssen sie wettbewerbsfähig werden.“; „Was ist in Indonesien, in Thailand, auf den Philippinen und auch in Korea geschehen? Die Länder haben sich wirtschaftlich entwickelt, sind aber politisch unterentwickelt geblieben. Ebenso war es früher im faschistischen Deutschland und militaristischen Japan, und beide Regime endeten in Tragödien. Meines Erachtens ist deshalb bewiesen, daß Demokratie und Marktwirtschaft komplementäre Ideen sind, daß sie Hand in Hand gehen müssen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7830158.html>

40 Prozent sollten es schon sein (09.03.1998)

Von Ihlau, Olaf; Schlamp, Hans-Jürgen; Großbongardt, Annette

SPIEGEL-Gespräch mit Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder über den Fahrplan für einen Machtwechsel und das Programm einer SPD-geführten Bundesregierung

Z.T. deutlich neoliberal gefärbte Fragen. „SPIEGEL: Das wäre dann die klassische Konjunkturpolitik nach John Maynard Keynes, die schon in den siebziger Jahren bei Kanzler Helmut Schmidt nicht funktionierte?“; „SPIEGEL: Aber in Ihrem Wahlprogramm ist mehr vom Ausgeben die Rede: mehr Kindergärten, mehr Polizei, mehr für Bildung und für Arbeitsmarktprogramme. Wie das alles bezahlt werden soll, steht nicht so genau drin.“; „SPIEGEL: Aber an

alles das, was Ihrer Klientel weh täte, trauen Sie sich nicht ran, etwa an die Steuervergünstigungen für Schichtarbeiter oder für Pendler.“; „SPIEGEL: Den Spitzensteuersatz will das SPD-Modell nun gerade mal von 53 auf 49 Prozent ermäßigen. Das wollten Sie doch eigentlich wesentlich mutiger machen.“; „SPIEGEL: Auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer steht nun im Regierungsprogramm – allen Warnungen des Kanzlerkandidaten zum Trotz.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7832852.html>

REGIERUNG: Billiger Jakob (06.04.1998)

Die Regierung gibt sich spendabel – Reeder und Bauern, Mieter und Arbeitslose erhalten Wahlgeschenke.

„Während Schäuble seine Blut-Schweißbund-Tränen-Reden ausarbeitete, hatte sich die Bonner Regierung eifrig und wie gewohnt Wahlgeschenke ausgedacht. Auf das blanke Versprechen, mit der Union werde es schon besser, will sich auch Parteichef Helmut Kohl nicht verlassen. Als wollte er die Strategie des Fraktionschefs Schäuble ad absurdum führen, läßt Kohl derzeit die Bundeskassen plündern, um noch schnell vor der Wahl Reeder und Bauern, Mieter und Arbeitslose gefällig zu stimmen. Und Finanzminister Theo Waigel macht mit. Die hehren Sparappelle sind vergessen.“;

„Finanzielle Auswirkungen - keine“, heißt es lapidar in der Gesetzesbegründung. Fachleute taxieren den tatsächlichen Wert der Bauernsubvention auf reichlich 300 Millionen Mark.“; „Auf die Vorzüge pauschaler Steuersätze darf sich nach den Bauern nun auch die deutsche Seeschifffahrt freuen. Was die Reeder-Lobby jahrzehntelang vergebens gefordert hatte, ist nun möglich. Die Wahlen fest im Blick, stimmte das Kabinett plötzlich zu. Was das die Steuerzahler kostet und den Schiffseignern bringt, will heute in der Regierung niemand mehr so genau ausrechnen können. Im vorigen Jahr kannten Waigels Steuerleute den Preis der Reeder-Hilfe noch genau: 280 Millionen Mark allein im ersten Jahr.“; „Auch im Kampf gegen Niedriglohnjobs und Scheinselbständigkeit will Geißler in die öffentlichen Kassen greifen. Für Haushaltshilfen etwa soll der Staat die Beiträge zur Sozialversicherung übernehmen. Hatte nicht Fraktionschef Schäuble gerade aufgerufen, ‚eher mehr, nicht weniger Bescheidenheit‘ an den Tag zu legen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7858979.html>

BÜROKRATIE: Das letzte Abenteuer (06.04.1998)

Aufbruchstimmung brauche das Land, fordert der Bundespräsident, und einfallsreiche Unternehmer. Zwei Hamburger erfanden eine neue Art von Werbung und rennen nun von Amt zu Amt: Jeder findet ihren Einfall gut, aber niemand will ihn genehmigen. Von Anuschka Roshani

„Jetzt mußten sich Lutter und Büscher um den Segen von oben bemühen. Schließlich darf es nichts in diesem Land geben, solange es nicht genau geregelt ist. Deshalb kann es auch kein Taxischild geben, ohne daß irgendwo geschrieben steht, wie es auszusehen hat. Es muß mindestens 250 Millimeter und darf höchstens 520 Millimeter breit sein; es muß mindestens 75 Millimeter und höchstens 120 Millimeter hoch sein; die Schrift darf nicht kleiner ausfallen als 50 Millimeter; die Strichstärke der Schrift soll mindestens 10 Millimeter und höchstens 15 Millimeter betragen; die Schrift muß gelb sein und der Untergrund schwarz und rechteckig. So steht es in Paragraph 26 der BOKraft (Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr). Außerdem steht dort, daß Abweichungen davon nicht zulässig sind. ‚Wer Initiative zeigt, wer vor allem neue Wege gehen will, droht unter einem Wust von wohlmeinenden Vorschriften zu ersticken‘, sagt Herzog.“; „Also eilten Lutter und Büscher in die Handelskammer. ‚Prima Idee‘, hieß es, aber man müsse noch eine behördliche Genehmigung einholen. ‚Nur bin ich nicht sicher‘, erklärte der bis dahin sehr optimistische Herr, ‚ob das tatsächlich durchgeht.“; „Weiter zur Baubehörde. Die ist in Hamburg auch für Taxen zuständig. ‚Ist es wirklich ein Naturgesetz‘, fragte Herzog, der Bundespräsident, rhetorisch, ‚daß man in Deutschland bis zu 19 Behörden fragen muß, wenn man einen Produktionsbetrieb errichten will, obwohl der neue Arbeitsplätze schafft?‘ 19 Behörden. Für Lutter und Büscher war es die dritte. Diesmal war Herr S. ihr Mann. Ein Beamter, behauptet das Klischee, trägt Ärmelschoner, ein muffiges graues Bürogesicht und ist aus seinem Anzug herausgewachsen. Und er trinkt aus einer Thermoskanne eine dünne Plörre. Dieser Herr S., schwört Büscher, trug Ärmelschoner, ein graues Büromuffgesicht und zu kurze Anzughosen und bot den ‚schlechtesten Kaffee an, den ich jemals in meinem Leben getrunken habe‘. Er finde ihre Idee wirklich gut, versicherte S. den beiden Antragstellern, aber er könne ihnen nicht helfen, und genehmigen könne er das neue Schild schon gar nicht. Selbstverständlich sagte er das nicht so dahin, er hatte gute Gründe: eine bundesweite Vorschrift, das sogenannte Uniformitätsprinzip, das ein solches Taxisignal nicht erlaube. Daher empfahl er ihnen, den Antrag zum Bestandteil einer Fachsitzung des Bundesverkehrsministeriums zu machen. In dieser Legislaturperiode wurden 939 Anträge auf Gesetzesvorhaben gestellt; 424 Novellierungen wurden verabschiedet. Nun also der Bund. Auf nach Bonn.“; „Wir wollen doch keine müde Mark vom Staat, nur einen verdammten Stempel“, bittet Lutter. Und rechnet vor, daß immerhin rund 40 Arbeitsplätze durch ‚TAX-AD‘ entstünden: Die Reklame müßte gedruckt, das Plastikdach serienweise produziert, das Werbesystem vertrieben und verwaltet werden. Im Bundesverkehrsministerium kam man zu dem Schluß, die Leuchtreklame sei als ‚Gefährdung der Straßenverkehrssicherheit‘ einzuschätzen. Der Kompromißvorschlag, das Werbeschild unbeleuchtet zu lassen, änderte daran auch nichts.“; „Kaum eine neue Entdeckung, bei der nicht zuerst nach den Risiken und Gefahren, keineswegs aber nach den Chancen gefragt wird“, kritisierte Herzog das weitverbreitete deutsche Bürokratismum. ‚Kaum eine Anstrengung zur Reform, die nicht sofort als ‚Anschlag auf den Sozialstaat‘ unter Verdacht gerät.“ Die nächste Aktion der beiden Erfinder: Sie wollen, mit dem Schild unter dem Arm, beim Bundespräsidenten vorfahren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7859232.html>

GRENZEN: Die Kreise des Monsieur X (06.04.1998) ■**Die Antibetrugseinheit der Europäischen Kommission Uclaf spürt internationale Subventionsbetrüger auf.**

Subventionen. „Vor allem der Subventionsirrsinn lädt zum Schmu ein. ‚Monsieur X‘ rechnet vor: Pro 100 Kilo, die ein Olivenöl-Produzent bei den Agrarstellen meldet, gibt es 150 Ecu Produktionsbeihilfen. Bei der Abfüllung erhält er weitere 54 Ecu pro 100 Kilo als sogenannte Konsumbeihilfe. Führt er das Öl aus, gibt es nochmals Geld. Zur Enttarnung des schmierigen Geschäfts mit falsch deklarierten Billigprodukten haben ‚Monsieur X‘ und Zollfahnder aus Italien und Frankreich über sechs Jahre gebraucht. Rund 50 Millionen Mark griffen allein die Olivenöl-Gauner ab.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7859668.html>

SPIEGEL-Essay: EURO UND FREIHEIT (20.04.1998) ■**Von Breuer, Rolf-E.**

Vorzüge der Wettbewerbsgesellschaft, Überregulierung, Sozialstaat etc. „Louis Dembitz Brandeis, der große amerikanische Jurist, formulierte schon vor mehr als 60 Jahren: ‚Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß wir am meisten auf den Schutz unserer Freiheit achten müssen, wenn die Regierung wohlthätige Absichten verfolgt.‘ Mit einer rapide wachsenden Staatsverschuldung, die soziale Ansprüche befriedigen will, Überregulierung, die einem übertriebenen Machbarkeitsdenken entspringt, und Innovationsschwäche, die von einer verkümmerten Wagniskultur zeugt, haben es die wohlthätigen Europäer beim Verzehr ihrer freiheitlichen Grundlagen ja ‚herrlich weit gebracht‘. Ihre Strukturprobleme hängen den Europäern wie ein Mühlstein um den Hals. Damit haben sie sich selbst belastet. Nun ist es an Europa, sich dieser Bürde zu entledigen. Es gibt für die Europäer keinen anderen Weg als Wettbewerb in einem freiheitlichen Markt. Der einzelne entfaltet im Wettbewerb seine schöpferische Kraft, wenn sich die Räume dazu öffnen und entsprechende Anreize bestehen. Das ist ökonomisch unbestritten. Es ist aber auch politisch ohne Alternative. Die Währungsunion bietet der Politik die Chance, das Erbe der Aufklärung nutzbar zu machen – und Anschluß an den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft zu gewinnen.“; „Die modernen Gesellschaften streben nach Glück, aber sie tun dies jenseits der alten Ordnung von links und rechts. Es bilden sich komplexere Werte als jene, die die Ideologien von Arbeit und Kapital vorgeben und die den Wettlauf der Zivilisationen und des Parteiensystems der letzten Jahrzehnte geprägt haben. Auch die Unternehmen schließlich haben ihre Wertvorstellungen fortentwickelt.“; „Für die Regierenden sind damit die ordnungspolitischen Wegweiser unmißverständlich gesetzt. Auch die Staaten unterliegen dem Verhaltenszwang des Wettbewerbs und werden mit der Transparenz des Marktes konfrontiert. Entschlußkraft und Entscheidungsstärke der politischen Systeme werden von den Märkten eingeschätzt. Die Europäische Währungsunion wird den Druck des Wettbewerbs unter den Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen in der Gemeinschaft spürbar erhöhen. Die Steuerpolitik, das Gesellschaftsrecht oder die sozialen Sicherungssysteme werden diesem Wettbewerb genauso ausgesetzt wie die öffentliche Verwaltung oder das Bildungssystem. Bei Produktionsverlagerungen, Unternehmensbeteiligungen oder Investitionsentscheidungen kann sich der Unternehmer zukünftig ohne Währungsrisiken daran orientieren, welche Bedingungen er in welchem Mitgliedstaat antrifft. So wird die Währungsunion den Druck auf den Arbeitsmarkt in einigen Mitgliedstaaten vorerst erhöhen, in anderen wiederum vermindern. Die realen Grundlagen und Grenzen einer nationalen Wirtschaftspolitik werden freigelegt und ihr Erfolg damit meßbar.“; „Die Idee, die Unabhängigkeit der zukünftigen Europäischen Zentralbank (EZB) durch eine Art Wirtschaftsregierung zu kompromittieren oder eine direkte parlamentarische Kontrolle der EZB-Organen herbeizuführen, entspringt indessen altem Denken. Wer das Ziel der Preisniveaustabilität und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank nicht vertragskonform und wortgetreu, sondern politisch oder gar sozialpolitisch interpretieren will, wird die heilsame Wirkung des Wettbewerbs auf die Politik unterlaufen.“; „Daß der entschlossen deregulierende EU-Wettbewerbskommissar Karel van Miert einer der erfolgreichsten Wirtschaftspolitiker der EU sei, behaupten inzwischen nicht mehr nur Spötter.“; „Die Verfahrensregeln der Europäischen Gemeinschaft schaffen einen Rechtszwang, der die Besitzstandswahrer und Bedenkenträger im Zaum hält und so manchen im politischen Geschäft sonst unüberwindlich scheinenden nationalen Sachzwang aushebelt.“; „Die Europäische Integration hat die Politik vorangetrieben. Ihre Grundlagen und Möglichkeiten gestalten sich marktgerechter. Die Marktteilnehmer organisieren sich selbst und stellen auf diese Art Transparenz her. Auch der Markt vermittelt Öffentlichkeit und erfüllt damit eine politische Funktion, weil hier Interessen, Präferenzen und Informationen ausgetauscht und zusammengefügt werden können.“; „Nur über die ökonomische Vernunft wird letztlich auch die politische Wachsamkeit gestärkt. Sie bindet die Politik noch fester an die Gesetze des Wettbewerbs und garantiert so ihre Machtfülle und Wirksamkeit. Die Währungsunion kann beitragen, die Ansprüche gegenüber dem Gemeinwesen auf das Erfüllbare zu beschränken und sichert so die Grundlagen des Wohlstands.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7866228.html>

SOZIALSTAAT: Massage auf Mallorca (20.04.1998)**Durch den Euro geraten die deutschen Sozialsysteme unter Druck. Denn vieles ist künftig möglich: Zahnbehandlung auf Korsika und auch Altenpflege auf Sizilien.**

Starrer Arbeitsmarkt. „Die unverändert starren Arbeitsmärkte in Europa, so mahnten vorige Woche die Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF), seien ‚die Achillesferse des Euro-Projekts‘. Und den dringendsten Reformbedarf haben die IWF-Ökonomen ausgerechnet im Herz der Europäischen Union geortet: in Frankreich, in Italien – und in der Bundesrepublik. So warnt das Kieler Institut für Weltwirtschaft vor einem ‚beschäftigungspolitischen Desaster‘ durch

die Währungsunion, wenn Arbeitsmärkte und Löhne nicht flexibler würden.“; „Und Dresdner-Bank-Vorstand Ernst-Moritz Lipp kritisiert, die Regierenden hätten dem Land viel zu lange eine ‚realistische Perspektive vorenthalten‘. Nun komme der Anpassungsdruck auf einmal: ‚Das wird‘, glaubt Lipp, ‚für viele ein Schockerlebnis.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7866540.html>

Anstrengend statt bequem (27.04.1998)

Wolfgang Schäuble über die Lage der CDU und die angemessene Strategie für den Wahlkampf

Wettbewerbsfähigkeit geht (wg. Globalisierung) über Verteilungsgerechtigkeit. „Wir müssen sagen, die Verteilungskonflikte sind in der globalisierten Welt nicht mehr in erster Linie im nationalen Rahmen zu lösen. Die dominierenden Verteilungskonflikte sind heute die globalen. Dann müssen wir bei unseren Entscheidungen dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit, im Zweifel sogar vor der Verteilungsgerechtigkeit, eine gewisse Priorität einräumen. Anders kann ich die Abschaffung der Vermögensteuer beim besten Willen nicht erklären. Unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit ist die Vermögensteuerabschaffung unter gar keinen Umständen zu rechtfertigen, war sie nie. Trotzdem war sie notwendig, weil sie unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit richtig ist. Wenn wir das aber machen, muß die Steuerreform systematisch richtig sein, die Investitionsbereitschaft verstärken, die Wachstumsdynamik, überhaupt die gesellschaftliche Dynamik. Wir dürfen uns auf den Wettbewerb nicht einlassen: Wer bietet welcher Gruppe mehr? Der billige Jakob kann immer die günstiger erscheinenden Angebote machen, wir nicht.“; „Deshalb plädiere ich dafür, daß wir sagen: Die Veränderungen finden ja statt, und ihr dürft euch nicht nach dem Hergebrachten sehnen, nach einer falschen Sicherheit, die rückwärts gewandt ist.“; „Und dann kann man den Gesichtspunkt Subsidiarität, Föderalismus mit Wettbewerb verbinden, im übrigen auch das Thema mit den Tarifpartnern, die wir ja nicht ganz außer fürsorglicher Betrachtung lassen dürfen – das Paradoxon, daß die Tarifpartner zuständig sind für den Arbeitsmarkt und die Politik die Verantwortung trägt für die Folgen der Entscheidung der Tarifpartner. Das muß man offensiv aufgreifen. Dann kann man relativ schnell beim Thema Eigenverantwortung, Leistung sein bis hin zu der Wertedebatte und den Familien.“; „Der Ludwig Erhard hatte ja noch die nationale Politik und Gesetzgebung als Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft; in der globalisierten Welt haben wir es nicht. (Wir müssen -Red.) also ein Netzwerk schaffen, das entsteht aus europäischer Integration, aus GATT und weiß der Kuckuck was, G8 und sonst was.“; „Den nationalen Spielraum haben wir ja weitgehend ausgeschöpft bis hin zur Kraftfahrzeugsteuerreform. Anderes können wir nur im europäischen Rahmen machen, weil es sonst erschlagen wird durch die Konkurrenz des Arbeitsmarkts. Das ist alles nicht nur negativ, sondern das meiste von dem ist eher auch positiv, zumindest auch positiv darzustellen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7870144.html>

PARTEIEN: Der Verlust der Mitte (27.04.1998)

Von Walter, Franz

Ein halbes Jahrhundert hat sich die CDU als Volkspartei behauptet. Nach ihrer Annäherung an den Neoliberalismus droht ihr nun das Fundament wegzubrechen: ihre Volksnähe.

Gefälligkeitsstaat. „Am Anfang stand Konrad Adenauer. Mit ihm begann nicht nur die christdemokratische Erfolgsstory der fünfziger und sechziger Jahre, mit ihm nahmen auch die Nöte der Neunziger ihren Anfang. Denn er legte die Fundamente für die gefälligkeitsdemokratische Mentalität, an der aller Reformeifer der Christdemokraten dieser Jahre zerbarst.“; „Ging es auf Bundestagswahlen zu, dann empfing Adenauer die begehrlichen Interessenvertreter von der Grünen Front, der Industrieclubs, des Beamtenbundes und der christlichen Arbeiterschaft mit offenen Armen und großzügigen Herzen. Adenauer gab ihnen, was sie forderten. Die Ordnungspolitiker einer freien Marktwirtschaft in der Fraktion und im Kabinett konnten darüber jammern und klagen, wie sie wollten. ‚Aber meine Herren‘, beschied sie dann der Kanzler kühl, ‚wir wollen doch die Wahlen gewinnen.‘ So entstand der bundesdeutsche Versorgungsstaat, und so schwand die autonome Bürgerlichkeit in Deutschland. Der Staat trat an die Stelle bürgerlicher Selbstverantwortung, bürgerlicher Vorsorge und bürgerlicher Eigeninitiative. Eben diese Erosion des Bürgerlichen macht christdemokratischen Wirtschaftsliberalisierern heute das Leben so ungemein schwer.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7870204.html>

Ich werde CSU wählen (27.04.1998)

Von Steingart, Gabor und Mahler, Armin

Unternehmensberater Roland Berger über den Kanzlerkandidaten Schröder, das SPD-Programm und seine Ideen für mehr Arbeitsplätze

Steuern, Abgaben, Staatsquote, Sozialstaat. „Berger: Man kann nicht das Land modernisieren wollen und als erstes die paar Reförmchen, die die jetzige Bundesregierung gemacht hat, rückgängig machen. Man kann zweitens nicht eine Steuerreform versprechen und dann von Steuersätzen reden, die Investoren davon abhalten, in unser Land zu kommen. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer, wie von der SPD angekündigt, wäre ein gravierender Fehler.“; „SPIEGEL: Warum? Weil den Besitzenden, die an der Börse ohnehin derzeit viel Geld verdienen, etwas zugemutet würde? Berger: So einfach ist das nicht: Nehmen Sie nur die High-Tech-Werte, die an der Börse mit dem Fünfzig- bis Hundertfachen ihres Wertes gehandelt werden. Ob das sinnvoll ist, kann ich nicht beurteilen; aber der Markt agiert eben so. Dieser

hohe Börsenkurs ist die Grundlage der Vermögensteuer. Nur kann kein Aktionär diese Steuer aus dem Gewinn der Firma bezahlen. Also müssen die Eigentümer und Gründer ihre Anteile verkaufen, um den begierigen Staat zu bedienen. Das kann doch nicht wahr sein! Diese High-Tech-Unternehmer würden das Land verlassen und die unternehmerische Modernisierung unserer Wirtschaft würde unterbleiben.“; „Berger: Wir werden so keine moderne Wirtschaft aufbauen. Den Schritt von der traditionellen Industriegesellschaft in die moderne Wissens-, Hochtechnologie- und Informationsgesellschaft kann kein Kanzler mit hohen steuerlichen Belastungen, weiterhin hohen Regulierungen, weiterhin massiven Staatseingriffen und verstaatlichten Dienstleistungssektoren schaffen. Schröder weiß das, aber viele Sozialdemokraten leben noch immer in der Vergangenheit des Umverteilungsstaates.“; „Berger: Wenn wir bei einer Steuer mal günstig liegen, muß man das nicht gleich ändern. Wir haben in Deutschland vor allem eine Notwendigkeit, und die lautet: Steuern und Abgaben senken, für jeden einzelnen und für jedes Unternehmen. Man sollte sich mal vor Augen halten, worauf der Turnaround der amerikanischen Wirtschaft beruht. Er beruht darauf, daß Reagan erstens den Staatseinfluß zurückgedrängt hat, was weniger Steuern und Abgaben bedeutete, zweitens dereguliert hat und drittens den Amerikanern ihr Selbstbewußtsein zurückgegeben hat. Wenn ihr die Ärmel aufkrepelt, werdet ihr es schaffen, das war die Botschaft. SPIEGEL: Das bezeichnet man in der SPD gemeinhin als neoliberales Gedankengut. Berger: In Amerika nannte man es nicht neoliberales Gedankengut, sondern Monetarismus, Angebotsorientierung, Reaganomics. Im übrigen kann ich an neoliberalem Gedankengut nichts Falsches entdecken. Ich bin der Meinung, daß wir ordnungspolitisch endlich eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft brauchen. SPIEGEL: Wieso Rückkehr? Berger: Wir haben heute einen Wohlfahrtsstaat mit einer Staatsquote von knapp 50 Prozent. Jede zweite Mark, die hierzulande erwirtschaftet wird, fließt durch die Staatskasse. Eines unserer Probleme ist, daß wir in einem Umverteilungsstaat und nicht in einer Marktwirtschaft leben. Wenn wir den Strukturwandel von der traditionellen Industriegesellschaft hin zur Wissens-, Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft fördern wollen, muß sich der Staat aus allen möglichen Aktivitäten zurückziehen, die er heute noch beherrscht, aus der Kommunikation, aus dem Transportgewerbe, aus dem Gesundheitswesen. Nur durch den Rückzug des Staates bekommen wir das hin, was Schröder Modernisierung nennt und was letztlich neue Jobs schafft.“; „SPIEGEL: Wenn man die Staatsquote herunterfährt, müssen Leistungen gekürzt werden. Nennen Sie doch einmal drei Sozialleistungen, auf die eine SPD-Regierung verzichten sollte. Berger: Erstens müßte eine SPD-geführte Regierung die Rentenreform umsetzen und den nächsten längst fälligen Reformschritt tun. Zweitens die Staatsaufgaben reduzieren, mehr privatisieren und Subventionen streichen. Drittens beim Arbeitslosengeld und bei der Sozialhilfe kürzen. Ferner kann man von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern Arbeitsleistungen verlangen. Damit allein wird die Nettobelastung für den Sozialstaat geringer. SPIEGEL: In Dänemark und in den Niederlanden wird Sozialhilfe an Arbeitsfähige nur gegen Leistung gezahlt. Plädieren Sie auch für den Zwang zur gemeinnützigen Arbeit? Berger: Unbedingt. Nur so können Sie relativ schnell ein paar Prozent der Lohnnebenkosten einsparen. Das würde die Arbeit erheblich verbilligen, und den Betroffenen würde es nützen, weil sie leichter in den Arbeitsmarkt zurückfinden. SPIEGEL: Ist das, was Sie jetzt skizziert haben, für die SPD überhaupt machbar? Berger: Ich glaube schon. Das Land ist doch erst seit 1970 langsam zu einem Wohlfahrtsstaat degeneriert, woran beide großen Volksparteien ihre Verdienste haben. Das ist nicht allein der SPD oder der CDU/CSU anzulasten. Jetzt muß man leider die Auswüchse wieder beseitigen. SPIEGEL: Und die neuen Arbeitsplätze entstehen dann von allein? Berger: Wir werden die Arbeitslosigkeit nur dann auf ein erträgliches Maß zurückführen können, wenn wir einen Niedriglohnsektor öffnen, der allerdings sozial abgedeckt sein muß, also nicht zu subjektiver Armut führen darf. Und wir müssen gleichzeitig Unternehmer und Wissenschaftler – nur sie können die Arbeitsplätze von morgen schaffen – dazu motivieren. Das geht nur, wenn sie ‚netto‘ auch entsprechend verdienen können. Sonst entstehen die neuen Jobs woanders. Die SAP-Gründer hatten sicherlich Spaß an ihrer Software, aber sie haben auch Spaß daran, Geld zu verdienen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7870227.html>

Blüm hat vieles falsch gemacht (04.05.1998)

Von Dettmer, Markus; Niejahr, Elisabeth; Steingart, Gabor

Walter Riester, IG-Metall-Vize und sozialdemokratischer Kandidat für das Bonner Arbeitsministerium, über die Reform des Sozialstaates, das geplante Bündnis für Arbeit und das SPD-Wahlprogramm

Z.T. neoliberal inspirierte Fragen. „SPIEGEL: Zumindest ist es unwahrscheinlich, daß plötzlich zusätzliche Milliarden zur Verfügung stehen. Die gesamten Versprechen der SPD summieren sich jetzt schon auf mehrere Milliarden zusätzlich für den Sozialstaat: Höheres Kindergeld wird im Programm versprochen, und auch die von der Koalition beschlossene Absenkung des Rentenniveaus wollen Sie rückgängig machen. Geht es jetzt wieder in die vollen?“; „SPIEGEL: Tatsächlich geben Sie den Rentnern sogar mehr Geld: Die Rentensenkung fällt aus, dafür kommt eine Grundsicherung. Wie paßt das zusammen mit den Wahlversprechen von Steuersenkungen?“; „SPIEGEL: Sie haben früher so schöne Sätze gesagt wie ‚Die Realität frißt sich durch die Sozialsysteme‘. Jetzt geht es um eine minimale Zumutung, und schon zucken Sie zurück. Die gekürzte Lohnfortzahlung heißt in der Realität ja keineswegs Verzicht auf Geld, sondern Verzicht auf maximal drei Urlaubstage. Ist das schon zuviel der Zumutung?“; „SPIEGEL: Sie suchen ständig eher nach Wegen, zusätzliches Geld in die Sozialsysteme zu pumpen. Müßte eine moderne Politik nicht den über die Jahrzehnte etwas üppig geratenen Sozialstaat verschlanken?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7882355.html>

Wer scheidet schon in Gloria aus? (25.05.1998)

Von Ihlau, Olaf; Wild, Dieter; Lersch, Paul

Otto Graf Lambsdorff über seinen Abschied aus dem Parlament, die Wahlaussichten der FDP und das Duo Schröder/Lafontaine

„SPIEGEL: Die Gewinne der Unternehmen explodieren, die Aktien boomen, aber die Arbeitslosigkeit steigt. Lambsdorff: Das ist leider wahr. Gleichwohl bleibt eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, wie ich sie immer gefordert habe, der einzige Weg aus der Beschäftigungskrise. Aber wir haben diese Politik in den letzten vier Jahren nur halbherzig gemacht. Und wir konnten die Steuern nicht senken, weil das die Sozialdemokraten im Bundesrat blockierten.“; „Lambsdorff: Der Begriff ist mißverständlich. Aber ‚Steuersenkungspartei‘ ist doch völlig richtig. Wenn der Staat manchen Bürgern mehr als 50 Prozent dessen wegnimmt, was sie verdienen, ist das ein Eingriff in unsere persönliche Freiheit von unverschämtem Ausmaß.“; „Lambsdorff: Ist denn diese Konsenssehnsucht unser Leid oder unsere Tugend? Oskar Lafontaines Vorschläge kommen mir alle so vor, als säßen wir für uns allein auf der Welt und könnten uns mit Knopfdruck abschotten gegen die Globalisierung. Da lach’ ich mich doch tot. Im internationalen Wettbewerb machen wir das so lange, bis wir alle pleite sind.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7893537.html>

WÄHRUNG: Yen bleibt schwach (25.05.1998)

Wirkungslose Konjunkturpolitik. „Sinkende Preise veranlaßten die Japaner zum Geldhorten, beobachten Analysten. Selbst ein 16 Billionen Yen teures Konjunkturpaket konnte Rezessionsängste nicht ausräumen. Weitere Fiskalprogramme dürften verpuffen, fürchtet Mayer, der die Nippon-Währung (aktuell: 100 Yen zu 1,30 Mark) in sechs Monaten bei 1,23 Mark sieht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7893854.html>

ISRAEL: Gerangel far a bessere Welt (25.05.1998)

Von Broder, Henryk M.

Die letzten authentischen Sozialisten leben im Heiligen Land, sprechen jiddisch und wollen noch immer die Welt verändern.

Sozialistische Überzeugungen als Skurrilität. „Was auf den ersten Blick wie ein gemütlicher Nachmittag mit Plätzchen und Limo in einem Altersheim anmutet, ist eine Versammlung von Revolutionären, die in die Jahre gekommen sind, aber immer noch an die internationale Solidarität glauben und zum ‚Gerangel far a bessere Welt‘, zum Kampf für eine bessere Welt, angetreten sind. Die Umgangssprache ist Jiddisch, der Ton militant, aber herzlich.“; „Denn alles, was die Arbeiterklasse in den letzten 100 Jahren erreicht hat, habe sie nur ‚dank dem Sozialismus‘ erreicht, und ‚der Gerangel far a bessere und schejnere Welt, far a besseren und schejneren Morgn‘ sei noch lange nicht vorbei. Das ‚sowjetische Regime, die sowjetische Partei hat verraten die Interessen der Arbeiterklasse, hat verkrippelt die Ideen fon Sozialismus‘, stellt Weinapel fest und schiebt eine rhetorische Frage nach: ‚Nur weil der Kommunismus bankrottiert hat, sollen wir uns fon die Ideen des Sozialismus lossagen?‘ Natürlich nicht. Kein Mensch im Saal denkt daran, dem Sozialismus adieu zu sagen, denn ‚noch immer gibt es Millionen von hungrigen Menschen, ganze Velker leiden noch heut unter dem schauderlichen kapitalistischen System!‘“; „Wenn die 60 Teilnehmer sich von ihren Sitzen erheben und die ‚Internationale‘ auf jiddisch anstimmen, wird in der Kalischer Straße Nr. 48 eine Welt lebendig, die es draußen längst nicht mehr gibt. Es geht zum ‚letzten, entscheidenden Kampf‘ für Freiheit und Brüderlichkeit: ‚Stejt ojf, ihr Arbeitslejt!‘ Und dann übergibt Ben-Avraham das Wort an Jizchak Luden. Der ist mit 74 Jahren fast noch ein junger Mann, doch da er die Zweimonatszeitschrift ‚Lebensfragen‘ redigiert, darf er mitreden.“; „Wie viele Bundisten es in Israel gibt, weiß nur der Allmächtige, an den sie nicht glauben. ‚Etwa 300‘, sagt Ben-Avraham, aber die meisten seien zu alt und zu gebrechlich, um zu den Feiern zu kommen. In New York gebe es noch eine ‚bundische Gemeinde‘, den ‚Arbeiterring‘, und ein paar Handvoll Bundisten in London und Paris. Die ‚Lebensfragen‘, Auflage 2000, würden ‚in der ganzen Welt‘ gelesen, doch die Mehrzahl der Bezieher sind keine Bundisten, sondern Forscher, die sich für die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung interessieren. Auch im nächsten Jahr werden die Bundisten wieder den 1. Mai in Tel Aviv feiern. Sie werden die rote Fahne hissen und die ‚Internationale‘ auf jiddisch singen. Der Kampf für eine bessere und schönere Welt wird weitergehen, doch die Kämpfer werden immer weniger. Schalom Chawerim.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7894260.html>

MITTELSTAND: Aufschwung à la Schröder? (01.06.1998)

Nirgendwo ist der Frust über hohe Steuern und lahme Bürokraten so groß wie im Mittelstand. Im Wahlkampf werden die Unternehmer so heftig umworben wie noch nie zuvor. Kann der SPD-Kanzlerkandidat diese Klientel wirklich für sich gewinnen?

Steuern. „Doch seit Bonn im Reformstau steckt, seit die Mittelständler unter hohen Steuersätzen leiden, von überbordenden Sozialabgaben und einer wuchernden Bürokratie bedroht werden, haben die Genossen sich ihrer angenommen.“; „Tief sitzt der Frust über die gescheiterte Steuerreform. Während viele Großkonzerne ihre Abgaben über Holdings in den Dubliner Docklands oder auf den Kanalinseln minimieren, ächzen Mittelständler weiter unter

hohen Steuersätzen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7897916.html>

Zwischen Sumo und Selbstmord (22.06.1998)

Von Follath, Erich und Wagner, Wieland

Noch vor wenigen Jahren galt Japan als die kommende Nummer eins auf der Welt, wurde als Erfolgsmodell gepriesen. Jetzt steckt die Wirtschaft in einer Rezession, die Politiker zeigen sich ratlos. Aus dem Vorbild wurde eine verwirrte Nation.

Marktabschottung, Bürokratie, Klientelpolitik, Konjunkturprogramme. „Die Japan AG mit ihrer besonderen Form der Abschottung gegenüber der Welt ‚da draußen‘ hat sich schlicht überlebt. Unflexibilität und Unfähigkeit, sich aus den historisch gewachsenen Strukturen zu lösen, lassen das einstige Erfolgsmodell an seine Grenzen stoßen.“; „Politiker waren im Nachkriegs-Japan vor allem zuständig für die Verteilung von Pfründen, viel zu beschäftigt damit, ihre Wahl oder Wiederwahl (viele halten inzwischen Parlamentssitze in der dritten Familiengeneration) zu organisieren und in ihrer Fraktion zu antichambrieren, als daß sie sich mit der Tagespolitik oder der Gesetzgebung ausgiebig hätten beschäftigen können. Nicht die austauschbaren Vorzeigeminister, über 40 Jahre lang weitgehend von derselben liberaldemokratischen Regierungspartei gestellt, bestimmen die Geschicke der Nation, sondern die Spitzenbeamten der verschiedenen Ministerien. Sie handeln in Hinterzimmern untereinander die Deals aus, sie halten gut geölte Kontakte zur Geschäftswelt. Sie lassen sich oft schon mit 55 Jahren pensionieren, um einen lukrativen Job in ebenden Privatunternehmen zu besetzen, die sie zuvor politisch koordiniert haben: Himmelsboten (‚Amakudari‘) heißen diese Aufsteiger im Volksmund. Auch andere Länder besitzen eine Bürokratie, diese Bürokratie aber besitzt ein Land.“; „Die japanische Spielart des Kapitalismus ist in der Sackgasse gelandet, die Kaufkraft geht zurück. Sieben Konjunkturprogramme mit staatlichen Ausgaben für Straßen, Brücken, Hafenanlagen von 1,2 Billionen Mark verpufften seit 1992 fast wirkungslos.“; „‚Big Bang‘ heißt großspurig das Regierungsprogramm, das seit dem 1. April 1998 in Kraft ist und das, in verschiedenen Schritten über Jahre hinweg, das japanische Finanzwesen deregulieren soll. Es sind meist kleine Feuerwerkskörper, die da gezündet werden; so wird dieses Jahr die Abhängigkeit der Notenbank von der Regierung etwas gelockert, Wertpapierfirmen brauchen keine besondere Regierungslizenz mehr; im Jahr 2000 werden international übliche Bilanzrichtlinien übernommen. Zu wenig, zu spät, sagen Landeskenner: Heftpflaster nur für die japanischen Krankheiten – statt eines Bypasses gegen die Arterienverkalkung.“; „Wenn ein Bill Gates, der aus einer Garage heraus mit einigen ‚Spinnern‘ zusammen einen Weltkonzern aufbaut, in Deutschland schwer vorstellbar ist, wäre er im überregulierten Japan schlicht undenkbar: 35 Unterschriften habe er gebraucht, erzählte ein junger Firmengründer kürzlich im japanischen Fernsehen, lediglich um ein Grundstück zu erwerben, und eine Lizenz für seinen Betrieb fehle ihm immer noch.“; „Alle politischen Parteien hierzulande und fast alle Politiker handeln nur aus einem egoistischen, höchst unehrenwerten Selbsterhaltungstrieb.“ Die meisten versuchen noch immer das Ausmaß der Krise zu vertuschen, den Niedergang der Elitebürokratie mit ihren unsäglichen Skandalen – viele Söhne der Samurai nichts anderes als Spesenritter – schönzureden, den Werteverfall der klassischen japanischen Institutionen zu leugnen. Aus Angst vor fundamentalen Änderungen, die auch ihre Privilegien antasten müßten, pflegen sie die Mär von der ewig glücklichen nationalen Familie.“; „Wenn Deutschland ein Rentenloch hat, gähnt in Japan ein Rentenkrater: Ersparnisse sind für viele die einzige Alterssicherung, die einzige Garantie, wenigstens in etwa den Lebensstandard zu halten. Und so denken, handeln und wählen die Menschen von Kamitsue konservativ.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7923626.html>

BANANEN: Massive Drohung (22.06.1998)

Der Streit um die Lieblingsfrucht der Deutschen eskaliert: Die Amerikaner fordern ultimativ ein Ende der Zölle und Kontingente.

Marktbarrieren, Subventionen. Sie geben vor, einen edlen Kampf für die kleinen, armen Bananenbauern gegen die großen Multis in Südamerika zu fechten. Eine ‚Riesenheuchelei‘, so der christdemokratische Europaparlamentarier Hans-Peter Liese. Der Abgeordnete: ‚In Wahrheit kämpfen die nur für ihre eigene Industrie.‘ Deshalb dürfen die Deutschen ihren vernünftigen Plan, wie das unsinnige Bananenregime aus Importquoten, Handelslizenzen und Subventionen an die Produzenten leicht und durchschaubar den WTO-Bestimmungen angepaßt werden könnte, gar nicht erst präsentieren.“; „Zu allem Überfluß sollen auf Drängen von Frankreich und Spanien – die Spanier produzieren 420 000, die Franzosen 370 000 Tonnen hochsubventionierter Bananen – die Hilfen für die Produzenten ein weiteres Mal aufgestockt werden.“; „Doch wenn es um die Banane geht in Europa, ist ökonomische Vernunft bisher jedesmal auf der Strecke geblieben. Das wird auch in dieser Woche so sein. So glaubt ein Experte in Borcherts Bonner Agrarressort: ‚Die politische Dimension überwiegt alles.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7923274.html>

RUSSLAND: Die Ledernacken vom Finanzamt (22.06.1998)

Um den Staat vor der drohenden Pleite zu retten, hat Präsident Boris Jelzin eine ganze Armee von bewaffneten Steuerfahndern gegen säumige Zahler in Stellung gebracht.

Steuern blockieren Wirtschaft. „Die Ursache der ständigen Kassenebbe liegt vor allem im Steuersystem. Eine Senkung

der Steuersätze, weniger Steuerarten und mehr Rechtssicherheit könnten Geschäftsleute dazu bringen, ihre im Ausland geparkten Dollar-Milliarden heimzuholen. Nur, der russische Staat muß sich erst daran gewöhnen, die Wirtschaft so zu besteuern, daß sie nicht blockiert wird.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7923786.html>

REGIERUNG: Die Idee ist grundfalsch (15.06.1998)

Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble gilt als möglicher Kanzler einer CDU-geführten großen Koalition. In seinem neuen Buch „Und sie bewegt sich doch“ plädiert der Politiker aber gegen eine gemeinsame Regierung der großen Volksparteien. Auszüge:

Interessengruppen, Wettbewerb, Eigenverantwortung. „Als ein großes Problem erweist sich dabei auch, daß die seit den sechziger Jahren immer wieder thematisierte ‚Herrschaft der Verbände‘ sich zwar verändert hat, jedoch in ihrem Grundübel nicht beseitigt ist. Nun liegt die Legitimation von Interessenverbänden natürlich gerade darin, daß sie die spezifischen Belange ihrer Klientel möglichst effektiv zu bündeln und durchzusetzen versuchen müssen. Dieses aber in der Rücksichtslosigkeit egomanischer Beutezüge zu betreiben, ohne Blick für den Gesamtzusammenhang, der doch erst die Partizipation von Verbänden ermöglicht, ist unverantwortlich. Und die demokratietheoretische Arbeitsteilung, daß Interessenverbände nur partikuläre Interessen besorgen, die Politik hingegen für das ‚bonum commune‘ zuständig ist, funktioniert heute schlechter denn je, weil in unserer Medienwelt auch interessengeleitete Kritik ungleich stärker transportiert wird als Zustimmung, das Vertrauen in Politik aber eher abgenommen hat.“; „Doch wenn es ernst wird und es darum geht, die notwendigen Strukturreformen einzuleiten, die Eigeninitiative und Freiheit einengende Regulierungsdichte auszudünnen, das Verhältnis zwischen den verschiedenen Ebenen unseres Staates neu zu gestalten, hoheitliche Tätigkeit subsidiär zu verlagern, immer dann zucken viele zurück und suchen bequemere Wege.“; „Am problematischsten ist der Anschlag, den eine große Koalition auf das Prinzip des Wettbewerbs bedeutet. Für die Politik gilt das gleiche wie für Wirtschaft und Gesellschaft: Konkurrenz belebt das Geschäft, die besseren und innovativeren Lösungen finden sich immer im Prozeß des Wettstreits um die bessere Idee. Eine große Koalition hingegen brächte vielleicht kurzfristig die Erträge eines Kartells, mittel- und langfristig aber mit Sicherheit alle Nachteile der Kartellierung: die Abtötung der Kräfte der Kreativität und der produktiven Anstrengung.“; „Denn wenn wir es ernst mit dem Bemühen um eine Ordnung der Freiheit meinen, dann kann auch für die verschiedenen Ebenen unserer Staatlichkeit die Antwort nur Subsidiarität und Eigenverantwortung heißen – was konkret bedeutet: eine bessere Trennung der Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern, die Wiederherstellung des Zusammenhangs von Zuständigkeit und Folgenverantwortung und damit schließlich auch die Stärkung des Wettbewerbsprinzips im Verhältnis zwischen Bund und Ländern einerseits sowie zwischen den Ländern andererseits.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7914235.html>

Abschied von Mark und Macht (15.06.1998)

Die Bundesbank übergibt ihre Befugnisse an die Europäische Zentralbank, bleibt aber weiter bestehen. Zu tun hat sie künftig wenig.

Monetaristische Position als Tatsache. „Wie die Bundesbank wird die EZB, so Otmar Issing, Chefvolkswirt im alten wie im neuen Zentralbankrat, versuchen, über die Geldmenge die Entwertung des Euro zu steuern nach der volkswirtschaftlichen Erkenntnis, daß zuviel Geld bei gleichbleibender Produktion die Preise und damit die Inflationsrate in die Höhe treibt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7914292.html>

HAUSHALT: Nach Lust und Laune (06.07.1998)

Haushaltsdefizite sind out, Überschüsse in: Immer mehr Staaten verbuchen ein Plus in ihren Etats. Doch Waigels Schulden wachsen weiter.

Ausgabeverhalten des Staats. „Doch auch auf der Ausgabenseite könnte der Staat noch viel tun. So rechnet der Bund der Steuerzahler in einer internen Studie detailliert vor, wie die Bundesregierung kurzfristig 20 Milliarden Mark, langfristig sogar 56 Milliarden Mark einsparen kann. Ähnliche Einsparpotentiale sehen die Experten des Steuerzahler-Bundes auch in den Länderhaushalten. Nötig seien allerdings ‚eine Reihe von Entscheidungen, die unpopulär sind‘ – etwa der weitere Personalabbau im Öffentlichen Dienst, die Verringerung der Zahl der Ministerien, eine generelle Minderung der Lehrerbesoldung, die Kürzung der öffentlichen Kulturetats oder Einsparungen im sozialen Wohnungsbau. Gleichzeitig drängt die Studie auf einen radikalen Abbau von Subventionen – ein Ziel, das auch der Grünen-Abgeordnete Oswald Metzger seit Jahren verfolgt. Noch immer, so ärgert sich der Haushaltsexperte, vergebe der Staat seine Subventionen ‚nach Lust und Laune‘. Nach Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft sind es 290 Milliarden Mark. Daß sich die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden allerdings zu einem Gesinnungswandel durchringen, bezweifelt Metzger: ‚Irgendwann fliegen uns die Haushalte um die Ohren.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7933317.html>

WAHLKAMPF: Madonna des Neokommunismus (06.07.1998)

Von Berg, Stefan

Die PDS-Kommunistin Sahra Wagenknecht führt Wahlkampf im Westen – hart gegen den Kapitalismus, aber nett zu den Wessis.

Sozialistische Überzeugungen als Skurrilität. „Ihr strenges Äußeres, hohe Stiefel, weiße Bluse und rotes Halstuch in Tateinheit mit hochgestecktem Haar und kühlem Blick, haben sie so bekannt gemacht wie ihre höchst eigenwilligen politischen Positionen.“; „Sahra Wagenknechts Weg gen Westen hat seine innere Logik. Da sie glaubt, daß der Sozialismus seinen nächsten Anlauf nicht in einem unterentwickelten Land wie Rußland (oder Mecklenburg-Vorpommern), sondern in einem hochentwickelten Industrieland nehmen werde, ist sie in Nordrhein-Westfalen ganz richtig.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7933345.html>

STEUERN: Senken, senken, senken (06.07.1998)

SPD und Grüne im Steuerchaos: Kanzlerkandidat Gerhard Schröder fordert eine Mindeststeuer für jedermann, die Ökopartei eine Sonderabgabe für Reiche. Mitten im Wahlkampf wird deutlich: Rot-Grün besitzt noch immer kein schlüssiges Steuerkonzept.

Politik unfähig zur nötigen Reform, Steuersystem muss wettbewerbsfähig werden. „Alle Experten sind sich deshalb einig: Es kann nur einen Weg aus der deutschen Steuermisere geben – die Sätze müssen drastisch gesenkt und die Schlupflöcher radikal beseitigt werden.“; „Wo selbst die eigene Partei zweifelt, konnten die Proteste aus der Wirtschaft nicht ausbleiben. Am Abbau von Subventionen für Landwirte und Kohlekumpel, Immobilienbesitzer und Schiffbauer ist schon die Regierungskoalition gescheitert. Nun knickt der SPD-Kandidat, so sieht es jedenfalls die Wirtschaft, schon vor der Schlacht ein.“; „63 Prozent des Gewinns seiner Klingelberg Söhne GmbH kassiert der Staat. Bei der Schweizer Tochtergesellschaft werden nur 28, in Spanien und Frankreich 35 und bei der amerikanischen Tochtergesellschaft 38 Prozent des Gewinns einbehalten. ‚Nur eine wirkliche Steuerreform wird Deutschland wieder konkurrenzfähig machen‘, sagt Klingelberg. Alte Zweifel, die SPD werde keine echte Steuerreform durchsetzen, wachsen nun erneut. Die Beseitigung der vielen Ausnahmen im Steuerrecht werde offensichtlich gar nicht ernsthaft erwogen, sagt Heribert Juchems, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer.“; „Mit besonderem Argwohn beobachten Bareis und sein Professorenkollege Rolf Peffekoven, mit welcher Leichtigkeit sich die SPD auch über fast alle ökonomischen Empfehlungen zur privaten Vermögensteuer hinwegsetzen will. Spitzenverdiener würden wie vorher auch über 50 Prozent ihrer Einkünfte an den Fiskus abtreten müssen – und das hatte das Bundesverfassungsgericht für bedenklich erklärt.“; „Hasso Plattner, Vorstandssprecher des Softwarekonzerns SAP, schilderte kürzlich bei einem SPD-Kongreß seinen eigenen Fall, der sogar Parteichef Oskar Lafontaine ins Grübeln brachte. Plattner hält 13 Prozent der SAP-Aktien und müßte, so rechnete er den erstaunten Zuhörern vor, bei Wiedereinführung der Vermögensteuer jährlich 140 Millionen Mark zahlen. Eine solche Steuer würde manchen Existenzgründer in den Ruin treiben – oder ins Ausland.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7933719.html>

Kapitulation vor dem Chaos (06.07.1998)

Steuerwissenschaftler Peter Bareis über die Pläne der SPD

Vermögensteuer schadet Kapitalbildung. „Das habe ich den Damen und Herren von der SPD schon seit Jahren erläutert: Alles redlich erworbene Vermögen, das unter die Vermögensteuer fallen soll, ist in irgendeiner Form bereits besteuert worden – etwa weil das Vermögen aus versteuerten Lohneinkünften gebildet wurde oder weil die Erbschaftsteuer greift. Diese doppelte Last ist eine Strafe für Vermögensbildung – wie man das vorschlagen kann in einer Zeit, wo alle mehr Vermögensbildung fordern, ist mir schleierhaft.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7933736.html>

POLITISCHES BUCH: Von der Wirklichkeit belehrt (13.07.1998)

SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder verbreitet sein persönliches Wahlprogramm in Briefen an prominente und unbekanntere Empfänger – und läßt sie als Buch „Und weil wir unser Land verbessern ...“ drucken. Auszüge:

Untauglicher Staatssozialismus. „Ich habe früher an die Vergesellschaftung der Produktionsmittel geglaubt – und schäme mich dessen keineswegs: Das Eintreten für die Schwachen der Gesellschaft, die Bereitschaft, mich dafür auch mit starken Interessengruppen anzulegen, ist mir, August Bebel und Willy Brandt sei Dank, erhalten geblieben, auch wenn der Weg in die Zukunft eben nicht über den Sozialismus führt.“; „Die PDS träumt noch immer vom umfassenden Bemutterungsstaat, der in der Konsequenz ein Bevormundungsstaat werden muß. Sie predigt eine Politik der Umverteilung durch den Staat – in einer Zeit, da es keine Verteilungsspielräume gibt. Von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen über die Verweigerung jeder Sparmaßnahme im Sozialhaushalt bis zum Ruf nach massiven staatlichen Programmen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen mißversteht die PDS den Primat der Politik so, daß politische Ökonomie zum Dirigismus wird.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7937133.html>

Schwindeln für die Urne (20.07.1998)

Von Schumacher, Hajo

Kohl und Schröder, Fischer und Westerwelle trauen sich nicht, dem Wähler die Wahrheit zu sagen. Denn die nötigen Reformen sind unbequem und könnten die Klientel verschrecken. Wahlkampf wird zum Showkampf.

Politiker drücken sich aus Angst um Popularitätsverlust um die Wahrheit. „Ob Amtsinhaber Helmut Kohl, ob Herausforderer Gerhard Schröder, ob der Ober-Grüne Joschka Fischer oder FDP-Chef Wolfgang Gerhardt – sie alle wiegen die Deutschen im Glauben, vom 28. September 1998 an werde alles viel besser; und ganz bestimmt werde es niemandem schlechtergehen – was Kohl schon der DDR-Bevölkerung zur Wiedervereinigung mit auf den Weg gab. Jeder von ihnen hat guten Grund zum konzertierten Volksbetrug. Jeder muß auf Wählergruppen Rücksicht nehmen, die er nicht verärgern darf: Schwindeln für die Urne. Schröders Wahlkampfreden werden täglich verwaschener. Was er etwa in Sachen Steuern, Renten oder Arbeitsmarkt wirklich für richtig hält, wäre für den alten Kern der Genossen-SPD unzumutbar – also schweigt der Kandidat dazu.“; „Der Neo-Liberale Guido Westerwelle erfreut die Klientel der Kleinpartei mit konkurrenzlos niedrigen Steuersätzen. Daß die FDP mit diesem Radikalprogramm in jeder denkbaren Koalition auflaufen wird, sagt er freilich nicht dazu.“; „Parteiübergreifend sind sich die Experten einig, daß die Jahrzehnte des flächendeckenden Wohlstands ein glücklicher Umstand der Historie waren, aber beileibe kein Dauerzustand bleiben werden. Gleichfalls unbestritten ist, daß das Land ein Reformwerk von historischem Ausmaß braucht, das so ziemlich jeden deutschen Lebenslauf gründlich umkrempeln wird. Und noch eines ist sicher: Je später die Regierung damit anfängt, desto schmerzlicher werden die Folgen sein.“; „Daß bei der kleinsten Konkretisierung sogleich Polarisierung droht, mußte der Kandidat erst vor zwei Wochen erfahren. Kaum hatte er die Idee einer Mindeststeuer, unsinnig genug, in Umlauf gebracht, hagelte es Kritik von allen Seiten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7937947.html>

Logik des kalten Buffets (20.07.1998)



Von Niejahr, Elisabeth und Fleischhauer, Jan

Weiter-So geht nicht mehr: Das Steuersystem bedarf der Generalüberholung, die Ausländerpolitik muß neu konzipiert werden, das deutsche Rentensystem hat keine Zukunft. Die Politiker scheuen sich, dem Wähler die Wahrheit zu sagen. Der SPIEGEL widmet den Tabu-Themen seine Serie „Projekt Deutschland 2000“. Teil 1: Der unsoziale Sozialstaat.

Unsozialer, unersättlicher Sozialstaat. „Reichskanzler Otto von Bismarck, der Krankenversicherung (1883), Unfallversicherung (1884) und Altersversicherung (1889) gründete, machte aus seinen Motiven kein Geheimnis: ‚Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.‘ Seither wurde seine vergleichsweise plumpe Methode der Herrschaftssicherung zu einem Bevorzugungs- und Betreuungssystem ausgebaut, das alle gesellschaftlichen Gruppen erfaßt, die meisten gleich mehrfach, nach immer neuen sozialen Kriterien und Merkmalen gestaffelt. Die Bilanz ist eindrucksvoll: Rund 1,2 Billionen Mark gab der Staat im vergangenen Jahr für das Wohlergehen seiner Bürger aus. Jede dritte Mark, die in der Bundesrepublik erwirtschaftet wird, fließt inzwischen über öffentliche Kassen der allgemeinen Wohlfahrt zu. Angefangen hat es mit einzelnen, die krank wurden oder erwerbsunfähig und damit auf staatlichen Beistand zwingend angewiesen waren. Es folgten die Kriegsoffer, die Ehefrauen der Krieger und deren Kinder, später dann die Vertriebenen und die Bausparer, die Schüler und Studenten. Irgendwann kamen ganze Berufsstände hinzu, die Bienenzüchter etwa, die Kutterfischer und die Binnenschiffer. Und natürlich eine bunte Reihe bedrohter Minderheiten: die Bewohner strukturschwacher Gebiete beispielsweise oder die Kleingärtner, die es in Nordrhein-Westfalen sogar zu einem eigenen Schutzparagrafen in der Landesverfassung gebracht haben. Mittlerweile ist jeder an den Tropf der Sozialadministration gelegt, von dem auch nur vermutet werden kann, daß er unter einem amtlich heilbaren Nachteil leidet: Ehepaare, kinderlos oder kinderreich, Alleinerziehende, Geschiedene und Verwitwete; Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitslose, Nachtarbeiter und Berufstätige, die am Sonntag oder im Schichtdienst beschäftigt sind; Mieter, Vermieter, Bauherren und solche, die es werden wollen. Frauen, die ihr Leben lang im Haushalt tätig waren; Frauen, die vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen; Frauen, die den falschen Hochschulabschluß erworben haben; Vielgebärende; Schwangere; Schwangere, die nicht länger schwanger sein wollen; Frauen, die nur Frauen lieben, und Frauen, die eigentlich Männer sind. Sie alle bekommen aus sozialen Gründen entweder zusätzliche Sonderrechte zugestanden oder zusätzliche Ansprüche auf Geld- und Sachleistungen oder Steuervergünstigungen oder zumindest kulturelle Förderung oder alles zusammen. Keine Frage, Bismarcks Erben haben ganze Arbeit geleistet. Und ein Ende des Ausbaus staatlich organisierter Fürsorge ist nicht absehbar.“; „Der deutsche Sozialstaat ist unbezahlbar. Er macht die Bürger unfrei, über ihr Einkommen selber zu befinden, und erzieht sie zum Anspruchsdenken. Vor allem aber: Er ist zutiefst ungerecht, weil er seine Leistungen oft willkürlich und nicht selten an den wirklich Bedürftigen vorbei verteilt, und spätestens dies wird ihn auf Dauer ruinieren, denn gerecht zu sein gilt von jeher als sein oberstes Gebot. Das ganze System des Gebens und Nehmens hat sich selbst übersteuert. Wie sehr, haben die Experten in den Sachverständigenkommissionen und ökonomischen Beiräten längst in erschreckender Deutlichkeit aufgeschrieben.“;

„– Begünstigt durch die Unübersichtlichkeit der Sozialtransfers sehen sich immer mehr Bürger ermuntert, alle Hemmungen gegenüber den Betreuungsinstanzen fallenzulassen. Rund 15 Prozent aller von den Behörden direkt vergebenen Sozialleistungen werden, einer Umfrage unter 400 Sozialämtern zufolge, zu Unrecht kassiert. – Nur durch eine großzügige Schuldenpolitik ist finanzierbar, was eigentlich nicht mehr finanzierbar ist. Der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte ist auf über zwei Billionen Mark geklettert, mithin das Fünffache des

Bundesetats. Jede zwölfte Mark, die die Finanzminister einnehmen, fließt derzeit direkt in den Zinsdienst. Eine Reformdebatte ist überfällig – über den geordneten Rückzug des Staates, über den gezielten Einsatz seiner Mittel und effizientere Kontrollen, über zeitgemäße Wohlfahrt eben. Die Einsicht der Beitragszahler ist erkennbar größer als die der Politiker. Es hat sich herumgesprochen, daß der Staat nur das verteilen kann, was er den Steuerpflichtigen vorher abgenommen hat. Und auch dies nur abzüglich der Kosten für eine immer mehr zum Selbstzweck ausartende Sozialbürokratie. Nach welchen Kriterien der Verteilungsapparat Alimente vergibt, wer zu den Gewinnern zählt und wer zu den Verlierern, das ist kaum noch jemandem einsichtig. Für viele gleicht das Sozialsystem einem Labyrinth, undurchschaubar in seinen Verästelungen, geradezu rätselhaft: Wie kann es sein, daß ein leitender Angestellter im Laufe seines Berufslebens, marktüblich verzinst, rund eine Million Mark in die Rentenkasse zahlt, am Ende aber nur 3700 Mark monatlich ausgezahlt bekommt? Warum bedenkt der Staat auch die alleinerziehende Millionärstochter mit Sozialhilfe und sogar Wohngeld, obwohl sie doch beim Vater zur Miete wohnt? Wieso werden die Bergleute mit 130000 Mark pro Jahr und Kumpel subventioniert, derweil Gaststättenpersonal oder Putzfrauen ohne solche Alimente auskommen? Warum soll sich ein Hilfsarbeiter noch für 1500 Mark netto im Monat mühen, wenn sein Hausnachbar von den Sozialämtern die gleiche Summe erhält, ohne eine Hand zu rühren? So beginnen sich nicht mehr nur die Ökonomen zu fragen, wie lange eigentlich ein Sozialsystem überleben kann, das die Axt an die eigenen Wurzeln legt, gegen die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit großer Teile der Gesellschaft nämlich. Wenn es noch eines Belegs bedurfte hätte für die Erkenntnis, daß ein allzuständiger Versorgungsstaat die Antriebskräfte seiner Nutznießer lähmt, dann lieferte ihn das Debakel beim Ernteeinsatz deutscher Arbeitsloser auf deutschen Spargelfeldern.“; „Sozial. Kein Wort ist schillernder, keins gleichzeitig politisch mächtiger als dies dreisilbige Adjektiv. Zusammen mit seinem kleinen Bruder, dem Begriff ‚gerecht‘, besitzt es die Fähigkeit, jedem neuen Gesetz und jeder neuen Staatsausgabe die Weihe des Urdemokratischen zu verleihen. Es ist das Totemwort einer Epoche, die der Soziologe Ralf Dahrendorf nicht von ungefähr die ‚sozialdemokratische‘ nannte. Welche Verführungskraft die politischen Akteure dem populären Schlagwort beimessen, zeigt sich zumal in Wahlkampfzeiten. Genau 109mal tauchen die Worte ‚sozial‘, ‚gerecht‘ und ‚Gerechtigkeit‘ im aktuellen Programm der SPD auf, die das magische Adjektiv praktischerweise gleich im Namen führt. Die CDU, auch nicht faul, bringt es in ihrem Programmentwurf immerhin auf 55 Nennungen der erfolgversprechenden Wortkombination.“; „Genau besehen, hat die Sozialpolitik den Bestechungscharakter, der ihr seit Bismarcks Reformwerk zu eigen ist, bis heute nicht verloren. Der moderne Sozialstaat erzwingt keinen Gehorsam mehr, er erkaufte ihn sich. Sein Leitbild ist der Bürger als Kostgänger, und deshalb ist es nur folgerichtig, daß er sich diesem in fast allen Lebenslagen als Appellationsinstanz anbietet. Die Leistungspalette seiner Wohltaten spiegelt das gesamte Anspruchsvolumen bundesdeutscher Durchschnitts- und Besserverdiener.“; „Nur der kleinste Teil des gewaltigen Sozialbudgets dient noch der Versorgung der Armen, dem ‚Schutz und der Daseinshilfe in Notlagen‘, wie es im ‚Deutschen Rechtslexikon‘ unter dem Begriff Sozialstaat in seiner gängigsten Definition heißt. Dieser Teil wird, gemessen am Gesamtetat, sogar immer kleiner. Tatsächlich ist die allgemeine Fürsorge, die einst als Absicherung gegen existenzbedrohende Schicksalsschläge gesetzlich verankert wurde, heute weitgehend eine Veranstaltung zur Lebensstandard-Sicherung breiter Mittelschichten. Zum Schutz der Bedürfnisse von Leuten also, die Dritturlaub und Zweitwagen als unverzichtbare Wohlstandsmerkmale betrachten, die Zuzahlung bei Gebißkorrekturen aber als unzumutbare Belastung empfinden. Das macht den Sozialstaat so teuer, das macht ihn aber auch, was seine Glaubwürdigkeit nachhaltig erschüttert, zu einem unzuverlässigen Patron für all diejenigen, die schon Ersturlob und Erstwagen unter die Luxusgüter rechnen und auf den Staat als unbestechliche Schutzmacht angewiesen sind. Denn wer immer neue Gruppen zu Leistungsberechtigten erklärt, kommt auf Dauer nicht umhin, einmal gewährte Ansprüche abzusenken. Und daß bei der Zuteilung sozialer Wohltaten oder ihrem Entzug streng nach Bedürftigkeit entschieden werde und nicht nach der Lautstärke, mit der diese behauptet wird, gehört zu den großen Illusionen des Sozialstaats. Kaum einer weiß das besser als die politisch Verantwortlichen, nur sagen darf es niemand. Wer an ihr kleines, schmutziges Geheimnis rührt, wer gar die Sturmglocke läutet wie der ehemalige Staatssekretär Johann Eekhoff, der hat ausgedient.“; „Eekhoff kennt sie genau, all die Gruppen und Interessenverbände, die sich arm rechnen und immer neue Vergünstigungen erjammern: Die Alten, die für kostenlose Seniorenkreuzfahrten und Freizeitbetreuung auf Krankenschein streiten. Die Kurdirektoren, die den dritten Jahresurlaub in Bad Wildungen oder Bad Tölz zum Menschenrecht proklamieren. Die Beamten, die für jede Sonderzulage den passenden Härtefall nennen können.“; „Und natürlich dürfen die Kohlekumpel, lauter gut ausgebildete, auffallend junge Männer, die auch in anderen Branchen einsatzfähig wären, weiter auf die volle Unterstützung aus Bonn rechnen – eine schöne Geste tätiger Nächstenliebe, die den Steuerzahler in den nächsten Jahren insgesamt 70 Milliarden Mark kosten wird. Es sind die Lauten und Vorlauten, die Cleveren und Unverschämten, die zu den Hauptnutznießern des Sozialsystems gehören. Denn vor nichts haben Politiker mehr Respekt als vor einflußreichen Wählergruppen. Und weil Einfluß meist mit einem ordentlichen Einkommen einhergeht, trauen sie sich nicht mehr, denjenigen, die nicht arm sind, dies auch zu sagen. Dieser Logik folgend, sind es vor allem zwei Merkmale, über die jemand verfügen muß, der seine Zähne in die Zitzen des Wohlfahrtsstaats schlagen will. Entweder er gehört einer Gruppe an, die allein zahlenmäßig so stark ist, daß es kein Politiker wagt, sich mit ihr zu überwerfen. Oder aber er ist Mitglied einer kleinen, aber dafür wohlorganisierten Clique, die es versteht, für ihre Belange möglichst rücksichtslos Stimmung zu machen, und die über die richtigen Kontakte zu den richtigen Leuten verfügt. Unglücklicherweise zeichnen sich die Schwachen und Entmutigten, die Verschämten und Verstörten gerade dadurch aus, daß sie über keines dieser beiden Merkmale verfügen.“; „Doch daneben hat das Parlament eine Reihe von Sparmaßnahmen abgesegnet, die genau jene treffen, für deren Wohlergehen zu sorgen gerade

den enormen ethischen Kredit begründet, den die Sozialpolitiker gemeinhin für sich beanspruchen: Menschen mit zum Teil schwersten körperlichen und geistigen Behinderungen, Menschen also, denen ein Leben ohne fremde Unterstützung unstreitig nicht mehr möglich ist. Und eigenartig, diesmal nimmt die Öffentlichkeit kaum Notiz. Da sitzen keine empörten Lobbyarbeiter und professionellen Elendsplärren in den Talkshows und beklagen die ‚soziale Kälte‘. Weitgehend unbeachtet blieb beispielsweise die Entscheidung der Bundesregierung, bei den Pflegesätzen für Schwerbehinderte zu sparen. War bislang dafür gesorgt, daß Querschnittsgelähmte oder Spastiker ein Leben in der eigenen Wohnung führen konnten, gilt nun das Kostenprinzip: Erscheint die Unterbringung in einem Heim billiger, was meist der Fall ist, entfällt der Anspruch auf häusliche Betreuung. Pech gehabt. Am 20. Juni 1996 stand die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes an, auch dies kein guter Tag für die vom Schicksal Gebeutelten. Galt bislang der Grundsatz, daß jedem Behinderten bei der beruflichen Rehabilitation Beistand zu leisten sei, ist die Bewilligung entsprechender Förderung nun ins Ermessen der Sozialbürokratie gestellt: Nur wer vor Antritt einer Fortbildung oder Umschulung glaubhaft machen kann, daß er später trotz seiner Beschädigung gute Chancen auf einen Job hat, erhält das Einverständnis der Behörden. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Behinderten ist seitdem kräftig gestiegen. Pech gehabt. Im Februar 1997 lag die zweite große Sozialreform dieser Legislaturperiode, die Rentenreform, zur Diskussion vor, und wieder traf es diejenigen besonders hart, die leise leiden.“; „Von der schrittweisen Absenkung der Altersbezüge bis zum Jahr 2030 bleiben schon mal all jene weitgehend verschont, deren Alimentation im Ruhestand ohnehin vergleichsweise hoch ist: die Beamten. Bestandsschutz genießt auch die heutige Rentnergeneration, eine wichtige Wählerklientel der Union, denn der eigentliche Beginn für diesen ersten Reformteil wurde mit Bedacht auf das Jahr 2015 gelegt. Sofort wirksam hingegen werden Sparmaßnahmen bei chronisch Kranken und Schwerbeschädigten, denen bislang eine Erwerbsunfähigkeitsrente zustand. Kommt der Verband der Rentenversicherer zu dem Befund, daß ein Invalide zumindest theoretisch drei Stunden am Tag arbeiten könnte, wird ihm die Hälfte seiner Bezüge gestrichen, unabhängig davon, ob er eine Beschäftigung findet oder nicht. Weil kaum zu erwarten ist, daß Blinde, Lahme und Taube auf dem schwierigen Arbeitsmarkt mehr als nur theoretische Chancen haben, werden in den nächsten Jahren etwa 100000 Opfer dieser Reform der Sozialhilfe anheimfallen. Pech gehabt. Und weiter: Das Kabinett hat kühlen Herzens die Sprachkurse für Aussiedler gekürzt; es hat die medizinische Hilfe für Asylbewerber praktisch auf lebensrettende Eingriffe begrenzt. Wer nun glaubt, dies alles sei das Werk hemmungsloser Neoliberaler, die in ihrem Kreuzzug gegen den Wohlfahrtsstaat der Einfachheit halber am untersten Rand der Gesellschaft angesetzt haben, der sitzt einem Irrtum auf. In Wirklichkeit wurden die Entscheidungen von Leuten abgenickt, die ihr Dauerabonnement für den Platz an der Seite der Bedürftigen stets griffbereit halten; von Veteranen des politischen Verteilungskampfes wie Norbert Blüm oder Heiner Geißler, die bei fast jeder Rede beeindruckende Armutszahlen nennen und keine Gelegenheit auslassen zum Appell an die ‚Solidarität‘, dem modernen Gegenstück zur biblischen Nächstenliebe. Kaum etwas beherrschen die Daseinsversorger wie Blüm oder Geißler so perfekt wie das Spiel mit Zahlen und Fakten. Virtuos wechseln sie zwischen dem ergreifenden Einzelschicksal, das noch die unsinnigste Subvention als begründet erscheinen läßt, und dem Hinweis aufs große Ganze, der bei Bedarf auch das Gegenteil belegt. Die Armutsrhetorik funktioniert immer, und sie hat, gesellschaftlich gesehen, durchaus stilbildend gewirkt. Auch der Dümme hat mittlerweile begriffen, wie der Hase läuft. ‚Auf jedem Armen sitzen heute zehn andere, die in seinem Namen Besitzstände wahren‘ merkt der Buchautor und ehemalige Grünen-Mitarbeiter Bernd Ulrich zu Recht an, und der Grund dafür liegt auf der Hand: Keine Fähigkeit eröffnet so verlässlich den Zugang zu staatlichen Näpfen wie die, sich öffentlich in die Rolle des Opfers hineinzustehlen. Nichts sichert die eigenen Pfründen gewinnbringender als der Schulteranschlag mit den Entrechteten.“; „Widerstand aus den Großstadtghettos gegen diese schleichende Enteignung ist freilich kaum zu erwarten: Die Definitionsmacht über die Demarkationslinien der Armutsgrenze liegt fest in der Hand der Sozialverteiler und ihrer Helfer-Heere, all den Betreuern und Beratern und Berater-Beratern, die mehr oder weniger direkt im Sold des Sozialstaats stehen. Auf rund eine Million Angestellte bringen es inzwischen allein die fünf parastaatlich operierenden Wohlfahrtsverbände, die damit der größte Arbeitgeber des Landes sind.“; „Doppelverdienende Yuppiepärchen zu Ausgrenzten zu erklären mag für eine alleinerziehende Verkäuferin zynisch klingen, ist aber auf vertrackte Art nur konsequent im Sinne einer Rhetorik, die Wohlstandsverzicht immer anderen zumutet, vorzugsweise so anonymen Größen wie ‚den Reichen‘ oder ‚den Superreichen‘.“; „Es ist, mit anderen Worten, der Widerspruch zwischen Gleichheit und Freiheit, zwischen Sozialstaatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, der in der schönen Formel von der sozialen Gerechtigkeit steckt und die dennoch mit großer Beharrlichkeit meist so verwendet wird, als gäbe es zwischen dem einen und dem anderen Ideal nicht die geringste Differenz.“; „Daß jedes neue Gesetz zum Mieterschutz etwa die Rechte anderer einschränkt, in diesem Fall die der Eigentümer; daß jede Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge die Möglichkeit der Zwangsversicherten beschneidet, eigenverantwortlich über die ihnen gemäß erscheinende Form der Zukunftsvorsorge zu entscheiden: All dies haben die Sachwalter des Sozialen wohl erkannt, aber im visionären Schwung offenbar für nicht weiter beachtenswert gehalten.“; „Längst begnügt sich der Sozialstaat nicht mehr damit, nur materielle Benachteiligungen auszugleichen. Auch für immaterielle aufgrund von Talent, Geschlecht oder sexueller Präferenz verspricht er Kompensation, und seien sie nur vermutet.“; „In solchen Überdrehungen blitzt besonders deutlich auf, was den Opferstatus so erstrebenswert macht: Wer ihn erst einmal für sich reklamiert hat, der hat eine Freifahrkarte für das Sozialnetz gezogen, mit beinahe unbegrenzter Laufzeit.“; „Denn wann ist der Zeitpunkt gekommen, von dem an zum Beispiel die Frauen nicht mehr als benachteiligt gelten? Wenn die Hälfte aller Parkplätze in Parkhäusern Frauen vorbehalten ist? Oder wenn in naher Zukunft ‚eine völlig unfähige Frau in eine verantwortungsvolle Position aufrückt‘, wie es der Oberbürgermeisterin von Heidelberg als Gleichberechtigungsbeleg

vorschwebt? Das in diverse geldwerte Vorteile umgemünzte Gleichheitsgebot ist der eigentliche Treibsatz des Sozialstaats, gerade weil er sein selbstgestecktes Ziel, die Gleichstellung aller mit allen, nie erreicht, jedenfalls nicht unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. Eben deshalb sehen Regierung und Opposition notgedrungen immer neue Anlässe für soziale Aus- und Aufgaben.“; „Wie viele Versorgungswege über die Jahre gegraben wurden und welche Ergebnisse der gigantische Umverteilungsapparat im einzelnen erzielt – das weiß heute keiner der Sozialexperten genau zu beziffern. Sie agieren wie Bomberpiloten, denen erst die Tankanzeige ausgefallen ist, dann der Höhenmesser und die nun frohgemut weiterfliegen.“; „Und vollends den Überblick verliert, wer den Versuch unternimmt, die Transferströme innerhalb eines deutschen Durchschnittshaushalts statistisch zu ermitteln. Dort haben sich mittlerweile die sogenannten Negativtransfers, also alle Gehaltsabzüge und Steuerzahlungen, mit den Positivtransfers des Sozialstaats zu solch einem Wust verknäult, daß oftmals kaum mehr dem Haushaltsvorstand einsichtig ist, ob er nun zu den Gewinnern oder den Verlierern gehört. Doch eben das ist der entscheidende Effekt des von den Sozialverwaltern herbeigeführten Verteilungschaos: Der Beitragszahler soll es auch gar nicht durchschauen. Andernfalls käme er am Ende noch zu der Erkenntnis, daß die schöne Fassade der Wohltätigkeit ein paar häßliche Risse aufweist. Er könnte sich zum Beispiel fragen, was eigentlich sozial ist am Ansinnen der SPD, Studiengebühren per Gesetz zu verbieten? So subventioniert der Staat schließlich alle Studenten, egal ob sie arm oder reich sind, eine Pauschalförderung, die schon Karl Marx auf die Palme brachte, der vor über hundert Jahren gegen die Alimentation der ‚höheren Klassen aus dem allgemeinen Steuersäckel‘ polemisierte. Er sorgt mit dem Geschenk kostenloser Hochschulbildung auch noch für eine massive Umverteilung von unten nach oben: Die Mehrheit der angehenden Akademiker stammt nämlich aus einem Elternhaus mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 6000 Mark, nur 20 Prozent stammen aus einem, das mit weniger als 3500 Mark auskommt (was für die große Mehrheit der Bevölkerung gilt). Und so ließe sich weiterfragen: Was ist eigentlich sozial am Kindergeld, das allen zusteht, Millionären wie Arbeitslosen, und das Wohlhabenden zudem noch die Möglichkeit einräumt, einen Freibetrag zu wählen, womit sie unterm Strich besonders gut abschneiden?“; „So untergräbt das Sozialsystem seine eigenen Grundlagen, indem es seine Nutznießer regelrecht belohnt, wenn sie nur auf ihren ökonomischen Vorteil schauen und den Solidargedanken kühl beiseite schieben.“; „Daß vor allem unübersichtliche Versorgungsapparate für diese ‚Logik des kalten Buffets‘ (Konrad Adam) anfällig sind, auch das haben die Sozialwissenschaftler längst erforscht. Solange sich Ansprüche nämlich an den konkreten Nächsten richten, die Verwandten, Freunde oder Nachbarn, werden sie in Schach gehalten, da überzogene Ansprüche die Reputation dessen beeinträchtigen, der sie stellt“, wie der Club of Vienna, eine österreichische Gruppe von Wachstumskritikern, herausgefunden hat: ‚Fordert man dagegen die Einlösung dieser Ansprüche aus den staatlichen Allmenden, so entfällt in Ermangelung eines konkreten Gegenübers jede Scham, es entstehen schamlose Ansprüche.‘ Beispielhaft für diese Haltung ist die April-Ausgabe des Wirtschaftsmagazins ‚Capital‘. Erst wird wortreich ‚das moderne Versorgungsdenken‘ der Deutschen beklagt, das eine ‚tiefe Sehnsucht nach Entmündigung‘ offenbare. Dann folgt zügig der praktische Teil (‚Hilfe maximieren‘) mit 56 Hinweisen zu den ‚Gestaltungschancen‘ des Sozialstaats. Die Frage, wie sich der Katalog seiner Segnungen am besten nutzen läßt, ernährt mittlerweile eine ganze Beratungsindustrie. Und bei all den Ratgebern, die unter Titeln wie ‚Mein Recht auf Sozialhilfe‘ oder ‚Arbeitslos? Aber richtig!‘ Versorgungstips geben, sticht eins besonders hervor: der energische, geradezu flehentliche Appell an die Leser, ‚auf Leistungen, die Ihnen zustehen, nicht zu verzichten‘. Offenbar bedrückt die Kriegsgewinnler im Verteilungskampf nichts mehr als die Vorstellung, daß es noch ein paar geben könnte, die nicht das Letzte herausholen bei der Schnäppchenjagd an den Discount-Tischen des Sozialstaats. So fehlt in kaum einer Broschüre der Hinweis auf Menschen, die ‚Ansprüche nicht wahrnehmen‘ und dadurch, hochgerechnet, ‚allein in Ostdeutschland täglich 1,5 Millionen Mark verschenken‘. Und konsequent sind auch Worte wie Almosen mittlerweile aus dem Sozialdeutsch getilgt, ist in ihnen doch noch die Erinnerung wach, daß es sich bei einer Reihe staatlicher Leistungen im Kern eben darum handelt: um Hilfen für Hilflose, die zu keiner entsprechenden Gegenleistung fähig sind.“; „Auch im linken Milieu wachsen die Zweifel am deutschen Wohlfahrtssystem. Dort sind es vor allem Grüne wie Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin ihrer Partei, und ihr Namensvetter Joschka, die darauf drängen, das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neu auszutarieren. Sie werben für eine Sozialpolitik, die an die Gründungstradition der Alternativbewegung anknüpft, deren Anliegen es war, die Bürger zu emanzipieren und gegen die Glücksverheißungen des Staates mißtrauisch zu machen, seien die nun technologischer oder sozialtechnischer Art. Zaghafte, so scheint es, beginnt sich eine skeptische Allianz zu formieren, eine heimliche Koalition der Vernunft, die quer zu den Parteilagern und den Gesundheitsbetern der Fürsorgepolitik (‚Die Rente ist sicher‘) eine ‚neue soziale Frage‘ stellt. Es geht, wie es Joschka Fischer formuliert, um eine neue ‚Gewichtung von Privatkapitalismus und Sozialstaat, von Egoismus und Allgemeinwohl, von Gewinn und Verteilung‘. Um einen Staat also, der seine Sozialfunktion ernst nimmt und den einzelnen gleichzeitig ermutigt, die Aufgaben, die er selbst erledigen kann, auch wieder selbst wahrzunehmen.“; „Denn der übermächtige Sozialstaat wird ja von immer mehr Bürgern inzwischen auch als Last empfunden, als sich selbst steuernde Geldvernichtungsmaschine, die das Plus bei den Bruttolöhnen seit Jahren in ein reales Minus verwandelt. Der Lohnzettel mit all den Positionen, die gemeinhin als Lohnnebenkosten verharmlost werden und mittlerweile 40 Prozent der Gesamtsumme ausmachen, ist ein Manifest der Unfreiheit geworden.“; „Wenn es schon mit der freien Verfügbarkeit der Produktionsmittel nichts geworden ist, im Kommunismus sowenig wie im Kapitalismus, so sollte doch wenigstens das eigene Einkommen (oder zumindest ein größerer Teil davon) wieder frei verfügbar sein. Die Vorzeichen des heutigen Sozialjargons würden sich im Laufe dieser Freiheitsdebatte, die zwischen Individuum und Kollektiv neu gewichtet, womöglich umkehren: Sozialabbau würde vom Angstbegriff zum politischen Versprechen, Umverteilung, längst als Codewort für staatlich organisierte Bereicherung

entlarvt, zur traurigen Besitzstandswahrer-Formel. Nur der Sozialstaat, der sich zurücknimmt und sich Selbstbeschränkung auferlegt, ist auf Dauer sozial. Über das Wieviel des Rückzugs, das Wo und das Wann muß geredet werden, laut und kontrovers, wie es sich für eine Demokratie gehört. Aber: Es muß geredet werden. Die Deutschen werden ihren Sozialstaat in Zukunft noch brauchen. Gerade deshalb sollten sie ihn vor den traditionellen Sozialpolitikern retten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7938269.html>

JAPAN: Wie kalte Pizza (20.07.1998) ■ ■

Die Wähler strafte den Premier, die Japan AG treibt ruderlos dahin, doch die kungelnden Bosse der Regierungspartei wollen keinen starken Mann an der Spitze.

Klientelpolitik. „Bankenkrise? Rekordarbeitslosigkeit? Währungsschwäche? Zunächst einmal gab es Dringenderes zu besprechen: Chancen ausloten, Anhänger sammeln, um Partei- und Ministerposten schachern wie gehabt. Denn die Wahl eines Premiers entscheidet in Japan traditionell auch darüber, welche Politiker ihrer angestammten Klientel lukrative staatliche Aufträge und Subventionen zuschanzen können.“; „Doch als Postminister brachte er seine eigenen Beamten mit der unerhörten Forderung gegen sich auf, das Postwesen zu privatisieren. Mit solchen Vorschlägen steht Koizumi in der LDP ziemlich allein da. Selbst wenn die verunsicherte Partei ihn als Zugpferd ins Geschirr bitten sollte, würde er im Regierungsviertel Nagatacho schnell auf Widerstand der Bürokratie stoßen. Auch der Hobby-Schwertkämpfer Hashimoto hatte sich ja zunächst als Erneuerer feiern lassen. Aber dann gab er den mächtigen Interessengruppen der LDP nach – und enttäuschte die Wähler mit seinem Zickzackkurs.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7938501.html>

Projekt Deutschland 2000: Die Fabrik der Arbeitslosen (27.07.1998) ■ ■

Der Aufschwung beginnt – aber nicht für alle. Immer mehr Menschen sind dauerhaft ohne Arbeit. Zu langsam entstehen die Zukunftsjobs – an der Börse, in Call-Centern, in den Medien. Ex-US-Minister Reich ermuntert zum schnellen Abschied von der Industriegesellschaft. „Projekt Deutschland 2000“, Teil 2: Wege aus der Jobkrise.

Unflexibler Arbeitsmarkt sorgt für Arbeitslosigkeit, Politiker drücken sich um Reformen (aber niederländisches Konsensmodell als Alternative zu Niedriglohnsektor nach US-Vorbild). „Die Botschaft an die Wähler im Mittelbau der Gesellschaft ist aufgepumpt mit Zuversicht: Das Gerede vom Standort Deutschland, der angeblich nicht mithalten kann beim Wettlauf der Nationen – das war gestern. Über Verzicht reden bei Lohn oder Kündigungsschutz, wozu noch, wo doch alles so schön wächst.“; „Nur eine Kennziffer der Volkswirtschaft versagt den Politikern die Gefolgschaft: die Arbeitslosenquote.“; „Wer einmal rausgefallen ist, darf im Deutschland der Besitzstandswahrer kaum mehr auf Wiedereinstieg ins Arbeitsleben hoffen. Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, also all jene, die länger als ein Jahr ohne Arbeitsvertrag dastehen, hat sich in der Ära Kohl verfünffacht.“; „Ohne Kurskorrektur – und das heißt ohne Verzicht der Noch-Beschäftigten auf Lohn sowie Arbeitszeit und ohne ein Mehr an Flexibilität im deutschen Arbeitsrecht – werden die Arbeitslosen da bleiben, wo sie seit Jahren sind: draußen vor der Tür. Die Politiker, so muß es scheinen, haben sich gegen die Realität verschworen. Sie wollen niemandem etwas zumuten – den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften nicht und schon gar nicht sich selbst. Zog SPD-Kanzler Willy Brandt 1972 noch mit kämpferischen Parolen (‚Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen sorgen‘) in die Schlacht um Wählerstimmen, haben sich die Kandidaten im Wahljahr ’98 aufs kollektive Weggucken spezialisiert. Niemanden trifft die Schuld an der Misere allein. Die Ursache der deutschen Jobkrise ist ein kollektives Versagen:

- Die Regierung hat den Umbau von Steuer- und Sozialsystem auf unbestimmte Zeit verschoben.
- Die Opposition attackiert jedes noch so kleine Reförmchen als Angriff auf den Wohlfahrtsstaat.
- Die Gewerkschaften akzeptierten zu spät den Zusammenhang von Lohnhöhe und Beschäftigung. Ihre Tarifpolitik war zu unflexibel.
- Den Unternehmern fiel als Reaktion auf die neuen Herausforderungen der Globalisierung oft nichts Besseres ein, als Jobs zu vernichten oder ins Ausland zu verlagern.“; „Der erste Ölpreisschock Ende 1973 markiert den Wendepunkt. Energie und Rohstoffe wurden teurer, der Rationalisierungsdruck stieg, die deutsche Wirtschaft schrumpfte. Die Zahl der Arbeitslosen schoß in die Höhe und überschritt 1975 die damals kaum vorstellbare Schwelle von einer Million. Seitdem sind Arbeitsplätze und Konjunkturaufschwung entkoppelt: ‚Damals‘, sagt der Ökonom Karl-Heinz Paqué, ‚wurden die Weichen für die heutige Massenarbeitslosigkeit gestellt.‘ Die ersten Krisenzeichen blieben weitgehend unerkannt, der Sozialstaat mit all seinen Einrichtungen und Leistungen – vom Dorfgemeinschaftshaus bis zum Kindergeld – blähte sich hemmungslos auf. Die Zahl der öffentlich Bediensteten schwoll in den siebziger Jahren um fast eine Million an.“; „Spätestens mit der deutschen Wiedervereinigung traten die Verwerfungen offen zutage. Plötzlich fiel auf, daß die Tarifparteien mit ihrer Hochlohnpolitik dafür gesorgt hatten, daß sich einfache Tätigkeiten kaum mehr rentierten. Die Unternehmen schaffen lieber eine Maschine an, die den Billigjob erledigt. Kapital ersetzt Arbeit. So bleiben all jene, deren Können oder Wollen nur zu einfachen Tätigkeiten reicht, auf der Strecke. In Amerika arbeiten Schuhputzer, Autowäscher, Fahrkartenverkäufer – in Deutschland stehen Fahrkartenautomaten, Schuhputzautomaten und Waschanlagen. Nirgendwo auf der Welt sind die Fabriken derart konsequent durchrationalisiert wie in Deutschland. Umgekehrt lohnt es sich für Sozialhilfeempfänger kaum, nach Arbeit zu suchen. Jeder Zuverdienst wird zu einem großen Teil mit dem staatlichen Einkommen verrechnet, so ist der Anreiz gering, sich aus der Falle des Nichtstuns zu

befreien. Der Sozialstaat ist längst überlastet. Die Summe aller Wohltaten stieg seit 1960 um über 1900 Prozent. Was als Versicherung für den Notfall gedacht war, entwickelte sich für Millionen zum Normalfall. Ein Teufelskreislauf ist in Gang gekommen, den zu stoppen immer schwieriger wird. Die Massenarbeitslosigkeit belastet den Sozialetat des Landes, was erneut zu höheren Beiträgen bei Arbeitslosen-, Renten und Krankenversicherung führt. Und schon ist die nächste Drehung unvermeidlich: Der steile Anstieg der Versicherungssummen, die von immer weniger Noch-Beschäftigten gezahlt werden, treibt die Lohnnebenkosten und die Schwarzarbeit hoch – die legale Arbeit wird auf diese Weise immer teurer. So geht das nun schon seit Jahren.“; „Seit Jahr und Tag mahnen Sachverständige Veränderungen des Sozialsystems an. Sie schlagen vor, Leistungen, die nicht von Sozialbeiträgen gedeckt sind, vom Steuerzahler finanzieren zu lassen. Sie regen eine Grundrente an und empfehlen, zusätzlich eine kapitalgedeckte Absicherung aufzubauen. Sie pochen auf mehr Eigenverantwortung des Bürgers und weniger kollektive Sicherheit. ‚Nicht der gefährdet den Sozialstaat, der notwendige Reformen anstrebt‘, sagt Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer, ‚sondern der, der sie blockiert.‘ Selbst der Blick ins Ausland gilt vielen hierzulande schon als Tabuverletzung. Amerika könne kein Vorbild sein, heißt es da, niemals. Das unter Maggie Thatcher sanierte England – unakzeptabel. In Skandinavien sei zwar manches besser, hieß es lange Zeit, aber alles irgendwie anders. Und was sollen wir schon von den Niederländern lernen? Dabei hat sich auf der Welt eine Menge getan; beim Abbau der Arbeitslosigkeit kamen viele Regierungen voran – mit durchaus unterschiedlichen Rezepten.“; „Der Staat hat den Strukturwandel beschleunigt. Wer in Amerika arbeitslos wird, kann nicht mit Transferleistungen deutschen Zuschnitts rechnen. Arbeitslosengeld ist in den meisten Bundesstaaten auf sechs Monate, Sozialhilfe für bedürftige Familien auf fünf Jahre begrenzt – und zwar im Laufe eines ganzen Lebens. Der Anreiz zu Arbeit ist entsprechend hoch. Nur so ist es möglich, daß schlechtbezahlte ‚Hamburger Flipping Jobs‘ – wenig produktiv, aber wegen des niedrigen Lohns kaum wegzurationalisieren – tatsächlich besetzt werden. Kein Wunder, daß die amerikanischen Stundenlöhne real im Schnitt noch immer unter dem Niveau von 1989 liegen. Das Einkommensgefälle wird immer steiler, der Abstand zwischen den besten und den schlechtesten Verdienern ist in den USA doppelt so groß wie in Deutschland. ‚Moneyless America, jobless Europe‘, beschreibt der US-Ökonom Paul Krugman die Unterschiede. Die harte Methode der Amerikaner ist nicht der einzige Ausweg aus der Misere, wie die Niederländer beweisen. Immerhin konnten unsere Nachbarn im Westen die Arbeitslosenquote von 17 Prozent Anfang der achtziger Jahre auf nunmehr knapp über 4 Prozent drücken. Geschafft haben das die Niederländer mit einer Konsenspolitik zwischen Gewerkschaftern, Arbeitgebern und Staat, die Opfer von allen erforderte.“; „Den Deutschen steht die schmerzhaft Sanierungsarbeit noch bevor. Spätestens nach der Bundestagswahl wird sich die neue Regierung an die Arbeit machen müssen. SPD-Schattenwirtschaftsminister, Ex-Unternehmer Jost Stollmann, geht schon heute erkennbar auf Distanz zu den Schönrednern aller Parteien. Die Gesellschaft dürfe sich nicht weiter mit ‚Reparaturen durchhängeln‘, sagt er. Natürlich müßten ‚Steuer- und Sozialsystem völlig umgekrempelt werden‘. Der einstige Software-Unternehmer Stollmann weiß, daß ein Weiter-So nicht mehr möglich ist: Der Veränderungsdruck ist zu hoch.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7940697.html>

STATISTIK: Nach oben offen (27.07.1998)

Expertenstreit in Deutschland: Die Reichen werden reicher, aber werden die Armen auch ärmer?

Kritik der Verteilungskritik. „Alle wollen sie soziale Gerechtigkeit, und niemand sagt, was er damit meint. Wem soll im Namen einer diffusen Gerechtigkeit etwas genommen, wem etwas gegeben werden?“; „Daß die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffne, ist schnell gesagt. ‚Leicht zu belegen ist die These aber nicht‘, sagt Wissenschaftler Udo Neumann, einer der Autoren der ISL-Studie. Es mangle an Daten über das Ausmaß an Wohlstand: ‚Bitten Sie mal einen Reichen um Auskunft darüber, was er besitzt.‘“; „Ausgerechnet über ein so gewichtiges Thema der politischen Debatte wie den Wohlstand der Gesellschaft existieren nur vage Analysen. Da verbraucht oder verteilt der Staat die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung, aber wohin das Geld fließt, weiß keiner so genau.“; „Die Reichen“, sagt Heiner Flassbeck vom DIW, „sind reicher geworden, weil sie ihr Geldvermögen durch ansehnliche Erträge aufstocken konnten.“ Das ist unbestreitbar. Aber es hat die Armen nicht ärmer gemacht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7940974.html>

EUROPA: Reisen und aufschreiben (03.08.1998)

Massenaufmarsch im Namen des Föderalismus: Alle Bundesländer schicken eigene Vertreter nach Brüssel. Das Recht dazu bekamen sie wegen der Einführung von Binnenmarkt und Euro.

Teure Beamte. „Als gäbe es nicht schon genug Abgesandte in Brüssel, leistet sich jedes einzelne deutsche Bundesland dort auch noch so etwas wie eine eigene Botschaft. Die 16 Ländervertretungen residieren in ansehnlichen flämischen Stadtvillen mit kunstvoll ausgestatteten, aber nur selten genutzten Ministerzimmern. Ihre Leiter bekleiden zumeist den Rang eines deutschen Ministerialdirigenten, aber mit Brüssel-üblich erhöhtem Monatsgehalt in Höhe von rund 20 000 Mark.“; „Kein Gremium koordiniert die fliegende Brigade. Kein Rechnungshof hat die Exzesse des deutschen Föderalismus je geprüft. Vom Kommen und Gehen der fahrenden Amtskollegen wissen meist auch die Büros der Länder in Brüssel nichts. Die Reisekosten werden in den Länderetats versteckt.“; „Die 16 deutschen Bundesländer haben natürlich einen guten Grund, in Brüssel vertreten zu sein: Sie kommen ihren Interessen nach. Denn in der EU-Kapitale gibt es einiges zu holen, zum Beispiel Subventionen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7956061.html>

LOBBY: Gang von der Küste (03.08.1998) ■ ■

Eine große Koalition von Bundestagsabgeordneten aus dem Norden verschafft der Industrie an der Küste immer neue Subventionen.

Subventionen, Klientelpolitik. „Da schließt der Hardthöhen-Chef gern freundliche Kompromisse mit den beiden Nordlichtern. Den Steuerzahler kostet der Deal allerdings fast 400 Millionen Mark. Chancenlos stemmte sich der Haushaltsexperte der Grünen, Oswald Metzger, gegen die ‚Erpressung der Lobbyisten‘. Das Ergebnis war schon vor der Abstimmung im Ausschuß klar. Metzger: ‚Sieg auf der ganzen Linie für die Küsten-Gang.‘ Wieder einmal. Die ‚Küsten-Gang‘, im Bonner Jargon auch als ‚Küsten-Mafia‘ bekannt, das sind – im harten Kern – etwa 20 Parlamentarier aus Deutschlands hohem Norden: Abgeordnete aus Schleswig-Holstein und Bremen vor allem. Dazu einige Freunde aus dem nördlichen Niedersachsen und aus Hamburg. Sie sitzen im Haushalts- und im Finanzausschuß, führen stille Gespräche mit dem Verteidigungs- oder dem Verkehrsminister und haben dabei, jenseits der politischen Farbenlehre, meist ein gemeinsames Ziel: den steten Fluß von Steuergeldern in die Küstenregion zu erhalten. Das funktioniert seit vielen Jahren prächtig.“; „Solche Drogen machen süchtig. Deswegen hängt die Nordregion bis heute am Bonner Tropf, muß alljährlich neu um Staatsaufträge, Zuschüsse und Steuergelder kämpfen.“; „Allerdings: Im Wettlauf um Subventionen bringen es auch andere Regionen und Branchen zur Meisterschaft. Mit großem Getöse fordern beispielsweise Bergleute und Bauern ihre Alimente ein.“; „Was die machen“, so Opel, selbst aus Husum, aber kein Gang-Mitglied, ‚grenzt an Erpressung.‘ Das geben die Küstenhelfer sogar zu, bringt es doch Ruhm und Stimmen im Wahlkreis. Sein Votum für den ‚Eurofighter‘ im vorigen November, brüstete sich Freidemokrat Koppelin vor Freunden aus der Heimat, habe er sich von der Hardthöhe entlohnen lassen: Rüge mußte den ersten Einsatzgruppenversorger ordern.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7956077.html>

Projekt Deutschland 2000 (03.08.1998) ■ ■

Aktien statt Almosen

Das Rentensystem steht vor dem Bankrott. Bislang fehlte der Regierung die Kraft zu einer durchgreifenden Reform – zu mächtig ist die Wählerklientel der Alten. Doch schon bald nach der Wahl könnte das Verfassungsgericht einen Neuanfang erzwingen. „Projekt Deutschland 2000“, Teil 3: Wege aus dem Rentendebakel.

Kapitaldeckung besser als Umlage; Mindestrente für Bedürftige. „Immer wieder hat er alles nachgerechnet, und das Ergebnis hat ihn empört: ‚Das ist nicht mal die Hälfte von dem, was ich eingezahlt habe‘, sagt er. Es liegt am System, und nicht nur das Beispiel des Versicherungsangestellten Fuhrmann belegt: Das System ist am Ende.“; „Dieser sogenannte Generationenvertrag funktioniert nicht mehr.“; „Längst belegen Wissenschaftler mit Zahlen, daß Deutschland dringend ein neues System der Alterssicherung braucht. Nur der zuständige Minister verkündet noch immer mit dem Zorn des Gerechten, der seine Stirn rötet, die Renten seien sicher.“; „Wenn er in Rente geht, wird Fuhrmann etwa 400 000 Mark an Beiträgen gezahlt haben. Seine Rente wird gerade mal 2270 Mark betragen. Hätte er das Geld an der Börse anlegen können, stünde er mit Zins und Zinseszins deutlich besser da.“; „Schon drängeln sich all jene Lobbyisten, die nach dem Zusammenbruch beste Geschäfte erwarten. Massiv werben Banken und Versicherungen nicht nur für private Vorsorge, sondern auch für den Abschied vom alten Umlagesystem. Die Deutsche Bank, immer vorn dabei, gründete sogar eigens ein Deutsches Institut für Altersvorsorge. Es geht um einen gewaltigen Markt. Kapitaldeckung hieße, in vereinfachter Form: Die Beiträge zur Altersvorsorge, die ein Arbeitnehmer zahlt, werden nicht an die heutigen Rentner ausbezahlt, sondern gewinnbringend – zum Beispiel an den Weltbörsen – angelegt. Der Beitragszahler bekommt sie eines Tages, so wie er es von einer Lebensversicherung kennt, mit einem Gewinnanteil wieder ausbezahlt, oder er bezieht daraus eine versicherungsmathematisch berechnete regelmäßige Rente.“; „Gerade die Rentenkasse hat immer wieder die Politiker verlockt, wichtige Wählergruppen aus ihr zu bedienen oder Finanzierungsprobleme zu lösen. Kein anderes Sozialsystem hat so viel Geld, bei kaum einer politischen Maßnahme sind die Folgen erst mit so viel Zeitverzögerung spürbar. Und nur wenige Menschen verstehen, was dort vor sich geht.“; „Die überwältigende Mehrheit der Ruheständler hat wenig Grund, sich zu beklagen.“; „Doch die Politiker erzählen vorzugsweise das Gegenteil. ‚Schamlos‘ sei es, ‚Renten von 900 Mark, wie sie die älteren Frauen im Durchschnitt erhalten, zu kürzen‘, poltert beispielsweise SPD-Parteichef Oskar Lafontaine bei seinen Wahlkampfauftritten – und macht so aus einer richtigen Zahl eine falsche Botschaft.“; „Weil in Bonn nichts geschieht, verabschiedet sich wer kann auf eigene Faust aus dem maroden Rentensystem. Etwa 5,6 Millionen Arbeitnehmer entziehen sich nach Schätzungen des Arbeitsministeriums schon heute ihrer Beitragspflicht und sind in versicherungsfreien 620-Mark-Jobs tätig – notfalls, wider geltendes Recht, sogar in mehreren zugleich. So bringt sich das System selbst in eine miserable Lage: Je höher die Beitragslasten sind, desto mehr Mitglieder der Zwangsversicherung steigen aus. Je mehr Beitragszahler gehen, desto höher ist die Last derer, die bleiben. Auch Gutverdienende gehen, wenn sie können – beinahe unbemerkt hat sich eine kleine Gruppe längst aus dem Umlagesystem ausgeklinkt. Eine halbe Million Ärzte, Apotheker, Architekten, Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sind mit dem Segen des Gesetzgebers ausgestiegen und nutzen Berufsständische Versorgungswerke. Die funktionieren nach dem Kapitaldeckungsverfahren und bieten den Mitgliedern entsprechend attraktive Leistungen an.“; „Selbst der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) macht mit. Etwa ein gutes Viertel der Mitarbeiter ist nicht in der gesetzlichen Zwangsversicherung, sondern sichert sich lieber privat ab. Das sei notwendig, heißt es beim VDR, um Spitzenkräfte zu bekommen oder sich gegen

Abwerbeversuche zu stärken. Im Ausland ist der Ausstieg für alle längst zur Regierungspolitik geworden. Immer mehr Länder verabschieden sich vom klassischen Umlageprinzip und stellen auf ertragreichere, kapitalgedeckte Systeme um – manchmal auf einen Schlag, häufiger jedoch Schritt für Schritt. Den Anfang machte Chile (siehe Kasten Seite 48).“; „Das Schweizer Beispiel zeigt, daß auch beim Mischsystem ein Ausgleich zwischen Gutverdienenden und sozial Schwächeren gelingt.“; „Der Gesetzgeber müßte dann Steuervorteile für die neuen Pensionsfonds zusagen. Die Gewerkschaften verzichten auf Lohnzuwächse zugunsten von Rückstellungen für das Alter, die Arbeitgeber schaffen günstige Bedingungen für die Vorsorge im Betrieb. Die Regierung müßte eine Mindestrente für besonders Bedürftige einführen. „Es gibt ein Konzept, es gibt Erfolgsbeispiele im Ausland, es gibt eine echte Aufbruchstimmung“, sagt Investmentbanker Laux. „Niemand kommt daran vorbei“, glaubt der Optimist: „Da ist es schon fast egal, wer die Wahl gewinnt.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7956090.html>

Projekt Deutschland 2000: Wir waren Pioniere (03.08.1998)

Die Chilenen haben ihr Rentensystem umgestellt – mit Erfolg.

„In Chile hat Piñera das Undenkbare getan: 1981 schaffte er das alte chilenische Rentenmodell, ein Umlagesystem wie in Deutschland, ganz einfach ab. Möglich war das, weil das brutale Militärregime des Diktators Augusto Pinochet auf Widerstände keinerlei Rücksicht nahm. Piñera, damals gerade 30 und soeben mit Harvard-Diplom aus Amerika zurückgekehrt, entwarf am Reißbrett ein neues Modell. Er gehörte zu den ‚Chicago Boys‘ – jenen liberalen Ökonomen, die Pinochet anheuerte, um die Wirtschaft seines Landes gewaltsam umzubauen. Und offenbar ist außer Repressalien auch etwas Gutes dabei entstanden: Nicht nur die demokratischen Nachfolgeregierungen Chiles haben das neue System übernommen, auch sechs andere lateinamerikanische Länder und mittlerweile sogar Hongkong. Piñera ist stolz: ‚Wir waren Pioniere.‘ In Chile zahlen die Versicherten ihre Beiträge nicht wie in Deutschland für die Vorgänger-Generation, sondern sparen für sich selbst.“; „Selbst Kritiker wie Andras Uthoff, Rentenexperte bei der Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für Lateinamerika, geben zu, daß die Versicherten damit bislang gut gefahren sind: Die Durchschnittsrendite der ersten 16 Jahre lag bei 11,5 Prozent.“; „Außerdem zahlt der Staat eine Mindestrente von umgerechnet 210 Mark für jeden, der keinen vollen Pensionsanspruch erreicht. Davon allein kann allerdings auch in Chile niemand leben. ‚Den Ärmeren hat das System nichts gebracht‘, sagt Uthoff – etwa den 1,7 Millionen Chilenen nicht, die sich als Straßenverkäufer, Landarbeiter oder mit anderen Tagelöhner-Jobs durchschlagen und nicht versichert sind. Nur: Ein Umlagemodell würde daran nichts ändern.“; „Die Chilenen selbst verunsichert eher, daß ihr System nach 15 Erfolgsjahren neuerdings schwächelt und in den vergangenen Monaten sogar Verluste machte. Die chilenische Wirtschaft wächst nicht mehr so schnell wie früher, vielen Exportunternehmen hat die Asienkrise zugesetzt. Mit den Gewinnen der Betriebe sanken die Erträge der Fonds. Im Grunde geht es ihnen wie jedem privaten Anleger auch: Maximale Renditen und minimales Risiko sind selten gleichzeitig zu haben. Julio Bustamante, Chef der staatlichen Kontrollbehörde, will den Fonds jetzt mehr Freiheiten gewähren. Er hofft, daß sie dann auch weniger Geld für Werbung verschwenden.“; „Nach einer gescheiterten Präsidentschaftskandidatur in Chile leitet der Ex-Minister und Rentenpionier Piñera inzwischen das amerikanische Cato Institute, das sich sozialpolitischen Fragen widmet. In aller Welt wirbt er für sein Rentensystem. Piñeras Ehrgeiz: ‚Vielleicht wird unsere Reform das erste Sozialmodell, das von Lateinamerika nach Europa exportiert wird und nicht umgekehrt.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7956105.html>

Projekt Deutschland 2000: Sehnsucht nach Law and Order (10.08.1998)

Mittelalterliche Arbeitsmethoden, prozeßwütige Bürger, überlastete Richter, überfüllte Knäste und die wachsende Angst der Bürger vor Verbrechen sind die Schlagworte, unter denen im Wahlkampf die deutsche Justiz verhandelt wird. Die Frage ist: Wieviel Gerichtsbarkeit braucht das Land? „Projekt Deutschland 2000“, Teil 4: Wege aus der Justizkrise.

Bürokratie. „Verwaltungsgerichte mit ihren langwierigen Überprüfungsprozeduren durch drei Instanzen – etwa wenn es um die Schutzbedürftigkeit eines seltenen Vogels wie dem Wachtelkönig geht – verzögern so manches Großprojekt, das Arbeitsplätze bringen könnte. Und vor den Finanzgerichten wartet der Bürger im Schnitt 20 Monate, bis sein Streit mit dem Finanzamt in der ersten Instanz entschieden ist.“; „Der Ruf Justitias ist ausgerechnet in einem Land lädiert, das, bezogen auf Regelungswut und Juristendichte, im internationalen Vergleich unübertroffen ist. 86 500 Bundesvorschriften im Straf-, Zivil- und Verwaltungsrecht bestimmen das Leben der Deutschen – die neuen EU-Verordnungen gar nicht mitgerechnet. 26 Richter auf 100 000 Einwohner wachen über die Einhaltung der Normen des komplizierten deutschen Gemeinwesens, im benachbarten Holland sind es gerade 6.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7959360.html>

STEUERN: Blockierte Blockade (10.08.1998)

Theo Waigel wünscht sich mehr Steuerwettbewerb: Bund und Länder sollen wieder stärker über getrennte Einnahmequellen verfügen. Die Begeisterung der Betroffenen hält sich in Grenzen.

„Wirres System“ verhindert Wettbewerb. „Es sind die Tücken eines komplizierten Systems: Bislang werden 70 Prozent aller Steuereinnahmen in einen großen Topf geworfen und nach verworrenen Kriterien aufgeteilt und umverteilt. Eine

stete Blockade ist die Folge.“; „Zudem könnten die Länder darum wetteifern, wer die niedrigsten Steuersätze anbietet. Ein Land, das gut wirtschaftet, würde die Sätze senken, dadurch Investoren und Steuerzahler anlocken.“; „Doch den Profiteuren ist kaum an einer Änderung gelegen. Sie haben alle Versuche von Bayern und Baden-Württemberg abgeblockt, das wirre System zumindest teilweise zu entrümpeln.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7959614.html>

REGIERUNG: Satte Mehrheit, tolle Reformen? (17.08.1998) ■ ■

Viele reden von der Großen Koalition, als sei sie schon beschlossen. Nach den Umfrageergebnissen wird sie immer wahrscheinlicher, aber niemand erwartet Wunderdinge von ihr. Die Erfahrungen mit rot-schwarzen Bündnissen dämpfen die Hoffnungen auf Aufbruch.

Klientelpolitik, Steuern, Subventionen, Rente. „Wer zum Beispiel einen gründlichen Umbau des Steuersystems erhofft, Subventionen gestrichen, Schlupflöcher gestopft und den Spitzensteuersatz drastisch gesenkt sehen will, sollte nicht unbedingt auf das Elefantenbündnis setzen. Denn beide Volksparteien setzen bisher alles daran, ihre Klientel vor dem Rotstift zu bewahren. Das ursprüngliche, in sich schlüssige Modell – Steuern senken, Subventionen streichen – läßt sich kaum realisieren, wenn SPD und CDU gemeinsam regieren. Die Sozialdemokraten wollen, wie Lafontaine erst vorige Woche bekräftigte, darauf bestehen, daß Pendler und Schichtarbeiter nicht geschröpft werden. Die Union wird im Gegenzug Privilegien für Selbständige und Freiberufler verlangen und bekommen. Ergebnis der Operation: Verwässerung statt Verbesserung. Die Reform des Rentensystems – Pflicht für jede künftige Regierung – ist der zweite dicke Brocken. Für den Systemwechsel, wie ihn der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf gegen den Widerstand von Arbeitsminister Norbert Blüm verlangt, wird es erst recht keine Mehrheit geben, wenn sich die Sozialpolitiker der Union mit denen der SPD verbünden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7964159.html>

Deutschland Projekt Deutschland 2000 (24.08.1998) ■

Es gilt, einen Schatz zu heben

Die Universitäten sind marode, die Industrieforschung wanderte ab: Deutschland hat den Durchbruch zur High-Tech-Gesellschaft nicht geschafft. Nun müßten Phantasie und Mut zum Risiko einkehren. „Projekt Deutschland 2000“, Teil 6: Sind Deutschlands Forschung und Bildung wieder auf Weltniveau zu bringen?

Schädlicher Staatseinfluss, Studiengebühren, Vorzüge des Wettbewerbs, Beamtenlobby etc. „Denn was Bildung und Forschung in Deutschland weit mehr behindert als leere Kassen, sind die zählebigen Mythen: daß sich ein effizientes Bildungssystem am besten aus Ministerien steuern lasse; daß ein Professor sein ganzes Leben der Wissenschaft widmen müsse; daß jeder Student eine vollständige Ausbildung und hinterher am liebsten eine Karriere als Beamter oder in einem Konzern anstrebe; daß Großprojekte die Forschung voranbrächten.“; „Zugleich sahen Studenten und ein Teil der Professoren ihre Hochschulen als ein Experimentierfeld für eine bessere Welt. Was von den Versuchen mit mehr Demokratie an den Hochschulen übrigblieb, ist allerdings nur trostlos: gelähmte Institute, in denen zahllose Gremien jede Veränderung verwässern; Lehrstühle, über die Professoren noch immer wie absolutistische Fürsten regieren. Wie eh und je allein der Staatstreue und seiner Wissenschaft verpflichtet, darf der verbeamtete Professor forschen und lehren, was er will, wie er will und wann er will. ‚Über einem deutschen Professor steht nur der liebe Gott‘, stichelte Sachsens Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer (CDU), ‚und der auch nur bedingt.‘ Weil die Beamtenlobby mächtig ist, sehen sich die Bonner Parteien außerstande, echte Veränderungen an den Universitäten durchzusetzen – obwohl sie von der CDU bis zu den Grünen nahezu einer Meinung sind.“; „Zu einer gerechteren Studienfinanzierung würden jedoch auch Studiengebühren gehören. Im Durchschnitt ist das Risiko, arbeitslos zu werden, für Akademiker halb so groß, ihre Gehälter sind erheblich höher als beim Rest der Berufstätigen. Finanziert werden die Hochschulen jedoch von den Steuern aller Bürger, die in ihrer Mehrheit nie eine Universität besucht haben.“; „Neben einer gerechteren Beteiligung der Nutznießer an den Kosten würden Studiengebühren zudem für mehr Lehrqualität sorgen. Wer Geld bezahlt, erwartet eine gute Ausbildung und wird sich über die Angebote der einzelnen Hochschulen informieren. Schlechte Universitäten müssen befürchten, finanziell auszutrocknen.“; „Wie ein auf Effizienz und Kosteneinsparung getrimmtes Hochschulsystem funktionieren kann, zeigt das Beispiel Niederlande. Dort hat der Staat mit einer Reihe von Reformen seit Beginn der achtziger Jahre die einst ähnlich wie in Deutschland maroden Universitäten umgekrempelt: An die Stelle der Humboldtschen Bildungsuniversität trat ein effizienter Ausbildungsbetrieb.“; „Daß Hochschulen unter der Drohung des Wettbewerbs zu Reformen und mehr Studienqualität durchaus in der Lage sind, zeigen eine Reihe von Universitäten, die den Umbau begonnen haben.“; „Es ist ein Geschäft zum Vorteil aller: Den Studenten wird der Übergang in den Beruf leichtgemacht. Für die Hochschulen sind die Ausgründungen ein willkommener Nebenerwerb, eine halbe Milliarde Dollar kassieren sie jährlich an Lizenzgebühren für Patente. Konzerne können von den Campus-Firmen Wissen und Experten einkaufen. Eine Jobmaschine sind die neuen Unternehmen obendrein – mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze haben allein Absolventen des MIT in den letzten fünf Jahrzehnten mit ihren Gründungen geschaffen. Während in den USA wendige Kleinunternehmen die Technik der Zukunft entwickeln und inzwischen ganze Landstriche wie das Silicon Valley prägen, beschäftigt sich die Bonner Forschungspolitik noch immer damit, den Konzernen die Entwicklung von Prestigeobjekten zu bezahlen. Heraus kamen und kommen totgeborene Lieblingkinder der gerade amtierenden Minister, technisch brillant zwar, am Markt aber chancenlos: der Raumgleiter Sänger und der Transrapid; die superscharfen HDTV-Bildschirme und die

Raumstation Alpha; der 7,5 Milliarden Mark teure Schnelle Brüter in Kalkar, mittlerweile in einen Freizeitdom umgewandelt. Damit solche Vorhaben, die mit der Entwicklung neuer Technologien oft nur wenig zu tun haben, weiter unterstützt werden, haben die Großunternehmen in Bonn feine Netze gesponnen.“; „Ausgelobt wurde dabei kein üppiges Förderprogramm, sondern eine Konkurrenz: Die drei Gegenden in Deutschland, welche das beste Konzept für die Ansiedlung von Gentechnik-Firmen zustande brächten, würden aus dem Forschungsministerium künftig bevorzugt bedacht. So setzten sich landauf, landab Landräte, Wissenschaftler, Sparkassendirektoren und Unternehmer zusammen und berieten, wie sie der Biotechnologie einen Nährboden bereiten könnten. Das Resultat: Köln, München und Heidelberg waren die Sieger; aber keineswegs nur dort schossen die Gentechnikfirmen ins Kraut. In nur zwei Jahren hat sich die Zahl der meist kleinen Biotechnologie-Unternehmen in Deutschland vervierfacht, heute sind es mehr als 300. Wesentlich an diesem Gelingen ist eine Art von Geldgebern beteiligt, die bislang in Deutschland kaum bekannt war: Venture-Kapitalisten, moderne Glücksritter, die sich mit Millionenbeträgen als Miteigentümer in riskante Neugründungen einkaufen.“; „Der Staat wird nicht umhinkommen, seine verbeamteten Lehrer und Forscher in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Professoren werden sich an ihrer Leistung messen lassen, die Hochschulen um Geld und Studenten konkurrieren müssen – über all das herrscht unter allen Bonner Parteien längst Einigkeit. Doch vereint sehen sich die Bildungs- und Forschungspolitiker, von der CDU bis zu den Grünen, einer großen Koalition von Verhinderern gegenüber: Studenten, die ihre Bequemlichkeit bewahren, Professoren, die ihre Privilegien nicht aufgeben wollen, Lobbys der Konzerne, die um ihre Pfründen im staatlichen Forschungsetat fürchten.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7968618.html>

Die neue Ostzone (14.09.1998)

Absturz und Aufschwung liegen in Ostdeutschland dicht beieinander: Acht Jahre nach dem Ende der Planwirtschaft blühen immer mehr High-Tech-Oasen inmitten einer industriellen Dürrelandschaft. Der Osten muß auch weiterhin mit Geld und intelligenten Ideen gefördert werden – wie eine Sonderwirtschaftszone.

Subventionen, hohe Löhne, Steuern, Bürokratie, sinnlose Beschäftigungspolitik, Venture capital soll gefördert werden.

„Doch selbst die größten dieser Firmen haben ein Problem: Sie kommen, auch weil die vergleichsweise hohen Löhne sie dazu zwingen, meist mit relativ wenigen Mitarbeitern aus – eine neue, menschenarme Ostökonomie.“; „Immer noch sind viele Pleiten im Osten eine Spätfolge des Umbruchs, doch die Krisensymptome sind zunehmend auch das Resultat einer verfehlten Wirtschaftspolitik: Da wurde aus falsch verstandenem Ehrgeiz versucht, mit Milliardensubventionen alte, oftmals nicht mehr wettbewerbsfähige Industrien zu erhalten, anstatt neue Unternehmen zu fördern.“; „Allenfalls kurzfristig holen solche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Menschen von der Straße. Manche ABM-Trupps buddeln sinnlos Friedhofsgärten um, andere fegen Gehsteige oder sanieren Wildschweingehege, zusätzliche Qualifikationen für einen Job in der freien Wirtschaft werden damit kaum vermittelt.“; „Doch daraus wird so schnell nichts. Der Staat kann sich aus dem Krisengebiet unmöglich zurückziehen. Der Osten bleibt eine Sonderwirtschaftszone, auf absehbare Zeit muß das Wachstum stimuliert, der Aufbau von Fabriken und Arbeitsplätzen gefördert werden. Ähnlich wie in den Sonderwirtschaftsgebieten in China oder im Baltikum braucht der Osten Bedingungen, die besser sind als anderswo, um die historischen Nachteile ausgleichen zu können. Eine Gleichbehandlung würde den Abstand zwischen Ost und West nur zementieren.“; „Die ökonomischen Unterschiede sind derart gravierend, daß ohne staatliche Korrektur eine Spirale nach unten droht: Ein ‚selbsttragender Aufschwung‘, wie es im Ökonomenjargon heißt, ist nicht in Sicht.“; „Die Sonderwirtschaftszone muß in ihrer Architektur heute anders, vor allem differenzierter, konstruiert sein. Ein ganzes Bündel von Instrumenten ist denkbar, Vorfahrtsregeln für Investoren gehören dazu: weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungsverfahren, die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an Ostfirmen. Daneben sind Steuervergünstigungen, womöglich gar eine Steuerbefreiung für junge Unternehmer, nötig. Auch die Finanziere von Technologie-Firmen, sogenannte Wagniskapital-Gesellschaften, dürfen steuerlich nicht benachteiligt werden. Vor allem bei den Arbeitskosten muß noch deutlich mehr passieren als bisher, soll der Osten nicht allein hochtechnisierte Produktion anziehen. Die flexiblen Tarifverträge, die es schon gibt, reichen allein nicht aus. Deshalb plädiert der Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker, dafür, im Osten schnell die hohen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu senken. Binnen drei Jahren, so Necker, sollte die Sozialabgabe um drei Prozentpunkte unter das Westniveau gedrückt werden. Auch eine Investitionsförderung ist weiterhin zwingend – allerdings nicht für alle. Für bestimmte Branchen und Wachstumsoasen muß der Staat sich schon heute Gedanken über einen Subventionsabbau machen. ‚Der gute Teil des Unternehmenssektors‘, glaubt Rüdiger Pohl, Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, ‚braucht die Förderung bald nicht mehr, der schlechte Teil verdient sie kaum mehr.‘ Auch Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin plädiert dafür, bestimmte Regionen schrittweise vom Tropf der Förderung abzunabeln: ‚Ein Dauerfördergebiet ist gefährlich. Das zeigen die vielen Fehlentwicklungen in West-Berlin oder in den westdeutschen Zonenrandgebieten.‘ Vor allem der ABM-Wahnsinn schadet mehr, als er nutzt. Staatliche Beschäftigungsgesellschaften, die oft viel billiger anbieten können oder bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden, machen den ganz normalen Unternehmen Konkurrenz.“; „Viele Ökonomen plädieren dafür, Unternehmen noch gezielter über Investitionszulagen oder Eigenkapitalhilfen zu fördern, also direkte Zuschüsse vom Staat, die für klar definierte Investments vergeben werden. Diese Instrumente stehen längst bereit, doch bislang werden die Fördergelder allzusehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt – ohne Rücksicht auf den Erfolg der Firma. Das Zauberwort heißt Wagniskapital, bereitgestellt von privaten Anlegern. Das Ausbleiben solcher Investments, im Fachjargon ‚Venture Capital‘ genannt, beklagt kaum einer so heftig wie der Münchner Unternehmensberater Roland

Berger: „Die Ostbürger werden sich gedulden müssen, denn allein mit staatlichen Hilfsprogrammen ist der Aufschwung nicht zu schaffen. Lohnzurückhaltung, flexible Arbeitszeiten, mehr Unsicherheit als im Westen begleiten den Weg nach oben. Die Aufbauarbeit wird härter – und sie wird länger dauern, als viele heute glauben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8001818.html>

Zum Artikel gehörige Zitate:

Tyll Necker, 68, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie: „Ich glaube, wir müßten schnell die hohen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in Ostdeutschland reduzieren: Man sollte den Beitragssatz von 6,5 Prozent in drei Jahren stufenweise auf 3,5 reduzieren. Ich erwarte dadurch für das erste Jahr zwar ein Defizit in der Arbeitslosenversicherung, bin mir aber sicher, daß es durch Neueinstellungen einen begrenzten Selbstfinanzierungseffekt geben wird.“ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7547455.html>

Kajo Schommer, 58, seit 1990 Wirtschaftsminister des Freistaats Sachsen: „Die Ostländer haben sich bereits wie die Westländer differenziert. Es darf nicht ein Einheitsdünger verteilt werden, da es keinen homogenen Ostacker gibt. Daher gehört zu den absolut notwendigen radikalen Reformen, die die Eigenverantwortung der Bürger stärken müssen, auch die Freiheit, als Land selbst zu bestimmen, wie Fördergelder am sinnvollsten eingesetzt werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7547480.html>

Hans-Werner Sinn, 50, Professor am Center for Economic Studies (CES) der Universität München: „Die Arbeitnehmer in Ostdeutschland sollten für mehrere Jahre auf einen Teil ihres Lohns verzichten, dafür werden sie an ihren Unternehmen beteiligt: Es wird also Sparlohn statt Barlohn gezahlt. So werden die eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen gestärkt, und der Weg zu mehr Beschäftigung ist frei. Eine Voraussetzung für den Erfolg dieses Konzepts ist freilich, daß die nach dem Abkommen neu eingestellten Arbeitnehmer nur den verringerten Barlohn erhalten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7547493.html>

Roland Berger, 60, Vorsitzender der Geschäftsführung der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner: „Eine neue Bundesregierung sollte Ostprodukte attraktiver machen, indem sie die Mehrwertsteuer für diese Waren senkt.

Gleichzeitig müßte man den Sozialbeitragsteil der Lohnkosten bezuschussen, so daß die Löhne brutto abgesenkt werden, aber netto gleichbleiben. Außerdem sollte Risikokapital für die Geber dieser Mittel mehr als bisher steuerlich abzugsfähig werden.“ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7547506.html>

AIRBUS: Die Planwirtschaft lebt (14.09.1998) ■

Die geplante Gründung einer europaweiten Flugzeugfirma wird zur Posse. Deutsche, Franzosen, Spanier und Briten kämpfen erbittert um Produktionsstandorte und Posten.

Ineffizienter Staatsbetrieb. „Das peinliche Gezerre um Produktionsstätten und Posten kostet wertvolle Zeit. Der weltweit zweitgrößte Flugzeughersteller wird noch immer unter Bedingungen geführt, die eher an einen Volkseigenen Betrieb erinnern. Die Produktionsabläufe sind bürokratisch, alles läuft streng nach Plan und damit unwirtschaftlich. Wer welche Teile produzieren darf, ist penibel festgelegt, um die Arbeitsplätze in den europäischen Airbus-Werken zu sichern.“; „Noch ist unklar, wer die hohen Entwicklungskosten von fast 20 Milliarden Mark bezahlt. Die Chefs der Luftfahrtfirmen sind sich in dieser Frage ausnahmsweise einig: Sieben Milliarden, also rund ein Drittel der Kosten, sollen die Regierungen zahlen – aus der Steuerkasse.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002098.html>

SPIEGEL-GESPRÄCH: Wir haben bessere Karten (21.09.1998) ■

Von Ihlau, Olaf; Aust, Stefan; Steingart, Gabor

SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder über die Schlußoffensive im Wahlkampf, sein Wirtschaftsprogramm und mögliche Koalitionspartner

Z.T. neoliberal gefärbte Fragen. „SPIEGEL: In Ihrem Duell mit Kanzler Kohl im Bundestag Anfang September wirkten Sie beinahe schon wie ein sozialpolitischer Eiferer im Stile Lafontaines.“; „SPIEGEL: Vor zwei Jahren klang das bei Ihnen noch ganz anders: ‚Mit einem Umbau des Sozialstaates‘, so der Modernisierer Schröder damals, ‚ist es nicht getan, wir brauchen tiefe soziale Einschnitte.‘“; „SPIEGEL: Statt tiefer Einschnitte ist jetzt wieder von Wohltaten die Rede. Das Kindergeld wird erhöht, die kleinen Renten sollen aufgestockt werden, und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird es auch wieder geben. Machen Sie nicht den Fehler wie Kohl im Osten, daß Sie den Leuten nicht die Wahrheit sagen über das, was an einschneidenden Reformen ansteht?“; „SPIEGEL: Sie wissen genau, daß niemand, der krank ist, auf Lohn verzichten muß. Nur ein paar Urlaubstage müssen abgetreten werden. Ist das schon zuviel der Zumutung?“; „SPIEGEL: Soziale Wohltaten sollen das Leistungsdenken anspornen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002130.html>

Der ganze Schrott muß weg (21.09.1998) ■

Das deutsche Steuersystem ist leistungsfeindlich, kompliziert und zutiefst ungerecht. Politiker und Lobbygruppen mißbrauchen es als gigantische Umverteilungsmaschine – das fördert den Staatsverdrub der Deutschen und lähmt die Wirtschaft. Eine radikale Reform ist überfällig.

Steuern, Public Choice (Buchanan explizit); außerdem eher sympathisierende Erläuterungen zu Reagan und Laffer. „Erstaunlich genug war es ja, daß Theoretiker auf dem Reißbrett ein solches System austüfteln und in die Praxis

umsetzen durften. Noch erstaunlicher: Was Rose gemeinsam mit seinem Würzburger Kollegen Ekkehard Wenger entwarf, funktioniert bislang bestens. Die Wirtschaft floriert, die Steuereinnahmen sprudeln. Und dies, obwohl die Sätze niedrig sind: Unternehmen zahlen 20 Prozent, für alle anderen gelten 20 und 35 Prozent.“; „Keine Frage: Das deutsche Steuersystem ist zum Nachteil im globalen Wettbewerb geworden, zur wichtigen Ursache der Massenarbeitslosigkeit. Es lähmt die Wirtschaft, es gibt den Märkten mit seinen wirren Regeln falsche Signale. Verschreckt wenden sich ausländische Investoren ab, und deutsche Existenzgründer verläßt der Mut.“; „Schon beim ersten Anlauf hatten sich die Unterhändler in ein kleinkariertes Gezerre verstrickt. Zum Schluß ging es fast nur noch um Umverteilung und Gegenfinanzierung. Mineralölsteuer rauf? Oder doch lieber die Mehrwertsteuer? Ein Drehen an vielen Stellschraubchen – kein umfassender Kahlschlag mehr. Genau der wäre dringend geboten. Nur eine radikale Lösung erlaubte es, die Steuersätze für alle Einkommensschichten massiv zu senken. Nur dann würde der kleine Mann in Berlin-Wedding oder Oberhausen wirklich profitieren, nur dann der millionenschwere Abschreibungskünstler an der Hamburger Elbchaussee, weil ihm seine Schlupflöcher abhanden kämen, am Ende mehr bezahlen als zuvor, selbst wenn der Spitzensteuersatz sinkt. Statt dessen herrscht weiterhin Steuerchaos in dieser Republik, und der Frust der Wähler wächst. Immer mehr Deutsche empfinden ihr Steuerrecht als leistungsfeindlich, als zutiefst ungerecht und als kompliziert sowieso. Und immer häufiger verweigern viele ihren Obolus für das, was allen nützt: Schulen oder Universitäten, Polizei oder Straßen. So flüchten die Flicks nach Österreich, die Konzerne in die Dublin Docks und die Handwerker in die Schwarzarbeit.“; „Steuer-Deutschland ist verkommen zu einem Paradies für Trickser, Täuscher und Hinterzieher – und zu einem Strafgefangenenlager für alle anderen, für die große Masse. Lapidar bemerkt der Kölner Rechtsprofessor Joachim Lang: ‚Steuern zahlen die Ehrlichen und die Dummen – und diejenigen, die keine Lobby in Bonn haben.‘ Es ist ein gefährlicher Trend, der die Demokratie an ihrem empfindlichsten Nerv trifft: Denn der Frust über das Abgabensystem fördert den Staatsverdruß, den Ärger über die da in Bonn. Nirgends erfahren Millionen Bundesbürger schließlich einen härteren Eingriff in ihre Privatsphäre. Die Begehrlichkeiten des Fiskus sind ‚ein erlaubter Raub‘, wie der heilige Thomas von Aquin schon im 13. Jahrhundert bemerkte, aber eben ein Raub. Allein 1997 sackten die staatlichen Abkassierer 797 Milliarden Mark ein. Hinter dem Marsch in die Steuerrepublik steckt dabei zweierlei: das übertriebene Anspruchsdenken von mächtigen Interessengruppen, die den Staat als unerschöpfliches Füllhorn ansehen. Und die Allmächtsphantasie einer Politik, die glaubt, alles regeln zu müssen. ‚Das Steuersystem‘, stellt Manfred Rose fest, ‚ist immer auch ein Spiegelbild der Gesellschaft.‘ Wenn nach der Wahl die wichtigste Einnahmequelle des Finanzministers eine Generalüberholung erfahren soll, muß es deshalb um mehr gehen als um ein paar technische Details. In einer Republik, die durch Besitzstandsdenken gelähmt ist, muß eine grundlegende Debatte über das Staatsverständnis geführt werden: Welche Ansprüche von Bürgern und Unternehmen sind berechtigt, welche Subventionen und Sozialleistungen längst unsinnig?“; „Der Ruf nach weniger Staat ist jedenfalls wohlfeil, solange nicht klar ist, daß dies auch individuellen Verzicht bedeutet. ‚Der Bürger wünscht sich den Staat an seiner Seite, nicht vor seiner Nase‘, sagt Gerhard Schröder. Hübsch formuliert. Doch allzugerne mogeln sich alle, die Politiker, die Bürger, die Verbände, an den Wahrheiten vorbei, ohne klar zu definieren, welche Dienstleistungen sie vom Servicebetrieb Staat weiterhin einfordern und auf welche sie gut und gern verzichten können.“; „Bestimmte Aufgaben kann nur der Staat erledigen, den Schutz der Grenzen, die Bekämpfung der Kriminalität, die Bundeswehr. Da läßt sich nichts privatisieren. Aber muß der Bund am Rhein bei Oberwinter unbedingt einen Yachthafen betreiben? Oder in Madrid ein Reisebüro? Und muß die staatliche Wirtschaftsförderung, zumal in einer Marktwirtschaft, alles und jeden alimentieren? Allein an Subventionen, so berechnete jüngst das Kieler Institut für Weltwirtschaft, flossen im vergangenen Jahr über 290 Milliarden Mark. Mit dicken Zuschüssen bedacht werden Landwirte in Bayern, Zechenbesitzer im Saarland, Stahlkonzerne am Rhein und Abschreibungsgesellschaften im ganzen Land, alles in allem fast dreimal soviel, wie die Bundesregierung in ihrem Subventionsbericht offiziell ausweist.“; „Acht Jahre nach der Wiedervereinigung geht die Staatsquote nur allmählich zurück – von 50,5 Prozent 1995 auf nun 48 Prozent. Noch in den Sechzigern waren es kaum mehr als 30 Prozent.“; „Dann sinniert [Hans-Peter Bareis] über jene hübsche Theorie, die der amerikanische Nobelpreisträger James Buchanan entwickelt hat. Sie handelt von Politikern, die wie gewinnsüchtige Unternehmer denken, von Gesetzgebern, die nichts anderes wollen, als ihren Vorteil zu maximieren, und von Steuerzahlern, die bis zum Verrecken geschröpft werden. Die Denkwelt von Buchanan, das ist der Leviathan-Staat: ein macht- und geldgieriges Monstrum, dessen nimmersattes Wesen stets mehr verlangt. Automatisch maximieren die Politiker in diesem Land ihre Macht mit der Menge des Geldes, das sie ihren Steuerbürgern abnehmen; zugleich muß die politische Klasse aber jene Gruppen umgarnen, die ihre Wiederwahl sichern. Und schafft deshalb klammheimlich immer neue Schlupflöcher. Und erhöht, um die daraus entstehenden Finanzlöcher zu stopfen, anderswo die Steuern. Ein Teufelskreis, scheinbar ohne Ausweg. In stillen Momenten gibt Bareis zu, ‚daß ich als Politiker wohl ganz genauso handeln würde‘.“; „Da meinen die Parlamentarier, bestimmte Branchen fördern zu wollen, den Schiffbau im Norden etwa oder den Wohnungsbau im Osten. Nur sind die Effekte dieser kapitalistischen Planwirtschaft oft anders als gewünscht. In Leipzig oder Dresden lassen sich die Auswüchse der Sonderabschreibung Ost bestaunen, des größten Steuergeschenks aller Zeiten: Verwaiste Bürotürme und Wohnparks zeugen von dieser Fehl-Steuer Ost. Und dennoch war es für Tausende von (trick-)reichen Abschreibungskünstlern ein lohnendes Geschäft.“; „Was den Wirtschaftspolitikern recht ist, ist den Sozialpolitikern nur billig: Auch sie greifen, wo immer es geht, zum Steuerrecht, wollen lenken und steuern. Oft produzieren sie dabei genau das Gegenteil dessen, was sie anstreben: nicht mehr Gerechtigkeit, sondern weniger.“; „Daß zudem jedesmal, wenn einer Minderheit eine Vergünstigung gewährt wird, alle anderen Bundesbürger indirekt mitbezahlen müssen, das vergessen die steuerpolitischen Umverteiler geflissentlich. Und

das verschweigen natürlich auch jene Lobbyisten, die diese Besitzstände irgendwann für ihre Klientel erkämpft haben. Gleichzeitig ventilieren Politiker aller Couleur einen Wust neuer Steuern und Abgaben.“; „Der Verwaltungsdirektor von Wursten, einer Samtgemeinde in Niedersachsen, hat jüngst eine Steuer erdacht, die kaum noch in eine Druckzeile paßt: die ‚Landschaftsbildbeeinträchtigungssteuer‘. Sie soll für alle Windräder in seiner Gemeinde gelten, die mehr als 30 Meter in den Himmel ragen. Und weil eine spezielle Windenergiesteuer nicht erlaubt ist, wird die Abgabe natürlich für alle hohen Bauten fällig.“; „In Kroatien hat Rose jedenfalls ein Steuersystem installiert, das mit der herrschenden Steuerlehre nicht mehr viel zu tun hat – eine ‚marktorientierte Einkommensteuer‘, wie es Wissenschaftler nennen. Dahinter steckt eine einfache Idee: Steuern sollen dem Staat zwar stete Einnahmen verschaffen, aber ansonsten den Marktmechanismus unberührt lassen. Deshalb hat Rose nicht nur fast alle verzerrenden Vergünstigungen gestrichen, sondern dafür gesorgt, daß das Sparen und Investieren – der Quell allen Wirtschaftswachstums – nicht mehr bestraft wird.“; „Sechs bis zehn Jahre Übergangszeit seien nötig, um sein Modell auch in Deutschland einzuführen, glaubt der Heidelberger Hochschullehrer. Doch die Lust auf etwas grundlegend Neues war in der deutschen Steuerpolitik noch nie groß. Zu stark ist das Beharrungsvermögen der Besitzstandswahrer, zu mächtig sind die Lobbys, zu groß ist die Angst der Haushälter vor Änderungen im sensiblen Einnahmegefüge.“; „Daß es durchaus anders geht, daß selbst eine mutige Steuerreform von Regierung und Opposition gleichermaßen getragen werden kann, haben ausgerechnet die Amerikaner bewiesen. Der republikanische Präsident Ronald Reagan brachte Ende 1984 die wohl gewaltigste Steuerreform auf den Weg, die ein westlicher Industriestaat bis dahin erlebt hatte. Doch Reagan hätte sein Projekt nie durchgebracht, wenn die Demokraten auf dem Capitolshügel sich die Idee nicht kurzerhand zu eigen gemacht hätten. Dan Rostenkowski, demokratischer Chef des ‚Ways and Means Committee‘, stieg damals zum vielleicht mächtigsten Steuerreformer in Washington auf. So brachte eine große Koalition von Republikanern und Demokraten, auch gegen massiven Widerstand in den eigenen Fraktionen und in Wirtschaftsverbänden, schließlich das Udenkbare zu Wege. Amerika wurde dabei zu Beginn der achtziger Jahre nämlich von ähnlichen Problemen geschüttelt, wie sie Deutschland jetzt erlebt. Die Wirtschaft war erlahmt, und das lag nicht zuletzt an einem Steuersystem, das Spitzenverdienern bis zu 70 Prozent ihres Einkommens raubte. Der einzige Zweig, der unentwegt prosperierte, war die Abschreibungsbranche: Sie produzierte Wolkenkratzer oder Öltanker. Schuld daran war vor allem Reagan selbst, dessen erste Steuerreform, der ‚Economic Recovery Tax Act‘ von 1981, gründlich mißriet. Gleich nach seiner Wahl hatte er die Reichen und Begüterten mit einer Vielzahl von Vergünstigungen beglückt und so nur ein altes Übel des amerikanischen Steuersystems vergrößert. Auch zahlten viele Konzerne, obwohl sie gewaltige Gewinne auswiesen, keinen Dollar Steuern. Die Top ten der Freibeuter, darunter AT&T oder Boeing, verbuchten binnen vier Jahren Bruttogewinne von fast 40 Milliarden Dollar, bekamen aber zugleich 1,5 Milliarden vom Fiskus zurück. Fünf Jahre nach diesem Fehlgriff rissen Republikaner und Demokraten die Mauern vieler Steuerfluchtburgen wieder gnadenlos ein. Dafürieß es im Gegenzug bei den Steuersätzen: senken, senken, senken. Die wissenschaftliche Grundlage für diese radikale Maßnahme lieferte ein junger Ökonom namens Arthur Laffer von der University of Southern California. Seine simple Theorie: Wenn der Staat die Steuern erhöht, steigen normalerweise auch seine Einnahmen. Doch irgendwann ist die Schmerzgrenze von Bürgern und Unternehmen erreicht. Zieht die Regierung die Schraube noch weiter an, versiegt der Geldstrom, weil die Lust auf Arbeit erlahmt, immer mehr; bei einem Steuersatz von 100 Prozent muß er null sein. Anfänglich überzeugte Laffer, von renommierten Kollegen verlacht, damit nur einen Kommentator des ‚Wall Street Journal‘, doch der vermittelte ein Treffen mit einem Experten aus dem Weißen Haus. Das Dinner in einem Washingtoner Restaurant ging ins Geschichtsbuch ein: Weil der Reagan-Mann nicht verstand, griff Laffer zu einer Papierserviette und kritzelte eine glockenförmige Kurve hin, die den Zusammenhang von Staatseinnahmen und Steuersätzen beschrieb – die Laffer-Kurve, die mittlerweile in vielen Lehrbüchern beschrieben wird, war geboren. Reagan ließ sich überzeugen. Viele Amerikaner zahlten fortan nur noch 15 Prozent Einkommensteuer, der Rest 28 bis 33 Prozent. Und der Höchstsatz für Unternehmen sank von 46 auf 34 Prozent. Über eine ‚neue Welt der Fairneß und Einfachheit‘ jubelte damals das US-Magazin ‚Newsweek‘. Denn entlastet werden sollten, so sah es der Plan vor, vor allem Familien und Geringverdiener, während die Unternehmen – ganz entgegen der Reaganschen Doktrin der ‚supply-side economics‘, der Angebotspolitik – binnen fünf Jahren rund 120 Milliarden Dollar mehr zahlen sollten. Es war ein erstaunliches Zugeständnis an die Demokraten. Heute, zwölf Jahre später, fallen die Urteile über die Reform zwiespältig aus. Zweifellos hat sie mitgeholfen, eine neue Dynamik in der US-Wirtschaft zu entfesseln; und mancher Ökonom sieht darin gar die entscheidende Vorarbeit für jene gewaltigen Haushaltsüberschüsse, die Bill Clinton nun verbucht. Auch die Bonner Koalition verweist deshalb gern auf den ‚Selbstfinanzierungseffekt‘, den eine milliardenschwere Entlastung bringen soll – durch weniger Schwarzarbeit, weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum. Andererseits hat Reagan dafür gesorgt, daß die US-Schulden zunächst auf Rekordniveau stiegen. So hielt er etwa an kostspieligen Sternenkriegsprojekten fest. Der Präsident hintertrieb damit seine eigene Steuerrevolution. Angesichts enormer Haushaltslöcher stieg der Spitzensatz bald wieder auf 39,6 Prozent. Ein weiteres Übel: Die amerikanischen Kongreßabgeordneten konnten, trotz relativ niedriger Steuersätze, nicht von ihrem Lieblingsspiel lassen – dem Drehen an den Vergünstigungsschrauben. Und so wucherte wieder das Paragraphen-Gestrüpp.“; „Es ist ein radikaler Ansatz, der auch in Deutschland einen heimlichen Anhänger gefunden hat: den Hamburger Unternehmensberater und CDU-Bundestagsabgeordneten Gunnar Uldall. Der Unionsparlamentarier glaubt, daß nur ein einfaches Steuerrecht ohne eine Ausnahme wirklich gerecht sei: ‚Jede Vergünstigung für eine Gruppe schreit sonst wieder nach einer Vergünstigung für eine andere Gruppe.‘“; „Dem amerikanischen Ökonomen James Buchanan geht all dies noch nicht weit genug. Er hat angesichts der Schwierigkeiten, auf die alle Steuerreformbewegungen – egal, ob nun in den USA oder Europa – stoßen, die herkömmlichen Lösungsansätze längst verworfen. Hinter all den

Versuchen, die Schlupflöcher zu stopfen, wittert er nur wieder den Leviathan-Staat. Und seine Gier nach noch mehr Geld. Schnöde Gesetze, die sich schnell ändern lassen, reichen Buchanan deshalb nicht. Statt dessen plädiert er dafür, das äußerste Maß für die Steuerlast in der Verfassung festzuschreiben: eine klar definierte Regel, die besagt, wieviel Prozent sich der Staat maximal aneignen darf. Als Vorbild dient dem Ökonomen dabei jene ‚Steuerrevolte‘, die sich 1978 in Kalifornien zutrug. Damals rebellierten die Bewohner des US-Staates gegen eine übermäßige Grundsteuer, die das lokale Parlament einführen wollte. Der Lohn des Protests: Die Grundsteuer wurde per Verfassung auf maximal ein Prozent begrenzt, weitere neue Steuern dürfen nur noch mit Dreifünftel-Mehrheit eingeführt werden. Allein ein Verfassungsgrundsatz könne dem steuerpolitischen Aktionismus ein Ende bereiten, glaubt Buchanan. Für den 78jährigen Ökonomen ist es jedenfalls ‚die einzige authentische Steuerreform, die einer ernsthaften Erwägung wert ist‘. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002190.html>

IRLAND: Brüssel ist wirklich Klasse (21.09.1998)

„Kein Bauernvolk versteht sich so meisterhaft auf das Absahnen von EU-Subventionen wie das der Iren. Auf der internen „Neidtablette“ des Bonner Landwirtschaftsministeriums steht es weit oben.

Subventionen. „Um zuschubberechtigter Farmer zu werden, hat er sich vom Staat eine Herdennummer zuteilen lassen. Das ging leicht. Ohne auch nur ein Kalb, ein Lamm oder einen Liter Milch zu verkaufen, bezieht er seither im Jahr ein paar tausend Pfund an Beihilfen aus Brüssel. ‚Eigentlich nur dafür, daß ich auf meinem Hintern sitze und den Tieren zusehe.‘ Er legt zwei Finger der rechten Hand salutierend an die Kappe: ‚Brüssel ist wirklich Klasse.‘ ‚Früher haben wir unser Geld mit der Produktion von Nahrungsmitteln gemacht‘, sagt Martin O’Donovan aus Castletownshend. ‚Heute verdienen wir es mit dem Ausfüllen von Subventionsformularen.‘ Es sei dabei das größte Problem, sich über den jeweils neuesten Stand der EU-Zuwendungen auf dem laufenden zu halten.“; „Jedes Tier bringt Geld. Einfach so, nur weil es auf einer Farm in einer ‚benachteiligten Gegend‘ steht. Ein Rind schlägt mit 210 Mark, ein Pferd mit 175 Mark, ein Schaf oder eine Ziege mit 25 Mark zu Buche. Geld bringen die Tiere dann auch beim Verkauf, wiederum zu EU-Garantie-Preisen, ein zweijähriges Kalb zum Beispiel rund 1500 Mark. Beim Schlachten setzt es wiederum Prämien. Verkauft man seine Jungochsen nicht, wie üblich, im November, sondern hält sie zwecks Marktentlastung bis zum Januar, sind wieder 150 Mark je Tier fällig. Aber der Bauer kann sich auch jegliche Arbeit ersparen. Dann liefert er eben die neugeborenen männlichen Kälbchen vor ihrem 20. Lebenstag zum Töten ab. Dafür sackt er die sogenannte Herodes-Prämie ein: 225 Mark je Kälbchen. Und mit 55 Jahren darf er sich dann auf Kosten der EU zur Ruhe setzen. Ohne Eigenleistung bringt ihm das bäuerliche Vorruhestandsprogramm zehn Jahre lang bis zu 2300 Mark im Monat.“ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002655.html>

Der Befreiungsschlag (05.10.1998)

Von Hombach, Bodo

Die Krise des Umverteilungsstaates ist die Chance für einen „aktivierenden Sozialstaat“. Zumutungen werden angenommen, wenn sie gerecht und gut begründet sind.

Gegen Umverteilung, für Eigenverantwortung, Berufung auf Ludwig Erhard, kein „Rundum-sorglos-Staat“, Leistung belohnen, zurück zum „Anti-Dirigismus“, keine keynesianischen Rezepte, „Angebotspolitik von links“, Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat beenden, Interessengruppen, Steuer- und Rentenreform nötig etc. „Zur Politik der Verteilung führt kein Weg zurück.“; „Noch gibt es in Deutschland Ressentiments gegen die Abgabe von Verantwortung vom Staat an die Bürger, eine Art Absicherungsmentalität. Aber statt dessen muß die soziale Sicherung die Menschen befähigen, Risiken zu übernehmen und flexibel auf Veränderungen zu reagieren. Wir brauchen Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis, eine ‚Politik der zweiten Chance‘. Das Stichwort ist der aktivierende Staat. Wir müssen Instrumente in die Hand nehmen, die Selbsthilfe, Eigeninitiative und Unternehmertum fördern.“; „Die Ideale Ludwigs Erhards haben Konjunktur, während das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates sinkt, diesen Idealen neue Bahnen zu brechen.“; „Die soziale Komponente des Wirtschaftssystems ist aus dieser Perspektive nicht der ‚Rundum-sorglos-Staat‘. Sie besteht vielmehr darin, daß individuelle Leistung belohnt wird durch Wohlstand, Weiterqualifizierung durch berufliches Fortkommen, Bereitschaft zur Eigenverantwortung durch größere ökonomische Spielräume und berufliche Selbständigkeit durch eine garantierte zweite Chance. Ludwig Erhard hat die Sozialdemokraten nicht in seinem Testament bedacht. Aber seine Enkel haben sein Erbe verspielt, seine Prinzipien von Pragmatismus und Anti-Dirigismus werden gebraucht, wenn es gilt, liberale Prinzipien und die Grundwerte der Sozialdemokratie zu einer durchschlagkräftigen Synthese zu verbinden. Der Kernbegriff ist die Rekonstruktion der Sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen gerade in der Wirtschaftspolitik mehr Radikalität bei der Realitätsbewältigung. Die Auseinandersetzung um eine Zielentscheidung zwischen Angebots- und Nachfragepolitik hat uns zu lange gelähmt. Von der Vorstellung schnell wirksamer und allein seligmachender keynesianischer Rezepte haben sich die meisten längst verabschiedet. Innovative Branchen und Existenzgründer brauchen eine ganz neue Art von Wirtschaftspolitik.“; „Jede wirtschaftspolitische Anstrengung ist ohne eine Veränderung unserer Einstellungen gegenüber Wettbewerb und unternehmerischem Risiko zum Scheitern verurteilt. Wir brauchen eine ‚Angebotspolitik von links‘.“; „Clinton sagte, von nun an werde die Antwort der amerikanischen Nation auf die große soziale Herausforderung der Arbeitslosigkeit nicht mehr in einer niemals endenden ‚Wohlfahrtsspirale‘ bestehen, sondern in der Würde, der Kraft und der Ethik der eigenen Arbeit: ‚Heute vollziehen wir einen historischen Wechsel, um die Wohlfahrt wieder das sein zu lassen, was sie sein sollte: eine zweite Chance, kein Lebensstil.‘ Viele behaupten, dies sei eine emphatische Verschleierung radikaler und unsozialer Kürzungen. Das ist nur zum Teil richtig.“;

„Kritiker der USA weisen darauf hin, wie tragisch es sei, daß ein Berufseinsteiger dort damit rechnen müsse, nach zwölf Monaten schon wieder arbeitslos zu sein. Sie müssen sich jedoch fragen lassen, ob das nicht besser ist, als einem Antragsteller auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe hierzulande sagen zu müssen, daß er mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit nach zwölf Monaten noch immer auf Transfers der Arbeitsgesellschaft, aus der er selber ausgeschlossen bleibt, angewiesen sein wird.“; „In Deutschland wird die Debatte noch vorsichtig, geradezu verzagt geführt, auch wenn viele Wissenschaftler bereits recht drastisch von einer Armutsfalle sprechen, die die Sozialhilfe für alle diejenigen aufstellt, die sich einmal darauf einlassen, staatliche Transfers den schlechter bezahlten Stellen vorzuziehen – und die diese Entscheidung nach einer Phase der Dequalifikation und Demotivation später nicht mehr rückgängig machen können. Die SPD will die konzeptionslosen Einschnitte der früheren Bundesregierung beim Kündigungsschutz zurücknehmen. An ihre Stelle muß aber ein Konzept treten, wie man beispielsweise befristete Arbeitsverträge oder auch die Arbeitnehmerüberlassung gezielt als Einstiegshilfe für Arbeitslose nutzen kann.“; „Bisher garantierte der Sozialstaat durch Leistungsansprüche und Zuzahlung Sicherheit, doch dabei blieb eine entscheidende Frage offen: ‚Wieviel ist genug?‘ Das war eine dauernde Einladung an Verbände, Parteien und Interessengruppen, die Sicherungsansprüche für sich auszulegen, zu erweitern und in einer Art Sicherungswettbewerb einzuklagen. Die konservative Kritik nicht nur an der Verteuerung der Sozialstaaten, sondern auch an der ‚Klientelisierung‘ der Sozialstaatsbürger läßt sich nicht so einfach zurückweisen. Die Debatte über den Mißbrauch von Sozialleistungen allerdings unterschlägt, daß die Anspruchs- und Kostenspirale nicht durch Mißbrauch im rechtlichen Sinne, sondern durch regelkonforme Inanspruchnahme zustande kommt. Die ökonomische Rationalität hört eben beim Sozialhilfeempfänger nicht auf. Andere werden durch die Abgabelasten in Schwarzarbeit und Nebentätigkeiten getrieben. Neue Studien haben ergeben, daß die gegenwärtige Form sozialstaatlicher Transferleistungen die Phasen der Erwerbslosigkeit eher verlängert als verkürzt. ‚Geringe Erwerbsneigung‘ nennt man, was dann entsteht. Die durch Arbeitslosigkeit ausgelöste Frustration wird in manchen Arbeitslosenprojekten und staatlich durchfinanzierten Beschäftigungsschleifen eher perpetuiert. Es kommt zu einer Verfestigung der Subventionsmentalität. Die finanzielle Krise des Umverteilungsstaates ist daher die Chance für einen aktivierenden Sozialstaat. Warum soll es sozial verantwortlicher sein, den Leuten die Verantwortung abzunehmen, statt ihnen zu helfen, Verantwortung zu übernehmen? Die Leute wissen, daß wir über unsere Verhältnisse gelebt haben und daß unser Sozialsystem zu Fehlentwicklungen einlädt. Zumutungen seitens der Politik werden angenommen, wenn sie gerecht und gut begründet sind. Der Sozialstaat, bisher als Netz verstanden, muß künftig als Trampolin wirken – als eine Absprungmöglichkeit in den regulären Arbeitsmarkt.“; „Vor 30 Jahren lag der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung noch bei 14 Prozent, 1998 war die magische 20-Prozent-Schwelle nur durch eine Mehrwertsteuererhöhung zu halten. In der reformpolitischen Verkrampfung wies kaum noch jemand darauf hin, daß die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung schlechter wird. Das wird von Rentenpolitikern tabuisiert, von vielen Bürgern aber als nüchterne Kalkulation verstanden. Die Beitragszahler glauben heute vielfach, daß ihr Geld beim Staat eben nicht unbedingt sicherer angelegt ist.“; „Das Fazit aus allen internationalen Reformdiskussionen ist: Offensichtlich gibt es Argumente, in der Altersvorsorge sowohl die Umlage als auch die Kapitaldeckungsfinanzierung anzuwenden. Angesichts dieser klaren und logischen Konzepte wirkt der starre Blick Blümscher Sozialpolitik, die sich von der Finanzierungsfrage nicht lösen konnte und die Strukturfrage nicht einmal zu denken wagte, um so bedrückender.“; „Auch wir brauchen eine zweite, kapitalgedeckte Säule.“; „Solange an der Steuer- und Abgabenbelastung für mittlere Einkommen nichts durchgreifend geändert wird, sind alle Pläne für stärkere Eigenverantwortung Makulatur. Denn der Eigenverantwortung der Arbeitnehmer wird kein Spielraum gegeben, ihr Mitdenken ist nicht gefragt, das ist der Status quo.“; „Der härteste Kompetenztest für die SPD ist die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Steuerpolitik ist dabei ein Kernstück.“; „Kann die Herrschaft der Bürokraten und der Interessengruppen überwunden werden? Das ist der Prüfstand, auf dem die SPD beweisen muß, daß sie ein politisches Marketing entwickeln und Themen freikämpfen kann. Unerwarteterweise hat heute die SPD die Aufgabe, nicht nur sozialdemokratische, sondern auch liberale Konzepte zu modernisieren.“; „Die Entlastung von Investitionen in Produktion und Arbeit, zu Lasten der Investitionen in Kapital, wäre das Vernünftigste von der Welt. Das bisherige Scheitern aller Reformvorschläge hat vor allem eine Ursache. Der politische Preis für das Streichen von Vergünstigungen erschien allen Parteien zu hoch. Deshalb plädiere ich für eine grundlegende Umkehr der Beweislast: Alle Steuervorteile wären zunächst rigoros, ohne Ausnahme, zu streichen, und wer bestimmte Vergünstigungen dennoch für erforderlich hält, der muß das begründen. Die Gewohnheit, über Steuern zu steuern, muß aufgegeben werden. Soweit staatliche Hilfen gewährt werden, muß dies offen über direkte Zuschüsse geschehen. Eine Reform, die diesen Namen verdient, muß Subventionen weitestgehend abbauen und die Steuersätze gleichzeitig deutlich senken. Dies führt zu Steuerentlastungen in allen Einkommensgruppen. Erst ein Befreiungsschlag in der Steuerpolitik schafft den Freiraum für eine Reform des Sozialstaats.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002364.html>

WELTWIRTSCHAFT: Oskars neue Ordnung (05.10.1998)

Die Sozialdemokraten haben dem Kasino-Kapitalismus den Kampf angesagt. Eine Achse Bonn-Paris-London will für stabilere Wechselkurse sorgen und die Spekulation eindämmen. Läßt sich so eine Weltwirtschaftskrise verhindern?

Überregulierung. „Bei allem politischen Aktionismus mahnen Experten wie Köhler aber zu Besonnenheit. ‚Natürlich brauchen die Finanzmärkte neue Leitlinien‘, sagt Köhler, ‚aber es wäre fatal, wenn jetzt in der Hektik durch

Regulierungswut weit über dieses Ziel hinausgeschossen wird.‘ Die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren jedenfalls sind eindeutig: Nach dem Börsencrash von 1929 führte vor allem der eilige Schwenk zu mehr Protektionismus und Überregulierung die Weltwirtschaft in den Abgrund.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002591.html>

Sind Spekulanten Störenfriede? (12.10.1998)

Wie läßt sich die aktuelle Krise bekämpfen? Durch Kapitalverkehrskontrollen? Durch neue Spielregeln für die Spekulanten? Oder werden die freien Finanzmärkte alles von allein regeln? Renommierete Wirtschaftsexperten geben Antwort. Wie läßt sich die aktuelle Krise bekämpfen? Durch Kapitalverkehrskontrollen? Durch neue Spielregeln für die Spekulanten? Oder werden die freien Finanzmärkte alles von allein regeln? Renommierete Wirtschaftsexperten geben Antwort.

Skepsis gegenüber Marktbeschränkungen. **Milton Friedman, 86, US-Ökonom und Nobelpreisträger:** „Spekulanten wie George Soros üben eine extrem nützliche Funktion aus, sie stabilisieren die Märkte. Man kann sagen, daß die Analysen der Spekulanten oft untragbare Situationen aufzeigen, noch bevor diese offenbar werden. Wer spekuliert, beschränkt sich also nur darauf, die extremen Auswirkungen instabiler Wirtschaftssysteme vorwegzunehmen. Versagt hat der Internationale Währungsfonds. Dieser war geschaffen worden, um das feste Wechselkursystem der in Bretton Woods paraphierten Abkommen zu schützen. 1978 fielen die Voraussetzungen für seine Existenz weg, und bereits da hätte auch der IWF abgeschafft werden müssen. Aber es ist bekannt, daß die staatlichen Institutionen, vor allem auf internationaler Ebene, steinhart sind.“; „Es wird gesagt, er habe Mexiko oder Südkorea zu einer Haftverschonung verholfen – nichts dergleichen! Er hat vielmehr diejenigen befreit, die jenen Ländern Darlehen in Fremdwährung gegeben haben. Und ich sehe nicht ein, warum der Steuerzahler den Bankern und den anderen, die unbedacht Gelder investiert haben, zu Reichtum verhelfen soll. Heute hat der IWF keinerlei Funktion mehr, er hat viel Schaden angerichtet. Deshalb glaube ich, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, ihn abzuschaffen.“

Akiyoshi Horiuchi, 55, Ökonom an der Universität Tokio: „Dank der IWF-Reformen ist Asien bereits auf dem richtigen Weg. Gewiß, in jüngster Zeit nimmt die Kritik an den orthodoxen Liberalisierungsreformen des IWF zu. Aber ich halte nichts davon, den IWF übermäßig zu beanspruchen. Der IWF sollte an den strengen Auflagen gegenüber Entwicklungsländern festhalten.“; „Die Furcht vor einer Weltwirtschaftskrise darf uns nicht dazu verleiten, das Heil in neuen Reglementierungen zu suchen. So wird in Europa derzeit mit dem Gedanken gespielt, feste Bandbreiten für Wechselkurse einzuführen. Davon halte ich nichts. Nehmen wir an, es würden feste Bandbreiten für Yen, Dollar und Euro eingeführt. Dann müßten diese drei Wirtschaftszonen aber auch ihre makroökonomische Politik aufeinander abstimmen. Daß das kaum funktionieren würde, lehrt uns die Asienkrise: Die Asiaten sind mit dem Versuch gescheitert, ihre Währungen an den Dollar zu koppeln. Vielmehr sollten wir die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise makroökonomisch abwenden. In bezug auf Japan und Asien plädiere ich für eine keynesianische Angebotspolitik in Form von kräftigen Investitionen in die Infrastruktur, zum Beispiel in den Bildungssektor.“

Horst Köhler, 55, Präsident der Osteuropabank, London: Wir brauchen eine konzertierte Aktion, um einen weltweiten ‚credit crunch‘ zu vermeiden. Dies fordert zum einen die Zinspolitik. Genauso wichtig ist aber eine Beschleunigung der nötigen Strukturreformen – in Europa vor allem bei den Steuern und auf dem Arbeitsmarkt.“; „Es ist jedoch auch deutlich geworden, daß die Länder, die den Reformprozeß am weitesten vorangetrieben haben, der Krise sehr gut standhalten. Man muß sich vor Verallgemeinerungen hüten – dies ist nicht eine Krise der Marktwirtschaft, sondern Ergebnis unaufmerksamer Politik im Osten wie im Westen. Insgesamt braucht die Weltwirtschaft einige neue, klarere Leitlinien – aber es wäre fatal, jetzt alle bisherigen Grundsätze über Bord zu werfen.“; „Dennoch darf nicht vergessen werden, daß die Freiheit des Kapitalverkehrs viel zur Entwicklung der aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer beigetragen hat – und dafür auch in Zukunft sorgen kann. Deshalb sollten die nötigen Reformdiskussionen und -entscheidungen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Gefährlich sind Schnellschüsse. Sie könnten nach hinten losgehen und zu neuem Protektionismus und Überregulierung führen.“

Norbert Walter, 54, Chefökonom der Deutschen Bank: „Zwar können in den USA sowohl Fiskal- als auch Geldpolitik expansiv gestaltet werden, in Europa ist jedoch wegen der Laxheit der vergangenen Jahrzehnte die Finanzpolitik nicht mehr expansiv einsetzbar.“

Rüdiger Dornbusch, 56, Ökonom am MIT, Cambridge, USA: „Wir müssen trotz der Krise die Stärke besitzen, schlechte Ideen zu vermeiden. Ein System von Kapitalkontrollen ist falsch. Die Probleme in den aufstrebenden Märkten kommen nicht von der Mobilität des Kapitals, sondern von der Kurzfristigkeit der Investitionen. Bessere Bankenaufsichten und eine solidere Kreditaufnahme sind die richtige Antwort. Die andere schlechte Idee ist eine Rückkehr zu festen Wechselkursen. Frankreich befürwortet die Idee eines reformierten Währungssystems, so auch Lafontaine in Deutschland – vergessen Sie es! Wir brauchen flexible Wechselkurse, weil es ausgeschlossen ist, daß eine weltweite Geldpolitik funktionieren kann. Das internationale Währungssystem ist unvollkommen, aber besser als alles, was wir vorher hatten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002201.html>

INTELLEKTUELLE: Erschrocken über den Erfolg (12.10.1998)

Von Mohr, Reinhard

Rot-Grün, die linke Opposition, ist an der Macht. Wie verhält sich nun die intellektuelle Boheme? Was tun die

Großmeister des kritischen Diskurses? Kommen sie ohne ihr vertrautes Feindbild vom ewigen Kanzler über die Runden? Von Reinhard Mohr

Kapitalismuskritiker abgewertet, unvermeidlicher „Umbau“ des Sozialstaats. „Nur allmählich, dafür unaufhaltsam setzte sich unter den linken Systemkritikern die Erkenntnis durch, daß die ‚kapitalische Gesellschaft‘ viel offener, flexibler und veränderungsfähiger war als sämtliche Theorien zu ihrer Abschaffung.“; „Womöglich werde der unabdingbare Umbau des Sozialstaats mit einem ‚linken Revival der Vaterlandsliebe‘ unter dem Emblem ‚Bündnis für Arbeit‘ einhergehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8001980.html>

STAATSBETRIEBE: Profis bevorzugt (12.10.1998)

Der Machtwechsel in Bonn bringt Unruhe in die Führungsetagen der Bundesunternehmen: Spitzenpositionen in Vorständen und Aufsichtsräten werden neu besetzt.

Unausweichliche Privatisierung. Mit insgesamt fast 700 000 Beschäftigten zählen Telekom, Bahn, Post und Postbank zu den größten Arbeitgebern der Republik (siehe Grafik). Längst haben die Politiker erkannt, daß der Staat sich auf Dauer von diesen Unternehmen, die ihn zum Teil schwer belasten, trennen muß; die Privatisierung der Konzerne ist jedoch eine der schwierigsten Aufgaben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002259.html>

Simulierte Scheidung (19.10.1998)

Angesichts leerer Kassen wagt die künftige Regierung nur eine Steuerreform in Trippelschritten. Kleinverdiener und Familien profitieren. Bei der Besteuerung von Ehepaaren wird getrickst.

Steuerreform nicht radikal genug. „Doch Deutschlands Wähler bekamen vergangene Woche genau das serviert, was sie am 27. September bestellt hatten: die Steuerreform light, gebraut nach den ökonomischen Rezepten des Oskar Lafontaine. Die Genossen beglücken ihre Klientel mit schlichter Umverteilung von oben nach unten, aber sie wagen es nicht, ein radikal neues Steuersystem zu präsentieren.“; „Jost Stollmann jedenfalls hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß sich für die Steuerreform noch etwas in der Kasse finden läßt – schließlich soll das Gesetz erst Anfang nächsten Jahres im Bundestag endgültig verabschiedet werden. Sollte es aber bis dahin so bleiben, wie es ist, fürchtet der künftige Wirtschaftsminister Schlimmes: ‚Davon wird die Idee des Aufbruchs nicht befördert.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8001769.html>

Der Ansatz überzeugt nicht (19.10.1998)

Der Finanzexperte Hans-Peter Bareis über die Steuerpläne der künftigen Bundesregierung

Steuern müssen schneller sinken, Entlastung niedriger Einkommen nützt nichts. „Bareis: Was bisher bekanntgeworden ist, hat mich enttäuscht. Die neue Regierung ist angetreten mit dem Anspruch, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, und daran muß sie sich messen lassen. Die bisher geplanten Schritte werden dazu nicht viel beitragen. Wenn die Steuersätze nicht schneller und deutlicher sinken, werden sicher nicht viele ausländische Investoren angelockt.“; „Bareis: Der ganze Ansatz überzeugt mich nicht. Das Streichen von Vergünstigungen im Steuerrecht allein reicht nicht aus. Jede neue Regierung muß ihre Haushalte durchforsten und überlegen, wo Ausgaben gekürzt werden können. Man kann nicht nur dem Steuerzahler Vorteile streitig machen und andere Subventionen unangetastet lassen. Manches steht eher zufällig im Steuergesetz als Vergünstigung und könnte genausogut eine direkte Subvention sein, und deshalb muß man auch dort rangehen und die Haushalte durchforsten. Das wäre ein echter Neuanfang.“; „Bareis: Die Erfahrungen der vergangenen Legislaturperiode lehren etwas anderes. Vor zwei Jahren sind kleinere Einkommen auf Druck des Verfassungsgerichts von der alten Bundesregierung ganz gewaltig entlastet worden. Die steuerliche Freistellung des Existenzminimums und die Erhöhungen beim Kindergeld summierten sich auf Entlastungen von ungefähr 20 Milliarden Mark. Das ist für mich ein Menetekel. Ich kenne keine Untersuchung, wonach das zu wesentlichen positiven Impulsen für die Wirtschaft geführt hat. Ich halte den gedanklichen Ansatz der Stärkung der Massenkaufkraft für falsch.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8001779.html>

BUCHPREISBINDUNG: Düstere Prophezeiung (19.10.1998)

Unberechtigte Kritik an Liberalisierung. „In der ZDF-Sendung ‚Mit mir nicht‘ schockte Naumann, selbst bis vor kurzem Verleger, mit der Prognose, als Folge der Freigabe der Preise würden binnen zwei Jahren 140 000 Arbeitsplätze verlorengehen. Damit Naumanns Prognose Wirklichkeit werden könnte, müßte die Branche allerdings erst einmal aufstocken. 1997 waren in Deutschland in Buchverlagen und im Buchhandel zusammen insgesamt höchstens 140 000 Menschen beschäftigt. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der selbst energisch gegen Brüssel vorgeht, beziffert die möglichen Arbeitsplatzverluste auf 4000. Van Miert sieht eine solche Gefahr genausowenig wie einen kulturellen Niedergang. Er glaubt nur, daß Bücher billiger werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8001672.html>

VERKEHR: Bessere Pläne im Schrank (26.10.1998)

Der Transrapid wird zu teuer. Eine schnelle Verbindung zwischen Berlin und Hamburg ist jedoch auch ohne

Schwebebahn möglich.

Schädlicher Staatseinfluss. „Immer haben die Eisenbahner, auch nach der Umwandlung des Staatsunternehmens in eine Aktiengesellschaft, die Bonner Befehle brav befolgt. Und sie taten es wider besseres Wissen.“; „Die Pläne der Experten, von der Bahn später Netz 21 genannt, verschwanden im Aktenschrank.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8026614.html>

STEUERN: Griff in den Giftschränk (26.10.1998)**Die Kritik an den rot-grünen Steuerplänen wächst. Grüne Politiker fordern, was SPD-Modernisierer auch wollen – eine Reform der Reform.**

Steuersenkungen unzureichend. „Die Steuerreform, die zum Signal für den wirtschaftlichen Aufbruch werden sollte, wird seit zwei Wochen von vielen verrissen. Zuwenig und zu zaghaft, lautet nahezu einhellig das Urteil. Der wirtschaftswissenschaftliche Sachverständigenrat der Republik schloß sich der Stimmung an. Nicht einmal das traditionell nachfrageorientierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), an dem bis vor kurzem noch Lafontaines Berater Flassbeck wirkte, kann etwas Positives an dem Reformwerk finden. Es werde ‚keine nachhaltige Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt bringen‘, sagte DIW-Konjunktur-Expertin Gustav-Adolf Horn. Die Entlastung sei mit zehn Milliarden Mark zu gering, der Spitzensteuersatz mit 48,5 Prozent zu hoch. Den Reformern sei die Umverteilung wichtiger als das Wachstum, kritisierten Horn und seine Kollegen aus den Wirtschaftsforschungsinstituten. Kurzum: ‚Die neue Bundesregierung sollte ihr Konzept noch einmal überdenken.‘“; „Die Koalitionäre fürchten den Aufschrei der Lobbyisten. Dabei sind die meisten der 75 Posten bekannt, sie standen auf der ‚Schleußer-Liste‘, benannt nach dem nordrhein-westfälischen Finanzminister.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8026994.html>

GELDPOLITIK: Attacke vom Hunnenkönig (02.11.1998)**Von Reiermann, Christian****Kaum im Amt, verschärft der neue Finanzminister Oskar Lafontaine seine Kritik an der Bundesbank. Er will die Konjunktur mit Hilfe niedriger Zinsen ankurbeln und die Macht der Währungshüter brechen. Doch die haben bisher noch jeden Angriff abgewehrt.**

Überholter Keynesianismus, stattdessen Strukturreformen. „Heiner Flassbeck, früher Konjunkturchef beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, und Claus Noé, vormaliger Hamburger Staatsrat und zuletzt freier Publizist, sind wie Lafontaine eifrige Nachfragemechaniker. In der geldpolitischen Debatte sind sie vor allem aufgefallen, weil ihnen die Zinsen stets zu hoch scheinen, gleichgültig wie niedrig sie stehen.“; „MIT-Professor Dornbusch (Lafontaine: ‚Vom MIT beziehe ich für gewöhnlich meine Weisheiten‘) hält die ständige Inanspruchnahme Greenspans durch Lafontaine für ungerechtfertigt: ‚Lafontaine verhält sich zu Greenspan wie Attila der Hunnenkönig zur westlichen Zivilisation.‘ Bei seinen Entscheidungen achtete Greenspan vor allem auf Geldwertstabilität, weil er sie als die wichtigste Voraussetzung für neue Jobs halte. Sehe er sie in Gefahr, scheue er sich nicht, die amerikanische Wirtschaft in die Rezession zu bremsen.“; „Ökonomen wie Dornbusch wundern sich, daß mit dem Regierungswechsel eine Uraltdebatte wiederauflebt, die längst erledigt schien: Kann eine lockere Geldpolitik neue Arbeitsplätze schaffen? Lafontaine und seine Beraterriege glauben, mit billigem Geld lasse sich die Beschäftigungslosigkeit bekämpfen. Diesem Glauben hing schon Alt-Kanzler Helmut Schmidt in den siebziger Jahren an, als er bekannte, fünf Prozent Inflation seien ihm lieber als fünf Prozent Arbeitslose. Kurze Zeit später hatte er beides. Eine Geldinflation führt nach Ansicht der Bundesbank und der meisten Ökonomen allenfalls kurzfristig zu mehr Produktion. Früher oder später treibe das frische Geld nur die Preise nach oben, vor allem die Löhne. Spätestens wenn die Notenbank die aufkeimende Inflation mit höheren Zinsen bekämpfe, gingen die neuen Jobs und viele andere wieder verloren. Lafontaine und seine Mitstreiter akzeptieren diese Zwangsläufigkeit, ohne sie ausdrücklich auszusprechen. Sie wollen den Mechanismus aushebeln, indem sie die Begehrlichkeiten der Gewerkschaften in einem Bündnis für Arbeit zügeln. Dann könne, so das Argument, der Geldimpuls zusätzliches Wachstum und Jobs schaffen. Fachleute sind skeptisch. ‚Ein Stillhalteabkommen mit den Gewerkschaften bringt nicht viel, weil nicht nur die Löhne das Preisniveau beeinflussen‘, weiß Thomas Mayer, Chefökonom der deutschen Filiale der Investmentbank Goldman Sachs. ‚Bei großzügiger Ausstattung der gesamten Wirtschaft mit Geld können Unternehmen leichter höhere Preise für ihre Produkte durchsetzen.‘ Die Folge: Das Preisniveau steigt, auch wenn die Löhne stabil bleiben. Außerdem seien, das lehre die Erfahrung, Gewerkschaften nie auf Dauer bescheiden. In den USA zeige ein geldpolitischer Impuls dagegen viel eher Wirkung, meint Dornbusch. Das frische Geld treffe auf einen flexibleren Arbeitsmarkt, zudem seien die Gewerkschaften zu schwach, um sofort höhere Löhne durchzusetzen. In Deutschland hingegen mit seinen starren Strukturen entlade sich der Impuls nur in steigenden Preisen. Dornbuschs Rat an Lafontaine: ‚Dereguliere.‘ Davon ist der Weltökonom aus dem Saarland noch weit entfernt. Er will es auf die harte Tour versuchen: Schon bei der nächsten Zentralbanksitzung am Donnerstag dieser Woche wird er die Währungshüter in Frankfurt heimsuchen.“; „Ansonsten solle die neue Bundesregierung ihre Hausaufgaben ruhig selbst machen. Welche das sind, wissen die Frankfurter auch: So müsse zum Beispiel eine weitgehende Steuerreform her, die Sozialkassen seien langfristig zu sichern, der Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, und die Reform der Finanzverfassung müsse endlich angegangen werden. Es sei eine Illusion, so wollen sie Lafontaine klarmachen, diese Einschnitte ließen sich durch das Aufdrehen des Geldhahns schmerzlos umgehen. Zentralbankratsmitglied Zeitler warnt

schon einmal vorsorglich: „Es kann nicht Aufgabe der Geldpolitik sein, solche Illusionen zu nähren.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8028186.html>

SPIEGEL-Essay: EINE ACHSE DER REFORMER (02.11.1998) ■ ■ ■

OSWALD METZGER

Weniger Sozialstaat, mehr Eigeninitiative, gegen Staatsverschuldung und „Vulgär-Keynesianismus“, Subventionen, Interessengruppen, Steuern senken. „Als Leitbild eignet sich das Prinzip der Nachhaltigkeit, das von den Grünen in die Politik eingeführt wurde: Ursprünglich beschrieb es eine Produktions- und Lebensweise, die mit Rücksicht auf kommende Generationen die Ressourcen schont. Dieses Prinzip sollten wir auf die Sozialversicherungen oder Staatsfinanzen ausweiten. Auch hier müssen die Interessen unserer Kinder stärker berücksichtigt werden. Dazu sind heute schmerzhaft Einschnitte nötig. Wer dies in Abrede stellt, belügt sich selbst und andere. Die Rentenversicherung etwa müssen wir so reformieren, daß die Leistungen für die wirklich Bedürftigen steigen, gleichzeitig unterm Strich aber die Beiträge reduziert werden und die unheilvolle Kostendynamik des Systems durchbrochen wird. Dazu sollten wir eine demographische Komponente in die Rentenformel einbauen, wodurch die Renten in Zukunft geringer wachsen als die Nettoeinkommen. Gleichzeitig muß der Staat die Menschen dazu ermuntern, mehr Eigenvorsorge zu betreiben. Deshalb sollten Beiträge, die für den Aufbau eines privaten Kapitalstocks verwendet werden, von der Einkommensteuer befreit werden.“; „Bedrückend ist vor allem, daß weder Gerhard Schröder noch Oskar Lafontaine bisher definitiv ausgeschlossen haben, daß die Neuverschuldung erhöht wird. Die Flucht in eine höhere Verschuldung ist ein fataler Irrweg.“; „Doch wo soll die neue Regierung sparen? Sowohl Bürger als auch Unternehmen dürfen nicht das Gefühl bekommen, sie würden einseitig belastet. Einschnitte dürfen sich deshalb nicht auf soziale Leistungen beschränken, sondern müssen auch bei den Subventionen mutig ansetzen.“; „Auch der Staat selber muß sparen, bei seinen politischen Repräsentanten ebenso wie bei Bediensteten.“; „Die Politik muß für den Moment akzeptieren, daß sich hinter jeder einmal geschaffenen Ausnahme oder Vergünstigung im Steuerrecht eine organisierte Interessenvertretung etabliert hat, die in unserer Mediengesellschaft jederzeit wirkungsvoll den Volkszorn inszenieren kann. Die Frage, die sich der pragmatische Steuerreformer also stellen muß, lautet: Mit wieviel Widerstand kann ich bei meinem Reformvorhaben fertig werden? Oder anders: Wo ist die Grenze zwischen politisch Machbarem und politischem Selbstmord?“; „Wenn nun auch damit begonnen wird, dem Druck einzelner Interessengruppen wie etwa den Landwirten oder bei der Besteuerung von Jahreswagen nachzugeben und einzelne Maßnahmen aus dem Paket herauszubrechen, dann wäre die Regierung wirklich zu kurz gesprungen und hätte das erste laue Lüftchen wie einen Orkan behandelt. Auch das wäre eine Fortsetzung der hasenfüßigen Politik der Kohl-Regierung. Einziger Unterschied: Die Union wäre bei den Landwirten wahrscheinlich schon zwei Tage früher umgefallen. ‚Angebotspolitik von links‘ bedeutet also: Wir brauchen Reformen, die ausgewogen und transparent sind und die Bedingungen für Investitionen verbessern, ohne dies mit sozialen Ungerechtigkeiten zu bezahlen. Mehr noch: Wenn die Sozialversicherungen dem Prinzip der Nachhaltigkeit gemäß reformiert werden, stärkt das die soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen.“; „Nach außen birgt diese Politik die Chance, sich als Gegengewicht zum Vulgär-Keynesianismus, zur Renaissance der perspektivlosen und gefährlichen Ökonomie der Globalsteuerung zu profilieren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8028241.html>

Nichts tun geht nicht (09.11.1998) ■

Von Niejahr, Elisabeth; Munsberg, Hendrik; Reiermann, Christian; Schlamp, Hans-Jürgen; Steingart, Gabor
Genug gejubelt: Die Schröder-Regierung hat einen schlechten Start erwischt, die Wirtschaft protestiert gegen die Steuerpläne, die Wähler der neuen Mitte wenden sich ab. Der Ruf nach dem Kanzler wird lauter. Die Reformer in der Regierung fühlen sich allein gelassen – und vom Traditionalisten Lafontaine überrollt.

Überfällige Strukturreformen im Sozialsystem etc., Labour und US-Demokraten erscheinen im Vorteil, weil sie auf neoliberaler Politik ihrer Vorgänger aufbauen konnten. Knapp vier Millionen Menschen sind in Deutschland offiziell ohne Job – und die neue Regierung reagiert mit einer zusätzlichen Steuerbelastung für kleine und mittlere Firmen (siehe Seite 35). Die Sozialsysteme laufen heiß, sind schon seit langem überlastet – und die neue Regierung zögert mit den überfälligen Reformen.“; „Ein Kanzler Schröder, das war das Versprechen auf eine gewandelte SPD: mehr Flexibilität, weniger Staat, neue Jobs und reduzierte Steuerlast für (fast) alle.“; „Seine Überzeugungen, daran ließ Schröder keinen Zweifel, sind nicht die Glaubenssätze von Karl Marx, sondern die Erkenntnisse von Ludwig Erhard: ‚Die Probleme unserer Volkswirtschaft werden nicht durch Division, sondern durch Multiplikation des Sozialprodukts gelöst‘, hatte der Wirtschaftswunder-Kanzler gesagt. Auch Schröder setzt auf Wachstum, das er durch Innovation fördern will.“; „Plötzlich fällt auf, daß die Regierung Schröder eher zufällig an die Macht gestolpert ist. Erst im April – Kohl hatte den Wahlkampf längst eröffnet – wurde Schröder zum Kandidaten gekürt. Er hatte nicht die Zeit eines Tony Blair, der in knapp drei Jahren als Oppositionsführer die Labour-Partei auf die neue Zeit vorbereiten konnte. Hinzu kommt: Sozialdemokraten in England und auch die Demokraten in den USA konnten aufbauen auf den Reformen der Konservativen. Die hatten meist kräftig gewütet: Ronald Reagan sorgte mit seinen Reaganomics für die größte Steuerentlastung der amerikanischen Geschichte, Maggie Thatcher zerschlug die Gewerkschaftsmacht und setzte auf radikalen Privatisierungskurs. Den Beinamen ‚Eiserne Lady‘ trug sie wie einen Ehrentitel. Lautstark beklagten Labour und die US-Demokraten diese ‚neoliberale Angebotspolitik‘ – um dann lautlos darauf ihre Herrschaft zu begründen. Mehr noch: Einmal an der Macht, drehten sie, anders als die deutschen Sozialdemokraten, die Reformen der Vorgänger

nicht zurück, sie führten deren Politik einfach weiter, mit menschlichem Antlitz. Nur im Land des Rekord-Kanzlers Kohl herrschte Windstille: Der Aufbau Ost absorbierte seit Beginn der neunziger Jahre alle Kräfte, für die überfälligen Strukturreformen im Sozialsystem und auf dem Arbeitsmarkt fehlten Ideen und Durchsetzungswillen. Die Steuern schossen hoch, die Lohnnebenkosten explodierten, jede Veränderung – ob beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – geriet am Ende zum nationalen Spektakel.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8030271.html>

WIRTSCHAFTSPOLITIK: Sklaven eines Verstorbenen (09.11.1998)

Von Jung, Alexander

Die Lehren von John Maynard Keynes erleben ein erstaunliches Comeback: Finanzminister Lafontaine will die Nachfrage stärken und fordert Zinssenkungen. Taugen die Rezepte des britischen Ökonomen heute noch?

Keynesianismus im Sinne der neoklassischen Synthese interpretiert und als nicht zeitgemäß eingestuft; hohe Staatsquote, schädliche „Eigendynamik“ der Nachfragepolitik, Staatsverschuldung; „Keynes war kein Keynesianer“.

„Fragt sich nur, ob sich Deutschland überhaupt in einer solchen ‚keynesianischen Situation‘ befindet. ‚Deflationäre Gefahren sind unbestreitbar‘, sagt Lafontaines Staatssekretär Heiner Flassbeck. ‚Von Deflation kann keine Rede sein‘, hält Joachim Scheide vom Institut für Weltwirtschaft dagegen. Fest steht: Noch wächst die Wirtschaft, wenn auch schwächer als erwartet. Noch ist die Inflationsrate zwar niedrig, aber immerhin liegt sie im Plus. Und noch verdienen die Unternehmen nicht schlecht, auch wenn bei manchen die Gewinne nicht mehr so sprudeln wie erwartet. Selbst wenn die Lage den keynesianischen Vorzeichen entspräche, ist es ebenso fraglich, ob Keynes auch heute noch für zusätzliche staatliche Nachfrage als Ausweg plädieren würde. Zu seiner Zeit spielte der Staat als ökonomischer Akteur eine geringe Rolle. Der Anteil öffentlicher Ausgaben am Bruttosozialprodukt lag 1925 in Großbritannien oder in Deutschland unter 25 Prozent. Wenn sich der Staat dann aber einschaltete, hatte das Signalwirkung. Heute dagegen können selbst milliardenschwere Konjunkturprogramme nur wenig Aufsehen erregen und geringe Wirkung entfalten, da der Staat ohnehin bereits die Hälfte der Wirtschaftsleistungen verbraucht oder verteilt. Zudem entwickelt die Praxis staatlicher Nachfragepolitik eine Eigendynamik, die Keynes nicht vorhergesehen hat. Die Große Koalition förderte von 1966 an mit geliehenem Geld öffentliche Investitionen und stimulierte damit die Konjunktur. Doch statt im Aufschwung die Ausgaben wieder zurückzuführen, wurden ständig neue Programme auf Pump aufgelegt. Bis Ende 1975 hatte die Bundesregierung 35 Milliarden Mark springen lassen. Die Schulden türmten sich, die Inflationsrate schnellte nach oben, die Zahl der Arbeitslosen stieg, und das Wachstum stagnierte: Gegen diese sogenannte Stagflation konnte die keynesianische Globalsteuerung nichts ausrichten. Die Zeit war reif für die Gegenrevolution, und der amerikanische Ökonom Milton Friedman lieferte die Theorie dazu. Der Staat sollte sich aus der Konjunkturpolitik zurückziehen und eine rigide Geldpolitik verfolgen, um die Inflation wieder in den Griff zu bekommen. Sowenig Staat wie nötig, soviel Markt wie möglich, lautete die Devise, die vor allem Margaret Thatcher, die frühere britische Premierministerin, von 1979 an konsequent verfolgte. Keynes‘ Lehren waren tot, aber sie lebten bald schon in neuer Form wieder auf. Bis heute reklamieren Gewerkschaften und Sozialdemokraten den Ökonomen als angeblichen Verfechter von Lohnerhöhungen für sich. Die IG Metall rechtfertigt so das ‚Ende der Bescheidenheit‘, und Finanzminister Lafontaine argumentiert: ‚Nur Massenkaufkraft schafft Massennachfrage. Nur Massennachfrage gibt den Unternehmen Mut, zu investieren und zu expandieren.‘ Keynes hat jedoch nie dafür plädiert, einfach an der Lohnschraube zu drehen, um die Nachfrage anzukurbeln. Er weist lediglich darauf hin, daß niedrigere Löhne nicht gleichbedeutend sind mit mehr Jobs. Nicht die Lohnhöhe ist der Ausgangspunkt von Keynes, sondern umgekehrt die Frage, wie man die Gewinnerwartungen der Unternehmer verbessern und die effektive Nachfrage steigern kann. Die aber setzt sich zusammen aus den Ausgaben für Konsum und für Investitionen, also aus der Lohnsumme und den Unternehmensprofiten. Immer wieder haben die Jünger von Keynes im Namen des Ökonomen argumentiert, dabei aber nur einzelne Aspekte seiner Konjunkturtheorie herausgegriffen. Und Politiker glaubten, nun jede Krise meistern und Vollbeschäftigung gleichsam auf Knopfdruck erzeugen zu können. So wurden die Lehren trivialisiert und schließlich als Allheilmittel absolutiert. ‚Keynes‘ war kein ‚Keynesianer‘, wie Marx kein ‚Marxist‘ war“, beschreibt der Hamburger Wirtschaftsprofessor Harald Scherf den Unterschied zwischen einstiger Absicht des Ökonomen und seiner heutigen Wirkung. Die Crux daran: Die keynesianischen Lehren haben die klassische Theorie nicht ersetzt, sondern sie lediglich ergänzt. Dennoch neigen Keynesianer dazu, alle anderen Einflüsse auszublenden, die neben der Konjunktur die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Keine Rede davon, daß ein einfaches Steuersystem oder effizientere Staatsbürokratie, Strukturpolitik also, auch eine Rolle spielen könnten. Kein Gedanke dazu, daß eine Steuer- und Sozialreform, die die Spanne zwischen Brutto und Netto verringert, womöglich geeignet wäre, Konsum und Investitionen zu beleben. Kein Wort darüber, daß innovative Pionierunternehmer den Strukturwandel beschleunigen und so Wachstum entfalten und Beschäftigung schaffen. ‚Ideen werden zunehmend vereinfacht, je mehr Verbreitung sie finden‘, so der amerikanische Volkswirt Paul Krugman, ‚bis sie schließlich nicht mehr sind als eine Karikatur des Originals – das ist das Schicksal der keynesianischen Lehre.‘ Keynes hatte immer schon Zweifel gehegt, ob die Praktiker seine Lehren richtig verstehen und anwenden würden. Er dachte eher an ‚halbautonome Körperschaften‘, die ‚nur nach den Kriterien des Gemeinwohls‘ seine Beschäftigungspolitik umsetzen sollten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8030692.html>

I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN: 1. Supermacht USA (09.11.1998)

Schon 1914 war das Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten so groß wie das aller damaligen Großmächte zusammen. Zwangsläufig mußte deshalb das 20. Jahrhundert das amerikanische werden. Wächst die Amerikanisierung der Welt im 21. Jahrhundert noch weiter? Von Kennedy, Paul

Überlegenheit des amerikanischen Kapitalismus. „Mit ihrer Auszehrung verlor die UdSSR ihre Kontrolle über Osteuropa und dann über die nichtrussischen Republiken innerhalb der Union. Diese Entwicklung versetzte der politischen Attraktivität des Kommunismus für den Rest der Welt praktisch den Todesstoß – und mit ihm dem sozialistischen Ideal der Planung. Der zweite Faktor war die erstaunliche Fähigkeit der amerikanischen Wirtschaft, sich seit Beginn der achtziger Jahre neu zu finden und so einen guten Teil ihrer früheren Führungsrolle zurückzugewinnen. Diese Erneuerung des Unternehmergeistes war begleitet von einschneidenden Maßnahmen – Verkleinerung der Belegschaften, Brechen (oder doch Schwächung) des Gewerkschaftseinflusses, Schaffung von Millionen nichtversicherten Teilzeitjobs und Produktionsverlagerung in Billiglohnländer. Kein europäisches Land, mit Ausnahme von Margaret Thatchers Großbritannien, sah sich infolge der Zwänge der auf dem alten Kontinent nach dem Krieg etablierten Sozialpartnerschaft in der Lage, diesen Weg zu gehen. Bis heute hält sich dort starker Widerstand gegen den Kapitalismus amerikanischer Prägung. Aber dessen Kritiker können kaum bestreiten, daß das Ergebnis der wirtschaftlichen Erneuerung Amerikas eine vielbeneidete, äußerst wettbewerbsfähige Wirtschaftsmaschine ist. Dazu trug auch bei, daß die sich in den siebziger und achtziger Jahren rasant entwickelnden neuen Technologien den Stärken Amerikas entgegenkamen. Computer, Kommunikationssysteme, neue Software und die Entstehung eines globalen Datennetzes brachten eine Wissensrevolution, die nur in einer dezentralisierten Gesellschaft und Wirtschaft entstehen konnte. Gleichzeitig war auch ihr Nutzen für eine ausgeprägt pluralistische Gesellschaft wie die amerikanische weitaus größer als für das verkalkte Sowjetsystem oder die stark bürokratisierten Länder Europas und Japan.“; „Darüber hinaus trieben amerikanische Politiker von Reagan bis Clinton die ökonomische Umwandlung des Landes gezielt voran. Sie verringerten die Staatsausgaben (und die Erwartungen der Bürger an die Leistungsfähigkeit des Staates), reduzierten Steuern, eliminierten Währungs- und Kapitalkontrollen. Diese Befreiung des Kapitals, die auch die Briten konsequent, die übrigen Länder jedoch weitaus zurückhaltender und langsamer durchsetzten, ließ auf einmal riesige Kapitalströme auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten um die Erde kreisen. Sie belohnten Länder und Regionen, die den amerikanischen Laissez-faire-Praktiken folgten, und bestrafte jene, die ihnen zu widerstehen versuchten, ob nun Mitterrands Frankreich oder Suhartos Indonesien. Da die Kommunikationsrevolution der letzten beiden Jahrzehnte hauptsächlich von den USA ausging, führte sie – gewollt oder ungewollt – auch zum Export amerikanischer Kultur. Dies bedeutete nicht einfach die Verbreitung amerikanischer Freihandelsideologie, amerikanischer Modegewohnheiten oder amerikanischer Hotelketten (so daß das Hilton in Singapur nicht anders aussieht als das Hilton in Dallas).“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8030968.html>

EUROPA: Der Melker auf dem Sofa (23.11.1998)

Von Didzoleit, Winfried und Koch, Dirk

Die Europäische Agrarpolitik ist ein Dauerskandal geworden. Nun sollen die Überproduktion und die Milliardenverschwendung beendet werden. Doch die Reformvorschläge der Brüsseler EU-Kommission sind viel zu halbherzig.

Subventionen, Bürokratie, Hayek. „Schief angesehen werde er nicht im Ort, weil er auf der Couch sitze und mit Nichtstun Geld verdiene. ‚Die anderen machen es doch genauso.‘ Rund die Hälfte der in Deutschland produzierten Milch geht auf das Konto dieser Sofamelker.“; „Im Sozialbereich, bei der Gesundheitsvorsorge, im Erziehungswesen müssen die EU-Staaten eisern sparen. Aber bei den Bauern wird das Geld hinausgeworfen, als gäbe es keine Haushaltsdefizite und keine Schuldenlast: ein legaler, systematischer, geplanter Aberwitz.“; „Das Gutachten verlangt, endlich Schluß zu machen mit einer Landwirtschaftspolitik der ‚Widersprüchlichkeit und Zusammenhanglosigkeit‘. Statt immer neue Regeln zu erfinden, solle das ‚extrem komplizierte‘ Vorschriften-Durcheinander entrümpelt werden. Eine neue, sinnvolle Agrarpolitik der EU müsse eine doppelte Herausforderung meistern: die Bauern dem uneingeschränkten internationalen Wettbewerb auszusetzen und den Schutz der Umwelt zu garantieren. Die Lösungsvorschläge der Studie sind radikal – keine Garantiepreise mehr und auch kein Ausgleich durch Direktzahlungen. Nur in Ausnahmesituationen, wenn es zu einem dramatischen Preisrutsch auf dem Weltmarkt komme, dürfe Brüssel mit Stützkäufen den Markt stabilisieren.“; „Ein schönes Beispiel für die üblen Wirkungen gutgemeinter Anreize spießt der Europäische Rechnungshof in seinem gerade veröffentlichten neuen Prüfungsbericht auf: In kargen Regionen des Südens gedeiht am besten Hartweizen. Um den Ackerbauern dort einen Einkommensausgleich zu schaffen, erfanden die Agrarminister die Hartweizenprämie. Sie ist ein Zubrot zur allgemeinen Getreideprämie und liegt heute bei etwa 364 Mark je Tonne. Das weckte Begehrlichkeiten. Plötzlich kamen von überall her Aufträge, auch aus dem europäischen Norden, mehr Hartweizenflächen auszuweisen, obwohl der Bedarf gar nicht so groß ist. Im letzten Juni schaffte es der damalige Landwirtschaftsminister Jochen Borchert, auch für Deutschland zusätzlich Hartweizenflächen freizuschlagen. Der Hartweizen wird inzwischen mit 113 Prozent seines Produktionswertes subventioniert, wie der Rechnungshof beanstandet: ‚Eine derart vorteilhafte Sonderbehandlung ist auch heute nicht durch Fakten begründet‘, urteilen die Luxemburger Prüfer. Es geht nicht um Peanuts. Hätten sich die Agrarminister darauf beschränkt, nur die Einkommensnachteile im Vergleich zum normalen Weizenanbau auszugleichen, hätten die europäischen Steuerzahler im Zeitraum von 1994 bis 1997 sechs Milliarden Mark weniger aufbringen müssen. Der

agrarpolitische Dirigismus in der EU ist ein gutes Beispiel der ‚Ölfleck-Theorie‘ des Ökonomie-Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek. Danach hat ein zunächst geringfügig anmutender Eingriff in die Märkte nahezu zwangsläufig weitere Eingriffe zur Folge. Denn die Bürger reagieren auf die erste Intervention so, daß immer neue Vorschriften nötig werden, um ihr Verhalten zu lenken und unerwünschte Konsequenzen zu verhindern. Am Ende hat sich ein kleiner Ölfleck zu einem alles erstickenden Ölteppich ausgeweitet. Die Milchpolitik liefert dafür ein weiteres Paradebeispiel.“; „Die Kreativität cleverer Subventionsjäger kennt keine Grenzen.“; „Gegen Betrug und Geschäftemacherei wehrt sich die Kommission mit noch mehr Bürokratie, die wiederum den Ehrlichen das Leben schwermacht.“; „Wenn die Berechnungen des Bonner Agrarökonom Rudolf-Ernst Wolffram richtig sind, wird der Wahnsinn durch die beabsichtigte Reform noch perfektioniert.“; „Der Sofamelker Keßler in Schwalbach setzt unerschütterlich auf die Durchsetzungskraft der Landlobby und das Beharrungsvermögen der Agrarbürokratie. Wenn er fürchtete, daß 2006 wirklich Schluß wäre, müßte er seine Quote jetzt rasch verkaufen. Je länger er wartet, desto mehr verfällt der Preis. Keßler aber sagt: ‚Ich verkaufe nicht.‘“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8035077.html>

I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN: 4. Die Europäische Union (30.11.1998)

Die Arbeitslosenmaschine

STANDPUNKT

Von Redwood, John

Kein Kompromiss zwischen Markt und Plan. „Verkalkte Politiker in Brüssel überlegen angestrengt, wie sie ihre Staatshäuser gegen den scharfen Wind internationaler Konkurrenz abdichten können. Ihr Rezept: mehr Verordnungen und höhere Steuern. Doch diese Medizin ist wirkungslos gegen Microsoft, amerikanische Waffen und weltweite Telekommunikation. Tatsächlich glauben einige dieser Politiker, nur die Zerstörung nationaler Demokratien in Westeuropa im Tausch gegen eine neue Bürokratie in Brüssel könne einen dauerhaften Frieden zwischen Frankreich und Deutschland garantieren. Solche Ängste habe ich nicht. Vielmehr beunruhigt mich der unmilitärische Krieg, den westeuropäische Regierungen jeden Tag gegen ihre Bürger führen. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß sie so viele Menschen auf den Kehrichthaufen der Arbeitslosigkeit fegen und von der aufregenden Welt der Globalisierung ausschließen.“; „Westliche Politiker machen sich etwas vor, wenn sie an einen dritten Weg zwischen freien Märkten und Planwirtschaft glauben. Dabei versuchen sie uns davon zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten zerrüttet sind, unkultiviert und alles falsch anpacken.“; „Ich weiß sehr genau, welche Lebensstandards, Möglichkeiten und Aussichten mir lieber sind. Sie hingegen wollen den freien Markt mit immer mehr Gesetzen kontrollieren – und haben eine Arbeitslosenmaschine erfunden.“; „Als die Menschen auf die Straße und später in die Wahllokale gingen, forderten sie unabhängige Währungen. Im Westen konnten wir ähnliches beobachten. Irland trennte sich 1979 vom Pfund Sterling. Seitdem verbesserte sich die irische Wirtschaft. Flexible Wechselkurse waren nicht allein verantwortlich, aber mit Sicherheit sehr hilfreich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7085755.html>

LÖHNE: Die Duftmarke der Metaller (14.12.1998)

Von Dettmer, Markus; Niejahr, Elisabeth; Schäfer, Ulrich

Für zehn Millionen Beschäftigte werden derzeit neue Löhne ausgehandelt. Damit stehen Arbeitgeber und Gewerkschaften auch beim Bündnis für Arbeit vor der ersten Machtprobe: Ende der Bescheidenheit? Oder moderate Lohnpolitik, mit Spielraum für Neueinstellungen?

Lohnzurückhaltung nötig. „Zwar kann eine moderate Lohnpolitik allein nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, doch ohne sie geht es erst recht nicht. Denn überall dort, wo Bündnisse erfolgreich waren – ob im Ausland oder in den Betrieben –, war Lohnzurückhaltung ein wichtiger Bestandteil der Strategie.“; „Ich würde Zwickel raten“, verkündete der Lafontaine-Berater schon vor Wochen auf einem Seminar der IG Metall, „nicht sofort in die vollen zu gehen.“ Den meisten deutschen Ökonomen geht selbst das zu weit. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, glaubt, daß der Nachfrageeffekt von Lohnerhöhungen überschätzt wird. Eine Lohnerhöhung von 100 Mark belaste die Unternehmen inklusive Sozialversicherung mit 121 Mark. Auf der anderen Seite würden nach Abzug der Steuern (26 Mark), Sozialbeiträge (21 Mark), Ersparnisse (6,50 Mark) und Ausgaben für Importe und Reisen (11 Mark) die Binnennachfrage nur um 35,50 Mark steigen. Das mag ökonomisch richtig sein, die Sicht der Betroffenen ist eine andere: „Die Leute wollen mehr Geld sehen“, sagt Erich Klemm, Betriebsratschef bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen. Jahrelang haben sie sich zurückgehalten – während die Gewinne der Unternehmen kräftig stiegen und die Aktienkurse geradezu explodierten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8447920.html>

VENEZUELA: Der Comandante wird zahm (14.12.1998)

Alternativlose Sparpolitik. „Im Wahlkampf hatte der ehemalige Fallschirmjäger, der seit seinem gescheiterten Staatsstreich 1992 als Messias der Unterprivilegierten galt, den ‚zügellosen Neoliberalismus‘ und den ‚Krebs der Korruption‘ geißelt und damit einheimische Wirtschaftsbesitzer wie ausländische Investoren verschreckt. Doch nun muß er feststellen, daß er sich den ökonomischen Sachzwängen nicht entziehen kann: Chávez (Spitzname ‚El

Comandante‘) will zwar die versprochene ‚soziale Revolution‘ vollziehen. Er versprach aber auch gleich, die Staatsausgaben zu senken und die 23 Milliarden Dollar Auslandsschulden pünktlich zurückzuzahlen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8448122.html>

Maßgebend ist die Stabilität (28.12.1998)

Von Martens, Heiko und Reiermann, Christian

Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer über den Abschied von der Mark, die Risiken des beginnenden Euro-Zeitalters und die Finanzpolitik der neuen Bonner Regierung

Nachfragestimulierung langfristig unwirksam, stabiles Geld entscheidend. „Tietmeyer: Es ist leichter zu sagen, was falsch ist. Zum Beispiel würden kurzfristige Nachfrageschübe den Arbeitsmarkt kaum dauerhaft entlasten. Notwendig ist eine Klärung der Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen. Wir brauchen mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen. Dazu gehört die Steuerpolitik ebenso wie die nachhaltige Finanzierung des Sozialstaates.“; „Tietmeyer: Die Zinsen sind bereits auf Rekordtief, insbesondere die längerfristigen. Der beste Beitrag für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist stabiles Geld. Jetzt kommt es darauf an, daß Politiker und Tarifpartner mit ihrem Verhalten unsere Stabilitätsbemühungen nicht unterlaufen, sondern darauf aufbauen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8455843.html>

BÖRSE: Harte Fakten und Gefühl (28.12.1998)

Von Bölke, Peter

Sparbuch und Bundesschatzbriefe haben ihren Reiz verloren: Die Deutschen entdecken die Aktie. Selbst Kurseinbrüche lösen keine Panik aus, die Kleinanleger haben ihre Lektion gelernt: Nicht nervös werden – wo Risiko ist, ist auch Chance.

Nützlicher Aktienmarkt, fehlerhafte Politik. „Deutschland braucht eine Investorenrevolution, eine auf die Aktie ausgerichtete Kulturrevolution“, sagt Werner Seifert, Chef der Deutschen Börsen AG. Dabei denkt Seifert nicht nur daran, dem Sparer eine rentable Geldanlage zu verschaffen, er meint vielmehr auch den Nutzen, den die Wirtschaft insgesamt erwarten kann, wenn die Deutschen ihr Geld mehr als bisher in Unternehmen investieren: „Eine gut entwickelte Aktienkultur schafft Beschäftigung und Wohlstand.“; „Seifert will seinen Teil zur Kulturrevolution beitragen. Er hat den Finanzplatz Deutschland im Kopf, wenn er den sekundenschnellen elektronischen Wertpapierhandel durchsetzt, wenn er mit den Börsen der Europäischen Union kooperiert und die Chancen für eine Allianz mit der New Yorker Nasdaq, dem Markt für Technologie- und Wachstumswerte, auslotet. Angesichts der ‚Entscheidungsschwäche des politischen Systems‘ komme dem Kapitalmarkt eine überragende Bedeutung zu. Das sei der entscheidende Hebel, mit dem ein Wachstums- und Beschäftigungsschub ausgelöst werden könne. Der Revolutionär Seifert blickt über den Atlantik, wenn er Vorbilder braucht. Mit der Aktie wird dort selbstverständlicher umgegangen als hierzulande, der Kapitalmarkt funktioniert besser, die Wirtschaft des Landes und seine Bürger profitieren davon. Mehr als 40 Prozent des Vermögens amerikanischer Haushalte sind in Aktien angelegt.“; „Mit Sicherheit hatte Börsenchef Seifert anderes im Sinn, als er forderte, den Finanzmarkt von steuerlichen Fesseln zu befreien. Das Ziel müsse sein: richtige Anreize statt falscher Lasten. Zum einen dürften die Sätze der Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht über denen vergleichbarer Länder liegen, wenn Deutschland Kapital anlocken wolle. Zum anderen müßten die Subventionen beseitigt werden, die Milliarden in die falsche Richtung lenken – statt in Aktien und Aktienfonds in Schiffsbeteiligungen und geschlossene Immobilienfonds. Doch bislang deutet nichts darauf hin, daß die Regierung Schröder revolutionäres Gedankengut pflegt. Die leichten Retuschen am Steuersystem werden die Börse kaum bewegen. Die deutschen Sparer werden sich aus anderen Gründen mehr und mehr auf Aktien verlassen. So manchen locken wahrscheinlich die Chancen, am Neuen Markt von kräftigen Kursanstiegen zu profitieren. Aber vor allem gewinnt die Aktie als langfristige Anlage eine größere Bedeutung: Sie wird ein wichtiges Stück Alterssicherung. Das bisherige Rentensystem, auf Solidarität der Generationen gegründet, ist am Ende, auch wenn die Politik es noch immer nicht wahrhaben will. Die Jüngeren, die jetzt für die Renten der Älteren zahlen, müssen für ihre eigene Alterssicherung etwas tun. Sie werden Geld in Aktien anlegen oder, nach amerikanischem Vorbild, in Pensionsfonds einzahlen.“; „Manche Kritiker sehen das anders. Die Aktienkultur, die sich hierzulande zu entwickeln beginnt, ist für sie kapitalistische Unkultur: Sie sehen einen Zusammenhang zwischen der hohen Zahl von Arbeitslosen und steigenden Börsenkursen. Doch darüber läßt sich streiten. Die Amerikaner haben mit weniger als fünf Prozent Arbeitslosen fast Vollbeschäftigung erreicht. Während der Aktienindex auf Rekordhöhe kletterte, wurden mehr Arbeitsplätze geschaffen als verloren gingen. Auch in Deutschland wird sich schwer belegen lassen, daß die Gier der Aktionäre zu vier Millionen Arbeitslosen geführt hat. Die Gründer des Softwarehauses SAP sind Milliardäre geworden, das Kapital der Aktionäre, die von Anfang an dabei waren, ist auf das 55fache gestiegen. Und gleichzeitig wurden Tausende neuer Jobs geschaffen. Es liegt wahrscheinlich mehr Moral in der Freiheit“, philosophiert Börsenchef Seifert, „als in einer durch Umverteilung erzwungenen Einkommensgleichheit.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8456043.html>

VI. „Spiegel“-Artikel von 2002 mit neoliberaler Botschaft

Aufbruch ins Ungewisse (29.12.2001)

Von Didzoleit, Winfried; Fleischhauer, Jan; Martens, Heiko; Schäfer, Ulrich; Schreiber, Sylvia

Die Deutschen fiebern dem Euro entgegen. Der Abschied von der Mark fällt leichter als erwartet, die Angst, sich eine Weichwährung einzuhandeln, scheint vergessen. Das größte ökonomische Experiment aller Zeiten kann beginnen – die Risiken bleiben.

Strukturreformen nötig (wenngleich kurzfristig die Konjunktur leidet). „Nach wie vor gilt: Der Euro kann dafür sorgen, dass Europas Ökonomie wettbewerbsfähiger wird. Dass die Regierungen endlich die nötigen Strukturreformen anpacken.“; „Will Deutschland dennoch das Dreiprozentlimit einhalten, müssen Hans Eichel und seine Kollegen in den Bundesländern in den kommenden Monaten entweder die Steuern und Abgaben erhöhen oder drastische Einsparungen vornehmen; beides würgt, zumindest kurzfristig, die Konjunktur weiter ab.“; „Zu groß sind die Unterschiede zwischen dem erstarrten Deutschland und dem dynamischen Irland, zu sehr differieren die Strukturen im armen Portugal und in den reichen Niederlanden.“; „Selbst die Mitglieder des ‚Club Med‘ zeigten zeitweise einen erstaunlichen Stabilitätswillen. Ausgeglichene Haushalte in Spanien? Vor fünf Jahren undenkbar, heute Realität. Drei Prozent Inflation in Griechenland? Früher unvorstellbar. Und so schien ein neues, wirtschaftspolitisches Denken in Europa Einzug zu halten – weniger Staat, mehr Markt.“; „Sparen für Europa? Nicht jetzt. Harte Reformen? Später. Vehement stemmt sich Kanzler Schröder gegen eine Lockerung der Arbeitsmarktregeln. Massiv blockieren der französische Premier Lionel Jospin und Präsident Jacques Chirac alle Versuche, den Energiemarkt zu liberalisieren. Und abgesehen von Deutschland trauen sich auch nur wenige Länder an eine Reform der Alterssicherungssysteme.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21086842.html>

BESCHÄFTIGUNG: An der Realität vorbei (29.12.2001)

Von Sauga, Michael

Eine geheime Studie der Bundesanstalt für Arbeit zeigt, weshalb 30 Prozent der Arbeitslosen gar keinen Job suchen. Behördenchef Jagoda steckt nun in der Klemme.

Sozialmissbrauch. „Insgesamt, so ermittelten die Forscher, wollen somit fast 30 Prozent aller Erwerbslosen gar nicht ernsthaft vermittelt werden. Kein Wunder: Vielen der knapp 1,1 Millionen Schein-Arbeitslosen geht es glänzend. Wer die Zeit bis zum nächsten Job überbrückt, kann im Durchschnitt auf einen monatlichen Nettoverdienst von über 3400 Mark zählen, ermittelte Infas. Wer auf die Rente wartet, wohnt zumeist in den eigenen vier Wänden und hat häufig zusätzliche Kapitaleinkünfte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21086860.html>

WÄHRUNG: Flucht aus der Mark (07.01.2002)

Von Kerbusk, Klaus-Peter; Mahler, Armin; Schäfer, Ulrich; Schlamp, Hans-Jürgen

Die größte Währungsumstellung aller Zeiten verlief weitgehend reibungslos – und mit einigen Überraschungen: Die Preise sanken, der Euro-Kurs stieg. Ob die neue Währung langfristig erfolgreich sein wird, hängt vom Willen und von der Disziplin der europäischen Politiker ab

Überregulierung. „Die Kunden waren zufrieden, die Konkurrenz schäumte – und es kam, wie es im überregulierten Deutschland kommen musste: Ein Gericht stoppte die verbraucherfreundliche Aktion per einstweiliger Verfügung.“; „Die eigentliche Bewährungsprobe für die gemeinsame europäische Währung steht jedenfalls noch aus. Ob die neue Währung langfristig wirklich ein Erfolg wird, hängt vom Willen und der Disziplin der europäischen Politiker ab: Sie müssen

– ihre Haushalte sanieren, damit das Vertrauen in den Euro nicht schwindet;

– verkrustete Strukturen aufsprengen, damit Europas Wirtschaft eigene Kräfte entfaltet und weniger am Wohl der US-Ökonomie hängt;“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21133583.html>

ARBEITSMARKT: Geschicktes Plagiat (28.01.2002)

Von Sauga, Michael

Lohnzuschüsse und einfachere Regeln für Billigjobs: CSU-Chef Edmund Stoiber will Hunderttausende neue Stellen schaffen – genau wie die Grünen.

Lohnnebenkosten, fehlende Arbeitsanreize. „Das Problem ist altbekannt. Weil die Sozialbeiträge in Deutschland zu hoch und die Steuervorschriften zu kompliziert sind, lohnt es sich derzeit kaum, eine niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen.“; „Experten sind zudem überzeugt: Erfolg haben Lohnzuschüsse nur, wenn Arbeitslosen zugleich mehr Druck gemacht wird, angebotene Stellen auch anzunehmen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21303937.html>

BESCHÄFTIGUNG: Die deutsche Krankheit (04.02.2002)**Von Niemann, Sonja; Sauga, Michael; Schlegel, Christoph****Die Zahl der Arbeitslosen steigt und steigt – und die schwache Konjunktur ist nur eine der Ursachen: Gewerkschaften mauern. Die rot-grüne Regierung verhindert mit immer mehr Gesetzen, dass neue Jobs entstehen. Der Arbeitsmarkt funktioniert nicht mehr.**

Überregulierung. „Was Experten kaum für möglich hielten, des Kanzlers liebster Sozialingenieur schaffte es: Der ohnehin schon bürokratische und unbewegliche Job-Sektor wurde – Riester sei Dank – noch bürokratischer und unbeweglicher.“; „Hoffnungslos hat sich die Regierung in ihrer eigenen Arbeitsmarktpolitik verheddert. In dem Versuch, vermeintlichen Missständen mit immer neuen Regeln beizukommen, schafft sie ständig neue Ungerechtigkeiten, die ihrerseits nun dringend neuer Regeln bedürfen – und damit vermutlich neue Ungerechtigkeiten erzeugen. Unter Rot-Grün hat sich damit eine Entwicklung noch beschleunigt, die diverse Regierungen in Bonn und Berlin bereits vor über einem Vierteljahrhundert angestoßen hatten: Mit immer neuen Gesetzen, Vorschriften und Auflagen verwandelten sie den deutschen Arbeitsmarkt in ein weltweit belächeltes Lehrbeispiel für Bürokratie und Erstarrung.“; „Von ‚Verkrustungen‘ spricht die EU-Kommission in einem Gutachten, über eine ‚hohe Regulierungsintensität‘ klagen die Wissenschaftler im Bündnis für Arbeit.“; „Ökonomen bezeichnen das Leiden als ‚deutsche Krankheit‘ oder technisch: als ‚hohe Beschäftigungsschwelle‘. Gemeint ist damit: Deutschland braucht mehr Wirtschaftswachstum als andere Länder, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.“; „Woran das liegt, darüber sind sich die Experten weitgehend einig. Kaum ein anderes Land belastet seine Arbeitsplätze mit so hohen Steuern und Abgaben, kaum ein anderes Land hält seine Unternehmen mit so vielen Vorschriften, Auflagen und Verboten davon ab, zusätzliches Personal einzustellen. Deutschland sei ‚überreguliert‘, klagen Ökonomen und meinen damit:

- ein Arbeitsrecht, das den Unternehmen zu wenig Möglichkeiten gibt, ihre Personalstärke an die wirtschaftliche Lage anzupassen;
- Berufsregeln wie die Handwerksordnung, die mit ihren Vorschriften die Beschäftigung ganzer Branchen drosselt;
- eine Flut staatlicher Auflagen, die vor allem kleinen und mittleren Firmen hohe Kosten aufnötigt.

Die Regelungswut der Bürokraten hat dabei nur in einem Bereich für das lang ersehnte Job-Wunder gesorgt: in Behörden und Anwaltskanzleien. Der Mittelstand hingegen, der in Deutschland mit 60 Prozent die meisten Menschen beschäftigt, wird systematisch drangsaliert. Im vergangenen Jahr erreichte die Zahl der Firmenpleiten ein neues Rekordniveau. Von A wie Arbeitsstättenverordnung bis Z wie Zeitarbeitsgesetz reicht der Katalog der Regeln und Richtlinien, vom Umfang der juristischen Folgeliteratur gar nicht zu reden. Allein der einschlägige Kommentar zum Kündigungsschutzgesetz umfasst 3300 Seiten und wiegt fast zweieinhalb Kilogramm. Zu größerer Rechtssicherheit hat das nicht beigetragen. So unüberschaubar ist mittlerweile das Dickicht der Gesetze und Grundsatzurteile, dass selbst Experten nicht mehr vorhersagen können, wie Arbeitsgerichtsverfahren – knapp 600 000 im Jahr – enden.“; „Es war keine Panne. Es war Methode. Unbürokratisch und flexibel Stellen zu schaffen – in Deutschland steht das unter Generalverdacht. Nicht erst seit Walter Riester und seinem ungestillten Regelungsdrang. Prinzipien waren deutschen Bürokraten schon immer wichtig. Wichtiger als Jobs. Da mag eine Firma ruhig Pleite gehen – Hauptsache, die Arbeitsverträge werden eingehalten. Dafür sorgen schon die Gerichte. Grundsatz ist schließlich Grundsatz. Soll man etwa einem Betrieb erlauben, das seit Jahren gezahlte Urlaubsgeld zu kürzen, nur weil der Umsatz plötzlich einbricht? Geht nicht, sagen die Gerichte; ist die Prämie einmal zur Gewohnheit geworden, muss sie weiter gezahlt werden.“; „Dabei sind in kaum einem anderen Land bei Kündigungen so viele formale Vorschriften zu beachten wie in Deutschland.“; „Während die Personalabteilungen großer Konzerne auch noch die letzten Urteile zum ‚Beschäftigungsförderergesetz‘ griffbereit im Archiv haben und Abfindungen aus gut gefüllten Entlassungskassen begleichen, treibt die Schutzwut manchen Handwerksbetrieb in den Ruin.“; „Nach diesem Muster haben Politiker und Richter die Vorschriftenspirale immer höher geschraubt, nicht ahnend, dass sie in ihrem Ordnungswahn manche Beschäftigtengruppen mittlerweile mehr vor der Arbeit schützen als vor ihren Arbeitgebern. Gleichzeitig drangsaliert der Staat die Unternehmen mit ständig neuen Regeln, Vorschriften und Auflagen, die vor allem für Kleinbetriebe zur Existenzbedrohung werden können. Mehr als 30 Milliarden Euro kostet es Deutschlands Unternehmer jedes Jahr, im Staatsauftrag die Lohnsteuer einzuziehen, Statistiken zu führen oder Brandschutzseminare zu besuchen, ergab eine Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer.“; „Der Irrsinn hat Folgen. Der Bürokratie-Overkill schmälert nicht nur den Gewinn der Firmen, er kostet Jobs.“; „Der strikte Meisterzwang, den es in Europa sonst nur noch in Luxemburg gibt, wirkt als erstklassige Bremse für Selbständigkeit und Beschäftigung.“; „Experten fordern schon seit Jahren, dass diese arbeitsplatzschädlichen Regeln endlich verschwinden sollten. Vergeblich.“; „Wer als Politiker fordert, den Kündigungsschutz oder die Leiharbeitsregeln zu lockern, kann sich gleich die Wortfolge ‚soziale Kälte‘ auf die Stirn tätowieren lassen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21362826.html>

REGIERUNG: Die Maastricht-Falle (09.02.2002)**Von Beste, Ralf; Didzoleit, Winfried; Reiermann, Christian; Schäfer, Ulrich****Gerhard Schröder versucht, gegen Mahnungen und neue Richtlinien aus Brüssel anzutrotzen, doch dadurch legt der Wahlkämpfer im Kanzleramt nur umso schmerzlicher die Versäumnisse seiner Koalition bloß. Selbst wenn es ihm gelingt, den blauen Brief zu blockieren, wird die Rüge der EU-Kommission drastisch ausfallen.**

Starrer Arbeitsmarkt. „Trotz aller Ankündigungen ist es dem Kanzler zudem nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit zu

senken. Wegen der Konjunkturkrise und des starren Arbeitsmarkts muss die Regierung zusätzliche Milliarden für die Arbeitslosenunterstützung aufbringen.“; „Konkrete Ansätze sehen die Verfasser des Papiers ‚besonders auf dem Arbeitsmarkt, bei den Sozialversicherungen und den Transfersystemen‘, genau dort also, wo Rot-Grün die Reformen versäumt hat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21411058.html>

BESCHÄFTIGUNG: Schwer vermittelbar (09.02.2002) ■

Von Jung, Alexander und Sauga, Michael

Weil die Arbeitsämter seit Jahren ihre Bilanzen schönen, steht ihr Chef Jagoda unter Druck. Experten fordern grundlegende Reformen des Apparats, der sich vor allem selbst verwaltet.

Bürokratie. „Bei der Bundesanstalt selbst ist die Neigung zu solch tief greifenden Reformen gering. Am vergangenen Mittwoch beriet der Vorstand der Behörde den Prüfbericht. Wichtigstes Ergebnis: Jagoda bleibt vorerst im Amt, zumindest so lange, bis weitere Arbeitsämter vom Rechnungshof überprüft worden sind. Immerhin ist da für eine Menge Arbeit gesorgt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21411063.html>

KONZERNE: Schutzpatron der Monopole (09.02.2002) ■

Von Dohmen, Frank und Reiermann, Christian

Auf den wichtigsten Wachstumsmärkten bremst der Bundeswirtschaftsminister den Wettbewerb. Für die Verbraucher steigen die Preise, Investitionen bleiben aus.

Staatsmonopole bremsen Wachstum. „Doch der ehemalige Manager zeigt kein allzu großes Interesse daran, diese Märkte zu Wachstumsmotoren der deutschen Volkswirtschaft zu machen – im Gegenteil. Anders als seine liberalen Vorgänger unternimmt Müller wenig bis gar nichts, um Monopolbereiche aufzubrechen und für den Wettbewerb zu öffnen. Die Bilanz seiner dreieinhalbjährigen Amtszeit ist trübe.

- Die mit großem Enthusiasmus angekündigte Freigabe des Gasmarkts stockt.
- Mehr Wettbewerb um Haushaltskunden bei Strom und Wasser? Fehlanzeige.
- Öffnung des Briefmarkts für die Konkurrenz? Um fünf Jahre verschoben.
- Selbst den zu Beginn seiner Amtszeit funktionierenden Wettbewerb auf dem Telefonmarkt hat Müller inzwischen bis zur Unkenntlichkeit verwischt.

Die Nutznießer sind immer dieselben: große Staatsbetriebe wie Post und Telekom oder Gebietsmonopolisten wie RWE und E.on, bei denen Müller sein Handwerk erlernte. Dieser Tage wird E.on bei ihm eine Ministererlaubnis beantragen, die Ruhrgas-Mehrheit zu übernehmen. Vorher hatte das Kartellamt abgelehnt. Macht aber nichts, E.on-Chef Ulrich Hartmann glaubt sich bei Müller ohnehin besser verstanden. In ihrem Kampf, Wettbewerb auf den eigenen Märkten zu verhindern, Konkurrenten abzublocken und sich Privilegien des Staats und der Aufsichtsbehörden zu sichern, haben die Multis in dem Minister einen zuverlässigen Verbündeten gefunden.“; „Wie im Lehrbuch illustriert die Entwicklung auf dem Telekommunikationsmarkt, welche Vorteile mehr Wettbewerb für eine Volkswirtschaft bringen. Im liberalisierten Bereich entstehen Tausende neuer Jobs.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21411094.html>

REFORMEN: Grausamer Kraftakt (18.02.2002) ■ ■

Von Fröhlingsdorf, Michael; Jung, Alexander; Schäfer, Ulrich; Schmid, Barbara; Steingart, Gabor

Nach Hans Eichels Brüsseler Versprechen, die Schuldenmacherei innerhalb von 24 Monaten auf null zu bringen, steht der Bundesrepublik womöglich eine Reformoffensive mit harten Einschnitten bevor. Die unionsgeführten Länder laufen Sturm. Und der Kanzler? Zaudert noch.

Der Reformstau, der schon vor der letzten Wahl für Negativschlagzeilen sorgte, nimmt dramatische Formen an. Ein neuer Aufbruch müsste in allen Bereichen beginnen, denn:

- Eine Sanierung der Staatsfinanzen ist untrennbar mit dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit verbunden: Eine Situation, in der jeder Zehnte, der arbeiten will, nicht arbeiten kann, ist schon aus finanziellen Gründen untragbar.
- Auch ein Sozialstaat, der mit seinen hohen Lohnzusatzkosten Millionen in die Schwarzarbeit treibt, der simple Arbeit so hoch belastet, dass es sich für viele nicht lohnt, einen Job anzunehmen, zerstört seine eigenen Fundamente.
- Die Bürokratie, eine Arbeitsverwaltung, in der 80 000 Mitarbeiter sich nur noch verwalten und nur jeder Zehnte einen Arbeitssuchenden vermittelt (siehe Seite 78) – all dies steht zur Disposition.
- Ein Staat, der seine Probleme seit Jahrzehnten nur mit Steuererhöhungen und Schulden löst, stößt an seine Grenzen. Die Pro-Kopf-Verschuldung, die 1960 noch 482 Euro betrug und heute schon 14 714 Euro ausmacht, ist nach den Brüsseler Versprechen kaum steigerbar.

Weiteres Nichtstun, das weiß auch der Kanzler, würde das schwächelnde Wirtschaftswachstum weiter drosseln. Schröder müsste endlich tun, was er schon 1998 in seiner Regierungserklärung versprochen hat: ‚Ökonomische Leistungsfähigkeit ist der Anfang von allem. Wir müssen Staat und Wirtschaft modernisieren.‘ Der Widerstand ist enorm.“; „Den Staatsschulden tat diese Philosophie gut: Als Erhard 1966 abdankte, betrogen die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen gerade einmal 90 Milliarden Mark. Doch in den siebziger Jahren geriet Erhards

Marktdenken in Vergessenheit. Das Soziale rückte in den Vordergrund. Es war die SPD, die mit dieser neuen Politik die Macht eroberte. Und mit ihr Willy Brandts Vision von ‚compassion‘, von einer mitfühlenden Politik, die vieles versprach: mehr Erziehungsgeld, mehr Sozialhilfe, mehr Renten, mehr Studienplätze, mehr Wachstum. Im Ergebnis hieß das erst unter Brandt, ab 1974 dann unter seinem Nachfolger Helmut Schmidt aber auch: mehr Staat. So wuchs der Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden allein zwischen 1973 und 1979 um 150 Prozent. Der Regierungswechsel im Jahr 1982 brachte keine wirkliche Umkehr.“; „Vielleicht wäre die historische Zäsur des Mauerfalls eine Gelegenheit zur Umkehr gewesen. Ein Moment, um die wachsenden Ansprüche an den Staat zu überdenken. Doch alle Verantwortlichen winkten ab.“; „Der Sparkurs der rot-grünen Regierung hat daran wenig geändert. Denn Schröder hatte mittendrin der Mut verlassen.“ „Nötig ist nach Meinung vieler Experten vor allem ein Fünf-Punkte-Programm:

- Deutschland braucht eine Budgetpolitik, die weniger Geld für den Verwaltungsapparat ausgibt – und mehr für Zukunftsinvestitionen.
- Die Subventionsmentalität muss gebrochen werden. Schrumpfende Branchen wie der Bergbau, aber auch Konzerne, die Milliarden verdienen, sollten mit weniger Staatshilfe auskommen.
- Das Gesundheitswesen, derzeit größter Einheber bei den Lohnzusatzkosten, muss effizienter werden. Es ist auf Dauer in seiner heutigen Struktur unbezahlbar.
- Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssen reformiert und durch Sanktionen für hartnäckig Arbeitsunwillige ergänzt werden.
- Eine Reform der Finanzverfassung muss dafür sorgen, dass jeder im Staat, sei es Bund, Land oder Kommune, für mangelnde Ausgabendisziplin haftet. Dass sich solch ein Umbruch bewerkstelligen lässt, haben sozialdemokratische Regierungen in ganz Europa vorgemacht.“

www.spiegel.de/spiegel/print/d-21484195.html

ARBEITSÄMTER: Der Beton lebt (18.02.2002)

Von Dettmer, Markus und Hammerstein, Konstantin von

Der Skandal um die falschen Vermittlungsstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit bleibt vorerst ohne personelle Konsequenzen. Präsident Bernhard Jagoda darf zunächst im Amt bleiben. Für die Regierung ist es jetzt noch schwerer, den Moloch in Nürnberg umzubauen.

Wohlfahrtsstaat als Kartell, Machtmissbrauch. „War der Neue-Heimat-Skandal auf die Gewerkschaften begrenzt, so trifft die Affäre um die geschönten Vermittlungszahlen der Arbeitsämter den Nerv des deutschen Wohlfahrtsstaats. Dessen wichtigste Institutionen werden von einem Kartell aus Funktionären von Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Verbänden und Ministerien beherrscht – sich selbst verwaltend, ohne ausreichende politische Kontrolle, jenseits des Wettbewerbs von Angebot und Nachfrage. Gegen Reformen hat sich dieses Kartell meist erfolgreich gewehrt, denn es geht um politische und wirtschaftliche Macht. Längst ist die öffentliche Wohlfahrt ein riesiges Geschäft, in das jährlich 600 Milliarden Euro fließen und das 1,5 Millionen Menschen mit Arbeit versorgt.“; „Reformen sind bisher nahezu unmöglich, weil sich mit Arbeitslosigkeit viel Geld verdienen lässt.“; „Das ist der Grundstoff, aus dem der Beton für das Bollwerk Bundesanstalt für Arbeit gemischt ist. Jeder Einschnitt, jede Reform, das ist dem Sozialkartell klar, bedeutet den Verlust von Macht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21484373.html>

ARBEITSMARKT: Reformen aus Not (25.02.2002)

Von Dettmer, Markus; Hammerstein, Konstantin von; Jung, Alexander

Der Kanzler will den Skandal um die geschönten Vermittlungszahlen der Bundesanstalt für Arbeit in einen Erfolg der Regierung verwandeln. Arbeitsminister Walter Riester soll die Krise nutzen, um Deutschlands größte Behörde radikal umzubauen.

Ineffiziente Arbeitsverwaltung. „Der Moloch in Nürnberg gilt als notorisch reformresistent, verkrustet und ineffizient.“; „Die riesige Behörde in Nürnberg, die in diesem Jahr 54 Milliarden Euro verwaltet, wird von einem Vorstand beaufsichtigt, in dem sich Gewerkschaften und Arbeitgeber mit schöner Regelmäßigkeit gegenseitig blockieren. An der Spitze steht ein Präsident, der nur gefeuert werden kann, wenn er gegen Recht und Gesetz verstößt. Unter ihm sind 90 000 Mitarbeiter vor allem damit beschäftigt, die Arbeitslosen und sich selbst zu verwalten. Oder sie erledigen Aufgaben, die mit vielem zu tun haben mögen, nur nicht mit ihrem wichtigsten Auftrag: Arbeitslosen einen neuen Job zu vermitteln.“; „Lange schon scheint die Anstalt außer Kontrolle geraten zu sein. Das System der Selbstverwaltung, in dem Arbeitgeber, Gewerkschafter und Staat die Behörde kontrollieren sollen, ist zum Inbegriff der organisierten Verantwortungslosigkeit geworden.“; „Niemand hat sich bisher getraut, dieses Kartell in Frage zu stellen.“; „Die Gegner jedweder Reformen dagegen waren auf allen Kanälen zu vernehmen – vorneweg die DGB-Sirene Ursula Engelen-Kefer.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21541903.html>

Voll am Markt vorbei (25.02.2002)

Von Fröhlingsdorf, Michael

Arbeitslosen-Kurse sind ein Milliardengeschäft, aber für Jobsuchende oft nur verlorene Zeit.

Ineffiziente Arbeitsverwaltung, fehlender Wettbewerb. „Der Markt der Bildungsträger ist unübersichtlich, Wettbewerb findet kaum statt.“; „Das sind kleine Götter in den Arbeitsämtern“, klagt Joachim Aust, bis 1999 Chef eines Weiterbildungsträgers in Thüringen. Immer wieder habe er sich darüber gewundert, dass Konkurrenten Kurse zu höheren Stundensätzen genehmigt wurden als ihm selbst. Viele Angebote seien dabei ‚voll am Markt vorbei‘ gegangen.“; „Unterstützung bekommen die Kritiker aus der Wissenschaft. Schon im Jahr 2000 hat das Bundesfinanzministerium drei Expertisen über die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgestellt; das Urteil war vernichtend.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21541915.html>

ARMUT: Letzte Ausfahrt Billbrook (04.03.2002)

Von Steingart, Gabor

Versteckt in einem Industriegebiet, unterhält Hamburg, Deutschlands reichste Stadt, eine Art Endlager für die Verlierer der Wohlstandsgesellschaft. Unter staatlicher Aufsicht leben dort Verwahrloste, Verwirrte, Flüchtlinge – und manchmal lässt man sie auch sterben.

Versagen der Sozialbürokratie. „Der Unterkunftsleiter, der rechtzeitig vor Prozesstermin auf einen Posten außerhalb der Siedlung abgeschoben wurde, berichtet immer wieder vom internen Kompetenzgerangel. Aber was ihm damals am meisten zu schaffen machte, war die Frage, ob ‚man mir ein Problem machen könnte, wenn ich den Notarzt rufe‘. Dass er dauernd nur Vermerke schrieb, anstatt endlich zum Telefonhörer zu greifen, kann er auch erklären: ‚Ich bin groß geworden mit Vermerkeschreiben.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21608712.html>

KULTURPOLITIK: Sisyphos in Weimar (04.03.2002)

Von Kronsbein, Joachim

In vielen deutschen Städten fehlt das Geld für die Theater. Während in Berlin wieder heftig über Schließungen gestritten wird, probt in Thüringen ein Intendant den Aufstand: Er will aus den unflexiblen Tarifverträgen mit den Gewerkschaften aussteigen.

Hinderliche Tarifverträge. „Da wirkt es wie ein kühner Befreiungsschlag, ‚geboren aus Not‘ (‚Frankfurter Allgemeine‘), wenn nun ein Theaterleiter im Alleingang – halb Sisyphos, halb Herkules – das System aushebeln will. Stephan Märki, Generalintendant des Deutschen Nationaltheaters Weimar, spricht denn auch nicht von einem Plan, sondern gleich von einer ‚Vision‘. Gelingen kann der Ausbruch aus der Tarif-Falle allerdings nur, wenn die Angestellten seines Hauses aus der Gewerkschaft austreten und sich von Betriebs- oder Personalrat vertreten lassen. Lohnverzicht in Krisenzeiten nicht ausgeschlossen. Märki zürnt über Verordnungen, die ganz genau regeln, welche Angestelltengruppe welche Tätigkeit in welchem Zeitraum wie lange ausüben darf – etwa über die starren Schicht-Regelungen für Bühnenarbeiter, die vorsehen, dass unter Umständen vier Männer für vier Stunden anrücken müssen, um die Arbeit zu tun, die einer in einer halben Stunde erledigen könnte. Durch Betriebsvereinbarungen will er seinen Apparat verschlanken und erreichen, dass nicht mehr wie bisher ‚der Schreiner, der einen Stuhl gebaut hat, ihn nicht auch auf die Bühne tragen darf‘, weil Tarifverträge dies verhindern.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21608768.html>

REFORMEN: Blanke Nerven (11.03.2002)

Von Knaup, Horand und Sauga, Michael

Zum Auftakt des Wahlkampfs umwirbt Kanzler Schröder die neue Mitte mit Reformplänen für den Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaften gehen auf Blockadekurs.

Gewerkschaften als Blockierer. „Die Kollegen von IG Metall & Co. reagieren auf jeden Ansatz einer Reform mit störrischer Blockade.“; „So drohen die Gewerkschaften für den Kanzler zu einem der größten Risikofaktoren im Wahljahr zu werden. Schlimm genug, dass sie seine Reformstrategien in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik blockieren. Schröder muss auch fürchten, dass sie bei der anstehenden Tarifrunde die Republik in einen Großkonflikt stürzen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21662456.html>

KONJUNKTUR: War's das schon? (11.03.2002)

Von Fleischhauer, Jan und Jung, Alexander

In den USA scheint die Rezession überstanden. Auch in Deutschland soll es wieder aufwärts gehen – doch ohne viel Schwung.

Strukturprobleme, vor allem Abgaben. „Am Ende sind es also wieder die alten Strukturprobleme, die eine kräftige Erholung verhindern. Solange die nicht gelöst sind, könne Deutschland keine Dynamik entwickeln, sagt Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung: ‚Wachstumsmäßig werden wir das Schlusslicht bleiben.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21662491.html>

PLEITEN: Ein Exempel für Schröder (25.03.2002)**Von Reuter, Wolfgang****Neben den Mitarbeitern hat das Holzmann-Debakel drei Verlierer: Gerhard Schröder, den EU-Wettbewerbskommissar und die Deutsche Bank. Einziger Gewinner: die Marktwirtschaft.**

„Bislang ist Holzmann ein Einzelfall. Aber eben auch ein Exempel dafür, dass staatliche Interventionen oft unsinnig sind – volks- wie auch betriebswirtschaftlich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21856274.html>

FRANKREICH: Treue Soldatin der Revolution (25.03.2002)**Von Leick, Romain****Als Pasionaria der Armen lehrt die Trotzkin Arlette Laguiller bei der Präsidentenwahl Sozialisten und Kommunisten das Fürchten.**

Ironische Darstellung sozialistischer Programmatik. „Zum Abschluss singt sie die Internationale, und ihr Programm ist von umwerfender Schlichtheit. Erster Punkt ihres Glaubensbekenntnisses: Unternehmen, die Gewinne machen, dürfen niemanden entlassen. Zweitens: Wenn Unternehmen keine Gewinne mehr machen, dürfen sie auch niemanden entlassen, außer den Spitzenmanagern, denn die haben versagt. Drittens: Um die Verluste zu decken, müssen Aktionäre und Gesellschafter zuvor entnommene Gewinne zurückerstatten. Um das kontrollieren zu können, sollen das Geschäfts- und das Bankgeheimnis aufgehoben werden. Viertens: Wenn nichts mehr hilft, beschlagnahmt der Staat das Unternehmen. Alles klar? Die Zuhörer auf ihren Kundgebungen, und sie füllt fast täglich die Säle mühelos, finden es jedenfalls einleuchtend.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21856371.html>

ARBEITSMARKT: Druck auf Drückeberger (30.03.2002) ■■**Von Sauga, Michael****Ein geheimes SPD-Papier enthüllt, was die Regierung offiziell noch dementiert: Die rot-grüne Koalition will nach der Wahl die Arbeitslosenhilfe weitgehend abschaffen.**

„Mit der Reform würde nicht nur das Millionenheer der Dauerarbeitslosen wieder größere Chancen auf einen Job bekommen. Das Vorhaben soll auch das unübersichtliche Sozialrecht vereinfachen und das sinnlose Gegeneinander verschiedener Bürokratien beenden. Klar ist auch: Wird das Konzept umgesetzt, müssen viele Arbeitslose mit empfindlichen Kürzungen rechnen.“; „Dass die Regierung das Projekt ernsthaft angeht, halten die meisten Experten für überfällig. Schon lange gilt ihnen das kostentreibende Nebeneinander zweier Fürsorgesysteme, die für eine weitgehend identische Zielgruppe zuständig sind, als eine der größten Absurditäten des deutschen Wohlfahrtsstaats.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21963842.html>

WIRTSCHAFTSPOLITIK: Stück für Stück nach links (15.04.2002) ■**Von Neukirch, Ralf; Neumann, Conny; Schäfer, Ulrich****Die Kirch-Pleite beschädigt das Macher-Image von Edmund Stoiber. Bewusst geht der CSU-Chef deshalb auf Distanz zu den Bossen – und umgarnt mit populistischen Sprüchen die Gewerkschaften. Das Reformprogramm des Herausforderers verliert dadurch immer mehr an Kontur.**

Linke Positionierung als Schwäche. „Er will verändern – aber eben nicht verschrecken. Und so verliert sein Reformkurs immer mehr an Kontur, verschwindet, wie das ‚Handelsblatt‘ bemerkt, ‚im sozialpopulistischen Wortnebel‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22078336.html>

WACHSTUM: Ein Drittel Schröder (15.04.2002)**Von Reiermann, Christian****Wer ist verantwortlich dafür, dass die deutsche Wirtschaft zum Schlusslicht Europas abrutschte? Die Wiedervereinigung? Eine schlechte Politik? Beides.**

Strukturelle Probleme (Bedeutung relativiert, aber als Tatsache dargestellt). „Strukturelle Probleme, wie zum Beispiel der starre Arbeitsmarkt oder ein undurchsichtiges Steuersystem, vor allem von deutschen Wissenschaftlern immer wieder beklagt, fallen weniger ins Gewicht als bisher angenommen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22078343.html>

WAHLPROGRAMME: Auf dem Hochseil (22.04.2002) ■**Von Knaup, Horand; Neubacher, Alexander; Neukirch, Ralf****Fünf Monate vor der Bundestagswahl wollen SPD und Union mit ihren Konzepten den politischen Wettstreit auf Touren bringen. Aus Angst vor dem Wähler vernebeln beide den Reformbedarf. Konfliktstoff steckt vor allem in der Gesundheitspolitik.**

Politik drückt sich vor Reformpolitik und verteilt Geschenke. „Um den Wähler nicht zu verschrecken, wurde dabei immer wieder geschönt, geglättet, abgemildert.“; „Herausgekommen sind zwei Papiere, die dem Patienten Deutschland eine Heilung ohne Schmerzen versprechen. Die Nebenwirkungen stehen im Kleingedruckten.“; „Fröhlich verteilt der

Kandidat großzügige Wohltaten: Mehrere Milliarden für die Familien und für die Bundeswehr, zusätzliches Geld für Eigenheimbesitzer und einen schnelleren Ausbau von Straßen und Schiene. Offenbar kamen selbst der Unionsspitze Zweifel, ob so viel Generosität allein durch den angekündigten ‚Stoiber-Aufschwung‘ finanziert werden kann.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22150995.html>

WIRTSCHAFTSPOLITIK: Prinzip Hoffnung (22.04.2002) ■ ■

Von Reiermann, Christian und Schäfer, Ulrich

Der Aufschwung in Amerika schwingt an Deutschland vorbei. Von Aufbruchstimmung keine Spur, und jetzt droht auch noch ein Streik das Land zu lähmen. Sicher ist schon jetzt: Auch nach dem Ende der Rezession wird die Bundesrepublik Schlusslicht in Europa bleiben.

Politiker verweigern Reformen. „Doch der Wille, durch eigenes Zutun für einen selbsttragenden Aufschwung zu sorgen, ist im Wahlkampf eher gering ausgeprägt. Einschnitte in die Wucherungen des Sozialsystems, ein Abbau der Subventionen, eine Lockerung des veralteten Tarifrechts – das kostet Stimmen. Deshalb zuckt der Kanzler, deshalb zögert auch sein Herausforderer.“; „Als Reform- und Wachstumsbremse könnte sich aber auch der Wahlkampf selbst erweisen. Bis zum 22. September packt die Regierung nichts an. Und auch für die Zeit danach ist Besserung kaum in Sicht – jedenfalls, wenn es nach den Aussagen in den Wahlprogrammen geht.“; „So findet sich im Programm der SPD kein wirklich neuer Gedanke dazu, wie die Partei den Arbeitsmarkt fit machen will, damit Firmen und Jobsuchende besser zueinander finden.“; „Auch die Union kann sich in ihrem Programm nicht wirklich zu einem Befreiungsschlag durchringen. Die mutigen Steuerkonzepte, mit denen Kanzlerkandidat Stoiber noch vor seiner Berufung durchs Land zog, sind Makulatur, die radikalen Pläne, im bayerischen Finanzministerium durchgerechnet, wurden nach und nach eingemottet.“; „Die Kanten sind abgeschliffen, Stoibers Union schlägt einen Spitzensteuersatz von unter 40 Prozent vor. Das sind, man höre und staune, immerhin gut 2 Prozent weniger, als die rot-grüne Regierung bereits beschlossen hat.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22151031.html>

DIE ZYNISMUS-FALLE (29.04.2002) ■ ■ ■ ■

Arbeit für alle – keine Illusion? Der Abbau der Arbeitslosigkeit gilt, wie die Programme von SPD und Union suggerieren, als Top-Thema der Bundestagswahlkampagne – aber die Parteien scheuen die dazu nötigen Voraussetzungen. Das befürchtet Ulrich Pfeiffer, 62, während der Regierung Willy Brandts in mehreren Ministerien Leiter der jeweiligen Planungsstäbe, Ghostwriter von Karl Schiller und heute Chef eines Unternehmens für Wirtschaftsforschung in Bonn und Berlin. Der Autor skizziert – auch als Antwort auf einen SPIEGEL-Essay von Peter Glotz, der die hohe Arbeitslosenquote für unvermeidlich hält – radikale Reformschritte, die aus seiner Sicht eine neue Vollbeschäftigung ermöglichen.

Realitätsverweigerung der Politik, Überregulierung verhindert Beschäftigung Geringqualifizierter, Bildungssystem lähmt die Antriebskräfte junger Menschen, „Geburtenstreik“ bremst Wirtschaftsentwicklung. „Diese zynische Position ist nicht tolerierbar, denn gerade der Wahlkampf 2002 dürfte gleich aus mehreren Gründen fast die letzte Chance in unserem politischen Slow-Motion-Country bieten, den ererbten Problemstau aufzulösen.“; „Glotz verdrängt die uralte ökonomische Wahrheit: ‚Economies change but not Economics‘ – die innere Logik erfolgreichen Wirtschaftens bleibt unverändert, nur die historischen Umstände des Wirtschaftens wandeln sich.“; „Die deutsche Arbeitslosigkeit ist Folge des Versagens einer risikoscheuen Allparteiendemokratie im Bundesrat, die ständig demonstriert: Was wirksam wäre, findet keinen Konsens – was Konsens findet, wirkt nicht. In einer Realitätsverweigerung wurden Fehlentwicklungen verdrängt oder wichtige Maßnahmen unterlassen. Seit den achtziger Jahren steigt die Arbeitslosigkeit der niedrig Qualifizierten.“; „Aus einer arbeitsmarktorientierten Zuwanderung der sechziger und zum Teil auch der siebziger Jahre wurde eine Sozialstaats-Zuwanderung in die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit und in die Unterausbildung.“; „Relative Preise steuern die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik musste deshalb ständig steigen, weil Gewerkschaften und Politik – an dieser wirtschaftlichen Grundregel vorbei – einfache Arbeit durch überhöhte Lohnsteigerungen und ständig steigende Abgaben aus vielen Märkten hinausgesteuert und hinausreguliert haben. Deutsche Prüfungen, deutsche Berufsbilder, deutsche Gewerbezulassungen und andere Berechtigungsscheine machen es Ausländern und niedrig qualifizierten Deutschen äußerst schwer bis unmöglich, auf den Märkten der einfachen Dienste ausreichende Nachfrage zu finden oder sich als Selbständige durchzusetzen. Bis zum Überdruß wurde darauf verwiesen, dass sich vor allem Sozialhilfeempfänger in Großstädten mit hohen Mieten oft nicht besser stehen, wenn sie einfache Arbeit annehmen. Das gilt erst recht, wenn sie durch Schwarzarbeit ein Zusatzeinkommen verdienen. Über den Kombilohn wird seit langem mit unwirksamen Mini-Ergebnissen diskutiert. Hier sind ins Gewicht fallende Resultate (eine Million zusätzliche Beschäftigte) erzielbar.“; „Unter den Bedingungen der Bundesrepublik sollten vorher die Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe für Erwerbspersonen verschmolzen und abgesenkt werden. Die Anreize, sich auf Kombilöhne einzulassen, müssen steigen.“; „Ähnliche Blockade-Allianzen entstünden, wenn kleine Dienstleistungsunternehmer, pauschal besteuert und von der Buchhaltungspflicht befreit, privaten Haushalten alles anbieten, wonach Nachfrage besteht. Solche Hinweise sollen zeigen, dass eine Absenkung der Bruttolöhne nicht ausreicht. Es müssen auch neue Arbeitsformen zugelassen werden.“; „Die Deutschen machen Abitur mit 20 und sind fast 30, wenn sie ihr Studium beenden. Junge deutsche Männer in Westdeutschland sind 26, wenn sie das Elternhaus verlassen und einen eigenen Haushalt bilden. Wie sollen aus solchen langzeitlichen Nesthockern später Unternehmer werden? Flexibilität – der Schlüssel von Unternehmen und Arbeitnehmern auf dem Weg zur Vollbeschäftigung – geht

zurück auf persönliche, durch das Bildungssystem geprägte Eigenschaften und auf die richtigen Anreize, Regulierungen und Organisationsformen in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt. Die Antriebsenergie kommt aus mehr Wettbewerb. Ludwig Erhards Revolution nach dem Kriege hat gezeigt, was Wettbewerb bewirken kann. Inzwischen wird eine zweite Wettbewerbskur notwendig. Neue Schutzvorschriften wie die geplanten Tariftreueregeln, die eine Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung der Tarife vor Ort binden, sind Wettbewerbsgift und erhöhen die Arbeitslosigkeit. Wir brauchen: mehr Wettbewerb zwischen autonomen Schulen und Universitäten, die sich zu einem relevanten Teil aus Studiengebühren finanzieren müssen; mehr Wettbewerb und weniger planerische Rationierung von Bauland mit dem Ergebnis, dass Kosten sinken und flexiblere und leistungsfähigere Märkte entstehen. Der größte Subventionsfresser unter allen Märkten könnte gut auf zehn Milliarden Euro ohne Verschlechterung der Wohnungsversorgung verzichten. Mehr Wettbewerb wird auch im Verkehr nötig – bei gleichzeitiger Verringerung der Mobilitätssubventionen.“; „Die größte Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt aber entsteht aus dem Geburtenstreich der letzten 30 Jahre. Zehn Deutsche bekommen gerade noch sechs Kinder und werden bei unverändertem Geburtenverhalten noch vier Enkel haben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22213298.html>

KARRIEREN: Der Effe aus Nürnberg (29.04.2002)

Von Geyer, Matthias

Florian Gerster, neuer Chef der Bundesanstalt für Arbeit, will mit schnellen Reformen den Arbeitsmarkt auf den Kopf stellen. Nun bekommt er Feuer von allen Seiten – vor allem aus den eigenen Reihen.

Reformverweigerung der Bürokraten (Reformer Florian Gerster wird allerdings ebenfalls mit Häme bedacht). „Diesen Geschniegelten, diesen hemmungslosen Neoliberalen, den Neuen, der glaubt, er könne diese schöne Anstalt platt machen, kaum dass er in ihr eingezogen ist. Er [*der Personalratschef*] meint Florian Gerster.“; „Florian Gerster, Sozialminister aus Rheinland-Pfalz, einer, der so ist, wie Schröder nicht sein darf im Wahlkampf. Einer gegen die Front der Stillstandsbewahrer in der SPD, einer gegen die Wand dieser ewig nöhlenden Gewerkschaftsköpfe. Aber dann begann er zu reden, und dieser Sozialdemokrat klang wie einer, den man irrtümlich bei der Unternehmensberatung ausgeliehen hat. Bundesanstalt für Arbeit? Kann auch mit der Hälfte der Leute klarkommen. Arbeitsmarktpolitik? Verschlanken, privatisieren. Weniger Arbeitslosengeld für die Älteren. Gestaffeltes Arbeitslosengeld für die Jüngeren. Arbeitslosenhilfe abschmelzen auf das Niveau der Sozialhilfe. Gerster sprach wie Effenberg (Stütze auf Minimum‘). Er wirkte nur irgendwie seriöser, auch weil er es nicht dem ‚Playboy‘ gesagt hatte. Natürlich hat es ihn nicht überrascht, dass alle aufpaulten. Parteilinke, Gewerkschaften, Christdemokraten. ‚Unverschämtheit‘, ‚sozialpolitische Sauerei‘, ‚Rambo-Methoden‘. Gerster hatte zwar keine Gesetze gemacht, sondern erst mal nur Vorschläge, aber er bekam Feuer, als hätte er gerade den kompletten Sozialstaat zum Einsturz gebracht.“; „Die Menschen, die in dieser Welt zu Hause sind, laufen Punkt zwölf durch die Gänge und sagen ‚Mahlzeit‘ zueinander. 90 000 Angestellte und Beamte beschäftigt diese Anstalt – hier in der Hauptstelle und in den 181 Arbeitsämtern der Republik. Sie tragen Aktenordner über Linoleumfußböden und an Warteschlangen vorbei, sie gießen Grünpflanzen in ihren Zimmern, sie verwalten vier Millionen Arbeitslose und sich selbst gleich mit. Sie haben es sich behaglich gemacht unter einer dicken, fetten Staubwolke, und obendrüber sitzen Politiker, Arbeitgeber und Gewerkschaften und passen auf, dass alles so bleibt.“; „Die Frauen mit den Doppelnamen sind die Schlimmsten für ihn. Er erklärt ihnen ständig, dass er den Sozialstaat ‚krisensicher‘ machen will. Die Frauen mit den Doppelnamen behaupten, dass er den Sozialstaat ‚zerschlagen‘ will. Er sagt: ‚In jeder Großorganisation gibt es Strukturkonservative, die alles abwehren, was ihre Stellung in Frage stellen könnte.‘ Sie sagen: ‚Kahlschläger.‘ Und sie haben Macht. Es gibt in Deutschland acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Wenn sie wollen, können sie den Kanzler aus dem Amt streiken.“; „Und wenn sie durch Berlin-Grünwald fährt und die vielen Villen sieht, dann denkt sie wahrscheinlich, dass für die da oben noch immer genug übrig ist. Ob Rentenreform oder Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik, Frau Engelen-Kefer sagt immer Nein.“; „Sie hat immer mitgelenkt auf dem Weg der Bundesanstalt zu einer Bruchbude.“; „Wäre Jagoda mit seinem Saustall ein Jahr früher aufgefliegen, dann sähe die Welt vielleicht besser aus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22213328.html>

KONJUNKTUR: Streik gegen Schröder? (06.05.2002)

Von Sauga, Michael; Schäfer, Ulrich; Werle, Klaus

Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie bringt den Kanzler in Bedrängnis. Ausgerechnet die Gewerkschaften gefährden die wirtschaftliche Erholung – und damit die Wiederwahl des Sozialdemokraten. Der Arbeitskampf trifft Deutschlands wichtigste Antriebsquelle: das Exportgeschäft.

Flächentarif verhindert Wachstum. „Immer deutlicher zeigt sich nun: Das Tarifsystem, seit Jahren geprägt von Arbeitgebern und Gewerkschaften der Metallindustrie, ist nicht mehr zeitgemäß. Während in nahezu allen Industrieländern die Löhne nach Branchen und Betrieben differenziert werden, marschiert Deutschland noch immer im Gleichschritt. Was die Metallindustrie aushandelt, wird zum Maßstab für die gesamte Wirtschaft erklärt – auch für Branchen mit deutlich geringerer Produktivität.“; „Das Einheitslohnprinzip hat sich zu einer Beschäftigungsbremse ersten Ranges entwickelt, glaubt der Kölner Arbeitsmarktforscher Wolfgang Streeck: Unter dem Lohndruck der Metaller müsse die Wirtschaft immer mehr Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit oder Frührente schicken. Wie sehr derlei den Arbeitsmarkt belastet, zeigt der internationale Vergleich: In kaum einem anderen Land sind die Bruttolöhne

flächendeckend so hoch wie in Deutschland. Dafür fällt in kaum einem anderen Land das Job-Wachstum so bescheiden aus.“; „Solange sich die IG Metall an ihren Steinzeit-Modellen festkrallt, so lange wird zum internationalen Deutschlandbild nicht nur die rote Metallertafel, sondern auch die rote Laterne gehören. Ökonomen sind überzeugt: Auch das starr zementierte Tarif- und Arbeitsrecht wirft das einstige Modell Deutschland in immer mehr Bereichen zurück: Im Vergleich von 49 Ländern, so war vorige Woche im ‚World Competitiveness Yearbook‘ des IMD-Instituts aus Lausanne nachzulesen, liegt die Bundesrepublik auf dem letzten Platz.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22328695.html>

KANZLERKANDIDAT: Der Garten Edi (13.05.2002)

Von Sauga, Michael und Schäfer, Ulrich

Ausgerechnet in der Wirtschaftspolitik, dem wichtigsten Wahlkampfthema, ist der Kurs von Edmund Stoiber vage und widersprüchlich. Der CSU-Chef verspricht alles zugleich - und will keinem wehtun. Lothar Späth soll das Durcheinander nun überstrahlen.

Zweifel an Stoibers Kraft und Willen zu (notwendigen) Reformen; Zitate mehrerer neoliberaler Ökonomen. „Alles, was der Kandidat außer seinen hehren Zielen konkret vorschlägt, ist ‚viel zu mutlos und zu wenig ambitiös‘, bemängelt der bisherige Vorsitzende des Sachverständigenrats, Juergen Donges. Um sein Ziel zu erreichen, seien, so urteilt Horst Siebert, der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, ‚entschlossene Reformen notwendig. Doch Stoiber – wie auch Schröder – packen die nötigen Vorhaben nur mit Glacéhandschuhen an.“; „Nebulös bleibt vor allem, wie der Unions-Kandidat die Staatsquote unter 40 Prozent drücken will, auf ein Niveau, wie es Deutschland zuletzt Anfang der siebziger Jahre erlebt hat. Das wären acht Prozentpunkte weniger als gegenwärtig – eine Mammutaufgabe, die sich nach Ansicht der Wissenschaft durchaus lohnt: Wenn der Staat sich zurückzieht, wenn er seine ineffizienten Strukturen kappt und weniger Einfluss auf die Volkswirtschaft nimmt, dann schafft das größere Freiräume für den Wettbewerb, für Firmen, für Existenzgründer. Doch es fehle bei Stoiber ‚die Brücke zwischen den hehren Zielen und der konkreten Ausgestaltung‘, bemängelt Meinhard Miegel. Und es fehlt ein realistischer Zeitplan.“; „Doch von Einschnitten, Abbau oder Sparmaßnahmen ist im Unions-Programm nichts zu lesen. Vage ist da von ‚alternativen Finanzierungsmodellen‘ oder von einer ‚Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe‘ die Rede. Das war’s.“; „Umso konkreter wird Stoiber dagegen, wenn es um teure Zusagen an die eigene Klientel geht. Als stammte das 3-mal-40-Versprechen von einer anderen Partei, lobt Stoiber milliardenschwere Wahlgeschenke für Familien, Niedrigverdiener oder Handwerker aus. So will er unter anderem ein Programm zur massiven Förderung von Billigjobs auflegen und von 2004 an ein neues Familiengeld einführen. Das allein würde in der Endstufe 24 Milliarden Euro kosten (siehe Grafik).“; „Mehr Geld will die Union zudem für die Bundeswehr und den sozialen Wohnungsbau freischaufeln, für die Ausbildung von Handwerksmeistern und die Entschädigung von Stasi-Opfern. Ein deutscher Beitrag zum amerikanischen Star-Wars-Programm? Her damit. Höhere Ostlöhne im Öffentlichen Dienst? Bitte sehr.“; „Die weltwirtschaftlichen Risiken jedenfalls sind nach wie vor groß. Und auch die Arbeitsmarktreformen, die Stoiber zu Beginn des nächsten Jahres in Gang setzen will, dürften die Binnenkonjunktur allenfalls mit Verzögerung in Gang bringen. ‚Das braucht Zeit, viel Zeit‘, urteilt DIW-Präsident Klaus Zimmermann.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22539363.html>

REFORMEN: Testlabor Balkan (18.05.2002)

Von Schäfer, Ulrich

Manfred Rose etabliert in Bosnien das wohl radikalste Steuersystem der Welt. Der Heidelberger Professor sagt, sein Modell taugt auch für Deutschland – doch hier zu Lande stößt er auf Skepsis.

15%-Flat-tax als vorbildhaftes Modell. „Unberührt von der hektischen Reformdebatte, die im Schlusslicht-Staat Deutschland tobt, etabliert der Finanzwissenschaftler dort ein einfaches, effektives Steuerrecht: mit ganz wenigen Paragrafen, mit ganz niedrigen Steuersätzen und ohne Schlupflöcher.“; „Roses Konzept basiert dabei auf der Idee, dass der Fiskus so wenig wie irgend möglich in die Marktprozesse eingreifen und dadurch vor allem die Bildung von Kapital, der wichtigsten Grundlage allen Wachstums, erleichtern soll.“; „Ähnliche Vorteile gibt es auch für Unternehmen: Sie müssen ebenfalls nur jene Gewinne mit dem Finanzamt teilen, die eine Mindestrendite übersteigen – den so genannten Schutzzins. So werden plötzlich Investitionen und Fabriken lohnend, die sich vorher nicht rechneten.“; „Und vielleicht wacht ja demnächst endlich auch die deutsche Politik auf. Gerhard Stratthaus (CDU), der Finanzminister von Baden-Württemberg, war jedenfalls unlängst in Heidelberg und hat sich die Vorzüge des Ansatzes erklären lassen. Natürlich, das weiß der Professor aus Heidelberg: Einwände gegen seine ‚Einfachsteuer‘ gibt es zuhauf. Deutschlands hoch komplexe Volkswirtschaft vertrage nicht solch ein einfaches, undifferenziertes System, lautet das häufigste Gegenargument aus der Politik. Doch gern wolle er mal nach Bosnien reisen, ließ der Finanzminister aus Stuttgart wissen, um sich die Sache anzuschauen. Demnächst mal. Irgendwann. Vielleicht ja nach der Wahl.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22644274.html>

GEWERKSCHAFTEN: Sehnsucht nach Opposition (27.05.2002)

Von Sauga, Michael

Der neue DGB-Chef steht für einen Linksruck im Lager der Arbeitnehmer. Nach der Wahl soll jede Reform

verhindert werden, egal, wer regiert. Die SPD wird unterstützt – aber nur ein bisschen.

Gewerkschaften als Bremser. „Fatal für den Kanzler, aber nicht nur für ihn. Die Ohne-uns-Haltung der Arbeitnehmervertreter weckt Zweifel an der Erneuerungsfähigkeit des Landes überhaupt. Egal, wer nach dem 22. September im Berliner Kanzleramt den Arbeitsmarkt reformieren, den Sozialstaat umbauen und weiter sparen muss – auf eines kann er zählen: Gewerkschafter wie der orthodoxe IG-Metall-Vize Jürgen Peters sind dagegen.“; „Selbst in der linken IG Metall plädierten die Vordenker damals für eine ‚Reform verkrusteter Strukturen‘, für mehr ‚Flexibilität, Selbständigkeit und Eigenverantwortung‘. Doch all die schönen Pläne zerschellten am Beton des eigenen Funktionärskaders.“; „Kehrt marsch, haben die Funktionäre nun entschieden, zurück in die Wagenburg. Statt sich an der Debatte um den Sozialstaatumbau zu beteiligen, entstauben sie wieder die alten Glaubenssätze. Um für Wachstum zu sorgen, müsse der Staat eben mehr Geld ausgeben, heißt es. Und damit mehr Jobs entstehen, brauchten die Arbeitnehmer einfach höhere Löhne.“; „Um Deutschland fit für die Zukunft zu machen, empfehlen sie die Rezepte der siebziger Jahre. Die IG Metall plädiert für höhere Steuern. Ver.di schlägt die flächendeckende Einführung der 35-Stunden-Woche vor. Die IG Bau will die Frühverrentung ausbauen.“ „Schon bezweifeln Experten, dass die Arbeitnehmerverbände überhaupt noch reformfähig sind. ‚Wie die Zünfte im Mittelalter‘ beschränkten sich DGB und Co. inzwischen darauf, ‚den Arbeitsplatzbesitzern die Privilegien zu sichern‘, urteilt der Berliner Gewerkschaftsforscher Hans-Peter Müller.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22702507.html>

SCHIENENVERKEHR: Privatisierung kommt in Mode (27.05.2002)

Privatisierung unkritisch. „Langsam bürgert sich auch in Europa ein, was in anderen Teilen der Welt, vor allem in Fernost, bereits üblich ist: Regierungen lassen teure öffentliche Verkehrsmittel nicht nur von privaten Unternehmen bauen, sondern auch betreiben. Vorreiter für diese, die Staatskasse schonenden Investitionen ist das niederländische Verkehrsministerium ...“; „Der Investor hat kein Einnahmerisiko“, beschreibt Siemens-Manager Alexander Bechhold die Vorteile der Betreibermodelle, „und der Staat bekommt immer die neueste Technik.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22702501.html>

FRANKREICH: Pfeifen im Dunkeln (27.05.2002)

Von Leick, Romain

Revanche für die Niederlage: Mit einem kräftigen Linksruck wollen die Sozialisten die verlorenen Wählerstimmen zurückgewinnen – doch ihre Chancen stehen schlecht.

Wirkungslose Umverteilung, Staat als Interessenwahrer des öffentlichen Dienstes. „Das Dilemma besteht darin, dass die klassischen Rezepte – staatliche Interventionen und Umverteilung von oben – nicht mehr wirken: Sie schaden der Wirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit, ohne den Minderbemittelten nachhaltig zu helfen. Da der Staat in den Jahrzehnten nach dem Krieg als unbestechlicher Garant der sozialen Gerechtigkeit und des Allgemeinwohls agierte, richtete sich die Wut der Enttäuschten zwangsläufig gegen ihn, sobald sich seine Ohnmacht offenbart, analysiert der Soziologe Alain Touraine, einer der bedeutendsten Sozialwissenschaftler Frankreichs: ‚Was wir jetzt erleben, ist die Erschöpfung und der Zerfall des sozialdemokratischen Modells.‘ Und im Zentralstaat à la française sind die Auswirkungen noch verheerender als anderswo. Denn statt unparteiisch dem Interesse aller zu dienen, ist der französische Staat selbst zum Interessenvertreter geworden, zum letzten Schutzwall eines ohnehin wohl behüteten Sektors, der sich der globalen Konkurrenz entzieht: des Öffentlichen Dienstes. Der macht sich in Frankreich so breit wie kaum irgendwo sonst in Europa: Rund 25 Prozent der Erwerbstätigen sind Beamte, ‚fonctionnaires‘, vom hohen Staatsdiener über den Lehrer bis zum Postboten und dem Techniker des Strommonopolisten Electricité de France. Dieser Öffentliche Dienst stellt das Gros der sozialistischen Wähler, während die von Abstiegsängsten geplagten Arbeiter und kleinen Angestellten der Privatwirtschaft sich verlassen fühlen – und massenhaft zu Le Pen überliefen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22702530.html>

SUBVENTIONEN: Klotz am Rhein (03.06.2002)

Von Rosenkranz, Gerd

Eisern will die Regierung an den Milliardenhilfen für den Steinkohlenbergbau festhalten – obwohl sie ökonomisch unsinnig sind.

‚Subventionswahnsinn‘, marktgerechter Klimaschutz, Interessengruppe Kohlelobby. „Obwohl die Berliner Regierung die Wohltaten für ausländische Laster immer abgelehnt hatte, stimmte sie nun zu. Als Gegenleistung werden Frankreich, Italien und die Niederlande den Deutschen etwas genehmigen, was ökonomisch mindestens ebenso unsinnig ist: weitere Milliardensubventionen für den siechen Steinkohlenbergbau an Rhein, Ruhr und Saar. Der Kuhhandel – tausche fragwürdige Dieselsubventionen gegen ebensolche Kohlehilfen – kostet den deutschen Steuerzahler in den kommenden acht Jahren leicht 25 Milliarden Euro. Und selbst dann ist keineswegs sicher, dass der Geldrausch ein Ende haben wird. Der Wahnsinn ist gewollt, denn den Beteiligten ist schon lange klar, dass die reale Bedeutung der deutschen Steinkohle in einem immer krasserem Missverhältnis zu den Kosten steht, die sie verursacht.“; „Die enormen Kosten der Steinkohlenförderung schränken die Gestaltungsspielräume in den Haushalten immer mehr ein.“; „Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold legte sich für die heimischen Energieträger und gegen den Handel mit CO₂-Emissionsrechten ins

Zeug, mit dem die EU-Kommission ein marktgerechtes Instrument für den Klimaschutz etablieren will. So geht das seit Jahren auch im Bund: Ob bei den Gesetzen zur Förderung der Öko-Energien oder hocheffizienter Kraftwerke zur gekoppelten Erzeugung von Strom und Heizwärme, ob bei der Biomasseverordnung oder Ökosteuer-Befreiung besonders effizienter Erdgas-Kraftwerke – stets kämpfte die SPD-Kohlelobby gegen vermeintliche oder tatsächliche Konkurrenten. Modernisierung sieht anders aus. Mittlerweile baut der RWE-Konzern, in Nordrhein-Westfalen ansässiger zweitgrößter Energieriese der Republik, die Gaskraftwerke, die er zu Hause aus Rücksicht auf die heimische Kohle verhindert, im Ausland. Doch selbst den größten Kohle-Fans unter den Sozialdemokraten dämmert, dass die Steuermilliarden irgendwann nicht mehr zur Verfügung stehen werden. So planen die Düsseldorfer SPD-Minister schon für den Ernstfall: Der vom Verbraucher finanzierte Kohlepenny, 1996 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgeschafft, soll dann – von der EU rechtlich abgesichert – wieder aufleben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22776310.html>

STADTSTAATEN: Blut, Schweiß und Tränen (10.06.2002)

Von Meyer, Cordula; Röbel, Sven; Ulrich, Andreas

Ob Rot-Rot in Berlin oder Bürgerblock in Hamburg – die finanzielle Wirklichkeit zwingt die neuen Regierungen, Wahlversprechen zu brechen. Rechtspopulist Schill muss bei der hanseatischen Polizei sparen, Bürgermeister Wowereit kommt um Einschnitte bei der Hauptstadt-Kultur kaum herum.

Besitzstandsdenken und Verschwendung im öffentlichen Dienst. „Und die Schließung von Schwimmbädern, Sporthallen oder auch kleinen Theatern bringt kaum wirkliche Entlastung.“; „Das gelänge nur mit einer Remedur im Öffentlichen Dienst, fressen doch die Personalkosten in Hamburg 49 Prozent der Steuereinnahmen, in Berlin gar 90 Prozent. In kaum einem anderen Bundesland verwaltete sich die Verwaltung über Jahre hinweg so ungeniert selbst wie in der Hauptstadt ...“; „Aber schon der erste kleine Schnitt ins soziale Netz ließ den Öffentlichen Dienst aufheulen.“; „Vorerst hält man sich deshalb lieber an Klein- und Kleinstbeträge. So soll schärfer kontrolliert werden, ob Sozialhilfeempfänger auch tatsächlich bedürftig sind.“; „So bleiben die beiden Kegelbahnen, die sich die wiedervereinigten Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) vom Land fördern ließen, als letzte Manifeste der in der Hauptstadt besonders tief verwurzelten Selbstbedienungsmentalität in Erinnerung. Sie waren eine nette Ergänzung zu dem luxuriösen Erholungsheim („Klein Sanssouci“), dem eigenen Tennisplatz oder der exklusiven Saunalandschaft, wo sich das subventionierte Betriebsorchester vom Konzertstress erholen konnte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22842703.html>

HAUSHALT: Sparen ohne Schmerz (17.06.2002)

Von Reiermann, Christian

Die Ausgaben im Bundesetat 2003 sollen sinken – obwohl fast alle mehr ausgeben dürfen. Finanzminister Eichel will dort sparen, wo es keinem wehtut: bei den Zinsen.

Public Choice. „Das Geld, warb er bei Eichel, brauche er unbedingt, weil in anderen Bereichen seiner Riesenbürokratie die Kosten stiegen. Eichel gab sich geschlagen. Unter allen Umständen wollte er im Wahlkampf vermeiden, dass der sensible Sozialminister öffentlichkeitswirksam über Zumutungen jammert. Ein allzu harscher Umgang mit dem obersten Verwalter des Sozialstaats hätte zudem nicht gut zum Schmusekurs gepasst, mit dem der Kanzler in letzter Zeit die Gewerkschaften und ihren Anhang umwirbt.“; „Einige Etats sinken, wie der von Wirtschaftsminister Werner Müller, weil Subventionen zurückgefahren werden. Wie vor Jahren schon beschlossen, nimmt die Stütze für den Steinkohlebergbau ab ...“; „Kommt es zu einem Regierungswechsel, ist das gesamte Zahlenwerk ohnehin Makulatur. Denn jede neue Regierung will eigene Akzente setzen. Und die setzen Politiker am liebsten, indem sie kräftig Geld ausgeben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22896177.html>

RENTE: Der Riester-Flop (17.06.2002)

Von Sauga, Michael

Der Aufbau der privaten Altersvorsorge bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Regierung und Opposition denken nun an eine Reform der Riester-Rente nach der Wahl.

Bürokratie. „Damit möglichst viele mitmachen, fördert der Staat das Alterssparen mit üppigen Steuervorteilen und Zulagen. So weit, so gut. Doch anstatt die neue Zusatzvorsorge so einfach und kostengünstig wie möglich zu gestalten, belastete der detailverliebte Riester das Vorhaben mit einem Berg von fragwürdigen bürokratischen Vorschriften: vom Verbot, sich das Kapital im Alter auf einen Schlag auszahlen zu lassen, bis hin zum Verbot, als Riester-Rentner im Ausland zu leben (siehe Grafik). Schlimmer noch – der Vorschriften-Overkill lässt die Renditen der neuen Vorsorgeverträge so stark schrumpfen, dass die Verbraucherschützer ihren Kunden überwiegend rieten: Erst einmal nichts abschließen, und wenn, dann eine Betriebsrente.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22896178.html>

Zuckerbrot und Peitsche (24.06.2002)

Von Hammerstein, Konstantin von und Sauga, Michael

Vor durchgreifenden Reformen am Arbeitsmarkt schreckte Kanzler Gerhard Schröder bisher zurück. Jetzt hat er eine letzte Chance: Eine von ihm eingesetzte Kommission hat ein unorthodoxes Konzept ausgearbeitet – es soll die Arbeitslosigkeit binnen drei Jahren halbieren.

Bürokratie, unflexibler Arbeitsmarkt, zu hohe Sozialabgaben, Gewerkschaften als Blockierer. „Vor den lange überfälligen Reformen am Arbeitsmarkt ist Schröder immer wieder zurückgeschreckt. Das Bündnis für Arbeit, angeblich sein wichtigstes Projekt, degenerierte zur Stillstandsübung, während sein überforderter Arbeitsminister die Wirtschaft mit immer neuen Bürokratenregelungen drangsalierte – mochten sie auch noch so gut gemeint sein. Entsprechend düster fällt Schröders Bilanz aus. In der Beschäftigungspolitik ist Deutschland mittlerweile unter allen Industrienationen auf einen der letzten Plätze zurückgefallen – international verspottet als Musterbeispiel für Bürokratie und Ineffizienz: mit die höchsten Ausgaben für Arbeitsverwaltung und Beschäftigungspolitik, die wenigsten neuen Jobs, die meisten Dauerarbeitslosen.“; „Scheitert das Konzept – wie so oft – am Widerstand der sozialdemokratischen Bedenkenträger, ist Schröders Wiederwahl gefährdeter als jetzt schon. Der Kanzler kennt die Gefahr: Wieder einmal hätte sich die SPD als handlungsunfähige Truppe entlarvt, die stets nur so viel Reform wagt, wie der jeweilige IG-Metall-Boss gerade zulässt.“; „Die Arbeitsämter, die bisher die Erwerbslosigkeit mehr verwaltet als bekämpft haben ...“; „Die Vorteile liegen auf der Hand: Die entleihenden Firmen müssen die Mitarbeiter nur so lange beschäftigen, wie sie tatsächlich gebraucht werden, doch gleichzeitig sind die Arbeitnehmer regulär beschäftigt. Langsam setzt sich das Modell auch in Deutschland durch. Zu langsam. In den Niederlanden sind immerhin mehr als drei Prozent aller Beschäftigten bei Verleihfirmen angestellt, in Deutschland sind es gerade einmal 0,7 Prozent.“; „Wird das Konzept tatsächlich wie geplant umgesetzt, würde der Arbeitsmarkt mächtig aufgemischt.“; „Hartz denkt anders. Der Personalexperte weiß, dass es in der Bundesrepublik genügend Potenzial gibt, um die Arbeitslosigkeit noch sehr viel stärker zu senken. Man muss nur wollen.“; „Um die Vermittlung zu beschleunigen, sucht Hartz mit seinem Konzept erneut nach dem gerechten Ausgleich: Einschnitte und Flexibilität auf der einen Seite, soziale Rücksicht auf der anderen. Kein Kahlschlag, kein Sozialraub, keine Abrissbirne. Niemand soll unnötig auf die Barrikaden getrieben werden. So sollen nicht nur arbeitsscheue Drückeberger härter rangenommen werden, sondern auch Unternehmer, die lieber einen Beschäftigten zu viel als einen zu wenig entlassen. Für die Älteren wird der soziale Schutz sogar noch ausgebaut. Das unsinnige Versteckspiel zwischen älteren Arbeitslosen und den Behörden soll der Vergangenheit angehören.“; „Derzeit lohnt es für private Haushalte kaum, eine Putzhilfe oder ein Kindermädchen legal anzustellen: viel zu hohe Abgaben, zu viel Bürokratie. Damit ein Hausmeister zehn Euro netto verdient, muss der Arbeitgeber fast 20 Euro brutto zahlen. Die Differenz geht für Steuern und Sozialbeiträge drauf. Klar, dass viele ihre Haushaltshilfen lieber schwarz beschäftigen.“; „Die Aussichten sind verlockend, nicht zuletzt für Politiker. Einer Regierung, der es gelänge, das hartnäckigste deutsche Strukturproblem in Rekordzeit zu lösen, wäre die Wiederwahl wohl kaum zu nehmen. Doch wird es dazu kommen? Hartz gibt sich optimistisch. Aber auch er weiß, dass sich jetzt die Bedenkenträger in Verbänden, Parteien und Ministerien über die Pläne beugen und sie im Zweifel erst einmal ablehnen werden. So wie sie es mit jedem neuen Vorschlag bisher gemacht haben. Natürlich gibt es juristische Bedenken, natürlich werden Praktiker Einwände erheben, natürlich werden nicht alle Details den Expertentest überstehen. Doch die Grundzüge des Plans machen Sinn. Mehr Leiharbeit, schnellere Vermittlung, mehr Selbständige – so haben in den vergangenen Jahren auch andere Länder ihre Arbeitsmärkte flottgemacht. Entscheidend aber wird sein, ob der Plan auch bei den Gralshütern des traditionellen 35-Stunden-Festarbeitsverhältnisses ankommt, in den Zentralen von Gewerkschaften und Sozialkassen, bei den Personalräten und Vertretern der 90 000 Mitarbeiter der Bundesanstalt.“; „Doch ob das ausreicht, die Betonfraktion in den Gewerkschaften zu erweichen, ist fraglich: Kürzlich hat Hartz sein Konzept schon einmal IG-Metall-Boss Klaus Zwickel und dessen Stellvertreter Jürgen Peters vorgestellt. Hinterher war dem Manager klar: Das wird schwierig. Noch bevor der Plan überhaupt bekannt war, meldeten sich vergangene Woche vorsorglich die üblichen Blockierer und taten das, was sie am besten können – blockieren: ‚Wer so etwas vorschlägt, kriegt Krach‘, polterte der bayerische DGB-Chef Fritz Schösser (SPD).“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22955239.html>

Empfangspersonal statt Panzerglas (24.06.2002)

Von Jung, Alexander

Das Arbeitsamt als effizienter Dienstleister? Im Ausland gibt es dafür beispielhafte Modelle.

Private arbeiten effizienter als der Staat. „Phantastisch, diese Kundenorientierung“, schwärmt Frank Frick, Leiter der Abteilung ‚Arbeitsmarkt und Beschäftigung‘ der Bertelsmann Stiftung. In den vergangenen Wochen waren Frick und seine Kollegen im Auftrag der Hartz-Kommission europaweit in Behörden und Ministerien unterwegs. Sie haben recherchiert, wie die Arbeitsverwaltung in 14 Ländern funktioniert – und was sich Deutschland abschauen kann. Vor allem das britische und das niederländische Modell hat es ihnen angetan. „Dort hat man bereits damit angefangen“, so Frick, „was uns noch bevorsteht.“; „Mit der Vermittlung von Arbeitsplätzen haben die öffentlichen Berater nichts mehr zu tun: Diese Aufgabe liegt in den Niederlanden ganz in der Hand privater Anbieter. Sie müssen sich bei den Gemeinden um Aufträge bewerben. Stellenvermittlung wird damit zur Dienstleistung, die sich die Behörde einkauft.“; „Nicht weniger als 131 CWI sind über das ganze Land verteilt. Wie vorteilhaft ein solch dezentraler Aufbau der Arbeitsverwaltung ist, wissen auch die Dänen zu schätzen.“; „Eine Zielsteuerung wie in der Schweiz oder Österreich, eine dezentrale Organisation wie in Dänemark, ein Kundenservice, wie ihn die Niederlande oder Großbritannien

pflegen: ‚Vieles davon‘, glaubt der Arbeitsmarktforscher Frick, ‚könnte modellhaft für Deutschland sein.‘“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22955247.html>

MODERNISIERUNG: Mission Deutschland (24.06.2002)

Von Buse, Uwe; Ehlers, Fiona; Fichtner, Ullrich; Geyer, Matthias; Goos, Hauke; Gorris, Lothar; Hoppe, Ralf; Kurbjuweit, Dirk; Malzahn, Claus Christian; Smolczyk, Alexander

Alle sind sich einig, dass vieles anders werden muss: weniger Steuern, weniger Stillstand, weniger Arbeitslosigkeit. Aber wie? Ein Streifzug durch ein Land der Reformer und Blockierer.

Bürokratie, konfliktscheue Politiker, distanzierte, aber letztlich unkritische Darstellung der allgegenwärtigen Unternehmensberater. „Und für Thilo Sarrazin ist das erst der Anfang. Was wohl wäre, wenn so einer die Bundespolitik bestimmen würde? Im Kampf gegen zu hohe Steuern, zu viel Bürokratie? In einer Stadt, die immer nur gebauchpinselt wurde, spielt dieser Mann den Peitschenschwinger. Wo Senator Sarrazin mit seinen Folien auftaucht, ist die Stimmung im Eimer. Er soll die Finanzen einer Stadt in Ordnung bringen, die sich von ihren Politikern über Jahrzehnte hinweg betrügen, einullen und in den Bankrott führen ließ.“; „Den ganzen Vormittag lang musste er sich im Haushaltsausschuss von altklugen Jungkonservativen und einer hyperventilierenden Kultur-Grünen seine Zahlen madig machen lassen. ‚Das ist eben Demokratie‘, sagt Sarrazin, ‚heute ging es noch.‘ Es steht schlecht mit der Reformfähigkeit Deutschlands.“; „Er hat die Gabe, sich mit wenigen Sätzen unbeliebt zu machen. Als Treuhandmanager überwarf er sich mit dem Finanzminister, als Bahnmanager krachte er mit Mehdorn aneinander. Sein größter Fehler aber ist unverzeihlich: Er hat meistens Recht. Diese Stadt braucht keinen Senator. Berlin braucht einen Konkursverwalter. Oder die Übernahme durch eine feindliche Macht.“; „2500 Pfeiler, die den Fahrweg tragen werden, durchpflügen die Gemüsebeete von Pudong. 5000 Bauern wurden umgesiedelt, niemand hatte sie gefragt. In Deutschland bange man mit dem ‚Frosch, der nicht mehr laicht‘, sagt Heine, ‚das ist krank‘.“; „Vor vier Jahren hatte die wohl berühmteste Feldhamsterkolonie Deutschlands auf dem Uni-Gelände für einen Baustopp gesorgt. Die zuständige Generaldirektion der Europäischen Gemeinschaft wurde bemüht, und die Staatsanwaltschaft Göttingen ging der Frage nach, ob während des Baus vielleicht ein geschützter Hamster unter die Dampfwalze gekommen sein könnte. Da sich keine Leichen fanden, durfte man am Ende doch bauen, ein 25 Millionen Euro teures Biozentrum sowie ein Physikinstitut.“; „Im Raum dahinter sitzt Ronald Barnabas Schill, 43, seit 1. November Innensenator von Hamburg, vor sich zwei Blatt Papier aus dem Computer eines Referenten: die Bilanz seiner sieben Monate im Amt. Es ist eine positive Bilanz. Europas größte offene Drogenszene gibt es nicht mehr. Manchmal, so scheint es, kann Politik so einfach sein. Eine kleine Idee, ein bisschen Wille, ein wenig Macht.“; „Sie kommen in kleinen Gruppen, und einmal sind es vier Männer in einer Reihe, sie tragen dunkle Hosen und weiße Oberhemden, dazu Krawatten in gedeckten Farben. Sie sind alle schlank, und ihre Bewegungen sind schnell. Sie wirken wie eine zivile Spezialeinheit, die im Auftrag einer geheimnisvollen Macht unterwegs ist. Jetzt gehen sie nur essen, aber es sind genau solche Trupps, die heimlich die Gesellschaft umbauen, die unermüdlich daran arbeiten, dass dieses Land effizienter wird, dass sich so ziemlich jeder Lebensbereich durch und durch ökonomisiert. McKinsey Deutschland beschäftigt über tausend Berater. Sie waren in jedem größeren Unternehmen, sie waren in Stadtverwaltungen, in Theatern, bei Kirchen, bei Parteien. Sie waren fast überall. McKinsey und die anderen Unternehmensberatungen sind die größte permanente Reformbewegung des Landes.“; „Offenheit, das empfehlen die Berater von McKinsey auch ihren Kunden. Was sie vortragen, klingt immer vernünftig. Wer kann schon etwas gegen Effizienz sagen? Kluges liebstes Thema ist Bildung. Er sagt, für den Standort sei vor allem das Humankapital wichtig. Man solle vorn anfangen, sagt er, am besten bei den Babys in den Krippen. ‚Was wir vorn investieren, kriegen wir später mit Verzinsung raus.‘ Bei ihm klingt das Thema Bildung so, als sei die Schule nichts anderes als eine Kadettenanstalt für die Wirtschaft. Ihm fällt das selbst auf, und er sagt, er komme da ‚sehr aus dem industriellen Denken‘, aber man könne eine Menge von der Industrie lernen. McKinsey wird demnächst einen Kongress veranstalten zum Thema Bildung. Man will sich einmischen, man will nicht nur Unternehmen umbauen, sondern die Gesellschaft. Man will die Gesellschaft so umbauen, dass sie den Unternehmen nützt. Alles ist eine Standortfrage. Das kann man im Reform-Kraftwerk McKinsey lernen. Aber hat nicht die Gesellschaft insgesamt diese Perspektive längst übernommen? Gibt es eine Reformdebatte, in der die treibende Kraft nicht die Perspektive der Wirtschaft einnimmt? Mehr Effizienz, Strukturen eines Unternehmens, Handeln wie ein Manager: Politiker aller Parteien reden wie Unternehmensberater. Oft, sagt Jürgen Kluge, werde er gefragt, ob seine Arbeit demokratisch legitimiert sei. Meist sagt er, seine Firma arbeite mit allen größeren Parteien zusammen, bevorzuge niemanden. Eine etwas krumme Antwort auf eine sinnlose Frage. Es geht doch eher darum: Weiß die Gesellschaft, wohin sie grundsätzlich will mit ihren Reformen?“; „Seit Bsirke sich müht, ‚eine Brücke in die Gesellschaft‘ zu schlagen, kämpft er gegen diese größten unsichtbaren Feinde, gegen das Image der gewerkschaftlichen Bremser, deren Herzen links schlagen, aber die im Kopf nicht richtig ticken. Doch was will er stattdessen? Er spricht über die Zweiteilung der Welt in links und rechts, in Gewerkschaften und Unternehmer. Manche finden es langweilig, wenn man über so etwas spricht, aber, fragt er, wieso findet es niemand langweilig, wenn die Arbeitgeber sagen, Streiks passen nicht in die Landschaft? ‚Das sagen die seit 150 Jahren. Und dabei haben sie die Kompetenzvermutung auf ihrer Seite.‘ Kompetenzvermutung. Ein Wort mit 18 Buchstaben. Wie zieht man die auf sich? Und wie kommt man auf die Idee, man könne den Leuten damit signalisieren: Wir haben ein Ziel?“; „Was wird aus Attac in Deutschland? Wo es so schwer ist, außerhalb geordneter Bahnen zu denken? Wo auch soziale Bewegungen irgendwann im Vereinsregister eingetragen sind? Und Spendenquittungen steuerlich absetzbar? Ist sie möglich, die andere Welt? In Deutschland?“; „Natürlich hätte

er auch in den USA oder in Australien arbeiten können. Er spricht zehn Sprachen und hat ein von Bill Gates persönlich unterzeichnetes Diplom als Systemingenieur.“; „Der Vorteil Indiens sei, dass alle Menschen drei Sprachen sprächen, darunter Englisch, und dass die Leute den Glauben an die Wissenschaft hätten. Zu Hause in Hyderabad sei die Verwaltung großteils digitalisiert. Wer ein Baby bekommt, geht zum nächsten kommunalen Computer und meldet das Kind an. Wer sein Baby dagegen in Berlin-Reinickendorf bekommt, der fragt sich rasch, in welcher Welt er lebt. Im März bekamen die Turumellas eine Tochter. Sie sollte Sivaani heißen, die ‚Friedensstifterin‘. Doch es bedurfte einer Woche, vier Besuche im Rathaus („Bitte warten Sie, bis Ihre Nummer aufgerufen wird“), zweier Termine in der Botschaft und schlussendlich eines Wutanfalls, bis Sivaani ihren Namen tragen durfte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22955397.html>

ARBEITSMARKT: Alle müssen mithelfen (01.07.2002)

Von Deupmann, Ulrich; Neukirch, Ralf; Sauga, Michael

Der Reformplan von VW-Vorstand Peter Hartz wird zum beherrschenden Wahlkampfthema. Die SPD schwört ihre Truppen auf die Pläne ein, die Union geht auf Distanz. Das Kommissionskonzept selbst droht im Parteienstreit Schaden zu nehmen.

Starrer Arbeitsmarkt. „Die Idee des VW-Managers, den erstarrten deutschen Arbeitsmarkt mit einem Dreiklang aus mehr Zeitarbeit, höherem Druck auf Arbeitslose und gezielter Förderung von Selbständigkeit aufzumischen, war nicht nur bestechend. Sie bot auch die Aussicht auf eine Reform in sozialer Balance.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23011300.html>

GESUNDHEIT: Lauschiger Abend (01.07.2002)

Von Neubacher, Alexander

Der Sparkurs von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt trifft nicht die ganze Branche – den Apothekern beschert er glänzende Profite.

Bürokratie, mangelnder Wettbewerb. „Krankenkassen und Patienten profitieren von dem Geschacher nicht. Der zusätzliche Gewinn wandert ungeschmälert in die Taschen der Pharmazeuten. Beschützt von der Gesundheitsbürokratie, die Arzneimittelpreise und Profite durch Verordnungen fest schreibt und Wettbewerb zwischen den Apotheken verbietet, stagnieren die Preise im oberen gesetzlich zulässigen Bereich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23011309.html>

EURO: Wir reiten einen Tiger (01.07.2002)

Professor Joachim Starbatty, 62, ist einer der schärfsten Kritiker des Euro. Gemeinsam mit Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Wilhelm Nölling hatte er vergebens gegen die Einführung des Euro geklagt.

Stabile Währung und Arbeitsmarktderegulierung. „Starbatty: Der Euro hat nur dann die Chance, eine richtig gute Währung zu werden, wenn die EZB nicht die Geldversorgung ausufern lässt und die Arbeitsmärkte in allen Ländern dereguliert werden. Zu einer Währungsunion gehört nicht nur die Integration der Kapitalmärkte, sondern vor allem die der Arbeitsmärkte. Solange das nicht der Fall ist, reiten wir einen Tiger.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23011331.html>

LATEINAMERIKA: Real fatal (08.07.2002)

Von Malcher, Ingo

Nach dem Bankrott Argentiniens wankt nun auch das Nachbarland Brasilien. Allmählich gerät die gesamte Region ökonomisch aus den Fugen.

Protektionismus, Subventionen. „Doch genau hier stößt Lateinamerika an seine Grenzen. Europa und die USA haben ihre Märkte vor allem für Agrargüter mit hohen Schutzzollmauern gesichert und unterstützen ihre Landwirtschaft mit Subventionen. Erst kürzlich beschloss Washington weitere Beihilfen in Milliardenhöhe – keine Chancen also für argentinischen Weizen oder Rindfleisch aus Uruguay.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23061454.html>

JAPAN: Risse im Gemäuer (08.07.2002)

Von Wagner, Wieland

Der als Reform-Premier gefeierte Koizumi kapituliert vor der Macht der Parteibonzen. Im Hintergrund lauert bereits ein Rivale.

Interessengruppen, ineffiziente Staatswirtschaft. „In der vergangenen Woche legte Koizumi dem Parlament seine erste große Reform vor – die Lockerung des staatlichen Post-Monopols. Weil die gigantischen Spareinlagen der Post häufig für unproduktive öffentliche Bauvorhaben eingesetzt werden, fehlt Geld für zukunftssträchtige Investitionen. Doch Koizumis Gegner in der LDP haben die Reform durch geschickt eingebaute Fußfesseln in ihr Gegenteil verwandelt. ‚Die Liberalisierung der Post ist in noch weitere Ferne gerückt‘, entsetzt sich die Wirtschaftszeitung ‚Nihon Keizai‘. Auch Japans Bauwesen steht vor dem Abgrund. Wieder einmal beweist die LDP, bei der es sich heute weit gehend um ein korruptes Bündnis aller möglichen Interessengruppen – von den Postamt-Vorstehern bis zu den Baubossen –

handelt, vor allem eins: ihren Drang zur Selbsterstörung. Statt die ‚Japan AG‘, eine Mischform aus staatlich gelenkter und freier Marktwirtschaft, zu erneuern, führt die LDP das Land immer tiefer in die Krise. Längst hat die Partei ihre historische Rolle überlebt: In der Nachkriegszeit schwor sie die Nation auf das gemeinsame Ziel der wirtschaftlichen Aufholjagd ein. Später lenkte sie wie ein riesiger Geldautomat die Steuergelder in die Wahlkreise der LDP-Bosse. Doch nun ähnelt der Koloss immer mehr der Kommunistischen Partei kurz vor dem Zerfall der Sowjetunion.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23061467.html>

Die Ich-AG (22.07.2002)

Von Beste, Ralf; Deupmann, Ulrich; Knaup, Horand; Neukirch, Ralf; Steingart, Gabor
Massenarbeitslosigkeit, Telekom-Debakel, Scharping-Affäre: Gerhard Schröder agiert ohne Fortune und steht einem zielstrebigem Unionsteam gegenüber. Die Wirtschaft versagt ihm die Gefolgschaft, während Teile der SPD nur halbherzig kämpfen – aber der Kanzler vertraut sich vor allem selbst.

Lohnnebenkosten, starrer Arbeitsmarkt, überbordender Sozialstaat, Lob für Haushaltskonsolidierung und Ende der paritätischen Finanzierung des Sozialversicherung. „Warum eigentlich, fragen sich immer mehr Deutsche, ist irgendwann in der Mitte der Legislaturperiode der viel zitierte Macher verschwunden, der rechtzeitig erkannt hatte, dass diese Republik sich wandeln muss, wenn sie bleiben will, was sie ist? Dass Zukunft durch Stillstand nicht zu gewinnen sein wird, hatte Schröder als einer der wenigen in seiner Partei erkannt und diese Erkenntnis für sich zu nutzen gewusst.“; „Die Lohnnebenkosten, die mit ihrem Aufschlag von 41,3 Prozent auf den Lohn wie eine Strafsteuer für den Faktor Arbeit wirken, werden wieder steigen – und erneut reagieren die Unternehmen wie sie es in Krisenzeiten wohl nur können: Sie entlassen und schieben ab in den Ruhestand.“; „Der unter Kohl bereits erstarrte Arbeitsmarkt blieb weitgehend unangetastet. Die rot-grüne Regierung hat diesen strukturellen Veränderungen – obwohl der Kanzler um ihre Dringlichkeit weiß – keine sonderliche Beachtung geschenkt. Zu mühsam und wahltaktisch geradezu gefährlich schien es, sich mit den Gewerkschaften über eine Reform des Arbeitsmarkts zu verständigen. Die Einigung über die Privatrente reichte dem Kanzler, weitere Zumutungen lehnte er ab. Erst in der Schlussphase der Legislaturperiode ermunterte Schröder den Manager Hartz, das bisher Unvorstellbare zu denken. Seither sprießen die Ideen etwa von der modernen Leiharbeit und einem Sozialstaat, der nicht nur fördert, sondern auch fordert – und der im Fall der Fälle Sanktionen für die Arbeitsunwilligen bereithält. Doch auf die aktuelle ökonomische Wirklichkeit zumindest bis zu den Wahlen haben diese Initiativen keine Auswirkungen mehr. Erst bei einem Wirtschaftswachstum von mehr als zwei Prozent entstehen hier zu Lande neue Jobs. Das war unter Helmut Kohl so und ist unter Gerhard Schröder nicht anders. Die unter den Industrieländern höchste Beschäftigungsschwelle ist aber der Ausgangspunkt einer Negativspirale, die zu stoppen der oberste Sozialdemokrat dem Wähler mit seinem Siegerslogan von 1998, als er von ‚Innovation und Gerechtigkeit‘ sprach, in Aussicht gestellt hatte. Das Gegenteil geschah: Wo die Zahl der Jobs sich verringert, steigen automatisch all jene Belastungen, die das System überfordern. Die Arbeitslosenversicherung zahlt jährlich 37 Milliarden Euro aus, die Kommunen müssen für Sozialhilfe weitere 23,2 Milliarden bereithalten. Und weil Arbeitslose auch Anspruch auf Einzahlung in die Renten-, Gesundheits- und Pflegekasse besitzen, muss der Staat für sie allein im Jahr 2001 13,8 Milliarden Euro Beiträge zahlen. Schröders ‚Bündnis für Arbeit‘, in dem er Gewerkschaften und Arbeitgeber mit der gemeinsamen Suche nach Wegen aus der Misere beauftragt hatte, verkam zu einem Laberzirkel. Eine moderate Lohnrunde wurde verabredet und so mancher Streik womöglich verhindert – aber das war es dann auch. Angesichts der düsteren Wirtschaftslage sind deshalb die Anfangserfolge von Rot-Grün bei vielen Wählern schon fast vergessen. Nach dem Rücktritt des gescheiterten Finanzministers Oskar Lafontaine zog der Kanzler mit dem neuen Sparkommissar Hans Eichel einen straffen Kurswechsel in der Steuer- und Haushaltspolitik durch, und die Neuverschuldung des Bundes sinkt von 56,4 Milliarden Mark im Jahr 1998 auf 15,5 Milliarden Euro im Jahr 2003 – eine erstaunliche Leistung, die den Genossen kaum jemand zugetraut hätte.“; „Die Rentenreform versandete nach Meinung der meisten Kritiker zwar auf halbem Weg, und wieder einmal hatte Arbeitsminister Walter Riester ein bürokratisches Monster geschaffen, aber mit der Einrichtung der privaten Zusatzvorsorge erreichte die SPD-geführte Regierung immerhin das Ende der paritätischen Finanzierung. Ein Prinzip, das die Gewerkschaften seit über hundert Jahren verteidigten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23582687.html>

SPIEGEL-GESPRÄCH: Schaut auf die Fakten (22.07.2002)

Von Aust, Stefan; Deupmann, Ulrich; Steingart, Gabor
Bundeskanzler Gerhard Schröder über den Scharping-Abgang, Stoibers Wahlkampf und die Chancen seiner rot-grünen Regierung auf Wiederwahl

„SPIEGEL: Vor drei Jahren wäre ein besserer Zeitpunkt gewesen. Die Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt sind schließlich nicht neu.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23582689.html>

Uni zum Wohlfühlen (22.07.2002)

Von Hielscher, Almut; Koch, Julia; Schmidt, Caroline

Die deutschen Massenuniversitäten haben schon lange den Anschluss an die Weltspitze verloren. Nur mühsam

kommen Reformen in Gang: mehr Freiheiten für die einzelnen Hochschulen, aber auch stärkerer Wettbewerb – und sogar die Bewertung der Professoren durch Studenten.

„Doch die mühsamen Umwälzungen kommen schleppend in Gang, vor allem, weil die Kultusbürokratie ihre Zügel nur allmählich lockert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23582696.html>

JAPAN: Im Konsens ins Verderben (22.07.2002)

Von Wagner, Wieland

Auch unter dem Reform-Premier Junichiro Koizumi findet die zweitgrößte Industrienation aus der Erstarrung nicht heraus. Nippon krankt weiter an seinen alten Übeln. Im Vergleich mit dem Rivalen China ist das Land für den verschärften globalen Wettbewerb schlecht gerüstet.

Politik bremst Wirtschaft, unsinnige Staatsausgaben, Staatsverschuldung, verschleppte Privatisierung. „Der Vergleich mit der realsozialistischen DDR trifft den Kern der japanischen Misere: Ähnlich wie einst der Ostblock quält sich Asiens Nummer eins seit dem Ende des Kalten Krieges mit der Aufgabe ab, sein politisches und wirtschaftliches Auslaufmodell an den verschärften globalen Wettbewerb anzupassen. Und ähnlich wie einst die Kommunisten unter Sowjet-Reformer Gorbatschow bremst die seit 1955 fast ständig regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) den glücklosen Systemreformer Koizumi.“; „Statt das wracke japanische Staatsschiff flottzumachen, steuert die LDP im Konsens ins Verderben. Einst erfolgreiche Rezepte werden der Partei nun zum Verhängnis. Denn es war die Fähigkeit zur kollektiven Übereinkunft, mit der die Partei Japans Nachkriegsgesellschaft während des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs zusammenschweißte. Um etwa die Kluft zum Industriegürtel am Pazifik auszugleichen, pumpte die LDP über Jahrzehnte Staatsgelder in überalterte ländliche Gebiete und marode Branchen.“; „Die Abgeordneten der LDP agierten wie reiche Onkel, die Steuergelder an ihre Wahlkreise umverteilten. Eine Hand wusch dabei die andere: Bevor die Regierung Gesetzentwürfe dem Parlament vorlegte, präsentierten Branchen-Lobbyisten in der LDP den Bürokraten ihre Wünsche. In fast jedem Bereich der japanischen Politik gediehen Filz und Korruption.“; „In der Politik aber kommt die Praxis das Land teuer zu stehen: Durch fragwürdige Bauprojekte wie Straßen und Staudämme hat sich der Staat auf 140 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts verschuldet.“; „Dieser Wohlstand aus besseren Zeiten stellt aber auch Japans größte Bedrohung dar, weil er jeglichen Reformeifer zu ersticken droht ...“; „Wie ein Krake erstickt der japanische Verwaltungsapparat die überfällige Modernisierung der Wirtschaft. So pumpt Tokio über die staatliche Postbank – mit Einlagen von rund 240 Billionen Yen ist sie die größte Bank der Welt – riesige Summen in kranke Branchen. Um diesen Teufelskreis langfristig zu durchbrechen, will Koizumi die Post privatisieren. Doch eine ohnehin zaghafte Reform, die er dem Parlament vorlegte, wurde von der alten LDP-Garde ausgehöhlt. Die Liberalisierung sei in noch weitere Ferne gerückt, schimpft die Wirtschaftszeitung ‚Nihon Keizai‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23582732.html>

Ständig neue faule Kredite (22.07.2002)

Von Wagner, Wieland und Hoynig, Hans

Ministerpräsident Junichiro Koizumi über den wirtschaftlichen Abstieg seines Landes, den unausweichlichen Zwang zu Reformen und die Widerstände gegen sein Programm im eigenen Lager

Insistieren auf Reformunfähigkeit der Politik. „Nehmen Sie zum Beispiel Ihr Lieblingsprojekt, die Postreform: Die hat zwar das Unterhaus passiert, ist aber fast in ihr Gegenteil verkehrt worden, weil die alte Garde Ihrer eigenen Partei nicht die Macht über einen Service mit der größten Sparkasse der Welt verlieren wollte, durch die sie ihren Einfluss bewahrt.“; „Aber das ist bislang allerhöchstens ein Reförmchen. Hat Japan denn noch unendlich viel Zeit, um sich an die veränderten Bedingungen in der Welt anzupassen?“; „Widerstand gegen Reformen gibt es überall auf der Welt. Uns interessiert vielmehr: Kann es überhaupt grundlegende Reformen geben mit einer so starken und unwilligen Regierungspartei, in der Sie isoliert sind?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23582733.html>

ARBEITSMARKT: Aufmarsch der Bedenkenträger (29.07.2002)

Von Sauga, Michael

Die Radikalkur der Hartz-Kommission kommt unter die Räder: Parteien und Lobbyisten kippen einen Reformbaustein nach dem anderen.

Reformblockade durch Interessengruppen, insbesondere Gewerkschaften; Sozialmissbrauch („Drückeberger“). „Schon jetzt haben die Besitzstandswahrer in Parteien und Interessengruppen das ursprüngliche Reformpapier arg gefleddert. Die vorgesehenen Einschnitte für Arbeitslose? Unter dem Druck der Gewerkschaften fast vollständig vom Tisch. Dafür muss die Kommission auf Wunsch der Regierung immer neue Pläne zur Beschäftigungsförderung präsentieren. Auch wenn das gar nicht zu ihren Aufgaben zählt. Auch wenn das nötige Geld nirgends vorhanden ist.“; „Auf die Inhalte kommt es dem Kanzler und seiner ums Überleben kämpfenden Koalition ohnehin nicht mehr an. Hauptsache, sie kann ihr vermeintliches Gewinnerthema mit immer neuen Terminen und Diskussionshäppchen in den Schlagzeilen halten.“; „Dabei hatte das Vorhaben so viel versprechend begonnen. Nach viermonatiger Debatte hinter verschlossenen Türen hatten Hartz und seine Mannschaft ein mutiges Reformpaket vorgelegt: Mit zusätzlicher Zeitarbeit, mehr Druck auf

Joblose und gezielt geförderter Selbständigkeit wollte die 15-köpfige Kommission den zementierten Arbeitsmarkt aufbrechen. Ökonomen, Experten und Politiker aller Parteien feierten den Plan als ‚Durchbruch‘. Doch unter dem Trommelfeuer der Lobbyisten muss die Kommission nun Vorschlag um Vorschlag wieder einkassieren – wie beim Arbeitslosengeld: Das wollte die Kommission künftig in den ersten Monaten als Pauschale auszahlen, um Verwaltungspersonal für die Stellenvermittlung freizubekommen. Ein schöner Plan. Aber dann machten die traditionellen Bedenkenräger aus Ministerien und Verbänden juristische Vorbehalte geltend.“; „Nach derselben Melodie stoppten die Gewerkschaften alle Pläne, die Zahlungen für Joblose zu kürzen. Nur noch ein Jahr Arbeitslosengeld, Fusion von Sozial- und Arbeitslosenhilfe? So sollte notorischen Faulenzern der Anreiz genommen werden, es sich allzu lange auf Staatskosten bequem zu machen. Doch nachdem DGB & Co. gegen die ‚Bestrafung von Arbeitslosen‘ mobil machten, nahm die Kommission eine Kürzungsidee nach der anderen zurück. Mittlerweile soll das Arbeitslosengeld ‚gegenüber der heutigen Regelung unverändert‘ bleiben. Die künftige Arbeitslosenhilfe soll ‚weiter unbegrenzt gezahlt werden‘, so das Papier. Dafür wollen Hartz und seine Experten künftig all jenen Jobsuchenden die Stütze kürzen, die zumutbare Stellen ablehnen. Ob das funktioniert, halten Experten für fraglich. Schon heute wissen erfahrene Drückeberger bestens, wie sich bei Bewerbungsgesprächen die so genannten Zumutbarkeitsregeln zuverlässig umschiffen lassen.“; „Noch immer halten die meisten Fachleute den Hartz-Plan für die geeignete Blaupause, um nach der Wahl die quälend langsame Jobvermittlung in Deutschland auf Trab zu bringen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23685488.html>

Echtes Trauerspiel (29.07.2002)

Von Neukirch, Ralf und Reiermann, Christian

Unionspolitiker Lothar Späth, 64, über seine Ideen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Wirtschaft

Interviewfragen: Interessengruppen, Staatskepsis. „Und Sie glauben wirklich, dass die Gewerkschaften das mitmachen werden?“; „Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Schmusekurs gegenüber den Verbänden nicht zu einer Auflösung des Reformstaus führt. Müsste die Politik nicht mehr Mut zum Konflikt haben und ihre Vorhaben auch gegen den Widerstand organisierter Interessen durchsetzen?“; „Sie schlagen zum Beispiel vor, dass ältere Arbeitslose auf ihren Kündigungsschutz verzichten und stattdessen eine Abfindung akzeptieren sollen, um schneller einen neuen Job zu bekommen. Wenn das hilft, warum soll das nicht auch für junge Arbeitslose gelten?“; „Würde dem Staat die Liberalisierung nicht viel einfacher fallen, wenn er nicht selbst an großen Mitspielern wie Post AG und Telekom beteiligt wäre?“; „Ihr Vorschlag ist doch purer Staatsinterventionismus. Berlin soll Geld ausgeben, weil die Privatwirtschaft sich zurückhält.“; „Wie würden Sie sich denn selbst beschreiben? Sind Sie etwa ein Neoliberaler?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23685489.html>

Ich bin hier im Paradies (29.07.2002)

Von Evers, Marco

Mehr als acht Milliarden Dollar Vermögen, weltberühmte Professoren, eine eigene Polizei und 14 000 Studenten – Stanford in Kalifornien ist eine der renommiertesten Universitäten der Welt. Das Studium ist härter als in Deutschland, doch wer es schafft, gehört zur absoluten Elite.

Vorzüge privat finanzierter und wettbewerbsorientierter Bildung. „Gebühren“, findet Ex-Präsident Casper, „sind nur gerecht. In Deutschland lassen sich die Reichen ihr Studium von den armen Steuerzahlern finanzieren.“ Zudem wirkten sie als ‚ein Seriositätsanreiz: Die Studenten müssen ihr Studium schon sehr ernst nehmen‘. Das tun sie dann auch. Viele sehen sich als zahlende Kundschaft und finden nichts dabei, ihren Professor am Wochenende anzurufen, um ein paar Nachfragen zu stellen.“; „Die Kommilitonen seien so gut wie die zehn Prozent Besten an deutschen Unis. Aber von Stanford gehe ein Impuls aus, sich richtig anzustrengen: ‚Das träge Umfeld in Deutschland macht jede Motivation tot.““; „Vor allem schätzt Girod die amerikanische Offenheit und die segensreichen Wirkungen des allgegenwärtigen Wettbewerbs. ‚Um einen besonders guten Studenten nach Stanford zu holen‘, sagt er, ‚habe ich einmal um sechs Uhr früh im Wohnheim in China angerufen‘ – mit Erfolg.“; „Auch in Erlangen wollte er einmal eine hoch begabte Chinesin zur Promotion in Deutschland gewinnen – mit desaströsem Ergebnis: Als das Landratsamt ihr eine Kaution von damals 35 000 Mark abforderte, entschloss sie sich, lieber in die USA zu ziehen, wo sie immer noch lebt. ‚So werden die besten Leute vertrieben‘, findet Girod.“; „Und selbst an schlechten US-Universitäten sei die Qualität der Lehre immer noch besser als in Deutschland. ‚Weil die Studenten Gebühren zahlen‘, sagt Girod, ‚werden sie auch besser gepflegt.‘ Faule Professoren und Langweiler erleiden eine ‚fatale Gehaltsentwicklung‘, erzählt Literaturwissenschaftler Gumbrecht. Bezüge können eingefroren oder sogar abgesenkt werden; anerkannte Lehrer hingegen dürfen sich über Preise und Prestige freuen. Auch deshalb sei das alte Humboldtsche Bildungsideal von der Einheit der Lehre und Forschung in Stanford weitaus ausgeprägter als in Humboldts Heimat.“; „Absolventen haben um den Campus herum mehr als 350 Technologie-Firmen gegründet, darunter Yahoo, Google und Sun Microsystems, eine Firma, die nichts mit der Sonne zu tun hat, aber viel mit dem ‚Stanford University Network‘. Ohne Stanford, da sind sich alle einig, gäbe es kein Silicon Valley.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23685479.html>

Wir sind die Angeschmierten (12.08.2002)

Von Finke, Björn; Hornig, Frank; Jung, Alexander; Kehrer, Marcel; Löhe, Fabian; Werle, Klaus
Anfang 30, hoch qualifiziert – und gefeuert: Die Kündigungswelle erfasst die Leistungsträger der Gesellschaft, die neue Mitte gerät ins Abseits. Werber, Banker oder Betriebswirte, die eben noch heiß begehrt waren, müssen um den Arbeitsplatz bangen – jetzt kann es jeden treffen.

Reformunfähigkeit der Politik, positive Darstellung der Selbstständigkeit. „Das Bündnis für Arbeit, die Benchmarking-Experten und nun die Hartz-Kommission: Zahllose Vorschläge, wie der Arbeitslosigkeit beizukommen ist, wurden in den vergangenen Jahren ausgetüfelt, debattiert – und zerredet. In der Zwischenzeit haben es die Regierungen in vielen anderen Ländern Europas, in Dänemark, der Schweiz oder in Großbritannien, geschafft, trotz globalen Abschwungs die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren. Hier dagegen ist sie im Juli erneut über vier Millionen gestiegen, Florian Gerster, der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, hat fast eine viertel Million mehr Kunden in der Kartei als vor einem Jahr.“; „Die Kultur der Selbständigkeit, so oft schon beschworen, jetzt könnte sie sich endlich entfalten, wenn auch nicht ganz freiwillig.“; „Mancher Arbeitslose mag die Job-Krise aber auch als Chance nutzen, seinem Leben eine völlig neue Wendung zu geben. Die Hamburgerin Gesa Rau, 44, zum Beispiel will sich und anderen zeigen, ‚wie man aus der Niederlage einen Sieg macht‘, sagt sie kämpferisch.“; „Nachdem sie merkte, dass auf dem Hamburger Arbeitsmarkt ‚Totentanz herrscht‘, hat sie sich nun entschlossen, einen alten Traum endlich zu verwirklichen: Sie will einen kleinen Handwerksbetrieb eröffnen, in dem Glasplatten in Öfen erhitzt und kunstvoll zu Lampen, Firmenschildern oder Duschkabinen verarbeitet werden. Gesa Rau fühlt sich seit dem Plan für den Neustart wie befreit: ‚Raus aus der Buchhaltung, rein in die Kreativität.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23786255.html>

Schöner Tag für Arbeitslose (12.08.2002) ■

Von Sauga, Michael

Mit dem Abschlussbericht der Hartz-Kommission will die rot-grüne Regierung im Wahlkampf Punkte machen. Eine Reihe ihrer Pläne mussten die Job-Reformer aufgeben.

Bedenkenträger der Interessengruppen verwässern Reformen. „Ob das Kalkül aufgeht, ist jedoch mehr als fraglich. Allzu weit musste sich die Kommission inzwischen von ihrem Ursprungskonzept einer ‚Radikalkur gegen Arbeitslosigkeit‘ (SPIEGEL 26/2002) entfernen: Mit geringeren Leistungen für Arbeitslose, einer schnelleren Stellenvermittlung und gezielt geförderten Dienstleistungsjobs sollten zwei Millionen Erwerbslose wieder Arbeit finden. Doch dann passierte, was immer passiert, wenn Reformen geplant sind: Die Bedenkenträger aus Ministerien, Verbänden und Gewerkschaften ergriffen lautstark das Wort und redeten die forschenden Vorschläge des ideenreichen VW-Managers systematisch klein. Was die Kommission unter dem Druck der Lobbyisten am Ende zusammenkochte, ist in vielen Fragen ein halbherziger Kompromiss.“; „Ebenso klein gefräst wurden die Pläne, mit Hilfe staatlicher Zuschüsse Selbständigkeit und Billigjobs zu fördern.“; „Ob das reicht, für neuen Schwung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen? Viele Experten sind skeptisch, doch der Kanzler zeigt sich begeistert, das Kabinett soll sich am Mittwoch damit befassen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23786256.html>

WAHLKAMPF: Zu viel gebabbelt (26.08.2002) ■

Von Hinrichs, Per; Neukirch, Ralf; Reiermann, Christian; Schäfer, Ulrich; Schult, Christoph

Der Kanzler auf der Flutwelle: Gerhard Schröder verschiebt wegen der Wetterkatastrophe die Steuerreform – und bringt Edmund Stoiber ins Schlingern. Doch in ihrem Wettlauf um das beste Hilfsprogramm bieten beide problematische Konzepte an.

Politiker sind nicht willens zu sparen. „Und kleinere einstellige Milliardenbeträge lassen sich bei der Neuaufstellung eines Haushalts in jedem Etat aufbringen – erst recht über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Hier gehe es um eine Größenordnung, sagt der Finanzwissenschaftler und ehemalige Wirtschaftsweisen Rolf Peffekoven, ‚die in einem ordentlich finanzierten Haushalt durch entsprechende Reduktion bisheriger Ausgaben finanziert werden müsste‘. Alles in allem bewegt allein Eichel jährlich knapp 250 Milliarden Euro, die Finanzminister der Länder verfügen zusammen über einen ähnlich hohen Etat. Selbst wenn die Flutkosten in einem Zug beglichen würden, entspräche das allenfalls zwei bis drei Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben. Der Katastrophe mit Einsparungen zu begegnen wäre also durchaus möglich gewesen – doch in diesem Fall sind sich der Kanzler und sein Herausforderer ausnahmsweise einig. Sie wissen: Im Wahlkampf muss man klotzen, um Größe zu beweisen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-24093753.html>

SCHWEDEN: Ende eines Traumas (26.08.2002)

Von Ertel, Manfred

Mit einem rigorosen Sparkurs führte Göran Persson sein Land aus der Krise. Nun darf der neue Star der europäischen Sozialdemokratie auf einen Sieg bei den Wahlen hoffen.

Erfolgreiche Sparpolitik. „Persson führte das Land zum Beispiel durch einen für schwedische Verhältnisse rigorosen Sparkurs aus der Wirtschaftskrise Anfang der Neunziger. Der machte auch vor Errungenschaften des Wohlfahrtsmodells nicht Halt: Er kürzte Arbeitslosen- und Krankengeld sowie die Sozialhilfe, führte einen Karenztag bei Krankheit und

eine Eigenbeteiligung im Rentensystem ein. Aber er hatte Erfolg. Persson drückte die Arbeitslosigkeit von bis zu 15 auf inzwischen rund 4 Prozent und die Inflation von 10 auf 2 Prozent. Das Haushaltsdefizit von 13 Prozent ist zwischenzeitlich einem Überschuss von etwa 1,7 Prozent gewichen. So kann Persson jetzt sogar, rechtzeitig vor der Wahl, neue soziale Wohltaten ausloben – wie die Erhöhung des Kindergeldes – oder neue Finanzhilfen für das Gesundheitswesen und die Bildung.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-24093795.html>

Dynamik gebremst (26.08.2002)

Von Jung, Alexander

Ökonom Thomas Straubhaar über die Auswirkungen der Hochwasser-Katastrophe auf die deutsche Konjunktur

Staatsausgaben, Strohfeuer. „SPIEGEL: Erwarten Sie, dass in den kommenden Monaten in Deutschland etwas Ähnliches geschieht wie 1995 in Japan, als nach dem Erdbeben in Kobe das Wiederaufbauprogramm die gesamte dortige Wirtschaft stimulierte? Straubhaar: Dieser ‚Kobe-Effekt‘ wird ganz sicher zu spüren sein. Die Milliarden, die der Staat einsetzt, wirken wie ein Nachfrageprogramm, von dem auch westdeutsche Unternehmen und Handwerker profitieren werden. Deshalb finde ich es etwas merkwürdig, wenn manche behaupten, die Verschiebung der Steuerreform könnte die Konjunktur abwürgen.“; „SPIEGEL: Wie lange könnte der stimulierende Kobe-Effekt anhalten?“; „Straubhaar: Es ist leider nur ein Strohfeuer. Die Wirkung wird nicht nachhaltig sein. Im Gegenteil: Mittelfristig wird die Dynamik sogar gebremst. SPIEGEL: Wie das? Straubhaar: Die ostdeutsche Wirtschaft krankt unter anderem daran, dass der Bausektor überdimensioniert ist. Das Konjunkturprogramm trägt fatalerweise dazu bei, dass dies so bleibt. So werden die Strukturprobleme, die Ostdeutschland lähmen, durch die Milliardenhilfen letztlich verlängert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-24093754.html>

Wir haben uns verändert (02.09.2002)

Von Aust, Stefan; Steingart, Gabor; Neukirch, Ralf

Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber über einen möglichen Krieg im Irak, die Steuerpläne eines Kabinetts unter seiner Führung und die Erwartungen an den potenziellen Koalitionspartner FDP

Interviewer fordern Sparpolitik ein. „Mit dieser Kritik ist schon Schröder Kanzler geworden. Denn die meisten der heute zu Recht beklagten Tatbestände – hohe Staatsschulden, hohe Abgabenquote, hohe Arbeitslosigkeit – sind auch in 16 Jahren Helmut Kohl entstanden.“; „Und jetzt sollen sie Vertrauen haben zu einem Mann, der nicht den Mumm hat, die zehn Milliarden Euro Fluthilfen durch Einsparungen zu finanzieren, sondern neue Schulden machen will?“; „Ihre gesammelten Wahlversprechen in Ehren. Das heute sichtbare Reformsignal ist eine außerplanmäßige Neuverschuldung.“; „Wir reden auch nicht von Steuererhöhungen, sondern vom Sparen. Warum ist es zu viel verlangt, dass der Staat, der jährlich 500 Milliarden Euro ausgibt, eine überschaubare Summe von 10 Milliarden durch Einsparungen finanziert?“; „Uns fällt vor allem auf, dass Sie bei Ihren finanziellen Forderungen immer weiter draufsatteln. Jetzt soll auf einmal ein zusätzliches Deichbauprogramm aufgelegt werden.“; „All Ihre schönen Programme werden vom Geld der Steuerzahler finanziert.“; „Uns fällt nur auf, dass Ihre Ideen immer sehr kostspielig sind: Sie wollen jeder Familie die ersten drei Jahre monatlich 600 Euro für jedes Kind zahlen, was sich am Ende zu einem 25-Milliarden-Paket entwickelt. Sie versprechen mehr Geld für die Bundeswehr. Sie kündigen Steuersenkungen an. Wollen Sie als Schuldenkanzler in die Geschichte eingehen?“; „Schwarzarbeit wird aber doch im Wesentlichen von Beziehern normaler Einkommen nachgefragt, die nicht einsehen, dass Steuern zweimal bezahlt werden müssen, wenn sie Leute beschäftigen. Warum kann ein privater Haushalt, der Leuten Arbeit gibt, dies nicht steuerlich absetzen – wie jedes Unternehmen?“; „Fehlt einem Kanzler Stoiber der Mut zu grundlegenden Reformen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-24389590.html>

FINANZPOLITIK: In Treue fest (09.09.2002)

Von Reiermann, Christian

Ökonomen streiten über die Folgen des Stabilitätspakts für die schwache Konjunktur – weit gehend folgenlos.

Der Versuch, die Regeln aufzuweichen, hat keine Chance.

Verteidigung des Maastricht-Pakts. „Doch für Eichel geht es nicht nur um Wahltaktik. Der Pakt hilft ihm, Ausgabenwünsche vor allem der eigenen Genossen abzuwehren. Ohne die strengen Auflagen – davon ist Eichel fest überzeugt – würden in Sachen Schulden alle Dämme brechen. Immerhin ist es auch dem Stabilitätspakt zu verdanken, dass viele EU-Länder ihre Etats saniert haben. Noch zu Beginn der neunziger Jahre betrug das durchschnittliche Staatsdefizit in der EU sechs Prozent, heute liegt es bei einem. Vor allem die großen Mitgliedstaaten Italien, Frankreich und Deutschland sind schuld, dass es noch nicht bei null liegt. Dabei ist der Pakt viel besser als sein Ruf. Länder, die ihre Finanzen in Ordnung gebracht haben, dürfen in Krisen wieder ordentlich Geld ausgeben – auch auf Pump.“; „Doch selbst Staaten, deren Haushalt außer Kontrolle zu geraten droht, behandelt der Pakt mit einer Mischung aus dosierter Strenge und flexibler Nachsicht. Überschreitet ein Land tatsächlich die Höchstgrenze für die Neuverschuldung – wie Portugal im vergangenen Jahr – werden keineswegs sofort die umstrittenen Strafzahlungen fällig. In einem zwölfstufigen Sanktionsverfahren erhält der Staat immer wieder Gelegenheit, sich zu rechtfertigen und seinen Kurs zu

korrigieren. Auch Deutschland wird schon bald von der eingebauten Flexibilität profitieren.“; „Jede Aufweichung des Pakts würde ein verheerendes Signal an die Märkte senden“, warnt deshalb auch Jürgen Stark, Vizepräsident der Bundesbank und einer der Väter des Vertragswerks. Für die Nachlässigkeit hätte der Euro-Raum teuer zu zahlen: Höhere Unsicherheit, höhere Preise und höhere Zinsen wären die Folge.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-24793171.html>

Die blockierte Republik (21.09.2002)

Von Hammerstein, Konstantin von; Koch, Julia; Neubacher, Alexander; Pötzl, Norbert F.; Schäfer, Ulrich; Steingart, Gabor

Deutschland hat keine Wahl: Die Arbeitslosigkeit sowie das katastrophale Bildungs- und das Gesundheitswesen zwingen zur Reform. Auch die Staatsbürokratie ist sanierungsreif. Die Rezepte sind bekannt – doch Parteien und Verbände verteidigen verbissen den Status quo.

Bürokratie, Reformunfähigkeit, Lohnnebenkosten etc., Kontrapunkt: Plädoyer für höhere Körperschaft- und Erbschaftsteuer. „Gebraucht wurde stattdessen eine Vokabel, die reflexartig Wohlbehagen beim Zuhörer auslösen, ihm ein hoffnungsfrohes Glänzen in die Augen zaubern soll: soziale Sicherheit. Die Magie jener Wortkombination aus den Anfangstagen der Republik, als ein Zigarre paffender Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ‚Wohlstand für alle‘ versprach, wirkt noch heute.“; „Da wollte der Spitzenkandidat der Union nicht nachstehen. Seine auf dem Münchner Marienplatz gehaltene Eröffnungsrede liest sich wie ein Manifest des Gewerkschaftsbundes: ‚Wir wollen ein solidarischer Deutschland‘, rief er aus. Zwölfmal streute er das Zauberwort ‚sozial‘ über seinen Redetext. Sein schwerster Vorwurf an die Schröder-Regierung: ‚Das ist sozial ungerecht.‘ So schoben die Parteien ihre Parolen mit vereinten Kräften wie eine Nebelwand vor die eigentlichen Probleme des Landes. Ihr Treueschwur galt dem Status quo, nicht seiner Veränderung. Hatte SPD-Kanzler Willy Brandt seine Lust auf Erneuerung (‚Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen‘) noch großflächig plakatieren lassen, wurde diesmal lautstark geschwiegen.“; „Der Befund ist schon jetzt dramatisch:

– In den Randzonen der Industrienation leben immer mehr Menschen, an denen jeder Aufschwung vorbeischießt. Die zweistelligen Arbeitslosenquoten lassen nur erahnen, wie viel Wut sich hinter den Fassaden der Wohnsilos versammelt hat ...“;

„– Ein Gesundheitssystem, das vor allem darauf ausgerichtet ist, den Interessengruppen des pharma-industriellen Komplexes zu dienen, steht kurz vor dem Kollaps.“;

„– Das deutsche Bildungssystem, einst Vorbild für viele, taugt nur noch als Lehrbeispiel für einen staatlich organisierten Niedergang.“;

„– Wie ein Virus breitet die Bürokratie sich aus und greift in nahezu alle Lebensbereiche der Bürger ein.“; „Der neue Kanzler wettete leidenschaftlich gegen den deutschen ‚Luxus der Langsamkeit‘, verwies auf die reformfreundigen Sozialdemokraten anderswo, die allesamt ihre Arbeitsmärkte und Sozialsysteme erneuert hatten - mit teils beachtlichen Ergebnissen.“; „Der Reformeifer des Kanzlers war schon zur Hälfte der Legislaturperiode erlahmt, mühsame Kämpfe mit dem Bundesrat und einer traditionsbewussten IG Metall hatten zu Verschleißerscheinungen geführt, die so früh niemand erwartet hatte.“; „Ähnlich wie die sowjetische Planwirtschaft in den achtziger Jahren ist auch das deutsche Gesundheitswesen längst außer Kontrolle geraten. So sind in nur zehn Jahren die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen um fast 50 Prozent gestiegen. ‚Wenn wir nicht bald handeln, ist in den nächsten Jahren mit einer Verdoppelung der Krankenkassenbeiträge zu rechnen‘, warnt der Kieler Gesundheitsforscher Fritz Beske. Dabei wissen die Fachleute schon lange, was zu tun ist: In der mit 300 Milliarden Euro Umsatz und vier Millionen Beschäftigten größten Branche der Republik könnte ein bisschen mehr Marktwirtschaft durchaus nützlich sein. Ebenfalls gefragt: der gesunde Menschenverstand.

– Mehr Selbstbeteiligung.“;

„– Mehr Kostenkontrolle.“;

„– Mehr Wettbewerb.“;

„Die Parteien kennen die teils bittere Medizin – und lehnen sie ab. In aller Regel aus eher wahlkampfaktischen Gründen.“;

„– Mehr Autonomie. In kiloschweren Erlassensammlungen werden die Schulen von ihrer jeweiligen Kultusbürokratie gegängelt, dabei sind es doch vor allem sie, die über Erfolg oder Misserfolg entscheiden.“;

„– Leistungskontrolle für Schulen und Lehrer.“; „Der verklärende Blick in eine ruhmreiche Vergangenheit kann hilfreich sein – zumindest bei der Ursachenforschung. Unter dem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard entstand aus einer kriegsversehrten Ruinenlandschaft ein prosperierendes Gemeinwesen, und ein ganzes Volk von Arbeits- und Obdachlosen stand binnen weniger Jahre in Lohn und Brot. Und das, obwohl der Durchschnittslohn allein zwischen 1950 und 1958 um sagenhafte 80 Prozent stieg. Das Wirtschaftswunder gründete vor allem auf Wachstum, wie es nur nach Kriegen und Naturkatastrophen zu verzeichnen ist. Bei Erhards Amtsantritt 1949 betrug es rund 16 Prozent, Mitte der fünfziger Jahre immer noch durchschnittlich 10 Prozent, dann erst pendelte es sich bei knapp 5 Prozent in den sechziger Jahren ein. Zum Vergleich: In diesem Jahr wächst die deutsche Wirtschaft nur noch um magere 0,7 Prozent. Die wichtigste Ursache der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland sind die so genannten Lohnnebenkosten, die mittlerweile über 40 Prozent der Lohnzahlungen ausmachen und wie eine Strafsteuer auf den Faktor Arbeit wirken.“;

„Vergebens: Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft geht einher mit dem Trend zu

unkonventionellen Arbeitsformen. Und: Viele Dienstleistungsjobs können, weil ihre Produktivität sich nicht durch Technikeinsatz steigern lässt, den 40-prozentigen Sozialaufschlag nicht erwirtschaften.“; „Das Verrückte der ewigen Beitragssteigerungen: Der Mitarbeiter hat immer weniger netto – und wird für seinen Chef dennoch immer teurer. Wer sich selbst eine Handwerkerstunde für 30 Euro leisten will, muss dafür bei einem normalen Einkommen brutto doppelt so viel verdienen. Einzige Alternative auch auf der Seite der Nachfrager: das Heer der Schwarzarbeiter.“; „Die alternde Bevölkerung, in der ein Erwerbstätiger schon im Jahr 2050 1,2 Rentnern gegenübersteht, tut ihr Übriges. Mit den klassischen Methoden der Effizienzsteigerung und des moderaten Sozialabbaus ist das Problem nicht mehr in den Griff zu bekommen. Notwendig ist nicht weniger als ein Systemwechsel:

– Nur durch die weitestgehende Reduzierung der Lohnnebenkosten kann sich der Arbeitsmarkt wieder entfalten. Länder, die ihren Sozialstaat nicht über Beiträge finanzieren, erzielen deutlich bessere Resultate.“;

„– Her mit dem Niedriglohn-Sektor. Kurzfristig ist zumindest eine Absenkung der Sozialabgaben für einfache Tätigkeiten nötig, um den Boom der Schwarzarbeit zu bremsen und die Zahl der regulären Beschäftigungsverhältnisse zu erhöhen.“;

„– Flexiblere Regeln. Vor allem für Teilzeit-Arbeiter und neue Selbständige müssen einfache und praktikablere Regeln her. Was für Großbetriebe sinnvoll ist – Mitbestimmung und Kündigungsschutz –, können die kleineren Unternehmer oft (noch) nicht verkraften.“; „Eine größere Rolle bei der Sozialstaatsfinanzierung müssten künftig die Firmengewinne und die Vermögenden spielen. Ihr Anteil an der Staatsfinanzierung ist seit 30 Jahren rückläufig. Die Körperschaftsteuer und die Besteuerungen von Veräußerungsgewinnen sind derzeit auf null gesunken, wofür es keine plausiblen Gründe gibt. In den USA etwa ist die Vermögensbesteuerung, vor allem auf Erbschaften und Grundbesitz, viermal so hoch wie in Deutschland, in Großbritannien und Kanada sogar fünfmal so hoch.“; „Vier Millionen Beamte und Angestellte leistet sich das Land. Längst hat sich der gewaltige Apparat der öffentlichen Kontrolle entzogen: Von 666 Bundestagsabgeordneten sind fast die Hälfte Beamte oder öffentliche Angestellte, eine mächtige Lobby in eigener Sache. Sie hat dafür gesorgt, dass Bürokraten sich vornehmlich mit sich beschäftigen.“; „Während private Unternehmen ihre Angestellten mit den neuesten EDV- und Kommunikationsmitteln ausrüsten, um ein Maximum an Effizienz zu erreichen, ackern sich deutsche Richter durch Berge verstaubter Akten, weil es zu wenig Computer gibt.“; „Berliner Polizisten schleppen klobige Funkgeräte aus den sechziger Jahren mit sich herum oder jagen in ihren verrotteten Mannschaftsunterkünften Kakerlaken, während ihre Kollegen vom BGS in Bremen noch vor wenigen Monaten vor jedem Einsatz auswürfeln, wer eine der wenigen Schutzwesten tragen durfte. Mit großen Teilen dieser Verwaltung ist kein Staat mehr zu machen. Gegängelt durch unendliche Vorschriften, Richtlinien und Verordnungen, gedemütigt durch miserable Ausstattung, nervt der Öffentliche Dienst nun seinerseits diejenigen, die ihn bezahlen und deren Dienstleister er doch eigentlich sein sollte – die Bürger. Unaufhörlich wie in einem Alptraum produziert der Apparat immer neue Regeln, eine detailliertere als die andere. Schätzungsweise 70 Prozent der weltweiten Steuerliteratur ist in Deutsch verfasst.“; „Jede Reform des Öffentlichen Dienstes muss versuchen, zunächst die Flut immer neuer Regeln einzudämmen, die ihrerseits immer neuen Bürokratiebedarf erzeugen. Eine Radikalkur wäre überfällig ...“; „Die Politiker kennen die Probleme und kennen auch die Ideen zu ihrer Lösung. Und dennoch zaudern sie. Alle Parteien haben in ihren Programmen wieder nur Trippelschritte eingeplant – ein bisschen weniger Sozialbeiträge und ein bisschen mehr Wahlfreiheit. Denn sie fürchten die Widerstände der Betroffenen. Gegen die Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen ziehen die Pharmakonzerne zu Felde. Gegen weniger Bürokratie wehren sich Beamtenbund und Ver.di-Funktionäre. Und gegen eine durchgreifende Lösung am Arbeitsmarkt haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber verschworen. Nur der Job-Mangel garantiert ihre Organisationsmacht.“; „Den Politikern ist allenfalls zuzugestehen, dass ihnen die organisierten Interessen, vorweg jene der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, in der Tat das Leben schwer machen. Deren Sprecher verstehen sich aufs Nein-Sagen und Protestieren. Sie sammeln sich in Kartellen, die mit Milliardenaufwand Drohkulissen aufbauen und gegebenenfalls niederreißen. Jedem Volksvertreter stehen heute etwa 20 Lobbyisten gegenüber, deren einziges Ziel oft die Besitzstandswahrung ist.“; „In der Bundesrepublik ist außerdem eine Aufsichtskultur entstanden, die reflexartig jeden Verstoß ahndet und kreative Ideen bestraft. Das Krankensystem ist unbezahlbar – aber bitte keine Zwei-Klassen-Medizin. Der Beamtenstatus ist ein Relikt – aber er muss erhalten bleiben. Die Arbeitslosenunterstützung ist oft höher als ein Arbeitsentgelt – aber wer das geißelt, wird als gefühllos attackiert. Die Erhöhung der lächerlich niedrigen Erbschaftsteuer – Vorsicht: Tabubruch. Mehr Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand – muss das denn sein?“; „Erst am Dienstag vergangener Woche wandten sich die Stichwortgeber der organisierten Partikularinteressen gegen die Reformideen des VW-Vorstandes Peter Hartz.“; „So wird jedes Reformpflänzchen niedergewalzt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25211792.html>

Mittelstand? Abgebrannt! (21.09.2002)

Von Deckstein, Dinah; Jung, Alexander; Klawitter, Nils; Sauga, Michael; Schäfer, Ulrich

Kaum jemand erlebt den Reformstillstand so brutal wie der deutsche Mittelstand – im Stich gelassen von Politikern und kaltgestellt von den Banken, gelähmt von flauer Konjunktur, drangsaliert von Bürokraten und verheddert in einem undurchdringlichen Dickicht aus Steuer- und Arbeitsrecht.

Bürokratie, Sozialabgaben. „Gleichermaßen macht den Mittelständlern ein Staat zu schaffen, der den geschwächten Firmen die Luft abschnürt. Sie kämpfen im Paragrafenschwung mit einer Bürokratie, die alle Beweglichkeit zunichte macht. Sie zahlen Steuern in einer Höhe, die jeden Spaß an der Arbeit raubt. Sie tragen Nebenkosten, die längst

„Hauptkosten“ genannt werden sollten. Für 100 Euro Lohn muss ein Arbeitgeber heute zusätzlich 81,20 Euro aufwenden: für Sozialversicherungsbeiträge und Unfallversicherungen, bezahlte Feiertage, Mutterschutz, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Altersversorgung, Vermögensbildung, Ausbildung und, und, und ...“; „Mittelstand? Abgebrannt im Reformstau-Land! Von der Politik im Stich gelassen, von Bürokraten drangsaliert, von Banken ignoriert und von Steuern und Abgaben demoralisiert.“; „Dass der Reformstau nicht aufgelöst wurde, beklagen nun sogar jene, die 1998 noch mit Schröder den Aufbruch verbanden. Mit Ausnahme einiger weniger Modernisierungsprojekte wie der Rentenreform oder der Green Card vermögen sie in der Regierungsbilanz wenig Positives zu entdecken. Im Gegenteil: Von der Ökosteuer über die Scheinselbständigen-Regelung bis zum Recht auf Teilzeit – unterm Strich brachte der ‚Genosse der Bosse‘ vor allem neue Lasten, höhere Abgaben und zusätzliche Bürokratie ...“; „So bleibt den Mittelständlern kaum ein Ausweg, um der steigenden Kostenlast zu entgehen, die ihnen das Tarifkartell, vor allem aber der Staat auferlegt: für die Altersvorsorge zum Beispiel oder die Gesundheit. Der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung hat im Schnitt bereits die 14-Prozent-Marke erreicht. Und jeder Versuch, die Beiträge zu den vier Säulen der gesetzlichen Sozialversicherung in den Griff zu bekommen, war bestenfalls von kurzem Erfolg – nicht erst seit der rot-grünen Regierung, sondern schon seit 1975, als die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erstmals die Millionengrenze überschritt. Damals führten Arbeitgeber und Arbeitnehmer etwa 30 Prozent des Bruttoverdienstes an die Sozialkassen ab. Heute sind es 41,3 Prozent. Seit jenen Tagen ist Deutschland gefangen in einer Abwärtsspirale: Die Arbeitslosigkeit verringert die Einnahmen in die Sozialkassen, die Beiträge für die Sozialversicherungen müssen angehoben werden, dadurch steigen die Lohnnebenkosten, die den Faktor Arbeit verteuern. Deshalb stellen die Firmen keine Mitarbeiter ein. Ergebnis: Die Zahl der Arbeitslosen wächst, die Personalkosten steigen weiter.“; „So halten sie die Arbeitgeber weiterhin an, nach der Begutachtung von Bewerbern sorgfältig ein umfangreiches Formular auszufüllen. Mindestens fünf Minuten brauche er für jeden Bogen, erzählt Detlev Schönfelder, Reisebüro-Geschäftsführer in Hamburg. ‚Dafür habe ich einfach nicht die Zeit.‘“; „Rund 30 Milliarden Euro kostet es die Wirtschaft jährlich, staatlich administrierte Aufgaben zu erledigen. Sie müssen Ausfuhrbescheinigungen ausfüllen, Unfallvorschriften aushängen, Sozialbeiträge abführen. Sie haben den Mitarbeitern aus 60 verschiedenen Gründen Verdienstbescheinigungen auszuhändigen, für den Wohngeldantrag etwa oder das Zeugengeld bei Gericht. Und sie müssen ein Heer von Beauftragten vorhalten: für Abwasser und Abfall, für Gefahrgut, Qualität und Datenschutz, Emissionsschutz und Umwelt und, und, und ...“; „Solcher Bürokratenirrsinn schmälert nicht nur den Gewinn, er kostet Jobs. In anderen Ländern waren es vor allem die Kleinbetriebe, die zum Arbeitsplatzwunder der vergangenen Jahre beigetragen haben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25211794.html>

Widerstand wird gebrochen (30.09.2002)

Von Sauga, Michael

Der Kanzler will die Hartz-Reform für den Arbeitsmarkt ohne Abstriche umsetzen - gegen die Kritik der Gewerkschaften und Bedenken in den eigenen Reihen.

Bedenkenträger, überhöhte Löhne. „Nach dem rot-grünen Wahlsieg will der Kanzler ‚den Königsweg zur Halbierung der Arbeitslosigkeit‘ (Hartz) nun als Chefsache selbst vorantreiben – gegen die üblichen Bedenkenträger in Interessenverbänden, Ministerien und in der eigenen Partei.“; „Undenkbar sei das, zetern die Funktionäre. Die Löhne müssten vom ersten Tag an dem Tarif ihrer fest angestellten Kollegen entsprechen.“; „Schröders Fachleute wissen aber: Geben sie dem Drängen der Gewerkschaft nach, brauchten sie die Agenturen besser gar nicht erst ins Leben zu rufen. Die früheren Arbeitslosen wären am Markt entweder nicht vermittelbar, oder der Staat müsste ihre Löhne derart massiv subventionieren, dass neue Budgetlöcher entstünden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25327030.html>

VERBRAUCHER: Fegen unter Polizeischutz (30.09.2002) ■

Von Fröhlingdorf, Michael

Hausbesitzer und Mieter wehren sich gegen das kostspielige Monopol der Schornsteinfeger. Moderne Technik macht deren Dienste zum Teil überflüssig.

Monopolkritik. „Die Zunft wacht im Rest der Republik nämlich peinlich genau darüber, dass ihr 1935 im Dritten Reich eingeführtes und hoch profitables Kehrmonopol nicht angetastet wird.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25327044.html>

WELTWIRTSCHAFT: Das Gespenst der Deflation (30.09.2002) ■

Von Wagner, Wieland

Vom Wirtschaftswunderland zum Dauerpatienten: Über zehn Jahre sind vergangen, seit in Japan die Spekulationsblase platzte – und noch immer steckt das Land in der Krise. Droht Amerika und Europa ein vergleichbares Desaster?

Interessengruppen halten marode Betriebe künstlich am Leben; zwiespältige Beurteilung von Konjunkturpolitik: theoretisch als Möglichkeit in Erwägung gezogen (wenn sie zum richtigen Zeitpunkt gekommen wäre), praktisch als unwirksam beurteilt. „Was hätten Tokios Planer jetzt tun sollen? Im Nachhinein klingt es einfach: schneller die Zinsen

senken, rechtzeitig Geld in die Konjunktur pumpen und die Banken von faulen Krediten sanieren. Ein genesenes Japan hätte dann heute – als Musterfall der Volkswirtschaftslehre – die USA als Konjunkturlokomotive ablösen können.“; „Im festen Glauben, dass Aktien- und Bodenpreise wieder steigen würden, scheuten die Japaner vor schmerzhaften Maßnahmen zurück. Statt das Auslaufmodell der ‚Japan AG‘ – jene Mischung aus Plan- und Marktwirtschaft – radikal umzubauen, rutschte die Nation im Konsens immer tiefer in die Krise.“; „Und noch ein Jahr später pumpte der Staat Geld in den ermatteten Wirtschaftskreislauf, dafür umso üppiger: Mit meist sinnlosen Projekten – Freizeitparks, Brücken, Staudämmen – versuchte Tokio, die strukturelle Misere gleichsam mit Beton zu überdecken.“; „Schuld am Dauersiechtum des Landes sind die seit 1955 fast ständig regierenden Liberaldemokraten (LDP). Die Partei, bei der es sich um eine unheilige Allianz aller möglichen Interessensgruppen von Baubossen bis zu Postamtsvorstehern handelt, tut fast alles, um säumige Bankschuldner zu schützen. Auf diese Weise hält die LDP vor allem siehe Baufirmen und Einzelhändler künstlich am Leben. Die Summe der faulen Kredite wächst daher Schwindel erregend weiter.“; „Langsam verliert auch der Weltwährungsfonds (IWF) die Geduld mit den reformunfreudigen Japanern. Das Land habe sich lange genug ‚durchgemauscht‘, so IWF-Chef Horst Köhler jüngst in Tokio, ‚Entschlossenheit und Umsetzung‘ seien jetzt gefragt. Doch im Dauerkrisenland herrscht Ratlosigkeit: Die Zinsen sind praktisch auf null gesenkt; die Konjunkturmaßnahmen verpuffen weitgehend; der Staat ist mit 140 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dramatisch verschuldet; und der wichtige Absatzmarkt USA steht kurz vor der Rezession. ‚Wir haben kein Vorbild mehr‘, beschreibt der prominente Wirtschaftsjournalist Satoshi Higashitani die ausweglose Lage seines Landes. Dafür hat die übrige Welt nun Japan – als abschreckendes Beispiel.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25327060.html>

MEDIENPOLITIK: Prinzip Gießkanne (30.09.2002)

Von Klawitter, Nils

Nordrhein-Westfalen setzte mehr als jedes andere Bundesland auf die Medienbranche. Flächendeckend förderte die Landesregierung über 2000 Projekte. Nun ist der Hype vorbei – und neben den Ruinen der Schwerindustrie stehen die ersten leeren TV-Studios.

Staat unfähig zu erfolgreicher Wirtschaftsförderung. „Statt Schwerpunkte zu bilden, setzte die Regierung die Gießkanne ein. In Oberhausen ein Trickfilmzentrum mit Erlebnispark zu bauen erwies sich als Schimäre. Der Irrtum begrub am Ende 120 Millionen Mark an Fördergeldern. Angekündigt waren 200 neue Arbeitsplätze. Geworden sind es 20.“; „Die Flut neu gegründeter Medien-Initiativen und -Support-Center war nicht viel mehr als eine gut getarnte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.“; „Die drei Ossendorf-Initiatoren – inzwischen der Klängelei in der Kölnarena- oder der Spendenaffäre verdächtigt (Ruschmeier, Schröder) oder wegen Insidergeschäften (Heugel) in der Partei zu Unpersonen geworden – baten mitunter auch Wolfgang Clement in ihren Kreis. Jede Chance auf staatliche Zuwendungen musste schließlich eruiert werden.“; „Tatsächlich sagte die Landesregierung vor zwei Jahren neun Millionen Mark Subventionen zu. Dass aus einem Regieraum heraus mit einem digitalen Schaltpult alle Studios angefahren werden konnten, bewertete sie als technische Innovation. Mit wenig Mühe hätten die Verantwortlichen herausfinden können, dass der Studiobetreiber NOB, in Hürth quasi Nachbar der MMC, diese Technik schon seit Ende der achtziger Jahre nutzt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25327071.html>

REGIERUNG: Hauptstadt der Gerechtigkeit (07.10.2002)

Von Bornhöft, Petra; Knaup, Horand; Nelles, Roland; Reiermann, Christian; Sauga, Michael; Steingart, Gabor; Winter, Steffen

Arme Reiche: Rot-Grün will bei Konzernen und Vermögenden abkassieren. Was als schnöde Geldsammelaktion begann, könnte bald zur politischen Strategie veredelt werden: Kanzler Schröder und Niedersachsens Premier Gabriel wollen mit einer Arm-Reich-Debatte die Union spalten.

Geldgieriger Staat, populistische Politiker, aber: höhere Erbschaftsteuer gefordert. „Ökosteuer, Raucheraufschlag, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Mehrwertsteuer – wie im Rausch hatten rot-grüne Politiker nach mehr Staatseinnahmen verlangt.“; „Rot-Grün findet zunehmend Gefallen an der Idee, eine Gerechtigkeitsdebatte loszutreten und die nach der Wahlschlappe ohnehin demoralisierte Opposition weiter unter Druck zu setzen. Die Koalition der leeren Kassen würde so überstrahlt von einer öffentlichen Auseinandersetzung, in der es um wahre Werte geht, um Gerechtigkeit und Zukunftschancen, um das Geld der Vermögenden und mehr Bildungschancen für alle. Die unvermeidlichen Einsparungen im Staatshaushalt, die vor allem den Sozialetat betreffen dürften, könnten so in ihrer Negativwirkung gemildert werden.“; „Dabei ist das Neue zunächst mal das Alte: Die Parteien wollen ran an das Geld der Bürger und der Betriebe – ohne an anderer Stelle die Steuerschraube zurückzudrehen.“; „Wo die Ängste wuchern, wächst auch ein fast verkümmertes Feindbild: die Reichen. Gestern noch Idole und Motoren der Gesellschaft, sind sie wieder zur kleinen Gruppe jener geschmolzen, die sich den Ansprüchen des Gemeinwesens trickreich entziehen. Diese Gefühlslage nutzte der Kanzler schon im Wahlkampf für seine Auftritte, als er gegen die ‚maßlose Raffgier‘ in den Chefetagen und gegen ‚das Ausplündern kleiner Leute‘ wetterte.“; „Der Staat dagegen dürfte nach geltendem Steuerrecht von dem Reichtumstransfer kaum profitieren. Während er Arbeitnehmer und Betriebe schröpft wie in kaum einem Land der Erde, kommen die Besitzenden und ihre Nachkommen glimpflich davon.“; „Ökonomen sehen also Spielraum, auch in Deutschland den Transfer stärker zu besteuern. Würden Erben ähnlich stark rangenommen wie in

den USA, könnte der Spitzensteuersatz von derzeit bis zu 48,5 Prozent auf 46,1 Prozent sinken. Von einer simplen Wiedereinführung der Vermögensteuer – wie sie die SPD-Ministerpräsidenten planen – raten Ökonomen dagegen ab. Zum einen könnte ein solcher Schritt zahlreiche Firmen endgültig in die Pleite treiben – sie müssten künftig auch dann wieder Steuern für ihre Maschinen oder Betriebsgebäude zahlen, wenn sie Verluste machen. Zum andern gilt die Abgabe auch in der Finanzverwaltung als besonders unwirtschaftlich. Das Vermögen der Bürger korrekt zu erfassen und einzuschätzen verschlingt fast ein Drittel der Steuereinnahmen – viel mehr als bei den meisten anderen Abgaben.“; „Kein Wunder, dass viele Länder von diesem bürokratischen Ungetüm nicht viel halten: Italien, Großbritannien, die USA oder Österreich kennen keine Vermögensteuer. In Dänemark oder den Niederlanden wurde gerade ihre Abschaffung beschlossen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25396453.html>

ÖFFNUNGSZEITEN: Massive Gefährdung (14.10.2002)

Von Sauga, Michael

Mit einer Verfassungsbeschwerde will die Kaufhof AG das veraltete Ladenschlussgesetz kippen. Der künftige Wirtschaftsminister Clement muss Farbe bekennen.

„Ladenschluss in Deutschland: Montags bis freitags spätestens zur ‚Tagesschau‘, samstags meist zum Nachmittagskaffee rasseln republikweit die Rollläden runter, fallen die Warenhaustüren ins Schloss. Weil es das entsprechende Gesetz so vorschreibt. Weil Politiker und Gewerkschafter es so wollen.“; „Mit der kundenfeindlichen Umsatzbremse, die allein der Berliner Kaufhof-Filiale jährliche Einbußen von geschätzten fünf Millionen Euro beschert, wollen Steffens Chefs in der Kölner Konzernzentrale nun Schluss machen.“; „Während das Gesetz massiv die unternehmerische Freiheit beschränkt, verfehlt es inzwischen weitgehend sein eigentliches Ziel: die Beschäftigten vor überlangen Arbeitszeiten zu schützen. Zu sehr haben sich die Verhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten verändert.“; „So bewirkt das Gesetz heute in der Praxis eher das Gegenteil dessen, was einst beabsichtigt war. Anstatt die Beschäftigten zu schützen, führe die Vorschrift zu ‚einer massiven Gefährdung des angestammten Arbeitsplatzes‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25448079.html>

REGIERUNG: Verdammt nicht einfach (21.10.2002)

Von Conrad, Annett; Knaup, Horand; Palmer, Hartmut; Reiermann, Christian; Rosenkranz, Gerd; Sauga, Michael; Steingart, Gabor

Neustart von Rot-Grün: Mit einem Kabinett der erfahrenen Männer will Kanzler Gerhard Schröder der Wirtschaftskrise trotzen. Ein Grand Design für den Aufbruch gibt es nicht, dafür eine Reformpolitik der Trippelschritte. Die größte Schwachstelle: „Superministerin“ Ulla Schmidt.

Reformen zu zaghaft, Leistungsträger belastet, Lohnnebenkosten, „Gekungel“ mit Interessenverbänden, von der Politik unnötig geschaffene Ansprüche etc.; nicht neoliberal: „Investitionsoffensive“ erscheint als wünschenswert. „Sparen und Schulden machen – für jeden etwas. Reformen? Nur im Schrittempo. Der schwierige Umbau der Sozialsysteme – nicht jetzt, vielleicht später.“; „Der Koalitionsvertrag enthält nur wenig, was den deutschen Problem-Cocktail aus Konjunkturlaute und struktureller Dauerkrise genießbar machen könnte. Die Umsetzung der Hartz-Pläne zur Reform der deutschen Arbeitslosenvermittlung wird Monate, vielleicht sogar Jahre dauern. Die eingeschlagene Kurskorrektur in der Finanzpolitik – weg vom Spardiktat, hin zu einer neuen Investitions-Offensive – fällt bisher so zaghaft aus, dass ökonomische Kräfte damit kaum entfesselt werden.“; „Zwar wird Finanzminister Hans Eichel die Investitionen im kommenden Jahr um zehn Prozent auf 29 Milliarden Euro aufstocken. Doch die geplanten Steuererhöhungen entziehen Bürgern und Unternehmen Kaufkraft in Höhe von fast 20 Milliarden Euro. Unterm Strich leitet die Koalition sogar Gelder in Höhe von fast einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts von den Privaten in die Staatskassen um.“; „Bei so viel Reformeifer kam die Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich zu kurz. Als wollte sie die Stimmung zusätzlich vermiesen, bürdet die Regierung ausgerechnet denen neue Lasten auf, die das Sozialprodukt in Deutschland erwirtschaften. In einem extremen, aber durchaus realistischen Fall können sich die Einbußen etwa für ein Alleinverdiener-Ehepaar mit einem Kind auf 4268 Euro summieren (siehe Grafik).“; „Arbeitnehmer und Betriebe werden in den nächsten zwei Jahren in zweistelliger Milliardenhöhe zusätzlich zur Kasse gebeten. Beamte, Rentner, Pensionäre dagegen bleiben verschont. Ein ‚maximales Programm zur Demotivation der Leistungsträger‘ nennt das Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Über eine ‚Lafontaine-Politik ohne Lafontaine‘ spottet selbst der grüne Ex-Abgeordnete und Wirtschaftsexperte Oswald Metzger. „Die größte Enttäuschung dieser Regierung aber ist die Mutlosigkeit in der Sozialpolitik: Ausgerechnet an der brüchigsten Reformruine der letzten Legislaturperiode soll auch diesmal die Arbeit ruhen. Dafür bürgt Ulla Schmidt, die schon im alten Schröder-Kabinett durch Erfolglosigkeit auffiel und jetzt ein ‚Superministerium‘ leiten soll. Gesundheit und Soziales werden fusioniert. Dabei wäre gerade hier ein Reformier mit Durchsetzungswillen gefragt, denn der Problemdruck ist enorm. Überall schuf der Staat Ansprüche auf Sozialleistungen, die nur bei wachsender Wirtschaft und günstiger Beschäftigung zu halten sind. Um den steigenden Finanzbedarf zu decken, greifen die Regierungen seit Jahrzehnten ins Portemonnaie der Beschäftigten und der Unternehmer. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit werden so immer neue Milliarden aus der Produktionsmaschine abgesaugt und in den nicht produktiven Sektor transferiert. So soll es offenbar weitergehen: Die eisernen Rücklagen der Alterskassen werden angezapft und Besserverdiener zu höheren Einzahlungen gezwungen. Allein für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung muss ein gut verdienender Angestellter 2003 rund 1100 Euro im Jahr zusätzlich zahlen,

so hat es die Koalition gerade beschlossen. Für seinen Arbeitgeber kommt derselbe Betrag noch einmal obendrauf. So wird die Arbeit in deutschen Firmen erneut teurer, was die Jobkrise weiter verschärfen dürfte.“; „Was gegen den ständigen Kostenschub getan werden kann, ist seit Jahren bekannt. ‚Mehr Eigenvorsorge‘ empfahl vor einigen Jahren sogar der DGB-Bundeskongress.“; „Doch davon ist im Regierungsfahrplan der Koalition nicht einmal mehr die Rede. Rentenreform? Hatten wir doch gerade. Gesundheitsreform? Allenfalls in homöopathischen Dosen. Demnächst Leere in der Pflegekasse? Warten wir’s doch ab. Die neue Regierung hat sich in aller Stille von ihrem langjährigen Ziel, die Sozialbeiträge auf mittlere Sicht zu senken, verabschiedet, noch bevor sie überhaupt im Amt ist.“; „Im ständigen Gekungel mit Gewerkschaften und Seniorenverbänden hatte Schmidt im Auftrag der SPD-Fraktion die Rentenpläne von Ex-Minister Walter Riester weich gekocht.“; „Mit dem schier unglaublichen Budget von 320 Milliarden Euro, also mehr als dem doppelten Umsatz des Automobilriesen DaimlerChrysler, verantwortet sie den mit Abstand größten Etat der Regierung. Der Reformbedarf: riesig. Der Reformwille: beschränkt. Ihre Befähigung: fraglich.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25498947.html>

Angriff oder Duldungsstarre (21.10.2002)

Von Didzoleit, Winfried und Reiermann, Christian

Der Kanzler und sein Finanzminister sind sich noch nicht einig, welchen Kurs sie in Sachen Stabilitätspakt steuern sollen.

Fachleute mehrheitlich für Maastricht. „Für viele Fachleute ist der Stabilitätspakt keineswegs ein Instrument, mit dem die EU-Kommission die Konjunktur stranguliert, wie es Schröder und Chirac gern darstellen. Vielmehr gilt ihnen das Vertragswerk als Sicherung gegen überbordende Staatsschulden, die am Ende die Stabilität des Euro schwächen würden.“; „In ihrem Herbstgutachten, das die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute am Dienstag vorstellen wollen, fordern fünf die Bundesregierung dazu auf, den Pakt zu respektieren und die aus dem Ruder laufenden Staatsausgaben weiter in Ordnung zu bringen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25498949.html>

KONZERNE: Abkehr vom Kuschelkurs (21.10.2002)

Von Deckstein, Dinah

Massenentlassungen, schlechte Zahlen – in der einst so einträchtigen Siemens-Familie entbrennt ein Kampf zwischen Vorstandschef und IG Metall um Macht und Strategie.

Abwertende Darstellung korporatistischer Firmenkultur (unzeitgemäß). „Jahrzehntelang galt der Moloch aus München als Hort eines fast antiquiert anmutenden Modells der Sozialpartnerschaft, in der die Rollen von Geschäftsführung und Belegschaft klar definiert waren.“; „Wer zur großen Siemens-Familie gehörte, erwarb sich quasi wie ein Beamter das Anrecht auf lebenslange Beschäftigung und wurde selbst dann nicht verstoßen, wenn er dem Rest der Sippe mächtig auf der Tasche zu liegen begann. Die Schutzbefohlenen revanchierten sich durch unerschütterliche Loyalität und hielten überforderten Vorgesetzten selbst dann noch die Stange, wenn die massenweise Verluste auftürmten.“; „Das kuschelige Konsensmodell überlebte sogar den bisher heftigsten Kulturschock bei Siemens, als Konzernchef Pierer 1998 beschloss, seine Not leidende Halbleitersparte abzunabeln und unter dem Kunstnamen Infineon abenteuerlustigen Anlegern anzudienen ...“; „Konzernchef Pierer will spätestens zum Ende seiner Amtszeit im Herbst 2004 erstmals in allen 13 Geschäftsbereichen akzeptable Renditen erwirtschaften (siehe Grafik Seite 104) und endlich mit ausländischen Konkurrenten wie General Electric gleichziehen.“; „Trotzdem wurden das überdimensionierte Stammwerk der ICN-Telefonnetzteile in der Münchner Hofmannstraße und die über die gesamte Republik verstreuten Montage- und Reparaturtrupps der Dienstleistungstochter I & S viel zu lange mit durchgeschleppt. Nun fallen die geplanten Einschnitte umso härter aus – und damit auch die Proteste.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25498967.html>

REGIERUNG: Kanzler im Grauschleier (28.10.2002)

Von Conrad, Annett; Fröhlingsdorf, Michael; Hammerstein, Konstantin von; Knaup, Horand; Kurz, Felix; Nelles, Roland; Reiermann, Christian; Sauga, Michael; Steingart, Gabor

Enttäuschung statt Aufbruch: Der rüde Umgang der Koalition mit ihren Kritikern und eine Politik, die vom Wähler als großflächiges Abkassieren empfunden wird, haben dem Ansehen von Rot-Grün geschadet. Der Unmut über das neue Kabinett wächst – nun auch in der SPD.

Kritik an Steuer- und Abgabenerhöhungen, Verweis auf Experten; Faktor Arbeit zu teuer. „Denn es geht ja nicht nur ums Portemonnaie des Einzelnen, es geht auch um die Zukunftschancen eines ganzen Landes: Woher soll der Schwung für den Aufschwung kommen, wenn der Staat jedem Euro nachjagt? Wie, vor allem, sollen neue Jobs entstehen, wenn der Faktor Arbeit derart verteuert wird, dass für viele Menschen nur der Abmarsch in die Schattenwirtschaft bleibt?“; „Schlüssige Antworten wurden bisher nicht formuliert – weder vom Kanzler noch von seiner Ministerriege.“; „Schon die von ihm unterzeichnete Koalitionsvereinbarung addiert sich zu einem Programm, das in seiner jetzigen Form unübersehbaren Frust produziert und massenhaft Jobs vernichtet.“; „Es steht in krassem Gegensatz zu allem, was Ökonomen über die Krisenursachen wissen und infolgedessen als Therapie empfehlen. In ihrem Herbstgutachten fordern Deutschlands führende Wirtschaftsexperten, dass ‚weder die Steuern noch die Sozialabgaben erhöht werden,

weil das die Wachstumskräfte schwächen würde'. Viel eher solle die Senkung von Abgaben ein ‚mittelfristiges Ziel der Finanzpolitik‘ sein. Und dann folgt – in einem kurzen, kernigen Satz – der argumentative Blattschuss für das von Schröder forcierte ökonomische Konzept: ‚Die Koalitionsvereinbarungen zur Anhebung von Steuern und Sozialabgaben sind das Gegenteil dessen, was wachstumspolitisch geboten ist.‘; ‚In ihrem verzweifelten Versuch, zusätzliches Geld aufzutreiben, plant die Regierung nämlich ausgerechnet jene beiden Stellschrauben anzuziehen, die schon jetzt dafür verantwortlich sind, dass neue Jobs hier zu Lande nicht geschaffen und bestehende ausgelöscht werden. Denn in nahezu allen Branchen gibt es Firmen, die nur mäßig rentabel sind und in denen daher jeder Mensch knallhart mit der Maschine konkurriert – man spricht von ‚Grenzanbietern‘. Der Grenzanbieter von heute ist aber oft die Pleitefirma von morgen. Diesen Kampf haben schon Hunderttausende Menschen verloren: der Fahrkarten-Verkäufer gegen den Fahrkarten-Automaten, der Lackierer gegen die Spritzmaschine, der Arbeiter am Fließband gegen die Fertigungsstraße. Deutschland hat auch deshalb einen vergleichsweise hohen Kapitaleinsatz, weil in keiner anderen Volkswirtschaft die menschliche Arbeit derart teuer ist. Doch in der rot-grünen Koalitionsverabredung wird diese politisch verursachte Verteuerung der menschlichen Arbeit weiter betrieben ...‘; ‚Besonders hart von der Verteuerung der Arbeit ist jene Gruppe betroffen, die noch vor vier Jahren von Schröder als ‚Neue Mitte‘ umworben wurde: die gut verdienenden Facharbeiter und Angestellten, die nun bis zu 1200 Euro jährlich mehr in die Sozialkassen einzahlen müssen. Auf die Arbeitgeber kommt noch einmal die gleiche Belastung zu. Damit steigen die Arbeitskosten gerade in einem Bereich, in dem momentan besonders viele Menschen entlassen werden: bei Banken und Versicherungen, bei Medienunternehmen und in der Werbeindustrie. Die Übereinkünfte der Koalitionäre, die in den folgenden Wochen Gesetzeskraft erlangen sollen, sind umso unverständlicher, als alle Top-Politiker doch den Teufelskreislauf von steigenden Sozialbeiträgen und wachsender Arbeitslosigkeit eigentlich beenden wollten. Sozialdemokraten wie der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel oder bisher auch Wolfgang Clement waren schon lange der Meinung, die ‚Strafsteuer auf Arbeit‘ müsse endlich reduziert werden.‘; ‚Gelingt es, das mit pffiffigen Ideen durchsetzte Papier [von Peter Hartz] Realität werden zu lassen – so das Kalkül des Kanzlers –, wird die Zahl der Arbeitslosen deutlich abnehmen, die Sozialkassen würden entlastet, die Lohnnebenkosten automatisch sinken.‘

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25554378.html>

KULTURPOLITIK: Tritt gegen's Spielbein (28.10.2002)

Von Knöfel, Ulrike und Kronsbein, Joachim

Finanzminister Eichel will Firmen das Recht streitig machen, Spenden steuerlich abzusetzen. Er braucht Geld – verprellt aber Mäzene, auf die viele Museen, Theater und Bibliotheken immer mehr angewiesen sind.

Großprojekte wie der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses sind gefährdet.

Lob des Mäzenatentums. ‚Ich behaupte, dass die Wirtschaft lernbereiter ist als die Politik‘, so lautete Ende der neunziger Jahre das lobende Dankeschön von Jean-Christophe Ammann, dem damaligen Chef des Museums für Moderne Kunst in Frankfurt am Main. Diese Art Lernfähigkeit wird jetzt schlecht belohnt. Gerade die wenigen Altruisten unter den Unternehmern werden sich, so wird in vielen Kulturhäusern befürchtet, nun zurückziehen.‘; ‚Womit sich der Kreis auf fatale Weise schließen würde – erst spart der Staat und freut sich über Bürger in

Spendierhosen. Dann entmutigt er sie und muss das vorher Ersparte dann doch bezahlen. Wenn er überhaupt zahlen kann. Und die Bürger fallen zurück in die alte Passivität, die angesichts großer Gemeinschaftsprojekte immer nur nach dem Staat rief.‘ *Zahlreiche Positivbeispiele für spendierfreudige Unternehmen folgen.*

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25604105.html>

REGIERUNG: Tun Sie was, Herr Schröder (04.11.2002)

Von Hawranek, Dietmar; Knaup, Horand; Reiermann, Christian; Sauga, Michael; Schäfer, Ulrich

Nach dem verpatzten Auftakt seiner zweiten Amtszeit probt der Kanzler schon wieder einen Neustart: Er sucht die Nähe von Unternehmern und Gewerkschaftern, drückt aufs Tempo, bessert großflächig nach – und wirbt um die Zustimmung der Länder.

Arbeit nach Tarif zu teuer. ‚Das Vorhaben, Jobsuchende bei eigenen Leiharbeitsagenturen der Arbeitsämter anzustellen, wird gewerkschaftsgängig rundgehobelt. Für die Personal-Service-Agenturen sollen die Tarife der ausleihenden Betriebe zum Maßstab werden. Vor allem der letzte Punkt, warnen Ökonomen, könnte zur entscheidenden Bremse für das Hartz-Projekt werden: Die Leiharbeiter vom Amt werden dadurch so teuer, dass sie kaum ein Unternehmer einstellen dürfte. Das ‚Herz von Hartz‘, urteilt der Münchner Ifo-Chef Hans-Werner Sinn, werde ‚schlicht unfinanzierbar‘.‘

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25604105.html>

GESUNDHEITSREFORM: Gut gelaunt in den Ruin (04.11.2002)

Von Sauga, Michael

Allzu lange hat Gesundheitsministerin Ulla Schmidt den Problemen tatenlos zugesehen, jetzt will sie die ausufernden Gesundheitskosten mit einer Hauruck-Reform eindämmen. Die Patienten müssen sich auf Engpässe einstellen – und auf weitere Beitragserhöhungen.

Politik drückt sich vor marktwirtschaftlichen Reformen. ‚Die Schmidtsche Radikalkur ist das Eingeständnis der rot-

grünen Regierung, dass sie mit ihrer bisherigen Politik gescheitert ist. Ähnlich wie Finanzminister Hans Eichel, der das Wahlvolk monatelang über das wahre Ausmaß der staatlichen Finanzmisere im Unklaren ließ, beschönigte die Gesundheitsministerin konsequent die dramatische Finanzlage der Kassen. Noch Anfang September hatte sie ‚stabile Beiträge‘ in Aussicht gestellt. Nun muss sie einräumen, dass das Gesundheitswesen nur noch mit Verzweiflungsmaßnahmen vor dem Bankrott zu retten ist.“; „Bereits im vergangenen Jahr hatten Gesundheitspolitiker, Kassenfunktionäre und Sachverständige unisono vor baldigen Beitragserhöhungen gewarnt. Doch die Ministerin wollte es nicht wahrhaben.“; „Mehr Wettbewerb zwischen Kassen und Ärzten? Eine neue Finanzierungsordnung? Mehr Eigenvorsorge? Den Reformkonzepten etwa des früheren rheinland-pfälzischen Sozialministers und jetzigen Chefs der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster (SPD), oder ihres eigenen wissenschaftlichen Chefberaters Karl Lauterbach setzte sie ein entschiedenes Weiter so entgegen. Statt großer Reform ständige Reförmchen, lautete Schmidts Mantra. Ihr Versuch, mit einem ‚runden Tisch‘ aus Pharma-, Ärzte- und Kassenfunktionären eine konsensfähige Kostensenkungsstrategie zu entwickeln, endete als folgenlose Quasselrunde.“; „Von den groß angekündigten Vorhaben spüren die Patienten noch wenig, dafür treibt das Projekt schon einmal großflächig die Kosten in der aufgeblähten Kassenbürokratie.“; „Als Ministerin sah Schmidt trotzdem noch ausreichend Finanzmasse, um in den vergangenen Monaten fleißig Wahlgeschenke unters Volk zu streuen. Hier ein paar Honorarzuschläge für Ostmediziner, dort einige Milliönchen für Mutter-Kind-Kuren – stets folgte die Ministerin ihrer ständig wiederholten Überzeugung, die Krankenkassen hätten vor allem ‚ein Qualitätsproblem‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25604126.html>

ARBEITSMARKT: Hartz ist Geschichte (11.11.2002)

Von Sauga, Michael

Regierung und Gewerkschaften haben die geplante Radikalkur gegen Arbeitslosigkeit bis zur Unkenntlichkeit abgeschliffen. Experten rechnen kaum noch mit Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Selbst VW-Vorstand Peter Hartz geht auf Distanz.

Weich gespültes Hartz-Konzept, Interessengruppen (Gewerkschaften). „Der Mann sollte eine Festrede halten: für den Vorstand der IG Metall und deren neuestes Prunkstück – einen 80 Meter hohen Büropalast aus Naturstein und Glas, am Rande des Frankfurter Bankenviertels, fast 125 Millionen Euro teuer.“; „Für einen Eingriff des Reform-Erfinders wird es höchste Zeit. Fünf Monate nachdem der SPIEGEL erstmals über die Pläne des VW-Managers berichtet hatte, sind von der angekündigten ‚Radikal-Kur gegen Arbeitslosigkeit‘ (SPIEGEL 26/2002) vielfach nur noch die PR-Formeln übrig geblieben. Von der ‚Ich-AG‘, über die ‚Personal-Service-Agenturen‘ bis zur ‚Quick-Vermittlung‘: Was Superminister Clement vergangene Woche als ‚größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Republik‘ ins Parlament einbrachte, hat mit dem ursprünglichen Hartz-Plan nicht mehr viel gemein. Und das Weichspülverfahren geht weiter. Eine Allianz aus Gewerkschaftern, um DGB-Boss Michael Sommer und Ver.di-Chef Frank Bsirske, SPD-Sozialpolitikern sowie Bedenkenträgern aus den Ministerien will dem Konzept in den nächsten Wochen endgültig die Wirkung nehmen. Niedriglöhne, Haushaltsjobs, Kündigungsschutz – überall haben die Kritiker Korrekturbedarf angemeldet.“; „Mit Einschnitten beim Arbeitslosengeld, schnellerer Vermittlung und dem gezielten Fördern von Leiharbeit, Selbstständigkeit und Minijobs hatte er die Ideenskizze für einen gleichermaßen tief greifenden wie konsensfähigen Umbau des blockierten Arbeitsmarkts gewiesen.“; „Doch nachdem der erste Jubel abgeklungen war, beugten sich die üblichen Bedenkenträger aus Gewerkschaften, Interessenverbänden und Behörden über die Pläne – und hobelten das Konzept im eigenen Interesse glatt. Die geplanten Leistungskürzungen für Arbeitslose wurden frühzeitig fallen gelassen, die staatliche Förderung von Niedriglohnjobs auf ein Minimum gestutzt und die Reform der Arbeitsverwaltung im Beamteninteresse abgeschliffen.“; „Was die Kommission als ‚Herzstück‘ (Hartz) geplant hatte, um Langzeitarbeitslose und Minderqualifizierte wieder in Beschäftigung zu bringen, wandelten die Funktionäre in wochenlangen Verhandlungen mit der Regierung kurzerhand in ein Konzept zur Stärkung des eigenen Einflusses um. Mit durchschlagendem Erfolg: Auf dem Leiharbeitsmarkt, wo die Funktionäre bislang so gut wie nichts zu sagen hatten, läuft künftig nichts mehr ohne sie. Die Branche steht vor einem gigantischen Umbruch. Bislang galten auf dem Leiharbeitsmarkt komplizierte und bürokratische Sonderregeln, zugleich blieb die Branche eine nahezu gewerkschaftsfreie Zone. Betriebsräte, Mitbestimmung, Tarifverträge – alles weitgehend unbekannt. Kein Wunder, dass die Leiharbeiterlöhne bis heute oft um mehr als ein Drittel unter dem Niveau ihrer fest angestellten Kollegen liegen. Ein Ärgernis für jeden Betriebsrat, aber zugleich die einzige Chance für viele Ungelernte und Langzeitarbeitslose, überhaupt wieder einen Einstieg ins Berufsleben zu finden.“; „Was die Kommission als ‚Herzstück‘ (Hartz) geplant hatte, um Langzeitarbeitslose und Minderqualifizierte wieder in Beschäftigung zu bringen, wandelten die Funktionäre in wochenlangen Verhandlungen mit der Regierung kurzerhand in ein Konzept zur Stärkung des eigenen Einflusses um. Mit durchschlagendem Erfolg: Auf dem Leiharbeitsmarkt, wo die Funktionäre bislang so gut wie nichts zu sagen hatten, läuft künftig nichts mehr ohne sie.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25662270.html>

Vorwärts und vergessen (18.11.2002)

Von Hammerstein, Konstantin von; Knap, Horand; Nelles, Roland; Sauga, Michael; Steingart, Gabor; Tietz, Janko

Zu den dringend nötigen Reformen will sich Kanzler Schröder nicht entschließen. Das Konzept der neuen Mitte

ist passé, der Genosse hat sich von den Bossen abgewandt. Seine neuen Freunde sind die DGB-Funktionäre, die im Wahlkampf für ihn geworben haben – und nun reich belohnt werden.

Gewerkschaften, Bürokratie, starrer Arbeitsmarkt etc. „Was vom einstigen Credo noch geblieben ist, treiben ihm die Genossen Gewerkschaftsbosse, die sich zu einer Art Nebenregierung aufgeschwungen haben, in Kungelrunden aus.“; „– Krisenfaktor Wohlfahrtsstaat: Die Sozialausgaben stiegen in den vergangenen zehn Jahren um über 50 Prozent, während die Arbeitsproduktivität der Wirtschaft nur um 15 Prozent wuchs. In dieser Lücke sind Millionen Arbeitsplätze bereits verschwunden – der neue Schröder schweigt dazu.

– Katastrophenszenario Arbeitsmarkt: Erst ab zwei Prozent Wirtschaftswachstum entstehen hier zu Lande, so die einhellige ökonomische Erkenntnis, neue Jobs. Der Arbeitsmarkt wirkt wie eingegipst. Der vormalige Schröder plädierte für Auflockerung, während der gegenwärtige stereotyp auf Hartz verweist.

– Wachstumsbremse Bürokratie: Ein sich von selbst vergrößernder Staatsapparat beansprucht einen erheblichen Anteil jener Milliarden, die er umverteilen will. 1,5 Millionen Staatsdiener – 600 000 mehr als vor 30 Jahren – produzieren unentwegt neue Gesetze und Formulare. Die Bundesrepublik benötigt zum Beispiel pro 100 000 Einwohner sechsmal mehr Berufsrichter als England. Dem Schröder früherer Tage brauchte man das nicht zu erklären, der gewendete hat sich arrangiert. Die dem Tête-à-Tête entspringenden Resultate sind beachtlich:

– Die Funktionäre haben das Reformkonzept des VW-Vorstands Peter Hartz, das im Wahlkampf als Blaupause für eine Halbierung der Arbeitslosigkeit verkauft wurde, gründlich klein geraspelt. In der Leiharbeiterbranche gelten bald dieselben Grundlöhne wie in der normalen Wirtschaft.“;

„– Auch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bei der Rente, eine Uraltforderung des DGB, weil sie nur die Besserverdienenden trifft, wurde von Schröder durchgesetzt. Was für einen Wirtschaftsweisen ‚ordnungspolitischer Schweinkram‘ ist, empfindet DGB-Sirene Ursula Engelen-Kefer als ‚Stärkung der Solidarität‘.

– DGB-Chef Sommer sieht in der neu entflammten Liebe zwischen SPD und Gewerkschaften die ‚konstruktive und kritische Begleitung‘ von Freunden. Doch in Wahrheit sind die Gewerkschaften längst zum heimlichen Koalitionspartner avanciert, der weit über sein eigentliches Arbeitsgebiet hinaus bei nahezu allen politischen Gesprächen als unsichtbarer Dritter mit am Tisch sitzt.“; „Für den täglichen Kontakt mit ihren Truppen im Parlament unterhalten alle großen Gewerkschaften Verbindungsbüros in der Hauptstadt. Dort werden Gesetzestexte vorformuliert, Brandbriefe aufgesetzt und die Volksvertreter in Einzelgesprächen bearbeitet. So betreibt der frühere Juso-Chef Michael Guggemos (‚Wir bauen Netzwerke‘) für die IG Metall die sozialdemokratische Landschaftspflege. Verstärkung bekommt er demnächst von der SPD-Linken Andrea Nahles, auch sie eine frühere Juso-Vorsitzende. Mitfühlend hat die Gewerkschaft der bei der Wahl gescheiterten Bundestagsabgeordneten eine neue Karrierechance eröffnet – schließlich sitzt die Jungpolitikerin im Vorstand der Partei. Der enge Schulterschluss mit der Regierung hat sich für die Gewerkschaften schon jetzt ausgezahlt. Wer in Zukunft das entscheidende Wörtchen mitzureden hat, machte der Kanzler bereits zu Beginn der Koalitionsverhandlungen klar: Nun müsse berücksichtigt werden, ‚wer uns im Wahlkampf unterstützt hat und wer nicht‘.“; „Gemeinsam mit IG-Chemie-Mann Schmoltdt ‚überzeugten‘ die ‚vier Eiseiligen‘ (SPD-Spott) den neuen Wirtschafts- und Arbeitsminister von ihrem Alternativmodell des ‚equal pay‘. Künftig sollen alle Zeitarbeiter im Grundsatz nach den Tariflöhnen ihrer Einsatzbetriebe bezahlt werden. Eine an Siemens ausgeliehene Sekretärin bekäme damit das volle Siemens-Tarifgehalt – es sei denn, Gewerkschaften und Verleihbranche einigten sich vorher auf einen eigenen Vertrag. Hartz und die Experten seiner Kommission sind entsetzt. Werden die Pläne der Gewerkschaften Realität – so fürchten sie –, wird sich die Leiharbeit drastisch verteuern. Die Folgen wären vermutlich mehr statt weniger Arbeitslose. Ökonomen wie Hans-Werner Sinn vom Münchner ifo-Institut halten das neue, am Freitag im Bundestag verabschiedete Hartz-Konzept für unbezahlbar.“; „Nicht nur, dass die neuen Regeln die Leiharbeit massiv verteuern werden, sie belasten die Firmen auch mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand.“; „Für den Wahlkampf stand das Programm damit fest. Status quo in den Sozialsystemen und ein paar kosmetische Hartz-Reformen auf dem Arbeitsmarkt: So zogen SPD und Gewerkschaften gemeinsam in die Schlacht gegen Stoiber.“; „Im Februar 1974 verlangte die ÖTV unter Heinz Kluncker 15 Prozent mehr Lohn. Nur drei Tage lang musste der schwergewichtige Gewerkschaftsboss Zehntausende Müllmänner und Busfahrer streiken lassen – und schon knickte die Regierung ein. Den Arbeitern und Angestellten des Öffentlichen Dienstes brachte der Streik immerhin elf Prozent, für Brandt war es der Beginn des politischen Niedergangs, der nur drei Monate später mit seinem Rücktritt endete.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25718116.html>

Stillgelegte Kanzlerpartei (18.11.2002)

Von Maas, Heiko

Der saarländische SPD-Vorsitzende Heiko Maas über eine moderne Reformpolitik

In einem 14 Seiten umfassenden Positionspapier zu Lage und Perspektiven der Partei (‚Plädoyer für eine Politik des sozialen Humanismus‘) geht der Nachfolger von Oskar Lafontaine und Reinhard Klimmt mit der sozialdemokratischen Regierungspolitik ins Gericht. Der SPIEGEL druckt Auszüge:

Aktivierung passiver Hilfeempfänger; kollektive Alternative zum Umlageverfahren gefordert. „Eine sachgerechte Modernisierung tut an vielen Stellen Not. Die staatliche Alimentierung fördert oft die Passivität der Hilfeempfänger und verstetigt ihren Status zum Erbgut, das noch das Leben der Nachkommen bestimmt. Geht es wirklich nicht weniger bürokratisch, nicht weniger anonym? Ich denke an eine Einrichtung, die nicht nur verwaltet, sondern die sich konkret

und vor Ort – ein individuelles Coaching sozusagen – um die Menschen kümmert, die den Hilflösen an die Hand nimmt und dem Schmarotzer in den Hintern tritt.“; „Solidarität und politische Nachhaltigkeit verlangen, dass wir keine Lasten anhäufen, für die die nachfolgende Generation aufkommen muss. Für die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Renten- und Krankenversicherung, folgt aus dieser Logik, dass sie nicht länger fast ausschließlich über das Umlageverfahren in seiner derzeitigen Form – dem so genannten Generationenvertrag – finanziert werden können. Vielmehr muss jede Generation stärker für sich selber vorsorgen – und zwar nicht ausschließlich individuell, wie dies von den Liberalen gefordert wird, sondern vor allem kollektiv, entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25718119.html>

BÜROKRATIE: Vernichtendes Urteil (18.11.2002) ■

„Für unsinnige Statistiken und durch schlechte Organisation verschwenden deutsche Statistikämter jährlich über 100 Millionen Euro. Das monieren der Bundesrechnungshof und elf Landesrechnungshöfe in einer gemeinsamen Untersuchung. Bislang erstellen die rund 9000 Mitarbeiter in Bundes- und Landesbehörden 350 verschiedene Statistiken, darunter beispielsweise eine über gefährdete Farne im niedersächsischen Flachland. Kosten der Datenflut: 500 Millionen Euro. In einer Empfehlung an die Innenminister von Bund und Ländern schlagen die Rechnungshöfe nun vor, die bisherigen 16 Statistischen Landesämter zu 5 Einheiten zusammenzufassen. Heftig kritisiert der Bericht auch, dass es bislang 17 Software-Entwicklungsstellen und 16 Rechenzentren gibt, obwohl die Aufgaben in allen Ländern nahezu gleich seien. Bisherige Kooperationen seien allerdings kläglich gescheitert. So befinde sich das gemeinsame Informationssystem ‚Genesis‘ nach zwölf Entwicklungsjahren immer noch im Probebetrieb. Statt der geplanten 700 000 Euro seien über zehn Millionen ausgegeben worden. Vernichtendes Urteil der Prüfer: Kein Ziel erreicht, keinen Termin eingehalten, keinen Kostenrahmen eingehalten, niemand für das Ergebnis verantwortlich, vom Markt und der Software-Entwicklung überholt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25718107.html>

SOZIALPOLITIK: Risse im Denkmal (18.11.2002) ■

Von Meyer-Timpe, Ulrike

Nicht nur für Rente und Gesundheit drohen höhere Beiträge: Auch bei der Pflegeversicherung leeren sich die Kassen, und sparen lässt sich kaum etwas. Schon heute sind die Leistungen zu knapp bemessen, und die jetzige Anzahl von rund zwei Millionen Pflegebedürftigen wird erheblich steigen.

Überfordertes Wohlfahrtsstaat, schädliche Sozialabgaben. „Das deutsche Sozialversicherungssystem gerät aus den Fugen. Einerseits droht die alternde Gesellschaft den gewohnten Wohlfahrtsstaat zu überfordern. Andererseits wächst in der globalen Wirtschaft der Druck auf den Arbeitsplatzstandort Deutschland, die hohen Lohnzusatzkosten zu senken. ‚Es war ein großer Fehler, die Pflegeversicherung noch 1995 nach dem herkömmlichen Solidarprinzip zu installieren‘, kritisiert Sozialexperte Rürup. Schon damals sei klar gewesen, dass die Arbeitseinkommen nicht beliebig mit Abgaben belastet werden können.“; „Das Szenario bringt die Arbeitgeber in Rage. Denn steigende Sozialabgaben sind Gift für die Wirtschaft.“; „Seit es die Versicherung gibt, will kaum noch jemand zusätzliche Pflege aus eigener Tasche bezahlen. Mit einer gesetzlichen Kasse verbinden die Deutschen nun mal die Rundumversorgung.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25718123.html>

FINANZPOLITIK: Tricksen, tarnen, täuschen (18.11.2002)

Von Reiermann, Christian und Schäfer, Ulrich

Hans Eichel, einst Star der Regierung, ist entzaubert. Fast wöchentlich muss er seine Zahlen korrigieren, in der Koalition hat er immer weniger zu sagen. Sein Ziel, bis 2006 einen Haushalt ohne Schulden vorzulegen, ist nicht mehr zu erreichen. Wie lange hält der Kassenwart noch durch?

Schädliche Steuererhöhungen. „Beschönigend spricht der Finanzminister von ‚Einnahmeverbesserungen durch Subventionsabbau‘, de facto jedoch versucht er, mit einer Reihe von Steuererhöhungen seine Haushaltslöcher zu stopfen. Das Problem: Mit dem Rollgriff in die Portemonnaies schwächt er genau jene wirtschaftliche Dynamik, die mehr Geld in die Kassen bringen könnte. Seine Politik kuriert nur an den Symptomen, verunsichere Investoren und Verbraucher und sei letztlich der ‚falsche Weg‘, beklagte vorige Woche der Sachverständigenrat.“; „Denn die wachstumsbringenden Strukturreformen, die er sich von seinen Kabinettskollegen sehnlichst wünscht – etwa im Gesundheitswesen – lassen auf sich warten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25718148.html>

Ich habe Läuse im Bauch (18.11.2002) ■

Von Mahler, Armin und Sauga, Michael

Der Regierungsberater Bert Rürup über die Probleme der sozialen Sicherungssysteme, seine Pläne für eine grundlegende Renten- und Gesundheitsreform sowie die Gefahr des Scheiterns

Interessengruppen, Strafsteuer auf Arbeit. „Jetzt werden alle Systeme gleichzeitig behandelt. Das ist der Charme und die Herausforderung dieser Kommission ... SPIEGEL: ... aber auch die Gefahr, weil sich die Zahl der betroffenen

Interessengruppen vervielfacht.“; „SPIEGEL: Ihre Kommission hat vor allem die Aufgabe, die Lohnnebenkosten zu senken, die wie eine Strafsteuer auf Arbeit wirken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25718149.html>

ZEITGEIST: Aufstand vor dem Kühlschrank (25.11.2002) ■

Von Friedrich, Julia und Mohr, Reinhard

Depressive Unruhe sucht die krisengeplagte Schröder-Republik heim: Künstler und andere intellektuelle Sympathisanten von Rot-Grün bekennen ihre Enttäuschung oder rufen gar zur Revolte auf. Sturm im Wasserglas oder Mobilisierung der Zivilgesellschaft?

Überregulierung, öffentlicher Dienst als eigentliche Regierung, in der Vergangenheit über die Verhältnisse gelebt. „So beklagt die Publizistin Cora Stephan die rot-grüne ‚Mischung aus uralten Verteilungsträumen, Stümperei und Opportunitätsdenken, aus Neiddebatte und Regulierungswut‘, die das zu ersticken drohe, ‚was in diesem Land noch lebendig und kräftig ist‘.“; „Der Münchner Publizist Michael Miersch weist auf ein soziologisches Phänomen hin, das sowohl Schröders neue Gewerkschaftsnähe als auch die sargähnliche Reformblockade erklären könnte. Seine These: Die wahre Regierung ist der Öffentliche Dienst. Wie eine herrschende Klasse im Marxschen Sinne versucht er, mit Hilfe immer höherer Steuern, eines starren Kündigungsschutzes und hoher Staatsschulden seine Machtposition zu festigen und auszubauen. Er führt den Klassenkampf von oben und bedient sich dabei ironischerweise der Propagandaklischees aus der marxistischen Mottenkiste. Mancher Appell von Ver.di, in dem es um nichts weiter geht als die Privilegien unkündbarer Gutbetuchter, liest sich, als werde um die Hungerlöhne peruanischer Minenarbeiter gefochten.“; „Zur Lage drängt sich dem Theaterautor Rinke ein Bild auf: Mann und Frau sitzen in einer kleinen Küche vor dem Kühlschrank und fressen sich voll. 20 Jahre lang. Irgendwann sind die Bäuche so dick geworden, dass der Kühlschrank nicht mehr aufgeht. Sie bleiben weiter sitzen und warten, bis die erzwungene Diät wieder Platz schafft – fürs Weiterfressen. Vielleicht wäre es schon Revolte genug, wenn die beiden von ihrem Platz vor dem Kühlschrank einfach aufstehen würden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25776834.html>

Die Verzweiflungstäter (02.12.2002) ■

Von Hammerstein, Konstantin von; Jung, Alexander; Knaup, Horand; Reiermann, Christian; Schäfer, Ulrich
Klamm wie nie zuvor, versucht Rot-Grün alles, um frisches Geld aufzutreiben. Doch höhere Steuern und Abgaben schaden der Konjunktur, verschrecken Unternehmen und vernichten Jobs. Nur Schwarzarbeit und Steuerflucht florieren. Am Ende nimmt der Staat weniger ein als geplant.

„*Steuer- und Abgabewahn*“. „Und keiner der Tipps könnte dabei so teuer werden wie der von Frank Bsirske, der sich in diesen Tagen gern als Dienstleister in eigener Sache betätigt. In seinem ersten großen Tarifkonflikt als Chef der neuen Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di muss er unter Beweis stellen, dass die Mammutorganisation noch schlagkräftiger ist als ihre Vorgänger. Also fordert er für die drei Millionen Angestellten im Öffentlichen Dienst unverdrossen mindestens drei Prozent mehr Lohn. Obwohl selbst er weiß, dass der Staat nur eines noch im Überfluss produziert – Schulden.“; „Bsirske kennt das Dilemma, und er kennt auch die Lösung: neue Steuern. In diesem Punkt ist der Mann kreativ. Begegnet er Eichel oder Clement, hat er stets einen neuen Tipp. Bei der Erbschaftsteuer könntet ihr doch erhöhen. An die Vermögen sollte man rangehen. Oder wie wär’s mit einer Börsenumsatzsteuer? Was immer die beiden Sozialdemokraten planen, Bsirske hat immer noch einen Rat parat. Nötig haben sie ihn nicht. Dass ihr Einfallsreichtum beim Thema Steuer- und Abgabenerhöhung schier unbegrenzt scheint, hat die wieder gewählte Regierung in den vergangenen neun Wochen hinreichend unter Beweis gestellt.“; „Bund, Länder und Gemeinden sind mit 1,3 Billionen Euro verschuldet. Pro Minute sind dafür Zinsen im Wert eines Einfamilienhauses fällig.“ Von Steuer- und Rentenreform ermattet, hat Schröder schon nach der Hälfte seiner ersten Amtszeit die Dinge treiben lassen. Die Reform eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt? Fehlanzeige. Entbürokratisierung und Staatsabbau? Vershoben. Haushaltskonsolidierung? Weitgehend gescheitert, wie sich inzwischen herausstellt. Eine Reform des Arbeitsmarkts? Zwischen allen Fronten zerrieben. Stattdessen wurden die Unternehmen mit immer neuen Vorschriften drangsalier und die Kleinsparer in Depressionen gestürzt.“; „Einen Boom durch höhere Abgaben und Steuern – das weiß auch der Kanzler – gibt es nur in zwei Bereichen: Steuerflucht und Schwarzarbeit. Es zählt zu den ökonomischen Binsenweisheiten, dass Steuererhöhungen die Steuereinnahmen nicht zwangsläufig wie geplant mehren, sie können sie sogar mindern: Zu hohe Steuern sind Gift für die Konjunktur, weil die Verbraucher weniger ausgeben. Sie bremsen die Leistungsbereitschaft, weil sich das Gefühl breit macht, Mehrarbeit lohne sich nicht mehr. Und sie vertreiben das Kapital.“; „Es wäre seit Ende des Zweiten Weltkriegs die massivste Steuererhöhung – alle Teile des Horrorkatalogs wurden allerdings am Freitag vergangener Woche von der Unionsmehrheit im Bundesrat zunächst in den Vermittlungsausschuss verwiesen. Der Steuer- und Abgabewahn nimmt mit den jüngsten Regierungsbeschlüssen noch kein Ende ...“; „Niemand weiß, wo die fiskalische Schmerzgrenze der Bundesbürger liegt. Aber einiges spricht dafür, dass sie für viele jetzt überschritten ist.“; „Kein Wunder, dass einzig die Schattenökonomie seit Jahren boomt. Um sechs Prozent steigt sie in diesem Jahr, auf 350 Milliarden Euro, wie Friedrich Schneider, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Linz, anhand eines komplizierten Verfahrens errechnete. 16,5 Prozent des Sozialprodukts, also jeder sechste Euro, werden so am Fiskus vorbeigeschleust.“; „Kein Plan der Regierung könnte dabei so dramatische Folgen haben wie der Versuch der SPD-Länder, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Sie belastet nicht den Ertrag eines

Unternehmens, sondern dessen Substanz. Das kann nicht gut gehen: Entweder wandern viele Mittelständler, die Eigentümer von Personengesellschaften, ab, oder sie bleiben und schütten mehr aus, damit sie die neue Steuer überhaupt bezahlen können. Die absurde Folge: Die Wirtschaft wächst weniger, die Steuereinnahmen gehen zurück, wie Carl Christian von Weizsäcker, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln, in einem offenen Brief an den NRW-Landeschef Steinbrück präzise vorrechnet ...“; „Doch derlei ist längst Geschichte. Denn nun, inmitten von Haushaltskrise und Wirtschaftsflaute, sollen die beiden ‚Leitplanken‘ nicht mehr gelten. Raus aus der Schuldenfalle? Runter mit Steuern und Abgaben? Vergesst es!“; „Von jedem Euro, den die Deutschen erwirtschaften, kassiert der Staat 50 Cent – doch in den Sozialversicherungen und den öffentlichen Haushalten fehlen hohe Milliardensummen und damit Geld für Straßen, Schulen und die Bundeswehr. Längst stranguliert die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland das Wirtschaftswachstum.“; „Die hohen Lohnnebenkosten verhindern, dass Unternehmen Leute einstellen, das komplizierte Steuersystem verleitet viele Manager dazu, sich nicht mehr über neue Produkte Gedanken zu machen, sondern über Möglichkeiten, ihr Geld vor dem Fiskus in Sicherheit zu bringen. Die Wirtschaft wächst weniger, als sie könnte, Gewinne und Löhne steigen – wenn überhaupt – nur langsam, und selbst die begehrten Steuereinnahmen fallen dramatisch niedriger aus als erwartet.“; „Der Anteil des Staates an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hat ein Ausmaß erreicht, das mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nur schwer zu vereinbaren ist“, schreiben die Wissenschaftler [des Sachverständigenrats], von denen drei der SPD angehören.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25831957.html>

Strafe für Erfolg (02.12.2002)

Von Kerbusk, Klaus-Peter

SAP-Mitbegründer und Milliardär Hasso Plattner, 58, über die möglichen Begleiterscheinungen einer Vermögensteuer

Leistungsfeindliche Steuern. „Plattner: Natürlich ist es nicht die Vermögensteuer allein. Aber ein Staat, der die hohe Bewertung seiner Unternehmen besteuert, ist auf dem Holzweg. Das ist eine Strafe für erfolgreiche Unternehmer, die systematisch die wirtschaftliche Infrastruktur der Zukunft zerstört. Der ganze Bereich der Biotechnologie zum Beispiel wäre dann nicht mehr lebensfähig. Selbst ein Konzern wie Microsoft, der mehr wert ist als die neun größten Dax-Unternehmen zusammen, könnte in Deutschland trotz seiner hohen Gewinne nicht dauerhaft existieren.“; „SPIEGEL: Kritiker rechnen damit, dass es zu einer gewaltigen Kapitalflucht kommt, wenn die Vermögensteuer eingeführt wird. Wäre das auch für Sie denkbar? Plattner: Kapitalflucht kommt für mich nicht in Frage. Wegen Geld gehe ich nirgendwo anders hin. Aber ich höre auf, das heißt: keine weiteren Investitionen, keine neuen Arbeitsplätze, keine weiteren Spenden mehr. Ich müsste mich von meinen SAP-Aktien trennen und würde mich ins Privatleben zurückziehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25831958.html>

GESUNDHEITSKOSTEN: Kasko für Kassenpatienten (09.12.2002)

Von Neubacher, Alexander

Die Techniker Krankenkasse will ihre Mitglieder belohnen, wenn sie seltener zum Arzt gehen – doch die Regierung ist dagegen.

Selbstbeteiligung positiv. „So attraktiv der Selbstbehalt für viele Versicherte ist, so wenig passt er zum Sozialstaatsverständnis der Ministerin. Mit Macht stemmt sich Schmidt gegen jeden Versuch, der Krise im Gesundheitswesen durch mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen beizukommen – obwohl Wissenschaftler wie der Berliner Gesundheitsökonom Klaus-Dirk Henke, aber auch zahlreiche Vertreter von CDU/CSU, FDP und auch der Grünen ebendies seit Jahren fordern.“; „Tatsächlich verletzt das Modell der Techniker das Fundamentalgesetz der Solidarversicherung, nach dem jeder Versicherte denselben Beitragssatz zahlt, unabhängig davon, welche Kosten er verursacht. Das ist schön für die Siechen und Alten – sie können damit rechnen, dass die Gemeinschaft für alle Kosten aufkommt. Doch zugleich bestraft das System jene, die auf ihre Gesundheit achten oder es vermeiden, mit jedem Zipperlein zum Arzt zu gehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25879500.html>

TARIFE: Lohn gegen Stimmen (09.12.2002)

Von Dettmer, Markus und Sauga, Michael

Die Landtagswahlen am 2. Februar überschatten die Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Dienst. Die Arbeitgeber sind heillos zerstritten, die Gewerkschaft Ver.di droht mit Flächenstreiks im Januar. Am Ende könnte sie, trotz eines erfolgreichen Abschlusses, der große Verlierer sein.

Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst kritisch. „Ein harter Tarifkampf könnte die ohnehin lahrende Konjunktur weiter schwächen, ein überhöhter Abschluss dagegen brächte neue Milliardenlasten für die öffentlichen Haushalte – und langfristig einen wohl noch empfindlicheren Dämpfer für die wirtschaftliche Entwicklung. Jedes zusätzliche Lohnprozent im Öffentlichen Dienst belastet die staatlichen Kassen mit rund zwei Milliarden Euro und ‚kann bis zu 100 000 Arbeitsplätze kosten‘, schätzt Udo Ludwig vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle.“; „Ein politisches Risiko birgt deshalb auch eine zu nachgiebige Haltung. Unvergessen die legendäre Tarifrunde 1974, als der schwergewichtige Gewerkschaftsboss Heinz Kluncker für den Öffentlichen Dienst eine Lohnerhöhung von elf Prozent durchdrückte – und

damit den politischen Niedergang von Kanzler Willy Brandt einleitete.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25879510.html>

REGIERUNG: Schröders Wende (16.12.2002)

Von Hammerstein, Konstantin von; Schäfer, Ulrich; Tietz, Janko

Ende im Streit um die Vermögensteuer: Der Kanzler und seine Experten haben am Freitag den Widerstand von Niedersachsens Ministerpräsident Gabriel und Finanzminister Eichel gebrochen. Geplant ist eine Niedrigsteuer für Kapitalerträge – und eine Amnestie für Steuerflüchtlinge.

Positive Bewertung der Abgeltungssteuer; die Frage nach der Gerechtigkeit im Hinblick auf die unterschiedliche Steuerlast von „Top-Verdienern“ und „wirklich Reichen“ wird gestellt, aber nicht beantwortet. „Geht die Rechnung auf, könnten Milliarden eingesammelt werden – und direkt in die Bildungsetats der Länder fließen. Der italienischen Regierung etwa gelang es mit einer ähnlichen Amnestie Anfang des Jahres, über 50 Milliarden zurückzuholen. Allerdings mussten die italienischen Anleger nur 2,5 Prozent an das römische Schatzamt abführen – in Deutschland wäre es mindestens das Zehnfache.“; „Dass der Staat seine Steuer- und Abgabepolitik dringend umstellen muss, forderten Experten immer wieder. In keinem anderen Industriestaat tragen die Vermögen so wenig zur Finanzierung der Staatsaufgaben bei wie in Deutschland, weil das Steuerrecht viele Kapitalbesitzer in die Illegalität treibt. Stattdessen wird der Faktor Arbeit hier zu Lande durch Steuern und Sozialabgaben so belastet, dass Jobs abgebaut und nicht neu geschaffen werden. Dabei wäre bei Deutschlands Reichen viel zu holen. Nach Schätzungen der Investmentbanker von Merrill Lynch und der Unternehmensberater von Cap Gemini gibt es 365 000 Millionäre. Jedes Jahr kommen über 10 000 neue dazu. Ihr Gesamtvermögen soll sich auf über 2000 Milliarden Euro belaufen – das entspricht fast dem Zehnfachen des Bundeshaushalts für das kommende Jahr.“; „Schon vor der Wahl hatte Schröder öffentlich darüber sinniert, ob sich durch ein solches Amnestie-Angebot an Steuerflüchtlinge Schwarzgeld nach Deutschland zurücklocken lässt. Doch kurz darauf schreckte Schröder zurück – aus Rücksicht auf die Befindlichkeiten von SPD-Traditionalisten und Gewerkschaften.“; „Dabei haben andere Staaten mit einer Abgeltungssteuer gute Erfahrungen gemacht. So wird österreichischen Steuerzahlern ein Viertel ihrer Zinsgewinne automatisch abgezogen und von den Banken an das Finanzamt weitergeleitet. In Deutschland dagegen durchlaufen die Zinserträge – für den seltenen Fall, dass die Anleger ehrlich sind – ein kompliziertes zweistufiges Verfahren ...“; „Womöglich steht dem Land eine neue Debatte bevor: Wie reich ist reich? Warum müssen alle Top-Verdiener bis zur Hälfte ihres Einkommens an den Fiskus abtreten, während die wirklich Reichen mit einer Pauschalsteuer davonkommen? Wieso wird der kleine Steuerhinterzieher belangt, derweil die Milliardäre nun ihre illegal verwalteten Vermögen steuerschonend wieder zurücktransferieren?“; „Und so muss sich der Kanzler auf die wenigen Verbündeten in der Fraktion und in den Ländern verlassen. Auf Parlamentarier wie Rainer Wend, den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, der ‚dieser einfachen, wirtschaftsfreundlichen Lösung sehr offen‘ gegenübersteht.“; „Oder auf Gernot Mittler, den SPD-Finanzminister in Rheinland-Pfalz, der fest davon überzeugt ist, ‚dass, wenn man realistisch ist, an der Abgeltungssteuer kein Weg vorbeiführt‘. Natürlich, so Mittler, kenne er alle Bedenken gegen dieses Vorhaben, aber: ‚Es ist besser, wir haben 25 Prozent an Steuern in der Tasche als 100 Prozent des Kapitals im Ausland.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25940319.html>

Der Fiskus wird draufzahlen (21.12.2002)

Von Reiermann, Christian

Die Hoffnung auf Mehreinnahmen durch die Abgeltungssteuer ist allzu optimistisch.

Abgeltungssteuer prinzipiell sinnvoll, aber zu hoch; eigentlich müsste die Einkommensteuer sinken. „So sinnvoll die neue Abgeltungssteuer auch ist, weil sie Kapitalflucht und Steuerhinterziehung eindämmt, so übertrieben ist die Hoffnung auf staatliche Mehreinnahmen. Schröders Kalkül geht nur auf, wenn die Anleger große Teile ihres Schwarzgeldes – Schätzungen gehen von bis zu 400 Milliarden Euro aus – wieder auf heimischen Konten anlegen. Das aber erscheint fraglich, denn die Steuerflüchtlinge sollen ein Viertel ihres Geldes als Strafe an das Finanzamt überweisen. ‚Die Abgeltungssteuer ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber mit eingebauter Unwirksamkeitsgarantie‘, beschreibt Paul Kirchhof, als ehemaliger Verfassungsrichter beteiligt an zahlreichen wichtigen Steuerurteilen, den geplanten Ablasshandel. Das Strafmaß sei zu hoch. Damit Kapital wieder nach Deutschland fließt, müsste die Schwelle viel niedriger liegen.“; „Kritiker des gängigen Steuersystems wie Ex-Verfassungsrichter Kirchhof hoffen auf eine heilsame Wirkung dieser Verwerfungen. Die Schlupflöcher ließen sich nur schließen, wenn auch die Sätze der Einkommensteuer weiter Richtung 25 Prozent sinken. ‚Wir sollten die Gelegenheit nutzen und eine grundsätzliche Reform des Steuersystems angehen‘, empfiehlt er. ‚Die Sätze müssen sinken, die Ausnahmen verschwinden.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25990773.html>

ÄRZTE: Kartell der Abzocker (21.12.2002)

Von Ludwig, Udo und Schmid, Barbara

Mediziner drohen im Kampf um mehr Geld mit Dienst nach Vorschrift. Dabei dulden ihre Funktionäre, dass die Kassen von Betrügern systematisch geplündert werden.

„Der Fall zeigt, woran das deutsche Gesundheitswesen auch krankt: Die Abzocker haben eine glänzend organisierte

Lobby. Als das Kartell der Vertragsärzte in der vergangenen Woche mit Dienst nach Vorschrift ab Neujahr drohte, um damit Einkommenseinbußen abzuwenden, lenkte es wieder einmal ab vom eigenen Missmanagement. In Wahrheit seien es Lobbygruppen wie die Kassenärztliche Bundesvereinigung, sagt der ehemalige Berliner Ärztefunktionär Ellis Huber, die das Gesundheitssystem wie ‚Krebsgeschwüre‘ zersetzen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25990777.html>

VII. „Spiegel“-Artikel von 1983 mit anti-neoliberaler Botschaft

Jeder vierte in Detroit ist arbeitslos (10.01.1983)

Notstand in der Auto-Hochburg: Hunderttausende hungern

Schilderung sozialer Not, gegen die die Politik offenbar wenig unternimmt. „Doch zu Beginn des dritten Reagan-Amtsjahres ist Amerikas Automobilindustrie schlechter dran als vor Reagans Einzug ins Weiße Haus. Landesweit liegt die Arbeitslosenquote bei 11 Prozent, in Detroit aber erreicht sie 25 Prozent, wie im Depressionsjahr 1933.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019637.html>

USA: Krieg gegen die Armen (10.01.1983)

Über 12 Millionen Arbeitslose, mehr als 30 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze:

Schreckensmeldungen aus dem reichsten Land der Erde. Die katastrophalen Folgen der „Reagan-Revolution“ will der amerikanische Kongreß jetzt gegen den Willen des Präsidenten lindern – auch mit Kürzungen am Wehretat.

Soziale Kritik, Versagen der Reaganomics. „Die neuen, ehrbaren Armen verdanken ihren Abstieg der Rezession – und dem Präsidenten Ronald Reagan“; „Seine Steuersenkungen bevorteilten hohe Einkommensgruppen und Unternehmen. Denn Reagan glaubte, daß die privaten Einsparungen sofort wieder investiert werden, Arbeitsplätze schaffen und damit schließlich auch den Armen zugute kommen würden. Das machte für Reagan Sinn: ‚Wenn man anfängt, Leute zu bezahlen, weil sie arm sind, wird man bald viele Arme haben‘, sprach der Präsident. Staatliche Fürsorge, sogar staatliche Arbeitsbeschaffung sind ihm ein Greuel. Deshalb ließ er die Sozialausgaben schon in seinem ersten Budget drastisch zusammenstreichen“; „... die erbarmungslose Demontage des ohnehin dünnen sozialen Netzes, brachte nicht mal etwas ein: Reagans Wirtschaftspolitik ist gescheitert“; „... vor allem als ideologische Mission, den Staat so weit wie möglich aus der Wirtschaft zurückzuziehen. In diesem Mißverständnis sah er sich von vielen bestärkt ...“; „Dieser Optimismus wurde bald durch eigene Budgetentwürfe widerlegt, in denen die vorhergesagten Defizite ständig stiegen – die wundersame ‚Angebotswirtschaft‘ funktionierte nicht“; „Die Rechnung mußten Arbeitslose und Arme bezahlen. Denen, und auch dafür hat die Regierung gesorgt, geht es jetzt schlechter als je zuvor.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019620.html>

Sie wissen nicht, wie reich sie sind (10.01.1983)

Ronald Reagans Regime der Millionäre

Mangelnde Empathie neoliberaler Protagonisten. „Eine Kabinettsitzung in Washington hat den Charakter einer Aktionärsversammlung“; „Hierarchischem Denken aufgeschlossen, letztlich desinteressiert an der öffentlichen Meinung, agieren sie in der dünnen Luft des Geldadels, den Sorgen ihres Volkes fern. Armut, Arbeitslosigkeit und andere unangenehme gesellschaftliche Probleme erleben sie nur aus der Distanz, als eine fremde Welt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019663.html>

Das haben die glänzend pariert (14.02.1983)

Nehmen die Unternehmer ihre Investitionen zurück, wenn eine rot-grüne Koalition kommt? Verschwindet das Kapital der Wohlhabenden im Ausland? Können Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen? Mit einer neuen Kampagne bedrängen Unternehmer und CDU die SPD. Aber Kanzlerkandidat Vogel reagierte geschickt.

Die SPD wird gegen den Vorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit in Schutz genommen (wenngleich Willy Brandt sich zu viel vorgenommen habe und gescheitert sei), keynesianische Argumente, Angebotspolitik wird für untauglich erklärt. „Bums, war die nächste Drohung da: Wenn die Sozis kommen, flieht das große Geld. Die Folgen: verschlechterte Währungskurse, steigende Zinsen, niedergehende Konjunktur. Noch mehr Arbeitslose. Kurz und bündig und mit dem Blick nach nebenan: der Mitterrand-Effekt“; „Die Tatsachen, auch die historischen, decken Verdächtigungen solcher Art nicht. Vor allem die deutschen Sozialdemokraten haben sich gegenüber Verfassung, staatlichen Institutionen und wirtschaftlichen Mechanismen stets überkorrekt, bemüht und ehrpusselig gegeben, um ja nicht in den Verdacht des Verderbers des Bewährten zu geraten. Nirgends in ihrer Geschichte hat die Mehrheit der SPD jemals Umstürzlerisches betrieben oder gar Wirtschaftsfeindliches bewirkt“; „Seit Eduard Bernstein haben Volkswirtschaft und Unternehmen von sozialdemokratischer Politik nichts als profitiert“; „Der SPD-Minister Schiller, nicht irgendein Konservativer, hat für eine ganze Generation von Ökonomen die Grundbegriffe der Wirtschaftspolitik neu gefaßt: Globalsteuerung, Talsohle, Aufschwung nach Maß. Er hat das System freier Wechselkurse zwischen den Industrienationen durchgesetzt, den Ruhrbergbau ebenso gerettet wie die Traditionsfirma Krupp“; „Doch der Reformkanzler Willy Brandt, dem die deutschen Unternehmer das Ostgeschäft verdanken, ist dann zu gläubig an die Konstruktion sozialer Gerechtigkeit gegangen – und daran gescheitert.“ *Helmut Schmidt besitze nicht* „das sonnige Gemüt eines Helmut Kohl, der gläubig und naiv wie Ronald Reagan nur die Geister der Vergangenheit anrufen will und auf den Erfolg dann einfach wartet; aber die fünfziger Jahre kommen nicht wieder“; „Die Theorie der Angebotswirtschaft geht davon aus, erst die Unternehmen durch Steuererleichterungen zu fördern, um dadurch Geld für Investitionen zu schaffen. Ein solcher Weg aber kann nur zum Ziel führen, wenn es elementare Nachfrage nach neuen oder zusätzlichen Gütern gibt. Fehlt diese

Nachfrage mangels attraktiver Warenangebote, kann die angebotsorientierte Wirtschaftsstrategie nach einiger Zeit zum Verhängnis führen“; „Wer soll oder will hohe Mieten bei schrumpfenden Einkommen denn zahlen?“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020903.html>

Jeder wartet, daß der andere absäuft (17.01.1983)

Ein Notprogramm soll die deutsche Stahlindustrie vor dem Zusammenbruch retten

Untätigkeit der Politik in der Hoffnung auf die Marktkräfte. „Einer, der das Desaster der Deutschen hätte abfedern können, blieb untätig. Im festen Glauben, die moderneren deutschen Konzerne könnten sich gegen mit Staatsmitteln gepöppelte Konzerne in der EG durchsetzen, hielt sich Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff aus den Branchenproblemen raus. Dem Liberalen, der so sehr auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzte, unterlief sogar ein schwerwiegender Fehler ...“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020924.html>

Elf Milliarden Reserve (28.02.1983)

Deutsche Großunternehmen verdienen besser, als sie vorgeben

Kritik der Angebotspolitik. „Also müssen die Löhne runter, die sozialen Leistungen gekappt („auf ein vernünftiges Maß zurückgeschraubt“) werden. Dann steigen die Gewinne, die Unternehmen können und werden wieder investieren. Das schafft Arbeitsplätze und damit wieder Nachfrage, und so zieht sich die Marktwirtschaft an ihren eigenen Haaren aus dem Sumpf. Das nennt man ‚angebotsorientierte Wirtschaftspolitik‘, und sie ist, nachdem sie die Volkswirtschaften Englands und Amerikas so eindrucksvoll ruiniert hat, endlich auch hierzulande offizielle Doktrin geworden“; „... Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, dessen Mut zum Festhalten an gescheiterten und überholten Konzepten außer Zweifel steht“; „Doch die Grundannahmen des Modells sind falsch ...“; „Würde jedoch wirklich Kapitalmangel rundum die Investitionen behindern, dann müßten zum Beispiel die Chemiegiganten Bayer und Hoechst seit langem zu den Ärmsten gehören“; „Vor langem schon hat der konservative US-Ökonom Milton Friedman darauf hingewiesen, daß Liquiditätszuwächse in der Krise die Unternehmen nicht zu Investitionen veranlassen, sondern daß diese Mittel für Zinsgewinne und Spekulationen auf dem Kapitalmarkt eingesetzt werden“; „Es ist sicher nicht mehr zu übersehen: Der Zusammenhang zwischen Erträgen und Investitionen muß wohl irgendwie anders sein als von den Liberal-Konservativen in Bonn angenommen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023557.html>

BÖRSE: Manna vom Himmel (14.03.1983)

Finanzmarktteilnehmer erscheinen als realitätsfern und ideologisch verblindet. „An den deutschen Börsen ging es zu, als wenn eine kommunistische Invasion abgeschlagen worden sei und die Vertreter des Kapitals persönlich das Kanzleramt erobert hätten. Ausländische Großspekulanten und inländische Kleinanleger stürzten sich wie wild auf Aktien-Anteile deutscher Industriefirmen. Die Deutsche Mark und deutsche Aktien erscheinen vor allem ausländischen Vermögensverwaltern wieder als sicherer Hort – so, als hätte unter einem Kanzler Vogel die Verstaatlichung der deutschen Industrie gedroht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019996.html>

Aus dem Keller zur ersten Etage (21.03.1983)

Geht es endlich aufwärts, hat der Wahlsieg der Koalition am 6. März wirklich die Wirtschafts-Wende gebracht? Die Zinsen sinken, das Öl wird billiger, die Unternehmer-Psychologie ist wieder im Lot. Doch in den Fabriken tut sich noch wenig. Und selbst wenn der Aufschwung kommt – mit weniger Arbeitslosigkeit ist nicht zu rechnen.

Wachstums- und Sozialkritik. „Nicht eine geschickte Wirtschaftspolitik, sondern schieres Glück könnte den Bonnern und den Bürgern zu höheren Wirtschafts-Drehzahlen verhelfen“; „Der teuer erkaufte Aufschwung wird auf Dauer die Kluft zwischen denen, die am prosperierenden System verdienen, und jenen, die ausgesondert werden, noch vergrößern“; „Lambsdorffs Rezept ist schlicht und eingängig. Indem die Unternehmen ‚neue Produkte herstellen und neue Verfahren einsetzen, schaffen sie neue Arbeitsplätze und höheres Einkommen, das sich unmittelbar in höhere Nachfrage umsetzt‘. Doch was eingängig ist, muß nicht richtig sein. Schon Lambsdorffs Behauptung, private Investitionen schafften Arbeitsplätze, stimmt diesmal gewiß nicht und in Zukunft wohl auch nur bedingt“; „Nach den klassischen Lehrsätzen der Ökonomen sollte sich dieser Mißstand selbst heilen: Rationalisierung bedeutet zusätzlichen Einsatz von Kapital, mit dem zu teure Arbeitskraft ersetzt wird. Die Nachfrage nach Geld aber verteuert das Kapital so lange, bis der Einsatz von Arbeit wieder lohnt. Aber so geht’s eben nicht mehr – die Maschinen nehmen dem Menschen immer mehr Arbeit ab. Neue Technologien, der Siegeszug der Mikroelektronik sparen nicht nur Arbeit, sondern auch noch Kapital. Die alten ökonomischen Gesetze sind außer Kraft“; „So wird die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung, jedenfalls mit Blick auf die Arbeitslosen, versagen müssen“; „So werden Rentner, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose die Lasten des Aufschwungs tragen. Ihnen wird Kaufkraft in Milliardenhöhe entzogen – Geld, das für die Nachfrage nach Konsumgütern verloren ist“; „Unverdrossen jedenfalls müht sich die Bundesregierung, mit den Rezepten der 50er Jahre den Aufschwung zu organisieren“; „So könnte der Aufschwung soziale Spannungen in einer neuen Zwei-

Klassengesellschaft erzeugen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021144.html>

Arbeit für alle – nur nicht mehr so lange (28.03.1983, Gastrezension)

Heinz Oskar Vetter über Christine Föppl: „Arbeitslosigkeit ist heilbar“ Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Publizistin Christine Föppl, 49, lebt in München. Heinz Oskar Vetter, 65, war bis 1982 Vorsitzender des DGB.

Vorbehalte gegen neoliberale Philosophie: Staats- und Wohlfahrtsverständnis. „Die Autorin steht in der Gefahr, die Möglichkeiten des Staates zu ignorieren und die Rolle der privaten Wirtschaft zu glorifizieren. So ohne weiteres vermag ich ihr auch nicht zu folgen, wenn sie ausufernde Bürokratie zu einem Phänomen staatlicher Verwaltung erhebt. Diese Erscheinung macht auch vor privatwirtschaftlich geführten Unternehmen nicht halt, wie jedermann weiß, der seine Nase schon einmal in solche Unternehmen gesteckt hat“; „Der schwammige Begriff des Gemeinwohls hat immer dann Hochkonjunktur, wenn man diejenigen, denen es am schwersten fällt, zu solidarischem Verzicht bewegen will. Die Philosophie der Sozialen Marktwirtschaft, so es denn überhaupt eine gibt, geht davon aus, daß der unternehmerische Ertrag immer und unter allen Umständen dem Gemeinwohl dient. So verstanden, ist Gemeinwohl nicht viel mehr als eine optimale Rahmenbedingung für die Kapitalverwertung“; „Qualitatives Wachstum, also die Verbesserung des Lebensstandards nicht in geldwerter Hinsicht, verlangt eben doch den Staat als den für Partizipation und Mitbestimmung offenen Organisator gesellschaftlichen Lebens. Eine andere Frage ist es, ob die sich wandelnden Verhältnisse nicht gebieterisch verlangen, daß wir den Staat reformieren, daß wir ihn entrümpeln, daß wir ihn dezentralisieren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022866.html>

PREISE: Zack nach unten (04.04.1983)

Helmut Kohl im Glück: Ohne sein Zutun ist die Inflationsrate zum Amtsantritt auf den Stand von 1979 zurückgefallen.

Keynesianische Argumentation. „Der Preis für die Preisberuhigung, die knapp 2,5 Millionen Arbeitslosen, wird nicht erwähnt. Unerwähnt bleibt auch, daß die Angst vor der Arbeitslosigkeit zu Kaufzurückhaltung führt und die geringere Nachfrage die Preise drückt; daß der karge Etat der Arbeitslosen darüber hinaus als Nachfragemangel zusätzlich die Preise dämpft“; „Im Juli freilich wird der schöne Trend mal kurz unterbrochen. Dann, wenn die Mehrwertsteuer von 13 auf 14 Prozent erhöht wird, sorgt Bonn dafür, daß die Inflationsrate abrupt um 0,5 Prozent nach oben springt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023671.html>

SOZIALPOLITIK (11.04.1983)

Tote in der Statistik

Bonn will den Schwerbehinderten die kostenlose Benutzung von Bussen und Bahnen streichen.

Argumente gegen scheinbar verbreiteten Sozialmissbrauch. „Den christlich-liberalen Koalitionären geht es darum, ein Gesetz aus der sozialliberalen Wohlfahrts-Ära zurückzudrehen“; „Die Deutschen“, unkte beispielsweise die ‚Zeit‘, ‚werden ein Volk von Schwerbehinderten.‘ Bereits zehn Prozent der arbeitenden Bevölkerung, rechnete das Blatt vor, sei im Besitz eines Schwerbehindertenausweises. Doch diese Zahl ist unzutreffend. Der tatsächliche Anteil schwerbehinderter Arbeitnehmer ...“; „... eine Größenordnung, die durchaus im europäischen Durchschnitt liegt“; „Die Zahl der Simulanten aber, glauben die Beamten im Bonner Sozialministerium, hält sich durchaus in Grenzen. Für diese Ansicht spricht das Ergebnis einer Stichprobenuntersuchung ...“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018006.html>

Brauchste Kohle, geh zur Wohle (18.04.1983)

SPIEGEL-Report über Sozialhilfe im Sozialstaat: Die Sparbeschlüsse der neuen Bonner Regierung machen auch vor den wirtschaftlich Schwächsten nicht halt. Um Bundesländer und Kommunen zu entlasten, soll Sozialhilfe künftig nur noch „wirklich Bedürftigen“ gewährt, das Bundessozialhilfegesetz weiter eingeschränkt werden. Doch schon jetzt leben die knapp zweieinhalb Millionen Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik am Rande des Existenzminimums.

Sozialhilfe ist zu niedrig, Missbrauch die Ausnahme. „Wenn es um das Stichwort Sozialhilfe geht, bekommen auch hartgesottene Sparpolitiker zuweilen ein schlechtes Gewissen. Schon seit Jahren drücken sich die Bundesländer, zuständig für die Überprüfung des Regelsatzes, den sogenannten Warenkorb neu zu berechnen“; „Obwohl es nahezu alle Fachleute als Skandal ansehen, daß der Warenkorb immer noch nicht den geänderten Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten angepaßt wurde, sträuben sich Städte und Gemeinden, das überholte Bedarfsschema zu ändern“; „Solche Äußerungen von Politikern, aber auch groß aufgemachte Zeitungsartikel über vereinzelte Fälle von Mißbrauch des Sozialhilfegesetzes nähren das Vorurteil an westdeutschen Stammtischen, Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt machten sich auf Kosten der Allgemeinheit ein schönes Leben“; „In Wahrheit sind die Hürden, die der Staat vor der Sozialhilfe aufgebaut hat, schon heute hoch genug“; „Freiwillig, das zeigen solche und ähnliche Beispiele, nehmen nur wenige Hilfeempfänger die mit der ‚Staatsknete‘ verbundenen Demütigungen auf sich. Fast die Hälfte aller Bundesbürger, die Anspruch auf öffentliche Sozialleistungen haben, verzichten deshalb sogar von sich aus auf staatliche

Unterstützung.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019956.html>

Nun mußt du dir das Leben nehmen (18.04.1983)

Warum eine 90jährige 1200 Mark Sozialhilfe erhält

Sozialstaat ist zielgenau. „Eine Zeitlang konnte die alte Dame noch von Erspartem und vom Verkauf ihrer Schmuckstücke leben. Als das Geld aufgebraucht war, erinnert sie sich, ‚dachte ich mir, nun mußt du dir das Leben nehmen‘. Freundinnen empfahlen das Sozialamt als Ausweg“; „Frau Valentin gehört zu jener Gruppe von Sozialhilfe-Empfängern, die nach wie vor die Hauptklientel der Rathäuser stellt. Vor allem alleinstehende ältere Frauen, verwitwet oder geschieden, erhalten oft nur eine bescheidene Rente, die nicht ausreicht, das Existenzminimum zu decken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020008.html>

MANAGER: Düstere Betrachtungen (25.04.1983)

Seit knapp 14 Jahren führt Rolf Sammet den größten Chemie-Konzern Deutschlands. Wie kein anderer versteht der Hoechst-Chef, über die Unbill, die Unternehmer hierzulande erleiden müssen, Klage zu führen.

Klagen über den Wirtschaftsstandort werden ins Lächerliche gezogen. „So manche Schlagzeile, die der Konzern in kurzen Abständen provoziert, vermeldet Unappetitliches. Wenn etwa tote Fische im Sud abgelassener Salzsäuren bäuchlings oben stromabwärts treiben, dann hat Hoechst giftige Abwässer in den Main gekippt. Oder wenn kranke Anwohner im Dunst abgeblasener Chlorwolken keuchend zum Hausarzt eilen, dann hat Hoechst stinkende Abgase in die Luft gepustet. Und wenn der Konzernherr selber öffentlich was von sich gibt, dann ist die Kunde selten erquicklich“; „Es sind immer wieder dieselben vier Themen, um die Sammets traurige Gedanken kreisen: der überzogene Umweltschutz, die wachsende Technikfeindlichkeit der Jugend, die verfehlte Energiepolitik und schließlich die mißlichen Rahmenbedingungen, die ihm jeden Spaß verderben. Kein Zweifel, dieses Deutschland ist nicht sein Land. Natürlich bemüht sich der Hoechst-Chef, seine Klagepunkte zu belegen. Alle Beispiele, mögen sie auch noch so eigenwillig sein, sollen letztlich eins beweisen: wie schön der Unternehmer Dasein außer Landes und wie bitter es in der Heimat ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021370.html>

Ein Kampf um alles oder nichts (25.04.1983)

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Kaden über den Widerstand der Unternehmer gegen Arbeitszeitverkürzungen

Vollbeschäftigung lässt sich durch unternehmerfreundliche Wachstumspolitik nicht erzielen. „Lange nicht mehr, zumindest seit dem Gefecht um die erweiterte Mitbestimmung, waren angestellte wie Eigentümer-Unternehmer so finster zum Kampf entschlossen wie jetzt“; „Erstmals würde auch deswegen kürzer geschafft, weil allein auf diese Weise die Arbeitslosigkeit in erträglichen Grenzen zu halten ist. Wie anders sollte es sonst gelingen? Die Rechnung, die von den Experten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit aufgemacht wird, konnte bislang auch von der Arbeitgeber-Lobby nicht widerlegt werden“; „Selbst die letzten 30 Wachstums-Wunderjahre, einmalig in der Geschichte, widerlegen solch großwahnwitzige Aussagen, in denen eine stetig steigende Warenproduktion in den Rang eines Naturgesetzes erhoben wird“; „Die absoluten Zuwachsmengen sind also nicht gestiegen; da die Bezugsgröße, das Bruttosozialprodukt, jedoch immer größer wurde, sanken die Steigerungsraten“; „Was hat sich in den letzten Jahren nicht alles an den vielbeschworenen Rahmenbedingungen geändert: Der Staat senkte die Steuern, etwa in Form günstigerer Abschreibungsmöglichkeiten; die Gewerkschaften verzichteten nun schon seit drei Jahren auf eine Steigerung der Real-Löhne; die weltweite Rezession sorgte mittlerweile für niedrigere Kredit-Zinsen; das deutsche Volk wählte den Unternehmens-Lenkern schließlich noch eine Wunsch-Regierung. Der Aufwand an Gefälligkeiten ist groß, der Job-Ertrag blieb bislang aus. Und daran wird sich wenig ändern.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021403.html>

HAUSHALT: Wie ein Schießhund (02.05.1983)

Das Gefecht um den Haushalt '84 hat begonnen. Der Verlierer scheint schon festzustehen: Sozialminister Norbert Blüm.

Sparen zulasten der Schwächsten, mächtige Gruppen bleiben verschont. „Und er wird wohl noch mehr einstecken müssen. In seinem Bemühen, die Sozialleistungen auf allen Ebenen und auf Dauer zu verringern, will Stoltenberg auch vor den Bedürftigsten nicht haltmachen. Sein Plan: Die fälligen Anpassungen der Sozialhilfe an die gestiegenen Lebenshaltungskosten sollen vorerst ausfallen. Daß man bei Stoltenberg auch Erfolg haben kann, hat Otto Graf Lambsdorff dem Kollegen vom Sozialressort vorgeführt. Der Wirtschaftsminister vertritt eben die richtige Klientel.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022593.html>

Es muß alles noch schlechter werden (09.05.1983)

SPIEGEL-Redakteur Heiko Martens über die Ratschläge der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute

Erneute Abrechnung mit Lambsdorff-Papier und mit der Ökonomenzunft; keynesianische Verteilungskritik. „Ein sich selbst tragender Aufschwung, so verkündet die Ökonomen-Mannschaft, sei nur mit vernünftiger marktwirtschaftlicher

Politik zu erreichen. Was vernünftig ist, steht im Lambsdorff-Papier und im Frühjahrsgutachten: Abbau der Sozialausgaben, weniger Ausgaben des Staates, dafür Erleichterungen für Unternehmer, die es dann mit mehr Investitionen und zusätzlichen Arbeitsplätzen danken. Vorsichtig, wie Wissenschaftler von Berufs wegen sein müssen, haben die Gutachter gleich den Fall einkalkuliert, daß Lambsdorffs Modell nicht den erwünschten Erfolg bringt. Dann, so lernen wir schon vorab, war nicht die Theorie schuld, sondern die Praxis. Dann wurde der Wechsel eben nicht entschieden genug vollzogen, dann fiel die Entlastung der Unternehmer zu gering aus. Für ihre politischen Handlungsanweisungen tragen die Männer aus den Instituten keine politische Verantwortung; sie sind nicht mehr als Berater. Um so mehr verblüfft es, daß sie derart unkritisch, wie im jüngsten Gutachten, die von einem Politiker vorgegebenen Positionen übernehmen. Einen reinen Kurs angebotsorientierter Politik wollen die Experten probieren. Sie verdrängen offenbar, daß in Großbritannien und in den USA ähnliche Versuche zu nichts als mehr Arbeitslosigkeit und sozialer Armut geführt haben. Statt diese wirtschaftspolitische Linie zu überprüfen, vertreten die Volkswirte die fehlgeschlagene Ideologie um so eindeutiger. Es ist schon bedrückend, in diesem Gutachten erneut bestätigt zu bekommen, daß deutschen Wirtschafts-Professoren nichts mehr einfällt. Die deutsche Wirtschaftswissenschaft ist, folgt man ihren Ratschlägen an die Politiker, zu einer eindimensionalen Lehre degeneriert. Wachstum lautet das Zauberwort der Ökonomen-Elite. Und wenn es sich nicht einstellt, dann liegt das nicht daran, daß die Professoren falsch gedacht haben, sondern daran, daß die Politiker falsch gehandelt haben“; „Was zu Erhards Zeiten galt, ist für Lambsdorffs Ära nicht mehr richtig. Heute wird vornehmlich rationalisiert – das heißt: Die vorhandenen Produktionsstätten werden modernisiert, und Arbeitskräfte werden überflüssig“; „Steigende Produktion bei gleichbleibender Beschäftigung bringt höhere Gewinne. Die Umverteilung von unten nach oben ist dann gelungen, die ohnehin nur schwache Konsumnachfrage schrumpft weiter“; „Der Staat soll ja sparen – und fällt als Nachfrager aus. Die Arbeitnehmer sollen auf Löhne verzichten – und können weniger kaufen. Die Empfänger der Sozialtransfers sollen sparen – und nicht konsumieren“; „Die Umverteilung von Sozialhilfeempfängern hin zu Unternehmern ist offenbar Teil der Durststreckentheorie: Es muß erst schlechter werden, bevor es auch Arbeitslosen und Rentnern wieder besser gehen kann. In England warten die Betroffenen immer noch auf dieses Wunder.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14017917.html>

BILDUNGSFÖRDERUNG: Alte Blüte (16.05.1983)

Statt Stipendien für alle zu zahlen, wollte die neue Regierung Hochbegabte besonders fördern. Doch auch dafür fehlt das Geld.

Abkehr von der Förderung der Chancengleichheit durch Sozialleistungen. „Hatten die Sozialliberalen in den goldenen siebziger Jahren mit Subventionen in Milliardenhöhe Hunderttausenden von Schülern und Studenten Chancen für bessere Bildung geboten, so wollen die christlich-liberalen Koalitionäre nur noch eine Auslese von besonders Begabten päppeln. Es kommt die Regierung nicht nur billiger, es paßt den Konservativen auch ideologisch“; „Immerhin ist der Regierung Kohl die bildungspolitische Wende ganz gut gelungen: Sie strich das Schüler-Bafög und stellte die Studentenstipendien auf Darlehen um – eine Wende von der Breitenförderung zur Auslese der Leistungselite.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018791.html>

ARBEITSLOSE: Zweite Sprosse (16.05.1983)

Sind die Briten wirtschaftlich aus dem Schlimmsten heraus?

Thatchers Misserfolge in der Beschäftigungspolitik. „Tatsächlich gelang es der Regierung, die Inflation von knapp 22 (1980) auf jetzt 4,6 Prozent herunterzudrücken. Der Preis dafür war der Zusammenbruch Tausender von Firmen. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich unter der Herrschaft der Konservativen auf 3,2 Millionen, 13,3 Prozent der erwerbsfähigen Briten. Und es könnte noch schlimmer werden. ‚Bei den Arbeitslosenzahlen gibt es kaum Anzeichen für eine Besserung‘, weiß der Gewerkschaftsdachverband Trades Union Congress. Die Arbeitslosenschlangen werden immer länger. Allein den Öleinnahmen ist es zuzuschreiben, daß die britische Handelsbilanz nicht in die roten Zahlen abgerutscht ist. Denn Margaret Thatchers überzogene Politik des knappen und teuren Geldes hatte eine unheilvolle Zusatzwirkung: Ausländische Investoren legten ihre Gelder auf Londoner Bankkonten und trieben so den Pfundkurs nach oben. Die Folge der Pfund-Aufwertung: Britanniens Industrie verschlechterte ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten zeitweilig um mehr als 50 Prozent. Selbst gesunde Firmen trieben so in den Bankrott.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018969.html>

ENGLAND: Hauch der Veränderung (23.05.1983)

Frau Thatcher verlor erste Wahlkampfpunkte. Außenminister Pym hatte geraten, bis Oktober abzuwarten, und steht deshalb auf der Abschußliste.

Soziale Kritik. „Unter dem Motto ‚England – stark und frei‘ versprach sie dem Inselvolk verstärkte Rüstung und weitere Maßnahmen gegen die Macht der Gewerkschaften. Die Rekordzahl von derzeit fast 3,2 Millionen Arbeitslosen zu bekämpfen, versprach sie gar nicht erst.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019939.html>

RENTEN: Mit Blüm ziehen (30.05.1983)**Arbeitsminister Blüm will die Rentenanpassung nicht verschieben. Die Mehrheit seiner Partei stützt ihn.**

Regierung mangelt es an sozialem Gewissen. „Das sonst eher verschüttete soziale Gewissen des Kanzlers hatte sich auf Druck der Parteibasis geregt: Arbeitsminister Norbert Blüm, dem die Union immerhin ihre Arbeiterstimmen verdanke, habe genug nachgegeben. Der Kanzler dürfe nicht einseitig die vor allem auf den Sozialstaat gerichtete Sparwut des Finanzministers Gerhard Stoltenberg stützen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020531.html>

ENGLAND: Jetzt geht's aufwärts (30.05.1983)**Trotz ihrer katastrophalen Wirtschaftspolitik blieb Maggie Thatcher die Favoritin der Wahlschlacht.**

Darstellung des Thatcherismus als destruktiv. „Frau Thatcher verstand es vielmehr bestens, die negativen Folgen ihrer Politik als Akte höherer Gewalt darzustellen. Mal waren die Ölpreise, dann die Gewerkschaften und die Weltrezession für Englands wirtschaftlichen Notstand verantwortlich. Dabei ist der Abschwung unter Maggie Thatcher ohne Beispiel für ein Land, das dank des Nordseeöls neben Norwegen als einziges in Westeuropa energieunabhängig ist. Statt die ‚Wirtschaft wiederaufzubauen‘, wie von den Konservativen 1979 noch versprochen, wurde freigesetzt und abgewrackt“; „Ob sich Maggie Thatchers Katastrophen-Politik für die anderen Parteien auszahlt, blieb dennoch mehr als fraglich: Viele Briten scheinen sich an die Massenarbeitslosigkeit gewöhnt zu haben, Fatalismus, aber auch die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung überwiegen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020816.html>

Diesen Erdrutsch wird das Land bereuen (13.06.1983)**Größter Wahlsieg der britischen Konservativen, größte Wahniederlage der Labour Party seit über 50 Jahren.****Trotz drei Millionen Arbeitslosen, trotz hoher Zinsen und vieler Firmenpleiten triumphierte Margaret Thatcher über ihre Gegner. Ihr Sieg in der Falkland-Schlacht bereitete ihr den Weg zum Sieg daheim.**

Kritischer Ausblick auf eine neoliberale Gesellschaft, eindimensionale kapitalistische Mentalität. „Als die Labour Party sich erdreistete, Pläne für ein staatliches Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft vorzulegen, bürstete sie solche Häresie gegen den zur Wirtschaftsreligion erhobenen Monetarismus als radikal, chaotisch, ja ‚unbritisch‘ ab ...“; „Den Gewinn vom Protest im Land kassierte aber nicht die Labour-Opposition, die mit selbstzerstörerischen Flügelkämpfen zwischen vorgestrigen Maximal-Marxisten und Gemäßigten voll beschäftigt war“; „Frei von Belästigungen seitens der von ihr geduckten Gewerkschaften, so ließ die Falkland-Siegerin erkennen, sollten die Briten zu einer stromlinienförmigen Rechts-Gesellschaft formiert werden, geführt von ihr selbst“; „Ihre Registrierkassenmentalität, gewachsen im Kolonialwarenladen ihrer Eltern, entsprach so recht dem Krämergeist vieler Vorortbriten. Sie wüschte sich, erzählte sie dem Publikum, ‚eine Demokratie aus lauter Kapitalisten‘“; „Ungleichheit, so wünscht es die neue Tory-Rechte, soll als naturgegebener Ausdruck unterschiedlicher menschlicher Leistungsfähigkeit verstanden werden“; „Die Gentlemen müssen nun gehen, an ihre Stelle tritt eine neue Rechte, die wie Maggie ist – aus rostfreiem Stahl.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022316.html>

BANKEN: Atem angehalten (13.06.1983)**Die Banken werden wieder nervös: Brasilien steht abermals vor dem Bankrott, das Opec-Land Venezuela reiht sich nun auch unter die Pleite-Kandidaten.**

Soziale Kritik. „Die Einsparungen gingen, wie anders, zu Lasten der Ärmsten, die bislang schon hohe Arbeitslosigkeit wuchs weiter. Im April kam es daher in der Industrie-Metropole Sao Paulo zu schweren Unruhen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022412.html>

ENGLAND: Kokon von Schmeichlern (20.06.1983)**Im neuen Kabinett von Margaret Thatcher haben ihre engsten ideologischen Verbündeten, die Monetaristen, das Sagen.**

Darstellung neoliberaler Politik als autoritär. „Das aber war frevelhafter Übermut, mit dem sich die Hohepriesterin der Geldverknappungspolitik künftig kaum mehr auseinandersetzen muß. Sie hat die Schaltstellen in ihrem neuen Kabinett durchweg mit ideologischen Verbündeten besetzt, und zwar mit Finanzexperten aus dem Schatzamt, die sich in der Vergangenheit hervortaten, indem sie die anderen Ressorts zu Streichungen nötigten, hauptsächlich im Sozialbereich“; „Als ‚Chief Secretary‘ war auch der neue Innenminister Leon Brittan, 43, zwei Jahre lang im Schatzamt tätig. Dort galt Brittan als ‚charmanter Onkel Dagobert‘, weil auch er zu den monetaristischen Hardlinern gehörte, aber freundlich mit den leicht verletzlichen Beamten umging.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018193.html>

SOZIALPOLITIK: Nur Abfallprodukt (04.07.1983)**Die Bonner Koalition preist ihre Familienpolitik als besonders frauenfreundlich – und spart dort, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist: bei Müttern, Witwen und invaliden Frauen.**

Soziale Kritik. „Großspurig feierte Geißler die bescheidene Korrektur als Wende. Was Geißler nicht sagte: Durch die

abgemilderten Vorschriften wird den Frauen noch nicht einmal der Besitzstand gesichert“; „Das Schlimmste freilich steht noch bevor: Bis heute weiß niemand, wie die mit der Gießkanne gestreuten [für 1987 geplanten] Erziehungsgelder von jährlich zwei Milliarden Mark finanziert werden sollen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019582.html>

Die zwei Wahrheiten des Dr. Stoltenberg (11.07.1983)

SPIEGEL-Redakteur Winfried Didzoleit über Ungereimtheiten im Haushalt 1984

Sparen zulasten der Schwachen. „Im Zusammenspiel mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat Stoltenberg den Etat des Arbeitsministers Norbert Blüm bis an die Grenze des Zumutbaren ausgequetscht.“; „So rigoros Kohls Sparkommissar ist, wenn Arbeitslose, Rentner oder Sozialhilfeempfänger zur Ader gelassen werden, so zartfühlend ist der Bundesfinanzminister, wenn es an die Subventionen geht. Als Oppositionspolitiker hatte Stoltenberg noch tapfer gefordert, alle Subventionen zum Wohle der Allgemeinheit um fünf Prozent zu kürzen. Als Regierungspolitiker kann er nicht viel vorweisen. In seiner Not führt er als Beleg für seine Entschlossenheit, auch an die Subventionen heranzugehen, unter anderem sogar an, die Befreiung der Schwerbehinderten von der Kfz-Steuer eingeschränkt zu haben ...“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020418.html>

AUTO-INDUSTRIE: Weg vom Abgrund (11.07.1983)

Miserables Management war eine der Hauptursachen für den Niedergang von British Leyland, urteilt der ehemalige Chef des Auto-Unternehmens in einem Buch.

„Der rabiate Anti-Inflationskurs der Premierministerin drückte Großbritannien in eine tiefe Rezession.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14020712.html>

WÄHRUNG: Wie ein Magnet (08.08.1983)

Der Dollar steigt und steigt. Mit der US-Währung gehen weltweit die Zinsen wieder nach oben.

Versagen der Reaganomics. „Paradoxerweise ist dieser anhaltende Höhenflug des Dollar nur mit einer schweren wirtschaftspolitischen Fehlleistung der Amerikaner zu begründen. Während Zentralbanker Volcker nämlich das Geld verknappte, um die Inflation auszuhebeln, wirtschaftete Präsident Ronald Reagan zur gleichen Zeit unbekümmert drauflos“; „Der forsche US-Präsident war so naiv zu glauben, er könne seinen Landsleuten die größte Einkommensteuersenkung und den gewaltigsten Rüstungsschub in Friedenszeiten zugleich bescheren. Als Folge dieser abenteuerlichen Politik klafft inzwischen ein 210-Milliarden-Dollar-Krater im Bundeshaushalt der USA.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019868.html>

STEUERN: Unnütz verteilt (29.08.1983)

Die christlich-liberale Mehrheit will den Unternehmen die Steuerlast erleichtern. Daß die geplanten Vergünstigungen den erhofften Nutzen stiften, ist kaum zu erwarten.

Nutzlose Steuersenkungen. „Die Geschenke werden finanziert durch die Anhebung der Mehrwertsteuer, eine Abgabe, die vor allem die unteren Einkommensschichten trifft. Ob es das Opfer lohnt, ob Stoltenberg seine ehrgeizigen Ziele erreicht, erscheint überaus zweifelhaft. Die Steuernachlässe, das glauben sogar viele Unternehmer, werden weitgehend wirkungslos verpuffen. Sie nutzen, wenn überhaupt, eher den Großen als den Kleinen, und sie sorgen bei den ohnehin überlasteten Finanzbeamten für zusätzliche Arbeit.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14017878.html>

SPIEGEL Gespräch: Wir sind nicht fit! Wir schaffen das so nicht! (05.09.1983)

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht über seine Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Zweifel der Interviewer an der Notwendigkeit einer Senkung von Unternehmenssteuern; keynesianische Argumente gegen Angebotstheorie. „Es erscheint sicher bedenkenswert, angesichts dieser Entwicklung zu prüfen, ob das Sozialsystem weiterhin allein über den Faktor Arbeit bezahlt werden kann. Nur, Sie gehen ja noch weiter und fordern, die Unternehmen steuerlich um 20 Prozent zu entlasten, weil diese angeblich zu wenig Eigenkapital bilden könnten und deswegen nicht genügend investieren. Diese Diagnose erscheint uns unzutreffend“; „Die britische Wirtschaft, die eher statisch ist, hat eine höhere Eigenkapitalquote als die deutsche. Und die japanische Wirtschaft, die so gern als Vorbild hingestellt wird, hat eine schwächere Eigenkapitalausstattung“; „Wir insistieren in der Frage des Eigenkapitals, weil Sie in Ihrem Papier die gängige These der Industrie-Verbände übernehmen, daß zu niedrige Gewinne und zu knappes Eigenkapital ursächlich für die Beschäftigungskrise sind“ „Uns erscheint Ihr Schluß unzulässig, daß höhere Gewinne höhere Investitionen bringen. Es gibt ein ganzes Bündel von Gründen, warum nicht investiert wird. Ein gewichtiger Grund ist sicherlich, daß Nachfrage fehlt und die Absatzerwartungen schlecht sind.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018695.html>

LAMBSDORFF: Muß nachliefern (12.09.1983)

Wirtschaftsminister Lambsdorff, der einst erfolgreich die Koalitionschwende einleitete, wird der Untätigkeit

beschuldigt.

Untätigkeit der Politik in der Hoffnung auf die Marktkräfte. Positivbeispiele für staatliche Eingriffe. „So will er die Stahlkrise unbedingt mit marktwirtschaftlichen Mitteln lösen und verweigert daher jeden staatlichen Eingriff – das würde die Kräfte des privaten Unternehmertums schwächen. Nur: Es gibt keine Branche, in der die Regeln eines freien Marktes so weit außer Kraft gesetzt sind wie im Sektor Stahl“; „Auch Kanzler Kohl merkt inzwischen, daß die Taktik seines Wirtschaftsministers, Strukturkrisen per Marktwirtschaft gesundbeten zu wollen, ihre Tücken hat“; „In anderen Ländern, die Lambsdorff gern als Vorbild für dynamische Anpassungsfähigkeit und Innovation nennt, wirken beileibe nicht nur Marktgesetze. In den USA etwa finanziert der Staat großzügig die militärische Forschung – und damit den Einsatz neuer Technologien. In Japan ordnet ein Superwirtschaftsministerium in enger Tuchfühlung mit der Industrie die Märkte – bis hin zu vorausschauender Investitionsplanung. Christdemokraten erinnern Lambsdorff gern daran, daß die deutsche Luftfahrtindustrie längst vergessen wäre, wenn der damalige Forschungsminister Gerhard Stoltenberg nicht mit Geld aus der Staatskasse nachgeholfen hätte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019602.html>

CHILE: Pleite der Chicago Boys (12.09.1983)**Unter Pinochet hatten Jünger des Marktwirtschaftspapstes Friedman fast ein ideales Experimentierfeld. Der Versuch endete in einer Pleite, im Ausnahmezustand.**

Kritik an Marktgläubigkeit, Hinweis auf soziale Folgen. „Das war das Chile der goldenen späten 70er Jahre, als die ‚Chicago Boys‘ dort ein freies Experimentierfeld hatten – junge Wirtschaftswissenschaftler der Santiagoer ‚Universidad Catolica‘, die ihre höheren ökonomischen Weihen beim Guru der neoliberalen Monetaristen, Milton Friedman, an der Universität Chicago erhalten hatten. Unter dem Patronat ökonomisch unbedarfter Kommissäre, denen die Theorien der Chicagoer von der Heilkraft des Marktes bei Abstinenz des Staates zupaß kamen, konnten Friedmans Wunderknaben ihre Ideen an einem Zwölf-Millionen-Volk erproben“; „Zurück blieben eine ruinierte Volkswirtschaft, für deren Erholung Fachleute mindestens 20 Jahre veranschlagen, sowie ein sozialer und politischer Vulkan, der von der bewaffneten Macht nur noch mit Gewalt unter Kontrolle gehalten wird und jeden Augenblick explodieren könnte“; „Die schlagartige Rezession ließ das Sozialprodukt 1982 um 14 Prozent, die Löhne real um über 12 Prozent fallen. Am schlimmsten traf sie die Ärmsten der Armen. Der gesetzliche Mindestlohn von knapp 150 Mark im Monat liegt heute um mehr als ein Viertel niedriger als bei der Machtübernahme der Militärs vor zehn Jahren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019982.html>

Der Polizist der internationalen Banken (26.09.1983)**Millionen Menschen in zahlreichen hochverschuldeten Entwicklungsländern – voran Brasilien und Mexiko – müssen sich einer Art Nebenregierung unterwerfen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) schreibt ihnen die Wirtschaftspolitik vor. Nur Staaten, die ihren Bürgern harte Opfer abverlangen, erhalten weiter Kredite.**

Betonung sozialer Probleme, kritische Sicht auf USA und Banken. „Für die Bevölkerung in den Entwicklungsländern sind diese Schritte äußerst schmerzhaft. Alle Import-Waren werden teurer; von der Regierung bislang heruntersubventionierte Preise für Grundnahrungsmittel und andere existenznotwendige Güter werden angehoben, und gleichzeitig haben die Arbeitnehmer weniger Geld in der Tasche“; „Bei seinem Balanceakt neigt der IWF eindeutig zur harten Tour“; „Schuld daran hat vor allem die Regierung Ronald Reagans, die sich weder um die flauweltkonjunktur noch um das Elend der Entwicklungsländer schert“; „Schon jetzt müssen die Kunden in der Heimat durch hohe Kreditzinsen und niedrige Sparzinsen dafür zahlen, daß die Banken sich mit hohen Gewinnen daheim Polster gegen Verluste in der Dritten Welt und im Ostblock zulegen. Diese Geschäftspolitik möchten die Geldhäuser noch einige Zeit weitertreiben. Wenn dann eines Tages, weil die Wirtschaftsplaner des IWF doch nicht den rechten Kurs verfolgten, die Schuldenbombe hochgeht, werden die Banken nicht stürzen: Die Explosion hinterläßt nur eine Delle in den Bilanzen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021645.html>

LEHRSTELLEN: Nach der Predigt (10.10.1983)**Rund 50 000 Jugendliche sind noch ohne Lehrstelle, jetzt muß der Staat einspringen.**

Darstellung der Markt-Philosophie als realitätsfern. „Für eine Regierung, die immer wieder die Vorzüge privaten Wirtschaftens ohne Staatseinfluß preist, sieht das Programm der Frau Wilms wunderbar genug aus“; „Die Schlußfolgerung wird in Bonn noch nicht ausgesprochen: mehr Staat auch in der Ausbildung, selbst wenn es den Verfechtern der Privatinitiative nicht paßt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022836.html>

Wir werden weiter zurückgedrängt (10.10.1983)**SPIEGEL-Redakteur Rainer Paul über die ausweglose Lage farbiger Jugendlicher in New York**

Schilderung sozialer Notlagen, Verständnis für Arme und Betonung ihrer Unschuld an ihrer Lebenssituation, Kritik an Reagan-Regierung. „Niemand zuvor in der Geschichte der Stadt New York war die Aussicht von Hunderttausenden Jugendlicher in der Sieben-Millionen-Metropole, einen Job zu bekommen, so düster wie im dritten Jahr der Reagan-Administration“; „An den ausgebrannten und verfallenden New Yorker Stadtteilen Harlem und Bronx, die teilweise an

Müllplätze oder ausgebombte Städte erinnern, gingen solche Investitionsimpulse spurlos vorüber“; „Was sehen diese Menschen, wenn sie morgens aufwachen? Ein Bild der Hoffnungslosigkeit. Was liegt innerhalb der Grenzen des für sie Erreichbaren? Mutter zu werden.“; „Diese jungen Leute sind in Wahrheit smart und aufgeweckt“, sagt JfY-Direktorin Maxine Bailey, die seit neun Jahren bei ‚Job for Youth‘ arbeitet“; „Erfahren und ‚oft genug enttäuscht‘ in der täglichen Jugendarbeit, befürchtet sie, daß die Regierung Reagan angesichts milliardenhoher Defizite nicht nur die Steuern anheben, sondern auch die Hilfsprogramme für Arme und Minderheiten weiter zusammenstreichen wird.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023097.html>

Ein gottesfürchtiger Westerner (24.10.1983)

SPIEGEL-Redakteurin Valeska von Roques über die Karriere des Reagan-Vertrauten William Clark

US-Präsident und Innenminister werden als tumb dargestellt; Freiheitsbegriff und Staatsverständnis amerikanischer Konservativer ironisch behandelt. „Auch Ronald Reagan, selbst kein Intellektueller, schätzt an seinem langjährigen politischen Wegbegleiter die Einfalt des Geistes ...“; „Die Gefährdung des Individuums durch den immer aggressiveren Moloch Staat wurde für beide zum Grundstein ihrer einfachen, konservativen Ideologie und zu einem Lebensthema, das sie fortan nicht aufgaben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024057.html>

Amerika liegt in Kalifornien: (14.11.1983)

SPIEGEL-Redakteur Michael Naumann über das neue Machtzentrum der Vereinigten Staaten (II)

Kritisch-ironische Darstellung von Menschenbild (sozialdarwinistisch) und Staatsfeindlichkeit, Widerspruch zwischen Theorie und Praxis (Staatsinterventionen), soziale Kritik. „Die innenpolitische Zukunft der Nation scheint gewerkschaftsfeindlich wie der Ex-Gewerkschafter Ronald Reagan und sozial gefühllos wie seine kalifornischen Laissez-faire-Berater. Ihr politisches Menschenbild entspringt allenfalls dem sozialdarwinistischen kalifornischen Siedlungsmythos. Ronald Reagan: ‚Hier kamen nur die Besten an; die Schwachen sind gar nicht erst aufgebrochen.‘ Das ist die kalifornische Anthropologie der Freien Marktwirtschaft“; „Der nationale Erfolg von ‚Dallas‘ ist kein Zufall. Die entscheidende Verschiebung im Gefüge der amerikanischen Mythen findet in Kalifornien ja auch in Wirklichkeit und nicht nur in TV-Serien statt. Amerikas politische Mythen werden ökonomisiert: ‚Freiheit‘ wird auf den Nenner ‚Reichtum‘ gebracht“; „Macht entspringt der ausgeglichenen Jahresbilanz, der Steuererleichterung, dem Profit und dient insofern der privaten, nicht der gesellschaftlichen Freiheit. Kalifornische Macht verpflichtet zu nichts: Sie ist unpolitisch, egoistisch, ein Business-Produkt. Nicht nur die Machtfrage, sondern auch die soziale Kernfrage der amerikanischen Mythologie – Was ist der Sinn von Gemeinschaft? – wird in Kalifornien neu beantwortet. ‚Selbstverwirklichung statt Compassion‘ lautet die Parole“; „Außerdem zaubert Suburbia das peinliche Erlebnis sozialer Konflikte aus der Welt des kalifornischen Mittelstandes: Man ist unter sich; die Schwarzen, die Aussteiger, die mexikanischen Illegalen, die Versager – sie leben irgendwo anders: in mehr als 100 000 Wohnwagen, in Gettos, in Holzhütten am Feldrand, in abgelegenen Schluchten und neuerdings in schrottreifen Automobilen auf den Freeways von Los Angeles. Als Hausboten, Putzfrauen, Chauffeure machen sie der weißen Elite ihre Aufwartung“; „Wer in den letzten Jahrzehnten für ein öffentliches Amt kandidierte, erwählte normalerweise die öffentliche Verwaltung, die ‚Regierung‘, zum Hauptgegner. Die zeitgenössische amerikanische Idee, daß jede Administration schlechthin böse sei, weil sie mächtig ist, blüht am schönsten in Kalifornien.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023238.html>

Ein Jahrzehnt in der Entwicklung verloren (14.11.1983)

Brasilien Traum von einer wohlhabenden Industriemacht ist verflogen

Kritik an Banken und IWF; wirkungslose Lohnkürzungen. „Das Hantieren mit den dazu erforderlichen fremden Milliarden wurde den Wirtschaftsführern im Land allzu leicht gemacht. Internationale Banker suchten jahrelang auf aggressive Weise jene Petrodollar gewinnträchtig wieder an den Mann zu bringen, mit denen die Ölscheichs sie überschwemmt. Und wo die Überredungskunst der Bankiers nicht reichte, halfen die Lobbyisten westlicher Großkonzerne nach“; „Nun sollen diese Schulden um jeden Preis und unter Bedingungen zurückgezahlt werden, die von anonymen Männern im Washingtoner Währungsfonds und den Chefs in den Vorstandsetagen der ausländischen Großbanken bestimmt werden“; „Die Sanierungsrezepte sehen auf den ersten Blick einleuchtend aus. Der brasilianische Staat soll weniger ausgeben, soll die Milliardenlücke in den öffentlichen Haushalten in Jahresfrist schließen. So muß der Staat alle Investitionen kappen und die Subventionen streichen. Die Folgen sind bitter: Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot und Bohnen schnellen weiter in die Höhe, die Tarife für Strom, Wasser und Telephon steigen um einige hundert Prozent“; „Die Lohn- und Gehaltsempfänger sollen noch weniger verdienen als bisher. Dabei hatte die große Mehrheit schon bislang kaum mehr, als zum bloßen Überleben erforderlich war.“; „In Wahrheit aber ist der Anteil von Löhnen und Gehältern an den Gesamtkosten in Brasiliens Industrie gering. Rabiante Kürzungen drosseln kaum die Teuerung. Dafür treiben sie die Menschen in wachsende Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit“; „Die Sparprogramme, zu denen die Regierung sich pressen läßt, hat für die Nation katastrophale Folgen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023213.html>

SOZIALPOLITIK: Eine Zeitbombe (28.11.1983)**Unter dem Vorwand, die Nächstenliebe zu fördern, will CDU-Minister Geißler bei Familien mit behinderten Kindern sparen.**

Soziale Kritik. „Ohnehin schon gebeutelt von den Sparoperationen der letzten Jahre, sollen die sozial Schwächsten auch 1984 den Hauptbeitrag zur Haushaltssanierung leisten. Bei ihren Bemühungen, verschüttete Nächstenliebe zu erwecken, wollen sich die Christlichliberalen keineswegs nur auf Appelle an das gute Herz der Mitbürger verlassen. Unter dem Vorwand, für mehr Menschlichkeit zu sorgen, plant die Koalition die Abkehr vom Prinzip der Solidarität mit den Schwachen und die Reprivatisierung des Risikos, behindert, alt oder krank zu sein“; „Mit ihrer neuen Initiative haben die Unions-Sparer ihr Ziel nun doch noch erreicht: die Pflege von Alten und Behinderten so billig wie möglich zu gestalten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023975.html>

„Halbdenker“, „Halblügner“, „Halbwahrheit“ (28.11.1983)**SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Malanowski über Helmut Schelskys „Politik und Publizität“**

Kritik an „Leistungsdiffamierung“ ins Lächerliche gezogen. „Als schmutzige Waffe der Sinnproduzenten im Klassenkampf von oben entlarvte der Soziologe die strategisch betriebene Leistungsdiffamierung, eine Waffe, die, gefährlich wie das Giftgas, wenn der Wind sich dreht, bloß nicht nach hinten losgehen darf. Denn legen sich auch die Güterproduzierenden auf die faule Haut, wer sollte dann die festen Gehälter oder wenigstens die Sozialhilfe bezahlen? Schelsky selber ist ‚im eigenen Verständnis‘ Vertreter jener neuen, augenscheinlich perfiden Klasse – aber er ist übergelaufen und hat sich der ‚Aufklärungsleistung des Renegaten‘ verschrieben, verwegen genug, das ‚eigene Nest zu beschmutzen‘, um ja die ‚Herrschaftshintergründe‘ seiner eigenen sozialen Gruppe aufzudecken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024021.html>

Amerika liegt in Kalifornien (28.11.1983)**SPIEGEL-Redakteur Michael Naumann über das neue Machtzentrum der Vereinigten Staaten (IV)**

Widerspruch zwischen marktwirtschaftlicher Theorie und Praxis (Staatsinterventionen), Politik ist von Wirtschaftsinteressen durchdrungen. „Im Mythos des tapferen kalifornischen Wirtschaftspioniers, des virilen, ungeschützten Risikoträgers an der Spitze des Konzerns geht freilich die Wahrheit verloren, daß Kaliforniens Wirtschaftsgeschichte auch ein schönes Beispiel für die Verträglichkeit von Staatsintervention und freier Marktwirtschaft darstellt. Ohne den Staat, ohne seine ursprüngliche Landgabe, seine Steuererleichterungen und Rüstungsmilliarden wäre Kalifornien noch heute eine Rinder-Idylle“; „Ganz unverblümt erzählt ein Jahresbericht von Hughes Aircraft, ‚daß wir uns auch 1981 in verschiedenen Abteilungen (des Verteidigungsministeriums und vor Kongreßausschüssen) um den Abbau amtlicher Maßnahmen bemüht haben, die der Verteidigungsindustrie schaden. Diese Anstrengungen zeigen erste Erfolge“; „Kein Wunder, denn man kennt sich gut. Northrop-Boss Jones ist einer der mächtigsten Männer der konservativen Business-Kultur Kaliforniens. Und die hat Reagan erfunden und gemacht“; „Der Business-Mythos Kaliforniens, solche unbekümmerte Übersetzung von Geschäftsinteressen in allumfassende, patriotische Anliegen, die Erhöhung von Firmen-Bilanzen zur wahren Verfassung der Nation – das ist, neben all den Apfelsinen, Aprikosen und Apple-I- bis Apple-III-Computern, Kaliforniens heimliches Spitzenprodukt. Hier weht der Geist des Reaganismus, dem nun die ganze Welt begegnet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024116.html>

DER WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Kann sein, kann nicht sein (19.12.1983)**Joachim Preuß ist Redakteur im Wirtschaftsressort des SPIEGEL.**

Funktionsweise der Finanzmärkte: kaum nach ‚ökonomischen Gesetzen‘. „Täglich werden weltweit rund 100 Milliarden Dollar getauscht – vor allem gegen Schweizer Franken, Deutsche Mark, japanische Yen und englische Pfund. Das ist bemerkenswert viel Geld angesichts der Tatsache, daß keiner der Händler genau weiß, ob er gerade ein gutes oder ein schlechtes Geschäft gemacht hat. Die eigenartige Kombination von höchstem Risiko und höchster Irrationalität läßt sich am Verhalten der Beteiligten ablesen. Eingeschnürt in ein Gewirr von Telefonstricken, reden die Geldhändler mit mehreren Leuten gleichzeitig und machen den Eindruck von Ameisen, in deren Haufen gerade ein ungezogener Drittkläßler herumstochert“; „Alles logisch, aber alles viel zu kompliziert. Erst wenn ein Gedanke so massiv ist, daß er in den Bauch rutscht, folgt aus ihm die Tat. Das Geld sucht stets bei dem Mann mit den dicken Muskeln Unterschlupf, der notfalls zuschlagen kann, wenn die Lage schwierig wird. Und Ronald Reagan, das weiß jedes Kind, kann besser zuschlagen als Helmut Kohl. Das zeigt sich im Libanon, das zeigte sich in Grenada.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024539.html>

UNTERNEHMEN: Überraschend simpel (19.12.1983)**Auf der Suche nach den Erfolgsgeheimnissen führender US-Firmen haben zwei Unternehmensberater den Menschen wiederentdeckt. Ihr Buch wurde zum Bestseller.**

Kritisch-ironische Darstellung eines ökonomisierten Menschenbildes. „Der neu entdeckte Mensch kommt in dem Buch vor allem als verdinglichtes Wesen vor, als ‚unser größtes Kapital‘, unsere ‚wichtigste Ressource‘ und als

„entscheidender Produktionsfaktor“. Das wichtigste sei es, so meinen die Autoren, eine Umwelt zu schaffen, in der aus durchschnittlichen Menschen „Helden“ und „Sieger“ werden – „im Dienste des Unternehmens“, versteht sich.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024543.html>

VIII. „Spiegel“-Artikel von 1986 mit anti-neoliberaler Botschaft

KONJUNKTUR: Wieder fit (30.12.1985)

Die Konjunktur läuft, als sei sie von den Wahlstrategen der Bonner Regierungskoalition gesteuert: Rechtzeitig zur Bundestagswahl gibt es einen runden Aufschwung.

Eher keynesianische Konjunkturerklärung, kritische Sicht auf ‚hingenommene‘ Arbeitslosigkeit. „Der Konsum wird womöglich, so das Institut der deutschen Wirtschaft, ‚zum tragenden Element des Aufschwungs‘. Das war ursprünglich so nicht gewollt. Die Politik der Wende hatte es sich schließlich zum Ziel gesetzt, die Investitionen zu fördern; der Konsum schien vernachlässigungswert. Wohl und Wehe der Wirtschaft, so hieß es, hingen entscheidend von der Höhe der Unternehmensgewinne ab. Erst wenn die befriedigend ausfielen, seien die Unternehmen bereit, zu investieren und so für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Doch die goldene Gleichung, wonach höhere Gewinne zu mehr Investitionen führen, ging lange Zeit nicht auf.“; „Den Kanzler irritieren die zwei Millionen nicht, die ohne Arbeit sind. Für Kohl ist viel wichtiger, daß die Arbeitsplatzbesitzer durch den Aufschwung ‚ihre Angst verloren‘ haben. Die Arbeitslosen sind als CDU-Wähler sowieso nicht einkalkuliert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517346.html>

Die in Bonn wollen das nicht (13.01.1986)

Von Kiessler, Richard

SPIEGEL-Redakteur Richard Kiessler über die deutsche Entwicklungshilfe für Nicaragua und El Salvador

Ideologiegeleitete Entwicklungshilfe kritisch. „Der Rückzug aus Nicaragua und das Engagement in El Salvador machen Warnkes Kurswechsel deutlich. Unter dem CSU-Minister ist Entwicklungspolitik zum Instrument bloßer Exportförderung geworden. Er bekennt sich ganz offen dazu, ‚daß solche Projekte ausgewählt werden, wo die deutsche Wirtschaft wettbewerbs- und leistungsfähig ist‘.“; „Immer unverhüllt sieht er Entwicklungshilfe als politisches Druckmittel in der Auseinandersetzung mit Staaten anderer Couleur: Entwicklungshilfe wird zum Bestandteil des Wettstreits der Systeme.“; „In aller Stille entschied der Minister letzte Woche dagegen, ein halbfertiges Projekt zur Berufsausbildung erst mal zu verlängern. Begründung: Die künftigen Kfz-Mechaniker wanderten in Privatbetriebe ab, nützten also nicht den Sandinisten.“; „Gerade der Verweis auf die Menschenrechte zeigt, wie heuchlerisch Warnkes Politik angelegt ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516269.html>

SPIEGEL Essay: Die Bonner Leistungsschau (20.01.1986)

Von Martens, Heiko

Dekonstruktion der Produktivitätslohntheorie. „Wer so argumentiert, der hat keine Probleme mit einer Verteilungsstrategie, bei der vornehmlich die oberen Einkommensklassen bedient werden. Denn hohes Einkommen ist dann ja, wenn die Marktwirtschaft funktioniert, das Ergebnis hoher Leistung. Droht die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft abzusacken, liegt es mithin nahe, der Einkommenselite noch etwas mehr zukommen zu lassen.“; „Die schöne Theorie hat mit der Realität allerdings wenig gemein. Von leistungsgerechter Verteilung der Einkommen, wie sie im Modell der Marktwirtschaft verlangt wird, kann in der Bundesrepublik des Jahres 1986 genausowenig die Rede sein wie in der Bundesrepublik des Jahres 1956.“; „Wer von der Leistungsgesellschaft redet, der unterstellt etwas, was es nicht gibt: einen objektiven Maßstab für Leistung.“; „Was haben Volkswirte und Soziologen nicht alles versucht, diesen Mangel der marktwirtschaftlichen Verteilungstheorie zu beheben. Die Wissenschaftler spielen in ihren Modellen beispielsweise noch heute mit der Grenzproduktivität der Arbeit: Wenn der Arbeitseinsatz um eine Einheit erhöht wird, dann verändert sich die Menge der produzierten Güter um einen bestimmten Betrag. Das sei die Leistung, heißt es, die müsse entlohnt werden.“; „Aber wer will in einem komplexen Produktionsprozeß den Beitrag des Werkmeisters und den des Vorstandsvorsitzenden auf das Produktionsergebnis messen? Wie sollen Tätigkeiten in produktionsfernen Bereichen – etwa in der Seelsorge – bewertet werden? Was leistet eine Kindergärtnerin, ausgedrückt in Grenzwerten der Produktionssteigerung? Einkommenshierarchien lassen sich ökonomisch nicht begründen. Unmerklich hat denn auch die praktische Deutung des Zusammenhangs zwischen Leistung und Einkommen die schöne Theorie ausgehöhlt. Nun dreht man das System einfach um: Nicht mehr von der Leistung auf das dazugehörige Einkommen wird geschlossen, sondern die Höhe des Einkommens wird als Maßstab für Leistung genommen.“; „Damit allerdings wackelt das ganze schöne Konstrukt der Leistungsgesellschaft.“; „In den Zahnarztpraxen die Leistung (und damit die Gesundheitskosten) steigern zu wollen, indem der Spitzensteuersatz herabgesetzt wird, müßte eigentlich selbst Genscher unsinnig erscheinen. ‚Leistung muß sich wieder lohnen‘ – das ist eine ideologische Leerformel, solange es nicht gelingt zu beschreiben, was Leistung ist und wie sie zum Wohl der Allgemeinheit zu entlohnen ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516958.html>

LOHNRUNDE: Erst tanken (03.02.1986)

Arbeitgeber und IG Metall sind sich einig: 1986 wird ein friedliches Jahr.

Lohnerhöhungen nützen Konjunktur. „Um den Aufschwung unbeschadet ins Wahljahr 1987 hinüberzuretten, braucht die

liberal-konservative Regierung konsumfreudige Verbraucher. Die wiederum können nur Geld ausgeben, wenn die Lohnerhöhung reichhaltig ausfällt.“; „Voraussetzung ist dafür allerdings, daß die Arbeitnehmer mehr Geld zum Ausgeben haben. Lohnerhöhungen von vier bis 4,5 Prozent wären gerade richtig, hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann am vorletzten Wochenende in einem unbedachten Moment bereits ausgeplaudert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516262.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Freudentänze auf dünnem Eis (10.02.1986)

Von Kampe, Dieter

Kritik an Selbstregulierungscredo und mangelndem politischen Gestaltungswillen. „Die wichtigste Aufgabe des politischen Zeremonienmeisters an der Spitze besteht heute darin, Optimismus zu predigen, die Bedeutung des Vertrauens für das wirtschaftliche Wohlergehen herauszustellen und ebendieses auch zu fordern. Der Verdrängungsmechanismus muß in Schwung gehalten werden, notfalls durch Eigenlob und Schönfärberei. Wie schön, wenn man dann auch noch Wirtschaftswissenschaftler zur Hand hat, die es für das beste halten, alles dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Das Dolcefar niente legitimiert durch ökonomische Theorie. Wo aber bleiben die Energien, rationale Lösungen für die zwar verdrängten, aber immer noch drängenden Probleme zu suchen? Schuldenkrise, Rentendesaster, Arbeitslosigkeit, Umweltvergiftung – es gäbe wahrlich genug zu tun. Doch Verantwortungsgefühl und Reflexion sind nicht gefragt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516998.html>

KONJUNKTUR: Sofort akzeptiert (03.03.1986)

Eitel Freude in der Bonner Koalition: Der Verfall der Ölpreise beschert der Regierung ein kostenloses Konjunkturprogramm.

Keynesianische Erklärung. „Selbst eingefleischte Kohl-Anhänger, die von der Sache etwas verstehen, gestehen zu, daß vom derzeitigen Konjunkturchoch allenfalls ein halbes Prozent Wachstum der Sparpolitik der Regierung zuzuschreiben sei.“; „Die private Nachfrage wird es denn auch sein, die der Konjunktur in diesem Jahr den entscheidenden Schub verleiht. Rund elf Milliarden Mark aus der Steuerreform, etwa sechs Milliarden Mark zusätzliche Sozialleistungen, nicht zu knappe Lohnerhöhungen bei Preisstabilität und die Ölmilliarden – das alles summiert sich zu Bargeld in den Taschen der Bürger, das für kräftigen Konsum ausgegeben werden kann.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516667.html>

Es quietscht an allen Ecken (10.03.1986)

Drei Jahre nach seinem großen Wahlsieg ist Kanzler Helmut Kohl zur Belastung für seine Partei geworden: In Scharen wanderten die Wähler ab, auch Wirtschaftsbosse gehen auf Distanz, das Verhältnis zu den Gewerkschaften ist gestört, die Bauern fühlen sich im Stich gelassen. Hinzu kommt Kohls Verstrickung in die Parteispendenaffäre. Wenn sie sich ausweitert, dann, schwant einem Kabinettsmitglied, „gute Nacht, Marie“.

Wirtschaftspolitische Regierungskurs aus sozialen Gründe infrage gestellt. „Starke Gruppen, die im März 1983 ihre Hoffnungen auf Kohl gesetzt und CDU gewählt hatten, spüren vom Aufschwung wenig. Bei Bauern, im Millionenheer der Arbeitslosen, unter Kleinrentnern und Sozialhilfe-Empfängern ist die Stimmung so schlecht wie die Lage.“; „Was aber, wenn den Benachteiligten die ganze Richtung nicht mehr paßt, die Umverteilung von unten nach oben nicht länger hingenommen wird?“; „Benda hält den neuen Paragraphen 116 nicht nur für verfassungswidrig. Er zerstört auch das von Kohl und Blüm gepflegte Propagandagespinnst, sie hätten lediglich eine Klarstellung geltenden Rechts im Sinn. Der Jurist nennt den Regierungsentwurf unmißverständlich eine Verschlechterung zu Lasten der Arbeitnehmer.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517211.html>

Francois Mitterrand: Wir haben viel geträumt (10.03.1986)

Von Krusche, Lutz

SPIEGEL-Redakteur Lutz Krusche über den französischen Präsidenten und die Parteien vor der Parlamentswahl

Positive Bilanz sozialistischer Politik. „Die Habenseite ihrer Bilanz seit 1981 hat beim Wähler nie recht verfangen: Die 39-Stunden-Woche ist eingeführt mit dem Fernziel 35-Stunden-Woche. Das Rentenalter ist auf 60 Jahre gesenkt, die Sozialleistungen wurden erhöht. Nie waren so viele Franzosen im Wintersport wie in dieser Saison. Die Inflationsrate ist von fast 14 Prozent zu Zeiten der rechten Regierung auf 4,7 Prozent 1985 zurückgegangen. Die von der Rechten prophezeiten Katastrophen infolge der Verstaatlichung von neun wichtigen Industriegruppen und Banken sind ausgeblieben. Der Franc ist wieder stärker, die Auslandsschulden sinken, nie wurde so wenig gestreikt. Eine rationale Bilanz der linken Regierung kann es also nicht sein, die Frankreichs Wähler den Sozialisten so entfremdet hat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517489.html>

Steuern: Alles unter 50 Prozent ist gut (24.03.1986)

CDU-Wahlkampfmanager Heiner Geißler legt sich mit der eigenen Partei an. Er wolle eine Diskussion über die Senkung des Spitzensteuersatzes verhindern, stattdessen Erleichterungen für die Bezieher kleinerer Einkommen

ankündigen. Tatsächlich hat die Wirtschaftsriege der Union die Richtung vorgegeben: Steuerentlastung vor allem für Unternehmen und Großverdiener. Die Arbeitnehmer aber sollen die Reform mitbezahlen.

Soziale Kritik. „Heiner Geißler hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Noch vor der Niedersachsenwahl im Juni will er den Bürgern die These verkaufen, seine Partei, die CDU, sei für die kleinen Leute da.“; „Westphals Fachausschuß hatte sich Gedanken gemacht über die von Stoltenberg verheißene ‚große Steuerreform‘. Sie soll in der nächsten Legislaturperiode endlich die Wende bringen zugunsten der Erfolgreichen (CDU-Parole ‚Leistung muß sich wieder lohnen‘) und die Abkehr vom Sozialstaat (Konrad-Adenauer-Stiftung: ‚Wir haben etwas gegen Luschen‘).“; „Da kann Heiner Geißler noch so werbewirksam die im Verhältnis zu ihrem Steueraufkommen größere Steuerentlastung der kleinen Leute preisen, er ändert nichts an der Schiefelage: Kleinverdiener sparen ein paar Zehnmarkscheine, die großen Einkommen werden um einige Tausender entlastet. Umgekehrt ist das Verhältnis, wenn es darum geht, die christdemokratischen Reformpläne zu finanzieren: Da sollen die Kleinen ordentlich mitmachen dürfen.“; „Den Preis der Steuerreform zahlen mithin auch all die Haushalte, die keine oder nur geringe steuerpflichtige Einkünfte haben, also von der Entlastung nicht profitieren: Rentner, Arbeitslose, Geringverdienende. Ob sie ein Brot kaufen oder einen Mantel – immer entrichten sie ihren Teil zur Finanzierung der Steuerentlastung von Leuten, denen es besser geht als ihnen.“; „Auch was die CDU-Steuerpolitiker meist vernebelnd ‚Subventionsabbau‘ nennen, trifft Arme und Reiche nicht gleichermaßen. Verlieren Unternehmer und Freiberufler Abschreibungsmöglichkeiten, so wird das für sie durch die Einkommensteuersenkung in der Regel mehr als wettgemacht. Wenn dagegen Arbeitnehmer ihre Zuschläge für Sonntags- und Nacharbeit versteuern müßten, was in der Klausurtagung der CDU/CSU-Finanzpolitiker überlegt wurde, dann ist der Verlust für die Betroffenen höher als die allgemeine Steuerentlastung.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518750.html>

GEWERKSCHAFTEN: Auf Zeit gespielt (24.03.1986)

Nach der Verabschiedung des umstrittenen Streikparagraphen will sich die Bonner Koalition abermals mit den Gewerkschaften anlegen und das Betriebsverfassungsgesetz ändern.

„Gute Argumente“ gegen DGB-feindliche Politik. „Wird das geklärt, steht der Aufwertung der Leitenden und der Splittergewerkschaften nichts mehr im Wege.“; „[Johannes Rau] sieht sich in der Ansicht bestätigt, mit dem Streikparagraphen habe die Regierung nur begonnen, die politische Ordnung der Bundesrepublik in ihrem Sinne zu verändern. Rau wird sich die Chance, die Wähler immer wieder daran zu erinnern, nicht entgehen lassen. Er wird gute Argumente haben. Am Montag dieser Woche übergibt Ex-Verfassungsgerichtspräsident Ernst Benda (CDU) dem nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) ein über 300 Seiten starkes Gutachten. Darin belegt der Jurist die These, seine Parteifreunde in der Regierung hätten mit dem neuen Paragraphen 116 ein grundgesetzwidriges Werk verabschiedet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518757.html>

FDP: Der Erbe Erhards (31.03.1986)

Die Liberalen haben ihre Marktlücke entdeckt: Gegen „rote und schwarze Sozialisten“ wollen sie die Marktwirtschaft verteidigen.

Distanziert-despektierliche Darstellung neoliberaler Vorstellungen. „Der wahre Ludwig-Erhard-Erbe ist gefunden: Wirtschaftsminister Martin Bangemann natürlich, auch in dieser Rolle Nachfolger von Otto Graf Lambsdorff, der, momentan vor Gericht unabkömmlich, früher einmal als ‚Erhard der 80er Jahre‘ dem Stimmenfang diente.“; „Jetzt führt sich die FDP – diesmal gegen die Union – als Partei auf, die, so steht es in einem ‚Perspektiven‘ überschriebenen Papier, den ‚Fortschritt ins High-Tech-Zeitalter‘ verheißt. Sie lobt das ‚gesellschaftliche Klima‘ in Kalifornien und die dortige ‚wirtschaftliche Dynamik‘. Reagans USA sind das Vorbild, ‚wie mit weniger Staat besser und preiswerter soziale Hilfe geleistet werden kann‘ – möglichst gar keine. Der Generalsekretär proklamiert, nur noch für die ‚wirklich Bedürftigen‘ habe der Staat zu sorgen. Als ‚Sozialpolitik neuer Art‘ umschreibt er diese wiederaufgelegte Theorie des sozialen Darwinismus nach der Regel: Die Tüchtigen beißen sich durch. Oder: ‚Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik‘ (Theodor Heuß). Nur ‚Demagogen‘ können nach Haussmann einen Gegensatz zwischen marktwirtschaftlicher und sozialer Politik konstruieren. Er mag nicht einsehen, daß in einer der reichsten Industriegesellschaften die Höhe der Sozialausgaben noch ‚Indiz für Gerechtigkeit sein soll‘. Da kann jeder sich selber ein Stück vom Bruttosozialprodukt besorgen. Nach Haussmann könnte noch eine Menge sozialer Wohltaten abgeschafft werden, wie Lambsdorff es schon 1982 in einem Wendepapier aufgeschrieben hatte. Denn ‚noch ist die Hälfte der Bevölkerung begünstigt‘, etwa durch Wohn- oder Kindergeld, Steuerfreibeträge oder andere staatliche Wohlfahrt.“; „Von seinen Ausflügen an die Basis hat Parteivize Gerhart Baum die Erkenntnis mitgebracht, die Liberalen seien ‚mit Konflikten überfordert‘. Dringend empfiehlt er, die ‚Horrorpolitik‘ womöglich nach Lambsdorff-Rezept nur ja nicht fortzusetzen. Den FDP-General aber können derlei Sorgen von seiner Linie nicht abbringen. Marktwirtschaft hat nämlich nach seiner Interpretation ‚nichts mit sozialer Kälte‘ zu tun. Sie sichert vielmehr das Volkseinkommen, das fürs soziale Netz unentbehrlich ist. In seiner Strategie sieht Haussmann sich durch die Mannheimer bestätigt. Auch bei ‚so manchen SPD-Anhängern‘, schrieben sie, werde der ‚wichtige Beitrag der FDP‘ anerkannt. ‚Die Geister, die da seit der Wende losgelassen sind‘, fürchtet Baum in Anspielung auf das Lambsdorff-Papier, ‚werden wir so schnell nicht wieder los.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519500.html>

ARBEITSLOSE: Üble Schnüffelei (31.03.1986)**Eine Spitzenleistung deutscher Bürokratie: Arbeitsämter prüfen, wie Nichtverheiratete zusammenleben.**

Kritische Betrachtung restriktiver Sozialpolitik. „Ähnliche Kürzungen könnten vielen Arbeitslosenhilfe-Empfängern bevorstehen, die in Wohngemeinschaften leben. Seit dem Jahreswechsel gilt der neue Absatz 2a im Paragraphen 137 des Arbeitsförderungsgesetzes. Damit werden Arbeitslose in sogenannter eheähnlicher Gemeinschaft den ordentlich Verheirateten gleichgestellt. Die Folge: Ihre Arbeitslosenhilfe wird nicht mehr für jeden einzeln ausgerechnet, sondern für beide gemeinsam. Das mindert den Gesamtanspruch des Paares, das Arbeitsamt spart Geld. Die Frage ist nur, wie die Behörde eheähnliche Gemeinschaften von simplen Wohngemeinschaften unterscheidet. Das ist gar nicht so einfach, denn gerade in Großstädten ziehen die Bedürftigen häufig allein deshalb zusammen, weil sie dabei Miete sparen.“; „So leben nun viele Wohngemeinschaftler, die eine gemeinsame Kasse haben, juristisch in einer wilden Ehe, ohne es zu ahnen.“; „Daß sie beim Arbeitsamt als verheiratet, beim Finanzamt aber als unverheiratet gilt, empfindet Margret Plönnigs als ‚Gipfel der Ungerechtigkeit‘. Der Chef des Reutlinger Arbeitsamtes, Clemens Hohl, kann das gar nicht verstehen. ‚Wer sich ungerecht behandelt fühle‘, sagt er kühl, ‚soll uns doch verklagen.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519635.html>

ENGLAND : Luft mit Gejammer (07.04.1986)**Nachwahl im Londoner Stadtteil Fulham, Test für Margaret Thatcher: Eine Niederlage könnte eine Palastrevolte gegen die Regierungschefin auslösen.**

Thatcherismus kritisch. „Sie löste zum 1. April den GLC und sechs weitere von der Labour Party geführte Großstadtverwaltungen auf. Ihre Funktionen – wie Müllabfuhr und Management des Nahverkehrs – übernehmen allein in London 67 neue Körperschaften. Die Reform soll Bürokraten abbauen und Geld sparen, wird aber wohl zu Kompetenzchaos und höheren Kosten führen. Politisch neutrale Fachleute und sogar gemäßigte Konservative zweifeln deshalb am Sinn der Reform.“; „Ihr gleichermaßen arg- wie skrupelloses Geschäftsd Denken erklärt wohl auch, daß Margaret Thatcher es nach ihrer Amtsübernahme nicht für nötig hielt, ihren privaten Aktienbesitz Treuhändern zu übergeben. Dieses Verhalten, das im März herauskam, verstößt zwar nicht gegen das Gesetz, wohl aber gegen die guten Sitten und paßt ins Klischee von der rücksichtslosen, aufgestiegenen Krämerstochter, die sich keineswegs am Ende ihrer Karriere sieht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517029.html>

SPIEGEL Gespräch: Wir wollen keine miefige Gesellschaftspolitik (21.04.1986)

Von Martens, H. und Lersch, P.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann über Selbstverständnis und Pläne seiner Partei

Kritische Fragen zur Ideologie der FDP. „SPIEGEL: Der Produktionsfaktor Arbeit muß so lange billiger werden, bis der Markt geräumt ist?“; „SPIEGEL: Ist das die Freiheit, die Sie meinen: Den Leuten wird freigestellt, sich für immer weniger Geld auf dem Arbeitsmarkt anzubieten?“; „SPIEGEL: Und deshalb fordern Sie unermüdlich, die Situation der Besserverdienenden zu verbessern? Nach dem Motto: Wenn es dem oberen Drittel bessergeht, dann kommt das irgendwann auch beim unteren Drittel an? Sozialpolitik könnte ja auch sein, gleich unten zu helfen.“; „SPIEGEL: Wäre es nicht ehrlicher, klar zu sagen: Ich bin der Generalsekretär einer Partei, die dem Tüchtigen hilft, seine Chancen in der Gesellschaft zu verbessern? Die mit Hilfe fest umrissener kleiner Zielgruppen versucht, zwischen fünf und zehn Prozent der Stimmen zu bekommen? Statt dessen versuchen Sie ständig den Eindruck zu vermitteln, die FDP habe das Wohl aller im Sinn.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518238.html>

Was der Markt nicht leistet ... (21.04.1986)

Von Farthmann, Friedhelm

Der Sozialdemokrat Friedhelm Farthmann erläutert seine umstrittenen Thesen zur Wirtschaftspolitik „Der Markt hat versagt“, nun sei „ein starker Staat nötig“, die Schäden zu regulieren – Kernsätze der Thesen, mit denen der SPD-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Friedhelm Farthmann, (nicht nur) seine Partei aufschreckte. Im SPIEGEL (14/1986) warf der Berliner Ökonomie-Professor Hans-Jürgen Krupp dem Politiker vor, er habe „nicht zu Ende gedacht“. Für den SPIEGEL begründet Farthmann seine Position.

Keynes. „So wissen wir seit 100 Jahren, daß [der Markt] nicht per se soziale Gerechtigkeit herbeiführt, sondern daß es dazu der Ergänzung durch die Sozial- und Tarifpolitik bedarf. Seit mindestens 20 Jahren wissen wir, daß er keinen ausreichenden Umweltschutz gewährleisten kann, sondern daß dazu staatliche Eingriffe in den Produktionsprozeß durch Auflagen, Ge- und Verbote erforderlich sind. Schließlich wissen wir spätestens seit der Wende in Bonn, daß er die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt.“; „Die derzeitige Bundestagsmehrheit und die von ihr getragene Bundesregierung lehnen trotz extrem hoher Arbeitslosigkeit beschäftigungspolitische Initiativen prinzipiell und ausdrücklich ab, weil sie auf die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen.“; „Die Unternehmer erzielen zwar durch diese Politik satte Gewinne: sie reinvestieren diese aber nicht, sondern thesaurieren sie. Viele Unternehmer schwimmen deshalb in Liquidität und verdienen mehr Geld durch Kapitalanlage als durch Produktion.“; „Daß die Unternehmer nicht mehr investieren, hat einen einfachen Grund: Die Produkte, die mit Hilfe zusätzlich geschaffener Kapazitäten hergestellt

werden könnten, lassen sich am Markt gar nicht absetzen.“; „Unsere Situation auf dem Arbeitsmarkt ist also auch ein Verteilungsproblem. Mit anderen Worten: Wir könnten und müßten die reichlich vorhandenen finanziellen Ressourcen in unserer Gesellschaft beschäftigungswirksamer einsetzen als bisher. Wir müßten also denjenigen, die noch einen Bedarf an Investitionen und an Arbeitsleistung haben, die dafür notwendigen Mittel verschaffen, etwa in Form einer vorübergehenden Ergänzungsabgabe (10prozentiger Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer von einer bestimmten Einkommenshöhe an), und ihnen nicht noch Mittel entziehen.“; „Voraussetzung dafür ist, daß staatliche Investitionen nicht weiter mit dem Schlagwort von der Senkung der Staatsquote diskriminiert werden. Es ist vielleicht kein Zufall, daß zwei Länder mit hoher Staatsquote, nämlich Österreich und Schweden, zu den Staaten gehören, die eine geringe Arbeitslosigkeit aufweisen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518265.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Zurück ins Wachstumsparadies (28.04.1986)

Von Kaden, Wolfgang

Kräfte des freien Markts sind nicht der Grund für den Aufschwung. „Es sind weniger die oft bemühten Selbstheilungskräfte des Marktes, die das möglich machen. Die Ölverkäufer haben den Regierenden ein kostenloses Konjunkturprogramm geliefert.“; „Das erste Hilfsprogramm ist dies nicht, das den Bonner Wirtschaftspolitikern aus der Verlegenheit hilft. Sie hatten zuvor schon mal eins, ebenfalls kostenlos, aus den USA geliefert bekommen. Mit einem in der Geschichte bislang einmaligen Haushaltsdefizit hat dort die Reagan-Regierung die Wirtschaft zu wahren Höchstleistungen getrieben. Für die ausländischen Lieferanten fiel bei dieser Politik auch einiges ab.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519032.html>

Stammebelegschaften werden immer kleiner (05.05.1986)

In den Betrieben wächst die Zahl der Aushilfen und der Beschäftigten mit befristeten Anstellungsverträgen. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren beachtlich verändert, meist zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Norbert Blüms Beschäftigungsförderungsgesetz sollte mehr Jobs durch flexiblere Arbeitsverträge bringen. In der Praxis aber hat das Gesetz vor allem den Schutz der Werkstätigen vor dem Arbeitgeber verringert.

Arbeitsmarktflexibilisierung verschlechtert die Situation der Beschäftigten und schafft keine neuen Jobs – obwohl die Grundidee nachvollziehbar ist. „Das neue Gesetz sollte allen nützen: den Arbeitern, die den Einsatz der Arbeitskräfte besser an die Produktion und an die Nachfrage anpassen können; den Arbeitnehmern, die ihre Arbeitszeit dann besser nach den Bedürfnissen einrichten sollten. Vor allem aber hatte das neue Gesetz den Zweck, mehr Menschen eine Beschäftigung zu verschaffen. Und falsch ist der Gedanke ja auch nicht: Wenn die Möglichkeiten für befristete und flexible Beschäftigung erweitert werden, dann sehen die Unternehmen vielleicht eher davon ab, zusätzliche Arbeit in Überstunden erledigen zu lassen. Norbert Blüm begründete das Gesetz durchaus einsichtig: ‚Nicht alles, was Schutz für die ist, welche Arbeit haben, ist Hilfe für diejenigen, die draußen stehen. Schutz für die einen kann Sperre für die anderen sein.‘“; „Die zusätzliche Beschäftigung ist eher das Resultat der verkürzten Wochenarbeitszeit, die von der Metaller-Gewerkschaft erstreikt worden ist. Auch das Aufteilen von Arbeitsplätzen auf mehrere Beschäftigte – Teilzeitarbeit, Job-sharing – wirkt sich in der Statistik aus. Vor allem aber hinterläßt die Konjunktur nun Spuren auf dem Arbeitsmarkt, wenn auch keine tiefen.“; „Das hat Folgen: Die Stammebelegschaften werden immer kleiner, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten und der Aushilfen nimmt zu. Und so wächst denn die Klasse jener Werkstätigen, die nicht mehr unter dem vollen Schutz des Arbeitsrechts stehen.“; „Die Gewichte zwischen den Arbeitnehmern und ihren Chefs haben sich verschoben, Blüms Beschäftigungsförderungsgesetz hat dabei tüchtig mitgeholfen. Der Arbeitsminister muß zusehen, wie die Unternehmen aus seinem Gesetz rausholen, was möglich ist (wenn’s geht, auch mehr), ohne zusätzliche Arbeitsplätze anzubieten. Während Blüm im Parlament von ‚der Individualisierung von Arbeitszeiten‘ schwärmt, werden Arbeitnehmer in den Betrieben zusehends zur Manövriermasse herabgewürdigt; sie werden zu ‚Pufferarbeitnehmern‘, wie ein Beamter aus Blüms Stab formuliert.“; „Doch in allzu vielen, vor allem in mittelständischen Unternehmen wird die neue Beweglichkeit, die Arbeitnehmern wie Arbeitgebern zugute kommen sollte, allein zugunsten der Betriebe genutzt. Viele Werkstätige sehen sich überrollt. Wo der einzelne stark genug ist, seine Interessen gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen, wo starke Arbeitnehmervertretungen die Beschäftigten schützen, werden eher die Chancen die Risiken überwiegen.“; „Für die anderen jedoch – Hilfsarbeiter, Angeleimte, Frauen, die in konjunktur- oder strukturschwachen Branchen arbeiten – bedeutet Flexibilisierung häufig nicht einen Zuwachs an Gestaltungsmöglichkeiten, sondern einen Verlust an Selbstbestimmung. Blüm hat die Arbeitgeber ermutigt – mit Worten wie mit Taten –, ihre Interessen mit Hilfe neuer Arbeitsvertragsformen durchzusetzen. Die Arbeitslosigkeit läßt den abhängig Beschäftigten wenig Wahl. Sie sind in der unterlegenen Position und müssen sich auf die Bedingungen der anderen Seite einlassen. Es mag etwas theatralisch klingen, doch ganz danebengegriffen ist es nicht, was der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie, Hermann Rappe, sagt. Das Beschäftigungsförderungsgesetz habe, so Rappe, ‚einer ganzen Arbeitnehmergeneration das Rückgrat gebrochen‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516929.html>

ENGLAND: Knuddeliger Kelte (02.06.1986)

Rosen statt Nelken, Brahm statt Revolutionsgesängen – Parteichef Neil Kinnock vermittelt der Labour Party

ein neues Image. Die Briten reagieren positiv.

Thatcher-Kritik. „Im Volk verliert das konservative Thatcher-Team immer mehr Anhänger, weil es die Arroganz der Mächtigen zeigt und auf die öffentliche Meinung nicht zu hören scheint. Beispiele aus letzter Zeit:

– der knallharten ‚sell or sink‘-Politik der Regierung (sei erfolgreich oder gehe unter) werden in Kürze allein 3500 Arbeitsplätze in der Werftindustrie, 1000 bei der Fluggesellschaft ‚British Caledonian‘ und 6000 bei der Eisenbahn zum Opfer fallen. Bei einer Arbeitslosenzahl von 3,3 Millionen ging die Nachricht von einer Inflationsrate von nur drei Prozent im April völlig unter.

– Arbeitslosen Hausbesitzern strich die Regierung Beihilfen zur Abzahlung der Darlehen. Sie untergräbt damit ihr volkskapitalistisches Credo, ‚kleinen Leuten‘ zu Eigentum zu verhelfen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517195.html>

Künftig rücksichtslos bauen (23.06.1986)

Zum Schutz der Landschaft, die in der Bundesrepublik zerschnitten, zersiedelt und zerstört ist wie in kaum einem anderen Land der Erde, fordern Umweltschützer, Architekten und Stadtplaner seit langem wirksame Gesetze. Bonns neues „Baugesetzbuch“, das im Oktober vom Bundestag beschlossen werden soll, beschleunigt indes nach Experten-Ansicht den Landfraß.

Entbürokratisierung als Vorwand zur Bedienung von Wirtschaftsinteressen. „Die pragmatische Formel verschleiert, ebenso wie die wohlklingenden Schlagworte ‚Entbürokratisierung‘ und ‚Bürgerfreundlichkeit‘, worum es dem Christsozialen in Wahrheit geht. Vordergründig soll das neue Baugesetzbuch die verstreuten Vorschriften über städtebauliche Entwicklung und Sanierung zusammenfassen. Genehmigungsverfahren sollen einfacher ablaufen, Bauleitplanungen schneller verabschiedet werden können, die Kommunen das Recht erhalten, nach eigenem Gutdünken Ausnahmen vom Gesetz zuzulassen. Doch die versprochene ‚Entrümpelung‘ komplizierter Baunormen hat weniger mit Bürgernähe als mit der erhofften Belebung der immer noch flauen Baukonjunktur zu tun. Und die Befreiung von lästigen Auflagen soll vor allem einer bestimmten Gruppe von Bauherren zugute kommen. Mit dem Baugesetzbuch, bekennt der Minister freimütig, wolle die Regierung die ‚dringend notwendigen Investitionen von Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe‘ fördern – kein Wunder, daß es der CSU-Mann eilig hat, das Wahlbonbon noch in dieser Legislaturperiode beschließen zu lassen. ‚Die ökologischen Belange‘, bemängelt der SPD-Bauexperte Peter Konradi, ‚werden auf dem Altar des industriellen Wachstums geopfert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519138.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Die Millionen in Südafrika (30.06.1986)

Von Kaden, Wolfgang

Kritischer Blick auf Wirtschaftsinteressen. „Sie kamen, weil in Südafrika wirklich gut Geld zu verdienen war; weil sie sich dort nicht mit aufmüpfigen Gewerkschaften rumschlagen mußten; weil dort die Löhne fürs schwarze Personal so angenehm niedrig waren; weil sie im Burenstaat nach unternehmerischem Gutdünken heuern und feuern können. Rahmenbedingungen nennen Ökonomen so was; und das war der Rahmen, in dem man als Unternehmer gern arbeitet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519809.html>

Abgrenzung ist kein Konzept (07.07.1986)

Von Klose, H.-U. und Müller, Michael

Die SPD-Linken Hans-Ulrich Klose und Michael Müller plädieren für eine rot-grüne Zusammenarbeit

Pro Wohlfahrtsstaat, Demokratisierung der Wirtschaft, Beschäftigungspolitik. „Der Sozialstaat hat die Möglichkeiten zu größerer Individualisierung erst geschaffen: Entfaltung der Individualität ist für die Mehrheit der Bevölkerung erst dann möglich, wenn sie ausreichend soziale Sicherheit und sozialstaatlichen Schutz erfährt.“; „Deshalb geht es nicht im vordergründigen Streit um Markt oder Staat, sondern darum, ob und wie die Demokratisierung der Wirtschaft als Prinzip verwirklicht werden kann.“; „Ohne massive beschäftigungspolitische Maßnahmen ist ein zusätzlicher kräftiger Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu befürchten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517491.html>

GEWERKSCHAFTEN: Gefährliches Instrument (07.07.1986)

Ein neuer Streit zwischen Koalition und Gewerkschaften ist programmiert: Läuft der Schutz für die paritätische Mitbestimmung aus? Diesmal steht Arbeitsminister Blüm auf der Seite der Gewerkschaften.

„Arbeitsminister Norbert Blüm hingegen – und mit ihm die CDU-Sozialausschüsse, jene schwache Schutztruppe zur Wahrung sozialen Anstands in der Union – läßt die naive Formel ‚Montan-Mitbestimmung schafft Arbeitslosigkeit‘ nicht gelten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517622.html>

ZAHNÄRZTE: Griff nach dem Sparbuch (14.07.1986)

Bis zu drei Milliarden Mark im Jahr sollen westdeutsche Kassen-Zahnpatienten künftig aus eigener Tasche ihren Zahnärzten hinblättern – Folge eines von den Spitzenfunktionären ausgehandelten Vertrages.

Kritik an Sozialabbau. „Die ‚neue Gesamtstrategie‘ des Kassenchefs heißt: ‚Beseitigung von Überversorgungen‘ – gemeint ist ein weiteres Stück Sozialabbau, die Ansprüche der Kassen-Beitragszahler sollen beschnitten werden.“; „Dabei verletzt diese auf höchster Ebene im trauten Tete-a-tete beschlossene Neuheit nicht nur den in der RVO verankerten Rechtsanspruch eines jeden Kassenpatienten auf individuelle prothetische Versorgung auf Krankenschein. Sie mißachtet auch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts.“; „Die neuen Versorgungsregeln, mit denen die Grenzen der künftig allein zulässigen Kassen-Gebißprothetik abgesteckt wurden, gleichen dem Versuch, alle Formen der Kurz- oder Weitsichtigkeit jeweils mit nur einer Sorte Brillengläsern zu therapieren, jedem Unterschenkelamputierten mit der gleichen Einheitsprothese das Laufen wieder beibringen zu wollen. Nach der neuen Zahnarzt-Regelung sieht das beispielsweise so aus: Von den 16 Zähnen ‚je Kiefer‘ dürfen generell nur vier überkront werden und davon wiederum nur zwei mit sogenannten Teleskopkronen. Liegen die zwar ‚erkrankten, aber erhaltungswürdigen Zähne‘ auch noch im ‚Frontzahnbereich‘ reduziert sich die Stückzahl erlaubter Einzelkronen sogar auf drei. Der vierte Frontzahn muß eben sehen, wie er sich selber rettet.“; „Die Krankenkassen muckten nicht dagegen auf. Auch Bundessozialminister Norbert Blüm, dem die Rechtsaufsicht über die KZBV obliegt, griff nicht durch. Im Gegenteil, der Bundesminister für das Soziale, der so gern seine Verbundenheit mit dem kleinen Mann betont (‚Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie, ich weiß wie da gerechnet werden muß‘), ermunterte indirekt die KZBV, noch dreister zu werden. Der KZBV-Forderung nach ‚Ausgrenzung bestimmter Zahnersatzleistungen aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung‘, gab Blüm öffentlich bekannt, ‚stehe ich nach wie vor aufgeschlossen gegenüber‘.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518530.html>

Die Reichen sind nun gleicher als gleich (21.07.1986)

Von Lamprecht, Rolf

SPIEGEL-Redakteur Rolf Lamprecht über das Parteispenden-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Egalitär inspirierte Gerechtigkeitsvorstellung. „Letzte Woche fanden sechs von acht Richtern des Zweiten BVG-Senats eine verblüffende neue Deutung des Gleichheitssatzes: Nach ihrem ‚Parteienfinanzierungs-Urteil‘ darf in Zukunft jeder Bundesbürger bis zu 100000 Mark spenden und diese Summe steuermindernd vom Einkommen absetzen. Der Milliardär Friedrich Karl Flick und der Arbeitslose werden insoweit gleich behandelt: Beide dürfen 100000 Mark im Jahr steuerbegünstigt spenden. Der Normalbürger verdient nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes durchschnittlich 35000 (Arbeiter) bis 45000 Mark (Angestellte) im Jahr. Er darf also theoretisch das Zwei- oder Dreifache seines Jahreseinkommens steuerbegünstigt spenden und ist nun, aberwitzig genug, dem Multimillionär gleichgestellt, der dieselbe Summe aus der Westentasche bezahlt. Das Urteil erinnert an den Aphorismus des französischen Literaten Anatole France: Das Gesetz in seiner erhabenen Gleichheit verbietet Armen und Reichen, unter den Brücken zu schlafen. Eine derart zynische Auffassung von Gleichheit hat das BVG bislang dem Gesetzgeber nie durchgehen lassen.“; „Sämtliche Eigenzitate aus früheren Urteilen, mit denen die sechs Mehrheitsrichter vorgeben, die alte Rechtsprechung zur ‚gleichen Teilhabe‘ aller Bürger an der politischen Willensbildung aufrechtzuerhalten, sind nichts weiter als inhaltsleere Worthülsen. Statt dessen gilt: Die Reichen sind nun gleicher als gleich.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518775.html>

GEWERKSCHAFTEN: An den Abgrund (21.07.1986)

Das Friedensgespräch zwischen DGB und christlich demokratischen Arbeitnehmern und Norbert Blüm endete unversöhnlich.

DGB-freundlich, regierungskritisch. „Diese Erfahrungen haben das Vertrauen vieler Gewerkschafter in Blüm und seine Arbeitnehmergruppe in der Union arg beschädigt. In der nächsten Legislaturperiode – so die Furcht – ‚werden die mit uns Schlitten fahren‘ (IG-Druck-und-Papier-Boß Erwin Ferlemann). Dem Problem, als Metaller im Sturm einer rechtskonservativen Regierungsmannschaft zu spielen, sucht Blüm mit einem Trick zu entinnen: Aus seinen Konflikten mit den Gewerkschaften macht er Grundsatzfragen der Einheitsgewerkschaft.“; „7,7 Millionen Arbeitnehmer sind Mitglieder in einer DGB-Gewerkschaft. Trotz des von Blüm behaupteten Marsches in Richtung Sozialismus wählt fast die Hälfte davon die Unionsparteien – und sieht sich offenbar in ihren Interessen als Arbeitnehmer von den Gewerkschaften gut vertreten.“; „So werten denn auch die von Blüm attackierten Gewerkschafter seine Aktion als den Versuch, mit der Grundsatzdiskussion von dem wenig arbeitnehmerfreundlichen Wirken in Bonn abzulenken und die Gewerkschaften im Bundestagswahlkampf zum Schweigen zu bringen.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518922.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Der Fetisch der stabilen Preise (28.07.1986)

Von Baron, Stefan

Kritik des Monetarismus. „Mit rund einem halben Prozent fällt die Preissteigerung in diesem Jahr so niedrig aus wie seit Jahrzehnten nicht mehr; doch niedrig genug ist sie offenbar erst bei null Komma null. Daß zugleich auch 1986 wieder mehr als zwei Millionen Bundesbürger keine Arbeit finden, scheint dagegen, außer den Betroffenen, kaum jemanden zu beunruhigen. Das Verhalten der Verantwortlichen in der Bundesbank, da haben amerikanische Kritiker ganz recht, grenzt schon an Hysterie. Die Gleichung, wonach stärkeres Geldmengenwachstum unvermeidlich zu stärkeren Preissteigerungen führt, ist Ökonomie aus dem Kindergarten. Es ist eine Ökonomie, die blind macht. Allem

Propaganda-Getöse zum Trotz hat es der Aufschwung bisher nicht geschafft, die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Zwar weist die Statistik heute 82000 Arbeitslose weniger aus als vor einem Jahr. Aber mehr als 150000 Beschäftigte zählen nur deshalb nicht zu den Arbeitslosen, weil sie in staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen untergebracht sind oder in den vorzeitigen Ruhestand gedrängt wurden. Das Risiko jedenfalls, daß die immer noch robuste Konjunktur mit einer zu harten Geldpolitik kaputtstabilisiert wird, ist beachtlich. Stabile Preise sind gewiß keine gering zu schätzende Errungenschaft; doch die Freude darüber hat die Verantwortlichen offenbar vergessen lassen, daß sie die drei übrigen Ziele der Wirtschaftspolitik – Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein stetiges und angemessenes Wachstum – derzeit mehr oder weniger deutlich verfehlen. Stabile Preise dürfen nicht zum Fetisch der Wirtschaftspolitik werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519541.html>

ARBEITSLOSE: Auf oder ab (11.08.1986)

Alles Herumdeuteln an den Zahlen hilft nichts: Die gute Konjunktur hat kaum Arbeitsplätze gebracht.

Pro Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung. „Es ist Blüm kaum vorzuwerfen, daß er die Mittel der Arbeitslosenversicherung nutzt, um das Heer der Stellungsuchenden zu verkleinern. Doch seine Zahlen belegen nur den Erfolg staatlicher Eingriffe, die von der Regierung ansonsten wenig geschätzt werden.“; „Die Zahlen stimmen. Einen Beweis für das wirtschaftspolitische Credo der Bundesregierung, Wirtschaftswachstum bringe zwangsläufig die ersetzten Arbeitsplätze, liefern jedoch auch die neuen Ziffern nicht – ganz im Gegenteil.“; „Die hart umstrittene kürzere Arbeitszeit stellt sich als der entscheidende Faktor heraus. Würden die Arbeitnehmer noch genauso lange arbeiten wie bei Kohls Amtsantritt, dann gäbe es trotz vierjährigen Wachstums heute nicht mehr, sondern weniger Beschäftigte.“; „Die Forderung der IG Metall nach kürzerer Arbeitszeit, vom Kanzler als ‚dumm und töricht‘ abqualifiziert, verhilft der Regierung jetzt zu einem freundlicheren Bild am Arbeitsmarkt.“; „Ein wenig Entlastung kann Kohl eigentlich nur von der verketzerten IG Metall erwarten: Die Gewerkschafter wollen sich im nächsten Jahr für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit stark machen. So wie die Zahlen aussehen kann kein Kanzler so dumm und töricht sein, sich dagegen zu wehren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518739.html>

UNIVERSITÄTEN: Späte Rache (25.08.1986)

Harvard, Amerikas älteste Hochschule, feiert 350. Geburtstag – Ronald Reagan feiert nicht mit.

„Zwar haben die Monetaristen und angebotsorientierten Wirtschafts-Theoretiker unter Reagan die Keynes-Revolution für tot erklärt und in ihr den Grund allen Übels – die Eingriffe des Staates in die freie Marktwirtschaft – erkannt. Aber der Boom der Reagan-Jahre ist keineswegs nur durch Steuersenkung entstanden, sondern vor allem durch ein gigantisches ‚deficit spending‘, Keynes’ späte Rache wird auch in Harvard mit Genugtuung betrachtet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520455.html>

Ausreise ist kein aktiver Widerstand (15.09.1986)

Von Templin, Wolfgang

Der DDR-Regimekritiker Wolfgang Templin über Hermann von Bergs „Marxismus-Leninismus“

Ehrenrettung Marx’, reformierter Sozialismus scheint nicht unmöglich. „So einfach wie von Berg es sich macht, ist es auch mit ‚Charlie Murks‘ und seiner Theorie nicht. Grundzüge seiner Kapitalismus-Kritik haben durch das Versagen aller vielgepriesenen Steuerinstrumente ihre Aktualität bewiesen und selbst bürgerliche Theoretiker erneut zu Marx gebracht. Von Berg schwört auf Konkurrenz und Markt, erklärt Marx zum Scharlatan und empfiehlt Sozialpartnerschaft. Bezogen auf den Kapitalismus wird Ideologie positiv, die Chance zu Fortschritt, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit stützt sich auf das klassische Humanitätsideal und die Gemeinschaft der Intellektuellen. Hier würden nun Marx und die Multis lachen. Die Mehrzahl solcher humanistischer Intellektueller bejubelte bereits den Ersten Weltkrieg, bevor der Katzenjammer und die Schuldzuweisungen kamen. Wie groß der Anteil sowjetischer Großmachtspolitik und Stalinscher Exzesse an der Zerschlagung der internationalen Arbeiterbewegung auch immer war, der Faschismus und die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges haben ihre Wurzeln im Spätkapitalismus und nicht im Machtwahn zweier Psychopathen, wie es von Berg suggeriert. Wie steht es nun mit den Chancen für eine Gesellschaft, welche die grundlegenden wirtschaftlichen Konkurrenz- und Profitmechanismen überwindet, ohne in staatsbürokratische Zwänge und neue Herrschaftsstrukturen zu geraten? Weder ökonomische Rationalität noch kulturelle und zivilisatorische Errungenschaften müssen aufs Spiel gesetzt werden, wenn anstelle konkurrierender Privatinteressen und kalkulierten Egoismus eine Praxis, nicht ein frommer Wunsch von Kooperation und gesellschaftlicher Solidarität entwickelt wird. Soweit sich alternative, grüne und sozialistische Bestrebungen einschließlich weiter Teile der Friedensbewegung bis hin zur linken Sozialdemokratie überhaupt als gemeinsam verstehen können, geht ihr Denken und Handeln in diese Richtung. Von Berg hat dafür nur Verachtung. Er frönt ungebrochenem Glauben an die Selbstreinigungskräfte der Marktwirtschaft und die positive Wirkung der supranationalen Zusammenschlüsse.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520005.html>

NEW YORK: Stempel aufgedrückt (15.09.1986)

Mehr als 4000 obdachlose Familien mit Kindern leben in New York. Auf Behördenkosten hausen sie in „Welfare Hotels“, die Wuchermieten dafür kassieren.

Verfehlte Sozialpolitik. „Die Haushaltskürzungen der Reagan-Regierung, vor allem im Sozialsektor, sind für die Stadt New York eine Katastrophe; ihr eigener, ohnehin überlasteter Sozialhaushalt wird dadurch um so mehr strapaziert. Um 25 Prozent ist im letzten Jahr die Zahl der Obdachlosen gestiegen. Die größte Gruppe der Wohlfahrtsempfänger der Stadt New York, ledige Minoritäten-Mütter mit Kindern, ist zwischen 1970 und 1980 um fast ein Drittel gewachsen und wächst weiter.“; „Dabei kann man der City von New York nicht einmal vorwerfen, sie zahle nicht genügend Unterstützung an die Obdachlosen.“; „Kaum zu glauben: Das schäbige Loch, in dem die Torres auf 16 Quadratmetern aufeinanderhocken, kostet pro Nacht 70 Dollar.“; „Das scheinbar logische Gegenargument, diese enorme Summe ließe sich effektiver für das Wiederherrichten City-eigener Gebäude nutzen, scheitert an der Bürokratie. Die von Washington zugeschossenen Gelder gibt es nicht für permanente, sondern nur für Interims-Behausungen. Die Folge: Ein bis anderthalb Jahre muß eine Familie im Hotel zubringen, bevor ihr eine Sozialwohnung zugewiesen wird.“; „Welfare Hotels scheuen Publicity: Die Profite in diesem Geschäft mit den Obdachlosen sind zu hoch, als daß man sich hier in die Karten gucken ließe. Das wird fürs erste auch so bleiben. Solange die Zahl der Obdachlosen weiter steigt, haben Welfare Hotels ihre ‚Gäste‘ sicher.“; „Derart verlockende Bilanzen lassen immer mehr Hotels daran denken, vom Tourismus auf die Wohlfahrt umzusteigen. Wo sonst im Hotelgeschäft lassen sich 50 Prozent Profit erwirtschaften?“; „Solche Gewinnaussichten locken indes – immerhin ein Lichtblick – auch Privatunternehmer, die astronomischen Forderungen zu unterbieten und in Zusammenarbeit mit City und Staat New York neue Unterkünfte für Obdachlose zu bauen. Die ersten solcher Interims-Wohnungen werden Ende dieses Jahres in Brooklyn fertiggestellt.“; „Die Stadt bietet Vermietern eine Summe Geldes an – je nach Kopffzahl der Familie bis zu 10000 Dollar, dafür erhalten die Obdachlosen einen garantierten Zweijahresmietvertrag. Wie das in Wirklichkeit aussieht, davon berichtet Patti Guyette. Schon zweimal hatte sie einen solchen Mietvertrag in Händen, zweimal schon hatten sie und die Kinder alle Habseligkeiten für den Umzug in Pappkartons verstaут. Doch beide Male war die Stadt New York mit den Zahlungen an die Vermieter in Verzug geraten, waren die Wohnungen an andere, zahlungskräftigere Mieter weggegangen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520261.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Der Dollar ist kein Dollar mehr (22.09.1986)

Von Baron, Stefan

Die Herren Professoren hätten lieber selbst genauer schauen sollen. Das „amerikanische Wirtschaftswunder“ (Engels) war gar keines – nur eine schöne Fassade, mit Kredit finanziert.

Kritik der Reaganomics. „Inzwischen erleidet der einst so starke Dollar einen Schwächeanfall nach dem anderen, die Wirtschaft steht am Rande einer Rezession, die amerikanischen Wirtschaftspolitiker müssen die sklerotischen Deutschen um Hilfe bitten. Für die Anhänger der Reaganomics ist der Zahltag gekommen. Die Summen lassen Gläubiger und Schuldner schwindeln.“; „Ronald Reagan hat in fünf Jahren den öffentlichen Schuldenberg mehr als verdoppelt – auf über zwei Billionen Dollar – und damit allein mehr Geld gepumpt als alle US-Präsidenten in über 200 Jahren vor ihm zusammen.“; „Wie der Staat lebten auch die US-Unternehmen und die privaten Haushalte deutlich über ihre Verhältnisse.“; „Mit weiteren Zinssenkungen möchte die Regierung in Washington versuchen, die Wirtschaft vor einem drohenden Niedergang zu bewahren. Die Wirtschaftspartner der USA, darunter vor allem die Bundesrepublik, sind aufgefordert, den Amerikanern dabei Flankenhilfe zu geben – ob es ihnen gefällt oder nicht.“; „So müssen jetzt auch die deutschen Anhänger amerikanischer Politik die Rechnung für das angebliche Wirtschaftswunder mit übernehmen. Entweder sie zahlen mit noch mehr Arbeitslosen oder mit neuer Inflation. Die Reagan-Revolution frißt ihre Kinder – nicht nur in Amerika.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520951.html>

Die Suche nach dem Umwelt-Erhard (13.10.1986)

Von Pötzl, Norbert F.

SPIEGEL-Redakteur Norbert F. Pötzl über „Die ökologischen Milliarden“ von Lutz Wicke

„Marktwirtschaftliche Umweltpolitik“ nicht erfolversprechend. „Denn Wickes Werk will, auch wenn die Zahlen und Fakten das Gegenteil suggerieren, ‚kein Katastrophenbuch sein‘. Wicke weiß nämlich ein Patentrezept, wie der dramatische Niedergang der Natur doch noch aufzuhalten ist: Die Marktwirtschaft wird’s schon richten.“; „So zerfällt das Buch in zwei Teile: in einen mathematischnaturwissenschaftlichen, der mit teilweise zirkulärer Zahlenakrobatik schaudern läßt, und in einen metaphysischen, der vom Wunderglauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes handelt. Motto: Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst.“; „Diese Rechnung kann nur aufgehen, wenn sich der Schaden in einem reparablen Rahmen hält. Und so halbiert der Autor einfach die Kosten der Umwelterstörung auf 50 Milliarden Mark und schon kommt die Umwelt wieder ins Lot. Denn Wicke wollte ja ein ‚optimistisches Buch‘ schreiben. Worauf er allerdings den Optimismus gründet, daß das Heil ausgerechnet im Marktprinzip liegen soll, das umweltschonende Produkte bisher noch allemal verteuert und damit im Wettbewerb benachteiligt hat, bleibt Wickes Geheimnis.“; „Wie kommt er also auf den Gedanken, daß sich ‚der Eigennutz vor den Karren des Umweltschutzes spannen‘ ließe? Der Leser erfährt es nicht. Die von Wicke propagierte marktwirtschaftliche Lösung bleibt ein ideologisches Etikett mit einem Bündel ganz unterschiedlicher Vorschläge. Puristische Marktwirtschaftler werden allenfalls an der Idee mit den

Umwelt-Zertifikaten Gefallen finden.“; „Damit wird aber der Schadstoff-Ausstoß insgesamt nicht auf das niedrigste, technisch mögliche Maß reduziert, sondern auf dem bestehenden Niveau festgeschrieben.“; „Auch wenn Wicke solche Maßnahmen als ‚marktorientiert‘ verbrämt, weil der Einsichtige ‚Umweltabgaben sparen, bessere Verkaufserfolge erreichen oder wirtschaftliche Risiken infolge denkbarer Schadensersatzleistungen vermeiden‘ könne, favorisiert er Eingriffe, die von Marktanhängern als Staats-Interventionismus und sozialistische Marterwerkzeuge gescholten werden.“; „Da ist es nur noch eine Arabeske, daß auch die Schlußpointe prächtig danebengeht. Seit Jahren hängt Wicke der fixen Idee nach, Parallelen zwischen der Wiederherstellung einer intakten Umwelt und dem Aufbau der Bundesrepublik aus den Trümmern des Kriegs zu ziehen – als ob ökologischer Verstand, soweit vorhanden, eine auch nur annähernd so starke Antriebskraft wäre wie die damalige materielle Not. Es bedürfe, so Wicke, nur eines ‚Ludwig Erhard des Umweltschutzes‘, der das ‚grüne Wirtschaftswunder‘ vollbringt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520203.html>

KONJUNKTUR: Tüchtig verschätzt (08.12.1986)

Kippt die Konjunktur? Entgegen manch optimistischer Prognose herrscht in Bonn große Unsicherheit, was 1987 wird.

Angebotspolitik hat nicht gewirkt, öffentliche Investitionen wären besser gewesen. „Schon beim Aufschwung der letzten vier Jahre mußten die Arbeitslosen erleben, daß für sie nichts übrigbleibt. Die Unternehmenseinkommen, so hatten die Wendepolitiker gelehrt, müßten kräftig steigen; dann würde investiert, dann gäbe es neue Jobs. Eine Gewinnexplosion und steuerliche Entlastung haben dann tatsächlich dazu geführt, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vorjahr auf 434 Milliarden Mark (1982: 321 Milliarden Mark) hochschnellten und den Beziehern davon 364 Milliarden Mark blieben – eine Belastung von 16 Prozent. Die Arbeitnehmer, die fast die Hälfte ihres Einkommens an Steuern und Abgaben abliefern müssen, blieben weit hinter diesem Zuwachs zurück (siehe Graphik). Doch die Wirkung auf Investitionen und auf den Arbeitsmarkt war bescheiden, die Arbeitslosigkeit fiel nicht unter die Zwei-Millionen-Marke.“; „Billiger geworden ist die Arbeitslosigkeit deshalb noch lange nicht. Die öffentlichen Haushalte werden jährlich mit etwa 55 Milliarden Mark belastet, Geld, das für arbeitsplatzschaffende öffentliche Investitionen nicht ausgegeben werden kann. Die Entlastung des Arbeitsmarkts durch die Hintertür – durchaus vernünftig, aber keine Dauerlösung – stößt jetzt an Grenzen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwa (mit 3,2 Milliarden Mark sollen 1987 rund 110000 Arbeitslose beschäftigt werden) machen nur so lange Sinn, wie die von Nürnberg bezahlten Arbeiter nicht anderen die Arbeit wegnehmen. ‚Diese Grenze ist jetzt erreicht‘, räumt Heinrich Franke, der Chef der Nürnberger Bundesanstalt, ein. Um so deutlicher wird dies zu spüren sein, wenn nun auch noch die Konjunktur schlingert, wenn Stahl- und Werftarbeiter entlassen werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520515.html>

Knaben, die an der Quelle sitzen (22.12.1986)

Von Palmer, Hartmut

SPIEGEL-Redakteur Hartmut Palmer über den Wahlkämpfer Otto Graf Lambsdorff

Widersprüche zwischen marktwirtschaftlicher Theorie und Praxis. „In den Zeitungsartikeln, die er häufig im Gerichtssaal schreibt, verkündet der Graf die lupenreine Lehre. Der mittelständische Kaufmann, der seinen Laden trotz größten Fleißes dichtmachen muß, findet zwar sein ‚Mitgefühl‘ – aber mehr nicht. Denn es sei ‚systemimmanent daß ein Unternehmen aus dem Markt verschwindet, wenn die Nachfrage den Konkurrenten bevorzugt. Staatliche Existenzgarantien kann es daher in der Marktwirtschaft nicht geben. Der Staat ist nicht die Korrekturinstanz für Entscheidungen des Marktes‘. Punktum. Ganz so unverrückt wie auf dem Papier sind des Grafen Prinzipien im politischen Alltag nicht. So dogmatisch er sich am Schreibtisch gibt, so quick kann er in Wahlversammlungen reagieren und sich dem jeweiligen Publikum anpassen.“; „In Essen aber, mitten im Revier, wo es auf die Stimmen der Kumpel ankommt, hört sich des Grafen Marktwirtschaftslehre gar nicht mehr so linientreu an. Da sitzt er, auf einer Podiumsveranstaltung vor geladenen Wirtschaftskapitänen und Gewerkschaftern, und ist plötzlich mit dem früheren Chef der IG Bergbau, Adolf Schmidt, einer Meinung, für die Steinkohle müsse es selbstverständlich subventionierte Absatzgarantien geben.“; „Als FDP-Mitglied und Geschäftsführer beim Unternehmensverband Ruhr/Lenne interessiert ihn die Frage, ob es dabei bleiben soll, daß die vom Staat für Sozialhilfeempfänger gewährte Prozeßkostenhilfe auch dann nicht zurückgezahlt werden muß, wenn der Rechtsuchende später zu Geld kommt. Zumindest sei eine spätere Überprüfung der Einkünfte und eine eventuelle Rückzahlung erstrebenswert. Das findet Otto Graf Lambsdorff auf Anhieb ‚sehr erwägenswert‘. Man solle zwar nicht gleich die ‚volle Rückforderung‘ ins Auge fassen, wohl aber eine ‚Teilrückforderung‘, wenn sich die wirtschaftliche Lage der Betroffenen nach dem Prozeß verbessert hat. Zur Begründung postuliert der Ex-Minister Grundsätzliches. Es sei wichtig, überhaupt mal in diesen Kategorien zu denken, denn: ‚Das ist ja so die übliche Vorstellung. Alles macht für uns der Staat.‘ Der Mann hat gut reden. Er muß seinen Prozeß nicht aus der eigenen Tasche bezahlen. Und er hat, selbstverständlich unter Ausnutzung der Rechtslage, zur Finanzierung seiner teuren Anwälte von der Bundesrepublik Deutschland kassiert: von 1982 bis 1984 insgesamt 141663 Mark.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13522016.html>

Schleiertanz um die Gewinne (22.12.1986)

Von Nachtweh, Hans-Georg

SPIEGEL-Redakteur Hans-Georg Nachtweh über Stefan Welzks „Boom ohne Arbeitsplätze“ Stefan Welzk arbeitet an der Universität Konstanz über Konzerne und Weltwirtschaftskrise. Seine Studien zum vorliegenden Buch förderte die Stiftung Volkswagenwerk.

Angebotspolitik beruht auf falscher Diagnose. „Tiefes Leid über den ökonomischen Niedergang in der Bundesrepublik eint immer wieder aufs schönste Deutschlands Unternehmensführer. Besonders heftig wird der Schmerz, wenn Tarifverhandlungen anstehen. Dann lassen die Vormänner der Wirtschaft keinen Zweifel daran, warum das Wirtschaftswunder von einst in der Massenarbeitslosigkeit von heute enden mußte. Übersteigerte Löhne, ausufernde Soziallasten und, in der Folge davon, Steuern, die das Leistungsvermögen der Unternehmen überforderten, lautet der Befund, hätten seit den 70er Jahren die Erträge ausgezehrt. Weil auf diese Weise die Gewinne wie Blätter im Herbst zusammenschumpften, mangelte es immer stärker an Eigenkapital. Und wo Kapital, also Geld fehlt, kann auch nicht investiert werden. Deshalb fehlt es jetzt an Arbeitsplätzen. Ebenso einleuchtend erscheint die von Kiel bis München empfohlene Heilbehandlung. Die Löhne müssen runter, die Steuerlast muß von den Unternehmen genommen werden, damit die Gewinne steigen. Ist wieder genug Geld da, wird es von den Managern für Maschinen und Fabrikgebäude ausgegeben. So gibt es Jobs. Stefan Welzk weist nach, daß die Grundannahmen des Modells nicht stimmen, jedenfalls nicht für die Masse der Großunternehmen. ‚Sechs Jahre hintereinander‘, so schreibt Welzk, seien ‚die Reallöhne geschrumpft, wurden Arbeitslose, Kranke und Rentner zur Ader gelassen. Inzwischen boomt die Börse wieder. Die Konjunktur währt bereits länger als alle Aufschwungsphasen der letzten Jahrzehnte. Doch ein Schwinden der Arbeitslosigkeit zeichnet sich auch nicht im Ansatz ab. Denn die Diagnose ist falsch, und damit stimmt auch die Therapie nicht‘.“; „Der ‚Darwinismus des freien Markts‘ wird vom Staat mithin noch einmal empfindlich verschärft. Das Leitmotiv bundesdeutscher Wirtschaftspolitiker, zur Krisenbewältigung müsse mittels Kappen von Löhnen, Soziallasten und Steuern die Kapitalkraft der Unternehmen gestärkt werden, gerät angesichts der Zahlen, die Welzk vorlegt, für die Großkonzerne gelegentlich ins Absurde.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13522159.html>

IX. „Spiegel“-Artikel von 1990 mit anti-neoliberaler Botschaft

Gespaltene Steuer-Volk (01.01.1990)

Von Kaden, Wolfgang

Steuerliche Bevorzugung von Besserverdienern kritisch. „Leona Helmsley, die amerikanische Hotel-Milliardärin, wußte zweifellos, wovon sie sprach. ‚Wir zahlen keine Steuern‘, verbreitete die Amerikanerin sich über ihre Schicht und über die Leute darunter, ‚die kleinen Leute zahlen Steuern.‘ Die raffgierige Leona hat diesen Grundsatz sicherlich zu sehr strapaziert, wegen Steuerhinterziehung wurde sie kürzlich zu vier Jahren Knast verurteilt. An der Richtigkeit ihrer Erkenntnis, daß Steuergesetze vor allem für die Gemeinen da sind, ändert dieses Urteil allerdings gar nichts. Die Werkstätigen in diesem Land sollten sich an Leonas Spruch erinnern, wenn sich Ende Januar erstmals die Folgen der jüngsten Bonner Steuerreform auf ihren Konten niederschlagen. Nicht nur die von den Gesetzesmachern mit viel Selbstlob versehenen Steuersenkungen vergrößern die Kluft zwischen oben und unten (Monatsentlastung bei 3000 Mark brutto: 82 Mark; Monatsentlastung bei 15 000 Mark brutto: 747 Mark). Vor allem die Beigaben dieser Reform haben auf recht unspektakuläre Weise dafür gesorgt, die Klassenspaltung des deutschen Steuerzahlervolks noch ein wenig zu vertiefen: in die Klasse jener, denen das Gemeinwesen alle Möglichkeiten beläßt, in Bargeld oder in Naturalien die Früchte des Schaffens abgabefrei einzufahren; und in die zahlenmäßig vielfach größere Schar jener, denen der Fiskus nicht die geringste Chance zum Entkommen läßt.“; „Gewöhnliche Beschäftigte kamen bisher schon nicht in den Genuß solcher steuergestalterischen Freiheiten. Die jüngste Reform sorgt nun dafür, daß die wenigen Zugaben, die Werkstätige bisher vom Patron steuerfrei in Empfang nehmen durften, mit deutscher Bürokraten-Akkuratessie ausgemerzt werden. Unhaltbar war offenbar der Zustand geworden, daß der Kantinenzuschuß von 1,50 Mark am Tag steuerfrei gewährt werden durfte. Diese Subvention entfällt zukünftig, zum Zwecke der ‚gerechteren Besteuerung‘, wie die Bonner Finanzministerialen in einer Broschüre dem Steuervolk erläutern.“; „Es ist ja wahr, dem Volk Steuergerechtigkeit widerfahren zu lassen zählt zu den undankbarsten Aufgaben, die Regierungen zu lösen haben. Generationen von Moralphilosophen, Ökonomen und Finanzwissenschaftlern haben darüber nachgedacht, wie die Abgabenlast gleichmäßig und leistungsgerecht auf die Bürger verteilt werden kann. Nützliche Gebrauchsanweisungen für die Politiker sind nicht dabei herausgekommen. So sollten wir Verständnis zeigen für die Steuerherren aus Bonn. Vielleicht täten sie die Großen unter den Einkommensbezieher schon gern jagen. Doch da das nun mal so schwer ist, halten sie sich lieber an die Kleinen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13496435.html>

Chile: Körperlicher Schmerz (12.03.1990)

Ausgeplünderte Meere, abgeholzte Wälder, Dauer-Smog in Santiago – Pinochets Militärregime hinterläßt ein ökologisches Desaster.

Umweltkrise durch Deregulierung. „Die ‚Politik der offenen Meere‘ entzieht nicht nur Küstenfischern, die den High-Tech-Praktiken der ausländischen Konkurrenz hilflos gegenüberstehen, zunehmend die Existenzgrundlage. Auch für Millionen Chilenen ist Fisch zum Luxusartikel geworden; der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch sank von 6,3 Kilogramm zu Zeiten Salvador Allendes auf heute 4,4 Kilogramm.“; „Natur- und Umweltschutz sind General Pinochet stets ebenso fremd geblieben wie demokratische Grundrechte. ‚Umweltgesetze‘, erklärte Pinochets Finanzminister Hernan Büchi, ‚wären ein Hindernis für unsere wirtschaftliche Entwicklung.‘ Was im Neoliberalismus chilenischer Prägung zählte, waren Exportziffern – und die können sich sehen lassen: Neben den Fischausfuhren vervielfachten sich auch die Exporte von Holz (von 85 Millionen Dollar 1976 auf 783 Millionen 1989) und landwirtschaftlichen Produkten (von 137 auf 937 Millionen). Mit der ‚weitgehenden Ausbeutung der Naturressourcen durch traumhafte Investitionsanreize für in- und ausländische Unternehmen‘ (so der Ökologe Sanhueza) hinterläßt Pinochet jedoch eine langfristige untilgbare Hypothek: ‚Das Fehlen jeglicher Kontrollen, Untersuchungen und Gesetze‘, warnten unabhängige Wissenschaftler bei einer der ersten chilenischen Ökologie-Tagungen im Vorjahr, ‚hat eine schwere Umweltkrise ausgelöst.‘ ‚Unser Land ist eines der verseuchtesten der Welt‘, klagt der Arzt Andres Tchernitchin, ‚und es ist fast das einzige, in dem die Regierung nichts dagegen unternommen hat.“; „Der Großteil der krebserregenden Schadstoffe entweicht aus den Auspuffen von 12 000 zumeist völlig veralteten und miserabel gewarteten Diesel-Omnibussen. Die Militärs lösten durch die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs einen Busboom aus. Jetzt kämpfen zu viele Unternehmer um Kundschaft, die meisten Fahrzeuge rumpeln halbleer über Santiagos Straßen. Smogverschärfend wirkte auch die Privatisierung des Energiekonzerns Chilectra: Wegen des gestiegenen Strompreises verfeuern die vier Millionen Bewohner Santiagos hundertmal mehr Brennholz als vor zehn Jahren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498103.html>

Peru: Alle Hoffnung zerstört (02.04.1990)

Mit einer beispiellosen Terrorwelle versuchen die Guerrilleros vom „Leuchtenden Pfad“, die Wahlen zu sabotieren.

Chicago Boys eher kritisch. „Ganz im Stil der Chicago-Boys der siebziger Jahre, der Ökonomen um den Marktwirtschaftler Milton Friedman, will Schriftsteller Vargas Llosa sein Land umkrepeln: ‚Der Staat ist die Quelle

des Übels‘, verkündet er auf seinen Wahlveranstaltungen. Zollschranken sollen fallen, die meisten Staatsunternehmen privatisiert, alle Subventionen gestrichen werden. Mit Bangen verfolgen viele Wähler die Ereignisse im Nachbarland Brasilien. Dort führte ein ähnliches Schockprogramm des neuen Präsidenten Fernando Collor de Mello schon nach 14 Tagen zu 200 000 Entlassungen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497651.html>

Erdbeertunke des Optimismus (16.04.1990)

Lutz Niethammer über John Naisbitts „Megatrends 2000“

Kapitalistische Heilsversprechen kritisch. „Naisbitt (samt seiner mitschreibenden Ehefrau) geht von den späten Achtzigern aus, in denen er – nächst Ronald Reagan – zum bestbezahlten Redner der Welt aufgestiegen war, der die fröhlichen Aussichten der Elektronikindustrie und der verkabelten Menschheit („Informationsgesellschaft“) verkündete. Sein unverfrorener Optimismus wärmte so nachhaltig das kalte Herz mancher reicher Leute, daß er pro Performance bis zu 60 000 Mark kassieren konnte.“; „Die seinerzeit für die USA diagnostizierten zehn Trends gehen nun als ‚Teil des Ganzen‘ ein in zehn neue Trends für die ganze Welt. Sie lassen sich in einen Satz zusammenfassen: Der Weltmarkt boomt ins nächste Jahrtausend. Wichtiger als die Prognose ist allerdings die Bewertung: Das macht keine Probleme, sondern gibt – ‚Triumph des Individuums‘ – jedem einzelnen eine Chance. Zumindest im Klub der Reichen, wie man hinzusetzen muß, denn nur diese Regionen (Nordamerika, Europa und die hochindustrialisierten Teile Südostasiens) treten in den Blick.“; „Die neunziger Jahre werden das Jahrzehnt der Bio- und der Gentechnologie werden, und daran ist, obwohl die Folgen noch nicht übersehbar sind und gefährlich werden könnten, auch nichts mehr groß zu diskutieren, weil sie längst in die Phase der ökonomischen Verwertung eingetreten sind. Wo der Markt boomt, hat die Politik nichts mehr zu melden.“; „Dies alles wird vom ‚Triumph des Individuums‘ gekrönt, das ‚stärker als je zuvor‘ werde. Systeme, Städte, Klassen, Parteien sind ‚out‘. ‚In‘ sind der einzelne und seine Leistung, die sich wieder lohnen muß – darin ‚besteht die neue Verantwortung der Gesellschaft‘. ‚In‘ ist die angeborene Ungleichheit der Menschen, der Rekurs des Sozialen auf das Biologische, der Weltmarkt als sozialdarwinistische Umwelt: ‚Die Unverwechselbarkeit der individuellen Gene ist der wichtigste Baustein im Zeitalter der Biologie.‘ Das aber wird nicht wie im Faschismus zum Ausmerzen der ‚Minderwertigen‘ führen, sondern zu jenem Fortschritt, ‚der den Wert des einzelnen Menschen betont‘, indem er das Minderwertige an den Minderwertigen ausmerzt und sie zu Lebzeiten in ihrer genetischen Anlage reprogrammiert. Schöne neue Welt.“; „Die alte bürgerliche Hoffnung, daß der Mensch eine letzte Instanz sei, in der das Denken und das Fühlen, die Triebe und das Gedächtnis integriert würden, ist hier auf den Kurzschluß zwischen Produktions- und Konsumtionseinheiten geschrumpft.“; „Der Weltmarkt ist der neue Allmächtige und erschafft sich in seinen individuellen Atomen die Krönung seiner Schöpfung nach seinem Bilde.“; „Wie entsteht ein solcher Katechismus kapitalistischen Schwärmertums? Die Machart dieses Buches ist ein Indiz für die Macht des Weltmarkts über den Menschen und umreißt seinen Begriff triumphierender Individualität. Naisbitt kommt aus einer Mormonenfamilie und sollte Missionar werden, entließ aber zu den Marines. Aus diesen Anfängen ist etwas in der Heiligung des Selbst und in der Anbetung der Macht verblieben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499278.html>

Großbritannien: Englische Krankheit (30.04.1990)

Eine aggressive Unterschicht verändert das einst entspannte Land – Kehrseite von zehn Thatcher-Jahren.

Gespaltene Gesellschaft als Folge des Thatcherismus. „Großbritanniens Aggressionen resultieren vor allem aus der Spaltung seiner Gesellschaft, die unter Margaret Thatcher zwar reicher, aber auch sehr viel rauher geworden ist. Während eine Mehrheit vom Wirtschaftsaufschwung der achtziger Jahre gut profitierte, vergrößerte sich die Kluft zu einer Minderheit. Ein Fünftel der Bevölkerung hat in der harten Wettbewerbsgesellschaft keine Chance und lebt an oder unterhalb der Armutsgrenze. Vor allem sie leiden darunter, daß die öffentlichen Ausgaben in zehn Thatcher-Jahren von 43 Prozent auf 38 Prozent des Staatsbudgets gestutzt wurden. Vor allem sie sind auf die zerfallende Infrastruktur aus viktorianischer Zeit angewiesen: hoffnungslos veraltete Züge, Schulen und Krankenhäuser mit einer Warteliste von einer Million Patienten.“; „An Zustände in der Dritten Welt erinnern auch die Obdachlosen in Großbritanniens Städten. In London vegetieren schätzungsweise 70 000 in Tunneln, Hauseingängen und zum Abriß freigegebenen oder unfertigen Gebäuden.“; „Nun bietet Margaret Thatchers neueste Steuerreform Class War ein einmaliges Agitationsfeld: Seit der Umstellung von der Besitzabgabe auf die Kopfsteuer zahlt zum Beispiel die Königin-Tochter Anne statt 6000 Pfund für ihr Gatcombe Park Estate nur noch 400 Pfund Poll Tax, genausoviel wie ein besitzloser Arbeiter im selben Landkreis.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500757.html>

Affären: Zweigstelle auf dem Mond (14.05.1990)

Größter Finanzskandal der US-Geschichte: Bis zu 500 Milliarden Dollar wird die Sanierung der US-Sparkassen kosten.

Finanzmarktderegulierung eröffnet ein Spielfeld für kriminelle Spekulanten. „Ich glaube, wir alle haben einen Volltreffer gelandet“, lächelte der Präsident und unterschrieb das Gesetz. Mit einem Federstrich war das amerikanische Sparkassenwesen von staatlichen Fesseln und Auflagen befreit worden; fortan sollten ungezügelter Marktkräfte dem

ehrwürdigen Gewerbe eine goldene Zukunft bescheren. Es war aber der Anfang vom Ende. Die Tinte auf dem Papier sei ‚noch nicht trocken gewesen‘, da hätten ‚risikofreudige Investoren, Schwindler und Mafiosi schon angestanden, um die Sparkassen zu plündern‘, schrieb sieben Jahre danach der Journalist Steve Pizzo in einem Buch über den, so Pizzo, ‚größten Raub der Geschichte‘. Jetzt wird Amerikas Steuerzahlern die Rechnung für die kriminellen Umtriebe entfesselter Sparkassen präsentiert: ‚Mindestens 400 Milliarden, vielleicht sogar 500 Milliarden Dollar‘ müßten für die Sanierung der Geldinstitute veranschlagt werden, rechnete das General Accounting Office des Kongresses den geschockten Parlamentariern Anfang April vor.“; „Das schlägt voll auf uns zurück“, grauste es einen Bush-Mitarbeiter beim Blick auf die gigantische Pleite. Bush trägt nicht nur Mitverantwortung für das Debakel, weil er als Ronald Reagans Vize eine Kommission zum Abbau staatlicher Reglementierungen im Wirtschafts- und Finanzbereich leitete. Der Skandal reicht gar in die Präsidentenfamilie hinein. Sohn Neil Bush saß im Verwaltungsrat der bankrotten Silverado-Sparkasse in Denver im Bundesstaat Colorado – die Staatsanwaltschaft ermittelt.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499236.html>

Ungerechtigkeit als Prinzip (11.06.1990)

Von Didzoleit, W.

Laxer Steuervollzug bei Kapitaleinkünften kritisch. „Nun steht er da, ein Mann von christlich-sozialem Gerechtigkeitsinn, der dem Staate zwar gibt, was des Staates ist, der aber auch das Gebot des Verzeihens kennt und der, wenn es nötig ist, Fünfe gerade sein lassen kann. Doch in Wahrheit erhebt Waigels Großtat die Ungerechtigkeit zum Prinzip. Kühle Steuerhinterzieher mit guten Nerven stecken, von keinem Finanzamt behelligt, jetzt noch sicherer als je zuvor ihre Kapitaleinkünfte weg. Ängstliche Kleinsparer und Handwerksmeister mit schlechtem Steuergewissen dagegen haben sich durch die vermeintliche Wohltat in die Steuerehrlichkeit locken lassen und zahlen für ihre Zinserträge. Der Bundesfinanzminister hat die Ehrlichen für dumm verkauft. Neben der Amnestie nämlich ist von der Quellensteuer noch etwas übriggeblieben: Das Bankgeheimnis hat nun Gesetzesrang.“; „So schonend müssen Waigels Greifer nur den reichen Rentier behandeln. Bei der Amtsmannswitwe, die einem Studenten ihre Mansarde vermietet, um ihre Pension etwas aufzubessern, dürfen sie dagegen ohne viel Federlesens nach der Steuerehrlichkeit forschen. Bei Lohn und Gehalt wird der normale Arbeitnehmer gar nicht erst gefragt, der Arbeitgeber überweist die Steuer direkt an den Staat. Der unverhüllte Verzicht des Staates auf die Milliarden aus verheimlichten Kapitalerträgen ist nicht nur moralisch anfechtbar, sondern auch rechtlich zweifelhaft – es ist ein Verstoß gegen das Verfassungsgebot der gleichmäßigen Besteuerung.“; „Der Finanzminister tut so, als ob die Steuergesetze für alle gelten. Da es nicht so ist, müßte Waigel eigentlich auf die Besteuerung der Zinsen auch formal verzichten. Gerechtere wäre das sicher ebenfalls nicht, aber wenigstens ehrlich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500163.html>

Für Angst bleibt keine Zeit (11.06.1990)

**SPIEGEL-Redakteur Helmut Sorge über die Ohnmacht der amerikanischen Justiz im Kampf gegen die Drogen
 Von Sorge, Helmut**

„Maßlosigkeit der Freiheit“, soziale Lage kritisch. „Die Maßlosigkeit amerikanischer Freiheit wird noch überboten durch die Maßlosigkeit der Reaktion der amerikanischen Gesellschaft auf den Mißbrauch der Freiheit: Arbeit im Steinbruch, Todesstrafe, Kerker bis ans Lebensende für die Dealer und die Einrichtung von Drogen-Gulags fordert das Volk. US-Bürger in gigantischen Arbeitslagern? Wie es scheint, nur noch eine Frage der Zeit. Selbstbewußtsein und die Selbstzufriedenheit vieler Amerikaner sind dahin. Die Bürger haben ohnehin schon Angst – vor jedem Tag, vor der Zukunft, der Arbeitslosigkeit, den Kreditzinsen, den Krankenhauskosten und dem Alter. Aber sie haben auch Angst vor den Kriminellen, den Süchtigen und schießwütigen Irren. Die Tabletten, die ihnen die Pharmakonzerne tausendfach in der TV-Werbung aufschwätzen, können ihnen ihr Gleichgewicht nicht wiedergeben. Die Armen, schätzungsweise 30 Millionen, mehr als Schweden, Dänemark, Österreich und die Schweiz insgesamt Einwohner zählen, haben jedes Vertrauen verloren, in sich selbst, in das amerikanische System. Ihre Sucht, der Griff nach dem ‚shit‘, nach der Nadel oder dem ‚crack‘, ist eine Art kollektiver Selbstmord. Von den mehr als 570 000 Menschen, die in den Apartments des sozialen Wohnungsbaus von New York, also in verkommenen Slums, hausen, sind 50 Prozent jünger als 21 Jahre und in der Mehrheit arbeitslos. Sie sind weder politisch motivierbar noch organisiert, bewaffnet aber sind sie. Sie dealen, und sie schießen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500247.html>

Bis 1995 auf West-Niveau (25.06.1990)

Interview mit dem Unternehmensberater Roland Berger über die Sanierungschancen der DDR-Industrie

Staatliche Wirtschaftsförderung nötig. „SPIEGEL: Wer soll das alles bezahlen? BERGER: Der Staat natürlich – aber über die Betriebe. Den späteren Nutzen haben wir alle, auch die Bürger in der heutigen Bundesrepublik. Bundesländer wie Bremen haben sich die Ansiedlung von Daimler-Benz viele Millionen kosten lassen. Siemens bekam erhebliche Steuernachlässe und Staatszuschüsse für seine Glasfaser- und Chipfabriken am Zonenrand. SPIEGEL: Das sind eigentlich keine Beispiele, die Schule machen sollten. BERGER: Ohne sogenannte Wirtschaftsförderung ist auch die DDR als Standort für Ansiedlungen nicht wettbewerbsfähig. Das ist überall üblich. Wenn der Staat nicht einspringt, ist

beispielsweise das Stahlkombinat Eisenhüttenstadt nicht zu retten. Schließlich haben auch wir im Westen Stahlfirmen wie Maxhütte und Saarstahl mit Steuergeldern erhalten. SPIEGEL: Geht das alles ohne Steuererhöhungen? BERGER: Es wäre sicher ehrlicher gewesen, früh genug auch Steuererhöhungen einzuplanen. Ich denke da an eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die uns im Rahmen der EG ohnehin blüht. Ich hätte auch nichts gegen Sonderabgaben von Höherverdienenden gehabt. Ob dies vor gesamtdeutschen Wahlen heute noch durchsetzbar wäre, wage ich allerdings zu bezweifeln.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501536.html>

USA: Ende der Reaganomics (02.07.1990)

Nun also doch: Amerikas Präsident Bush muß die Steuern erhöhen.

Steuersenkungen und Deregulierung nicht erfolgreich. „Reagan war mit der Geisterformel Steuersenkungen plus Ausgabenerhöhungen gleich Hochkonjunktur an die Macht gekommen, und er hatte sich mit der gleichen Botschaft auch wieder verabschiedet. George Bush hatte dieses Denkmodell zutreffend Voodoo-Wirtschaftspolitik genannt, als er noch nicht Reagans Vizepräsident war.“; „Einkommen und Vermögen verschoben sich so weit in Richtung der Betuchten, daß die für den Staatshaushalt entscheidende Steuerkraft der Mittelklasse nachließ. Die Folge: 1990 werden weniger Einkommensteuern kassiert als veranschlagt.“; „Die Sparbanken hatten zur Reagan-Zeit ihre bis dahin strengen Finanzierungsregeln abstreifen können und sich danach in heillose Finanzabenteuer begeben.“; „Der Präsident erkannte, daß seine einzige echte Option Steuererhöhungen sind. Das wiederum bedeutet nicht nur das Ende der Reaganomics. Gescheitert ist damit auch der Plan, die US-Wirtschaft in eine neue, bessere Zeit hineinzusteuern – ohne Steuererhöhungen, ohne Rezession und ohne Inflation.“; „Ich applaudiere dem Präsidenten“, bekundet New Yorks demokratischer Gouverneur Mario Cuomo mit einem satten Unterton von Spott, „daß er vor das amerikanische Volk tritt und ihm die Wahrheit sagt.“ Die Wahrheit, mit der Michael Dukakis im November 1988 gegen Bush verloren hatte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499668.html>

Wer hat Angst vorm bösen Wolf (09.07.1990)

SPIEGEL-Autor Wilhelm Bittorf über den Ostmarsch der West-Mark

Vorherrschaft der Ökonomie eher kritisch. „Hier predigte Martin Luther die Freiheit des Christenmenschen, aus der sich die freie Marktwirtschaft entwickelte. Hier begann die Reformation, die das starre und leistungsschwache, feudalsozialistische Ökonomiesystem der alles beherrschenden katholischen Kirche zertrümmerte und an seine Stelle die gewinnstrebige Geldwirtschaft setzte, sehr zum Verdruß des Reformators.“; „Die Parallelen sind frappant. Luther: ‚Ach, wie gar sicher lebt und wütet der Wucher, als wäre er selber Gott und Herr in allen Landen; niemand darf ihm wehren. Der Wucher . . . steigt . . . so stark, daß er bald Land und alle Güter frißt und verschlingt; wie zu unserer Zeit auch geschehen ist und noch geschieht durch die Händler und Gesellschaften, daß schier Deutschland verschlungen ist.‘ Die Worte kann man stehenlassen. Sie beschreiben noch immer ganz gut, was die westdeutschen Banken und Handelsketten mit den vormals volkseigenen Riesenbrocken der zerborstenen DDR-Ökonomie anstellen: Sie verschlingen die herrenlose Beute, wie einst Fürsten und Finanziers sich das Sachvermögen der heruntergewirtschafteten Kirche jener Tage einverleibt haben, sie, ‚die großen Weltfresser‘, wie Luther die Habgierigen genannt hat. Dabei war dem erzürnten Reformator durchaus bewußt, wie produktiv das kapitalistisch angelegte Geld sein kann; dennoch verstand er Geld als ‚Wort des Teufels‘ und Seele der Welt, die den Menschen unlösbar ans Vergängliche fesselt.“; „Wenig mehr als hundert Geldtransporter und die flächendeckenden Handstreichs der Großbanken genügten, um die DDR wirtschaftlich zu erobern – und welche Eroberung könnte gründlicher sein als die wirtschaftliche? Es ist der bisher größte Sieg der neuen deutschen ‚Wunderwaffe Wirtschaftskraft‘, wie es der polnische Historiker Adam Zamoyski nennt. Er meint, dies sei nur der Anfang einer neuen deutschen Ost-Expansion, die sich nichtmilitärischer Mittel bedient und auf Gaskammern verzichtet. Zamoyski: ‚Der ganze Teil Europas, der östlich von Deutschland liegt, ist ökonomisch entwaffnet. Er kann der Offensive der Deutschen Mark nicht widerstehen. Selbst Rußland scheint bereit, vor dieser wunderbaren Waffe zu kapitulieren.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500363.html>

Das ist eine Gratwanderung (03.09.1990)

Bauministerin Gerda Hasselfeldt über Wohnungsnot, Mietrecht und die DDR-Sanierung

Von Martens, H. und Schlamp, H.-J.

Kritische Fragen. „SPIEGEL: Einen wichtigen Grund für die heutige Misere haben Sie vergessen: die Wende in der Wohnungspolitik mit der Regierungsübernahme der konservativ-liberalen Koalition. Der Markt, das war die erklärte Politik, und nicht der Staat sollte die Versorgung mit Wohnungen regeln. HASSELFELDT: Richtig, staatliche Hilfen sind nicht mehr nötig, sobald der Markt die Probleme löst. SPIEGEL: Er hat es nicht getan. Erst haben Sie den Sozialwohnungsbau auf Null gebracht . . . HASSELFELDT: . . . nicht ich, sondern alle Ministerpräsidenten . . . SPIEGEL: . . . die Regierung, der Sie jetzt angehören. Und jetzt stecken Sie plötzlich wieder Milliarden in Sozialwohnungen, weil Einkommensschwache auf der Straße stehen. HASSELFELDT: Genau das ist der Grund, warum ich dem sozialen Wohnungsbau wieder einen höheren Stellenwert gegeben habe. SPIEGEL: Abschied von der reinen Marktwirtschaftslehre?“; „SPIEGEL: Wenn Sie 1982/83 so geredet hätten, wären Sie nicht ins Kabinett Kohl

gekommen.“; „SPIEGEL: Damit wollen Sie alles das zurücknehmen, was die Regierung Kohl vor sieben Jahren als große marktwirtschaftliche Reform eingeführt hat?“; SPIEGEL: Noch vor einem Jahr haben Sie die Mietrechtsänderungen, die Sie nunmehr fordern, knallhart abgelehnt. Das würde die Investitionsbereitschaft im Bausektor dämpfen, haben Sie, wie heute Ihre Opponenten von der FDP, immer behauptet.“; „SPIEGEL: Wie sich Eigeninitiative lohnt, lernen Studenten in der Bundesrepublik, wenn sie sich morgens um fünf Uhr die Frühausgaben der Zeitungen angucken und nach einem Zimmer suchen.“; „SPIEGEL: Für eine bayerische Volkswirtin denken Sie ganz schön planwirtschaftlich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507133.html>

Steuern: Die Union wackelt (24.09.1990)

Vom strikten Nein zum auslegbaren Jein – vorsichtig setzten sich vergangene Woche Unions-Spitzen von ihrer bisherigen Finanzstrategie ab. Das SPD-Wort von der „Steuerlüge“ schreckt, als letztes Mittel sind Steuererhöhungen zur Bezahlung der Einheit nun plötzlich für etliche Meinungsführer von CDU und CSU denkbar.

Steuererhöhungen unschädlich (allerdings neoliberale Aussage zu möglichen Ausgabenkürzungen). „Die Abgeordneten im Raumschiff Bonn, von Kohl und Waigel einmal auf den Anti-Steuererhöhungs-Kurs getrimmt, widersetzen sich den Erkenntnissen der Stadtxperten.“; „Natürlich, es kann gespart werden. Doch die Union wagt nicht, vor den Wahlen zu erklären, wo sie die Milliarden streichen will. Deshalb traut ihr kaum einer die Kraft zu, nach den Wahlen Kürzungen im Haushalt zu beschließen.“; „In der Fraktionssitzung bekräftigte der Volkswirt Kurt Faltlhauser noch einmal die amtliche Argumentation, an die sich künftig auch die Oberen strikt zu halten hätten: Steuererhöhungen dämpfen das Wirtschaftswachstum, führen zu höheren Steuerausfällen als -einnahmen. Deshalb taugen sie nicht zur Finanzierung der DDR-Sanierung. Die schlichte Gedankenkette wurde zwar während der Reagan-Herrschaft in den USA eindrucksvoll widerlegt; trotz guter Konjunktur rutschte Amerika nach kräftigen Steuersenkungen in eine abenteuerliche Staatsverschuldung. Doch Leute wie der Abgeordnete Günther sehen den Lehrsatz unter der Unionsherrschaft in der Bundesrepublik glänzend rehabilitiert. Steuersenkungen hätten in der Bundesrepublik über mehr Wirtschaftswachstum zu vollen Staatskassen geführt. Daß die Wirtschaft, von einer florierenden Weltkonjunktur und der Aussicht auf Europa '92 belebt, auch ohne Steuersenkungen floriert hätte, darüber spricht er nicht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502890.html>

Arbeitnehmer: Drang in den Westen (01.10.1990)

Bundesweit werden ostdeutsche Arbeiter beschäftigt – zu niedrigen Löhnen und schlechten Bedingungen.

„So lernen die schändlich entlohten Leiharbeiter im nun einigen Vaterland tatsächlich etwas dazu. Sie erkennen, so Minister Heinemann, ‚die Marktwirtschaft von ihrer häßlichsten Seite‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500471.html>

Tote Kühe gegen tote Pferde (08.10.1990)

Mit 1000 Milliarden Dollar haften US-Steuerzahler für den größten Bankraub der Geschichte: Insider der Sparkassenbranche plünderten die vom Staat garantierten Einlagen. Das Ausmaß des Skandals wird den Amerikanern erst deutlich, seit es einen prominenten Sündenbock für das Debakel gibt: Präsidentensohn Neil Bush.

Deregulierung als „Einladung zum Bankraub“ (Veränderung der früheren Sparkassenregulierung erscheint allerdings als unvermeidlich). „Weil all dies in den ideologisch aufgeheizten Jahren der Präsidentschaft Ronald Reagans geschah, wurde die Sparkassenplünderung zunächst nicht als Verbrechen erkannt, sondern als ‚Triumph des freien Unternehmertums‘ gepriesen. Daß die betroffenen Geldinstitute – auch der faulste Kredit verbesserte zunächst die Bilanzen, weil er Umsatz brachte – Zuwachsraten von über 1000 Prozent aufwies, galt als Beleg für das segensreiche Wirken des Kapitalismus. Doch gegen das Risiko der freien Marktwirtschaft waren die wagemutigen Unternehmer abgesichert: Sie verspielten anderer Leute Geld. Bis zur Höhe von 100 000 Dollar sind alle Sparkasseneinlagen samt versprochenen Zinsen vom Staat garantiert. Nach dem Zusammenbruch zeigte sich, daß höhere Einlagen in der gesamten Branche so gut wie unbekannt waren.“; „Als Vizepräsident hatte er eine Kommission geleitet, die überlegen sollte, wie der Einfluß der Regierung auf den freien Finanzmarkt beschnitten werden könne. Daß zu Anfang der Regierung Ronald Reagan zu viele Politiker und Experten diese Aufgabe in Angriff genommen – und gelöst – hatten, bereitete erst den Boden für die Katastrophe. Gegen Ende der Regierungszeit des Demokraten Jimmy Carter befanden sich die Spar- und Darlehenskassen in höchster Gefahr. Bis in die sechziger Jahre hinein hatten sie eine Branche gebildet, die zwar hoch respektabel war, aber niemanden reich machte. Die Sparkassendirektoren erfreuten sich eines Jobs, den die Manager richtiger Banken als ‚Drei-sechs-drei‘ verspotteten: Sie nahmen von örtlichen Sparern Geld für drei Prozent auf, verliehen es als langfristige Hypothekendarlehen für sechs Prozent und bevölkerten ab drei Uhr nachmittags die Golfplätze. Finanziert wurden auf diese betuliche Weise Ein- bis Vierfamilienhäuser, fast alle anderen Geschäfte waren den Sparkassen verboten. Doch dieses System konnte nur funktionieren, solange Inflations- und Zinsraten einigermaßen stabil blieben. Ende der siebziger Jahre brachten die Hypothekenzinsen den Sparkassen zwar noch immer nur fünfzehn Prozent ein – aus politischen Gründen hatte der Kongreß eine Anhebung verboten, um den

amerikanischen Traum, das Eigenheim für alle, zu retten –, aber für Guthaben mußten sie inzwischen weit höhere Zinsen zahlen. Monat für Monat verloren die S & L-Institute Millionen ihrer bisher so sicheren Einnahmen. Auf den Kongressen der Branche galt es 1979 als bitterer Scherz, daß die Direktoren auf ihre Visitenkarten die Anzahl der Monate schrieben, die ihre Kassen noch überleben konnten. Mit dem Amtsantritt von Ronald Reagan 1981 änderte sich das Bild. Die Bankaufsichtsbehörden in Washington und in den einzelnen Bundesstaaten, die neuen republikanischen Chefs der Bankenausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat sowie die Planer im Weißen Haus machten sich daran, die Sparkassen von den lähmenden Gesetzesauflagen zu befreien. Doch die Erleichterungen, so harmlos sie im einzelnen aussahen, erwiesen sich als Einladung zum Bankraub: ...“; „Fast zwei Jahre lang arbeiteten Politiker, Bankmanager, Aufseher und Lobbyisten, dann war die Branche von allen relevanten Gesetzesauflagen befreit. Der entfesselte Unternehmer, Kernmythos der Reagan-Jahre, konnte sein Werk beginnen. Als Ronald Reagan am 15. Oktober 1982 im Garten des Weißen Hauses das letzte große Deregulierungsgesetz für die Sparkassen unterschrieb, kommentierte er: ‚Alles in allem haben wir damit wohl den Hauptgewinn gezogen.‘ Es war eine der großen Fehleinschätzungen des Jahrhunderts: Bis zum 28. September 1990 hat die Bankenaufsichtsbehörde, mithin die US-Regierung, 493 Spar- und Darlehenskassen geschlossen oder – häufig zu Schleuderpreisen und mit satten Steuergeschenken – an andere verkauft.“; „Das Debakel, das viele Leute für kurze Zeit unsagbar reich gemacht hat, sorgt nun dafür, daß alle US-Bürger lange Zeit daran zu zahlen haben. Dabei war der Raubzug gegen die Sparkassen nur die unverschämteste Art, in der im vergangenen Jahrzehnt öffentliche Schulden gemacht wurden. Die halten nun die Zinsen hoch, lassen die Steuern steigen und verhindern längst überfällige Investitionen: Amerikas zerbröckelnde Brücken und Highways bleiben unrepariert, die öffentlichen Schulen auch weiterhin eine Katastrophe, die Slums der Großstädte Zonen, in denen Recht und Gesetz kaum noch gelten. Der Nachweis der ‚moralischen Überlegenheit einer freien Marktwirtschaft‘, den Reagan so glänzend geliefert zu haben glaubt, steht in Wirklichkeit noch aus – trotz des Zusammenbruchs in Osteuropa.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501450.html>

Computer: Mädchen bäh (08.10.1990)

Kommt eine Generation von zwanghaften Computerfans? Frankfurter Sozialwissenschaftler befragten programmiersüchtige Jugendliche.

Unkritische Jugend kritisch. „Ihre Zukunftswünsche außerhalb der Rechnerwelt kreisen um Beruf, Sicherheit und Geld, von ‚diffusen Identitätsbedrohungen durch Gesellschaft und menschliche Beziehungen‘ möchten sie nichts hören.“; „Das Herumschwirren der jugendlichen Computerfans in den künstlichen Befehlswelten könnte ein Heer von früh angepaßten, brillantgrauen Arbeitsmäusen erzeugen. Mit dem politischen Durchblick der Computerfans ist es ohnehin nicht weit her, Gesellschaft ist für sie oft nur ein anderes Wort für Berufswelt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501658.html>

Immobilien: Wohnsitz für die Oma (15.10.1990)

Eine einzige Wohnung ist so manchem begüterten Bürger zu wenig. Der Trend zur Zweitwohnung verschlimmert die Lage wenig zahlungskräftiger Mieter.

Steuerliche Korrektur der „Einkommensdrift“ scheint geboten; Angebotspolitik nützt nur Besserverdienern. „Immer größer, immer luxuriöser geraten die Villen, Penthäuser und Altbauetagen der Einkommensstarken. Längst ist das 300- bis 400-Quadratmeter-Domizil für zwei Personen keine Seltenheit mehr. Weniger als 80 Quadratmeter pro Bewohner gilt in den besseren Kreisen als ziemlich beengt. Die Kehrseite ist wachsende Wohnungsnot bei denen, die nicht so gut dran sind.“; „Bei einer ständigen Nachfrageausweitung der Besserverdienenden“, klagt Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter, falle ‚die Sicherung einer angemessenen Wohnungsversorgung für sozial schwächere Gruppen immer schwerer‘. Die Wohnungspolitik in Bonn nimmt den Zusammenhang bislang nicht einmal zur Kenntnis. Im Gegenteil, das ‚widersinnige System der steuerlichen Bauförderung‘ (Gann) verstärkt den Trend. Das meiste staatliche Baugeld landet ohnedies bei den vermögenderen Schichten, die Mittel zum Bauen übrig haben. Wer es einigermaßen geschickt anstellt, hat keine Mühe, sich die Zweitwohnung mit staatlichen Hilfen zuzulegen. Die Statistiken verschleiern den Wohnraum-Appetit der Gutbetuchten, ebenen Unterschiede mit Durchschnittswerten ein.“; „Allerdings gebe es ‚keine rechtliche Grundlage, um dagegen vorzugehen‘. Wie sollte das auch funktionieren? Höchstgrenzen für Wohnraum, Verbote für Zweitwohnungen passen weder ins Konzept einer Marktwirtschaft noch zur Eigentumsordnung des Grundgesetzes. Es hilft ja auch nicht weiter, wenn das 200-Quadratmeter-Zweit-Apartment eines Singles zwangsweise geräumt würde, zugunsten einer kinderreichen Familie. Die könnte die 4000 Mark dafür nie und nimmer aufbringen. Und der Staat, über vervielfachte Wohngeld-Zuschüsse etwa, genausowenig.“; „Die sich weit öffnende Schere auf dem Wohnungsmarkt – immer mehr für die einen, weniger für die anderen – ist vor allem die Folge einer auseinanderlaufenden Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik; und sie ist, nachhaltig, nur durch Korrekturen auf der Einnahme-, nicht auf der Ausgabenseite zu schließen. Konservative Wohnungspolitikern bestreiten die Einkommensdrift. Sie verweisen darauf, daß die unteren Lohngruppen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten den gleichen Anstieg wie die oberen, zum Teil sogar den steileren gehabt haben: Seit 1965 wuchs das Netto-Einkommen des Vier-Personen-Haushalts mit Durchschnittsbezügen um 350 Prozent. Im gleichen Zeitraum verbesserte sich die vierköpfige Familie der gehobeneren Gehaltsstufe nur um 250 Prozent. Doch: Mieten werden nicht mit Prozentsätzen bezahlt, sondern in Mark. In absoluten Beträgen wuchs das Monats-Budget der Durchschnittsfamilie um knapp 3000

Mark, das der Besserverdienenden aber um 4500 Mark. Die 1500 Mark-Differenz – prozentual wenig, absolut eine ganze Menge – reicht der einen Schicht, um mehr und besseren Wohnraum anzuschaffen; die andere aber kann mit Miet- und Baupreissteigerungen nicht Schritt halten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502080.html>

Schweiz: Ungewohntes Tempo (15.10.1990)

In der Schweiz, viele Jahre ein Hort der Geldwertstabilität, ist die Teuerungsrate doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.

Erfolgreiche Zentralbank-Interventionen. „Das Unheil begann vor knapp drei Jahren. Damals, im Oktober 1987, sausten an einem Montag weltweit die Aktienkurse steil nach unten. Der Börsencrash weckte allenthalben düstere Erinnerungen an jenen 29. Oktober 1929, der die kapitalistische Welt in eine katastrophale Rezession getrieben hatte. So weit wollten es die Politiker diesmal nicht kommen lassen, die Krise sollte nicht von den Finanzmärkten auf die ganze Wirtschaft übergreifen. Das Gegenmittel war allen klar: Die Notenbanker in Japan, Nordamerika und Europa pumpen massiv Geld in die Wirtschaft. Es war ein delikater Balanceakt: Einerseits mußten genug Mittel fließen, um die Wirtschaft bei Laune zu halten; andererseits durfte aber auch nicht zuviel des Guten getan werden, weil sonst das viele Geld einen gefährlichen Inflationsschub ausgelöst hätte. Das Konzept war richtig, die Aktion gelang. Scheinbar unbeeindruckt von dem Börsendesaster lief global die Industrie weiter auf Touren. Bald erholten sich auch die Aktien von dem Oktober-Schock.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502100.html>

Zweifelhafte Erfolge (22.10.1990)

Von Didzoleit, W.

Steuererhöhungen zur Verhaltenslenkung nötig. „Wirksame Umwelt-Verkehrspolitik muß Vielfahrer strafen und Automuffel belohnen. Das aber geht am besten über einen drastischen Aufschlag auf die Mineralölsteuern. Der Steuercoup brächte dem Staat Milliarden, die – zweiter Teil der Operation – zweckgebunden in bessere Busse und Bahnen investiert werden könnten. Nur ein attraktiver öffentlicher Nah- und Fernverkehr rechtfertigt höhere Abgaben, die den Autofahrern aufgebürdet werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502665.html>

Autobahnen: Signale angekommen (22.10.1990)

Bonn prüft Möglichkeiten, Verkehrsinvestitionen über Autobahngebühren zu finanzieren.

Privatisierung keine realistische Option. „Der im Mittelalter erfundene, lange Zeit verpönte Straßenzoll, Maut genannt, ist am Ende des zweiten Jahrtausends in Europa plötzlich wieder zur verkehrspolitischen Zauberformel geworden. Der Euro-Tunnel zwischen England und Frankreich, alpenüberwindende Monumentalbauten, neue grandiose Autobahnen – kapitalistisches Gewinnstreben soll's trotz leerer Staatskassen möglich machen. Auch die Bonner überlegen, ob – wie etwa in Frankreich oder Spanien – Autobahnen gebührenpflichtig werden könnten.“; „Eine Teilprivatisierung der Autobahnbauten in den neuen deutschen Provinzen aber ist nicht nur wenig attraktiv, sie stößt auch an rechtliche Schranken. Im östlichen Teilgebiet Deutschlands eine Maut zu verlangen, während in der alten Bundesrepublik die Autos frei rasen dürfen, verstößt nach Auffassung beamteter Verfassungsrechtler gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. Zudem sind natürlich nur vielbefahrene Rennbahnen für private Investoren verlockend. Die Aufgabe, öde Regionen zu erschließen, also die wahre Infrastrukturpolitik, bliebe ohnehin dem Staat überlassen. Die plötzliche Privatisierungspropaganda soll in der Bundesrepublik denn auch ganz anderen Zwecken dienen.“; „Die Überlegungen laufen letztlich auf eine flächendeckende Autobahnmaut hinaus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502674.html>

Überlebensgroß Herr Gross (22.10.1990)

Roger Willemsen über das „Neue Notizbuch“ des flanierenden Vorkosters Johannes Gross

Kapitalismus-Fürsprecher als lächerlich dargestellt. „Köstlich ist der Klassenkampf – jedenfalls wenn man ihn von oben nach unten betreibt, die Farbe des Anzugs auf die Wagenpolsterung abgestimmt und die bei der Haute Finance genossene Haute Cuisine im Frankfurter Allgemeine Magazin hochsprachlich wieder abgesondert hat, tief beeindruckt vom einen wie vom anderen und am meisten von sich selber.“; „In dieser Sphäre hat Gross den Kapitalismus, der all das Gute so klaglos in seiner Hand zusammenhält, geradewegs mit Gott identifiziert: ‚Der Kapitalismus‘ erzeugt ‚absichtslos auf höchst kunstvolle Weise ein sinnvolles Ganzes‘. In diesem ‚negativen Gottesbeweis‘ liegt der Grund dafür, ‚daß der Kapitalismus bei den Priestern aller Religionen und Ideologien, Sinnsuchern und Sinndeutern keine gute Presse hat‘, also bei jenen, die finden, der Kapitalismus erzeuge auf gänzlich kunstlose Weise ein sinnloses Ganzes, in dem alle Zerstörung beschlossen liegt. Auch ihnen aber bringt Gross die Frohe Botschaft: ‚Nichts ist irreversibel, was Menschen bewegt haben.‘ Gott Kapitalismus wird auch die Hungertoten wieder aufwecken, die ausgestorbenen Arten werden auferstehen, die Lüfte und die Wasser klar sein, und die Natur wird erlöst, und wenn sie auch gestorben ist, lebt sie doch noch heute.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502900.html>

Irgendwas ist schiefgelaufen (29.10.1990)

SPIEGEL-Report über den Niedergang der Vereinigten Staaten (II)

Soziale Lage in den USA kritisch, Mangel an (effizienten) wohlfahrtsstaatlichen Elementen und öffentlichen Investitionen. „In der großen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus“, schreibt Paul Starr, Soziologe an der Princeton-Universität in New Jersey, „hat der Sozialismus verloren. Doch unter den kapitalistischen Gesellschaftsvarianten hat das Laissez-faire-Modell der Reagan-Ära keineswegs über seine Alternativen gesiegt.“ Starr weiter: „Die Irrtümer der USA haben uns Macht und Reichtum gekostet.“ New York, Medienzentrum und größte amerikanische Stadt, hat grell beleuchtet, was nicht so sichtbar die ganze Nation erduldet: ein aus dem Lot geratenes Sozialgefüge, eine verrottete Infrastruktur, Verachtung gegenüber Armut und Minderheiten, ein hilfloses, überteuertes und ineffizientes Sozialsystem.“; „Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst deshalb. Nach einem im September veröffentlichten Bericht des statistischen Bundesamtes der USA hat die Gruppe der oberen 5 Prozent der Einkommensskala binnen zehn Jahren von 120 253 auf 148 438 Dollar zugelegt. Die Gruppe der ärmsten 20 Prozent dagegen sackte von 9990 auf 9431 Dollar. 31,5 Millionen Amerikaner, fast 13 Prozent der Bevölkerung, leben unterhalb der amtlichen Armutsgrenze von 12 675 Dollar für eine vierköpfige Familie.“; „Rund sieben Millionen Amerikaner schaffen es trotz Beschäftigung nicht, über die Armutsgrenze hinauszukommen. Der Hauptgrund: Unternehmen drücken Löhne häufig bis an das staatlich vorgeschriebene Minimum von 3,80 Dollar die Stunde.“; „Ganz Reiche und ganz Arme hat es in Amerika gegeben, solange es Amerika gibt.“; „Doch früher war der US-Volkswirtschaft daraus stets ein massiver Zuwachs an Kapital geblieben. Die Großverdiener der achtziger Jahre dagegen waren Finanzhaie vom Schlage eines Michael Milken – sie bewegten viel und schufen nichts.“; „Die Einkünfte der US-Manager stiegen in den vergangenen vier Jahren um etwa 100 Prozent. 1980 hatten sie das 40fache eines Industriearbeiters betragen, 1989 das 93fache. Der Lohn der Industriearbeiter sank dagegen. In realer Kaufkraft verdienten Amerikas Arbeiter 1990 weniger als vor 20 Jahren. Die Einkommenskorrektur zuungunsten der Arbeitnehmer, allerdings auch die situationsbedingte Abwertung des US-Dollar, haben Amerika im internationalen Vergleich vom ersten Platz beim Durchschnittslohn verstoßen. Länder wie die Schweiz, Dänemark, Norwegen, Kanada, Japan und die Bundesrepublik zogen vorbei. Im schroffen Kontrast zum privaten Reichtum der Oberklasse steht die Armut der öffentlichen Hand. Der Bund, die Staaten, Landkreise und Gemeinden leiden unter permanentem Geldmangel.“; „Dabei gibt Amerika rund 48 Prozent seines gesamten Staatshaushalts, gut ein Siebtel des Bruttosozialprodukts, für Soziales aus. 800 Milliarden Dollar – fast 70 Prozent des westdeutschen Bruttosozialprodukts – stehen im kapitalistischen Amerika allein für soziale Umverteilung zur Verfügung. Doch mangels eines wirksamen Konzepts bessern sich die Zustände nicht. Die Nation wirft einen großen Teil dieser Summe schlicht zum Fenster hinaus. Amerikas Sozialpolitik besitzt keine Strukturen wie die deutsche. Westdeutschlands Sozialmodell entstand aus klaren gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen oder ordoliberalen Konzepten und geht zurück auf die staatliche Sozialversicherung Otto von Bismarcks. Amerikas Sozialpolitik hingegen besteht aus Wildwuchs – gemacht wird, was die Situation gerade erfordert oder die Kongreßabgeordneten als Wahlgeschenke unters Volks bringen möchten. So verabschiedeten die Parlamentarier besondere Gesetze etwa für Ältere, für Obdachlose, für alleinerziehende Mütter und für Kriegsveteranen. Nachdem die Hilfen einmal eingerichtet waren, wurden sie nie wieder beseitigt. Die Folge: Die Stadt New York und der Bund zahlen für eine Familie im Obdachlosenheim, wo Drogenkonsum und Schlägereien den Alltag bestimmen, wo Kinder und Eltern gleichermaßen verkommen, monatlich bis zu 4000 Dollar pro Familie. Der Mietaufwand allein liegt um fast 300 Prozent über der Armutsgrenze. Bargeld und ein Umzug aufs Land hätten der Familie mehr genützt.“; „Weit mehr als 30 Millionen Amerikaner“, so der einstige Frankfurter Versandhauschef Peter Neckermann, jetzt Manager der Versicherungsgesellschaft Nationwide in Columbus (Ohio), „können sich keine Krankenversicherung leisten. Sie wollen häufig – aber sie können nicht.“ Denn die Versicherungstarife sind haarig und die Praktiken der Versicherungsgesellschaften haarsträubend.“; „Die Firmen glaubten zuschlagen zu können, seit viele Unternehmen die Versicherungskosten für ihre Arbeitnehmer bezahlen. Jetzt drücken die Arbeitgeber wegen der hohen Prämien den Lohn: General Electric rechnete vor, jährlich eine Milliarde Dollar mehr verdienen zu müssen, um den Beitrag zur Krankenversicherung der Arbeitnehmer zu bezahlen.“; „Die meist privat geführten Krankenhäuser nehmen Spitzenpreise und leisten sich auch noch besondere Formen von Ruppigkeit. Selbst Patienten mit blutender Unfallwunde werden, bevor jemand etwas für sie tut, gefragt: ‚Wie zahlen Sie: American Express, Master Card oder Scheck?‘“; „Das einzige erfolgreiche Sozialprogramm ist die Altersversorgung, ‚Social Security‘ genannt. Das von Franklin D. Roosevelt nach ähnlichen Grundsätzen wie Deutschlands Altersversorgung entwickelte dynamische Rentenprogramm wird aus einem riesigen Fonds finanziert, der im Jahr 2030 nach Berechnungen von Newsweek etwa so groß sein müßte, daß ihm ‚ein Sechstel von fast allem in Amerika gehören wird‘.“; „Doch die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Berufsleben verschlechtern sich ständig. Ein wichtiger Grund: Das öffentliche Schulsystem verfällt. 1989 veröffentlichte die National Geographic Society das Ergebnis einer Recherche über die geographische Allgemeinbildung der Amerikaner, das Entsetzen auslöste: 24 Millionen der erwachsenen US-Bürger konnten die eigene Nation auf der Weltkarte nicht finden, 44 Millionen weder China noch den Pazifischen Ozean ausmachen, an dem die Westküste der USA liegt.“; „Wo die Gemeinde nicht zahlen kann oder will, verfällt der Bildungsbetrieb. Besser verdienende Einwohner retten ihre Kinder in Privatschulen, obwohl sie dort Schulgeld zahlen müssen. Zum Bildungsnotstand in den öffentlichen Schulen trägt auch die Bezahlung der Lehrer bei. Lehrergehälter schwanken zwischen 43 000 Dollar in Alaska und 21 000 Dollar in South Dakota für jeweils neun Monate Schulunterricht pro Jahr. Die drei Ferienmonate benutzen US-Pädagogen, um als Fließbandarbeiter, Reiseleiter oder Büroangestellte zusätzlich

Geld zu verdienen.“; „Die deutlich klassengeprägte US-Gesellschaft dividiert sich auch im Bildungssystem immer stärker. Die Nation verbaut sich die Chance, das Potential an Begabungen so zu nutzen, wie es die vom Schulgeld befreiten Europäer weithin tun.“; „Überall rettet man sich mit Flickschusterei und Improvisation. Dabei wäre – dank Kürzung des Verteidigungshaushalts und wegen der beginnenden Rezession – die Zeit gekommen, mit öffentlichen Programmen gegenzuhalten, wie es der konservative Präsident Dwight D. Eisenhower 1956 in einer ähnlichen Lage getan hatte. Ex-General Lucius D. Clay organisierte durch Staatsanleihen die Erschließung des Landes durch 42 000 Meilen ‚Interstate‘-Autobahnen. Doch nach Reagans und Bushs Budget-Desaster sind solche Programme nicht möglich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503166.html>

Irgendwas ist schiefgelaufen (05.11.1990)

SPIEGEL-Report über den Niedergang der Vereinigten Staaten (III)

Vormachtstellung der Wirtschaftseliten gefährdet Demokratie. „Die Reagan-Revolution, die Abkehr des Landes von den New-Deal- und Great-Society-Ideen der Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Lyndon B. Johnson, hat neben dem ökonomischen und sozialen auch einen politischen Klimaschock ausgelöst. Die Devise hieß fortan: Schach den Wohlfahrtsempfängern, Ring frei für Rambo. Der Dollar wurde zur Meßlatte auch der politischen Moral. ‚Die Reagan-Administration‘, kommentiert Lapham, ‚hat die Verfassung zu einem Bündel von Geschäftspapieren degradiert, nicht mehr oder sogar weniger wert als ein Schuldschein von Donald Trump.‘ Und schlimmer noch: Ein ängstlicher Kongreß habe alles mitgemacht, eine willfähige Presse alles entschuldigt. Während viele Länder rund um die Welt das amerikanische System immer noch als zukunftsweisend erkannten, machte sich die Reagan-Mafia an den Säulen der demokratischen Ordnung zu schaffen: Drei der vier politischen Gewalten – Präsident, Parlament und Presse – verschmolzen zu einem Kartell, das die Kontrolle der Regierung häufig außer Kraft setzte.“; „Doch die Reagan-Revolution machte sich daran, dieses Amerika in eine Oligarchie zu verwandeln, strebte eine rigorose Oberklassenherrschaft an, bei der Egoismus das Staatswohl überspielte: eine Herrschaftsform von Leuten, so beschrieb sie der angesehene Ökonom Lester Thurow, die ihr Geld auf Nummernkonten in der Schweiz verwahren.“; „Kongreß und Medien wurden damit Teil der Reagan-Oligarchie. ‚Der Kongreß biederte sich dem zum Kauf an, der am meisten bot‘, resümiert Lapham. ‚Politik ist zu einem großen Geld-Spiel verkommen‘, so Chancellor, ‚etwa so amüsant wie eine feindliche Unternehmensübernahme.‘“; „Amerikas Geschäftswelt hat mitgemacht, hingelangt und weitergespielt, solange es ging: Was Reagan tat, wußte Wall Street, werde langfristig zum Desaster führen und kurzfristig die Kassen füllen. Zudem gefielen der Geldelite manche Inhalte der Reagan-Politik, etwa das von der Hoover-Stiftung in Palo Alto vorbereitete Zusammenstreichen der Sozialausgaben. Das Doppelspiel des Präsidenten, Steuern zu senken und Militärausgaben zu erhöhen, sollte die Demokraten im Kongreß zwingen, angesichts steigender Defizite ihre sozialpolitischen Vorstellungen zu beerdigen. Jede Defizit-Diskussion verbesserte auf diese Weise die Chancen der Konservativen für eine gesellschaftliche Umgestaltung. So blieben neben dem Wohlfahrtsstaat auch lebenswichtige Zukunftsprogramme auf der Strecke: Für Energie-Forschung, Technologie-Entwicklung und Ausbildungsförderung fehlte das Geld.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501010.html>

EG: Teure Kassiererin (26.11.1990)

Bei den Bemühungen um den Binnenmarkt wurden die Arbeitnehmer bislang vergessen.

Europäische Sozialstandards erscheinen nötig. „Die Industrie nutzt die extremen Unterschiede von Löhnen und Soziallasten, Mitbestimmungsrechten und Arbeitsschutzgesetzen zielstrebig aus. Sie verlagert Arbeitsplätze ins Ausland und umgeht damit lästige Schutzbestimmungen. Nur gemeinsame soziale Grundrechte, die in allen zwölf Mitgliedsländern gelten, könnten den Trend aufhalten, die gutbezahlten deutschen gegen die billigeren portugiesischen Bauarbeiter auszuspielen und womöglich in Jahrzehnten erkämpfte Rechte im härteren Wettbewerb zu nivellieren. Doch eine eindeutige sozialpolitische Rechtsgrundlage in den Europäischen Verträgen fehlt.“; „Auf keinen Fall können sie sich damit herausreden, daß gemeinsame Vertragsbedingungen für ‚atypische Arbeitsverhältnisse‘ wie Heimarbeit, Saisonarbeit, Leiharbeit oder Teilzeitarbeit im Binnenmarkt nicht notwendig seien. Denn mit dem Fortfall der Grenzen wird auch die Mobilität der insgesamt 24 Millionen betroffenen Arbeitnehmer wachsen. Schon heute überqueren innerhalb der EG werktäglich 150 000 Arbeiter und Angestellte auf der Fahrt zur Arbeit die Grenze. Und die nationalen Vorschriften über Versicherungs- und Kündigungsschutz belasten die Arbeitgeber unterschiedlich schwer, schaffen Wettbewerbsverzerrungen auf dem Arbeitsmarkt. Während etwa in der Bundesrepublik jedes Monatseinkommen unter 470 Mark frei ist von allen Sozialabgaben, sind in den Niederlanden und Belgien Teilzeitarbeitende grundsätzlich versichert. Eine holländische Kassiererin im Supermarkt von Heerlen ist demnach um etwa 36 Prozent teurer als ihre deutsche Kollegin in Aachen – ein ungerechter Wettbewerbsvorteil im Binnenmarkt für die bundesdeutsche Wirtschaft.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502675.html>

Eine Steueroase im Osten? (10.12.1990)

Niedrigere Steuern locken Investoren an, sie schaffen höheres Wachstum und mehr Beschäftigung. Mit dieser griffigen Formel fordert die FDP ein Niedrigsteuerland jenseits der Elbe. Das Thema sorgt für Streit bei den

Koalitionsverhandlungen. Denn so einleuchtend die These klingt – ökonomisch zwingend ist sie keineswegs.

Niedrigsteuergebiet würde vor allem zu Missbrauch führen. „Die Idee einer ‚Steuer-oase DDR‘ (Hausmann) ist durchaus populär – ob ihre Verwirklichung allerdings den gewünschten Effekt bringt, scheint mehr als fraglich.“; „Die liberale Ableitung daraus, ein Niedrigsteuerland werde den Osten beleben, ist jedoch keineswegs schlüssig. Das Niedrigsteuer-Modell, so argumentierten dieselben Freidemokraten im Sommer, würde neue, nämlich fiskalische Grenzen in Deutschland schaffen und brächte Chaos in die Finanzverwaltung. Betrüger und Trittbrettfahrer könnten sich leicht schadlos halten. Und zu alledem würde der Gleichbehandlungsgrundsatz der Verfassung arg strapaziert. Hilfen für die DDR-Investoren wurden schon reichlich beschlossen, es gibt staatliche Kredite, Bürgschaften und Investitionszulagen (siehe Grafik). Der Effekt blieb bisher bescheiden. Die Industrie- und Handelslobby setzte von Anfang an auf Steuererleichterungen. ‚Wachstumsfördernde und leistungsgerechte steuerliche Regelungen‘, so der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schon im März, erforderten ‚den Verzicht auf Vermögen- und Gewerbesteuer‘ sowie ‚niedrigere Sätze der Einkommen- und Körperschaftsteuer‘. Die Herren von der Industrie entwickelten ihren Plan nicht ohne Hintergedanken. Denn auf Dauer könnten in Deutschland wohl kaum zwei Steuergebiete nebeneinander existieren. Über den Umweg Ex-DDR käme die Industrie auch im Westen zu der von ihr schon lange angemahnten Reform der Unternehmenssteuern.“; „Der Plan klingt, im ersten Moment, durchaus einleuchtend. Seine Umsetzung ‚kostet zunächst nichts‘, sagt FDP-Experte Solms, denn Arbeitslose und Firmen ohne Aufträge ‚zahlen diese Steuern sowieso nicht‘. Fließen dann, angezogen von den Steuerversprechen, Investitionen, wächst die Beschäftigung, und schließlich steigen, trotz abgesenkter Sätze, sogar die Steuereinnahmen des Staates. Bürokratie würde abgebaut – die ‚ungeheuer aufwendige Feststellung von Einheitswerten des Grundvermögens‘ (Solms) wäre mit einem Schlag überflüssig –, und selbst die Tarifkonflikte würden möglicherweise entschärft. Schließlich will die FDP die Lohn- und Einkommensteuer um 20 bis 25 Prozent, auf sechs bis zehn Jahre, senken, mehr als 40 Prozent Steuern soll keiner zahlen. Doch im Detail betrachtet, verliert der liberale Ansatz rasch seinen Glanz. Für die Masse der im Osten Beschäftigten bringt der Lamsdorff-Tarif nämlich nur ein Trinkgeld: 2 Mark Entlastung bei Kleinstverdienern von 10 000 Mark im Jahr, 81 Mark Nachlaß für jene, die 20 000 Mark im Jahr haben. Freilich, 7200 Mark gibt’s raus für Großverdiener mit Jahressalären um die 120 000 Mark. Um Lohnrunden zu entkrampfen und Abwanderungen zu bremsen, dürfte dieser Kreis der Begünstigten allerdings zu klein sein.“; „Groß wäre der Reiz indessen für West-Bürger, vom Steuerparadies im Osten ohne Investitionen zu profitieren. Schon durch ‚reine Verlagerung des Wohnsitzes bzw. Unternehmenssitzes‘, so die Finanzministerialen, könne fast jeder ‚in den Genuß der niedrigen Steuersätze kommen, ohne daß eine entsprechende wirtschaftliche Aktivität in den neuen Bundesländern entfaltet wird‘. Sollen Briefkastenfirmen und Scheinwohnsitze verhindert werden, wird das westliche Steuerrecht erheblich komplizierter. ‚Umfangreiche Betriebsprüfungen‘ wären nötig, um etwa zu klären, ob der Firmengewinn tatsächlich in der kleinen Fabrikhalle im Osten oder im West-Komplex anfiel. Den Finanzbeamten graust schon bei dem Gedanken daran: ‚Eine verstärkte Kontrolle innerbetrieblicher Vorgänge und ein enormer bürokratischer Aufwand‘ wären nötig. Gleichwohl wäre auch dann manchem Mißbrauch nicht beizukommen. So könnten Unternehmen Forderungen, Patente und Beteiligungen ganz legal den Steuer-oasen drüben zuordnen, um so Vermögensteuer zu sparen. Verbindlichkeiten würden, umgekehrt, ins Steuerhochland gebucht.“; „So bescheiden die Impulse des Niedrigsteuermodells vermutlich blieben, so üppig addierten sich die Kosten. Allein die Aussetzung von Gewerbesteuer- und Vermögensteuer brächte Steuerausfälle ‚von zunächst 1,3 Milliarden Mark mit jährlich steigender Tendenz‘, errechnete das Finanzressort. Eine weitere Milliarde entginge dem Fiskus durch die Absenkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer allein für die Wirtschaft. Und je mehr Betriebe, Freiberufler und Arbeitnehmer die Lücken nutzten, um so teurer würde die Aktion. Gewiß, es gibt keine Ideallösung. Auch Investitionszulagen werden sicherlich zu einem erheblichen Teil ungerechtfertigt in Anspruch genommen. Die teure neue Maschine steht zwar in Halle in den Büchern, aber tatsächlich in Dortmund in der Halle. Doch die Staatszulagen und -zuschüsse bekommt nur, wer zumindest irgendwas und irgendwo investiert. Die generelle Steuersenkung aber begünstigt immer auch den, der nichts investiert – der nur kassiert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501982.html>

Bürgerrechte: Radikaler Ansatz (17.12.1990)**Mit einem sogenannten Maßnahmen-gesetz will die Koalition neue Großprojekte in der Ex-DDR durchsetzen. Verwaltungsgerichte sollen übergangen werden.**

Bürokratieabbau-Vorschlag kritisch. „In der Umweltpolitik wird es keinen ‚Qualitätssprung‘ und keinen ‚radikalen Ansatz‘ geben. Union und FDP versuchen statt dessen, mit einem Gesetzestrick unbequeme Bürgerproteste und sogar die Verwaltungsgerichte auszuschalten, wenn sie darangehen, die ehemalige DDR auf West-Standard zu bringen.“; „Was so demokratisch aussieht – nicht graue Bürokraten, sondern gewählte Volksvertreter entscheiden über Großprojekte –, führt zu weniger Bürgerbeteiligung; ökologische Bedenken können womöglich von politischen und wirtschaftlichen Argumenten verdrängt werden.“; „Wenn bundesdeutsche Verwaltungen in der Vergangenheit Autobahnen, Flughäfen oder Kernkraftwerke planten, konnten sie das längst nicht mehr ungestört in den Amtsstuben auskugeln. In den Verfahren zur Bauleitplanung, Planfeststellung oder zur Umweltverträglichkeitsprüfung haben Bürger immer wieder die Möglichkeit, Stellung zu nehmen und Einwände vorzubringen. Zwar sollen etwa nach Stoibers Vorstellungen ‚Bürgerkomitees‘ auch im Parlament ihre Bedenken vortragen dürfen. Doch die Bürgerbeteiligung vor Ort fiele weg. Bedenklicher noch ist, daß gegen einen Parlamentsbeschuß kein

Verwaltungsgericht helfen kann. Immer wieder wurden bisher im Rechtsstreit durch die Instanzen gigantische und umweltgefährdende Projekte verhindert oder gestutzt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502600.html>

Das Klima wird eisiger (24.12.1990)

Geld ist für viele Zeitgenossen kein Problem, die Zahl der Reichen und der Super-Reichen ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Zugleich schnellte aber auch, am unteren Ende der Einkommenskala, die Schar der Bedürftigen hoch. Die Kluft zwischen reichen und armen Bundesbürgern ist breiter denn je.

Polarisierung der Einkommen (unter anderem als Folge der Politik). „Wer einmal, wie Jaspers, aus der Leistungsmaschinerie gefallen ist, wer auf staatliche Stütze angewiesen ist, der bleibt zumeist für immer draußen vor den Toren der Wohlstandsgesellschaft. Von Jahr zu Jahr schwillt das Heer der Menschen an, die sich auf den Sozialämtern der Städte drängen. Derzeit leben etwa 3,4 Millionen Deutsche ganz oder teilweise von der Sozialhilfe. Weitere drei Millionen haben so wenig zum Leben, daß sie Sozialhilfe beanspruchen könnten.“; „So stetig, wie die Zahl der Minderbemittelten in der Bundesrepublik anschwillt, so zügig wächst am anderen Ende der Einkommenskala die Zahl der Wohlhabenden. Noch nie haben so viele Deutsche soviel Geld besessen wie heute. Sie zeigen mittlerweile gern, was sie sich alles leisten. ‚Der wachsende Reichtum unserer Gesellschaft‘, klagt Professor Ernst-Ulrich Huster von der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, ‚gerät in einen immer deutlicheren Kontrast zur ebenfalls zunehmenden Armut.‘ Nur wer genau hinsieht, nimmt die Gegensätze wahr. Eher wie eine exotische Randerscheinung wirken für viele Zeitgenossen die Bettler vor den Kaufhäusern der Stadtzentren oder die Obdachlosen-Lager unter den Münchner Isarbrücken. ‚Armut ist versteckt‘, weiß Otto Fichtner, Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt. Um so augenscheinlicher tritt der Luxus zutage, der, so Huster, ‚zum Teil schon aggressive Formen angenommen hat‘: das demonstrative Austernschlabbern in den Kaufhaus-Passagen, der Kaschmirmantel für 5000 Mark, die 30 000-Mark-Rolox am Handgelenk. ‚Der Trüffelhobel‘, belehrte vor Weihnachten das Zeitmagazin seine gut verdienende Leserschaft, ‚sollte in keiner besseren Küche fehlen.‘ Wie weit inzwischen der Abstand zwischen Groß- und Kleinverdienern geworden ist, zeigt die Entwicklung der sogenannten bereinigten Lohnquote.“; „Die gewaltige Umverteilung begann vor allem in der zweiten Hälfte der Achtziger. Wohlstandszuwachs kommt seither weniger den Arbeitnehmern, sondern vielmehr den Unternehmern und Freiberuflern zugute; zugleich laufen innerhalb der Arbeitnehmerschaft die Einkommen weiter denn je auseinander.“; „Eine wachsende Schar von hochqualifizierten Arbeitnehmern – häufig mit akademischem Abschluß – hat ihre Gehälter merklich nach oben getrieben. Bei den Arbeitern, Verkäuferinnen und Büroboten sind die Einkommenszuwächse sehr bescheiden ausgefallen. Leistung sollte sich wieder lohnen. Noch vor einigen Jahren verlangten die Gewerkschaften eine prozentual stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Diese Forderung wird nicht mehr oder allenfalls halbherzig aufgestellt.“; „Zwei weitere Umstände haben dazu beigetragen, daß sich die Einkommen so gegensätzlich entwickelt haben und auch weiter entwickeln werden: die rapide Zunahme der Geldvermögen und der Segen dicker Erbschaften.“; „Anfang der achtziger Jahre begann die große Umverteilung, allerdings bei einem auf breiter Front steigenden Wohlstand. Höchstwahrscheinlich hat Meinhard Miegel, der Direktor des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft, mit seiner Behauptung recht, ein Sozialhilfeempfänger von heute lebe besser als ein Durchschnitts-Arbeitnehmer in den dreißiger Jahren. Doch Armut ist relativ, sie ist am Lebensstandard des Umfelds zu messen.“; „Nicht nur immer mehr Arbeitslose, Kranke und Behinderte müssen den Gang zum Sozialamt antreten. In zunehmendem Maße werden auch Arbeitnehmer der unteren Gehaltsgruppen an die Armutsgrenze gedrückt. Dafür sorgen vor allem die steigenden Mieten, die einen Großteil des Verdienstes wegfressen.“; „Daß es dem unteren Drittel der Gesellschaft schlechter- und dem oberen Drittel besser geht, ist nicht zuletzt eine Folge der Bonner Politik. Die Steuerreform hat die Nettoeinkommen weiter auseinandergespreizt: Um insgesamt 25 Milliarden Mark im Jahr werden die Bürger entlastet; doch mehr als die Hälfte dieses Betrags kommt dem oberen Fünftel der Steuerzahler zugute.“; „Ernst-Ulrich Huster, der an seiner Bochumer Fachhochschule Sozialarbeiter ausbildet, hat sich die Feinheiten des neuen Modells genauer angesehen: Der Staat gibt, dank der neuen Berechnung, den Armen 500 Millionen Mark weniger.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503071.html>

X. „Spiegel“-Artikel von 1994 mit anti-neoliberaler Botschaft

Sozialpolitik: Rentner und Robben (03.01.1994)

Christdemokraten entwerfen Katastrophenszenarien über die Rentenversicherung. Für die Horror-Gemälde gibt es keinen Anlaß.

Verteidigung der gesetzlichen Rentenversicherung; hohe Beschäftigung entscheidend, nicht Demografie; höheres Kindergeld und Bau von Kindergärten erscheinen nötig. „Viel Lärm um nichts. Es besteht kein Anlaß, die Finanzen der Rentenversicherung, die Sicherheit der Renten in Frage zu stellen. Die Alten, entsetzt sich Arbeitsminister Norbert Blüm, seien bisher die letzte Gruppe gewesen, die die Koalition mit ihrer Sparpolitik noch nicht in Aufregung gestürzt habe. ‚Mit Einfallsreichtum versuchen wir nun‘, klagt der Minister, ‚auch die noch gegen uns aufzubringen. Das kann der Union nicht nutzen.‘“; „Das ist immer noch zuviel, aber die Handlungsmöglichkeiten sind damit keineswegs erschöpft. Entscheidend für die Stabilität der Rentenversicherung ist nicht die Demographie, sondern das Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentnern. Die jungen Leute, so wollen es alle Parteien, sollen wieder früher ihr Erwerbsleben beginnen, die Alten länger arbeiten und mehr Frauen Beiträge zahlen. Zudem wird das Problem durch die Zuwanderung junger ausländischer Arbeitnehmer entschärft – wenn alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit finden können. ‚Niemand kann sich doch vorstellen‘, meint Norbert Blüm, ‚daß deutsches Produktionspotential brachliegt, nur weil es an Arbeitnehmern fehlt.‘ Die Arbeitsplätze würden sogleich von europäischen Arbeitnehmern oder anderen Zuwanderern besetzt. Entscheidend wird deshalb sein, ob längerfristig genug Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Gelingt das nicht, hat – meint auch Blüm – nicht nur die Rentenversicherung ein Problem: Dann nämlich fehle es dem Staat an Steuerzahlern, er könne seine Aufgaben nicht mehr bewältigen. Blüm glaubt, die Katastrophenkünder verfolgten mit ihren Szenarien einen anderen Zweck; sie zielten stärker auf das Wohlwollen der Leistungsfähigen und wollten ‚den Sozialstaat als Armenhaus‘. Parteifreund Blüm: ‚Das ist nicht mein Sozialstaat.‘ Seine wahren Absichten verbirgt auch Schäuble.“; „Soll jungen Familien wirklich geholfen werden, könnte das mit neuen Steuerfreibeträgen, einem höheren Kindergeld, Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung und dem Bau von Kindergärten geschehen. Die gesellschaftliche Aufgabe, jungen Familien die Lebensumstände zu erleichtern, müßte von allen Steuerzahlern und nicht nur von Rentenversicherten bezahlt werden.“; „Wenn der konservative Schäuble Kinderzahl und individuelle Alterssicherung unbedingt verknüpfen will, zielt er weit in die Vergangenheit – zurück ins 19. Jahrhundert. Damals, vor der Zeit kollektiver Alterssicherung, hatten viele Paare auch deswegen viele Kinder, weil sie dann im Alter auf familiäre Unterstützung zählen konnten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686916.html>

Zinsen: Auf den Abfallhaufen (07.03.1994)

Die Finanzmärkte werden immer nervöser. Schuld ist die Frankfurter Bundesbank.

Monetaristisch inspirierte Geldpolitik kritisch. „Die Gefahr für die Finanzmärkte war schon am nächsten Tag gebannt. Die für die Konjunktur besteht weiterhin, vor allem, wenn sich die Bundesbank auch in Zukunft so eisern an ihr Geldmengenkonzept hält.“; „Die Zinsen in der Bundesrepublik müssen weiter sinken, darüber sind sich die Konjunktexperten einig. ‚Und je länger das dauert‘, sagt DIW-Experte Flassbeck, ‚desto schwieriger ist es, mit den Zinsen etwas zu bewirken. Dann gibt es wirklich nur noch den Weg der staatlichen Defizite. Aber wer will das hier und heute?‘“; „Fehlgeleitet durch ihr Geldmengenkonzept, das Inflationsgefahren signalisierte, wo gar keine waren, habe die Bundesbank in den vergangenen Jahren viel zu kleine Trippelschritte bei der Senkung der Leitzinsen Diskont- und Lombardsatz gemacht (siehe Grafik). Flassbeck-Kollege Pohl: ‚Wenn wir 1992 mit den Zinsen runtergegangen wären, hätte das schneller zu einer Erholung der Investitionstätigkeit geführt.‘ Vor übertriebener Inflationsangst warnt auch DB-Forscher Beckmann.“; „Wenn die Bundesbank die Konjunktur durch zu hohe Zinsen weiter schwäche, dann sei das auch eine Gefahr für den Kapitalimport. ‚Deswegen eine Hochzinspolitik zu betreiben‘, sagt Flassbeck, ‚ist völlig absurd, denn das schwächt die inneren Kräfte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685494.html>

Beschäftigung: Viel Arbeit, wenig Geld (14.03.1994)

Viele Ökonomen sehen in der US-Wirtschaft ein Vorbild für Deutschland: In den USA entstehen viel mehr neue Jobs als in Europa. Doch die meisten Beschäftigten müssen mit mieser Bezahlung zufrieden sein.

Niedriglohnbeschäftigung kritisch – USA kein Vorbild für Europa. „In der führenden Industrienation der Welt ist die Zahl der Armen seit 1989 um mehr als 5 Millionen Menschen gewachsen. Heute leben etwa 37 Millionen Amerikaner unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, das ist der höchste Stand seit 1962. Um im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen zu können, hat sich die amerikanische Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren radikal verändert. Wie Gene McDowell müssen Millionen von Amerikanern als Folge dieses Strukturwandels drastische Einkommensverluste hinnehmen. Massenentlassungen, Werkschließungen, Produktionskürzungen, billige Importe und die Verlagerung von Fabriken in Niedriglohnländer haben die Gewerkschaften geschwächt und Druck auf die US-Löhne ausgeübt. Ist eine ähnliche Entwicklung in Deutschland und den anderen westlichen Industrieländern unausweichlich? Kann die Arbeitslosigkeit, die auch bei einem Wirtschaftsaufschwung kaum nennenswert sinken wird,

nur mit niedrigeren Löhnen und einer Öffnung des Tarifsystems bekämpft werden? Auf einem sogenannten Job-Gipfel beraten Minister der sieben führenden Wirtschaftsmächte diese Woche darüber in Detroit. Die Teilnehmer können die Folgen des amerikanischen Kurses vor Ort beobachten. Nicht nur die Armut hat sich weiter ausgebreitet, die große Mehrheit der Amerikaner verdient heute real nur gerade soviel wie vor 20 Jahren.“; „Die erfolgreiche Job-Maschine Amerika hat seit 1972 über 34 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, die bevölkerungsstärkere europäische Wirtschaft brachte es in der gleichen Zeit auf nur etwa 10 Millionen. Doch die große Mehrheit der neuen US-Jobs entstand dort, wo am schlechtesten bezahlt wird: im Einzelhandel und in der Gastronomie. Zusammen stellen diese Branchen über 45 Prozent der amerikanischen Arbeitsplätze. Daß diese Entwicklung für Europa Vorbild sein kann, findet Jared Bernstein vom Economic Policy Institute in Washington nicht. „Arbeitsplätze werden doch geschaffen, um den Wohlstand zu steigern“, sagt der Kritiker der amerikanischen Wirtschaftspolitik.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688731.html>

Finanzmärkte: Der GAU ist möglich (21.03.1994)

Rund um den Globus jonglieren Banken und Großanleger mit Tausenden von Milliarden. Immer raffiniertere Finanzinnovationen heizen das Geschäft an. Gewaltige Gewinne locken, die Risiken werden verdrängt: Die neue Spekulationswelle kann die Finanzmärkte ins Chaos stürzen.

„Freie“ Finanzmärkte erscheinen in erster Linie als Risiko für die Weltwirtschaft. „182,8 Prozent des Betrages, der in ihren Bilanzen ausgewiesen ist, setzen die Großbanken noch einmal, sozusagen heimlich, mit Derivaten um (siehe Grafik). Und der Markt wächst weiter. Die letzten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, davon ist Alexandre Lamfalussy, Präsident des Europäischen Währungsinstituts, überzeugt, gingen ‚als Zeit der finanziellen Revolution‘ in die Geschichte ein. Revolutionen sind freilich nicht ohne Risiko. Die Kreditrisiken aus Derivaten, warnt der für die Bankenaufsicht zuständige Direktor der Bank von England, Brian Quinn, könnten ähnliche Probleme schaffen wie die Schuldenberge der Entwicklungsländer vor einigen Jahren. Kettenreaktionen wie beim weltweiten Börsencrash 1987 fürchtet der Präsident der New York Federal Reserve Bank, William McDonough. Weil die Banken das riskante Geschäft immer weiter ausbauen, wächst die Gefahr, daß die Pleite eines Geldhauses viele andere mitreißt. „Dann schwappt das Risiko auf die Börsen, von dort auf die Wechselkurse und damit in die reale Welt“, sorgt sich auch Horst Köhler, der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes. Köhler: ‚Der GAU ist durchaus möglich.‘ Die ‚vermutlich größte aktuelle Bedrohung des globalen und immer enger verflochtenen Weltfinanzsystems‘ (Handelsblatt) hat allerdings auch viele Vorteile. Derivate, so Kopper, ‚machen die Kapitalmärkte der Welt austauschbar, machen aus langen kurze und aus kurzen lange Kreditlinien. Sie schaffen, wovon wir früher nur träumen konnten‘.“; „Aus einem ursprünglich zur Absicherung entwickelten Instrumentarium wird mit einem Schlag ein höchst riskantes Spekulationsmedium.“; „Durch den massenhaften Einsatz von Derivaten, so die Analyse der Frankfurter Notenbank, hätten sich die Finanzmärkte verändert: Sie seien noch enger verflochten und krisenanfälliger geworden.“; „Das heißt: Bricht eine größere Spekulation zusammen, kann es zu einer Kettenreaktion kommen. Das gesamte Finanzsystem gerät in Gefahr. Das Mindeste, das dann passiert, ist, daß die Zentralbanken gewaltige Geldmengen in den Bankenapparat pumpen müssen, ob sie wollen oder nicht. Die Notenbanken der großen Industrieländer, fürchtet Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, könnten ‚bei gravierenden Schieflagen im Finanzsektor zum Gefangenen der Märkte werden‘. Neben den unmittelbaren Ausfällen, warnt der Internationale Währungsfonds, würde die Stabilitätspolitik vieler Jahre kaputtgemacht, würde die Geld-, Fiskal- und Wechselkurspolitik eines Landes konterkariert und ‚der Spielraum für die ökonomische Erholung eingeschränkt‘. Schon Gerüchte über angebliche Schwierigkeiten eines Kreditunternehmens, so William McDonough, Präsident der New Yorker Notenbank, könnten rasch zu einer handfesten Krise führen.“; „Auf einen drastischen Preisverfall müssen die Optionshändler dann mit Verkäufen reagieren – was den Verfall der Preise noch beschleunigt. Die Krise füttert die Krise. Unterschätzt oder sogar durch Mängel in der Betriebsorganisation noch nicht genügend erkannt“ hätten die Bankführungen diese enormen Bedrohungen, fürchtet der Frankfurter Währungshüter Tietmeyer. Der Wettbewerbsdruck, ergänzt Euro-Notenbanker Lamfalussy, fördere ‚aggressive Wachstumsziele‘ und ‚eine hohe Risikotoleranz‘.“; „So wächst nicht nur beim Weltwährungsfonds ‚die Sorge, ob die Notenbanken bei Schwierigkeiten eine Bedrohung des Finanzsystems noch abwenden können‘. ‚Kein Problem‘, sagt dagegen ein versierter Börsenhändler – ‚solange alle die Nerven behalten‘. Auch größere Ausfälle seien ‚technisch problemlos‘ zu handhaben. Voraussetzung: ‚Die Börsen arbeiten auch am Tag nach dem Crash normal weiter, Kauf und Verkauf sind möglich.‘ Wenn, wie beim Börsencrash 1987 in London, Händler ihre Telefone aushängen und Geldhäuser ihre Online-Netze ausschalten, dann können Gewinne und Verluste nicht mehr gegeneinander aufgerechnet werden, das Minus kann sich ungebremsst entfalten. Dann, sagt ein Bundesbank-Direktor, ‚ist leicht vorstellbar, daß alles durchbrennt‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688894.html>

Hochschulen: Ganz guter Standard (25.04.1994)

Das Realeinkommen vieler Studenten sinkt weiter. Bonn hilft nur halbherzig.

„Das halbherzige Entgegenkommen des Kanzlers täuscht viele Studenten nicht darüber hinweg, daß ihre Realeinkommen, wie schon seit Jahren, weiter sinken. Dabei kommen überhaupt nur noch 28 Prozent der Studenten – 1982 waren es noch 37 Prozent – in den Genuß der staatlichen Fördermittel. Gerade ein Drittel der Geförderten bezieht den Höchstsatz, für den Lebensunterhalt braucht ein Student nach Berechnungen des Deutschen Studentenwerks (DSW)

jedoch über 1100 Mark pro Monat. ‚An den Universitäten gibt es wieder einen sozialen Numerus clausus‘, kritisiert Thomas Maas vom Dachverband Freier Zusammenschluß von StudentInnenschaften.“; „Auch der Berliner Germanistikprofessor Gerhard Bauer widerspricht dem Klischee vom ewigen Studenten, der sich auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes Leben macht: ‚Das trifft lediglich in den raren Fällen zu, in denen betuchte Eltern ihre Sprößlinge von der Steuer absetzen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689568.html>

Unternehmen: Einfach mehr Geld (23.05.1994)

Bonn drängt die Stahlkonzerne zum Einstieg bei Eko. Die pokern um Milliarden aus den öffentlichen Kassen.

Unsinnige Mitbestimmungskritik. „Der FDP-Treuhand-Beauftragte Paul K. Friedhoff jubelte sogleich, damit sei der Beweis erbracht, daß ‚die deutsche Montanmitbestimmung im Wettbewerb um internationales Kapital abschreckend wirkt‘. Obwohl hektisch auf der Suche nach Schuldigen und Mitschuldigen am Eko-Debakel, mochten nicht einmal die Treuhand-Manager solchen Unsinn übernehmen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684758.html>

TANZ UMS GOLDENE SELBST (30.05.1994)

Wandeln sich die Deutschen von einer Solidargemeinschaft zu einer Gesellschaft von Egoisten? Politiker, Soziologen und Psychologen beobachten einen Verfall des Gemeinsinns und die ungenierte Hinwendung zur Bedürfnisbefriedigung um fast jeden Preis: „Erfülle deine Wünsche. Egal, wer darunter zu leiden hat.“

Übersteigter Individualismus kritisch (mit einer neoliberal anmutenden Passage zu Interessengruppen). „Sie gehören zu der wachsenden Zahl von Deutschen, die mit Begriffen wie ‚Bürgersinn‘ oder ‚Gemeinwohl‘ nichts mehr anfangen können; sie bekennen sich dazu, und sie verändern das psychosoziale Gefüge der Republik: Zwölf Jahre nach der von Kanzler Kohl angekündigten geistig-moralischen Erneuerung wandeln sich die zwei Wohlstandsdrittel der Bundesbürger zur Ego-Gesellschaft.“; „Genormte Biographien werden abgelöst durch hochindividuelle Lebensgestaltungen, in denen Solidarität mit anderen allenfalls eine Nebenrolle spielt. Eine ‚Bringschuld aller Bürger für die Gesellschaft‘, wie sie die stellvertretende CSU-Vorsitzende Monika Hohlmeier beschwört, empfindet kaum noch jemand.“; „Ratgeber zur Umgehung der Abgabepflicht (‚Tausend ganz legale Steuertricks‘) stehen auf Bestsellerlisten ganz oben. Jahr für Jahr steigt die Zahl der Fälle von Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug, von Bereicherung im Amt, Schwarzarbeit und Mißbrauch staatlicher Sozialsysteme. Selbstsucht, so scheint es, ist kein Grund mehr, sich zu schämen. ‚Die Kunst, ein Egoist zu sein‘ heißt ein Buch, das sich bestens verkauft. Ego, eine neue deutsche Männerzeitschrift, hängt ab Juni am Kiosk. Bewundert wird, wer sich nimmt, was er braucht. Der Tennis-Veteran Boris Becker drückt sich vor dem Wehrdienst, siedelt samt Steuern nach Monaco um und bleibt trotzdem der Liebling der Nation. Auch ein Normalmensch wie der Gelegenheitsarbeiter Arno Funke, alias Dagobert, kann zum Star werden, wenn er sich auf listige Weise selbst bedienen will: kein Robin Hood, sondern ein Kleinbürger, der eben auch mal so richtig ‚in Talern schwimmen‘ will. ‚Den Tanz ums goldene Selbst‘ nennt der Münchner Soziologie-Professor Ulrich Beck diese radikale Ich-Bezogenheit.“; „Sicher, egoistisch war der Mensch schon immer – doch die Konzentration aufs Ich hat sich vom Makel zu einem kategorischen Imperativ entwickelt, der sogar von Therapeuten verordnet wird. ‚Selbstbehauptung und Autonomie sind zur wichtigsten Maxime unserer Gesellschaft geworden‘, sagt die Berliner Psychologie-Professorin Eva Jaeggi. Wer sich nicht an sich selbst festhalten könne, der gehe auf Dauer unter. Im Gegensatz ist Solidarität, das Zauberwort der siebziger Jahre, zu einer Floskel verkommen, die nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme nicht einmal mehr im linken Lager kämpferische Anhänger findet. Und schon gar nicht unter Jugendlichen.“; „Das erste Gebot der jungen Generation formulierte der Kölner Werbe-Experte Willi Schalk jüngst bei einem Vortrag über die Konsumtrends der Zukunft: ‚Nimm deine eigenen Bedürfnisse wichtiger als alles andere, und erfülle deine Wünsche konsequent. Egal, wer darunter zu leiden hat. Hauptsache, du entbehrst nichts.‘ Greif zu, wickel es aus, schieb es in den Mund und erfahre das Glück: ‚Ich & mein Magnum‘. So wirbt Langnese jetzt für ein Speiseeis. Wo soll der Mensch noch lernen, daß Selbstlosigkeit zählt? Gerade auf die jüngsten Staatsbürger wirkt die Bonner Administration kaum wie ein Anwalt des Gemeinwohls, sondern bestenfalls wie ein Schiedsrichter, der darüber entscheidet, welche Gruppenegoisten sich am besten politisch vermarkten lassen. Immer härter und unnachgiebiger beharken sich Lobbyisten, Verbände und Politiker. Ob um den Solidarpakt, die Steuerreform oder die Pflegeversicherung gestritten wird – die demokratische Gesellschaft zerfällt in egoistische Gruppen und Grüppchen: Ost gegen West, Arm gegen Reich, jeder gegen jeden und jeder nur für sich.“; „Denke man das Marktmodell der Moderne zu Ende, sagt Soziologe Beck, lande man bei einer Welt ohne Ehe und Familie: ‚Jeder muß selbständig, frei für die Erfordernisse des Marktes sein, um seine ökonomische Existenz zu sichern. Die durchgesetzte Marktgesellschaft ist auch eine kinderlose Gesellschaft.‘ Je schneller und steiler die Karrieresprünge der Paternosterfahrer werden, desto wichtiger wird der Beruf für die Struktur des täglichen Lebens. Er wird zu einer Konstanten, die nicht nur das Überleben sichert, sondern auch identitätsstiftend wirkt.“; „Der Kult ums Ich, den der amerikanische Historiker Christopher Lasch vor anderthalb Jahrzehnten als zivilisatorische Tendenz benannte, hat sich inzwischen zu einer alle Lebensbereiche durchdringenden kollektiven Besessenheit gewandelt.“; „Weil sie gesellschaftliche Zusammenhänge nicht mehr durchschauen und empfinden können, fühlen sich immer mehr Menschen auf sich selbst zurückgeworfen und begreifen nahezu jedes Problem, von Liebeskummer über Arbeitslosigkeit bis zu Fettleibigkeit, als individuelles Versagen. Die persönliche Krise, die vor 20 Jahren noch als Ausnahme oder

vorübergehendes Problem sinnsuchender Männer in der Lebensmitte galt, ist zum Massenphänomen geworden.“; „Zu den Verlierern dieser Gesellschaft gehören jene, die den verschärften Anforderungen durch immer mehr und immer vielfältigere Lebensmodelle und Handlungsmuster nicht gewachsen sind.“; „Der Münchner Sozialpsychologe Heiner Keupp: ‚Wem diese Gesellschaft keine reelle Chance zur Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit bietet, wer die Erfahrung macht, daß es, er oder sie nicht gebraucht werden, und sich so als gesellschaftliche ‚Null-Ware‘ erfahren muß, wird diese permanent zugemutete Selbstentwertung gegen eine Gesellschaft richten, die ihm dieses antut. Das würde auf die bekannte Formel hinauslaufen: ‚Macht kaputt, was euch kaputtmacht.‘ Nicht nur die Absteiger müssen den Preis der gesellschaftlichen Veränderung bezahlen. Viele Möchtegern-Individualisten gehen den Verheißungen einer von Werbebotschaften vorgetäuschten Einzigartigkeit auf den Leim. Während immer mehr Menschen glauben, besondere Dinge zu tun, wenn sie das besondere Shampoo benutzen oder die ganz andere Zigarette rauchen, machen faktisch immer mehr das gleiche: Sie fahren zum Spaß-Urlaub nach Fuerteventura, sie legen sich beim Psychiater auf die Couch, und abends schauen sie sich im Kino einen der Hollywood-Filme an, die sich auch die Menschen in Rio oder London ansehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690318.html>

Arbeitsplätze: Warten und Weinen (04.07.1994)

Die ostdeutschen Beschäftigungsgesellschaften sollten eine Brücke in den normalen Arbeitsmarkt sein. Doch das anspruchsvolle Konzept ist gescheitert, weil es neue und dauerhafte Arbeitsplätze kaum gibt. Die Gesellschaften, befürchten die Betreiber, werden zu reinen Auffanglagern für Langzeitarbeitslose verkommen.

Keine Alternative zu ABM. „Damals waren wir sicher, daß die Beschäftigungsgesellschaften bald wieder überflüssig sind“, meint Wolfgang Kowol, Prokurist bei der EGN. Neue Unternehmen, so war es gedacht, würden sich ansiedeln und genügend dauerhafte Arbeitsplätze für die Ansässigen schaffen. Die EGN hätte ihre Funktion erfüllt, den Menschen eine Brücke in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu sein. Von Auflösen redet niemand mehr. Die EGN ist heute größter Arbeitgeber der Region. Den ersten Arbeitsmarkt, der alles regeln sollte, gibt es nicht. Die alte Industrie ist weggebrochen, die Hoffnung, daß der Aufschwung neue Jobs bringt, zerstoßen. ‚Hier ist ein halbes Volk arbeitslos‘, sagt EGN-Geschäftsführer Fiedler. Vielerorts gehören die öffentlich finanzierten Gesellschaften und Vereine zu den wichtigsten Arbeitgebern. In schwächlichen Regionen sind sie gar die einzigen Firmen, die überhaupt Jobs in nennenswerter Zahl anbieten. Ein Zustand, der sich in den nächsten Jahren kaum bessern wird. Rund 400 Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften waren nach der Wende entstanden, um die Massen gekündigter Ostler für den kommenden Aufschwung ‚frisch‘ zu halten. Die meisten Firmen sind, wie die EGN, kommunale Gesellschaften. Daneben operieren die sogenannten ABS (Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung), sie wurden einst mit Beteiligung von Treuhandanstalt, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Ländern gebildet, um die Beschäftigten aus den Treuhand-Firmen aufzunehmen. Ganze Landstriche existieren von den Mitteln, die die Beschäftigungsgesellschaften ansaugen. Nicht wenige Kommunen entwickeln, mangels eigener Finanzkraft, mit Hilfe der ABM-Trupps ihre Infrastruktur, private Betriebe profitieren von Aufträgen, die für sie dabei abfallen.“; „Und wo ist die Zukunft? Natürlich, betont EGN-Geschäftsführer Fiedler matt, seien sie unermüdlich damit befaßt, dauerhafte Arbeitsplätze zu finden. Mit ihren Projekten versuchten sie, die Stärken der Region zu fördern. Aber wo, fragt Fiedler frustriert, solle er denn Arbeitsplätze aufbauen, wenn da kein Markt mehr sei? 120 EGNler, mehr nicht, hätten seit 1992 eine dauerhafte Stelle gefunden. Nur widerwillig läßt sich der Beschäftigungs-Manager auf die Wahrheit ein: Der Traum vom sanften Übergleiten in den Arbeitsmarkt ist aus. Die Sortierung nach westdeutschem Muster hat begonnen – wer Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatte, ist längst weg; für die vielen Übriggebliebenen nimmt die Wahrscheinlichkeit, je wieder einen dauerhaften Arbeitsplatz zu finden, von Monat zu Monat ab.“; „Niemand kann sagen, ob die spärlichen Keime, die die Beschäftigungsgesellschaften setzen, jemals aufgehen. ‚Wir können nur versuchen, mit Kärnerarbeit vor Ort kleine Effekte auszulösen‘, sagt TGS-Manager Spies. Jeder Arbeitsplatz zählt; 3500 Leute aus den Beschäftigungsgesellschaften der Rostocker TGS haben in den vergangenen drei Jahren eine feste Stelle gefunden, zehn Existenzgründungen wurden angeschubst. Hoffnung zu vermitteln ist Teil des Geschäfts. Alternativen gibt es nicht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691098.html>

Armut: Moment des Plötzlichen (18.07.1994)

Rund 5000 Deutsche, vor allem Alte und Gebrechliche, beziehen Sozialhilfe im Ausland. Viele wehren sich gegen Kürzungen.

Einschränkungen bei der Sozialhilfe erscheinen ungerechtfertigt. „Letztes Jahr ist ein einschlägiges Gesetz geändert worden. Seither geht die Chance, daß verarmte Exil-Deutsche Unterstützung bekommen, ‚auf Null zurück‘, wie ein Konsulatsbeamter sagt. Im Solidarpakt, dem großen Sparpaket des letzten Jahres, wurde die Hilfe für Landsleute im Ausland gekappt. Nur die Nutznießer einer Übergangslösung und die deutschstämmigen Bewohner des Reichsgebiets von 1937 kriegen jetzt regelmäßig Stütze; damit soll vor allem verhindert werden, daß sich bis zu 350 000 Aussiedler aus Polen in die Bundesrepublik aufmachen und einreisen. Das paßt nicht so ganz in eine Zeit, in der sich dank EU-Freizügigkeit mehr und mehr Deutsche im Ausland ein Häuschen kaufen. Und es spart auch nicht viel. Gerade 20 Millionen Mark kostet die Sozialhilfe für die rund 5000 bedürftigen Deutschen im Ausland, so die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeträger. Die Sozialhilfe im Inland dagegen summierte sich 1992 auf mehr als

42 Milliarden Mark. Die Gesetzesänderung sollte auch den Neid vieler Inländer dämpfen, die sich über die mutmaßlich faul auf Tahiti und anderswo liegenden Kostgänger beschwerten. Politiker wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael von Schmude fühlten sich daher aufgerufen, gegen ‚Sozialmißbrauch schärfstens vorzugehen‘, der ‚insbesondere in Ländern mit klimatisch ansprechenden Verhältnissen‘ blühe. Dabei haben viele der im Ausland lebenden Sozialhilfeempfänger die Hilfen nicht aus Jux beantragt. Etwa die 35 Jahre alte Tochter deutscher Eltern, die in Chile geboren wurde und seit einem Unfall querschnittsgelähmt ist. Oder die 13 Jahre alte Tochter eines Deutschen, die dank Sozialhilfe in Bombay zur Schule gehen kann. Oder die 102 Jahre alte Dame, die, geistig nicht mehr ganz auf der Höhe, ihre letzten Tage in einem Pflegeheim bei Zürich verbringt. ‚Das sind keine Dolce-vita-Typen‘, sagt Gerhard Vigener, Chef der für Auslandsempfänger zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeträger. Bei den meisten ist auch die Heimführung, das neue Bonner Allheilmittel gegen Mißbrauch, nicht möglich oder nicht angebracht. Die meisten Sozialhilfeempfänger sind Senioren.“; „In München hat Frau von Bodien zwar noch Freunde. Doch dort einen Altenheimplatz zu finden – den das Sozialamt zahlen würde, auch wenn er doppelt soviel kostet wie der in Spanien – sei aussichtslos: ‚Wegen der Altersgrenze, hat man mir gesagt. Die nehmen niemanden mehr in meinem Alter.‘ Pech hat allerdings auch, wer noch nicht reif ist fürs Altersheim. Denn an billigen Wohnungen mangelt es in Deutschland. Walter Volkmer, 53, hat in Frankfurt vorgefühlt und beim Sozialamt erfahren, daß für ihn nur das Obdachlosenasyl in Frage käme.“; „Sozialhilfe erhalten neuerdings Deutsche im Ausland nur noch in ‚besonderen Notfällen‘. Und der liegt etwa bei Kranken merkwürdigerweise nur vor, wenn baldige Genesung bevorsteht. Chronisch Kranke kriegen eh nichts, entschied das Niedersächsische Obergericht Lüneburg im Fall des Ex-Bankers John: Ein ‚Dauerleiden‘ sei allerhöchstens ein ‚normaler‘, kein ‚besonderer‘ Notfall. Denn dieser erfordere ‚ein zeitliches Moment des Plötzlichen‘, überraschendes Auftreten und alsbaldige Gesundung. Ein Gehirnschlag mit halbseitiger Lähmung, Diabetes, selbst eine Amputation von Gliedmaßen – all das reicht nicht aus: ‚Beide Beine ab – das ist kein Notfall‘, sagt der Fachbeamte beim Generalkonsulat in Barcelona.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691375.html>

Blanke Theorie (25.07.1994)

Von Didzoleit, Winfried

Interventionen nötig. „Vorschriften müßten her, Tempo und Spritverbrauch gesetzlich begrenzt werden. Ohne dirigistische Eingriffe ist der CO₂-Ausstoß nicht zu verringern, das ist richtig. Härtere Regeln (zum Beispiel ein Grenzwert für den Kohlendioxid-Ausstoß pro Kilometer) gehören genauso dazu wie eine Energiesteuer oder Geschwindigkeitsbegrenzungen für Laster und Flitzer. Eine solche Politik würde nicht mehr versuchen, den dramatisch zunehmenden Transport von Personen und Sachen umweltverträglich zu machen, sie würde die Verkehrslawine bremsen. Ein Großteil der Fahrten unterbliebe, weil sie zu teuer wären. Zulieferteile würden wieder am Ort fabriziert, die Besuche bei entfernt wohnenden Freunden seltener. Den Preis für eine bessere Umwelt müßten alle zahlen, entweder als Verzicht auf liebgewonnene Gewohnheiten oder über teurere Produkte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683740.html>

Armut: Durchmarsch ins Elend (01.08.1994)

Millionen Deutsche leben unter der Armutsgrenze, die finanzschwachen Kommunen können bald die Sozialhilfe nicht mehr bezahlen. Politiker an der Basis fürchten eine fortschreitende Verslumung der großen Städte – besonders bedroht: das glitzernde Frankfurt am Main. Dort ist der Anteil der Armen extrem hoch.

Sozialkritisch; Bundesregierung ignoriert Armut. „Walters Arbeitstag ist lang – weil Walter arbeitslos ist. Dreimal wegrationalisiert und deshalb seit Jahren schon ‚einkommensschwach‘, wie die neudeutsche Vokabel für Armut heißt. Doch Dauerarbeitslosigkeit ist oft anstrengender als Arbeit. Der frühere Eisenbieger, Gärtner und Hausmeister ist ständig unterwegs, um Arbeit zu finden, ein Essen oder eine neue Hose und Schuhe, die er sich leisten kann. Da sei ‚schnell ein 16-Stunden-Tag beisammen‘. So kommt es, daß er Frankfurt in- und auswendig kennt, jeden Winkel, jede Neuerung. Walter wäre der ideale Fremdenführer. Doch seine Stadt ist ein anderes Frankfurt als das der Glitzerfassaden und der Apfelweinseligkeit. Sein Frankfurt besteht aus Armenküchen, von denen es mittlerweile mehrere hundert gibt, aus Ärzten, die ihn gelegentlich kostenlos behandeln, aus Kleiderkammern und Wühltischen. Die Armen stellen in Frankfurt (650 000 Einwohner) bereits ‚die größte homogene Gruppe in der Bevölkerung‘, sagt Sozialarbeiter Jochen Meurers – ‚rund ein Drittel aller Einwohner‘. Walter: ‚Wir sind viel mehr, als ihr glaubt.‘ Armut ist im besten Sozialstaat, den die Deutschen je hatten, weiter verbreitet, als die Bundesregierung wahrhaben will: Über sieben Millionen Bundesbürger leben am Rand des Existenzminimums, sagen Experten von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden; ‚viel zu hoch‘ gegriffen, kontert Familienministerin Hannelore Rönsch (CDU).“; „Die Stadtgesellschaft verfällt immer mehr“, fürchtet der langjährige Münchner Stadtregent Georg Kronawitter, vielerorts bildeten sich ‚Slums für die Armen‘. Frankfurt, der Palast des Geldes, ist zugleich die größte Elendshütte der Republik. In den vergangenen Jahren stürzten große Teile der Bevölkerung so schnell in die Armut ab, daß Sozialbehörden und Hilfsorganisationen den Überblick verloren haben.“; „Die Bürokratie ist gnadenlos mit den Ehrlichen. Wer arbeiten will, bekommt mit viel Glück ab und an einen Gelegenheitsjob. Wenn einer seinen Lohn aber, wie vorgeschrieben, bei der Behörde angibt, wird ihm die Sozialhilfe nicht etwa gekürzt, sondern erst einmal ganz gestrichen. Die Systematik stammt noch aus Zeiten der Vollbeschäftigung. Damals gingen die Beamten davon aus, daß einer, der ein bißchen verdienen kann, auch einen Job bekommt. Also schweigt jeder über seine Nebeneinnahmen und taucht, wenn er

erwischt wird, in der Statistik als Sozialbetrüger auf. Fritz, 56, ist einer, der am eigenen Leib immer wieder erfährt, daß es ohne Betrug eigentlich nicht geht. Er war Handelsvertreter und verdiente 8000 Mark im Monat. Vor vier Jahren ist er als Folge von Arbeitsplatzstreß zusammengebrochen und in die Psychiatrie eingewiesen worden.“; „Er schwört beim Mittagessen im Armenrestaurant: ‚Ich komme mit der Sozialhilfe hin.‘ Schließlich rauche und trinke er nicht. ‚Red doch keinen Unsinn‘, fährt Volker, 46, ein ehemaliger Schlosser, dazwischen, ‚dann mußt du auch erzählen, wohin deine Ehrlichkeit führt.‘ Und weil Fritz schweigt, erzählt Volker dessen Geschichte. Schon dreimal sei Fritz völlig abgemagert in die Klinik eingeliefert worden, wo Pfleger und Schwestern ihn hochpäppeln mußten. Volker: ‚Du warst doch nur noch Haut und Knochen.‘ Und: ‚Gib doch zu, daß niemand davon leben kann.‘“; „Vor zwei Jahren schon, als das Leben noch deutlich billiger war, hat der Frankfurter Sozialwissenschaftler Rainer Roth fast 200 Sozialhilfeempfängern monatelang ins Portemonnaie und in den Kühlschrank geschaut. Er hat akribisch die monatlichen Ausgaben notiert und die Mahlzeiten (überwiegend Nudeln) registriert. Ergebnis: ‚Im Schnitt aller Haushalte reicht die offizielle Sozialhilfe 19,5 Tage.‘“; „Selbst Fleisch aus Sonderangeboten, das es bei Max ohnehin nur einmal die Woche gab, ‚ist jetzt schon zu teuer.‘ Er wird, wie andere auch, zum Freibank-Metzger nach Sachsenhausen gehen müssen, wo minderwertiges Fleisch, das andere dort für ihre Hunde kaufen, billig zu haben ist.“; „Dieses ‚Da kann ich nicht mithalten‘ ist die Begründung der Armen für ihren Rückzug. Alle sagen es: Christiane, die alte Dame, die deshalb längst ihrem Karnevalsclub fernbleibt; Werner, der seinem Fußballverein ade gesagt hat; Margitta, die ihre Turngruppe meidet. Und auch Max, der frühere Straßenbahnfahrer, trifft sich nicht mehr mit seinen alten Anglerfreunden: ‚Ich schäme mich doch so.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691631.html>

Wir wählen die Waffen (12.09.1994)

**Der Schriftsteller Per Olov Enquist über Schwedens Systemwandel und den Mythos des Wohlfahrtsstaats
Von Ihlau, Olaf und Orth, Hermann**

Wohlfahrtsstaat: funktionierende Utopie. „Enquist: ... Man sollte aber nicht vergessen, daß das schwedische Modell in seiner Blütezeit zwischen 1955 und 1985 eine der wenigen politischen Utopien war, die in der Wirklichkeit funktionierte. Sie verband Freiheit, Sicherheit, Geborgenheit und Toleranz. Natürlich war dieses Modell bei jenen Kräften, die heute als Marktwirtschaftler firmieren, ungeheuer verhaßt, weil es auf der politischen Bühne einen besonderen Platz beanspruchte. Dieser Staat, die Gewerkschaften, die dank Staatsunternehmen gemischte Wirtschaft, all das war ein bißchen zu erfolgreich, wurde daher angegriffen, als egalitär und unterdrückend diffamiert. Ich habe 18 Jahre in Paris, Berlin, Los Angeles und Kopenhagen gelebt und weiß, daß wir in Schweden ungeheuer viel Freiheit haben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685861.html>

Die Stunde verpasst (26.09.1994)

Von Leggewie, Claus

Soziale Kritik (mit Seitenhieben auf sozialdemokratische Umverteilung). „Was die soziale Kluft anbetrifft, sind die Mahnworte beider Kirchen unmißverständlich – Bischofsworte zur Wahl klangen zu Adenauers Zeiten anders. Die Konservativen versagten auf ihren ureigenen Feldern: in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, in der Familienpolitik, in der Rentenpolitik. Hier versäumten sie die notwendigen Kurskorrekturen: die ökologische Steuerreform, die Förderung von Familien mit Kindern, die Regelung der Einwanderung. Die Wende-Regierung nahm kaltlächelnd die Spaltung der Gesellschaft in Kauf – gegen Schäuble muß man nicht ins Feld führen, daß er zu nationalistisch denkt, sondern daß die CDU zu wenig national handelt. Kohl nimmt hin, daß junge Leute, Frauen und ein großer Teil der Ostdeutschen, womöglich irreversibel, als Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger an den Rand und oft genug schon unter das Existenzminimum, jedenfalls in Gefühle von Sinn- und Ausweglosigkeit gedrängt worden sind.“; „Geißlers ‚neue soziale Frage‘ war eher auf der Höhe der Zeit als die sozialdemokratische Umverteilungsmaschine.“; „Mit ‚Arbeit, Arbeit, Arbeit‘ verläßt die SPD nicht den Bannkreis herkömmlicher Umverteilungspostulate. Einen neuen Begriff von Solidarität, der auch die ‚Besserverdienenden‘ und erst recht die unter 30jährigen anspricht, hat sie nicht vermittelt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686584.html>

Arbeitnehmer: Lieber die reine Lehre (03.10.1994)

Ärger auf den Baustellen: Billigarbeiter aus Portugal und Großbritannien verdrängen ihre Kollegen in Deutschland.

Lohndumping: FDP-Kurs der „reinen Lehre“ erscheint eher fragwürdig. „Die britische Regierung hat ebenfalls wenig Interesse an protektionistischen Gesetzen. Londons neoliberale Politik drängte mittlerweile gut zwei Drittel aller Bauarbeiter des Landes in die Selbständigkeit bei nur minimaler sozialer Absicherung. Bezahlter Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind jenseits des Kanals auf dem Bau nicht mehr üblich. Männer wie die beiden jungen Familienväter Mark Parkinson und Tony Kempton aus Sheffield kommen jetzt als Ein-Mann-Unternehmer zu Tausenden auf den deutschen Arbeitsmarkt. Für eine Pauschale von 30 Mark pro Stunde legen sie im Auftrag eines bayerischen Spezialunternehmens Fliesen und Steinfußböden in der ganzen Republik, häufig in 60-Stunden-Wochen.“; „Die Franzosen machen das schon nicht mehr mit. Seit Juli schert sich die Regierung Balladur nicht mehr um geltendes

europäisches Recht. Im Alleingang erließ sie ein Dekret, das französische Mindestlöhne und Arbeitsvorschriften für alle Unternehmen verbindlich macht, unabhängig von ihrer Nationalität. Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) will dagegen von den Nöten der ureigenen Klientel seiner Partei, der mittelständischen Bauunternehmer, nichts wissen und frönt lieber der reinen Lehre. Nach Kräften verhinderte sein Ministerium bislang eine europäische Regelung. So schrieb Rexrodt noch im August an den Zentralverband des Deutschen Handwerks, die Entsenderichtlinie sei ‚völlig unakzeptabel, eine Lohnnivellierung ist die falsche Antwort auf arbeitsmarktpolitische Probleme‘.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692772.html>

FDP: Brocken um die Ohren

Die Liberalen haben sich auf die Suche nach einem neuen Profil gemacht – rechts von der CDU.

Neoliberaler als „abenteuerliche Erneuerer“. „Als Protagonist einer ‚radikalliberalen‘ Partei sieht sich der Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung, Fritz Fliszar. Da nach seiner Ansicht ‚alle Parteien sozialdemokratisch geworden sind‘, müsse sich die FDP rechts von der Union einen neuen Platz suchen. Nach dem rechtsgewirkten Programm, das er vor Jahren schon unter dem Titel ‚Bürger zur Freiheit!‘ vorgelegt hat, soll der Staat in allen Bereichen ‚auf das unbedingt Notwendige‘ zurückgedrängt werden. Vor allem die Rolle des Sozialstaats soll, laut Fliszar, radikal verändert werden: Rückzug auf der ganzen Linie. ‚Alle staatlichen Sozialsicherungssysteme‘ will er ‚durch private ersetzen‘, die Wirtschaft ‚von allen staatlichen Zwängen‘ befreien – schiere Tagträumerei. ‚Es geht in diese Richtung‘, glaubt indes Fliszar, ‚wie weit ist eine andere Frage.‘ Es gibt nur wenige, die in der FDP solche abenteuerlichen Erneuerer bremsen können.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684027.html>

Zauderer Clinton (07.11.1994)

Von Birnbaum, Norman

Marktradikale Republikaner und „neue“ Demokraten kritisch; klare Bekenntnisse zur Sozialpolitik wären nötig. „Die Wirtschaftspolitik von Ronald Reagan und George Bush bedrohte Millionen Amerikaner mit Arbeitslosigkeit. Zum erstenmal mußte der Mittelstand hinnehmen, daß sein Lebensstandard sank. Die Zahl der Verarmten nahm beängstigend zu – und ihnen verhielt Clinton eine neue Form von Hilfe.“; „Politisch galt Clinton als Inbegriff der ‚Neuen Demokraten‘, die sich vom sozialdemokratischen Flügel der Partei abgesetzt hatten. Er war Gouverneur eines Staates, dessen Gesetze die gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz behinderten. Das Programm dieser Neuen Demokraten ist nichts weiter als eine moderatere Version des republikanischen Leitmotivs ‚Alle Macht den Märkten‘“; „Dennoch gelang es seinen Gegnern, ihn als Linksradikalen zu verteufeln.“; „Denn die Botschaft des texanischen Milliardärs war und ist die Botschaft des primitiven Parteiflügels der Republikaner. Ihr Credo: Die Regierung ist verschwundensüchtig und inkompetenten Parasiten ausgeliefert. Alles was not tut, ist ‚freies Unternehmertum‘. Wie Berlusconi gründete Perot eine Bürgerbewegung, die er durch seine Topmanager leiten ließ.“; „Obwohl Perot seine Bewegung noch nicht mit anderen Vermittlern apokalyptischer Ängste – etwa der christlichen Rechten – vereinigt hat, bleibt diese Option eine realistische Möglichkeit. Eine solche Gruppierung könnte 30 bis 40 Prozent der Wählerschaft erreichen. Sie wäre dann eine ernsthafte Gefahr für die liberale und säkulare Demokratie USA. Um so wichtiger ist ein Clinton-Erfolg in der Sozialpolitik. Doch gerade hier wollte der Präsident es allen recht machen: Einerseits verspricht er, das überkommene System staatlicher Subventionen zu beenden. Damit stellt er Konservative ruhig, die Sozialhilfeempfänger für arbeitsscheu halten. Seine Alternativpläne werden aber von einem Teil seiner eigenen Parteifreunde torpediert, die fürchten, daß der Staat die Unterschicht völlig fallenlassen könnte. Ähnliche Widersprüche kennzeichnen die Politik des Präsidenten auch im Bereich der Strafjustiz. Er stimmte einem Gesetz zu, das lebenslange Haftstrafen für jeden zwingend vorsieht, der dreimal wegen Gewalttaten verurteilt wurde. Das wäre in der Tat ein staatlicher Anreiz für Wirtschaftswachstum – durch den Bau von Gefängnissen.“; „Clinton pries seine Reform, die Versicherungsschutz für alle und dafür auch Beiträge der Arbeitgeber vorsah, als Effizienzsteigerung des bestehenden Gesundheitswesens sowie als Beitrag zur Kostensenkung. Er stellte es nicht dar als den minimalen Solidarpakt einer Gemeinschaft, ohne den keine zivilisierte Gesellschaft auskommt. Damit täuschte er die Öffentlichkeit, weil er fürchtete, ihr die Wahrheit nicht zumuten zu können.“; „Es tut gut, sich daran zu erinnern, daß der Kalte Krieg nicht gerade der selbstlose Ausdruck amerikanischen Demokratiestrebens war. Er war vielmehr unauflöslich verwoben mit dem sozialen Kontrakt der amerikanischen Nachkriegszeit. Der hatte Vollbeschäftigung, regelmäßige Lohnerhöhung und sozialen Frieden versprochen. Sein wichtigstes Element war die ständige Zunahme der amerikanischen Industrieproduktion und damit die Steigerung des Lebensstandards für den größten Teil der Bevölkerung. Diese Expansion hing zu einem großen Teil von den Ausgaben des Kalten Kriegs ab: beispielsweise der Unterstützung für starke, technologisch hervorragend ausgerüstete Streitkräfte, deren Waffensysteme ständig erneuert werden mußten.“; „Solange sich die soziale Krise Amerikas verschärft, solange der Lebensstandard dieses Mittelstands weiter sinkt, könnten die wohlhabenden Republikaner ihre weniger privilegierten Parteifreunde als Stoßtrupp und nützliche Idioten an der Wahlurne benutzen. Ein solches Bündnis aus kultureller Reaktion, marktwirtschaftlichem Laissez-faire und rechtem Populismus könnte für die Demokraten tödlich werden. Das wissen Clintons Parteifreunde. Die Schwierigkeit ist nur – und daran trägt der Präsident selbst Schuld –, daß sie unfähig sind, sich zu klaren Unterscheidungen zu bekennen. Sie weigern sich, einen alternativen Entwurf für eine Sozialpolitik vorzulegen, die sich von den Ideen der

Republikaner und der Perot-Anhänger deutlich abhebt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855518.html>

USA: WASHINGTONS NEUE HERREN (14.11.1994)

Nach der verheerenden Wahlniederlage der Demokraten heißt Bill Clintons neuer Gegenspieler Newt Gingrich – ein wortgewaltiger Konservativer der härtesten Art. Die Sieger träumen von einer Rückkehr zur Politik der Reagan-Ära – mit Steuersenkungen und militärischer Aufrüstung.

Unsympathischer Kämpfer gegen den Sozialstaat. „Gingrich, Clintons neuer Gegenspieler und einer der schärfsten Ideologen des verlorenen goldenen US-Zeitalters, hatte vor der Wahl über 300 republikanische Kandidaten auf einen nostalgieseligen ‚Vertrag mit Amerika‘ eingeschworen. Wie schon zu Zeiten der ‚Reagan-Revolution‘ in den achtziger Jahren planen Gingrich & Co., die Nation mit Steuersenkungen, höheren Militärausgaben, schärferen Strafgesetzen und verringerten Sozialausgaben zurück in die Zukunft zu führen. Der designierte Oppositionschef, ansonsten ein wortgewaltiger Gegner jeder Regierungseinmischung, will seine triumphal gewonnene Macht zur ‚Neuformung des amerikanischen Charakters‘ einsetzen. Den im Kongreß zur Oppositionspartei geschrumpften Demokraten, der etablierten Washingtoner Politikerkaste, den angeblich feindlichen Medien, kurz den ‚liberalen Eliten‘, droht der Moral-Marschall nicht weniger als den Umbau der USA an.“; „Die fühlten sich grob getäuscht, als Gingrich nach zwei Niederlagen 1978 scharfen Rechtskurs nahm, gegen staatliche Sozialausgaben und für konservative ‚Familienwerte‘ focht. Vor Vertrauten soll er allerdings schon wenig später Unbehagen über die eigene Familie geäußert haben. Er opferte seine Frau Jackie dem eigenen Ehrgeiz: Sie sei ‚weder jung noch schön genug, um die Frau eines Präsidenten der Vereinigten Staaten zu werden‘. Zudem habe sie Krebs, begründete er brutal seine Trennungsabsicht, die in eine häßliche Scheidung mündete. ‚Seither habe ich den gleichen Respekt vor ihm wie vor einer Schlange‘, bekennt Gingrichs ehemaliger Pressesprecher. Daß Gingrich seiner damaligen Frau die Scheidungspapiere am Tag nach ihrer Krebsoperation ins Krankenhaus brachte, bestreitet der Politiker nicht einmal selbst.“; „Über seine Konkurrenten und Gegner führt der Mann mit dem Elefantengedächtnis detaillierte Akten. Und seinen Parteifreund Bob Dole hatte er einst den ‚Steuereintreiber des Wohlfahrtsstaats‘ gescholten, weil der sich angeblich den steigenden Sozialausgaben nicht energisch genug widersetzt habe.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685042.html>

Wirklich schade um Clinton (21.11.1994)

Der Historiker Arthur Schlesinger über Amerikas Wählerzorn und das Versagen der Demokraten

Soziale Reformen wären nötig, kontra Reagan. „Schlesinger: Die Wähler waren 1992 über George Bush verärgert, heute schimpfen sie über Clinton, und 1996 werden sie wahrscheinlich schon wieder auf die Republikaner wütend sein. Der Zorn richtet sich gegen die jeweils Regierenden. Das ist fatal, denn viele Probleme, soweit sie überhaupt administrativ zu bewältigen sind, erfordern staatliches Handeln. Die Kräfte des freien Marktes werden von sich aus weder unser Bildungssystem verbessern noch unsere Umwelt schützen.“; „Doch dem Temperament nach sind Clinton und Truman sehr verschieden. Truman war ein Kämpfer. Und er hatte die Unterstützung der linksliberalen Basis: Die Gewerkschaften waren damals noch stark. SPIEGEL: Clinton ist dagegen viel anpassungswilliger . . . Schlesinger: . . . und das ist jammerschade, denn er ist ein begabter Wahlkämpfer, beredt und auf Pressekonferenzen sehr präsent. Er könnte allerhand bewirken, wenn er ein Kämpfer wäre.“; „Wohlfahrtszahlungen sind schließlich auch ein Lösegeld, das wir der Unterklasse für den Erhalt des sozialen Friedens entrichten. Wenn es etwas gibt, das in diesem Land Klassenkampf erzeugen könnte, dann die Gingrich-Lösung: alleinerziehende Mütter von der Fürsorge abschneiden und ihre Kinder in Waisenhäuser stecken. Das führt uns zurück ins England von Charles Dickens.“; „SPIEGEL: Die siegreichen Republikaner wollen zurück in die Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre. Damals wurde die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. Wird dieser Klassenkampf von oben nicht ebenfalls den Zerfall der amerikanischen Gesellschaft vorantreiben? Schlesinger: Unbedingt. Wie kann jemand noch an die Doktrin der Reagan-Jahre glauben, nach der Steuersenkungen die Staatseinnahmen letztlich erhöhen? Reagan hat die fixe Idee verbreitet, Steuern seien Teufelswerk. Das Ergebnis war eine Verdreifachung der Staatsschuld. Clinton hat es nicht geschafft, dies den Leuten auch klarzumachen.“; „In der Depression der dreißiger Jahre hat Roosevelt die gleiche Kritik an Wohlfahrtszahlungen geübt wie die Republikaner heute. Er verkündete, die Alternative dazu sei Beschäftigung. So wurde, als die Wirtschaft versagte, die Regierung zum Notstands-Arbeitgeber. Je mehr Sozialhilfe gestrichen wird, desto mehr muß für Arbeitsbeschaffung getan werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855576.html>

XI. „Spiegel“-Artikel von 1998 mit anti-neoliberaler Botschaft

GROSSBRITANNIEN: Blair verliert Anhänger (05.01.1998)

Von Dörler,

„Rabiater“ Sparkurs im Wohlfahrtsbereich. „Im vergangenen Jahr haben trotz des Erdrutschsieges in den Parlamentswahlen etwa 17 Prozent der weit über 400 000 Genossen ihre Parteibücher zurückgegeben: viele offenkundig aus Protest über den rabiateren Sparkurs der Regierung im Wohlfahrtsbereich, unter dem vor allem alleinerziehende Mütter und Behinderte leiden. Der Zorn über den Sozialabbau von New Labour brodelt nicht nur an der Basis. Der linke Europa-Parlamentarier Ken Coates forderte gar den Sturz des autoritären Regierungschefs. Coates und sein Labour-Kollege Hugh Kerr wechselten am Neujahrstag zu den Europa-Grünen, weil ‚Labour eine Politik betreibt, für die ich mich aus ganzem Herzen schäme‘ (Coates).“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809902.html>

ARBEITSMARKT: Wenn der Funke überspringt ... (02.02.1998)

Im Januar hat die Zahl der Arbeitslosen eine neue Rekordmarke erreicht. In Bonn wächst die Nervosität – und bei den Betroffenen der Zorn: Arbeitsloseninitiativen planen, nach französischem Vorbild, öffentliche Aktionen. Ist die Zeit der Ruhe vorbei?

Nutzen von Lohnzurückhaltung fraglich. „Dabei haben die Arbeitnehmer schon einige Opferbereitschaft gezeigt. Die Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre sind moderat ausgefallen, die Tarifeinkommen in Westdeutschland 1997 so mäßig gestiegen wie nie zuvor. Doch die Bescheidenheit hat bestenfalls Beschäftigung gesichert, neue Arbeitsplätze entstehen so kaum.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7810753.html>

Wahnsinn mit Methode (02.02.1998)

Von Birnbaum, Norman

Welche Motive treiben die Clinton-Verfolger an? Die angeblichen Tugendwächter wollen den Präsidenten stürzen, um seine Politik zu zerstören und den amerikanischen Sozialstaat abzuschaffen. Von Norman Birnbaum

Kritische Sicht auf Advokaten des „Frühkapitalismus“. „Die finanzstarken Hintermänner, die Paula Jones' Prozeßkosten bezahlen und die Inquisition des Sonderermittlers Kenneth Starr unterstützen, haben das Weltbild der unteren Mittelklasse in ihren Dienst gestellt. Starr wurde durch eine Clique alternder Richter und Politiker aus dem Süden in sein Amt gebracht. Ein Universitätsjob, den Starr jederzeit antreten kann, wurde großzügig von einer Stiftung finanziert, die ansonsten für die Abschaffung von Unternehmen- und Einkommensteuern kämpft und die den amerikanischen Wohlfahrtsstaat abschaffen will. Das Geld dieser Stiftung stammt von einem Sproß der Kohle- und Stahlbarone aus Pennsylvania, der rücksichtslosesten Vertreter des amerikanischen Frühkapitalismus.“; „Im Gezänk über die Intimsphäre des Präsidenten sind Politik und Anti-Politik ineinander verschmolzen. Eine Nation, welche die Sexualmoral ihrer Führer als öffentliche Angelegenheit betrachtet, nicht aber die Ungleichheit der Lebenschancen, erlebt einen Rückfall – nicht nur in Primitivität, sondern in Unterdrückung. Zur Verwunderung – und Bewunderung – einiger präsentierte der belagerte Präsident einen Bericht zur Lage der Nation, in dem er einige bedeutende Vorschläge zur Erweiterung des Sozialstaats machte. Das hat den Willen der Öffentlichkeit verstärkt, Clinton gegen seine Feinde zu verteidigen. Vielleicht hat die Nation doch noch eine Chance, erlöst zu werden und das Schmierentheater zu beenden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7811001.html>

BÖRSE: Euphorischer Nebel (16.02.1998)

Weltweit erreichen die Börsen neue Rekordmarken, doch Experten warnen davor, die Asienkrise auszublenden. Sie rechnen spätestens im Sommer mit einem Kursrutsch.

Irrationale Marktteilnehmer als Gefahr für Altersvorsorge und Konjunktur. „Wieder einmal zeigt sich, daß nüchterne Zahlen und vorsichtige Risikoanalysen das Geldgeschehen nur begrenzt steuern. Was derzeit an den Weltbörsen passiert, ist ein Fall für den Psychoanalytiker, nicht unbedingt für den Ökonomen. Mit geradezu abergläubischer Gewißheit vertrauen Millionen von Sparern darauf, daß die Kurse stetig weiter steigen. Rund 30 Prozent Jahreszuwachs erwarten Anleger laut Umfragen in den nächsten Jahren von ihrem Wertpapierdepot – obwohl der historische Durchschnitt nur bei rund 10 Prozent liegt.“; „Sollten die Kleinanleger nervös werden und panisch verkaufen, wie etwa 1987, hätte das dramatische Folgen: Schlagartig wäre ein Großteil des Vermögens, der Altersvorsorge und der Spardepots vernichtet, würde die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im ganzen Land zusammenbrechen – massive Entlassungen, Konkurse und Rezession wären unausweichlich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7828855.html>

WELTWIRTSCHAFT: Ernst der Lage (16.02.1998)

Vermiist die Asienkrise ausgerechnet im Wahljahr die deutsche Konjunktur? Finanzminister Theo Waigel will Schlimmeres verhindern.

Zweifel an Selbstheilungskräften des Marktes. „Bisher“, gesteht ein hoher Waigel-Beamter, „dachten wir: Wenn der Staat sich zurückhält, ist alles okay; der private Sektor wird es schon machen.“ Doch nun ist das Weltbild der marktgläubigen Bonner Regierung ins Wanken geraten. „Wenn der Waigel so hektisch durch Asien hopst“, urteilt SPD-Haushaltsexperte Karl Diller, „zeigt das den wahren Ernst der Lage.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7828898.html>

Die Tragödie ist das Bleibende (16.02.1998)

Von Hage, Volker und Schreiber, Mathias

Sein jüngster Reden- und Essay-Band hat den Titel „Macht der Erinnerung“: Walter Jens, der bald 75jährige Schriftsteller und Vorredner der Linken, schaut zurück und spricht über seine Schwächen, seine Ehe und den Tod.

Verteilungskritik. „SPIEGEL: Erschreckt Sie das Ausmaß der Globalisierung beim weltweiten Triumph des Kapitalismus? Jens: Ich hätte nicht geglaubt, daß es schlimmer kommt, als es das ‚Neue Deutschland‘ in den schwärzesten Farben ausgemalt hat. Ich kann die wachsende Trennung zwischen Arm und Reich nicht akzeptieren und mich nicht an die Nachrichten gewöhnen: ‚Arbeitslosenzahlen weiter gestiegen, Aktienkurse weiter gestiegen‘. Ludwig Erhard wäre heute ein Linker. SPIEGEL: Aber ist Armut hierzulande wirklich eine reale Bedrohung? Jens: Es reicht mir, wenn ich mit Menschen in der ehemaligen DDR spreche, die arbeitslos sind und mir sagen: ‚Meine Lebensversicherung sind meine Schlaftabletten.‘ SPIEGEL: Sind Sie immer noch ein Moralist? Jens: Natürlich, das ist für mich ein Ehrenbegriff. Heute wird so leichtfertig und abfällig von ‚Gutmenschen‘ geredet. Was soll das? Soll ich ein ‚Schlechtmensch‘ werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7829488.html>

MARX, GANZ MODERN (16.03.1998)

Von Meyer, Fritjof

Grundsätzliche Sympathie für Marx. „Dies war wohl doch ein ‚sozialdemokratisches Jahrhundert‘, das nächste könnte sich jener von Marx ersehnten Gesellschaftsordnung nähern, die er vier Jahre vor dem Manifest noch ‚vollendeten Humanismus‘ genannt hatte. Es geht darum, welche Schranken dem Eigentum gesetzt werden, damit seine unerhörte ökonomische Antriebskraft nicht zur Fessel wird.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7838351.html>

Das reicht mir jetzt (06.04.1998)

Von Ihlau, Olaf; Wild, Dieter; Schlamp, Hans-Jürgen

Bundespräsident Roman Herzog über den Zustand der Republik und die Frage seiner Wiederwahl

Eher kritische Fragen. „SPIEGEL: Die politische Elite – und der Bundespräsident vorneweg – fordert von den Bürgern mehr Risikobereitschaft, Flexibilität und Verzicht, hat sich selbst aber gegen soziale Risiken bestens abgesichert. Aus der Sicht der jüngeren Generation, die nur Risiken vor sich hat, klingen da manche Mahnungen hohl.“; „SPIEGEL: Sie haben die unterschiedlichsten Gruppen der deutschen Gesellschaft ermahnt und ermuntert. Nur die Unternehmer sind bislang bei Ihnen ganz gut weggekommen. Bedürfen die keiner präsidialen Schelte?“; „SPIEGEL: Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nehmen alljährlich kräftig zu, die Aktienkurse explodieren. Löhne und Renten dagegen verlieren an Kaufkraft. Geht es noch gerecht zu in diesem Deutschland?“; „SPIEGEL: Auch bei differenzierter Analyse: Wird die Kluft zwischen Arm und Reich nicht immer größer? Beinahe 50 Prozent aller Haushalte in Deutschland können sich keine Urlaubsreise leisten, knapp 20 Prozent aber machen drei- bis viermal Urlaub im Jahr.“; „SPIEGEL: Wenn der Deutsche Aktienindex auf 6000 steigt, so hoch wie noch nie zuvor, wir aber gleichzeitig fünf Millionen Arbeitslose haben – glauben Sie, die Leute verstehen das noch?“; „SPIEGEL: Wäre mehr internationale Kooperation nicht auch zum Abbau der Arbeitslosigkeit nötig und sinnvoll?“; „SPIEGEL: Was empfehlen Sie statt dessen? Das asiatische Modell des Kapitalismus pur, von dem Sie nach Ihrer Asien-Reise fasziniert zu sein schienen, ist gerade ziemlich weggebrochen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7858989.html>

SPEKULATION: Vorbild Amerika (20.04.1998)

Nach einem Wahlsieg im Herbst könnte eine rot-grüne Koalition eine neue Kursgewinnsteuer einführen – wie in den Vereinigten Staaten.

Vermeintliche Nachteile einer Spekulationssteuer infrage gestellt. „Vor allem Banker und Börsianer attackierten hierzulande die Pläne. Das Kapital reagiere auf Steuern ‚äußerst sensibel‘, sagte Rolf-Ernst Breuer von der Deutschen Bank. Die Anleger könnten ihre Ersparnisse wie schon bei der Einführung der Zinsabschlagsteuer ins Ausland schleppen, der Finanzplatz wie die gesamte Volkswirtschaft werde geschwächt. Werner Seifert von der Deutschen Börse fürchtet, die Kurse könnten wegbrechen. Die Akzeptanz der Aktie, schrieb der Börsenchef in einem Brief an den Finanzminister, werde ‚nachhaltig erschüttert‘. Doch die Befürchtungen sind möglicherweise unbegründet. Schon die bisherige Spekulationsteuer, die nur auf Kursgewinne erhoben wird, die innerhalb von sechs Monaten realisiert werden,

hat den deutschen Börsenboom nicht behindert.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7866527.html>

Abkehr vom Kapitalismus (31.08.1998)

Währung und Staatsfinanzen vor dem Zusammenbruch, die verarmten Bürger bereit zu Massenprotesten – schon hoffen die Kommunisten auf eine Rückkehr an die Macht und das Ende marktwirtschaftlicher Reformen. Boris Jelzin hat die Kontrolle verloren.

Marktwirtschaftliche Schocktherapie nicht erfolgreich; allerdings keine Gegenvorschläge. „Damals hatte Jelzin Rußland – fortan ohne seine angegliederten Kolonien – zusammengehalten und in Richtung Kapitalismus gestoßen. Ohne jegliche Kenntnisse der modernen Volkswirtschaftslehre wie praktisch alle seine Landsleute, hatte er sich durch US-Berater davon überzeugen lassen, daß nur eine Schocktherapie helfen könne. Der Monetarist Jeffrey Sachs von der Harvard-Universität empfahl, den überkommenen Staatskapitalismus durch das schiere Gegenteil zu ersetzen, die ungehemmte Konkurrenzwirtschaft. Der IWF lockte mit finanziellen Zuschüssen, drängte auf ungehinderten Freihandel und Konvertibilität des Rubel – anders als im Nachkriegsdeutschland, wo es noch zehn Jahre nach der Währungsreform keine funktionierende Börse gab und Devisen rationiert waren: Nur sachte, sachte in die Marktwirtschaft, meinte damals Ludwig Erhard, der Spekulationswellen gegen die junge D-Mark fürchtete.“; „Mit dem Geld wurde spekuliert, Firmengründer und Betriebe bekamen dagegen kaum Kredite. Anders als die Marshall-Hilfe für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg bewirkte die Finanzhilfe des Westens keinen Kickstart für die Wirtschaft.“; „Die dunklen Worte lassen erkennen, daß Rußland einen Ausweg aus der Krise suchen soll, der mit den Auflagen von IWF und Weltbank nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Denn IWF-Direktor Michel Camdessus warnte nach ernstesten Gesprächen mit Tschernomyrdin am Freitag, die nächste Kreditrate von 4,8 Milliarden Dollar werde im September nur überwiesen, wenn Rußland seine ‚Hausaufgaben‘ erledige – nämlich jene Auflagen erfülle, die Kirijenko dem IWF bereits zugesagt hatte. Da ziehen die Kommunisten nicht mit, und es fragt sich auch, ob es Rußland dienlich wäre. Der Kurswechsel führt kaum zu einer Re-Sowjetisierung, wäre aber das Ende des kapitalistischen Experiments, jedenfalls nach amerikanischem Muster. Wohin die Reise geht, enthüllt das Kompromißpapier der dreiseitigen Kommission: mehr Staatseingriffe in die Wirtschaft, mehr Geld-Emission, Devisenbewirtschaftung und Preiskontrollen sowie Abkoppeln von westlichen Investitionen und Krediten. Der russische Bär kriecht in seine Höhle zurück, und der Westen horcht bang auf jedes Fauchen und Schnauben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7969211.html>

WELTWIRTSCHAFT: Die globale Ernüchterung (07.09.1998)

Von Müller von Blumencron, Mathias

Kritische Sicht auf „Globalisierung“, Finanzmärkte, IWF, Untätigkeit der Politik erscheint unangemessen (Kapitalverkehrskontrollen allerdings ebenfalls problematisch). „Sturm auf die Banken in Rußland, Unruhen in Asien, Börsenabsturz an der Wall Street – droht eine Weltwirtschaftskrise? Politiker und Ökonomen fordern ein Ende des wilden Treibens an den Finanzmärkten: Die Spekulation müsse kontrolliert werden. Ist das Zeitalter der Globalisierung vorbei, noch ehe es richtig begann? Der freie, unregulierte Handel über alle Grenzen hinweg, so versprochen Ökonomen und Politiker, werde zu steigendem Wohlstand und zu höherem Wachstum führen. Nun macht sich Ernüchterung breit – und bisweilen auch Panik.“; „Der Siegeszug des Kapitalismus amerikanischer Prägung, der sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs scheinbar unaufhaltsam ausgebreitet hatte, ist offenbar gestoppt. Ratlosigkeit macht sich breit. Unter den Ökonomen ist ein heftiger Streit entbrannt, ob die Weltwirtschaft neuer Spielregeln bedarf – und wenn ja, welcher. Hilflos schaut die Politik dem Treiben auf den Finanzmärkten zu – und hofft, daß die eigenen Wachstumsprognosen nicht allzusehr in Mitleidenschaft gezogen werden.“; „Niemals zuvor, nicht einmal in den frühen Jahren der großen Depression, ist ein so ausgedehnter Teil der Welt so tief gestürzt. Gegen das Desaster sind die mexikanische Finanzkrise 1995, als die Landeswährung Peso innerhalb weniger Tage 40 Prozent ihres Wertes verlor, und selbst die lateinamerikanische Schuldenkrise der achtziger Jahre nur harmlose Abirrungen der Wirtschaftsgeschichte.“; „Die Weltwirtschaft steht auf der Kippe – und keiner tut etwas: Amerikas Präsident Bill Clinton scheint nach der Lewinsky-Affäre vor allem mit sich selbst beschäftigt – zur Wirtschaftspolitik äußert er sich jedenfalls kaum; in Rußland herrscht politisches Chaos. In Japan bekommt auch der neue Premier Keizo Obuchi die schwere Bankenkrise nicht in den Griff. Obwohl Experten die faulen Kredite der Geldinstitute mittlerweile auf eine Billion Dollar schätzen, verweigert die Opposition, im Oberhaus in der Mehrheit, die Zustimmung für eine Sanierung mit Steuergeldern. Auch nach acht Jahren wirtschaftlichen Niedergangs verzetteln sich die Politiker in politischen Flügelkämpfen. Die Anleger flüchten in den Dollar.“; „Der Brite Tony Blair hat sich im Kampf gegen die Rezession im eigenen Land festgefahren. Sein deutscher Kollege Helmut Kohl, noch nie ein Experte in Wirtschaftsdingen, macht Wahlkampf.“; „Die eigentliche politische Debatte aber beginnt erst – es wird ein Streit über die Grenzen der Globalisierung. Der Abbau von Grenzen, Handelshemmnissen und Zöllen, das war bislang die Mehrheitsmeinung in Politik und Ökonomie, treibt den Welthandel voran, er läßt das Kapital dahin fließen, wo es sich am besten mehren kann – das bringt Investitionen und mehr den Wohlstand. Doch nun wird die Kehrseite der Globalisierung sichtbar: Wenn das Kapital noch schneller verschwindet, als es gekommen ist, stürzen ganze Volkswirtschaften in den Abgrund. Die enge Einbindung in die Weltwirtschaft bedeutet auch geringeren Schutz vor ökonomischen Turbulenzen.“; „Seit über einem Jahr beraten nun schon die Direktoren des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit den Regierungen in Asien, Lateinamerika und Osteuropa –

doch ihre Rezepte haben versagt. Sie haben Kredite in Höhe von 140 Milliarden Dollar bereitgestellt und nutzen das Geld als Hebel, die schlingenernden Regierungen zu drastischen Reformen zu zwingen: notleidende Banken schließen, Industrie-Konglomerate zerschlagen, Wettbewerb fördern, Staatsausgaben streichen, Steuern erhöhen. Doch obwohl etliche Länder, etwa Thailand, den Vorgaben der IWF-Oberen aus Washington folgten, hat sich deren Situation in den vergangenen Monaten nur verschlimmert. Die rigiden Sparmaßnahmen würgten Unternehmen ab, drückten die Länder nur noch tiefer in die Rezession. Statt Geld bereitzustellen, mußten es die meisten Regierungen aufgrund der Vorgaben des IWF verknapfen – eine Deflationspolitik, wie sie vor knapp 70 Jahren die westliche Welt für Jahre in die Große Depression drückte.“; „Unter Experten ist deshalb ein heftiger Streit über die Zukunft der Weltwirtschaft entbrannt. Ist die totale Globalisierung, so fragen viele, wirklich das richtige Rezept für die nächste Dekade? Ist die rasche Privatisierung die einzige Rettung für die angeschlagenen Staaten Osteuropas? Kann es für manche Staaten nicht sinnvoll sein, sich vor spekulativen Kapitalströmen zu schützen? Es sind vor allem die Auswüchse des Kasino-Kapitalismus, die den Skeptikern einer allzu freien Wirtschaftsweise immer mehr Anhänger beschert. Der Spekulant George Soros, der sein Vermögen in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar kühler Zockerei auf den Weltmärkten verdankt, fordert, mehr ‚Sand ins Marktgetriebe zu streuen‘. Weltbankchef James Wolfensohn glaubt, daß die Deregulierung in einigen Fällen zu weit gegangen ist. Hongkongs Regierung, einst asiatisches Vorbild im ‚laissez faire‘, wagt bereits den Eingriff ins freie Spiel der Kräfte: Um die Angriffe von Spekulanten abzuwehren, kauften die Währungshüter der einstigen Kronkolonie an der Börse für rund zehn Milliarden US-Dollar Aktien. ‚Die Globalisierung darf sich nicht nur nach den Standards der Wall Street richten, wonach gut ist, was amerikanische Aktienkurse beflügelt‘, sagt der japanische Wirtschaftsprofessor Mototada Kitsukawa. Dem ‚ungezügelt Treiben der Hedge-Fonds‘, den Finanzreservoirs der aggressivsten Spekulanten, müsse endlich Einhalt geboten werden. Auch Oskar Lafontaine, designerter Finanzminister im Kabinett des SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder, sieht sich in seiner Globalisierungsskepsis bestätigt, nun fordert er ‚stabile Kurse für den Dollar, Yen und Euro‘. Sein Parteifreund Helmut Schmidt wettete in der ‚Zeit‘ gegen den ‚globalen Irrsinn‘ der Spekulation auf den Währungsmärkten. Tatsächlich ist die Weltökonomie in den vergangenen Jahren mehr und mehr zum Spielfeld von Profi-Zockern geworden. Blitzschnell und per Computer tauschen sie Milliardenbeträge in fremden Währungen um, nur ein Bruchteil davon ist tatsächlich durch eine wirtschaftliche Transaktion begründet, also etwa den Export einer Maschine. Der Rest ist Spielgeld. Längst bremst professionelle Spekulation nicht mehr die Ausschläge der Weltbörsen, wie es Volkswirtschaftler in Lehrbüchern schreiben, sie treibt vielmehr die Schwungräder nur noch schneller an. An den Weltbörsen sind heute rund 20 Billionen Dollar angelegt. Doch die Macht über einen Großteil des Geldes liegt in wenigen Händen.“; „Statt nüchterner Ratio bestimmt oftmals heiße Psychologie über das Geschick von Wechselkursen und Aktienwerten. Bricht irgendwo eine Krise aus, kippt die Laune von Brokern, Tradern und Moneymanagern schnell, nicht selten verwandelt sie sich in Hysterie – an den Geldmärkten bricht Panik aus.“; „Nun soll den Berufszockern, die im Auftrag von mächtigen Investmentbanken oder amerikanischen Hedge-Fonds mit Millionen von Dollar spekulieren, Einhalt geboten werden. Die Pläne rühren an ein Dogma der westlichen Wirtschaftspolitik: den freien und unkontrollierten Währungshandel. Ohne freien Währungshandel könne auf Dauer keine Handelsnation prosperieren, argumentieren Ökonomen. Die Spekulanten kämen nur zum Zug, wenn sich der Währungskurs tatsächlich von der ökonomischen Entwicklung eines Landes entfernt hat. Wann immer Zentralbanken aus politischen Gründen eine Währung gegen den Markt verteidigten, hatten sie keine Chance: So war es, als der Spekulant Soros vor sechs Jahren gegen die Bank von England wettete und am anschließenden Absturz des Pfund eine Milliarde Dollar verdiente. Und so war es, als Spekulanten im vergangenen Jahr die Bank von Thailand knackten. Die Spekulanten decken nach dieser Lesart nur Ungleichgewichte auf. Wer seine Volkswirtschaft in Ordnung hält, so die Theorie, hat nichts zu befürchten. In der Praxis aber, argumentieren die Skeptiker, haben die Spekulationswellen nicht zu einem neuen Gleichgewicht geführt, sondern zu einer verhängnisvollen Abwärtsspirale. Ausgerechnet der US-Ökonom Paul Krugman, einer der angesehensten Wirtschaftswissenschaftler der Welt, fordert deshalb die Länder Asiens auf, mit drastischen Zwangsmaßnahmen ihre Währungen zu stabilisieren. Statt weiter auf den Markt zu setzen und mit hohen Zinsen die Währung zu verteidigen, sollten die Zentralbanken radikalere Maßnahmen ergreifen. Sie sollten schlicht den Währungshandel an sich reißen – zu einem fixen Wechselkurs.“; „Doch was so simpel aussieht, ist mit gravierenden Nachteilen verbunden. Währungskontrollen erfordern eine riesige Bürokratie, sie fördern Korruption und Schwarzmarkthandel, sie dämpfen den freien Handel und schrecken ausländische Investoren ab. Fast jedes Land, das bisher Währungskontrollen einführte, hat die Nachteile irgendwann als nicht mehr tragbar empfunden. Krugman empfiehlt deshalb das System nur als eine vorübergehende Maßnahme. Wenn sich die Finanzmärkte wieder beruhigt haben, müßten auch die Währungsbeschränkungen wieder gelockert werden. Entscheidend sei, daß die Zinsen in den krisengeschüttelten Ländern auf diese Weise heruntergeholt würden, die Depressionsspirale gestoppt und ein neuer Aufschwung in Gang gesetzt würde.“; „Das Ergebnis der Kapitalkontrollen werde sein, daß Malaysia wieder auf das Niveau eines armen Entwicklungslandes zurückfallen werde, warnt der Ex-Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl (siehe Interview Seite 28). Doch Japans Finanzminister Kiichi Miyazawa zeigt Verständnis für die Devisenkontrollen und erwägt eine länderübergreifende ‚Verteidigung gegen spekulative Angriffe‘. Grundsätzlich aber müsse das Kapital frei fließen. Miyazawa weiß nur zu gut: Bei der Sanierung ihrer maroden Finanzmärkte sind die Asiaten dringend auf das Geld ausländischer Investoren angewiesen. Die meisten Ökonomen glauben deshalb, daß die Globalisierung trotz des derzeitigen Rückschlags weitergehen wird. Das Wirtschaftsmagazin ‚Business Week‘ faßt die Stimmung zusammen:

„Zwei Schritte vor, einen zurück.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7971224.html>

WELTWIRTSCHAFT: Die unbedarften Helfer (14.09.1998)

Ohne Kenntnis von Land und Leuten wollten westliche Berater den Kapitalismus in Rußland und Südostasien einpflanzen. Doch ihre Konzepte scheiterten, und mit ihren Strategien förderten sie vor allem eines – den Absturz der Krisenstaaten.

„Cool und lässig traten sie im Kreml und in den Provinzstädten auf. Von Land und Leuten kannten sie wenig, wie die Wirtschaft dagegen funktionieren sollte, wußten sie genau. ‚Sie kamen von überall her, um uns fertige Gesetze zu verkaufen‘, berichtet Wladimir Nasarjan, Vorsitzender des Rechtsausschusses des armenischen Parlaments. ‚Die brachten uns nichts Gutes‘, sagt auch Duma-Mann Medwedew. Mit westlichen Lehrbüchern unterm Arm wollten sie das Land reformieren. Nur zu gern feierten sie sich und ihre Erfolge. Einige sahen Rußland bereits auf der Siegerstraße. Der Schwede Aslund Anders etwa, der jahrelang die russische Regierung beraten hatte, erklärte Anfang des Jahres die Reformen für abgeschlossen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte zur gleichen Zeit ein jährliches Wirtschaftswachstum von sechs Prozent für die nächsten Jahre. Acht Monate später steht Rußland am Abgrund: Währungskrise, Versorgungschaos, Börsendesaster. Die Industrieproduktion sank dramatisch ab. Auch in anderen Regionen der Welt haben die Berater so manches Unheil angerichtet. Eine schillernde Truppe von Ökonomen, Professoren, Bankiers und sogenannten Consultants durchstreifte die Reformzonen der Weltwirtschaft und versuchte sich als Nothelfer. Sie flogen nach Thailand, Indonesien oder Moskau, stets in der feinen Business class. Sie belegten komplette Etagen in den besten Hotels, etwa dem Oriental in Bangkok. Sie reisten im Auftrag von Regierungen, amerikanischen Investmentbanken, als Angestellte des IWF oder als selbständige Berater. Überall in der Welt versuchten die teuren Herren, Tagessatz bis zu 7000 Mark, den Kapitalismus nach amerikanischem Vorbild voranzutreiben. In Asien, Osteuropa oder Südamerika, wo immer es eine Telefongesellschaft zu privatisieren oder einen Staatskonzern zu zerteilen gab, stets waren Scharen dieser Spezies am Werk. Allein der IWF mit Sitz in der US-Hauptstadt Washington schickte Hunderte von Teams hinaus in die Welt. Sie drängten die strauchelnden Länder Asiens zur Freigabe von Wechselkursen, zu drakonischen Sparmaßnahmen und beschleunigten damit die historisch einmalige Abwärtsfahrt.“; „Schlimm werkelt die Berater vor allem in Rußland. Selbstgewisse Experten wie der Harvard Professor und Jelzin-Berater Jeffrey Sachs glauben, daß die rauhe Marktwirtschaft nach Chicago-Prägung für jede Weltregion paßt. Ihr geschichtliches Vorbild ist die Besiedlung des Wilden Westens, ihr unermüdliches Credo lautet: ‚Freie Märkte, freie Preise.‘ Doch ihre Rezepte verordneten sie einem Land, das noch über keinerlei kapitalistische Tradition verfügte. In ihrem Gefolge streiften mehr als 30 000 Consultants durchs Land. ‚Wie Leichenfledderer zogen wir herum‘, sagt ein westlicher Berater in Moskau, ‚immer auf Ausschau nach guten Beratungsaufträgen. Am besten waren Privatisierungen, denn dafür gab es die meisten Fördergelder.“; „Die unsägliche Voucher-Privatisierung steht nach wie vor auf der Empfehlungsliste des IWF, der das System gerade in der Ukraine propagiert. Das Desaster zeichnet sich bereits ab.“; „Wie damals zwangen sie jetzt die Regierungen der notleidenden Staaten zu drastischen Sparmaßnahmen. Unter dem Druck des IWF mußten Thailänder, Indonesier und Koreaner wichtige Straßenbauten absagen, neue Eisenbahnlinien streichen, Sozialausgaben kürzen. Welch ein Fehler: Die Asienkrise war kein Problem der staatlichen Haushalte wie in Mexiko, sondern eine Schuldenkrise privater Unternehmen und Banken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002044.html>

VERKEHR: Übermüdung tötet (14.09.1998)

Auf Deutschlands Straßen herrscht knallharter Wettbewerb. Lkw-Fahrer und Spediteure umgehen die strengen Vorschriften für die Pausen- und Ruhezeiten – mit gefährlichen Folgen.

Negative Folgen der Liberalisierung. „Doch an den dubiosen Praktiken auf den Straßen wird sich wohl kaum etwas ändern. Denn in der liberalisierten Branche tobt ein knallharter Wettbewerb. Mächtige Industriekonzerne diktieren den Spediteuren immer knappere Preise und Liefertermine. Und Disponenten, unterstützt von Computertechnik, müssen mit wenig Personal die Wagen optimal auslasten. Der Druck entlädt sich beim Mann am Lenker. Dann heißt es, berichtet Karlheinz Böhm, 36, Kraftfahrer aus Ludwigsburg, ‚entweder du fährst oder du gehst!‘ Die allermeisten wollen bleiben. Ausgerechnet die EU-Kommission könnte die Pression jetzt noch erhöhen. Sie will das Sonntagsfahrverbot lockern. Bisher gilt hierzulande bis zehn Uhr abends der Lkw-Bann. Setzt Brüssel sich durch, werden viele Fahrer auch am Wochenende länger ans Steuer müssen – kaum zu erwarten, daß ihre Chefs neues Personal einstellen werden. Schon jetzt gibt es in Deutschland genügend Ausnahmen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002066.html>

ARBEITSMARKT: Hilferuf an die Politik (28.09.1998)

Führende Gewerkschafter brechen mit einem Tabu: Der Staat soll mit einem gesetzlichen Mindestlohn gegen Dumpingwettbewerb vorgehen.

Unschädliche Mindestlöhne. „Lange Zeit galten gesetzliche Mindestlöhne bei liberalen Ökonomen als Jobkiller: Sie führen bloß dazu, daß noch mehr Arbeit von Maschinen statt von Menschen erledigt werde. Doch nach neuen Untersuchungen muß es soweit nicht unbedingt kommen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung wertete in ihrem jüngsten Arbeitsmarktbericht etliche internationale Kurz- und Langzeitstudien aus. Das erstaunliche Ergebnis: Negative Jobeffekte ließen sich nicht nachweisen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002050.html>

SPIEGEL-GESPRÄCH: Eins auf die Nuß (12.10.1998)

Von Mahler, Armin und Schäfer, Ulrich

Heiner Flassbeck, der ökonomische Berater von SPD-Chef Oskar Lafontaine und Konjunkturoperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, über Spekulanten, die drohende Weltwirtschaftskrise und das Währungssystem der Zukunft

Kritisch gegenüber Strukturproblemen als Krisenursache, flexiblen Wechselkursen, Inflationsängsten. „SPIEGEL: Droht nun eine Weltwirtschaftskrise? Flassbeck: Wenn wir weiter über Therapien reden, die keine sind, dann ja. Viele Ökonomen sagen, die Russen oder die Tiger in Asien müßten erst mal ihre strukturellen Probleme lösen. Doch auch Länder ohne Strukturprobleme erleiden Währungskrisen. Bestes Beispiel: der Absturz des britischen Pfund vor sechs Jahren.“; „SPIEGEL: Nach dem Crash von 1987 hat die Notenbank auch die Zinsen gesenkt – zu früh, zu schnell, zu stark, so daß anschließend wieder die Inflation ausbrach. Flassbeck: Dann möge man sich doch bitte mal die Wirtschaftsgeschichte etwas genauer ansehen. 1987 bis 1989 war die einzige Phase in den letzten 20 Jahren, während der in der ganzen Welt inklusive Deutschland die Investitionen massiv stiegen und die Arbeitslosigkeit zurückging. Natürlich müssen wir immer darauf achten, daß die Preise nicht zu stark steigen, aber man kann doch nicht deswegen fünf Jahre, bevor möglicherweise eine Inflation droht, die Investitionen zurückdrängen, also aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen.“; „SPIEGEL: Hat denn der Internationale Währungsfonds (IWF) den Russen überhaupt die richtige Medizin verordnet? Flassbeck: Es ist unbegreiflich, was der IWF dort getan hat. Die Zinsen waren drei Jahre lang extrem hoch, der Rubel wurde aufgewertet, die Regierung fuhr eine restriktive Fiskalpolitik. Keine Volkswirtschaft der Welt hätte das durchhalten können. SPIEGEL: Der IWF wird auch geprügelt, weil er zu schnell zu große Kreditpakete geschnürt hat. Zu Recht? Flassbeck: Nein. Wenn das Haus brennt, muß man die Feuerwehr holen.“; „Flassbeck: Wir brauchen einen Mechanismus, durch den die Wechselkurse über eine vernünftige Frist stabil gehalten werden und nicht zu stark nach oben und unten schwanken.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002215.html>

I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN: 1. Supermacht USA (09.11.1998)

So ist mein Land

PORTRÄTS

Eher Sympathien für Roosevelt als für Reagen. „FDR sensibilisierte sein Gebrechen für die Nöte Minderprivilegierter; er begründete den interventionistischen Wohlfahrtsstaat.“; „Franklin, ein Zögling des Völkerbund-Idealisten Woodrow Wilson, führte die USA aus ethischer Überzeugung in den Zweiten Weltkrieg.“; „Eleanor Roosevelt räumte mit dem Bild von ‚der Frau an seiner Seite‘ auf. Als erste Frau sprach sie vor einem Parteitag, hatte eine eigene Zeitungskolumne und eine eigene Radiosendung. Kämpferisch trat Eleanor für die Rechte von Schwarzen und Frauen ein. Sie sorgte dafür, daß schwarze Amerikaner größeren Anteil an New-Deal-Programmen bekamen; zu ihren Pressekonferenzen ließ sie nur weibliche Journalisten zu. Folge: Die Zeitungsbosse mußten Frauen anstellen, um Zugang zur Präsidentengattin zu bekommen.“; „Rückbesinnung auf die puritanische Tradition – die USA als auserwähltes Land – und weltweiter Kampf gegen den Kommunismus waren die Inhalte eines dürftigen Drehbuchs für die acht Jahre währende Rolle seines Lebens. Reagan beschwor die ‚Magie der Marktwirtschaft‘ und vermehrte mit radikalem Sozialabbau doch nur die Kluft zwischen Arm und Reich – ‚Reagonomics‘ nannte man das.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8030997.html>

I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN: 1. Supermacht USA (09.11.1998)

Meine Qual mit Amerika

STANDPUNKT

Von Birnbaum, Norman

Frühere US-Sozialprogramme positiv (im Gegensatz zu den „kleingeistigen Dienern des Großkapitalismus“). „Für uns waren die USA Franklin D. Roosevelts schon das gelobte Land. Die Nation erneuerte sich im New Deal, einer außerordentlichen Mischung aus Linkskatholizismus, technokratischem Liberalismus, sozialem Protestantismus und amerikanischem Sozialismus. Die Kultur wurde zum Grenzland, in dem sich politischer Radikalismus und moderner Experimentalismus trafen. Nun sind die Gegner des New Deal zurückgekehrt – die grummeligen Verteidiger des protestantischen und weißen Amerika und die kleingeistigen Diener des Großkapitalismus. Der nordamerikanische Kontinent ist nur eine übergroße Provinz, von der Furcht besessen, daß die Geschichte irgendwie nicht mehr den Regeln des Sozialdarwinismus gehorchen könnte. Die alternden Kinder des New Deal haben vergessen, wieviel sie der Vergangenheit verdanken, ihre Enkel wissen noch nicht einmal, daß es so etwas wie Geschichte gibt. Ein Teil unserer Intelligenz wünscht inzwischen ‚Ordnung und Tradition‘ (stets unwichtig in unserer Geschichte, nur im Südstaaten-Epos ‚Vom Winde verweht‘ fälschlich glorifiziert) und wirft dabei amerikanische Erfahrungen mit Klassenkonflikten in ein gähnendes Gedächtnisloch. Unser derzeitiges Vorstellungsvermögen von Staatsbürgerschaft endet an der Schwelle

zum Arbeitsplatz, Solidarität bleibt ausgeschlossen.“; „Wir hatten gewaltige Wellen sozialer Reformen, von Theodore Roosevelts Programm der sozialen Verbesserungen („Progressivism“) über Franklin D. Roosevelts New Deal bis zu Lyndon B. Johnsons ‚Great Society‘. Wir hatten in den Anfängen des jungen Staates Volksbewegungen gegen die Kommerzialisierung, in den Dreißigern für starke Gewerkschaften und in den Sechzigern für mehr Bürgerrechte. Und wir zwangen unsere imperialistische Elite zum Rückzug aus Vietnam. Umweltschutz, Frauenemanzipation und Minderheitenrechte finden sich selbst in der sauerstoffarmen Atmosphäre der heutigen Tagespolitik auf der beliebigen Agenda. Das Paradox unserer Gegenwart ist, daß die Speerspitze der religiösen Rechten, vielleicht 15 Prozent der Amerikaner, inzwischen das von einer demoralisierten Linken aufgegebene politische Terrain besetzt hat. Der Mangel an Zeitverbundenheit, die geschichtliche Orientierungslosigkeit und der entsetzliche Rückzug der Bürger ins Private kennzeichnet die Kritiker der amerikanischen Nation genauso stark wie die Hyperpatrioten. Die Ursache kann kaum überraschen. Halb besiegt, halb triumphierend, in jedem Fall resigniert, hat die Demokratische Partei, die mit dem New Deal zur Partei der Sozialreform geworden war, akzeptiert, daß sie dem Markt bestenfalls ein menschliches Angesicht geben, ihn aber niemals überwinden kann.“; „Gebe ich mich einfach dem Glauben an die Endkrise des Kapitalismus hin, diesem ausgelaugten Ersatz der Linken für eigenes Denken? In der kollektiven Erinnerung der amerikanischen Dissidenten hat sich ein amerikanisch-protestantisches Hoffen auf einen rettenden Rest erhalten, nach dem Motto ‚den Glauben bewahren‘. Der Glaube gilt einem früheren Erbe der Amerikanischen Revolution – der aktiven Bürgerschaft.“; „Die Republik des Heils, die am Ende des 18. und durch das 19. Jahrhundert hindurch die herrschenden Throne bedrohte, ist aus der Sicht des ausgehenden 20. Jahrhunderts eine lange vergangene Leistung. Wenn unsere Geschichte nicht Belege dafür lieferte, daß Amerika an diese Tradition anknüpfen könnte, würde ich tatsächlich gehen. Doch nach einigem Nachdenken bleibe ich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8031020.html>

Kohl ist sich nicht treu geblieben (07.12.1998)

Der ewige Kanzler hat sein Ende mit dem Scheitern des Bündnisses für Arbeit 1996 selber eingeleitet, meint der CDU-Politiker Heiner Geißler in seinem neuen Buch „Zeit, das Visier zu öffnen“. Auszüge:

Neoliberale Ideologie vergiftet soziales Klima. „Mit der Aufkündigung des Bündnisses für Arbeit hatte eine neoliberale Ideologie über die Soziale Marktwirtschaft gesiegt. Der Konsensgedanke war gescheitert. Es hieß von diesem Zeitpunkt an: Konfrontation statt Konsens. Die Partnerschaft als tragendes Element der Sozialen Marktwirtschaft war nicht mehr gefragt, zumindest auf der politischen Ebene, aber auch zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Adepten des Anarcholiberalismus wie Hans-Olaf Henkel rühmten sich, aus der ‚Konsens-Soße‘ herausgekommen zu sein. Das soziale Klima wurde zunehmend vergiftet, auch weil die Koalition wegen der schlechten Arbeitsmarktlage Kostensenkungsprogramme mit erheblichen Kürzungen und höheren Anforderungen an die Betroffenen realisieren mußte.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8365917.html>

XII. „Spiegel“-Artikel von 2002 mit anti-neoliberaler Botschaft

WELTWIRTSCHAFT: Aufbruch nach Utopia (04.02.2002)

Von Fleischhauer, Jan und Schäfer, Ulrich

Die Mächtigen der Welt unter Druck: Hinter hohen Mauern trafen sich Konzernchefs und Politiker in New York zu ihrem exklusiven Jahrestreffen. Zeitgleich feierten in Brasilien 60 000 Globalisierungskritiker ein buntes Gegenforum. Ihre Botschaft: „Eine andere Welt ist möglich.“

Moralische und intellektuelle Defizite der Wirtschaftselite. „Vielleicht ist es auch einfach das Bedürfnis nach ein wenig intellektuellem Dekor. Wer der schnöden Gewinnmaximierung höhere Weihen verleihen will, der ist beim ‚World Economic Forum‘ genau richtig. Schon die Tagungsunterlagen, die jeder Teilnehmer bei Ankunft in die Hand gedrückt bekommt, strotzen nur so von prächtigen Platituden und exaltierten Abstraktionen.“; „Schwabs Erfolg basiert auf dem Versprechen, das moralische und intellektuelle Vakuum zu füllen, in dem die Konzernlenker gestrandet sind. Sein Gipfeltreffen versorgt die Teilnehmer mit wohlklingenden Begründungen, weshalb es im Interesse der Allgemeinheit ist, dem Markt freie Hand zu lassen, und die Bürger in Asien sich eigentlich glücklich schätzen sollten, wenn der Internationale Währungsfonds ihre Banken unter eine Art Zwangsaufsicht stellt.“; „Lange haben die Veranstalter des Forums ihre Kritiker nicht wirklich ernst nehmen müssen. Zu verblasen schienen deren Vorstellungen, zu unorganisiert ihr Auftreten. Nun, da die Autorität der Veranstaltung zum ersten Mal ernsthaft in Frage gestellt ist, spuckt die Presseabteilung immer neue Zahlen aus, die die Hochherzigkeit der Veranstaltung belegen sollen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21362828.html>

GROSSBRITANNIEN: Labour Party in Geldnot (25.02.2002)

Erfolglose Privatisierung. „Zur Finanzmisere trägt auch bei, dass die Parteiführung Opfer ihrer eigenen neoliberalen Vorstellungen wurde, nach der Privatfirmen prinzipiell effektiver und kostengünstiger arbeiten als staatliche Institutionen. Im Jahr 1999 übertrug man die Betreuung der Mitglieder an eine Firma, die dafür knapp 3 Millionen Euro im Jahr kassiert. Als dies noch von Genossen in der Parteizentrale Millbank Tower erledigt wurde, gab Labour dafür nur 1,3 Millionen aus. ‚Derzeit‘, so heißt es in dem Bericht zum absurden Outsourcing-Ergebnis, ‚kostet der Service für Mitglieder mehr als deren Beiträge einbringen.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21542625.html>

Gier ohne Grenzen (08.07.2002)

Von Dettmer, Markus; Fleischhauer, Jan; Jung, Alexander; Reiermann, Christian

Bilanzbetrügereien und Börsenbaisse mehren die Zweifel am amerikanischen Wirtschaftsmodell, zum Vorschein kommt ein riskanter Raubtierkapitalismus. Ohne grundlegende Reformen könnte sich die Vertrauenskrise ausweiten – mit verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft.

Dem Kapitalismus müssen Grenzen gesetzt werden, pervertierte Shareholder-Value-Philosophie. „Was wird aus der Hoffnung, die Sozialsysteme der Industrienationen, die unter der demografischen Entwicklung zu zerreißen drohen, mit Hilfe der Kapitalmärkte zu entlasten? Schon kursieren düstere Szenarien, in denen Wirtschaftswissenschaftler detailliert beschreiben, wie ein ‚Meltdown‘, also eine globale Wirtschaftsschmelze aussehen könnte: Weil der Kapitalzufluss von den Börsen versiegt und damit das Treibmittel jeder modernen Industrienation, erlahmt erst die Investitionsbereitschaft und dann die Produktivität. Wenn nun auch noch die Verbraucher, aufgeschreckt von steigenden Arbeitslosenzahlen, ihren Konsum drosseln, hat der Abschwung alle Branchen erfasst – der Beginn einer allgemeinen Rezession. Einmal mehr zeigt sich, dass der schlimmste Feind des Kapitalismus er selbst sein kann. Die Frage, wie viel Gier der Kapitalismus verträgt und welche Vorschriften es braucht, um ihn vor sich selbst zu schützen, beschäftigt die Ökonomen, seit der schottische Moralphilosoph Adam Smith 1776 mit seiner Abhandlung über den ‚Wohlstand der Nationen‘ erstmals eine Theorie marktwirtschaftlichen Handelns vorlegte. Smith sah im Eigennutz des Menschen, seinem Egoismus und dem beinahe animalischen Trieb, mehr zu besitzen als der Nachbar, die entscheidende Antriebskraft des Kapitalismus. ‚Nicht von dem Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen; wir wenden uns nicht an ihre Menschenliebe, sondern an ihre Eigenliebe‘, schrieb der Vater der Nationalökonomie und begründete auch, warum diese Eigenliebe für die Allgemeinheit von Vorteil sei. Wie eine ‚unsichtbare Hand‘ sorge der Wettbewerb für einen natürlichen Ausgleich der Interessen, argumentierte Smith. Wer zum Beispiel zu hohe Preise verlange, den bestrafe der Markt mit Umsatzeinbrüchen und, im schlimmsten Fall, mit dem Bankrott. Smith formulierte das ökonomische Gesetz für ein neues Zeitalter.“; „Doch schon bald wurden die Schattenseiten des ungezügelt Wachstums sichtbar. Die Arbeiter, darunter viele Kinder, waren zu 14-Stunden-Tagen gezwungen, ihre Lebenserwartung sank.“; „Dass der Kapitalismus der Bändigung bedarf und allzu ungehemmter Egoismus den Interessen der Allgemeinheit schadet, das hatte schon Smith erkannt. Wortreich beklagte er die ‚gemeinsame Raubgier und den Monopolgeist der Fabrikanten‘ und äußerte den Verdacht, dass sie wie ‚Verschwörer‘ beratschlagten, wie sie die Preise hoch und die Löhne niedrig halten könnten. Deshalb auch Smiths Forderung nach ‚Koalitionen‘, also Gewerkschaften, und nach Gesetzen, die verhindern sollten, dass die Eigenliebe in hemmungslose Selbstsucht ausufert. Doch es war Karl Marx, der erstmals die

Nachtseite des Kapitalismus genauer ausleuchtete und dann, etwa im ‚Kommunistischen Manifest‘, eindringlich beschrieb. Dass Marx mit seiner Prognose fehlging, der Kapitalismus werde nach einem Zeitalter der Klassenkämpfe dem Sozialismus weichen, lag vor allem daran, dass er dessen Wandlungsfähigkeit unterschätzte und seine Gabe, sich selbst zu beschränken. So war es eben auch der US-Kongress, der mit dem Sherman Act 1890 das erste Wettbewerbsgesetz in einem Industriestaat erließ und wenige Jahre später, in der so genannten Trust-Buster-Ära, die Zerschlagung übermächtig gewordener Monopole beschloss. Nahezu ein Drittel des Industrievermögens war zuvor in 318 Großkonzernen verschmolzen – eine Bedrohung des fairen Wettbewerbs, wie der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt klar erkannt hatte. Nach langem Rechtsstreit bestätigte der Oberste Gerichtshof 1911 die Auflösung von American Tobacco und, aufsehenerregender noch, von Standard Oil, jener Firma, die der Milliardär John D. Rockefeller zum mächtigsten Ölmulti der Welt geschmiedet hatte. Tatsächlich ist die amerikanische Wirtschaftsgeschichte seitdem auch eine Geschichte, in der langen Zeiträumen der Entfesselung Phasen der von Staats wegen verordneten Zügelung folgen. Auf die Große Depression der dreißiger Jahre wurde mit der Einrichtung der Börsenaufsichtsbehörde SEC reagiert. Auf diese Rezession, in der die Arbeitslosigkeit auf 35 Prozent stieg, folgte der New Deal, ein einzigartiges Beschäftigungsprogramm, mit dem Roosevelt erstmals die Ideen des britischen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes aufnahm. Und als Finanzjongleure wie Michael Milken und Dennis Levine Mitte der Achtziger über Insidergeschäfte Millionen zur Seite schafften und damit einen der größten Finanzskandale in der Nachkriegsgeschichte der Wall Street auslösten, reagierten die Behörden mit drakonischen Strafverfahren. Im Rückblick ist schwer zu erkennen, wann genau die Dinge diesmal außer Kontrolle gerieten, wann Ehrgeiz wieder in Gier umschlug und Selbstbewusstsein in Hybris und an die Stelle seriösen Wirtschaftens und ehrlicher Buchführung das Spiel mit den Zahlen trat. Die Ursache der Fehlentwicklung aber lässt sich unschwer erkennen: Es ist die alleinige Ausrichtung allen Denkens und Handelns auf den Börsenwert, eine pervertierte ‚Shareholder-Value‘-Philosophie, die über gewaltige Stock-option-Programme auch das persönliche Einkommen der Manager aufs Engste mit dem Aktienkurs ihrer Unternehmen verknüpfte.“; „Allmählich setzt sich auch im Land des Big Business die Erkenntnis durch, dass etwas aus dem Lot geraten ist, wenn sich der Abstand zwischen dem Verdienst eines Topmanagers zu dem eines Arbeiters binnen zwei Jahrzehnten vom 80fachen auf das 531fache vergrößert; ein Gehaltsgefälle, wie es zuletzt um 1900 gemessen wurde. ‚Exzessiv‘ nennen selbst konservative Wirtschaftsblätter wie ‚Business Week‘ inzwischen die Bezüge der US-Vorstände. Dabei sind es noch nicht einmal so sehr die Gehälter selbst, die nun für Kritik sorgen, das eigentliche Ärgernis sind die Optionsprogramme, die sich die Vorstände bewilligen.“; „Was immer Bush in den nächsten Wochen unternehmen wird, er wäre gut beraten, einen Blick in die Geschichtsbücher zu werfen. Wie Bush galt auch Herbert Clark Hoover als Mann der Wirtschaft, als er im November 1928 zum 31. Präsidenten der USA gewählt wurde. Und wie Bush verbanden den ehemaligen Unternehmer langjährige Geschäftsbeziehungen zu Weggefährten in der Industrie.“; „Im November 1932 wählten die Amerikaner ihren Präsidenten ab, er galt ihnen als Inbegriff des industriehörigen Laisser-faire-Politikers. Der Dow Jones dümpelte bei knapp über 60 Punkten, die Statistik wies 12 Millionen Arbeitslose aus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23061456.html>

XIII. „Spiegel“-Artikel von 1983 mit gemischter Botschaft

LÖHNE: Neue Dimension (04.04.1983)

Durch Lohnverzicht versuchen die Arbeitnehmer ihre Jobs zu sichern. Die Gewerkschaften sind hilflos.

Lohnstarrheit durch Kollektivvereinbarungen als Problem, Lohnverzicht erscheint jedoch keine erfolgversprechende Lösung. „Von Arbeitnehmer-Einkommen, die sie auch mal kürzen können, träumen die Verfechter der reinen Marktlehre schon lange. Daß die Arbeitskosten sich stets nur nach oben bewegten, daß auch bei überhöhtem Angebot der Preis für die Arbeitskraft nicht sank – dies erschien den Nachfahren von Adam Smith stets der gravierendste Fehler entwickelter Industrie-Wirtschaften. Zu hohe Lohnkosten, so das Argument, verteuerten die Produkte und führten schließlich, über schlechteren Absatz, zu Arbeitslosigkeit. Doch für solche Überlegungen war bisher kein Raum in einer Wirtschaftsgesellschaft, die zum einen auf stetes Wachstum auch der Einkommen programmiert war und in der zum anderen kollektive Organisationen die Entgelte für ganze Wirtschaftszweige in Verträgen festschrieben. Die Widerstände gegen vereinzelte Lohnanpassungen nach unten sind gewaltig, nicht nur auf der Arbeitnehmer-Seite: Beide Verbände, Gewerkschaften wie Arbeitgeber-Lobby, müssen um ihre Existenzberechtigung fürchten. Wenn Tarifverträge nichts mehr gelten, verlieren die Kollektiv-Organisationen ihren Leistungsnachweis. Die Arbeitgeber-Lobby sorgt noch etwas anderes. Verzichten einzelne Belegschaften auf die vereinbarten Löhne, dann verzerrt das den Wettbewerb. Der Kostenvorteil, den sich ein Unternehmen durch Lohnkürzung verschafft, benachteiligt die Konkurrenten“; „Niemand kann eine Belegschaft hindern, ihrem Chef ein Darlehen zur Sanierung des Betriebs zu gewähren. Zweifelhaft ist aber, ob sich mit solchen Tricks ein hinfalliges Unternehmen noch retten läßt und die Arbeitsplätze wirklich auf Dauer zu sichern sind.“ *Es folgen Negativ-Beispiele.*

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023825.html>

Bewundernswert, was Blüm buckeln muß (16.05.1983)

Vergeblich wehrten sich Familienminister Heiner Geißler und Arbeitsminister Norbert Blüm gegen weitere Kürzungen ihrer Mittel: Der Bundeshaushalt soll vor allem auf Kosten von Rentnern und Arbeitslosen saniert werden. Im Kabinett bestimmen jetzt allein der Finanz- und der Wirtschaftsminister die Richtung.

Sparen zulasten der Schwächsten, mächtige Gruppen bleiben verschont. „Stoltenberg und Lambsdorff geht es in Wahrheit darum, das Rentenniveau auf Dauer zu senken“; „Nach dem Spardurchgang der vergangenen Woche finden sich jene Christdemokraten links von der Mitte bestätigt, die eine einseitige Belastung der kleinen Leute vorausgesagt hatten. An große Ausgabenblöcke wie den Agrarbereich und die Bundesbahn ist Stoltenberg ernsthaft nicht herangegangen. Die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst sind bisher reine Absichtserklärungen und müssen erst noch durchgestanden werden. Das Schlimmste: Statt die Subventionen für die Wirtschaft, wie zugesagt, zusammenzustreichen, werden zusätzliche Milliarden für notleidende Branchen ausgeworfen. ‚Wenn man sich den Subventionsabbau ansieht‘, meint ein Regierungsplaner bitter, ‚dann kommt man aus dem Lachen nicht mehr heraus.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018676.html>

Ein Signal für eine bessere Zukunft (16.05.1983)

Sie reparieren Wasserleitungen und montieren Steckdosen, geben Nachhilfeunterricht und mauern Eigenheime: Etwa 3,3 Millionen Bundesbürger verdingen sich täglich drei Stunden nebenher – schwarz, ohne Rechnung. Millionen anderer arbeiten gar unentgeltlich und bringen als Heimwerker oder in Selbsthilfegruppen erstaunliche Leistungen. Auch die Deutschen entziehen sich immer mehr dem Druck der Bürokratie und der Herrschaft der Experten – die Wirtschaft im Schatten ohne Steuern und Abgaben blüht.

Neoliberale Erklärung für Schwarzarbeit wird akzeptiert, aber nicht als entscheidender Faktor angesehen. „Über die Therapie-Empfehlungen sind sich die Interessenwahrer der Wirtschaft einig: Niedrige Tariflöhne, geringere Steuern und Sozialabgaben sowie weniger staatliche Vorschriften würden die Betriebe wieder konkurrenzfähig machen. Die Schwarzarbeit verlöre sofort an Attraktivität, wenn die Steuerersparnis geringer würde. Das ideologische Unterfutter dazu lieferte der amerikanische Ökonom Milton Friedman. Der neokonservative Wirtschaftsprofessor hält das Ausweichen der Menschen in die Schattenwirtschaft für eine gesunde und natürliche Reaktion des Homo oeconomicus auf zu hohe Steuerbelastung und überzogene staatliche Reglementierung. Die Schattenwirtschaft, so der Nobelpreisträger, sei ‚ein Sicherheitsventil, das den Schaden mildert, der durch das Mißmanagement der Regierungen entstanden ist‘. Daran ist sicher einiges richtig. In der Bundesrepublik haben sich Steuern und Sozialabgaben zwar nicht in dem Ausmaß erhöht, wie oft behauptet wird. Insgesamt stieg die allgemeine Abgabenquote von 34 Prozent im Jahr 1970 auf 38 Prozent im Jahr 1982“; „Aber gerade die Arbeitnehmer bekommen den Zuwachs besonders zu spüren. 1970 war das durchschnittliche Arbeitseinkommen mit 22,7 Prozent Lohnsteuern und Sozialabgaben belastet. Heute werden dem Normalverdiener im Schnitt 31,7 Prozent abgezogen. Trotzdem reicht die Erhöhung der Abgabenlast, reichen die Friedman-These und die Argumente der Wirtschaftslobby nicht aus, den Boom der Schattenwirtschaft zu erklären. Es stimmt eben nicht, daß normale Unternehmer nur deswegen nicht mit Schwarzarbeitern konkurrieren könnten, weil Steuern und Sozialabgaben in den letzten Jahren zu steil angestiegen seien. Der Preisunterschied zwischen einer Firma und einem Schwarzarbeiter rührt auch daher, daß etablierte Unternehmen ungleich höhere

Zusatzkosten haben“; „Schließlich auch sieht es jeder selbständige Handwerker als Grundrecht an, ein Automobil der Spitzenklasse zu fahren und im Eigenheim zu wohnen. Dieser Lebensstil wird über die Stundensätze, die dem Kunden berechnet werden, finanziert“; „Es spricht einiges dafür, daß die Arbeit in der Schattenwirtschaft manche Defizite der arbeitsteiligen Industriegesellschaft ausgleicht: monotone Arbeitsabläufe, unübersichtliche Entscheidungsprozesse, schwindende Identifikationsmöglichkeiten mit dem Produkt der Arbeit“; „Die Flucht in die Schattenwirtschaft läßt sich also auch als Protest gegen Technokratie, gegen Verplanung und Expertenherrschaft deuten“; „Die Reformvorstellungen von Sozial- und von Christdemokraten laufen letztlich auf dasselbe hinaus. An die Stelle eines Staates, der für seine Bürger alles macht, soll ein Staat treten, der Bedingungen herstellt, unter denen die Bürger selbst etwas für sich machen können. Die Reform, die vom allgegenwärtigen Sozialstaat wegführt, wird erzwungen: Die erkennbaren Grenzen des Wirtschaftswachstums erweisen sich auch als Grenzen des Sozialstaats. Die aufwendige Versorgungsbürokratie, das dümmert inzwischen den engagiertesten Sozialpolitikern, läßt sich in Zukunft nicht mehr finanzieren.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14018827.html>

Das sind doch Taschenspielertricks (12.09.1983)

Finanzminister Gerhard Stoltenberg führt beim Haushalt 1984 die Tradition seiner Bonner SPD-Vorgänger fort. Es wird überall geschönt: Die Annahmen über Arbeitslosenzahlen und Wirtschaftswachstum erscheinen viel zu optimistisch; vielerlei Ausgaben sind, auch nach dem Urteil von CDU-Parlamentariern, zu niedrig angesetzt.

Weiterer Sozialabbau wird als kaum mehr möglich eingestuft. „Beim Sozialen läßt sich nicht mehr viel kürzen. Und in anderen Bereichen blockieren Partei-Lobbyisten jedwede Einsparung.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14019579.html>

Deutschlands Ende, Japans Größe? (24.10.1983)

Konrad Seitz über den amerikanischen Bestseller „Die Welt nach dem Öl“ Autor Seitz, 49, ist Planungschef im Auswärtigen Amt

Der Staat soll wichtige Koordinationsaufgaben in der Wirtschaft erfüllen; Kritik am bürokratischen Bildungssystem.
 „Doch weder läßt sich eine überholte Industriestruktur durch Beschäftigungsprogramme und Subventionen auf die Dauer halten, noch lassen sich Arbeitskosten und Steuern so weit senken, daß zum Beispiel unsere Werften mit denen Südkoreas konkurrieren können“; „Der Versuch aber, wieder aufzuholen zur Spitze, kann nur gelingen, wenn hinter ihm eine nationale Anstrengung steht, bei der Industrie und Banken, Wissenschaft und Medien, Staat und Gesellschaft zusammenwirken“; „In Japan wird dieses Zusammenwirken organisiert von dem legendären Miti (Ministry of International Trade and Industry): Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft formulieren im Konsensus nationale technologische Ziele. Die Unternehmen der betreffenden Branchen formieren sich darauf zu einem Forschungsverbund, der finanziell von Miti unterstützt wird“; „In den USA wird vor allem die Informationstechnologie in großem Stil vom Staat vorangetrieben: 45 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Elektro-Industrie kommen von Pentagon und Raumfahrtbehörde“; „Eine wichtige Rolle in der technologischen Revolution spielen in Amerika die Elite-Universitäten, wie Berkeley, Stanford, Harvard, in deren Umkreis sich die neugegründeten Unternehmen der Spitzentechnologie ansiedeln. Der Kontrast zur Bundesrepublik fällt ins Auge: Bei uns gibt es weder Universitäten, die Mittelpunkt der neuen Industrien sein könnten, noch eine Risikokapitalfinanzierung für junge Unternehmer. In den verbürokratisierten Massenuniversitäten ‚verlöschen geistige Funken in der Asche überhandnehmender Mittelmäßigkeit‘, wie der Münchner TU-Präsident Wolfgang Wild feststellt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024082.html>

SOZIALPOLITIK: Kurs der Vernunft (19.12.1983)

Mit aufgelockerten Arbeitsschutz-Bestimmungen will Norbert Blüm die Unternehmer dazu bringen, mehr Personal einzustellen.

Eher abwertende Darstellung von Politik zur Arbeitsmarktderegulierung, aber Verständnis für Argumente gegen Kündigungsschutz. „Wenig später, vor der Fraktion der CDU/CSU, verpaßte Blüm dem Vorhaben eine gefälligere Vokabel. Er werde, so versprach er, das komplizierte deutsche Arbeitsrecht ‚gelenkiger‘ machen. Das Ungelenke am deutschen Arbeitsrecht war schon anderen aufgefallen. Sonderrechte für Frauen und Jugendliche im Betrieb, gesetzliche Ansprüche der Schwerbehinderten, Schutz von Arbeitnehmern bei Kündigung, staatlich verordnete Höchstarbeitszeiten – das alles, so hatte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bereits in seinem ‚Wende-Papier‘ vom September 1982 moniert, schrecke Unternehmer ab, sich größere Belegschaften aufzulasten“; „„Ein Stück auf dem Weg zur Humanisierung der Arbeitswelt‘ sei man vorangekommen, hatte der damalige Abgeordnete Blüm 1976 das gerade verabschiedete Jugendarbeitsschutzgesetz gelobt. Jetzt wird zurückmarschiert“; „Daß bei der Fürsorge für die Arbeitnehmer zuweilen übertrieben wurde und sich manches Gutgemeinte als Beschäftigungshemmnis erwies, glaubt Blüm besonders gut mit dem Kündigungsschutz belegen zu können“; „Die von Blüm nicht zu Unrecht beklagte Konsequenz: Statt sich einen neuen Mann zu holen, den er so schnell nicht wieder los wird, läßt mancher Unternehmer bei einem vorübergehenden Auftragshoch lieber Überstunden schieben“; „Einmal auf der liberalen Welle, will Blüm sich auch gegenüber Leiharbeit-Firmen großzügig zeigen“; „Blüm erkennt selber, wie delikater sein Vorhaben ist. Wenn auch manches Beschäftigungshemmnisse abbauen hilft – der Arbeitsminister weiß, daß er mit seinen Ideen nahe an die

als arbeitnehmerfeindlich gezeigten Vorschläge seines Parteifreundes George heranrückt.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024507.html>

Wir brauchen ein Apollo-Programm (26.12.1983)

Westdeutschlands Industrie ist Weltmeister in konventioneller Technik. Das Geschäft mit elektronischer Massenware, die Entwicklung von Gentechnik und Computern aber hat sie verschlafen. Die Deutschen blieben das exportfreudigste Volk der Welt, aber an moderner Technologie müssen sie noch vieles nachholen.

Standortklagen der Unternehmer werden als hauptsächlich taktisch begründet dargestellt; aber Kritik an Subventionen für unwirtschaftliche Industrien und Bürokratie. „Der stete Hinweis nämlich auf die zu hohen Kosten, im Inland geeignet, um die Gewerkschaften zu disziplinieren, ruiniert im Ausland das Erscheinungsbild der deutschen Industrie“; „Redet sich die Nation der Deutschen, kräftig unterstützt von auswärtigen Kommentatoren, um den guten Ruf des Made in Germany? Verliert sie auf den Weltmärkten an Ansehen und Respekt, nur weil sie drinnen die Gewerkschaften und die Bildungseinrichtungen, die Sozialpolitiker und die SPD-geführten Bundesländer disziplinieren will? Erzeugt sie mit ihrer Kampagne gegen sich selbst, was sie eigentlich verhindern möchte: eine zweitrangige Industrienation zu werden? Für Untergangsstimmung gibt es keinen Grund. Die trostlosen Umschlagszahlen in den deutschen Häfen nämlich sagen nicht die ganze Wahrheit“; „Schon vor dem von der Wirtschaft mitinszenierten Regierungswechsel zu Bonn ist der westdeutsche Export Jahr für Jahr gestiegen“; „Aber die Entwicklungskiller sind deutlich: Öffentliche Subventionen fließen in sterbende Branchen wie Stahl, Kohle, Schiffbau. Öffentliche Entwicklungsgelder fließen in die industriellen Großorganisationen wie Siemens, Bosch, Mannesmann. Steuererleichterung fließt in Abschreibungsgesellschaften, nicht in Technologie-Finanzierung. Risikokapital wandert ins Nichts, kreative Denker oder gar Genies landen zu oft im bürokratischen Stumpsinn der Großorganisationen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024592.html>

XIV. „Spiegel“-Artikel von 1986 mit gemischter Botschaft

Den Alterskassen ein Baby schenken? (30.12.1985)

Von Merklein, Renate

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über Bevölkerungsentwicklung und Rentenfinanzen (II)

Familienleistungen kritisch, Regulierung bewirkt das Gegenteil des Gewünschten, soziale Unausgewogenheit, ökonomische Erklärung für Gebärverhalten (Gary Becker) unsinnig. „Daneben zählt ein teurer Wust an Kinder- und Familienhilfsprogrammen, aufgehäuft im Laufe der Jahrzehnte, zum mittlerweile unberührbaren Besitzstand. Denn sorgsam mit öffentlichen Geldern, rational und konsequent bei Diagnose, Therapie und Ziel, waren und sind Politiker von deutscher wie anderer Rationalität zwar ohnehin auf allen Feldern selten. In der Familienpolitik jedoch sind sie es nie.“; „Doch zum einen ist der Familienlastenausgleich in den letzten Jahrzehnten nie zwecks Staatsausgaben-Kürzung ernsthaft beschnitten worden, obwohl dies sicher – wie jede Staatsersparnis – für die Gesellschaft ein Gewinn gewesen wäre.“; „Lediglich für Ehepaare, die dem höchsten Grenz-Steuersatz unterliegen, also ein Einkommen jenseits von 260000 Mark im Jahr beziehen, wird nämlich das erreicht, was die Familienpolitiker als Ziel ihrer Reform definierten: Familien mit Kindern nach Abzug der Kinderkosten beinahe auf pari zu bringen mit kinderlosen Ehepaaren der vergleichbaren Einkommensschicht.“; „Wahrscheinlicher jedoch ist, daß sich gar nichts regt. Auf höhere Fruchtbarkeit durch Subventionen wäre nämlich nur zu hoffen, wenn sich die Bürger, was die Menge ihrer Kinder anbetrifft, verhielten wie beim Kauf von Autos, Segelbooten, Videogeräten, nämlich ökonomisch rechenhaft. Zwar gab es diese sogenannte ökonomische Theorie der Fruchtbarkeit neben vielen anderen Lehren auch schon in der Wissenschaft. An der Universität Chicago wurde sie einmal entwickelt. Zur herrschenden Lehre aber wurde diese Theorie, obwohl die Herrschenden – und nicht alleine die von Bonn – sie popularisierten, in der seriösen Wissenschaft noch nie.“; „Dafür, daß obere Schichten, die sich doch eigentlich mehr Kinder leisten könnten, den Rückgang der Geburten allenthalben eingeläutet haben, bieten die Vertreter der ökonomischen Theorie der Fruchtbarkeit eine eigenartige Erklärung. Die Bourgeoisie beschränkte danach ihren Nachwuchs, weil sie verstärkt nur ‚Kinder höherer Qualität‘ (so der Chicagoer Fruchtbarkeitstheoretiker Gary Becker) – gemeint ist, solche mit besserer Bildung – zu besitzen wünschten. Und: weil die Kosten solcher Sprößlinge mit ‚Gütesiegel‘ angeblich stärker als die Verdienste ihrer potentiellen Eltern stiegen.“; „Die erweiterte Arbeitsplatzgarantie für Frauen, die Mütter werden, wird mit großer Sicherheit zumindest eins bewirken: Die Arbeitsplatzchancen weiblicher Stellungssuchender im gebärfähigen Alter werden noch einmal verringert. Dagegen ist sehr fraglich, ob sich auch sonst noch irgendwas bewegt.“

ENGLAND: In Stücke blasen (3.03.1986)

Einst Hobby reicher Lords, ist die britische Zeitungswirtschaft heute das Geschäft knallharter Kapitalisten. Mit neuen Techniken brechen sie die Macht der Gewerkschaften.

Neue Generation gewerkschaftsfeindlicher Verleger als skrupellos dargestellt, neoliberale Kritik an Gewerkschaften. „Profit geht Shah über alles. Der Mann gehört nicht mehr zu jenem Typ Verleger im Vereinigten Königreich, der eine Zeitung lieber honorabel als profitabel gestalten wollte – und dabei zwar hochangesehen, aber oft auch arm wurde. Englands Zeitungsindustrie, so der ‚Economist‘, wandelt sich ‚von einem Hobby für reiche Männer zu einem Geschäft für Unternehmer‘. Es sind knallharte Kapitalisten, die das Kommando von vornehmen Feudalherren übernommen haben.“; „Das Erfolgsrezept der drei Aufsteiger läßt sich so zusammenfassen: Einsatz neuer Techniken bei Ausschaltung der alten Gewerkschaften. Kein Wunder, daß die Drucker, zu hundert Prozent gewerkschaftlich organisiert, die neuen Zeitungszaren als Totengräber ihrer Zukunft verteufeln. Auf der anderen Seite erklären sie die Hobby-Verleger der Vergangenheit fast zu Heiligen. ‚Lord Astor‘, schwärmt ein ‚Times‘-Arbeiter über seinen alten Herausgeber, ‚pflegte zu uns in die Setzerei zu kommen und hatte für jeden ein gutes Wort: ‚Hallo, Ian, wie geht’s?‘“; „Die Schicksale von Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren im Londoner Zeitungszentrum Fleet Street immer auf außergewöhnliche Weise miteinander verbunden: Beide profitierten von technischer Stagnation und hohen Kosten – die Erpressung der Drucker nützte auch den Presselords. Denn die Stärke der Zeitungsbesitzer gründete sich letztlich darauf, daß die veraltete Technik und der überhöhte Personalstand es jedem Newcomer unmöglich machten, in den Markt einzubrechen – wenn er nicht über zigmillionen Pfund verfügte. ‚Eigentümer von Zeitungen‘, erklärte die ‚Financial Times‘, ‚pflegten ihre Rivalen auszuschalten, indem sie die Kosten hochschraubten.‘“; „Die Sprengung des Monopols durch die neuen Verleger und die Umwälzung auf dem britischen Pressemarkt ist möglich geworden, weil technische und politische Neuerungen zusammenkommen: Computertechnik erlaubt eine kostensparende und dabei viel schnellere Herstellung von Druckerzeugnissen; neue Gesetze der Thatcher-Regierung ermöglichen die Zählung der einst übermächtigen Gewerkschaften.“; „In Maxwells ‚Mirror‘ sind drei juristisch selbständige Unternehmen für Telephondienste, für den Inhalt und für den Druck der Zeitung zuständig. Eine Solidarisierung der Drucker mit einem Streik der Redakteure etwa wäre ungesetzlich und könnte mit dem Rausschmiß der Arbeiter geahndet werden.“; „Die Aktion war eine mit Bedacht gestellte Falle, wie später herauskam: Murdochs Rechtsberater G.W. Richards hatte in einem Brief vom 20. Dezember vorgeschlagen, ‚der billigste Weg‘, Beschäftigte loszuwerden, sei, sie während eines Streiks zu feuern. Murdochs schmutzige Tricks regen in Großbritannien kaum jemanden auf – vielleicht, weil gerade in

den vergangenen Wochen einmal mehr bekannt wurde, wie schamlos die Gewerkschaften im Druckgewerbe für ihre Mitglieder absahnten:

– Setzer wurden für Arbeiten bezahlt, die sie gar nicht verrichteten, eine Praxis, die schon Ende des vergangenen Jahrhunderts aufgekommen war: Anzeigen werden meist nur einmal gesetzt und gehen dann als feste Form an zahlreiche Zeitungen; bezahlt werden mußten die Setzer aller Blätter, welche die Anzeigen druckten.

– An Rotationsmaschinen, die in Chicago durchschnittlich von fünf, in Sydney von sechs Arbeitern bedient werden, waren in der Fleet Street 18 Mann beschäftigt; weil die sich gegenseitig behindert hätten, wurde die Anwesenheit in ‚gespaltenen Schichten‘ geregelt – zwei Gruppen von je vier Arbeitsstunden bildeten eine Acht-Stunden-Schicht, bezahlt wurden alle für acht Stunden.

– Für die Bedienung eines bestimmten Knopfes zur Beschleunigung oder Verzögerung des Tempos an der Rotationsmaschine mußten drei Arbeiter angestellt werden (Mitglieder von drei verschiedenen Gewerkschaften) – obwohl es jenen Knopf seit Jahren nicht mehr gibt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516801.html>

Wir sind der arme Mann Europas geworden (10.03.1986)

SPIEGEL-Report über den Niedergang der Industrieration Großbritannien. Ausgeweidete Fabriken, stillgelegte Bahnhöfe, verlassene Werften: Von Nord nach Süd ist Großbritannien, einst erste Industrieration der Erde, eine riesige Industriearmut geworden. Londons City und die Monarchie sind noch intakt, doch dem Land droht eine ungewisse Zukunft ohne ausreichende Produktionsbasis.

Thatchers Politik ebenso kritisch betrachtet wie die ‚marktfeindliche‘ britische Gesellschaft. „Angeknackst zwar, doch immer noch ungefährdet ist die Führungsrolle der Premierministerin Margaret Thatcher, die Britanniens Industrie ‚schlanker und fitter‘ machen wollte, tatsächlich aber mit Rekordzinsen bis zu 17 Prozent und einem hohen Pfundkurs den industriellen Ausverkauf über lange Zeit noch beschleunigt hat.“; „Auch der traditionelle Eigensinn britischer Arbeiter fordert nicht gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. In der staatlichen Marinewerft in Devonport stellten Prüfer kürzlich fest, daß morgens um acht Uhr, dem offiziellen Schichtbeginn, noch nicht ein einziger Arbeiter erschienen war. Die intellektuelle Elite des Landes ist für den Abstieg der Industrie mitverantwortlich. Denn für die Absolventen der Spitzen-Universitäten gilt eine Karriere in der Wirtschaft noch immer nicht als wünschenswert – sowenig wie zu den glorreichen Zeiten der Queen Victoria. Sie streben in die Wissenschaft, in den Staatsdienst, vielleicht in die Banken- und Finanzwelt, kaum aber in die Chefetagen der britischen Industrie, was sich, wie die ‚International Herald Tribune‘ feststellte, ‚in der Qualität der britischen Manager widerspiegelt‘.“; „Margaret Thatchers Politik des knappen Geldes, die über lange Zeit Zinsen sowie Pfundkurs in die Höhe trieb und damit Investitionen und Exporte erschwerte, hat sicherlich dazu beigetragen. Ebenso die archaische Zersplitterung der britischen Arbeitnehmerschaft in 485 Einzelgewerkschaften, die alle zufriedengestellt werden müssen, soll der Arbeitsfrieden erhalten bleiben.“; „Die 18 Mitglieder der kirchlichen Untersuchungskommission, die 41 Städte inspiziert hatten, kamen zu einem vernichtenden Urteil über die Regierung Thatcher: Ihre Wohnungspolitik werde ‚auf dem Rücken der Armen‘ betrieben, und ihre Städtebaupolitik gleiche einer ‚Erste-Hilfe-Maßnahme‘, wo eigentlich eine ‚Behandlung auf der Intensivstation‘ notwendig sei.“; „Wie Großbritannien aus dem Teufelskreis von Gewalt und Repression, Armut und Arbeitslosigkeit, Rassenkonflikt und industriellem Niederbruch herausfinden soll, wie der Rücksturz der einstigen Weltmacht in die industrielle Bedeutungslosigkeit verhindert und ein neuer Aufschwung des Landes eingeleitet werden könnte – Premierministerin Margaret Thatcher hat dafür offenbar kein Rezept.“; „Zum ersten Mal in der modernen Wirtschaftsgeschichte sieht Professor Peter Hall von der Universität Reading ‚Karl Marx redivivus‘. Denn in Großbritannien sind nicht nur Millionen aus dem Arbeitsprozeß geworfen, sondern zugleich als Konsumenten ausgeschaltet worden – ein verelendetes Proletariat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517561.html>

SCHWEDEN: Mit Stolz (24.03.1986)

An die Stelle des kämpferischen Intellektuellen Palme tritt der in sich gekehrte Carlsson. Schweden wird außenpolitisch kleiner.

„– Schweden gelang es, durch staatlichen Eingriff die Einkommensunterschiede stärker zu nivellieren als in jedem anderen Staat des Westens, ohne daß etwa die Wirtschaft an Dynamik einbüßte.“;

„– In Schweden führt die von einer übermächtigen Bürokratie praktizierte Anteilnahme am Wohl der Bürger aber auch zu mehr Bevormundung als sonstwo im Westen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519025.html>

Farthmann hat nicht zu Ende gedacht/Der Markt hat versagt (31.03.1986)

Von Krupp, Hans-Jürgen

Professor Hans-Jürgen Krupp zum Streit um den wirtschaftspolitischen Kurs der SPD. Hans-Jürgen Krupp, 52, ist Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Der damalige SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel hatte ihn für den Fall eines Wahlsiegs 1983 als Wirtschaftsminister vorgesehen.

Krupp: Fast durchgängig neoliberale Argumente, aber reformistische Grundhaltung und Bereitschaft zur Intervention,

wo nötig. Farthmann-Auszug: Versagen der Marktwirtschaft. „Fehlentwicklungen dort, die übrigens auch massiv zur Arbeitslosigkeit beitragen, sind eher ein Beleg für das Unvermögen des Staates, Probleme zu lösen, als ein Beweis für das Versagen des Marktes.“; „Wenn es dann doch zur Umweltzerstörung kommt, ist dies nicht ein Beleg für das Versagen des Marktes – niemand behauptet nämlich, daß er derartige Probleme lösen könne –, sondern ein Beleg für das Versagen des Staates.“; „Zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung gehört, daß der Staat durch Auflagen oder Abgaben gestaltend eingreift, um solche Ziele sicherzustellen, die der Markt nicht zu erreichen vermag. Dies sollte er so tun, daß der Marktmechanismus möglichst wenig gestört wird.“; „Es kann nicht mehr verteilt werden, als produziert wird. Und in Wirtschaftsordnungen, die sich nicht des Marktes bedienen, liegt das Produktionsergebnis deutlich unter dem von Marktwirtschaften. Gerade in solchen Wirtschaftsordnungen werden wichtige volkswirtschaftliche Belange nicht realisiert. So wollen wir alle weniger arbeiten und mehr Einkommen erzielen. Dafür brauchen wir eine hohe Produktivität, die nur durch Innovationen erreichbar ist. Hierfür ist man auf den Suchprozeß des Marktes angewiesen.“; „Oft wird vergessen, daß die wesentliche Zunahme der Staatsquote im Sozialbereich lag. Gerade hier können wir aber absehen, daß vor uns noch wesentliche Belastungen liegen, die besonders durch den Geburtenrückgang verursacht sind. Dies alles ist nicht durch den Ausbau der Sicherungssysteme oder die Einführung neuerer zu bewältigen, sondern durch eine grundlegende Strukturreform; die muß sich auch der Frage stellen, inwieweit der Wildwuchs des letzten Jahrzehnts zu Versorgungsniveaus geführt hat, deren Besitzstand zwar beachtet werden muß, die aber in die Zukunft nicht fortgeschrieben werden dürfen.“; „Daß Farthmann letztlich wohl doch nur ein Antimarkt-Wortradikaler ist, zeigen die letzten Passagen seiner Thesen. Hier wird in sehr vernünftiger Weise darüber nachgedacht, wie der Staat mit Ge- und Verboten, Auflagen und Bedingungen in das Marktgeschehen und den Produktionsprozeß eingreifen kann. Hier geht er davon aus, daß es Aufgabe des Staates ist, solche Rahmenbedingungen zu setzen, daß der Marktprozeß sich entfalten kann.“; „Insgesamt muß man davon ausgehen, daß eine Erhöhung der Staatsquote unsere Probleme verschärft und nicht erleichtert.“; „In allen Wirtschaftsordnungen, die primär auf den Staat setzen, ist die Fremdbestimmung des Menschen größer. Die Chancen der Selbstverwirklichung sind dort deutlich begrenzt.“ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519517.html>

Auszug aus Farthmann-Papier:

Der Markt hat versagt

Aus Farthmanns Thesen zur Wirtschaftspolitik

„Schon bei der ausreichenden Versorgung aller Bürger mit privaten Gütern hat der Marktmechanismus versagt. Auch die anderen Ziele wurden verfehlt: Der Markt kann nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, sondern hat im Gegenteil zu Massenarbeitslosigkeit geführt, und der Markt hat die Versorgung mit öffentlichen Gütern nicht in ausreichendem Maße und ausreichender Qualität geleistet.“; „Die marktgesetzliche Organisation hat nicht nur zur Lösung dieser Schwierigkeiten keinen entscheidenden Beitrag geleistet, sondern im Gegenteil neue Probleme geschaffen: Die Zerstörung der Umwelt zeigt, daß für den Marktmechanismus wertlos ist, was keinen Preis hat. Die Widersprüche sind nur aufzulösen, indem eine durchgreifende Umverteilung von Einkommen und Vermögen, des Arbeitsvolumens, von Chancen und von individuellen und kollektiven Rechten stattfindet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519530.html>

BAUERN: Zum Abschluß frei (21.04.1986)

Agrarminister Kiechle kann sich nicht durchsetzen, er bekommt nicht genug Geld für sein Bauern-Hilfsprogramm.

„Die kleine Hilfe wird nicht einmal die Bauern beruhigen. Sie sind es ohnehin gewohnt, im sozialen Bereich vom Staat ausgehalten zu werden.“; „Da machen zusätzliche 400 Millionen, aufgeteilt auf alle drei Versicherungszweige, keinen großen Eindruck mehr – zumal der Wirtschaftswert, nach dem das Geld verteilt werden soll, ein denkbar unsozialer Indikator ist. Er zeigt nur Fläche und Viehbestand eines Betriebes auf, sagt aber so gut wie nichts darüber aus, ob es einem Landwirt gutgeht oder ob er am Rande des Existenzminimums wirtschaftet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518230.html>

Bauern: Die Unruhe ist einfach da (05.05.1986)

Europas Landwirtschaft, eine an Absurditäten schwerlich zu übertreffende Veranstaltung, ist unbezahlbar geworden. Und dennoch sind Deutschlands Bauern, die von dem System eigentlich profitieren sollten, verbittert wie wohl noch nie in der Nachkriegszeit: Der Landvolk-Partei CDU/CSU laufen die Wähler weg.

Subventionen, Interessengruppen, Kritik sozial motiviert. „Wirklich helfen würde nur ein radikaler Schnitt: Die Marktordnungen müßten abgeschafft werden, die Preise wieder frei beweglich sein. Die Bauern würden statt dessen staatliche Einkommensaufbesserungen erhalten, je nach Bedürftigkeit. Doch so viel Systemveränderung ist in Agrareuropa nicht durchzusetzen. Und schon gar nicht in der CDU/CSU, in der sonst so gern von Marktwirtschaft geredet wird: Dann bekämen ja plötzlich die kleinen Bauern mehr vom Staat als die großen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516841.html>

NORWEGEN: Kein Silicon Valley (19.05.1986)

Das Öl brachte erheblichen Reichtum, jetzt aber eine schwere Krise. Die Sozialdemokratin Brundtland will sie

meistern.

Wohlfahrtsstaat einerseits erfolgreich, andererseits Modernisierungshemmnis. „Gewiß wurden manche wohlhabender als andere, doch anstößige Privatvermögen, wie sie vor einem Jahrzehnt gerissene Reeder anhäufte, oder gar eine Klasse von Neureichen, die sozialen Neid und Spannungen ausgelöst hätte, entstanden nicht. „Dieses moderne Norwegen“, erkannte Englands ‚Economist‘ lobend an, ‚ist im wesentlichen ein Geschöpf der Sozialdemokratie, der damit das Verdienst für seine unbestrittenen Errungenschaften gebührt‘; „Durchweg jedoch verhinderte die stets vom sozialdemokratischen Credo der Vollbeschäftigung diktierte Finanzpolitik die industrielle Erneuerung. Nach wie vor dominieren, dank staatlicher Zuschüsse, die in manchen Jahren bis zu fünf Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachten, Unternehmen und ganze Branchen, die Massengüter herstellen, wie Stahl und Aluminiumhütten, Zellulose und Papierfabriken sowie Möbelwerke. Werften und Reedereien werden auch in Norwegen inzwischen von der öffentlichen Hand ausgehalten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518502.html>

HOLLAND: Ruud Shock (19.05.1986)**Christdemokrat Lubbers ist der Favorit im Wahlkampf. Zwei Reaktoren will er zunächst nicht bauen.**

„Der Shock hat der niederländischen Wirtschaft offenbar gutgetan. So bescheinigte die OECD den Holländern eine erfolgreiche Politik: Steuerlast und Staatsverschuldung wurden abgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit stieg.“;

„Ebensowenig wie die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA) weiß er freilich ein schlüssiges Rezept, die Arbeitslosigkeit von 14 Prozent zu bekämpfen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518516.html>

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR: Die Maschine muß zur Kasse (26.05.1986)**Von Kampe, Dieter**

Plädoyer für kollektive soziale Sicherung unter Berücksichtigung neoliberaler Positionen zu Steuern und Sozialbeiträgen. „Ein Dauerzustand kann die gegenwärtige Situation nicht sein. Da kommen die Gewinne des technischen Fortschritts fast allein den privaten Unternehmen zugute; die Kosten – der Unterhalt der Arbeitslosen, die soziale Sicherung – trägt die gesamte Gesellschaft.“; „Die neuen Technologien, produktivitätssteigernd und arbeitsplatzvernichtend, sollten gewiß nicht so hart besteuert werden, daß ihr Einsatz nicht mehr lohnt. Einen Teil der Extragewinne – mittels einer Steuer auf die Wertschöpfung der Unternehmen – an den Staat abzuführen, ermöglicht indes soziale Sicherung, ohne die internationale Konkurrenzfähigkeit zu gefährden. Nicht einmal die (durchschnittliche) steuerliche Belastung der Unternehmen, die sicherlich hoch ist, muß dabei zunehmen: Die ungeliebte Gewerbesteuer beispielsweise kann endlich abgeschafft werden; und die Lohnnebenkosten können sinken, weil die vom Arbeitgeber zu tragenden Beiträge zur Rentenversicherung – wegen der neuen Finanzquelle – abnehmen. Die Belastung trifft jene Firmen am härtesten, die am stärksten rationalisieren und die höchsten Produktivitätszuwächse verzeichnen. Die aber können sie auch am leichtesten verkraften. Das ist keine Strafe für den Tüchtigsten, sondern ein partnerschaftliches Teilen der Gewinne mit der Gesellschaft – mit eben jener Gesellschaft, die gewinnträchtiges Produzieren ermöglicht, und die auch die sozialen Folgen trägt. Die Prognose, dies alles sei der Untergang der deutschen Wirtschaft, mußte sich schon die Bismarcksche Sozialgesetzgebung gefallen lassen. Das damalige Experiment hat sich ausgezahlt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519001.html>

AKTIEN: Löcher stopfen (09.06.1986)**Bonn verkaufte Anteilscheine für ein weithin unbekanntes Bundesunternehmen: die Viag. Ein Risikopapier oder eine Perle?**

Benachteiligung von Kleinanlegern, Privatisierung aber unkritisch. „Der dichte Börsenfahrplan vor der Bundestagswahl täuscht darüber hinweg, daß Bonn mit den nach der Wende verkündeten Plänen zur Entstaatlichung nicht weit gekommen ist. Von den rund 170 Firmen, die ganz oder zum Teil dem Bund gehören, sollte der größte Teil, möglichst breit gestreut, unters Volk gebracht werden.“; „Allenfalls noch ein knappes Dutzend steht zum Verkauf an. Auf die Liste kommen nur noch Firmen, für deren Verbleib beim Bund sich keine Lobby stark macht. Perlen wie die Lufthansa oder die Beteiligung am VW-Konzern (20 Prozent) bleiben im Staatsbesitz.“; „Mit breiter Streuung von Volksvermögen hat diese Art von Ausverkauf nichts mehr zu tun: Bei dem Verkauf eines Veba-Pakets von 13,75 Prozent hatte Bonn sich für Kleinanleger wenig attraktive Konditionen ausgedacht. So kamen vor allem Fonds und ausländische Großanleger zum Zuge.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517770.html>

ENTWICKLUNGSHILFE: Geld fürs Klo (16.06.1986)**„Politik-Dialog“ heißt eine angeblich neue Strategie des Entwicklungsministeriums gegenüber der Dritten Welt. Unter dem neuartigen Etikett verbirgt sich Altbekanntes: Bonn weiß alles besser.**

Export marktwirtschaftlicher Ideologie im Eigeninteresse, Bevormundung, Kritik an Subventionen, Protektionismus und Bürokratie. „In der Tat nutzen die Bonner die Chance, ihre marktwirtschaftliche Ideologie zu exportieren – und nicht nur das: Standen sie früher im Verdacht, der Dritten Welt auch dann Hilfe aufzuschwatzen, wenn die solche Almosen

gar nicht wollte, so kann jetzt der Politik-Dialog zum Lehrverhältnis mißraten. Es sieht dann so aus, daß die reichen die armen Länder zu einer Politik drängen, die vorrangig ihren eigenen Konzeptionen entstammt und ihren Interessen entspricht.“; „Die negativen Einflüsse, die aus der Sphäre der Industrieländer die Ökonomie der Dritten Welt bedrängen, bleiben außen vor: Zinsniveau, Schuldenkrise, Protektionismus, verfallene Weltmarktpreise als Folge amerikanischer oder europäischer Agrarpolitik. Von diesen Faktoren, auf die sie keinen Einfluß haben, werden viele Entwicklungsländer stärker geprägt als von jenem, was in ihrer Macht steht. Doch nur das wird vom Norden zum Thema gemacht.“; „Doch Taten folgen den Klagen nicht. Gerade Bonn widersetzt sich allen Versuchen, die europäische Agrarflut durch eine Herabsetzung der Garantiepreise einzudämmen. Mangels konkreter ökonomischer Möglichkeiten offeriert Warnke der Dritten Welt seine Vorstellungen von Marktwirtschaft: ‚Hilfe kann nur wirksam werden in einer stabilen rechtlichen und institutionellen Ordnung mit marktwirtschaftlichen Elementen und Leistungsanreizen.‘ Das hört sich an, als spräche der CSU-Politiker von seiner bayrischen Heimat. Ist wohl auch so gemeint. Ein Reporter der ‚Passauer Neuen Presse‘ berichtete jüngst über ein ‚vorbildliches‘ Projekt in der Dominikanischen Republik, das der Entwicklungshelfeminister persönlich angeregt hatte: ‚Eine Handwerksmeisterschule nach dem Muster wie im fernen Ostbayern.‘“; „Wer sich aber derart auf Wünsche Betroffener einläßt, riskiert Ärger mit dem Ministerium: Die Finanzen sind, da ist die Bürokratie eisern, für Klos bestimmt, mag anderes auch wichtiger sein. Das führt dazu, daß manche nichtstaatliche Entwicklungshilfe-Organisation Geld aus öffentlichen Kassen ablehnt, um der Bevormundung zu entgehen. Oft verhindern bürokratische Vorschriften, daß von Bonn bewilligte Mittel anders oder in anderen Zeitabläufen eingesetzt werden, oder sie erzwingen einen endlosen Papierkrieg. Für die Mitsprache der Betroffenen ist wenig Raum.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518384.html>

HAUSHALT: Rasch verdrängt (07.07.1986)

Obwohl die Konjunktur hinter den Planzahlen herhinkt, schüttet Bonn Milliarden an Trümmerfrauen aus. Die wackelige Finanzierung erinnert an SPD-Zeiten.

Der Staat übernimmt sich finanziell, längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und Konjunkturpolitik eher positiv gesehen. „Die Trümmerfrauen-Gabe erinnerte altgediente Bonner Regierungsbeamte lebhaft an die 70er Jahre. Damals in Überschätzung möglicher Wachstumsraten, hatten sich die Bonner Regierenden reich gerechnet – und die erwarteten Einnahmen der Zukunft großzügig vorab verteilt. Die Finanzkrise blieb nicht aus. Jetzt wiederholt sich alles. Milliardenbelastungen für Jahrzehnte werden beschlossen, ohne daß man weiß, woher das Geld kommen soll. Sozialversicherungsträger und Beitragszahler werden bis an den Rand des Möglichen belastet, obwohl teure Reformen der Rentenversicherung und der Krankenversicherung erst noch bevorstehen.“; „Blüm will länger Arbeitslosengeld zahlen und damit die Arbeitslosen vor dem Sturz in Stoltenbergs Arbeitslosenhilfe bewahren. So löblich es ist, daß Langzeitarbeitslose in Zukunft ihren Versicherungsschutz länger genießen können: Der Plan, Stoltenberg jedes Jahr auf unbestimmte Zeit mit 2,6 Milliarden Mark zu entlasten, führt dazu, daß Nürnberger Reserven aufgezehrt werden. Das Arbeitslosengeld aus Nürnberg verschlingt weit höhere Beträge als Stoltenbergs vergleichbare Arbeitslosenhilfe: Statt 2,6 Milliarden Mark sind es über vier Milliarden. Das ist in den nächsten zwei, drei Jahren gerade noch zu bezahlen.“; „Aber, wie immer häufiger auch Ökonomen in der Regierung, deutete Pöhl an, daß es schon bald nötig sein könnte, etwas für die Konjunktur zu tun. Wenn die Wirtschaft nicht mehr laufe, dann sei es ‚mittelfristig notwendig‘, den Bundesetat stärker wachsen zu lassen. Kohls Mannschaft ist dabei, die Reserven dafür aufzubrechen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517483.html>

WOHNUNGSBAU: Besser verzichten (28.07.1986)

In der Bonner Regierung wächst die Neigung, das Bauministerium abzuschaffen. Dabei gäbe es allerlei zu tun.

Bürokratie, soziale Kritik. „Doch der Termin verstrich am 30. Juni dieses Jahres, ohne daß sich etwas geändert hatte. Kleinlaut gab die Bundesregierung zu, sie habe noch kein Gesetz erarbeitet, das den Millionen-Blödsinn abstellt. Conradis Geschichte vom Wohngeld und der Sozialhilfe ist kennzeichnend für deutsche Wohnungspolitik: ein Wust von Gesetzen, die sich gegenseitig stören – viel Verwaltung, wenig Politik.“; „Derzeit gibt es noch rund vier Millionen öffentlich geförderte Mietwohnungen. Anfang der 90er Jahre wird die Hälfte davon verschwunden sein: abgerissen, in Eigentumswohnungen umgewidmet oder in den freien Wohnungsmarkt überführt. Für den Bonner Wohnungsbauminister bleibt dabei nichts zu tun. Natürlich gäbe es für Schneider noch Arbeit – wenn er sich als Wohnungspolitiker und nicht allein als Vollstrecker der reinen Marktlehre verstehen würde. Um die Mieter, sagt Schneider, muß die Politik sich nicht mehr kümmern: Das mache nicht länger ‚die subventionierte Bürokratie, sondern nur der Markt‘. Der nämlich ‚weiß genau, wann, wo und wieviel investiert werden soll, um der Wohnungsnachfrage gerecht zu werden‘. Die heile Mieterwelt des Oscar Schneider – ‚ein hohes Wohnungsangebot, außergewöhnlich niedrige Mietsteigerung, Auswahlmöglichkeiten für Mieter werden größer‘ – sieht bei genauerer Betrachtung weit unfreundlicher aus.“; „Vor allem fehlen Wohnungen, die weniger begüterte Menschen bezahlen können.“; „Diesen Entwicklungstendenzen auf der Angebotsseite hat die Wohnungspolitik zur Zeit kein Konzept entgegenzusetzen“, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest. Im Gegenteil. Bonn will künftig noch mehr denen helfen, die es weniger nötig haben.“; „Ein inzwischen aus dem Dienst geschiedener früherer Abteilungsleiter: ‚Ich habe vor zehn, fünfzehn Jahren schon gesagt, ein eigenes Ministerium für die Wohnungspolitik braucht es eigentlich nicht.‘ Dietrich Sperling, SPD-Abgeordneter und von 1978 bis Oktober 1982 Parlamentarischer Staatssekretär im Bauministerium, hat

den damaligen Kanzler Schmidt mal nach dem Sinn eines Ressorts gefragt, das wenig zu sagen hat. Schmidts Antwort war deutlich: Der ‚propagandistische Effekt‘ eines Sozialdemokraten, der ‚für die Mieter sorgt‘, sei Begründung genug. Heute gilt selbst diese dürre Begründung nicht mehr.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519527.html>

SUBVENTIONEN: Freiwillig bedient (11.08.1986) ■

Der Subventionismus greift um sich. Ein besonders anschaulicher Fall: die über 100 Millionen Staats-Mark für den Bau einer neuen Daimler-Benz-Fabrik.

Subventionen, Interessengruppen, schiefe Einkommensverteilung, Inkonsequenz der „Marktwirtschaftler“.

„Ausgerechnet Daimler-Benz, das größte und das gewinnträchtigste Industrieunternehmen in der Bundesrepublik, wird demnächst mit 120 bis 140 Millionen Mark aus der Stuttgarter Staatskasse bedient. Für ein weiteres Pkw-Werk im badischen Rastatt richtet die Späth-Regierung dem Unternehmen zum Nulltarif das Gelände her. Auf Staatskosten werden eine Auenlandschaft trockengelegt und ein Kanal umgeleitet, werden Straßen- und Eisenbahnanschlüsse gebaut. ‚Eine Reihe von unterstützenden Leistungen im Bereich der Infrastruktur‘, heißt das im gestelzten Amtsdeutsch des Stuttgarter Staatsministeriums.“; „Es ist wohl mehr; ein besonders gelungenes Lehrstück über das gutgeschmierte Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik. Ein Stück, das vorführt, mit welcher Selbstverständlichkeit Unternehmens-Führer inzwischen ihre Bilanzen mit öffentlichen Millionen verfeinern; und das anschaulich demonstriert, mit welcher Eilfertigkeit die Politiker-Elite heutzutage die schiefe Vermögensverteilung noch etwas schiefer macht.“; „Ein üblicher Vorgang ist es allerdings auch. Die 25 Millionen, die das Land Schleswig-Holstein gerade bei dem erfolglosen Rettungsversuch der Harmstorf-Werften ausgeworfen hat; die 320 Millionen, die Forschungsminister Heinz Riesenhuber vergangenes Jahr den prosperierenden Firmen Siemens und Philips für die Entwicklung von Super-Chips drauflegte; die 150 Millionen, die BMW für sein neues Werk vom Freistaat Bayern kassiert: Die da geben, sind allesamt Politiker, die regelmäßig die Gebote der reinen Marktwirtschaftslehre herunterbeten. Und die da nehmen, sind alles Manager, die normalerweise den Staat ganz weit weg haben wollen.“; „So ist das eben bei dem Spiel, das Wirtschaft und Politik miteinander treiben: Selbst wenn sich der Standort ohne jede staatliche Alimentation rechnet; selbst wenn mit niemandem sonst über ein anderes Baugelände verhandelt wird; selbst wenn Daimler Benz-Finanzchef Edzard Reuter über elf Milliarden Mark an flüssigen Mitteln verfügt – selbst dann legt die Landesregierung noch mal über 100 Millionen Mark drauf. Möglich wird so leichtes Mitnehmen in einem Umfeld, in dem die Standortwahl der Unternehmen mehr als fast alle politischen Entscheidungen die Lebenschancen eines Landstrichs bestimmt. Wer Arbeitsplätze bietet, der braucht nicht mal mehr die Gegenleistung zu fordern. Der wird freiwillig bedient – aus Angst, er könnte doch noch woanders siedeln; als Dank für die segensreiche Entscheidung.“; „Die Subventionierung selbst bestens verdienender Unternehmen ist längst Bestandteil des politischen Systems. Jede Gemeinde und jedes Bundesland leistet sich Experten für die sogenannte Wirtschaftsförderung. Ihre Aufgabe besteht schlicht darin, der Nachbargemeinde oder dem Nachbarland einen Ansiedlungswilligen abspenstig zu machen. Mit einem Höchstmaß an Subventionen natürlich: mit Investitionszuschüssen oder Steuervergünstigungen, mit billigem Boden oder mit Energie zu Discount-Tarifen.“; „Es gehört offenkundig zu den Wesenselementen demokratischer Industriegesellschaften, daß die staatlichen Zuwendungen für einzelne Gruppen mit unerbittlicher Gesetzmäßigkeit steigen – allen frommen Sprüchen der Wendepolitiker zum Trotz. Der Bonner Wirtschafts-Sachverständigenrat hat da wohl richtig beobachtet. Die Professoren befanden in ihrem letzten Jahresgutachten: ‚Im Kampf gegen die Subventionen scheint sich vielfach Resignation breitzumachen.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518694.html>

Herr, sie wissen nicht, was sie tun (22.09.1986)

Glauben konnte, wollte es zunächst keiner: Die Neue Heimat, verhökert. Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte verkaufte jemand eine Firma unter so obskuren Umständen wie jetzt der DGB. Die Affäre Neue Heimat ist noch nicht zu Ende.

Kritik an Gewerkschaften, Verdienste der Gewerkschaften. „All die vielen Bücher und Broschüren, die im Gewerkschaftsauftrag die Ideologie der sogenannten Gemeinwirtschaft besingen, sollten schleunigst aus den Regalen der DGB-Bibliotheken geräumt werden. Der Moral-miefende Kapitalismus der Gewerkschaften unterscheidet sich von dem gewöhnlichen nur durch sein Ausmaß an Heuchelei.“; „Trotz aller krummen Dinger, die der gefeuerte und inzwischen verstorbene NH-Chef Alber Vietor und seine Genossen gefingert hatten, galt eines immer noch unbestritten: Die Beseitigung der Wohnungsnot nach dem Krieg, der Bau von hunderttausend Sozialwohnungen für die weniger begüterten Bundesbürger war das Verdienst des Gewerkschaftskonzerns. Welchen wirtschaftlichen Unfug auch immer Vietor in seinem Höhenrausch angestellt haben mochte – Luxuswohnungen in Paris, ein Hotel in Monaco oder die Anschaffung ausgedehnter Ländereien in Südamerika – die preiswerten Mieten in den bundesdeutschen Sozialwohnungen kamen den Bewohnern jeden Monat zugute.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520661.html>

Jetzt geht es ums Gestalten (13.10.1986) ■

Auf dem Mainzer Parteitag beschwor die Union eine goldene Zukunft unter CDU-Regiment. Über die

Finanzprobleme der nächsten Regierungszeit – Milliarden für Steuer- und Rentenreform, für Bundeswehr und Bauern – wurde nicht geredet. Näher liegt ein Vorhaben, nach der Wahl gegen den Willen des Kanzlers den Partei-Rechten Alfred Dregger als Fraktionschef abzulösen und durch den eher linken Norbert Blüm zu ersetzen. Dessen Nachfolger als Arbeitsminister will dann Parteimanager Heiner Geißler werden.

Subventionen, Interessengruppen, Steuersenkungspläne ironisch dargestellt. „Zentrales Reformvorhaben, nur darüber herrscht Einigkeit, soll die große Steuerreform sein – ein wahres Wunderwerk: Leistung soll sich lohnen. Gerechtigkeit für jedermann und trotzdem weniger Bürokratie. Dabei ist bislang nicht mal klar, mit wieviel Steuerersparnis Unternehmer und Arbeitnehmer rechnen dürfen ...“; „Auf die Fraktion kommt die Forderung zu, endlich den Wildwuchs der Subventionen zu beschneiden, ein Vorhaben, das Mut verlangt: Die Abgeordneten müssen zulassen, daß es ihrer Klientel an den Geldbeutel geht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520031.html>

Sie wird immer absurder, läuft sich einfach tot (20.10.1986)

Von Kaden, Wolfgang

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Kaden über Hazel Hendersons „Das Ende der Ökonomie“ Hazel Henderson arbeitet an der Universität von Florida als Zukunftsforscherin.

Kritik an aktueller Wirtschaftsweise, aber Mangel an Alternativen. „Es ist ja richtig, daß die Marktpreise ein höchst unbefriedigendes Instrument sind, um den Wert von Gütern zu messen. Marktpreise drücken nur die augenblickliche Knappheitssituation aus; sie lassen die Zeitdimension weitgehend unberücksichtigt.“; „Doch so unvollkommen der Preismechanismus auch ist: Ein Ersatz für diese Methode der Wertmessung wurde bislang noch nicht gefunden. Zentral gelenkte Wirtschaften wie die des Ostblocks bezahlen den Verzicht auf freie Preise mit gewaltiger Ressourcenverschwendung und Mißwirtschaft.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520972.html>

SPIEGEL Gespräch: Manche Länder haben keine Ordnung geschafft (10.11.1986)

Von Schlamp, H.-J. und Kiessler, R.

Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke über die Wende in der deutschen Entwicklungspolitik

Eigennützige Entwicklungspolitik, Kritik der Agrarpolitik. „SPIEGEL: Und Sie haben das, was Sie als sozialistische Fehlentwicklung kritisieren, ersetzt durch privatwirtschaftliche – wir sagen mal: ‚kapitalistische‘ – Rezepte?“; „SPIEGEL: Und Tansania, zum Beispiel, bekam neues Geld nur gegen wirtschaftspolitische Veränderungen.“; „SPIEGEL: Wer sich auf den Pfad marktwirtschaftlicher Tugenden begibt, der darf auch mit mehr Hilfe aus Bonn rechnen?“; „SPIEGEL: Nicht so bescheiden, Herr Minister. Sie haben doch das entwicklungspolitische Instrumentarium so umgebaut, daß deutsche Firmen heute besser vom Dritte-Welt-Geschäft profitieren als je zuvor. Ihr Konzept, die Entwicklungshilfe für die Armen müsse für die reiche Bundesrepublik beschäftigungswirksam erfolgen, schützt Sie vor ausländischer Konkurrenz. Diese Verknüpfung ist doch eine ‚fundamentale Kurskorrektur‘.“; „SPIEGEL: Sie reden ja auch meist mit den Falschen – mit dem Staat und den Eliten. Die verfolgen oft nur eigene Interessen.“; „SPIEGEL: Wenn, wie derzeit, mehr Kapital aus den armen Ländern in die reichen Länder fließt als umgekehrt, dann ist das doch wohl das Gegenteil von Entwicklungshilfe. Aus freien Stücken beteiligen sich die Armen dieser Welt kaum an der Finanzierung der amerikanischen Haushaltsdefizite.“; „SPIEGEL: Es könnte der Grund sein, daß die einen reich und die anderen arm bleiben, weil die Reichen die Chance haben, das angeblich freie Spiel der Kräfte immer dann außer Kraft zu setzen, wenn es ihnen gerade paßt. Die armen Länder dieser Erde haben diese Chance aufgrund ihrer mangelnden ökonomischen Kraft nicht.“; „SPIEGEL: Herr Warnke, Sie kritisieren die Auswüchse des EG-Agrarmarktes. Unter der unsinnigen Überschußpolitik leidet vor allem die Dritte Welt. Was tun Sie dagegen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520587.html>

Können nur die Mammuts überleben? (01.12.1986)

Deutschlands Unternehmer im Fusionsfieber: Die Konzentration beschleunigt sich von Jahr zu Jahr Die AEG geht an Daimler-Benz, Rheinmetall kauft Pierburg, Orenstein & Koppel steigt bei den Faun-Werken ein – Schlagzeilen aus den letzten zwölf Monaten. Beim gegenwärtigen Konzentrationstempo werden täglich zwei Unternehmen von einem Konzern geschluckt. Und mit jeder Fusion wird der Wettbewerb noch weicher.

Ordoliberaler Sicht; aber Konzentrationstendenz mit Marx erklärt, kritische Sicht auf Wirtschaftseliten. „Der Wettbewerb liefert den Treibstoff einer dynamischen Wirtschaft. Er sorgt für neue Produkte und für verbesserte Herstellungsverfahren, er hilft Preise und Kosten zu drücken. Wettbewerb und eine bunte Unternehmensvielfalt bieten noch einiges mehr. In einem politischen Gebilde, in dem Mandate immer nur auf Zeit vergeben werden, hilft die Konkurrenz, eine übermäßige Konzentration von Herrschaftsgewalt in den Unternehmen zu verhindern. Wo die ökonomische Verfügungsgewalt auf einige Dutzend Spitzenmanager aus Banken, Handelsunternehmen und Produktionsbetrieben konzentriert ist, da wächst eine zu starke Gegenmacht zu den staatlichen Organen; da regieren am Ende Leute, deren Herrschaft kaum kontrolliert ist. Es war schon eine richtige Erkenntnis, die neoliberale Ökonomen aus der faschistischen Ära mitbrachten: Demokratie und Wettbewerbswirtschaft bedingen einander.“; „Die Bonner Unionspolitiker, angeblich stets der Marktwirtschaft verpflichtet, schweigen sich hierzu aus. Es waren zwei

Spitzenbeamte, beide noch unter dem Erzliberalen Ludwig Erhard großgeworden, die in den letzten Monaten offen sagten, was Sache ist. Staatssekretär Otto Schlecht aus dem Wirtschaftsministerium, ein Ökonom der liberalen Freiburger Schule, mahnte die Politiker: Bei der anhaltenden Konzentration könnten ‚Gebilde entstehen, die leicht zum Staat im Staate werden‘. Wolfgang Kartte, der quirlige Präsident des Bundeskartellamts, fragte: ‚Haben die Banken und Industrie-Konzerne mit ihrer enormen Macht überhaupt noch die marktwirtschaftliche Ordnung im Hinterkopf?‘ Kartte wie Schlecht gingen bei ihren Attacken vor allem die Banken an, die ihre Schlüsselstellung im westdeutschen Gemeinwesen häufig zu Mittlerdiensten in Fusionsfällen nützen. Wie mächtig die Herren des Geldgewerbes sind, bekamen beide dann auch gleich zu spüren. Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, beschwerte sich bei Helmut Kohl über die Kritiker.“; „Er sei ‚der größte Arbeitgeber des Landes Nordrhein-Westfalen‘, stellte sich Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder dem Düsseldorfer Ministerpräsidenten vor. Johannes Rau verstand.“; „Vieles deutet darauf hin, daß es in privatwirtschaftlichen Systemen tatsächlich eine Gesetzmäßigkeit gibt, die zu einer ständig wachsenden Zusammenballung von Produktion und Finanzkraft führt. Karl Marx, der als erster die These der zunehmenden Konzentration aufstellte, behält so immerhin mit einer seiner vielen Voraussagen recht.“; „Für den Gleichklang der Interessen sorgen nicht zuletzt die vielfältigen personellen Verbindungen. Freundschaften werden gepflegt, gute Beziehungen zahlen sich immer aus. Das geschieht nicht mehr so häufig auf der Jagd, wie das früher üblich war, statt dessen auf den Golfplätzen, bei den Rotariern, am Rande von Aufsichtsratssitzungen und auf informellen Branchen-Kränzchen. Dort werden Posten geschoben, Aufträge hereingeholt, und manches, was Herr Kartte besser nicht wissen sollte, wird dort abgesprochen.“; „Es sind nicht viele, die in den obersten Zirkeln mitreden dürfen. Stets fallen, wenn es um Wichtiges geht, die gleichen Namen. Auf rund 100 schätzen Kenner den Kreis dieser Wirtschaftsführer.“; „Übermäßig entwickelt scheint das Bewußtsein für den Erhalt der Wettbewerbsordnung in der bundesdeutschen Polit- und Managerelite jedenfalls nicht zu sein: Die Regeln der Wettbewerbsordnung haben im Moralkodex des Establishments offenbar einen noch niedrigeren Stellenwert als steuerliche Ehrlichkeit. Was soll’s auch? Gern verweisen die Sünder darauf, daß der Wettbewerb noch längst nicht ausgestorben sei und daß die deutsche Wirtschaft mitnichten von Monopolisten beherrscht werde. Richtig daran ist: Auf vielen Märkten wird nach wie vor hart um die Kundschaft gekämpft; und wo es an ernst zu nehmenden inländischen Konkurrenten mangelt, da treten vielfach ausländische Firmen an. Wettbewerbswächter wie Kartte sind nicht so naiv, daß sie Märkte mit vollständiger Konkurrenz – wo keiner der Anbieter den Preis beeinflussen kann – für einen in der Breite des Industriespektrums erreichbaren Zustand halten. Doch die Wettbewerbsfreunde warnen zu Recht davor, daß sich die wirtschaftliche Wirklichkeit mit beängstigender Beharrlichkeit immer weiter vom Ideal der reinen Konkurrenz wegbewegt – Richtung Oligopol zumeist, Richtung Monopol zuweilen.“; „Die Bewahrung des gesetzlichen Status quo wäre schon ein Erfolg, im Vergleich jedenfalls zu dem, was die Industriellen von Bonn erwarten: Des ‚internationalen Wettbewerbs wegen‘, so meinte Industrieverbandspräsident Hans Joachim Langmann allen Ernstes, müsse das deutsche Fusionsrecht entschärft werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519898.html>

XV. „Spiegel“-Artikel von 1990 mit gemischter Botschaft

Wohnungen: Der Milliarden-Bluff (01.01.1990)

Durch den Zuzug Hunderttausender Aus- und Übersiedler ist der Wohnungsmangel zur Wohnungsnot geworden. Das Angebot, dem sich suchende Mieter gegenübersehen, geht gegen Null, und was vorhanden ist, können die meisten nicht bezahlen. Das teure Programm der Bundesregierung wird daran wenig ändern.

Größere Staatsausgaben erforderlich, aber Kritik an staatlicher Fehlsteuerung. „In einem der reichsten Länder der Erde ist ein erbarmungsloser Verteilungskampf entbrannt: Die Finanzstarken leisten sich immer mehr Wohnraum, die Schwächeren müssen sich bescheiden.“; „Bonns Bauprogramme sind zu mager ausgestattet, in der Konzeption teils unsinnig, teils sogar problemverschärfend. Die Christliberalen servieren zahlungskräftigen Bau-Investoren üppige Steuergeschenke – einen auch nur statistisch ausgeglichenen Wohnungsmarkt handeln sie für das viele Geld nicht ein.“; „Eine echte Sozialwohnung mit langfristigen Miet- und Belegungsbindungen erfordert einen staatlichen Kapitaleinsatz von durchschnittlich 100 000 Mark – weit mehr, als Bonn bereitstellt.“; „Kaum jemand wird in Hamburg, Köln oder München des Bonner Steuergeschenks wegen eine neue Sozialwohnung bauen. ‚Fehlsteuerung‘ nennt ein hoher Beamter des Finanzministeriums das Konzept seiner Oberen. Diese Bewertung trifft wohl auch für Bonns Scheunenprogramm zu: Wer Ställe oder Heuböden zu Sozialwohnungen ausbaut, darf diese nicht nur steuerfrei aus dem Betriebs- ins Privatvermögen transferieren, er bekommt dazu noch hohe Steuervorteile. Die Bauern warten schon, um für ihre Kinder Wohnungen auf Staatskosten zu errichten.“; „Was der Union die Bauern, sind den Liberalen die stets auf steuermindernde Kapitalanlagen erpichten Freiberufler. Ihnen sicherte die FDP – unter dem Deckmantel, Wohnungen für die unteren Schichten zu schaffen – eine hübsche Abschreibungsmöglichkeit: das Bauherrenmodell bei denkmalgeschützten Gebäuden.“; „Die Bundesregierung wird wesentlich mehr Geld lockermachen müssen, will sie ihr Ziel erreichen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13496407.html>

Von der BRD lernen? (15.01.1990)

Klaus von Dohnanyi: „Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre“ (I)

Freiheit heißt Wettbewerb, politische Dezentralisierung und Widerstand gegen Interessengruppen nötig; aber Markt lässt sich durch Interventionen erfolgreich sozial einhegen. „Denn daß Freiheit immer auch Wettbewerb bedeutet und daß Rivalität wohl ein Grundprinzip menschlichen Seins ist, das dürfen Sie und wir nicht verschweigen und nicht übersehen. Gibt man den Menschen mehr persönliche Freiheit, dann entsteht durch diesen Wind der Freiheit auch ein rauheres Klima. Und auch Sie werden nicht beides zugleich haben können: die Freiheiten einer demokratischen Gesellschaft und die Sicherheit und den ruhigen Pulsschlag eines Verteilungsstaats. Ich denke, Sie haben sich entschieden für mehr Freiheit. Und damit – man mag es bedauern, aber es ist nun einmal zwangsläufig so – für mehr Wettbewerb.“; „Und doch ist es nicht richtig, daß jede offene Gesellschaft auch eine Ellenbogen-Gesellschaft sein muß. Dann wäre es die schwedische oder die dänische Gesellschaft ja auch. Nicht anders als die Gesellschaft in unserem Teil Deutschlands. Doch ganz anders als zum Beispiel in den USA, in Großbritannien oder auch zum Teil noch in Frankreich haben wir in der Bundesrepublik (darin sehr viel ähnlicher den skandinavischen Ländern) in unserer Gesetzgebung (wenn auch leider noch nicht in einem skandinavischen Klima der Toleranz) eine soziale Gesellschaft entwickelt, aus der wir den Wettbewerbsdruck der Freiheit zwar nicht verbannen können, die sich aber dennoch nicht im Wettbewerb erschöpft. Die BRD ist der Versuch, Freiheit, Gleichheit und Solidarität in ein neues menschliches Verhältnis zueinander zu bringen.“; „Ich meine deswegen, Ihre Verfassungsfachleute sollten sich gerade mit Blick auf die notwendige Flexibilität moderner Politik im Rahmen der europäischen Integration mehr mit dem Föderalismus-Modell der Schweiz und der USA als mit dem der BRD befassen. Dabei würde ich heute immer dem Grundsatz folgen: im Zweifel für die Dezentralisation. Denn je mehr wirkliche Verantwortung bei den Ländern und Gemeinden liegt, desto besser am Ende auch für den Bund.“; „Es gibt in allen Großstädten der BRD banausenhafte Machtgruppen, die um alles in der Welt mit ihren neuen Standard-Sozialbauten ersetzen wollen, was über Jahrhunderte vielfältig und gemütlich gewachsen war. Leerstehende Häuser (leider auch solche im städtischen Besitz) sollten gelegentlich sogar absichtlich verfallen, nur um so rentableren Neubauten Platz zu machen. Hinter dieser ‚Neubau um jeden Preis‘-Bewegung standen und stehen nicht nur die Bauunternehmen, sondern leider manchmal auch die Baugewerkschaften.“; „Das allerdings ist teuer, und das muß deswegen subventioniert werden. Da die Stadtfinanzen bei uns meist knapp sind, kommt es also darauf an: Was wird staatlich subventioniert? Mir scheint es dann wichtiger, die Bürger zahlen eine angemessene Miete und zum Beispiel einen echten Brotpreis, damit das knappe Subventionsgeld unter anderem auf den Bereich konzentriert werden kann, der die Städte ökologisch gefährdet: auf das Verkehrssystem.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497995.html>

Heute Daniel, morgen Fidel (05.03.1990)

Nach dem sensationellen Wahlsieg der nicaraguanischen Opposition über die Sandinisten zittern Lateinamerikas Revolutionäre, und die Politiker in Washington jubeln. Doch nun kommt die Rechnung: Wahlsiegerin Chamorro fordert Soforthilfe von den USA, die mit ihrer Wirtschaftsblockade das Land ruiniert haben.

Marxistische Misswirtschaft, aber trügerische Hoffnung auf schnellen Wohlstand durch dessen Abschaffung; kritisch gegen USA. „Nach beinahe elf Jahren, in denen die mittelamerikanischen Revolutionäre versucht hatten, das Bauernland Nicaragua in ein marxistisches Modell für die verarmte Region zu wandeln, kehrten Nicaraguas Wähler ihnen den Rücken und vertrauten die Zukunft des kriegszerstörten Landes einer politisch unerfahrenen Großmutter an. Das Scheitern der Sandinisten schockte Linke in aller Welt. Fassungslos weinten viele ‚Internacionalistas‘, als Daniel Ortega seine Niederlage eingestand. Mit ihrem Einsatz als Ärzte und Krankenschwestern, als Kaffeepflücker und Wasserbauingenieure hatten sie versucht, dem Land eine Überlebenschance zu bieten.“; „Im Würgegriff der Weltmacht USA und durch marxistische Mißwirtschaft waren die Reallöhne seit 1981 um 90 Prozent gefallen. Astronomische Inflationsraten – 36 000 Prozent 1988, 1700 Prozent 1989 – plagten das kriegsverwüstete Land. ‚Über schwierige wirtschaftliche Zusammenhänge‘ habe er sich ‚nie‘ den Kopf zerbrochen, bekannte rückblickend Vizepräsident Sergio RamÍrez.“; „Falls Siegerin Chamorro die sandinistische Kommandowirtschaft zu demontieren versucht, wird sie mit dem Widerstand der Gewerkschaften, der Streitkräfte und anderer Massenorganisationen der bisher Regierenden konfrontiert werden: Nahezu unentwirrbar ist der Frente Sandinista mit Staat und Wirtschaft verknüpft. Notfalls würden die Sandinisten eben ‚von unten regieren‘, kündigte Daniel Ortega bereits an.“; „Dona Violeta, hohes Kenner der US-Außenpolitik, tue gut daran, sich mit dem Schicksal von Grenada vertraut zu machen. Nach dem US-Einmarsch 1983 habe Washington dem Inselvolk eine großartige Zukunft versprochen. Amerikanische Unternehmer sollten das erschöpfte Land durch steuerbegünstigte Investitionen wieder auf Trab bringen. Daraus wurde nichts. Heute ist die Insel so arm wie zuvor.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497272.html>

Zu laut gefeiert (12.03.1990)

Von Kaden, Wolfgang

Erfolg des Kapitalismus unbestreitbar, aus ökologischen Gründen in Zukunft aber mehr statt weniger Staat erforderlich. „Das war er also, der Endsieg des Kapitalismus? Selbst jene, die den östlichen Planwirtschaftlern seit jeher die Aussicht auf Erfolg bestritten haben, sind perplex über das Desaster, das sie heute jenseits der alten ost-westlichen Demarkationslinie besichtigen. Der Wettkampf der Systeme endete mit einem unanfechtbaren Resultat. Nun also haben all die Gelehrten Hochkonjunktur, die den Unwissenden hüben und drüben verklaren können, warum die Marktwirtschaft so unbezwingbar ist. Nur freie Preise, so wird (zu Recht) doziert, schaffen es, die unendlich vielen Wünsche von Konsumenten mit dem Angebot der Produzenten in Übereinstimmung zu bringen; nur der Wettbewerb treibt alle Teilnehmer der Veranstaltung Wirtschaft zu immer neuen Höchstleistungen.“; „Unbestreitbar war und ist, daß der ökonomische Liberalismus wie kein anderes System die Möglichkeiten von Naturwissenschaft und Technik ausschöpft; daß die marktwirtschaftliche Organisation zumindest einem Teil der Menschheit einen phantastischen Wohlstand beschert hat. Ein schier unheimlicher Drang zum Immer-Mehr wohnt dieser Wirtschaftsverfassung inne. Ständiges Wachstum, das in der Natur zum Untergang führt, scheint ein Wesenselement freien, industriellen Schaffens zu sein. Markt und Stillstand sind nicht miteinander zu vereinbaren.“; „So rotiert sie denn mit immer höheren Drehzahlen, diese industrielle Mega-Maschine – eine Konstruktion, die, wie der Wirtschaftswissenschaftler Peter Ulrich schreibt, inzwischen ‚insgeheim als natürliche Schöpfung vergöttert und quasi religiös tabuisiert, das heißt dem Anspruch der Gestaltung in rationaler Politik entzogen wird‘. Laissez-faire, laissez-aller – Laufenlassen ist nach dem Crash der Zentralverwaltungswirtschaften mehr denn je die Maxime. Weniger noch als vor der Wende im Osten haben jetzt jene eine Chance, die das Tempo der alles platt drückenden Industrierwalze verlangsamen, die der Plünderung des Planeten und der Selbstvernichtung des Menschen Einhalt gebieten wollen.“; „Der marktwirtschaftliche Mechanismus, auf immerwährendes Wachstum angelegt, steht heute konkurrenzlos da. Es zeichnet sich keine Wirtschaftsverfassung ab, die dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang verschafft, die Ökologie und Ökonomie miteinander verbindet. Doch allem Siegesgeheul zum Trotz: Keine politische oder ökonomische Ordnung ward je für die Ewigkeit gezimmert. Die Menschheit wird sich, will sie nicht an ihrem Wachstumswahn zugrunde gehen, zur Selbstbeschränkung durchringen müssen. Das erfordert eine gesellschaftliche Übereinkunft; das bringt nicht weniger, sondern mehr Staat.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497989.html>

Sowjetunion: Letzte Chance (26.03.1990)

Gegen die drohende Versorgungskatastrophe will Präsident Gorbatschow die Marktwirtschaft einführen – binnen drei Monaten.

Vor- und Nachteile des abrupten Systemwechsels in Polen. „Auch ein Vorbild für ihre Notoperation am todkranken Patienten glauben die Wissenschaftler nun endlich ermittelt zu haben: Polen, den westlichen Nachbarn im ehemals sozialistischen Lager. Dort hat die nichtkommunistische Regierung voriges Jahr eine zerrüttete, total überwachte Kommandowirtschaft sowjetischen Zuschnitts kurzerhand außer Kraft gesetzt: Staatsmonopole werden aufgelöst, Preise freigegeben, das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht nur erlaubt, sondern gefördert, Subventionen gestrichen und westliche Investoren mit liberalen Zugeständnissen ins Land gebeten. Die Folgen der polnischen Lösung können Sowjetbürger seit Jahresbeginn regelmäßig in Fernsehreportagen betrachten: ‚Es gibt wieder alles zu kaufen, selbst ehemalige Mangelgüter wie Autos, Benzin, Fleisch und Wurst‘ – lautet die für Sowjetbürger schier unglaubliche Botschaft. Die Kehrseite des Wandels in Polen wird mangels Vorstellungsvermögen ebenfalls kaum für wahr gehalten: ‚Längst nicht alle können sich das Angebot leisten; die Zahl der Arbeitslosen wächst, wenn auch langsamer als

befürchtet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499624.html>

Dann bricht alles zusammen (07.05.1990)

Als Heilsbringer wurde die D-Mark in der DDR gefeiert, doch erst mal bringt das neue Geld Unheil übers Land – die Wirtschaft steht vor dem Kollaps, Wirtschaftsexperten befürchten ein Millionenheer von Arbeitslosen.

Bundesdeutsche Unternehmen scheuen, allen Ankündigungen zum Trotz, nötige Großinvestitionen in der DDR.

Erfolg der Marktwirtschaft gewiss, aber staatliche Unterstützung nötig. „Der marktwirtschaftliche Urknall, kein Zweifel, wird in der DDR Kräfte freisetzen; er wird das östliche Deutschland allmählich an das Wohlstandsniveau des westlichen heranführen. Doch völlig ungewiß ist, wie schnell dies geschieht; völlig ungewiß auch, wie groß die durch noch so sorgsame Politik nicht zu vermeidenden Reibungsverluste nach dem Umstellungs-Schock sein werden.“; „Die Vorstellung, daß nun die wundersamen Kräfte des Markts alles richten werden, geht in die Irre. Die Obrigkeit, die sich in der DDR als Unternehmer verabschiedet hat, bleibt als Beschützer gefragt. Der Staat ist in der Pflicht, wenn DDR-Arbeitnehmer auf die Anforderungen einer modernen Wirtschaft umgeschult werden. Der Staat wird, solange es noch innerdeutsche Grenzen gibt, nicht umhin können, zumindest der Landwirtschaft mit Einfuhrlicenzen den Systemwechsel zu erleichtern; schließlich wird die Nahrungsproduktion auch im Westen vor außereuropäischer Konkurrenz geschützt. Doch der Staat muß auch zahlen. Gefragt sind schnelle Geldspritzen, um in den nächsten Monaten den Unternehmen das Nötigste zu geben; benötigt werden langfristige Investitionsmittel, um auf mittlere Sicht die Chance zum Anschluß an westliche Produktivitätsnormen zu finden. Wer zahlt, ist längst klar. Die Bonner Regierung muß Übergangssubventionen gewähren. Und sie muß Kredite der Geschäftsbanken verbürgen; denn die Banker, die sich nun zwischen Rostock und Zwickau mit ihren Filialen breitmachen, werden auch in der DDR kein Geld verschenken.“; „Theo Waigel, der Bonner CSU-Kassenwart, sieht den Sachverhalt ganz anders. ‚Nach dem 1. Juli‘, verkündete er markig auf dem Bankentag, ‚sind die Betriebe selbst für ihre Absatz- und Erfolgchancen verantwortlich.‘ Doch da wird sich der Finanzminister noch wundern.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498119.html>

Ewiges Wachstum? (21.05.1990)

Die bundesdeutsche Wirtschaft blüht, vier Prozent Produktions-Plus sind in diesem Jahr drin. Ist die immerwährende Prosperität ausgebrochen, sind Rezessionen abgeschafft? Sieben Jahre währt der Aufschwung, und ein Ende dieser Rekord-Konjunktur zeichnet sich nicht ab. Die Grenzen im Westen und im Osten Europas fallen – Signale für weitere Wachstums-Feste.

Soziale und ökologische Folgen der aktuellen Wirtschaftsweise; gute Konjunktur geht zumindest z.T. auf Angebotspolitik zurück. „Die ökologischen und sozialen Probleme des immerwährenden Wachstums sind zwar nicht gelöst, aber erfolgreich verdrängt.“; „Die kapitalistische Welt hat nicht nur das real-sozialistische Gegenmodell ein für allemal aus dem Feld geschlagen. Es sieht so aus, als sei sie zugleich über ihre eigenen ökonomischen Schatten gesprungen. Alles scheint widerlegt oder unbegründet – die Thesen vom dauerhaften Fall der Profitraten, die Sorgen vor Überproduktionskrisen, die Erwartungen vom Niedergang der europäischen und nordamerikanischen Industriezentren. Erfüllt sich der alte Traum der Wirtschaftspolitik: kein Auf- und Abschwung mehr, Konjunktur ohne Krise? Rezessionen, tönte der frühere Chefökonom des Weißen Hauses in Washington, Herbert Stein, seien allein Folgen einer schlechten Wirtschaftspolitik, also prinzipiell vermeidbar. Die lange Phase von Wachstum und Prosperität wäre mithin ein Erfolg der Wirtschaftspolitik in den Achtzigern, der Reaganomics in den USA, der Wende-Regierung in Bonn. Unstreitig hat die neokonservative Wirtschaftspolitik der sogenannten Angebotslehre, die im Laufe der achtziger Jahre in fast allen Industrieländern Anhänger gewann, einige Wachstumsbarrieren weggeräumt. Steuern wurden allenthalben gesenkt, staatliche Vorschriften beseitigt. Die neue Wirtschaftsdoktrin mag die Industrie zuversichtlich gestimmt und das Investitionsklima belebt haben. Den Super-Boom kann die Lehre sich dennoch nicht voll zuschreiben: Der lief in einigen Ländern schon an, als die Konservativen erst begannen, Steuern zu senken und Märkte zu liberalisieren. Nirgends ist ein direkter Zusammenhang zwischen den neuen ökonomischen Heilslehren und dem Wachstumserfolg zu erkennen. Im Gegenteil: In Staaten, in denen besonders konsequent umgestellt wurde, in Großbritannien etwa, ist das Ergebnis im Maßstab aller Industrieländer eher schlechter.“; „Dazu kommt: Neue Technologien, etwa in der Kommunikation und in der Datenverarbeitung, zwingen Betriebe dazu, die alten Geräte rauszuschmeißen, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Und schließlich hat die Liberalisierungswelle im Osten die Aussicht auf einen gigantischen Absatzmarkt eröffnet.“; „Die positiven strukturellen Faktoren überlappen sich derzeit“, befindet Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank. Das muß und wird nicht auf Dauer so bleiben. Immer wieder dachten Ökonomen und Wirtschaftspolitiker in der Vergangenheit, sie hätten das Rezept für den ewigen Aufschwung gefunden, zuletzt in den Sechzigern, als das Global- und Feinsteuernskonzept nach dem Modell des ökonomischen Vordenkers John Maynard Keynes Verbreitung fand. Doch stets kam die nächste Krise.“; „Gewiß nicht, gewichtige Probleme bleiben, verschärfen sich mit jedem Wachstumsprozent. Die nunmehr sieben Jahre währende Superkonjunktur hat die hohe Arbeitslosigkeit nur wenig verringern können. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist, wie die der Obdachlosen, drastisch gestiegen. Immer mehr Menschen, die das Tempo der Produktionsmaschinerie nicht mehr mitgehen können, werden aus dem unbarmherzigen Apparat vorzeitig als Frühinvaliden ausgemustert. Und international: Die Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen dauern an, trotz des Booms aller Industrieländer. Die weltweiten

Schuldenprobleme sind nicht beseitigt. Der Abstand zwischen den reichen Nord-Staaten und der armen Restwelt wird ständig größer. Die sozialen Verzerrungen sind nicht beseitigt, die ökologische Folgelast des neuzeitlichen Konjunktur-Wunders wiegt zunehmend schwerer. Wachstum bedeutet höheren Ressourcenverbrauch und mehr Umweltbelastung. Die umjubelten Plus-Zahlen der Ökonomien finden in den Negativ-Bilanzen der Ökologien ihren Niederschlag: mehr Schadstoffe, mehr Energieverbrauch, mehr Abwärme, mehr Abfall. Daß mehr wirtschaftliches Wachstum nötig sei, um die Umweltprobleme zu bewältigen, ist ein Märchen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499907.html>

Rotkäppchen darf nicht sterben (28.05.1990)

Die Währungsunion rückt näher, die Angst vor dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft wächst. Den Betrieben soll deshalb geholfen, der Strukturwandel soll abgefedert werden. Zölle und Subventionen nützen wenig. Geld für gezielte Hilfen ist durchaus vorhanden. Schwierig erscheint jedoch, die Mittel sinnvoll einzusetzen.

Neoliberal inspirierte Bedenken, aber Interventionen nötig. „Zölle und Kontingente, Strafsteuern und Subventionen – kein Mittel ist mehr tabu. Alle Instrumente, die zur Verfügung stehen, sollen eingesetzt werden, auch fragwürdige. Selbst den Verfechtern der reinen Marktlehre ist klar, daß die heruntergewirtschafteten Planbetriebe nicht vollkommen ungeschützt in die Konkurrenz mit der hochtrainierten West-Industrie entlassen werden können. Die Zahl der Konkurse wäre unabsehbar, die Arbeitslosenzahlen könnten auf mehrere Millionen steigen, soziale Unruhen die Folge sein.“; „Ein radikaler Strukturwandel steht bevor, radikaler möglicherweise, als er notwendig wäre. Betriebe und Branchen könnten zu Bruch gehen, die, mit der nötigen Unterstützung, durchaus die Chance hätten, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Arbeitsplätzen, die möglicherweise gerettet werden könnten, droht die Vernichtung. Spät hat sich diese Erkenntnis durchgesetzt, vielleicht aber nicht zu spät.“; „Ohne gewaltige Bürokratie wird der Start in die Marktwirtschaft nicht gehen. Eine neugeschaffene Anstalt für landwirtschaftliche Marktordnung soll die Kontingente verteilen. Wie deren Einhaltung kontrolliert werden kann, weiß offensichtlich noch niemand so genau. Zweifel am Sinn des Verfahrens sind angebracht, aber der Protest hält sich in Grenzen: Bei Nahrungsmitteln nimmt es mit der Marktwirtschaft niemand so genau, die heimische Landwirtschaft und ihre Abnehmer werden in allen Ländern geschützt.“; „Tatsächlich bedeuten Zölle vor allem eines: Begehrte West-Waren werden verteuert – und dies ist eine Lohnsenkung durch die Hintertür.“; „Nicht anders wirkt die elfprozentige Strafsteuer, mit der die DDR-Regierung bestimmte West-Produkte wie Textilien, Fahrräder oder elektrische Geräte belegen will. Sie wird die Käufer ärgern, nützen wird sie nichts: Waren aus der Bundesrepublik werden in der DDR auch dann gekauft, wenn sie viel teurer sind als einheimische Produkte. Die Konsumgüterindustrie in der DDR, da helfen weder Zölle noch Steuern, hat keine Chance, jedenfalls ihr größter Teil nicht. Andere Branchen jedoch könnten überleben – wenn sie sinnvoll unterstützt werden. Generelle Hilfen sind gefährlich. ‚Wettbewerbshilfen, zum Beispiel nach dem Muster der westdeutschen Werfthilfen‘, wie Roth sie fordert, führen genau dahin, wo solche Programme in der Bundesrepublik endeten: in die Dauer-Subvention. Ansprüche ganzer Branchen, das zeigen Kohle und die Werften, lassen sich kaum mehr rückgängig machen: Sie werden zum Besitzstand. Den Strukturwandel federn solche Programme nicht ab, sie verschieben ihn in eine ferne Zukunft. Doch die DDR-Wirtschaft muß sich schnell wandeln, wenn die Vereinigung nicht zur ökonomischen Katastrophe verkommen soll. Sie muß es mehr, als noch vor wenigen Wochen die meisten Experten eingestanden haben.“; „Vorsichtige, wohl dosierte Hilfen, die keine Dauer-Subventionen schaffen, könnten sich dagegen rechnen, die Alternative wäre teurer. Die Unterstützung von einer Million Arbeitslosen in der DDR, hat der SPD-Politiker Wolfgang Roth ausgerechnet, kostet etwa zwölf Milliarden Mark im Jahr.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500658.html>

Die heben einfach die Hände (25.06.1990)

Die D-Mark kommt, das aufregende Experiment Währungseinheit beginnt. Eine der modernsten Volkswirtschaften wird zusammengeskoppelt mit einem verrotteten Land. Gelingt es der Bundesrepublik, die DDR schnell aus dem Sumpf zu ziehen? Oder versinkt das östliche Deutschland erst mal noch tiefer im Morast?

„Wunderglaube“ der Markt-Apostel erscheint ebenso unangebracht wie interventionistische Maßnahmen zur Abfederung der Transformation; Selbständigkeit als Hoffnungsträger. „Zum zweitenmal in ihrem Leben sind die Bürger der DDR Gegenstand eines Großversuchs. Der erste hieß real existierender Sozialismus, das Ergebnis ist bekannt. Der zweite nennt sich Währungsunion, das Ergebnis ist offen.“; „Die alte Sicherheit ist weg, mit der neuen Freiheit können sie nichts anfangen. In den Köpfen herrscht das alte Denken und die Angst vor dem neuen. Die nach der D-Mark schrien, das sind auf einmal die anderen. So schlecht, entdeckt nun mancher, war es ja gar nicht unter der alten Herrschaft. Es gab genug zu essen, die eigenen Produkte schmeckten gar nicht übel. Der Arbeitsplatz war so sicher wie das Wochenende in der Datscha am Rande der Stadt, Pacht: 40 Mark im Jahr.“; „Pohls Kollege aus dem Westen, Helmut Haussmann, gefiel sich in der Rolle des Markt-Apostels. Er setzte auf den Wunderglauben, die Gesetze von Angebot und Nachfrage würden alles allein richten. Eine Struktur- und Regionalpolitik? Das roch nach altem Plan-Denken. Hilfen für sanierungsfähige Betriebe? Die sollen sich einen Partner im Westen suchen. Jetzt, wenige Tage vor der Währungsunion, klingt das alles ganz anders. Verbittert beklagt sich Haussmann über die Kleinkrämer und Bedenkenräger in der Industrie, die sich nicht so in der DDR engagieren, wie Klein-Erhard sich das vorgestellt hat. Verzweifelt beschließt sein überforderter Kollege Pohl nahezu täglich neue Hilfen für die DDR-Wirtschaft. In letzter

Minute versuchten die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin zu retten, was nicht zu retten ist. Eine Strafsteuer von elf Prozent soll die gefährdete Konsumgüter-Industrie des Ostens vor der Konkurrenz aus dem Westen schützen – als ob ein solcher Aufschlag die Bürger zum Kauf einheimischer Produkte bewegen könnte. Selbst West-Autos würde Pohl gern künstlich verteuern – als ob der Trabant dann wieder Käufer fände. Die Steuer hat vor allem zur Folge, daß die Kaufkraft der Bürger geschmälert wird. Westliche Lebensmittel würde die Regierung am liebsten verbieten, wenn sie dürfte. So einigte sie sich mit den Bonnern auf Kontingente für die beliebten lila Schoko-Riegel und das begehrte West-Bier. Der Handel soll gezwungen werden, die einheimischen Produkte wieder ins Regal zu stellen. Das schafft zumindest Arbeitsplätze für Bürokraten.“; „Bürokratische Maßnahmen helfen der DDR-Industrie wenig, nur eines kann ihr nützen: wettbewerbsfähige Produkte. Der Trabant läßt sich nicht in die Marktwirtschaft retten. Kein Mensch wird mehr einen Kassettenrekorder aus DDR-Produktion kaufen, anderen Waren droht ein ähnliches Schicksal.“; „Natürlich, klagen die West-Experten, muß man ordentlich Druck machen. Ist der Berater zwei Tage nicht im Haus, kehrt gleich der alte Schlendrian zurück. ‚Die Menschen sind durch das System deformiert‘, sagt der smarte Berater, den die Münchner Firma Dr. Höfner & Partner nach Sachsen entsandt hat. Gunter Schulzki sitzt daneben, als diese Worte gesprochen werden. Er ist der Betriebsdirektor des Dresdner Kameraherstellers Pentacon, für den die Firma Höfner zusammen mit einer weiteren Beratungsgesellschaft ein Konzept entworfen hat. Schulzki zittert am ganzen Körper. Seine Augen irren durch den Raum. ‚Ja‘, entgegnet er schließlich gepreßt, ‚da haben Sie recht.“; „Pentacon erhält, auf der Grundlage des Beraterkonzeptes, staatliches Geld, um einen Teil der Verluste auszugleichen, und für Investitionen und Umschulungen. Der Finanzbedarf ist gewaltig, ob das Geld gut angelegt ist, bleibt zumindest fraglich. Die Erfahrungen, die in der Bundesrepublik unter ungleich besseren Bedingungen gemacht wurden, sollten zu denken geben: Kein Kamerahersteller konnte sich gegen die Japaner behaupten. Auch elektronische Schreibmaschinen, wie sie Robotron produziert, lassen sich offensichtlich hierzulande nicht mit Gewinn herstellen. Betriebe zu stützen, die keine realistischen Marktchancen haben, macht wenig Sinn. Kurzfristig werden zwar Arbeitsplätze erhalten, der notwendige Strukturwandel aber wird verhindert.“; „Nicht Subventionen nach dem Gießkannenprinzip, sondern eine gezielte Struktur- und Regionalpolitik fordert Reuter. Doch eine solche Strategie erfordert ein Konzept, und das haben beide Regierungen bisher nicht erarbeitet. So wird erst mal Geld ausgegeben. Die Kredite werden zumindest eines bewirken: Es wird wohl in den ersten Monaten nicht zu der befürchteten Massenarbeitslosigkeit kommen. Und das ist für die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin das wichtigste, nicht nur aus sozialen Gründen. Sie wollen schließlich Anfang Dezember gesamtdeutsch wählen lassen.“; „Das alles soll die Entwicklung beschleunigen, die bisher noch nicht in Gang gekommen ist: die Erneuerung der DDR-Wirtschaft von unten. Verglichen mit der Bundesrepublik, müßte es in der DDR 700 000 Selbständige geben, hat Horst Siebert, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, errechnet. Tatsächlich sind es 100 000. Eine Gründungswelle könnte, bei einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von drei bis fünf Arbeitsplätzen pro Selbständigen, für rund 2,1 bis 3,5 Millionen Menschen Beschäftigung schaffen.“; „Die Zeit der Illusionen und der Träumereien ist vorbei: Jetzt sind die Rechner dran. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich herausstellen, ob die Schock-Therapeuten mit der schnellen Mark-Transfusion nicht doch zuviel riskiert haben; ob der Optimist Helmut Kohl oder der Skeptiker Oskar Lafontaine recht behält. Dann wird sich in der DDR zeigen, welche Firmen weiter existieren können und welche so heruntergewirtschaftet sind, daß eine Wiederbelebung schiere Geldverschwendung wäre.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501530.html>

Sambia: Hungrig und wütend (09.07.1990)

Unruhen nach Preiserhöhungen, ein Putschversuch, Proteste gegen die Einheitspartei – nach 26 Regierungsjahren muß Präsident Kaunda um seine Macht fürchten.

Staatwirtschaft und IWF-Programm erscheinen problematisch. „Die lange schwelende Unzufriedenheit entlud sich, als die Regierung den Preis für das bisher subventionierte Maismehl mehr als verdoppelte – wichtiger Teil des vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten rigorosen Sparprogramms.“; „Wer in Sambia den Maispreis erhöht, muß um seine Macht fürchten, denn er stürzt Hunderttausende ins Elend. Wie in allen Ländern des südlichen Afrika ist der dick gekochte Maisbrei, in Sambia Nshima genannt, Grundnahrungsmittel der Bevölkerung. Wer Geld hat, ißt Nshima mit Fleisch und Gemüse, 90 Prozent essen ihn pur – morgens, mittags und abends.“; „Der ökonomische Niedergang Sambias begann bereits in den siebziger Jahren. In der weithin verstaatlichten Wirtschaft breitete sich Korruption aus, dann fiel auch noch der Weltmarktpreis für das wichtigste Exportgut Kupfer. K.K., wie Kaunda genannt wird, und seine Einheitspartei hatten es versäumt, die Landwirtschaft zu fördern und die Industrie aus der Abhängigkeit vom Kupfer zu lösen.“; „Beim Mais-Aufstand vom Dezember 1986 – auch damals plünderten die Armen Geschäfte – hatte Kaunda die verfügte Preiserhöhung noch erschrocken rückgängig gemacht und war aus dem IWF-Programm ausgeschert. Jetzt ließ er den Aufstand mit eiserner Faust unterdrücken: 30 Menschen starben, 500 wurden verletzt, über 1000 verhaftet. Der Präsident ließ die Universität Lusaka schließen und verhängte eine nächtliche Ausgangssperre. Diesmal, so erklärte er, werde der Weg des IWF rigoros beschritten, alle ‚Feinde des Volkes‘ müßten mit schwerer Strafe rechnen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500583.html>

Alles bricht zusammen (06.08.1990)

Die DDR scheint am Ende. Kaum etwas funktioniert in Wirtschaft und Verwaltung des sterbenden deutschen

Zweitstaats. Vorgezogene gesamtdeutsche Wahlen schon im Oktober sollen Abhilfe bringen. Doch Kanzler Helmut Kohl braucht dazu eine Verfassungsänderung, mithin das Jawort seines Herausforderers Lafontaine.

Planwirtschaft ebenso kritisch wie Laissez-faire. „So wie die Treuhand konzipiert wurde und arbeitet, verstößt sie Monat für Monat gegen den fundamentalen marktwirtschaftlichen Grundsatz, daß die Betriebe selbst die erforderlichen Mittel erarbeiten müssen. Dank der Treuhandanstalt aber werden sie weiterhin ‚von oben‘ mit Geld versorgt – genau wie in der guten alten Zeit der Planwirtschaft. Die Bonner beschränken sich darauf, Geld zu bewilligen oder zu verweigern. Statt dessen aber müßten sie aktive Industriepolitik betreiben. Sie müssen sagen, in welchen Firmen und Branchen die Bevölkerung der DDR demnächst ihr Einkommen verdienen soll. Der Markt allein schafft es nicht – anders als damals, als Wirtschaftsminister Ludwig Erhard den ausgehungerten Deutschen den Glauben an einen Wiederaufbau gab. Dies sind nicht die fünfziger Jahre; mit Ärmelaufkrepeln allein ist ein Land nicht zu sanieren, das in vier Jahrzehnten Mißwirtschaft Kapital verschlissen und Menschen verbogen hat. In Bonn hatten viele vor der Einführung der D-Mark in der DDR geglaubt, daß die drohenden Arbeitsplatzverluste mindestens teilweise ausgeglichen würden von neuen Jobs, die durch eine Welle von Firmengründungen entstehen sollten. Doch nun müssen mehr DDR-Unternehmen als erwartet aufgeben, weniger Investitionen als erhofft kommen ins Land.“; „Wie soll Wind in die DDR-Wirtschaft kommen, fragen sich die ernüchterten Beamten in Bonn, wenn bis in höchste Stellen ‚alte Planköpfe‘ (ein Bonner Ökonom) sitzen?

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507132.html>

Ausverkauf, was sonst (20.08.1990)

Von Bölke, Peter

Keine Alternative zu schneller Privatisierung, aber vorübergehendes Engagement des Staates nötig. „Eine ganze Volkswirtschaft steht vor dem Kollaps – und Zyniker meinen, der täte auch not. Erst nach dem völligen Zusammenbruch würden Politiker und Manager entschlossen handeln, würden die Menschen in der DDR sich von alten Gewohnheiten und Illusionen lösen; erst dann würden die alten Bonzen und Bürokraten, die jede marktwirtschaftliche Initiative blockieren, zum Teufel gejagt. Wie sehr oft, sind auch hier die Zyniker dicht an der Wahrheit. So manche Unternehmung verspricht nur nach der ersten Pleite Gewinn. Doch die DDR kann den Konkurs ihrer gesamten Wirtschaft vielleicht noch vermeiden, wenn endlich die Illusion aufgegeben wird, es ließe sich noch ein bißchen autarke DDR in die Marktwirtschaft hinüberretten. Die Zeit der Sentimentalitäten ist vorbei. Mit dem Mißtrauen gegen jeden Bankier, der einen Kredit anbietet, mit der Angst vor jedem Unternehmer, der ein Grundstück kaufen will, ist ein Wirtschaftswunder nicht zu machen. Will die DDR wenigstens einen Teil ihrer wirtschaftlichen Substanz bewahren, muß sie ebendiese Substanz anderen anbieten. Sie muß sich verkaufen.“; „Zugleich aber sollte die Bundesregierung potentiellen DDR-Investoren einen übersichtlichen Katalog von Vergünstigungen vorlegen, die große Unternehmen aus dem Westen locken könnten, sich in der DDR zu engagieren: Steuervorteile, verlorene Zuschüsse, Krediterleichterungen. Aus eigener Kraft schaffen die DDR-Betriebe den Sprung in die Marktwirtschaft nicht.“; „Ausverkauf der DDR? Ja bitte, und sofort. In westlichen Volkswirtschaften sind internationale Verflechtungen ein wichtiger und selbstverständlicher Teil unternehmerischen Handelns. Und wo die Privaten nicht einsteigen, wird wohl oder übel der Staat zumindest einen Teil der Arbeitsplätze erhalten müssen: Für eine begrenzte Zeit wären Bundesunternehmen wohl auch für die Verfechter der reinen Lehre erträglich.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501255.html>

Sie werden Millionäre haben (03.09.1990)

Michael Schmidt-Klingenberg über die Wende an der Hochschule für Ökonomie in Ost-Berlin

Beide Wirtschaftssysteme mit Häme bedacht. „Es war eine schwierige Operation. Beim Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus, dieser von Marx nicht vorgesehenen Stufe auf dem Weg in eine bessere Zukunft, möchte man in Karlshorst nämlich ‚Stil‘ zeigen, versichert der neue Rektor Rudolf Streich.“; „Viele Dozenten waren mächtig stolz, daß eine der Ihren, die Professorin Christa Luft, zur Wirtschaftsministerin der SED/PDS-Regierung aufgestiegen war. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. ‚Man kann nicht ein bißchen schwanger sein‘, betet Rektor Streich die Sprüche der westlichen Marktwirte nach. Der neue Glauben fordert ‚ein eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft‘. In kräftigen Schüben entlädt sich bei dem neuen Hochschulchef nun die im Sozialismus angestaute Dynamik.“; „Der Professor, nie ein SED-‚Reisekader‘, sah von der Welt ‚soviel wie nie im Leben‘. Im Januar schenkte ihm jemand Ludwig Erhards Buch ‚Wohlstand für alle‘. Da war es um ihn geschehen. Wie an seinem alten Schreibtisch ‚gingen auf einmal die Rolladen runter, und eine neue Welt tat sich auf‘. Energisch, aber mit Stil begann Streich, an der Hochschule ‚aufzuräumen‘. Die 36 Professoren für Marxismus-Leninismus, die ‚stilllos‘ aus der Zeitung von ihrer Entlassung durch den Bildungsminister erfahren hatten, wurden ‚sozialverträglich‘ ent- und versorgt.“; „Beim Geldanschaffen hat Rektor Streich überhaupt jede falsche Scham abgelegt. ‚Das gehört doch im Westen zum guten Ton‘, hat er seine Kollegen belehrt, die sich zunächst über seine ‚Betteleien‘ entsetzten. Nun steht die Bibliothek der Hochschule voll mit Bänden, die Daimler, Dresdner Bank oder Deutsche Bank gespendet haben – und an jedem Regal ist auf einem Schild der Name des edlen Spenders dankbar vermerkt.“; „Auf die Absolventen der Hochschule für Ökonomie kommen wunderbare Zeiten zu. Am Tag nach der verheißungsvollen Einführung in die Baufinanzierung übertrumpft ein Unternehmensberater von McKinsey das Angebot der BHW gleich um mehrere Stellen vor dem Komma. ‚Sie werden hier Millionäre haben‘, prophezeit Jürgen M. Wilms aus Düsseldorf den lernbegierigen Studenten, ‚und ich hoffe, einige

von Ihnen werden dabeisein. ‘ Auch der clevere Consultant, eingeladen von der Studentenorganisation Aiesec, nutzt seinen akademischen Auftritt für die Talentwerbung. ‚Ich suche nach Puschern‘, erklärt er geradeheraus. Als Unternehmensberater verteilt er natürlich keine billigen Kulis und Einwegfeuerzeuge, sondern gute Ratschläge für alle, die sich bei McKinsey – Adresse zum Mitschreiben ‚Königsallee 60c, 4000 Düsseldorf 1‘ – als Praktikanten bewerben wollen. ‚Formloses Anschreiben, tabellarischer Lebenslauf, Hobbys nicht vergessen, wir legen im Westen immer mehr Wert auf die ganze Persönlichkeit.‘“; „Mit ein paar Folien auf dem Overhead-Projektor hat er die letzten Illusionen weggewischt. ‚Wie saniert man ein Kombinat?‘ lautete sein Vorlesungsthema. Das Lehrbeispiel ist ein real existierender Werkzeugmaschinenhersteller der DDR. Die Balkendiagramme aus dem Computer von McKinsey werden von Folie zu Folie immer kleiner. ‚Wenn jemand auf die schwachsinnige Idee kommt, BRD-Löhne zuzusagen‘, doziert Wilms, sinkt die Zahl der Beschäftigten von 1738 auf 377. Als McKinsey diese Zahlen im Kombinat präsentierte, saßen die Gewerkschaften mit am Tisch: ‚Da war Totenstille.‘ Die herrscht im Hörsaal nun auch. Zum Schluß kommt die Folie mit dem McKinsey-Szenario des schlimmsten Falles ‚X‘ für die DDR: ‚Zu wenige wettbewerbsfähige Produkte = soziale Unruhe auf breiter Front, Verlust von 3 - 4 Millionen Arbeitsplätzen.‘ Als guter Unternehmensberater läßt der Mann von McKinsey dem Horrorszenario die Motivierung folgen. Die Personalkosten müssen um 64 Prozent gesenkt werden, dann kann auch dieses Problemkombinat überleben. ‚Da sind alte Bonzen, die kapierten das‘, hat Wilms erkundet. Mit seinem jugenhaften Breitwand-Strahlen schwärmt er noch mal richtig drauflos über die Leute, ‚die Mumm haben, die im völlig luftleeren Raum arbeiten: Das ist Unternehmertum, und das ist soziale Marktwirtschaft‘. Nun wissen die künftigen Millionäre der ehemaligen DDR hoffentlich Bescheid.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500493.html>

Dieses Regime ist am Ende (10.09.1990)

SPIEGEL-Reporter Peter Schille über Fidel Castros Kampf gegen den Untergang

Kritisch, aber nicht gänzlich ohne Sympathie für die kubanische Revolution; USA und Deutschland ironisch-abwertend dargestellt. „Der Kalte Krieg ist aus. Die Kommunisten in Osteuropa, sogar die Genossen in der Sowjetunion, sind endlich zur Besinnung gekommen, vom überlegenen System des Kapitalismus zur Besinnung gebracht worden: Auch Kubas Handel mit dem Ostblock stockt, fast steht er still. Solidarität wird nur noch gegen Dollars gewährt. In einer von veralteten Feindseligkeiten gereinigten Welt – die neuen Ideologien heißen jetzt Persil oder Mercedes oder Marlboro – ist für Kuba, dieses dürftige, aber reizende Patenkind des Kreml, kein Platz mehr.“; „Im Süden Kubas schlingen, versehen mit dem Segen des Weißen Hauses, die Länder Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Panama das amerikanische Gnadenbrot hinunter. Ausgezeichnete Partner Washingtons, gut bezahlt für ihren Haß auf sozialistische Experimente. Hochanständige Regierungen; linke Revolutionen kommen ihnen nimmermehr ins Haus.“; „Zur Strafe hat der bundesdeutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Kuba alle Entwicklungshilfe gestrichen, die Erich Honecker einst Fidel versprochen hatte. Der Minister beobachtete auf der Insel ‚eine Verhärtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Standpunkte‘. Was die jahrzehntelange Wirtschaftsblockade der USA – Rache für die kubanisch-sowjetische Freundschaft – nicht geschafft hat, soll das wiedervereinigte Deutschland schaffen: Kuba vom Sozialismus befreien.“; „Am 2. Januar 1959 kam Fidel Castros Revolution über das Land, und noch immer herrscht Chaos, radikales Kuddelmuddel. Die Ernten verschimmeln neben den staatlichen Äckern oder verderben in Lagerhäusern, Fidel kann nicht an alles denken, an Kühllhäuser hat er leider zu spät gedacht.“; „Kein Kubaner hungert, keiner muß auf der Straße schlafen, Kranke werden kostenlos kuriert, das ganze Volk kann lesen und schreiben. Doch zu lesen gibt es wenig, und zu schreiben ist gefährlich. Fidels Journalisten bekennen, daß die Selbstzensur mächtiger ist als die staatliche, also schreiben sie nicht, was sie denken und sehen, sondern sie schreiben Fidels Gedanken und Einsichten ab.“; „Der neue Mensch, den Fidel Castro seit 30 Jahren einzuführen versucht, der für die Verwirklichung einer Idee leidet, soll die Revolution retten: Er wartet noch immer auf seine Erschaffung.“; „Sein ostdeutscher Kollege bringt mehr Mitgefühl auf – für Kuba. ‚Von wem hamse denn die Mißwirtschaft gelernt? Von uns und vom großen Bruder. Jetzt bricht das alte System weg, und sie stehen da und wissen nicht, wohin. Und ohne den Sozialismus fallen sie wieder unter den amerikanischen Hammer – davor hamse Angst.‘“; „Die Kubaner haben ihre Revolution selbst gewonnen, aus eigenem Geist; auch wenn sie entartet ist, war sie ihr Werk. Niemand hat sie ihnen aufgezwungen, wie den Polen, Ungarn oder Ostdeutschen, die – nach dem Zweiten Weltkrieg – eines Morgens aufwachten und Sozialisten waren, so heftig sie sich auch dagegen gewehrt hatten. ‚Bei uns stirbt man vor Langeweile, nicht vor Hunger‘, sagt Eladios Tagelöhner, er ruht sich ein wenig aus und läßt die Ochsen verschnaufen. ‚Wir müssen nicht täglich ans Überleben denken.‘ Deshalb wolle auch keiner verlieren, was er habe: die Garantie der minimalen Versorgung. ‚Wenn sie den Sozialismus wieder abschaffen, werden wir dann nicht wieder arm? So arm wie die Menschen in Peru oder Honduras?‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501460.html>

Lerne beim Deutschen! (17.09.1990)

Die Sowjetunion zieht sich militärisch aus Europa zurück, um wirtschaftlich Anschluß zu finden. In derselben Woche, in der Michail Gorbatschow den Zusammenschluß der Deutschen ermöglichte, verabschiedete sich sein Land vom Kommunismus. Für die Wiedergeburt ist Moskau auf massive Hilfe der Deutschen angewiesen.

Regulierter Kapitalismus ist der wahre Kommunismus, im Gegensatz zur sowjetischen „Staatssklaverei“. „Der Präsident der Sowjetunion und Generalsekretär der KPdSU besiegelte zugleich das Ende des realen Kommunismus, der zur gemeinen Staatssklaverei verkommen war: Jetzt kämpft Gorbatschow für die Übernahme der Lebensweise und

Gesellschaftsform des Westens in seinem Land, dessen Träume längst in sich zusammengefallen sind. Unter Berufung auf die deutschen Lehrmeister Marx & Engels, in Wahrheit nach den Rezepten der Kriegswirtschaft des Generals Ludendorff, hatten Rußlands Kommunisten ein historisches Experiment gewagt, mit dem dann ‚im Lauf von 70 Jahren mehr Menschen vernichtet wurden als je zuvor oder danach in der Weltgeschichte‘, so nicht etwa der Klassenfeind, sondern Radio Moskau 1990.“; „Auf den total mißratenen Staatskapitalismus, der Rußland nicht einmal mehr das tägliche Brot auf den Tisch bringt, soll demnach nicht purer Privatkapitalismus folgen, sondern jene deutsche Handels- und Gewerbefreiheit, die gerade mit ihren sozialen Schranken die Bewunderung gewendeter Marxisten überall im Osten erregt: mit ihrem dichten Netz aus Arbeitslosen- und Wohngeld, Subventionen und Progressivsteuern, Betriebsräten und Arbeitsgerichten. Zwischen Rhein und Elbe erblühte in der Sicht vieler sowjetischer Besucher exakt jener Sozialismus, den die KPdSU ihrem Volk sieben Jahrzehnte lang versprochen und den sie ihm doch vorenthalten hatte. Es reizt die russische Phantasie, wie weit sichtbare Klassengegensätze in Westdeutschland eingeebnet sind, Arbeiter mitbestimmen, der Staat dort in die Wirtschaft eingreift (er steuert fast die Hälfte des Sozialprodukts), ohne sie wie andernorts zu ruinieren. Es ist die Butterseite des hart erarbeiteten Wunders, doch nach dem erträumten kommunistischen Prinzip, die Bedürfnisse ohne Bezahlung zu befriedigen, kommt den Westdeutschen Bildung auch noch gratis zu, Sozialhilfe als Geschenk, Krankenversorgung unabhängig vom Marktpreis: Karl Marx, der im Kommunistischen Manifest die Produktivitätserfolge der Bourgeoisie rühmte, hat in realo dort gesiegt, wo er einst studiert hatte – in Bonn und Berlin. Das deutsche Erfolgsrezept der Nachkriegszeit soll nun auch Rußland retten, kraft Markt, Privateigentum und Profit.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502126.html>

Langsam, aber teuer sterben (24.09.1990)

Massenentlassungen, Selbstmorde, Kriminalität – der Niedergang des DDR-Industriereviere um Halle
Staatliche Unterstützung der Betriebe Geldverschwendung, regionale Strukturpolitik aber sinnvoll. „Das Münchner Ifo-Institut etwa urteilt, die Unterstützung führe zu einer ‚neuen Form verdeckter Arbeitslosigkeit‘. Der notwendige Umstrukturierungsprozeß, so auch der Frankfurter Unternehmensberater Roland Dumont du Voitel, 43, werde durch das ‚blind verpulverte Geld‘ nur hinausgezögert, weil sich die Betriebe weiterhin vor der Marktrealität drücken könnten: ‚Das Sterben wird langsamer, aber teurer.‘ Die Treuhands-Kredite rauschen durch, das Geld vom Arbeitsamt wird mancherorts nachgerade als Sterbehilfe zweckentfremdet. In Halle und Umgebung etwa haben viele Firmenchefs die Kurzarbeit schon zur sozialistischen Solidaritätsaktion umfunktioniert. Weil damit erhebliche Gehaltseinbußen verbunden sind, lassen sie nicht nur in den maroden Bereichen die Arbeit ruhen, aus Gründen der Gerechtigkeit wird auch in den Abteilungen kurzgearbeitet, die eigentlich die Sanierungskonzepte entwickeln müßten – auf daß sich der Betrieb vollends ruiniere. Sinnvoller als Kurzarbeitergeld und Endloskredite, meinen die Fachleute, seien gezielte Strukturhilfen für die Region, mit denen die anstehenden Massenentlassungen wenigstens annähernd aufgefangen werden könnten. Denn so oder so müssen die Großen abspecken.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502811.html>

Der Markt bricht zusammen (01.10.1990)

Die Zeiten weltweit ungetrübten Wachstums sind vorbei; allenthalben häufen sich, angeheizt von der Kriegsgefahr am Golf, die Krisensymptome. Das feinnervige internationale Finanzsystem ist angespannt wie lange nicht mehr, nachdem sich der Ölpreis verdoppelt hat und die Aktienkurse in den freien Fall übergingen.
Deregulierung kritisch, aber flexibles Finanzsystem widerstandsfähig. „Amerika hat in den rosigen Reagan-Jahren weit über seine Verhältnisse gelebt. Die Banken, in falsch verstandenem Liberalismus ohne wirkungsvolle Staatsaufsicht, haben das Pump-Geld für das Lotterleben unters Volk gebracht. Jetzt, da die Wirtschaft nicht mehr wie gewohnt wächst, werden viele dieser Kredite faul.“; „Die realen Zinsen, also die gezahlten Zinssätze abzüglich der Preissteigerungsraten, sind auf eine beängstigende Höhe geklettert. Die Deutschen tun das ihre, um sie noch höher zu treiben. Bonn finanziert die Einheit auf Pump, zunächst jedenfalls; Steuererhöhungen sind bislang nicht eingeplant. Einen zweistelligen Milliardenbetrag muß Finanzminister Theo Waigel sich allein in diesem Jahr zusammenleihen. Besonnene Banker sehen es mit Grausen.“; „Horror meldungen also aus allen Erdteilen – doch einen krisenerprobten Geldmanager wie den deutschen Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl lassen die unschönen Nachrichten ziemlich kalt. Börsen-Crash, Schulden- und Ölkrisen vergangener Jahre haben den Profi gelehrt, daß die globale Geldordnung ‚mit den Problemen fertig wird, weil sie flexibel ist‘. Das mag, das wird wohl so sein. Das Finanzsystem hat in den Achtzigern tatsächlich demonstriert, wie elastisch es selbst auf härtesten Druck reagieren kann. Doch richtig ist auch, daß die Unsicherheit lange nicht mehr so groß war, wie sie gegenwärtig ist; daß die hektischen Ausschläge von Zinssätzen, Aktien- und Devisenkursen die Weltwirtschaft in einen höchst wackligen Zustand versetzt haben und daß die Golf-Krise den Geldmanagern das Geschäft gänzlich unberechenbar gemacht hat.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500439.html>

Das deutsche Wagnis (01.10.1990)

Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (II) / Von Klaus von Dohnanyi

Neoliberale Sicht auf Sozialismus, aber Marktwirtschaft muss gezügelt werden und Politik muss sozialen Ausgleich schaffen. „Beim Zusammenbruch des kommunistischen Wirtschaftssystems ging es nicht um Ludwig Erhard gegen Karl

Marx, sondern um Markt gegen Plan. Oder auch um Marktgesetze gegen eine selbstgebastelte Wunschgesellschaft. Markt und Betriebswirtschaft haben gesiegt und die marxistischen, trotzkistischen oder wie auch immer Bastler widerlegt. Es ging damit den Marxisten ähnlich wie den Alchimisten gegenüber der modernen Naturwissenschaft: Sie hatten sich geirrt. Der weltweite Zusammenbruch von Staatseigentum und Planwirtschaft ist nicht auf vermeidbare Fehler, auf Korruption, Parteiarroganz und Stasi-Gewalt zurückzuführen. Vielmehr sind diese Phänomene selbst – Korruption, arrogante Inkompetenz und totalitäre Gewalt im System von Staatseigentum und Planwirtschaft unvermeidbar. Denn ohne die ständige politische Bevormundung und Repression würden staatliches Monopoleigentum und Planwirtschaft wegen ihrer Mißerfolge einfach weggefegt. Wer sie erhalten will, braucht die Gesinnungspolizei mit allen ihren Folgen. Das ist die Lehre, die die Demokratie dem Marxismus-Leninismus erteilt hat. Der Erfolg der BRD ist deswegen ein Erfolg der Demokratie und der Marktwirtschaft; der Mißerfolg der DDR ein Ergebnis von Vergesellschaftung, Planwirtschaft und Diktatur. Aber dies ist nur die eine Seite der Medaille. Sie zeigt die Kraft der Marktgesetze und nicht, was wir dem allzu freien Markt auch verdanken: die ungezügeltere, weltweite Industrialisierung und ihre zerstörenden Folgen für Natur und Lebensgrundlagen des Menschen; die offenbar unkontrollierbare Kraft globaler Finanzmärkte und die wachsenden Chancen des internationalen, organisierten Verbrechen; das gefährliche Auseinanderrücken von Arm und Reich in unseren Gesellschaften, aber auch von Nord und Süd auf der immer kleiner werdenden Erdkugel. Es sind unkontrollierte Marktprozesse, die diese Entwicklungen verursachen. Marktwirtschaften ohne wirkungsvolle soziale und ökologische Begrenzungen.“; „Der Markt soll nun auch die geschundenen Wirtschaftssysteme der früher kommunistisch regierten Staaten wiederaufbauen und die deutsche Einheit gerecht ordnen. Auch das ist ein Mißverständnis und überschätzt die Leistungsfähigkeit des Marktes. Sicherlich kann die wirtschaftliche, soziale und ökologische Erneuerung der DDR nur marktwirtschaftlich gelingen. Aber eine gleichgewichtige Entwicklung der DDR-Region als gleichberechtigter Teil eines vereinigten Deutschland fordert einen sozialen Ausgleich und die Lösung einer regionalen Verteilungsaufgabe, die der Markt noch nirgendwo wirklich befriedigend beantwortet hat.“; „Man kann aus all diesen Erfahrungen, bis hin zu den noch nicht vergangenen Problemen des bisherigen ‚Zonenrandgebiets‘, sogar folgendes schließen: Der Mechanismus des Marktes tendiert zu einer Konzentration der Produktion in den wirtschaftlich starken Gebieten; das heißt, er neigt dazu, schwächere Gebiete zu entleeren, anstatt sie industriell zu füllen – es sei denn, es gibt massive Anreize für die Unternehmen, in den benachteiligten Gebieten zu investieren.“; „Strukturanpassung, soziale Notwendigkeiten und der Zwang zu mehr Gleichheit in Deutschland werden kaum über eine längere Periode erhebliche Unterschiede der Tariflöhne zwischen Ost und West in Deutschland zulassen, auch wenn das ökonomisch falsch ist und die Arbeitslosigkeit sich noch weiter erhöht.“; „Es war leichtfertig, in dieser Situation den Markt als den selbstverständlichen Retter anzupreisen. Dieser ist zwar ein vorzüglicher Mechanismus für jede Leistungssteigerung, aber ein ebenso untauglicher Kompaß auf dem Wege zur ausgleichenden Gerechtigkeit der beiden Regionen Deutschlands. Der Markt ist die Kraft, das Gesetz; die Politik aber gibt die Ordnung. Der Markt treibt die Entwicklung, die Politik muß sie gestalten. Wo die Politik versucht, die Kraft des Marktes zu ersetzen, dort schiebt sich Stagnation wie ein Gletscher über alle gesellschaftlichen Verhältnisse; die heutige Lage in der DDR ist hierfür Beweis genug. Aber wo die Politik dem Markt das Geschehen weitgehend alleine überläßt oder nicht die Kraft zum Ausgleich der sozialen Folgen des Marktes hat, wie in den USA, dort wachsen neben Erfolg und Reichtum auch Verzweiflung und Armut.“; „Der Markt jedenfalls ist ein überschätzter Sieger.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500524.html>

Das deutsche Wagnis (08.10.1990)

Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (III) / Von Klaus von Dohnanyi

Staatliche Intervention problematisch, aber notwendig. „Jede Intervention durch Staat oder Behörden ist problematisch. Und doch muß in der DDR genau das geschehen: einmal, weil die Unternehmen noch immer ganz überwiegend staatlich sind und die Treuhand über Kredite und damit über die Unternehmenschancen ohnehin entscheidet. Zum anderen aber auch, weil ohne gezielte Hilfe für die DDR-Betriebe die BRD-Unternehmen den Markt der DDR-Region einfach abräumen würden.“; „Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft (Exportquote: 31 Prozent) zwingt zur Harmonie mit den Wettbewerbsregeln der EG und den Bestimmungen des Zoll- und Handelsabkommens Gatt. Wichtig für alle industriepolitischen Maßnahmen für die bedrohten Industriezweige der DDR ist deswegen immer eine klare Befristung. In der bundesdeutschen Kohlevorrangpolitik hat sich gezeigt, mit welchen Schwierigkeiten der Abbau staatlicher Absatzförderungen verbunden ist. Mit staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels in der DDR sollten deswegen von vornherein feste Übergangsfristen verbunden werden, die das Engagement des Staates zeitlich klar begrenzen. Die Gefahr industriepolitischer Fehlentscheidungen ist nicht von der Hand zu weisen. Auch der Strukturwandel in der DDR darf nicht durch falsche Erhaltungssubventionen erschwert werden. An dieser Stelle könnte die deutsche Politik im Interesse der DDR-Region auch von den Japanern lernen. Um den Kapazitätsabbau in schrumpfenden Industriezweigen in geordneten Bahnen verlaufen zu lassen, hat Japan gesetzliche Vorschriften für den Kapazitätsabbau in den bedrohten Branchen (Schiffbau, Aluminium, Elektrostahl und so weiter) erlassen. Nach intensiven Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft und unter Anhörung der Gewerkschaften wurden Stabilisierungspläne für die einzelnen Industriebranchen erarbeitet. Diese Pläne hatten zwar keinen verbindlichen Charakter, aber sie dienten als Informationsbasis für betriebswirtschaftliche Entscheidungen. Die Risiken der Planung einzelner Unternehmen wurden verringert, indem die Wirtschaftspolitik in diesen Bereichen die Richtung vorgab. Das Antimonopolgesetz wurde für diese Krisenbranchen außer Kraft gesetzt und sogar die Bildung von Kartellen

zugelassen. Mit Hilfe von Regelungen für Sonderabschreibungen, Sozialplänen und der Förderung von Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Unternehmen ist der Strukturwandel in Japan in relativ geordneten Bahnen verlaufen. Aber auch Maßnahmen zur Steigerung der Nachfrage in der Übergangszeit, beispielsweise durch die gezielte Vergabe von öffentlichen Aufträgen, haben den Schrumpfungsprozeß der Branchen erleichtert.“; „Daß dann in dieser Lage durch eine völlig unzureichende Finanzausstattung der Gemeinden und Regionen auch noch die öffentliche Nachfrage versiegte und so sogar die zuvor als Retter gepriesenen kleinen Betriebe und Handwerksunternehmen an die Konkursgrenze getrieben wurden, kann nur als schwerwiegender politischer Fehler bezeichnet werden. Denn während die Wirtschaftsbetriebe selbst durch eine äußerst schwierige Phase der Anpassung gehen und mit massiven Liquiditätsproblemen zu ringen haben, hätte nur die öffentliche Hand (Staat, bisherige Bezirke und Kommunen) den Nachfrageausfall der Unternehmen ersetzen können.“; „Und da diese Übergangsphase in den Betrieben auf mindestens zwei bis drei Jahre veranschlagt werden muß, war spätestens seit der Volkskammerwahl vom 18. März erkennbar, daß nur massive öffentliche Beschäftigungsprogramme nach Einführung der D-Mark ein katastrophales Abgleiten der DDR-Wirtschaft verhindern und die Brücke zu einem selbsttragenden Aufschwung schlagen konnten. Aber offenbar wurde fast nichts für die Zeit nach dem 1. Juli wirklich vorbereitet.“; „Aber wie so oft in der Politik fanden sich dann Ideologie, Perfektionismus und ein Mangel an Phantasie in einem unseligen Reigen: Der Markt sollte den Aufschwung tragen.“; „Es wäre am Ende sicher billiger gewesen, wenn man, um eine schnelle und massive Beschäftigungswirkung zu erzielen, zum Beispiel unter Vorgriff auf den Fonds der deutschen Einheit ein Instandsetzungsprogramm für Wohngebäude in Höhe von zehn Milliarden D-Mark aufgelegt hätte, dessen Inanspruchnahme für die nächsten Jahre nur insofern zins- und tilgungslos bliebe, als die Projekte bis Jahresende 1990 vergeben und in Angriff genommen worden sind. Ähnliches ließe sich für den Bau von Werkshallen, für Einrichtungen von betrieblichen Entsorgungsanlagen im Umweltschutz oder für verbesserte betriebliche Verkehrsanschlüsse konzipieren.“; „Rückwirkend vom 1. Juli können Investitionen nun bis Mitte 1991 mit maximal 33 Prozent bezuschußt werden. Aber gemessen an manch anderer Region in Europa bleibt auch dieser Fördersatz hinter den Notwendigkeiten zurück. In Spanien wird ein Großteil der Beihilfen an die Industrie für die Rettung angeschlagener Unternehmen oder für die Umstrukturierung ganzer Industriezweige eingesetzt. Die durchschnittliche Subventionsquote in strukturschwachen Gebieten beträgt 21,3 Prozent der Unternehmensinvestitionen, aber in extremen Problemregionen wie in Teilen Galiciens und Estremaduras werden Zuschüsse bis zu 75 Prozent der Investitionskosten gewährt. Spanien ist ein Standortkonkurrent der DDR-Region. Auch die französische Raumordnungsbehörde Datar fördert industrielle Ansiedlungen mit Finanzierungshilfen von bis zu 25 Prozent der Investitionskosten für Grund und Boden, Gebäude und Produktionsgüter; die Förderung pro Arbeitsplatz beträgt dabei 35 000 bis 50 000 Franc.“; „Die Regionalpräferenzen treffen auf einen nur begrenzt attraktiven Standort; die Betriebe müssen erhebliche Teile ihrer Arbeitsplätze abbauen, gerade wenn sie wirksam umstrukturieren; und öffentliche Infrastrukturprogramme sind nützliche Ergänzungen der Nachfrage, aber in jeder offenen Marktwirtschaft und über alle Branchen gesehen können sie niemals ein Ersatz für einen wesentlichen Anteil der notwendigen privaten Nachfrage sein.“; „Arbeitsbeschaffungen mit sinnvollen Infrastrukturmaßnahmen zu verbinden wird im DDR-Raum angesichts der Ausgangslage sehr viel leichter fallen als bei uns.“; „Privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsförderungsgesellschaften werden diese Aufgabe schneller lösen können als staatliche oder kommunale Verwaltungen. Eine unerfahrene und zum Teil auch unzulängliche Verwaltung wird noch für lange Zeit das Problem der DDR-Länder bleiben. Ich habe selbst in Hamburg Erfahrung gesammelt, wie schwierig nicht nur Verwaltungsreformen, sondern schon ein notwendiger Wechsel von Personen an wichtigen Schaltstellen sein kann. Das wird in den neuen Ländern der bisherigen DDR durch das alte, verfilzte Kadernsystem der SED nicht leichter gemacht werden.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501474.html>

Irgendwas ist schiefgelaufen (22.10.1990)

SPIEGEL-Report über den Niedergang der Vereinigten Staaten

Der Kalte Krieg hat nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die USA erschöpft: Die Wirtschaft steht vor einer schweren Rezession, Staat und Firmen sind überschuldet, die Anteile der Industrie am Weltmarkt schwinden.

Neidvoll blicken Amerikas Bürger auf die Erfolge der ehemaligen Kriegsgegner Japan und Deutschland.

Sozialismus zurecht besiegt, aber Schuldengesellschaft und „Räuberbaron-Kapitalismus“ kritisch. „Und dahinter gähnt das große schwarze Loch einer aberwitzigen staatlichen Verschuldung: Zinsen müssen aufgebracht werden für Kredite in Höhe von über 3000 Milliarden Dollar, dazu für wohl 1000 Milliarden Dollar, die der Zusammenbruch der Sparkassenbranche erfordern wird, der größte Finanzskandal der Geschichte (SPIEGEL 41/1990).“; „Sozialstruktur und Außenhandelsgeschäfte der USA ähneln – von High-Tech-Exporten abgesehen – denen ökonomischer Schwellenländer: Im Gegensatz zu anderen Industriegesellschaften nimmt der Unterschied zwischen Arm und Reich seit Jahren wieder zu. Ein bedenklich großer Teil der US-Masseneportgüter besteht nicht aus Industrieerzeugnissen, sondern aus Rohstoffen wie Holz und aus landwirtschaftlichen Gütern wie Reis, bestimmt für die Industriemacht Japan.“; „Amerika-Kritiker haben für den Abstieg des Landes einen einzigen großen Schuldigen ausgemacht: Ronald Reagan, Präsident von 1981 bis 1989. Doch der Niedergang der USA hat eine längere Geschichte. Nur sein Ausmaß ist die Folge der Illusionsjahre unter dem großen Kommunikator. Reagan, in klarer Einschätzung der Mehrheitswünsche seines Volkes, hatte die Nation mit einer betäubenden Droge gefüttert: Aufbau der teuersten und modernsten Militärmaschine der Weltgeschichte – doch mit gepumptem Geld bei gleichzeitiger Ermunterung zu sorglos-verschwenderischem Leben,

finanziert durch Steuersenkungen und Auslandskapital. Dieser zutiefst unseriöse Versuch der Quadratur des Kreises hat Amerikas Finanzen zerrüttet.“; „Tatsächlich wurde zwar die Sowjetunion im Rüstungswettbewerb ausgepunktet und mußte abrupt ihre eigene imperiale Überdehnung aufgeben. Für dieses Ziel hätte sogar die Schuldenwirtschaft der Reagan-Jahre ein politisch vertretbares Instrument sein können. Doch der Präsident und seine kalifornische Mafia hatten mehr getan: Sie hatten die Bahn freigegeben für die alte Räuberbaron-Mentalität aus der Frühzeit des amerikanischen Kapitalismus. ‚Gier ist in Ordnung‘, hatte Meisterspekulant Ivan Boesky 1986 vor den Studenten der kalifornischen Berkeley-Universität sagen dürfen, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Die gesellschaftlichen Folgen dieser Haltung waren wohl auch verheerender als die finanziellen der Militarisierung. Letztere zerstörte nur Staatsfinanzen und Wettbewerbsfähigkeit, die andere das Gefüge der Gesellschaft.“; „Die Finanzabenteurer der Reagan-Zeit haben dagegen den Spielraum für die Wirtschaftspolitiker von heute auf Null gebracht. Für seine finale Aufrüstung gegen das Sowjetreich hatte Ronald Reagan das gleiche Instrument benutzt wie einst Adolf Hitlers Rüstungsfinanzier Hjalmar Schacht: staatliche Schuldverschreibungen ohne Rücksicht auf Konjunktur- und Budgetlage. Das heißt: Die US-Ökonomie der achtziger Jahre war eine Kriegswirtschaft unter der Tarnkappe eines zivilen Schlaraffenlandes. Amerika ist ohnehin eine Schuldengesellschaft aus reiner Gewohnheit. Viele US-Bürger glauben, die Große Depression von 1929 sei durch hohe Sparraten ausgelöst worden; Konsum zähle, das Geld auf der Bank bringe nichts ins Rollen. Der Zusammenhang von Sparen und Investieren wurde verdrängt. Schulden waren deshalb bis vor kurzem in voller Höhe steuerabzugsfähig. Die Folge: Amerikaner sparen weniger als sechs Prozent ihrer Einkommen, knapp ein Drittel der japanischen Sparrate, weniger als die Hälfte der deutschen.“; „Corporate America nämlich handelt nach anderen Begriffen als Japans oder Europas Unternehmen. Der Blick ist eisern auf vorteilhafte Vierteljahresbilanzen gerichtet, wie Wall Street sie von den an der Börse notierten Unternehmen verlangt. Der Aktienkurs wird mehr gepflegt als die Basisinvestitionen oder gar der Marktanteil. General Motors’ jüngst ausgeschiedener Chef Roger Smith: ‚Der Verkauf von Marktanteilen bringt keinen Profit.‘ Kurzfristig nicht, langfristig schon, Japan hat es vorgeführt. Aber die Dogmen der Pflege des Aktienkurses und des schnellen Gewinns sind Teile des amerikanischen Systems.“; „Der Dow-Jones-Index, seit 1970 um etwa das Zweieinhalbfache gestiegen, repräsentiert weniger den Wert der Unternehmen als die Wünsche der Investoren. Produktivität ist weniger gefragt als Profit, Lohndrückerei mehr als Massenkaufrkraft. Die Arbeitnehmereinkommen sind, während der Dow Jones von rund 800 auf über 2700 Punkte im Jahre 1987 hochschob, nach Kaufkraft gerechnet, gesunken – ein Illusionssystem, das auffliegen muß, wenn es nicht rechtzeitig korrigiert wird. Doch es ist viel zu tief in den Denkstrukturen der Nation verankert, als daß es sich nachhaltig korrigieren ließe. Dieser Ausdruck amerikanischer Geschäftsmentalität wurde in der Reagan-Zeit besonders liebevoll gepflegt.“; „Mit todessüchtiger Konsequenz haben die Amerikaner ihre Finanzinstitute und ihre Unternehmensfinanzen gleichzeitig ausgehöhlt. ‚Jeder macht mehr Geld‘, so MIT-Professor Lester Thurow, ‚aber die Gewinne wurden von der Produktion abgekoppelt.‘ Nichts, meint Thurow, charakterisiere den Verfall amerikanischer Werte, den Übergang von solider Produktion zur Spekulation, schönfärberisch ‚Dienstleistungsgesellschaft‘ genannt, mehr als die New Yorker Familie Trump: ‚Während Fred Trump, der Vater des renommierten Donald, sein Vermögen in den Fünfzigern und Sechzigern als konventionell-kapitalistischer Bauunternehmer machte – er baute Mittelklasseblocks in den New Yorker Stadtteilen Brooklyn und Queens –, entdeckte sein Sohn geschwind, daß in den Siebzigern und Achtzigern mehr Geld mit Kasinos und Aktien-Manipulationen zu verdienen war.‘ Beim Ausplündern der Firmen durch künstlich hochgetriebene Aktienkurse wurden einige tausend Spekulanten steinreich. Da sie nichts, keinen einzigen produktiven Wert damit schufen, haben andere dafür gezahlt. Während sie ihre frisch erworbenen Schlösser vorzeigten, zerbarsten die Luftschlösser der US-Mittelklasse unter einem Überdruck von Schulden. So nutzten beispielsweise die Eigner amerikanischer Spar- und Darlehenskassen den Rückzug der Regierung aus der Geschäftswelt, um legal und illegal möglichst viel Gewinn ihren eigenen Instituten zu entziehen, den entstandenen Schaden, vermutlich 1000 Milliarden Dollar, lassen sie die Steuerzahler bezahlen.“; „Zu Beginn wirtschaftlicher Stagnation ging das auf ewiges Wachstum gebaute Konzept der Unternehmensjäger zu Bruch und hinterließ Schäden in dreistelliger Milliardenhöhe. Gewinner sind die Unternehmensjäger, die Aktionäre und die inflationär anschwellende Anwaltszunft. Selbst der inzwischen angeklagte Räuberbaron Michael Milken ging bislang noch mit einigen hundert Millionen Dollar Gewinn von dannen.“; „Nicht alles davon ist Inkompetenz, Dekadenz oder Erosion des amerikanischen Systems. Vieles hat mit der Internationalisierung des Wettbewerbs zu tun. Das Jahr 1970, so der Franzose Jean-Claude Derian, Wissenschaftsberater der französischen Regierung, ‚bezeichnet den historischen Zeitpunkt, an dem der weltweite Wettbewerb begann‘. Japan und die Europäer, Zöglinge des amerikanischen Systems, drangen mit ihren Produkten nicht nur in die Weltmärkte ein. Sie verkauften nun auch auf dem bis dahin durch andere Verbrauchergewohnheiten, etwa den Betrieb von Fünf- bis Achtzylinder-Autos, faktisch abgeschotteten US-Binnenmarkt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502711.html>

Pendelschwung (19.11.1990)

Von Glotz, Peter

Mittelweg. „Nach vierzig, fünfundvierzig oder mehr Jahren eines armseligen und bedrückenden ‚Sozialismus‘ sehnen sich die Leute nach Individualismus, Innovation, Initiative, Konsum, Lebensgenuß. Wer darf sich darüber wundern, daß sie zuerst einmal Balcerowicz, Kohl oder Vaclav Klaus wählen?“; „Eine reine Marktgesellschaft, in der einzig die ökonomische Position des Menschen über seinen Zugang zu Erziehung, Arbeit, Freizeit, Anerkennung und sozialer Sicherheit entscheidet, ist ebenso Tyrannei wie die Herrschaft einer bürokratischen Nomenklatura. Die Kommunisten

haben Karl Marx auf den Hausaltar gestellt; viele ihrer Erben neigen dazu, ihn durch den altliberalen Großtheoretiker Friedrich August von Hayek zu ersetzen. Aber eigentlich geht es darum, die Hausaltäre ganz und gar abzuschaffen. Der Markt ist ein unentbehrliches Koordinationsinstrument moderner Industriegesellschaften.“; „Der Marxismus-Leninismus war immer eine Afterwissenschaft, die Idee, man könne die Hypothesen eines Privatgelehrten aus dem Britischen Museum in London kanonisieren, absurd. Aber wenn die mitteleuropäische Revolution von 1989 dazu führt, daß die europäische Linke ihren Ursprungsmotiven abschwört, ihren Traditionsstrom versickern läßt, ihre kulturellen Attitüden ablegt, verwandelt sie sich in eine politische Bewegung vom Typus der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten: alle vier Jahre ein neuer Mondale oder Dukakis, alle vier Jahre eine neue Kampagne, alle vier Jahre sechs oder sieben mittlere Konflikte; aber die Gewerkschaften am Boden, die Kontinuität eines politischen Kampfes nicht mehr erkennbar. Das ist dann auch Demokratie, aber eine andere.“; „Natürlich ist vieles den Bach hinunter. Die Utopie der Klassenlosigkeit, der Elan der Jugendbewegungen, das Pathos der Genossenschaftlichkeit. Aber benötigt man Marx' Idee der ‚disponiblen Zeit‘ nicht immer noch, wenn man für Arbeitszeitverkürzung kämpft? Gibt es in den wiederaufflammenden, blutigen ethnischen Konflikten Europas ein besseres Gegenkonzept zum Nationalstaat als das austro-marxistische der kulturellen und gemeindlichen Autonomie? Wird man die Not in vielen ostmitteleuropäischen Gesellschaften und das wachsende Flüchtlingsproblem ohne die alte, halb katholische, halb sozialistische Idee der Solidarität bewältigen, vielleicht in der brandneuen Fassung des ‚Kommunitarismus‘, wie sie amerikanische und kanadische Philosophen wie Michael Walzer, Ronald Dworkin und Charles Taylor formuliert haben?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501864.html>

Größter Premier im Frieden (26.11.1990)

Sie regierte länger als jeder andere Britenpremier in diesem Jahrhundert. Doch dann trat Margaret Thatcher über Nacht zurück, abserviert von ihrer eigenen Partei, die der Eisernen Lady keinen Wahlsieg mehr zutraute. Auf den Trümmern des Thatcherismus kämpfen jetzt drei Tory-Männer um den Einzug in die Downing Street.

Gemischte Bewertung, aber Anerkennung überwiegt. „Das Aus kam auch für jene Philosophie, mit der das Volk der Briten seit 1979 mal motiviert, mal malträtiert wurde: den Thatcherismus. Nicht nur im Inselreich, auch in Osteuropa, in den USA und selbst in afrikanischen Staaten glaubten Konservative im Thatcherismus eine Heilslehre für sieche Ökonomie zu erkennen. Solche Glaubenssätze sind mit dem Abgang ihrer Hohenpriesterin nun entweiht; zumal das ganze Thatcher-Jahrzehnt endet, wie es begann: mit einer Rezession. Nichts mag der Weltökonomin Thatcher bitterer aufgestoßen sein, als daß zur Feier ihres Abgangs die Börsenkurse hochschnellten. ‚Thatcherismus‘ war ursprünglich ein Schimpfwort bissiger Thatcher-Feinde gewesen, Synonym für rücksichtslosen Ellenbogenkapitalismus, einen ‚Klassenkampf von oben‘. Erst ab 1984 vereinnahmte die Lady den Terminus wie ein Gütesiegel ihrer selbst. Basis ihrer von den Nobelpreis-Ökonomen Milton Friedman und Friedrich August von Hayek abgeleiteten Philosophie waren ‚Rückkehr zum Unternehmensegeist‘ und ‚neues Leistungsdenken‘. Das hatte Britannien bei ihrem Antritt bitter nötig. Denn als die Oppositionsführerin nach ihrem Wahlerfolg über den Labour-Premier James Callaghan im Mai 1979 in Downing Street 10 einzog, grassierte die ‚englische Krankheit‘. Für einen anderen Weltökonom, den Kanzler Helmut Schmidt in Bonn, war das marode Großbritannien sogar ‚nicht länger ein entwickeltes Land‘. Margaret Thatcher aber lange zu. Getreu ihrer ehernen Maxime, daß der Staat sich weitgehend aus der Wirtschaft zurückziehen soll, kürzte sie Steuern, kappte Staatsausgaben, schaffte die Devisenkontrollen ab. Ihr wohl wichtigster Beitrag zur Gesundung des Landes, der sie auch überdauern wird, war die Zähmung der ewig streikbereiten Gewerkschaften, die oft aus nichtigen Gründen ganze Wirtschaftszweige lahmlegten. Urabstimmung vor Arbeitskämpfen sowie geheime Wahl der Funktionäre wurden unter ihr Gesetz. Mit dem Grubenstreik von 1984/85, der dem radikalen Bergarbeiter-Boß Arthur Scargill eine totale Niederlage bescherte, war die Macht der Unions endgültig gebrochen. Wenig zimperlich sprang die Lady auch mit der verschlafenen Industrie um. Staatliche Hilfen für flügelahme Unternehmen wurden gnadenlos gekappt, die Manager lernten auf die harte Tour, was Konkurrenz heißt. Bald stellten sich Erfolge ein, die Nation war beeindruckt von der rastlosen Energie des ‚einzigen Mannes in der Regierung‘, wie die Frau an der Spitze bald hieß. Die Inflationsrate sank von 13,4 Prozent 1979 auf 2,4 Prozent im Jahr 1986. Zwischen 1981 und 1987 verzeichnete Britanniens Industrie durchschnittlich höheres Wachstum als die der Bundesrepublik – im Rückblick freilich ein vergänglicher Triumph. Mit einem neuen ‚Volkskapitalismus‘ suchte die Konservative den Briten allen ‚Labour-Sozialismus‘ auszutreiben. Privatisierungen, darunter so erlauchter Firmen wie Jaguar und des Triebwerksherstellers Rolls-Royce, des Ölmultis BP, der Fluggesellschaft British Airways sowie British Steel, schufen eine neue Schicht von Kleinaktionären. 1988 gab es im Inselreich ebenso viele Aktienhalter wie Gewerkschaftsmitglieder. 2,5 Millionen Briten erwarben zu Sonderpreisen Wohnungen und Häuser aus Staatsbesitz. Folge: Ein Teil der Arbeiterschaft lief von den Linken zu den Tories über. Wer allerdings zum kleinen Kapitalisten nicht taugte, fand in Thatchers Weltbild keinen Platz. Soziale Nöte interessierten sie nicht, wer abstürzte, war selbst dran schuld. Was immer die Premierministerin anfaßte, sie tat es entschlossen unter dem Motto: ‚Ich bin kein Konsensuspolitiker, ich bin Überzeugungspolitiker.‘“; „Zwei grobe Fehler leiteten Maggies Ende ein. Am 1. April ersetzte sie die an Haus- und Grundbesitz orientierte Kommunalsteuer durch eine sozial ungerechte Kopfsteuer (Poll Tax). Das Volk reagierte mit gewalttätigen Unruhen, die immer noch nicht ausgestanden sind.“; „Der letzte Akt des Thatcher-Dramas hatte schon fast tragische Züge: Die strauchelnde Premierministerin nahm unangenehme Realitäten gar nicht mehr wahr. Über die Inflationsrate von 10,9 Prozent, unerträglich steigende Zinsen, das stetig wachsende Heer von Arbeitslosen oder die bedrohlich heraufziehende

Rezession redete sie hinweg.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502651.html>

Da ist mächtig Druck im Topf (03.12.1990) ■

Im vereinten Deutschland gerät der soziale Friede in Gefahr

Die neue Bundesregierung hat reichlich Arbeit; die Probleme der deutschen Einigung sind keineswegs gelöst: Es gilt zu verhindern, daß das soziale Gefälle zwischen West- und Ostteil immer größer wird. Hunderttausende von Wohnungen müssen schnell gebaut werden. In Ostdeutschland fehlen Millionen Arbeitsplätze.

Soziale Kritik, öffentliche Investitionen nötig, aber auch unnötige öffentliche Ausgaben, deren Streichung von Interessengruppen verhindert wird. „Das Wohlstands- und Einkommensgefälle zwischen Ost und West ist augenfälliger Indikator für eine Entwicklung, die sich schon vor der Vereinigung angebahnt hatte: Der Abstand zwischen unten und oben wird größer, die ungleiche Verteilung materieller Güter und sozialer Chancen krasser. Der soziale Friede, Markenzeichen und Fundament des westdeutschen Wirtschaftswunders, ist in den nächsten Jahren nicht mehr selbstverständlich.“; „Schon haben immer breitere Bevölkerungsschichten Mühe, eine halbwegs ordentliche Bleibe zu finden. Der Wohnungsmangel, ein zunächst auf Ballungsgebiete und Randgruppen beschränktes Problem, wächst sich zum gesellschaftlichen Notstand aus. Jetzt wollen die Regierenden in Bund und Ländern die Not mit mehr Geld lindern – aber viel zu spät und viel zu halbherzig. Und bis heute haben sie kein erfolgversprechendes Konzept, den Mangel zu beheben und eine Katastrophe abzuwenden.“; „Waigels Sparkommissar, Manfred Overhaus, hat seine Juristen nach verlockenden Streichmöglichkeiten bei Sonderleistungen in Spezialeinheiten wie der Bergbau-Knappschaft und anderen komfortablen Sozialnischen fahnden lassen. Ergebnis: Ein zweistelliges Milliardenpotential könnte eingespart werden. Einem Sozialexperten graut es schon jetzt: ‚Da stößt man in ein Netz von Besitzständen.‘ Bonner Mühen, West-Pfründe zu streichen und den Osten zu pöppeln, werden auf harten Widerstand treffen. Der Finanzminister ist dabei doppelt behindert. Einmal kann er nicht umhin, neue Geschenke zu verteilen. 450 Millionen Wettbewerbshilfe für West-Werften sind schon zugesagt, obwohl die Schiffbauer zur Zeit schwarze Zahlen schreiben. Forschungsminister Heinz Riesenhuber kämpfte unverdrossen für seine Milliarden-Gräber: Schneller Brüter, Weltraum und Transrapid. Der Airbus verschlingt Hunderte Millionen, Daimler fordert Kompensation für Abrüstungs- und Währungsverluste. Doch es ist unausweichlich: Egal wieviel Arbeitslosigkeit, Gesundheitssystem, Renten und Sozialhilfe verschlingen, der Finanzminister muß zusätzliche Milliarden für den Bau von Straßen, Schienen, Telefonleitungen, Wohnungen und Kläranlagen lockermachen. Im nächsten Jahr hängt die Wende in der Produktion wesentlich von den Staatsinvestitionen ab. Fallen die zu kärglich aus, verzögert das die Investitionsneigung der Privaten, der Wirtschaftsaufschwung bleibt auch 1991 aus, das Heer der Arbeitslosen wächst, und die Milliarden, die in falscher Sparwut für Investitionen verweigert wurden, müssen dann doch her.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501405.html>

XVI. „Spiegel“-Artikel von 1994 mit gemischter Botschaft

ES KANN JEDEN TREFFEN (31.01.1994)

Wer ist der nächste? Die Bankangestellte, der Schlosser, der Direktor? Die Angst um die Arbeitsplätze geht um. Die Unternehmen brauchen immer weniger Menschen; Hunderttausende verlieren ihre Jobs, gleiten ins Abseits. Jetzt hat die Kündigungswelle die Mittelschicht erfaßt. Droht das Ende des sozialen Staats?

Lohnnebenkosten und Staatsverschuldung zu hoch, Ökosteuern und Lohnsubventionen erscheinen als möglicher Ausweg. „Der weltweite Strukturwandel hat die deutsche Wirtschaft mit einer Wucht getroffen, die noch vor kurzem unvorstellbar schien: Viele ihrer Produkte wie Autos und Maschinen, Chemikalien und Stahl sind international nicht mehr wettbewerbsfähig. Und in den Zukunftsindustrien – der Biotechnik etwa oder der Elektronik – sind die Deutschen nur unzureichend vertreten. Der Vereinigungsboom deckte die Schwächen vorübergehend zu, er schaffte wegen der zusätzlichen Nachfrage sogar neue Arbeitsplätze im Westen.“; „In den siebziger Jahren waren sich die meisten Ökonomen einig, was gegen Arbeitslosigkeit zu tun sei: Falls die Wirtschaft schnell genug wachse, erledige sich das Beschäftigungsproblem fast von selbst. Die Experten stritten zwar leidenschaftlich darüber, wie die Konjunktur in Schwung gebracht werden könnte, aber die ersehnten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bezweifelte kaum einer. Heute passen die Rezepte von damals nicht mehr, weil sich Wachstum und Arbeitsmarkt nicht mehr parallel entwickeln – in den fetten achtziger Jahren beispielsweise dümpelte die Zahl der bundesdeutschen Arbeitslosen um die Zwei-Millionen-Marke. Für Vollbeschäftigung müßten sehr hohe Wachstumsraten erzielt werden, die heute unerreichbar scheinen und es wohl auch sind. Auch die generelle Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich, wie sie in den Achtzigern von den Gewerkschaften erkämpft wurde, taugt nicht als Lösung, weil sie die Lohnkosten weiter nach oben treibt. Das verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt – und gefährdet Arbeitsplätze. Doch nun beginnen sich, unter dem Druck der Krise, neue Einsichten durchzusetzen. Arbeitsplätze auf mehr Arbeitnehmer zu verteilen kann sinnvoll sein, wenn es die Arbeit nicht zu sehr verteuert. Das sehen inzwischen auch die Gewerkschaften so.“; „Liberale Ökonomen fordern zusätzlich, Einstellungsbarrieren abzubauen: starre Kündigungsschutzregelungen zum Beispiel, die ohnehin durch Schwarzarbeit und Zeitverträge zunehmend unterlaufen werden. Die Jobvermittlung soll dadurch effizienter werden, daß die staatlichen Arbeitsämter demnächst Konkurrenz bekommen. Vom 1. April an sollen private Firmen beginnen dürfen, Arbeitskräfte zu vermitteln. Der Modellversuch soll klären, ob mehr Leute Arbeit finden, wenn das Quasi-Monopol der Arbeitsämter beendet wird. ‚Heulen und Zähneklappern‘ befürchtet Jagoda, wenn die Privaten erst aktiv werden. Die würden die besten Kräfte abwerben; den schwer Vermittelbaren könnten sie auch nicht helfen. Die Bundesregierung jedoch möchte den Plan noch in dieser Legislaturperiode verwirklichen. Die meisten Reformer wollen die hohen Produktionskosten der deutschen Industrie senken. Sparen allein reicht zwar nicht, doch kurzfristig ist dies für viele Unternehmen der einfachste Weg aus der Krise. Doch wie sollen die Kosten gesenkt werden? Durch längere Arbeitszeiten, flexiblere Maschinenlaufzeiten oder Nullrunden in den Tarifverhandlungen? Zur Verringerung der Lohnkosten könnte die Politik einiges beitragen. Zwar werden die Einkommen einzig von den Tarifparteien festgelegt, aber längst machen die gesetzlich geregelten Beiträge zur Sozialversicherung einen enormen Teil der Arbeitskosten aus. Das Kabinett Kohl hat in den vergangenen Jahren die Produktionskosten erheblich in die Höhe getrieben: Die Regierenden haben die Beiträge zur Sozialversicherung, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte entrichten müssen, kräftig erhöht. Die finanziellen Lasten für den Aufbau Ost, eigentlich eine gesamtstaatliche Aufgabe, bürdete Bonn den Beitragszahlern der Arbeitslosen- und Rentenversicherung auf. Für Unternehmer, die jeweils die Hälfte dieser Beiträge zahlen, bedeutet das höhere Kosten pro Arbeitskraft – und einen Anreiz, Beschäftigte zu feuern. In den neuen Ländern hätten die Bonner ihren verhängnisvollen Kurs korrigieren können. Doch staatlich gefördert wird dort vor allem, wer teure Maschinen und Gebäude aufstellt – danach wird die Höhe der Finanzhilfen bemessen. Die Kosten für das Kapital hat Bonn lange Zeit ebenfalls nach oben gedrückt: Die gigantische Staatsverschuldung zwang die Bundesbank über Jahre hinweg, die Zinsen hochzuhalten. Das war nötig für die Stabilität der Währung, aber mies für Konjunktur und Beschäftigung. Für viele Unternehmen rechnete es sich, Erlöse anzulegen, statt sie zu investieren. Das könne nach den Wahlen alles anders werden, verspricht die Bonner Opposition. Durch eine Steuerreform, die Umweltsündern höhere Abgaben aufzwingt, könnte der Staat nach einem Vorschlag von Sozialdemokraten und Grünen zusätzliche Einnahmen erzielen. Im Gegenzug könnte er die Beiträge zur Sozialversicherung senken. Dann wäre es billiger, neue Mitarbeiter einzustellen, ökologische und soziale Ziele könnten gleichzeitig erreicht werden. Ähnlich funktioniert das Konzept einer Bürgersteuer, die bei Teilen von SPD und FDP Anklang findet, aber auch beim Arbeitnehmerflügel der Union. Kern des Konzepts sind Lohnsubventionen für schlechtbezahlte Tätigkeiten: Wer für weniger Geld als einen festgesetzten Mindestlohn arbeitet, soll demnach Zuschüsse vom Staat bekommen. Der würde auf diese Weise Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687840.html>

Behörden: Wie Arbeitslos (14.02.1994)

SPIEGEL-Reporter Jürgen Neffe über die Bundesanstalt für Arbeit

Bürokratie ebenso kritisch wie „freies Spiel der Wirtschaftskräfte“. „Daß der Hauptstelle die Arbeit nie ausgehen kann,

hat auch damit zu tun, daß sie ein für derartige Einrichtungen nicht untypisches Eigenleben führt. Der allamtlichen Devise ‚Hoch lebe der Vorgang!‘ verpflichtet und der ‚GO-Hst‘ – der Geschäftsordnung der Hauptstelle – buchstabengetreu ergeben, stehen die Behördianer hier wie überall nicht zuletzt im Papierkrieg gegen sich selbst. So wie selbst Schlafende einen gewissen Grundumsatz an Energie haben, arbeiten bestimmte Teile des Amtsapparates stets nur an der Erhaltung des eigenen Ganzen – die Tragik jeder Bürokratie. Niemand weiß, wie viele Umlaufmappen oder Akten sich in den internen, geschlossenen Kreisläufen jeweils befinden.“; „Für den Fall behördlicher Vermittlung hat sich jeder Bewerber einer arbeitsamtlichen Anamnese, einer Abschätzung seines Leistungsprofils, zu unterziehen: Wo aber die einen, die nichts verlieren können, sich ein Urteil machen über andere, die nichts mehr zu verlieren haben, teilt tief ein Graben die Gesellschaft. Das entwürdigende Vokabular macht nur allzu deutlich, wie darwinistisch Leistungsgemeinschaften im freien Spiel der Wirtschaftskräfte werden können. Die Typologie reicht vom ‚harten Kern der Schwervermittelbaren und Schwerstfälle‘, bei denen ‚sich negative Merkmale in einer Person bündeln‘ oder ‚Risikofaktoren kumulieren‘, hin zu ‚Risikogruppen mit Verfestigungstendenzen‘ und ‚nicht mehr behebbaren Leistungsdefiziten‘, denen auch mit ‚Krücken‘ – arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – nicht zu helfen ist. Soziale Selektion kann grausam sein: Wer einmal draußen ist, muß besser sein als viele, um wieder reinzukommen. Die Wissenschaft spricht von ‚Sortierprozessen‘ und ‚Spülungseffekten‘.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684421.html>

Sozialstaat: Große Verführer (21.02.1994)

Läßt sich mit einem sogenannten Bürgergeld der Sozialstaat gerechter gestalten?

Sozialbürokratie kritisch, Fehlanreize; aber sozial motivierte Bedenken berechtigt. „Was der Frankfurter Professor fordert, ist längst überfällig. Doch bislang fehlt der Mumm für solche Reformen. Viele Sonderregelungen im Steuerrecht haben zähe Lobbyisten mühselig erkämpft. Wer die Extras abschaffen will, muß sich mit mächtigen Interessenvertretern anlegen. Der Einsatz wäre verdienstvoll. Steuervergünstigungen und Sozialtransfers – eingeführt, um mehr soziale Gerechtigkeit zu bescheren – sind längst ein unüberschaubarer Wust. Den Ausgleich zwischen Arm und Reich erleben viele Bürger als Kampf mit einem Bürokratiemoloch. Selbst für Minibeträge müssen Steuerzahler und Bedürftige häufig einen absurden Ämtermarathon bewältigen. 40 Behörden vergeben staatliche Sozialleistungen. Über 90 Varianten staatlicher Zuschüsse werden verteilt, und dabei sind Steuernachlässe noch nicht einmal eingerechnet. Wer Kinder hat, kann auf 15 Wegen Knete vom Staat bekommen: Kinderfreibeträge bei der Einkommensteuer berechnet das Finanzamt, Kinder- und Erziehungsgeld verteilen in der Regel Arbeits-, Sozial- und Jugendämter. Wenn die Nachkommen studieren, helfen Bafög-Ämter weiter; wer baut, genießt dabei noch mal Steuernachlässe für jeden Sprößling. Das Chaos nimmt ständig zu. Bei Bund und Ländern wuchert die Sozialbürokratie schon länger, nun führen auch noch die Kommunen ständig neue Sozialrabatte ein. Städte und Gemeinden schrauben fast überall in Deutschland die Gebühren für Kindergärten, Müllabfuhr und öffentliche Verkehrsmittel in die Höhe, weil in der Rezession andere Einnahmen wegfallen.“; „Die Bürger, die Steuer- und Sozialberater haben längst den Überblick verloren. Kein Finanzexperte, kein Statistiker kann exakt ermitteln, wieviel der Staat unterm Strich einzelnen Einkommensgruppen nimmt und anderen gibt. Keiner weiß, wieviel Geld verschwendet wird, wenn Sozialleistungen bei denen ankommen, die auch anderswo abkassieren.“; „Noch wichtiger: Das Finanzkonzept soll für mehr Beschäftigung sorgen. Bislang hält die sogenannte Armutsfalle viele Arbeitslose davon ab, neue, schlechtbezahlte Jobs anzunehmen. Denn wer Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld bezieht, trotzdem arbeitet und dies die Ämter wissen läßt, bekommt kaum etwas zusätzlich ins Portemonnaie. Extra-Einnahmen werden fast komplett abgezogen – wer nichts tut oder schwarz arbeitet, steht besser da.“; „Die Bedenken sind zum Teil berechtigt. Was die FDP vorhat, ist tatsächlich eine rigorose Vereinfachung – und dabei könnten Härtefälle deutlich schlechter wegkommen. Doch es geht auch anders: Selbst mit Sonderregelungen für Notleidende wäre das Bürgergeldsystem immer noch durchsichtiger als das alte Konzept. Gerade in der SPD befürchten manche, daß die Reformen einseitig zu Lasten der sozial Schwachen durchgezogen würden – schließlich sollen Sozialleistungen wegfallen. ‚Die sehen das als Einfallstor für eine riesige Umverteilung‘, glaubt Mitschke. Er hat deshalb vorgeschlagen, nicht nur das Sozialsystem nach Verschwendung zu durchforsten. Genauso wichtig seien Schlupflöcher für die Steuerhinterziehung – da sei sowieso ‚viel mehr zu holen‘. Doch das kommt in der Politik nicht so gut an – und Mitschke drängt auch nicht, das Konzept komplett zu übernehmen. ‚Sonst‘, glaubt der Professor, ‚dauert es noch mal 20 Jahre, bevor irgendwas passiert.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684566.html>

IHR SEID WIEDER WER (14.03.1994)

Mit einer Radikalkur ohnegleichen versuchen die deutschen Unternehmen, international wieder wettbewerbsfähig zu werden. Doch Kosten und Personal zu kappen reicht nicht: Die Betriebe müssen ganz neu organisiert werden, die Mitarbeiter auf allen Ebenen sollen mehr Verantwortung übernehmen.

Bürokratische Organisation als Hauptursache von Wettbewerbsschwäche; niedrige Löhne und Protektionismus werden als Erklärung für Japans Erfolge dagegen abgelehnt. Flexibilisierung und ‚mehr Markt‘ erscheinen als emanzipatorisches Projekt. „Die Krise hat die Versäumnisse der Vergangenheit inzwischen schonungslos aufgedeckt. Das selbstgefällige Bild vom langjährigen Exportweltmeister Deutschland erweist sich nun als Selbsttäuschung: Tatsächlich gehen gut 70 Prozent aller Exporte nach Europa. In den Wachstumsmärkten Asiens ist die deutsche Industrie noch kaum, in Amerika kaum mehr vertreten.“; „Produkte werden künftig dort entwickelt und gefertigt, wo

das Know-how besonders groß ist und die Kosten besonders niedrig sind. Welche Chancen hat da der Standort Deutschland? Wenige – solange die Kosten hoch, die Strukturen bürokratisch erstarrt und die Produkte veraltet sind. Eine ‚kolossale Restrukturierung‘ fordert Henzler deshalb. Gewaltige Anstrengungen seien notwendig, meint der McKinsey-Mann, ‚um auf Weltklasseniveau zu kommen‘. Die Unternehmen haben, der schieren Not gehorchend, die ersten Schritte getan, und die sind recht brutal. Sie haben im vergangenen Jahr Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet, in diesem Jahr werden wohl noch einmal 300 000 Jobs gestrichen (siehe Grafik Seite 104).“; „Konsequent setzte Henry Ford dann Taylors Erkenntnisse in der Fließbandfertigung um. Für den Arbeiter wurde der Job immer stupider, aber große Mengen gleicher Produkte konnten nun kostengünstig wie nie gefertigt werden. So begann die zweite industrielle Revolution. Sie führte zu einem gewaltigen Wachstum der Wirtschaft und des Massenwohlstands. Sie ist jetzt zu Ende. Ob die neue Ära vergleichbare Erfolge hervorbringen wird, muß sich erst noch zeigen. Sicher ist nur: Die Industrie der Zukunft braucht ganz andere Menschen – aber auch sehr viel weniger.“; „Das erforderte eine streng hierarchische Organisation mit all ihren Mängeln: Bürokratie und mangelnder Flexibilität. Die deutschen Konzerne wurden immer größer und unbeweglicher, und sie entfernten sich immer weiter von den Bedürfnissen ihrer Kunden. Nur so ist zu erklären, daß Mercedes-Benz mit der S-Klasse den Dinosaurier des Automobilzeitalters schuf. Die Einstellung der Kunden hatte sich geändert, das wuchtige Auto paßte nicht mehr in die Zeit. Nur bei Mercedes hatte das niemand bemerkt. Im Markt der Zukunft soll der Kunde wirklich König sein. Überleben werden nur Unternehmen, die dem Konsumenten einen zusätzlichen Nutzen bieten. Beständig ist in der industriellen Neuzeit nur der schnelle Wandel. Junge, flexible Unternehmen haben die Vormacht des Computerriesen IBM geknackt. Die Japaner haben mit einer Vielzahl von Variationen den Automobilmarkt erobert und selbst dessen Nischen mit eigenen Schöpfungen bedient, seien es Roadster oder Großraumwagen. Viele Unternehmen haben in den achtziger Jahren einzelne Teile ihrer Unternehmen durchrationalisiert, Abteilungen optimiert und ganze Heerscharen von Unternehmensberatern beschäftigt. Nun müssen sie feststellen, daß sie international nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Nur wenige Manager haben die gesamte Struktur ihrer Organisation sowie den Ablauf der Produktion – und damit sich selbst – in Frage gestellt. Nur langsam setzt sich die Erkenntnis durch, daß der Kern der Strukturschwäche in der arbeitsteiligen Organisation liegt. Die Japaner lassen ihren Konkurrenten wenig Hoffnung. ‚Wir werden gewinnen, und der industrielle Westen wird verlieren. Da könnt ihr nicht viel dagegen tun, weil der Kern des Versagens in euch selber liegt‘, erklärte der japanische Konzernchef Konosuke Matsushita 1979 westlichen Industriellen. ‚Nicht bloß eure Firmen sind nach dem Taylorschen Modell gebaut, sondern – viel schlimmer – auch eure Köpfe.‘ Die deutschen Manager nahmen die Warnung nicht ernst. Eine Branche nach der anderen, von der Uhrenindustrie bis zur Unterhaltungselektronik, mußte dem Druck der neuen Konkurrenz weichen, und doch glaubten noch vor wenigen Jahren die deutschen Maschinenbauer, sie seien unangreifbar. Das war, wie sich jetzt zeigt, ein schwerer Irrtum. Irgendwann konnten auch die deutschen Manager die Erfolge der Japaner nicht mehr ignorieren. Doch sie hatten schnell einfache Erklärungen zur Hand. Schuld waren nun die niedrigen Löhne in Japan und die langen Arbeitszeiten, die Industriepolitik der Planungsbehörde Miti und der Protektionismus der Regierung in Tokio. Das alles schien geradezu schicksalhaft, in jedem Fall aber politisch bedingt oder einfach nur unfair – und nicht zu beeinflussen. Viel zu spät begann die Diskussion über die eigentliche Ursache des Erfolgs der Japaner: über deren dem westlichen Taylorismus überlegene Art, zu produzieren und die Kreativität ihrer Arbeitnehmer zu nutzen. Den Wandel bewirkte eine Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) über die internationale Automobilindustrie aus dem Jahr 1990. Das Ergebnis schockierte die westlichen Hersteller: Das von Toyota entwickelte Fertigungssystem, so das Fazit der Forscher, sei der üblichen Produktionsweise bei weitem überlegen.“; „Wildemanns Vision ist das lernende Unternehmen: ein Betrieb, der so flexibel organisiert ist, daß er auf jede Änderung seiner Umwelt sofort reagiert. Jede kleine Abteilung soll dem Druck des Marktes ausgesetzt werden, denn, so Wildemann, ‚der schlimmste Leidensdruck ist der, der vom Markt kommt‘. Druck von oben ist nicht mehr nötig, ganze Managementebenen können entfallen – das Unternehmen wird schlanker und produktiver. ‚Eine Imitation japanischer Methoden reicht nicht aus‘, sagt der Professor. ‚Wichtig ist eine neue Denkweise.“; „Der Verdacht, bei seinem Wechsel von General Motors zu Volkswagen geheime Unterlagen mitgenommen zu haben, hat dem Spanier bei den VW-Arbeitern nicht geschadet. Lopez kommt mit ihnen gut zurecht, vor allem wohl, weil die Menschen spüren, daß sie ernst genommen werden.“; „Dem Arbeiter kommt in der Fabrik der Nach-Taylor-Ära eine ganz neue Aufgabe zu: Er – nicht die Maschine – soll der entscheidende Produktionsfaktor sein, er – nicht der Vorgesetzte – übernimmt die Verantwortung für das Produkt und dessen Qualität.“; „In der modernen Produktion soll der Arbeiter wie ein kleiner Unternehmer handeln. ‚Die Menschen‘, so Hartmann, ‚sind doch auch in der Lage, ihren persönlichen Alltag, die Kindererziehung, den Urlaub und so weiter, zu organisieren.‘ Dieses Potential müsse genutzt werden. Verantwortung wird auf die Ebenen delegiert, wo tatsächlich die Arbeit geleistet wird. Teamwork und Gruppenarbeit sind die Basis der schlanken Fabrik.“; „Die Gruppenarbeit wurde schon einmal propagiert, damals von den Gewerkschaften. Im Rahmen des Programms ‚Humanisierung der Arbeitswelt‘ förderte die Bundesregierung in den siebziger Jahren Pilotprojekte in verschiedenen Firmen. Doch das Programm war der Idee eher abträglich: Die Humanisierung des Arbeitslebens gehört nicht zu den obersten Unternehmenszielen. Sobald die staatliche Förderung eingestellt wurde, war die Gruppenarbeit tot. Nun kehrt sie wieder, nur unter ganz anderen Vorzeichen. Und jetzt sind es die Gewerkschaften, die ihr eher skeptisch begegnen.“; „Kommt also die schöne neue Arbeitswelt? War der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nur ein historischer Irrtum? Werden künftig zufriedene Arbeiter sich am Arbeitsplatz selbst verwirklichen und nebenbei den Aktionären traumhafte Renditen bescheren? ‚Ich bin nicht so blauäugig zu glauben, wir schaffen das Paradies auf Erden‘, sagt Mettler-Chef Tikart. ‚Aber wir bewegen uns in die richtige Richtung.‘ Sein Kollege Hauck von Müller

Weingarten glaubt, die logische Folge der neuen Unternehmensstrukturen sei die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital. ‚Wenn wir wieder klotzig verdienen‘, hat er sich vorgenommen, ‚sollen die Mitarbeiter beteiligt werden.‘ Doch der Umbau der Betriebe schafft auch viele Verlierer: Arbeiter, die den schlanken Strukturen zum Opfer fallen; Manager, deren Aufgaben nach unten delegiert werden und die nun überflüssig sind. Manche, die meinten, den Aufstieg geschafft zu haben, müssen nun zurück in die Produktion. Abteilungen wie die Arbeitsvorbereitung werden überflüssig.“; „Jetzt ist die traditionelle Führung nicht mehr gefragt. Nun soll jeder Mitarbeiter auf jeder Ebene möglichst viel entscheiden. Abteilungen werden in Leistungszentren umgewandelt und dem Markt ausgesetzt. Die ehemalige Marketingabteilung oder etwa das Controlling müssen sich im eigenen Haus Kunden suchen. Wenn ihre Leistung nicht gefällt, werden die Aufträge nach außen vergeben.“; „Vielleicht wird sich deshalb am Ende, trotz aller Anstrengungen, im weltweiten Wettbewerb gar nicht viel ändern. ‚Dann wären wir wieder 25 Prozent zu teuer‘, fürchtet Hauck. Das aber wäre doch auch schon etwas angesichts der Alternative: Wenn die Revolution in den Betrieben an deren Bürokratie erstickt, droht der deutschen Industrie der totale Absturz.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688708.html>

Otto von Blüm (14.03.1994)

Von Didzoleit, Winfried

Pflegeversicherung im Umlagesystem richtig, „verfilzte Wohlfahrtsbürokraten“ könnten das Projekt aber zunichte machen. „Aber hat sich der endlose Konflikt um ambulante und stationäre Hilfen, um Karenz- und Feiertage jenseits politischer Machtspiele gelohnt? Die Arbeitgeber ziselieren mit der Keule: größte sozialpolitische Torheit der letzten Jahrzehnte. Die Maßlosigkeit des Urteils verrät den schlechten Verlierer. Die Verbands-Unternehmer sehen nur die Last auf dem Lohn. Sie übersehen, daß erstmals, wenn auch bescheiden, kein Ausbau, sondern ein Umbau im Sozialsystem stattfindet: Eine entbehrliche Wohltat, der bezahlte Feiertag, wird geopfert, um eine dringendere Aufgabe, die Pflege, bezahlen zu können. Das Hauptärgernis der Gegner ist die Einführung einer neuen Pflichtversicherung, in der die Gesunden im Umlageverfahren für die Gebrechlichen einstehen – mit einem von der Lohn- und Rentenhöhe abhängigen Beitrag. Doch die Entscheidung ist richtig. Die privaten Versicherer konnten keine bezahlbare Lösung anbieten, die von sofort an auch den Aufwand für die Pflegefälle von heute und die älteren Jahrgänge abgedeckt hätte. Wollte man diese Gruppe nicht noch 30 Jahre mit Sozialhilfe abspesen, wären Milliardenspritzen aus der Bundeskasse nötig geworden. Die heutige Generation hätte dann über Beiträge ihr eigenes Pflegerisiko und über Steuern das ihrer Eltern und Großeltern gleichzeitig abdecken müssen – eine schwer zu rechtfertigende Doppellast. Wie der alte Reichskanzler hat Blüm seinen Platz in der Sozialgeschichte jetzt sicher. Ob er aber als Vollender des Bismarckschen Systems geführt wird – oder ob er mit seiner Pflege den Anfang vom Ende der Solidarversicherungen gesetzt hat –, das ist noch offen. Die Mittel, die Kosten im Griff und den Beitrag stabil zu halten, sieht das Gesetz vor. Doch es enthält auch Pfusch. Noch ist der Beitrag der Länder von 3,5 Milliarden Mark rechtlich nicht abgesichert. Noch besteht die Gefahr, daß Provinzfürsten und verfilzte Wohlfahrtsbürokraten die Kostendisziplin durch Prestigebauten sprengen. Gerät die Pflegeversicherung außer Kontrolle, fällt als nächstes die Krankenversicherung, wird am Ende die kollektive Rentenkasse zur kargen Grundsicherung verkommen. Dann wäre, dank Blüm, der Beweis erbracht, daß Sozialpolitiker in einer Demokratie nur den Überfluß verteilen können, daß sie, entgegen ihrem Auftrag, für die Krise nicht taugen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685796.html>

Wahlen '94: Korea liegt an der Oder (04.04.1994)

Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi über den Wirtschaftswahlkampf der Parteien

Entstaatlichung, Privatisierung, Politik nach betriebswirtschaftlichen Kriterien unausweichlich, Unternehmer als Schlüsselfigur, starker Staat für Industrie- Standort- Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik aber nötig. „Eine Welt, in der Harvard-ausgebildete indische Ingenieure am CAD-Zeichenbrett mit ihren über Satelliten verbundenen Kollegen in München High-Tech-Entwicklungen vorantreiben, kennt keine nationalen Arbeitsmärkte mehr. Das nationale Lohnniveau gerät mit allen sozialen Nebenwirkungen schrittweise unter Druck. Die Facharbeiter in den USA hatten seit Jahren keine realen Einkommenszuwächse mehr. Und durch die Öffnung nach Osten erleben wir Deutschen das noch in besonderer Weise: Korea liegt jetzt an der Oder. In diesem Prozeß verlieren Wirtschaft und Gesellschaft ihre nationalen Profile. Die Kernfrage lautet immer wieder: Was sind die unausweichlichen internationalen Zwänge, und wo gibt es noch nationale Spielräume? Die Einsicht dämmert wohl auch vielen Arbeitnehmern – aber ist das die Mehrheit der Wähler? Geben sie der Produktivität die Schlüsselrolle? Wenn die Wähler die entscheidenden Zusammenhänge nicht verstehen, wird die Politik ihren Beitrag zur internationalen Wettbewerbsorientierung der Gesellschaft nicht leisten können.“; „Wer harte Konkurrenz hat, muß schnell und beweglich sein. Daraus (und nicht aus Arbeitgeberideologie, wie viele leider noch immer glauben) folgt der Zwang zu immer mehr Flexibilität. Deswegen brauchen wir Deregulierung und eine betriebswirtschaftliche Orientierung des Staates; deswegen sind wir zur Entstaatlichung oder auch zur Privatisierung gezwungen. Wo der Staat sich in eine unternehmerische Aufgabe einmischt, neigt er dazu, die Dinge politisch im nationalen Rahmen zu regeln. Aber betriebswirtschaftliches Handeln muß sich am internationalen Wettbewerbssystem orientieren.“; „Der Unternehmer wird immer mehr zur Schlüsselfigur der gesellschaftlichen Entwicklungen. Das heißt allerdings nicht, daß der Staat, daß die Gesellschaft aus der Verantwortung für die Wirtschaft entlassen werden könnten. Es geht in dem vor uns liegenden wirtschaftlichen Wettlauf der Nationen nicht nur um weniger Staat, sondern auch um einen anderen Staat, um einen Staat an anderer Stelle.“; „Aber nur so herum geht es –

und nicht umgekehrt. Denn dort, wo Betriebe nicht wettbewerbsfähig sind, wird es weder soziale Gerechtigkeit noch zügige Fortschritte im Umweltschutz geben können. Subventionen können immer nur ein Übergang sein. In Ostdeutschland ist diese Lehre vor aller Augen bisher gelernt worden. Für ganz Deutschland steht sie nun auf dem Prüfstand. CDU/CSU und FDP hatten schon immer einen marktwirtschaftlichen Vorsprung. Aus der Sicht der Unionsbasis gehören Begriffe wie Wettbewerbsfähigkeit, Betriebsgewinne und Unternehmerleistungen zum Kernprogramm ihrer Partei, während die Basis der SPD diese Ziele zwar heute auch nicht mehr bestreitet, aber sie doch wohl noch immer geringer bewerten würde. Es sind ja auch Werte, die in der Tradition der alten Arbeiterpartei eher verfehlt waren. Es fällt SPD-Stammwählern sehr viel schwerer als denen der CDU/CSU oder FDP, betriebswirtschaftliche Wettbewerbszwänge als Maßstäbe für die nationale Politik zu akzeptieren.“; „Die SPD will auch eine ‚neue Gründerwelle‘, und sie will die Unternehmen von Lohnnebenkosten entlasten. Aber den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit will sie mit einem Pakt des Staates, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Bundesbank gewinnen. Schon diese Reihenfolge zeigt, daß die Sozialdemokraten die große Rolle der Unternehmer noch nicht in den Mittelpunkt rücken. Was für die SPD gilt, ist bei den Grünen noch ausgeprägter.“; „Auf der anderen Seite wird ein aktiver Staat gebraucht, der industriepolitische Ziele setzt, ohne deren Formulierung es heute zum Beispiel keinen Airbus gäbe; der sich aktiv für die eigene Exportwirtschaft einsetzt, wie Japan und jetzt auch die USA es vormachen; der eine aktive Standortpolitik durchführt, ohne die es gerade den jungen Unternehmen in Ostdeutschland nicht möglich sein wird zu überleben; der aber auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik dort macht, wo nach aller Einsicht sonst nur Massenarbeitslosigkeit bleibt. In all diesen Fragen zeigen CDU/CSU und FDP erhebliche Schwächen: Sie glauben oft auch dort an die regulierenden Kräfte des Marktes, wo Marktversagen längst eine erwiesene ökonomische Tatsache ist. Priorität für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen der Unternehmen, ein pragmatischer Staat als Partner der Wirtschaft und als Beschützer sozialer Gerechtigkeit und der Umwelt: wo im politischen Spektrum Deutschlands können wir diese Koppelung wirtschaftlicher und sozialer Vernunft erwarten? Zwar ist der Grundsatzstreit über Alternativen zur Marktwirtschaft in den Verlautbarungen der Parteien verstummt. Keine Partei (mit Ausnahme der SED-PDS) sucht noch ausdrücklich nach dem Dritten Weg. Aber die Meinungsverschiedenheiten über Prioritäten bestehen in den Stimmungen der Mitglieder, Funktionäre und Wähler fort.“; „Die CDU/CSU müßte klarmachen, wie sie die neue Rolle des Staates in einer Führungspartnerschaft mit der Wirtschaft insbesondere in Ostdeutschland ausfüllen will. Hier und in der Organisation eines Arbeitsmarktes im Osten, wo die schwache Nachfrage zu viele Arbeitslose ihrem Schicksal überlassen würde, müßte sie in erster Linie Klarheit und Erneuerung zeigen. Die SPD, die das gewichtige Argument des demokratischen Wechsels auf ihrer Seite hat, müßte klarer machen, daß sie es praktisch und ernst meint, wenn sie von der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen spricht; daß es keine Unternehmen ohne Unternehmer gibt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682864.html>

Krankenhäuser: Wer zahlen kann, überlebt (11.04.1994)

Aidspatienten werden abgewiesen, Akutkranke irren von Klinik zu Klinik, Krebsleidenden werden teure Medikamente vorenthalten. Seit Minister Seehofers Gesundheitsreform die Krankenhäuser erstmals zum Sparen zwingt, gilt der Grundsatz: Nur ein billiger Patient ist ein guter Patient.

Ambivalente Haltung zu Sparpolitik im Gesundheitswesen. „Klinikdirektor Andreas Hirner, der die Patientin durch eine Notoperation in letzter Minute rettete, hat eine Erklärung für die Irrfahrt der Kranken: ‚So ein schwieriger Eingriff, bei dem es Komplikationen geben kann, der kostet. Da ist man schnell auf 20 000 Mark. Das war denen ganz einfach zu teuer.‘“; „Die oberhessische Verkäuferin Anneli Kauer, 46, hatte sich durch einen verschobenen Brustwirbel einen Nerv eingeklemmt: ‚Ich hätte schreien können vor Schmerzen.‘ Dennoch fuhr sie selber zur 40 Kilometer entfernten Marburger Uniklinik. Dort wurde die Frau mit dünnen Worten abgespeist. Wegen des ‚neuen Seehofer-Gesetzes‘, so erfuhr sie, dürfe jetzt ‚nur noch in Notfällen‘ geröntgt werden. Auf den Gesundheitsminister Horst Seehofer berief sich auch die Kölner HNO-Klinik der Universität. Dort bekamen Patienten einen Handzettel, auf dem wenig ermutigende Worte standen: ‚Sie leiden an einer Krankheit, die Ihr Leben gefährdet.‘ Im Begleittext schrieb der Krankenhausdirektor, in seinem Haus könnten solche ‚nicht aufschiebbaren‘ Fälle nun doch nicht, wie zugesagt, operiert werden. Der Grund: Leider seien sämtliche Betten belegt. Von den Ärzten erfuhren die Kranken, daß in Wahrheit kein Geld mehr da sei für die dringend notwendigen Eingriffe. Kein Krankenhaus der Umgebung erklärte sich bereit, die Siechen zu versorgen. Es wird gespart, und koste es das Leben. Viele Kliniken halten sich teure Kassenpatienten, wo es nur geht, vom Hals: Nur der billige Patient ist ein guter Patient – es sei denn, er zahlt zu jenen neun Prozent, die privat versichert sind. Horst Seehofer, der sich als unerschrockener Widersacher der mächtigen Ärzte- und Pharmalobby Respekt verschaffte und sich als einer der wenigen tatkräftigen, kompetenten Minister im Kabinett Kohl Reputation erwarb, wagte sich mit dem Gesundheitsstrukturgesetz auch an die Krankenhäuser, die Milliardenräuber im Sozialstaat. Er hat sich vorgenommen, sie zu wirtschaftlichem Handeln zu zwingen. Doch sein Sparplan lehrt auch die Patienten das Fürchten.“; „Jahr für Jahr wuchs so der Gesamtetat um jeweils fast zehn Prozent. Zwischen 1980 und 1992 stiegen allein die jährlichen Krankenhausaussgaben der gesetzlichen Krankenkassen von 25,5 Milliarden auf mehr als 50 Milliarden Mark. Jahrzehntelang durften die deutschen Kliniken klotzen, wenn es um die medizinisch-technische Ausrüstung ging. Mit immer neuen, teuren Diagnose- und Therapiegeräten blieben sie stets auf der Höhe des Fortschritts – und schufen sich mit ihrem Apparate-Park immer neue Einnahmequellen: Jede mit den Geräten erbrachte Leistung wurde von den Krankenkassen vergütet.“; „Fürs erste, so scheint es, sind Patienten die

Leidtragenden der Reform. Viele Klinikdirektoren und Verwaltungschefs glauben, daß am besten abschneidet, wer seine Patienten mit möglichst geringem Aufwand verarztet. Jetzt gehe ‚Monetik vor Ethik‘, jammert Rolf Kegel, der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten.“; „Seehofer: ‚Alle notwendigen Behandlungen werden nach wie vor erbracht.‘ Ein Irrtum? Viele Kliniken geben den Reformdruck an die Kranken weiter: Statt die aufgeblähte Verwaltung zu straffen oder überflüssig gewordene Betten abzuschaffen, wird den Patienten in vielen Fällen teure Therapie vorenthalten.“; „Regierung, Krankenkassen und Kliniken sind insgeheim Verbündete: Der Minister versucht die Reform möglichst unauffällig über die Runden zu bringen. Die Versicherungen wollen sparen. Die Ärzte hüten sich, Patienten über die mindere Behandlung aufzuklären. Gewiß, auch Pluspunkte sind zu verbuchen: Die seit langem beklagten, teuren und meist überflüssigen Doppeluntersuchungen werden jetzt seltener, die Kliniker verlassen sich zunehmend wieder auf die Befunde der niedergelassenen Kollegen. Den Betroffenen wird der Wandel im Gesundheitssystem erst bewußt, wenn sie, wie die Bonner Hausfrau, im Rettungswagen von Krankenhaus zu Krankenhaus düsen, wenn sie ein Jahr auf eine Operation warten müssen oder die womöglich lebensrettende Therapie nicht mehr finanziert bekommen. Auch die Forschung leidet unter den veränderten Bedingungen. Die Entwicklung vielversprechender Behandlungsmethoden, nicht selten letzte Hoffnung todkranker Menschen, wird vielfach gestoppt. Fortschritt ist derzeit nicht erwünscht, denn der kostet Geld. Zu den Leidtragenden der Reform gehören mitunter auch die Ärzte. Jene Vertreter der Heilkunst, die nach Bedarf und nicht nach Budget behandeln, geraten in einen Rechtfertigungszwang. Denn die Manager der Krankenhäuser pochen auf strikte Einhaltung des Etats.“; „Die Herren über den monströsen Medizinbetrieb hatten sich im Laufe vieler schöner Jahre an das Gefühl gewöhnt, ohne Rücksicht auf die Kosten aus dem vollen schöpfen zu können. So addierten sie sinnlose Verschwendung und sinnvolle Großzügigkeit am Ende zu furchterregenden Defiziten, die das gesamte System der sozialen Sicherung zu sprengen drohten.“; „Der Ratschlag offenbart die Strategie der Kliniker: Sie wollen die Bonner Gesundheitsreform zu Lasten der Patienten bewältigen – und auf diese Weise die gut eine Million Beschäftigten in den Krankenhäusern vor Schaden bewahren. Im Hamburger Albertinen-Krankenhaus wird das ‚Patientengut gesteuert‘, wie es im Sprachgebrauch der Hospital-Verwaltungen heißt. Willkommen ist ‚der leichte Fall, der kurz liegt‘.“; „Ob sie es wollen oder nicht, die Reform zwingt viele Ärzte dazu, hinter ihren Möglichkeiten zurückzubleiben. Der Krankenhausdirektor weiß es, den Krankenkassen liegt daran, der Minister muß es wissen – nur einer erfährt es nicht: der Kranke.“; „Minister Seehofer mag nicht akzeptieren, daß die Qualität der Versorgung aufgrund seines Spargebots gemindert wird. Die Nöte der Hospitäler hält er für einen Mangel an Management und gutem Willen. In Wirklichkeit hat in Deutschlands Kliniken das Sparen noch gar nicht richtig begonnen.“; „Wirtschaftlich ist die Gesundheitsreform ein voller Erfolg. Sie verschaffte den Kassen 1993 ein Plus von 10,2 Milliarden Mark; erstmals seit Jahren können die Versicherten mit einer Beitragssenkung rechnen. Doch ohne Nachteile für die Kranken, wie von Seehofer versprochen, ist es nicht abgegangen. Der Minister hat die Reformbereitschaft der Kliniken überschätzt.“; „Die Alternative ist eine rational begrenzte Versorgung auf hohem Niveau. ‚Optimalität statt Maximalität‘, bilanziert Axel Koetz von der Düsseldorfer Unternehmensberatung Kienbaum die Chancen im Gesundheitssystem: Maximal nutzen, was für alle im Topf übrigbleibt. Aber: Soll ein Kind dann keine zweite Lebertransplantation mehr erhalten, wenn es damit eine gewisse (bislang noch kurze) Zeit überleben könnte? Hat ein Greis keinen Anspruch mehr auf eine Leukämie-Behandlung? Und wer entscheidet? Die ‚brutale Kosten-Nutzen-Rechnung‘, wie sie der Frankfurter Chirurg Wolf Stelter erlebt, hat das gesellschaftliche Klima schon deutlich verändert. Teure Patienten wie der Aidskranke Knost aus Osnabrück fragen sich, ob sie für die Gemeinschaft ‚noch zumutbar‘ sind. Am attraktivsten, spotten Kritiker wie der Frankfurter Chirurg Stelter, werde es künftig sein, ‚Gesunde zu operieren‘. Wer sich die unkompliziertesten Fälle herausfiltert, behält von der Pauschale den größten Gewinn. Schwerkranke und alte Menschen, bei denen kostentreibende Komplikationen zu erwarten sind, wird ein Spital dagegen nur ungern aufnehmen.“; „Gutverdienende versuchen, die Risiken zu minimieren. Neben der Grundversorgung leisten sich immer mehr Bundesbürger Zusatzpolicen privater Versicherungsanbieter. Im Extremfall könnte aus dieser Entwicklung folgen, was eine Stuttgarter Hausärztin so formuliert: ‚Wer zahlen kann, überlebt.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683268.html>

Konjunktur: GANZ SACHTE AUFWÄRTS (11.04.1994)

Die Auftragsbücher sind wieder voller, die Produktivität steigt: In der deutschen Industrie breitet sich vorsichtiger Optimismus aus. Die Konjunkturforscher melden erste Signale, daß die Wirtschaft das Schlimmste hinter sich haben könnte. Ein echter Aufschwung aber scheint für dieses Jahr noch nicht in Sicht.

Mangel an Wettbewerbsfähigkeit und Inlandsnachfrage als Krisenursache. „Zu viele Strukturprobleme müssen noch gelöst werden: In Zukunftsbranchen sind die Deutschen nur unzureichend vertreten, der Dienstleistungssektor ist unterentwickelt. Der internationale Standortwettbewerb wird schon deshalb härter, weil moderne Technologien die Auslagerung von Produktionen immer weiter erleichtern.“; „Die meisten Maschinenbauer haben nicht nur viele Mitarbeiter entlassen, sondern auch ihre Betriebe völlig umgebaut, um wirtschaftlicher arbeiten zu können. Einige Wettbewerbsnachteile machen ihnen aber immer noch zu schaffen. So gelten die Maschinen deutscher Anbieter nach wie vor als technisch hervorragend, aber zu teuer.“; „Außerdem hängt der einsetzende Mini-Aufschwung noch weitgehend von der Nachfrage im Ausland ab. ‚Der Inlandsmarkt ist praktisch tot‘, sagt Maschinenbauer Trützschler. Vor allem der private Verbrauch wird hierzulande vorerst kaum steigen. Sinkende Realeinkommen einerseits und drastisch steigende Gebühren andererseits, etwa für Müll und Abwasser, zwingen zum Sparen. Gekauft wird nur das

Nötigste.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683286.html>

Arbeitslosigkeit: Wer stoppt die Autonomen? (27.06.1994)

SPIEGEL-Redakteur Gabor Steingart über die Tabus der Ökonomen

Synthese (mit neoliberaler Übergewicht). „Natürlich wünscht sich das linke Duo ein staatliches Investitionsprogramm. Doch Priewe und Hickel wissen, daß die Beschäftigungswirkung eines solchen Programms ‚relativ schwach‘ ausfällt. Natürlich sehnt sich der Konservative nach mehr Flexibilisierung überall im Arbeitsleben. Doch seine Vorschläge kommen ihm selbst wie ‚kleinste Rinnsale‘ vor, die bestenfalls gebündelt einen Strom ergeben. Wer Arbeitslosigkeit bekämpfen will, darin besteht Einigkeit, muß einen schmerzhaften Prozeß des Teilens in Gang setzen. Prompt geraten die Experten bei der Frage ‚Wer teilt was mit wem?‘ aneinander. In alter Schlachtordnung, bewaffnet mit den ideologisch scharf gemachten Argumenten der siebziger Jahre, gehen sie aufeinander los. Der Konservative will die Löhne schwungvoll unter den Produktivitätsfortschritt senken. Siebert sagt: Lohnzurückhaltung bringt Arbeitsplätze, für mehrere Jahre ist ein Abschlag erforderlich. Die Linken wollen die Arbeitszeit aller Beschäftigten radikal zusammenstreichen. Um sechs Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, müßte morgen die 30-Stunden-Woche eingeführt werden, so ihre Rechnung. Niedrige Löhne, zum Beispiel für Berufseinsteiger, halfen schon in den USA, sagt Siebert. Die Arbeitslosenquote liegt dort deutlich unter der deutschen. Immerhin. Hierzulande, halten Priewe und Hickel dagegen, entstanden Arbeitsplätze immer durch kürzeres Arbeiten.“; „Die Politik kann bislang nicht viel tun. Die entscheidenden Variablen, um die es hier geht, Lohnsumme und Arbeitszeit, sind ihr weitgehend entzogen. Das Grundgesetz hat die Verteilungsfrage an Gewerkschaften und Arbeitgeber delegiert. Tarifautonomie heißt das Zauberwort. Doch die Arbeitgeber fühlen sich nicht zuständig.“; „Die Gewerkschaften funktionieren als Lobbyisten der Arbeitsplatz-Besitzer. Mit allerlei Schutzvorschriften und Lohnzuschlägen machen sie ihnen die tägliche Rackerei so angenehm und sicher wie möglich. Das ist gut so – aber nur für die, die sich abrackern dürfen. Für die Arbeitslosen ist diese Tarifautonomie längst zum Fluch geworden. Sie tauchen in dem nächtelangen Prozentpoker der Funktionäre, wenn überhaupt, nur als Statisten auf. Ihr Anliegen hat am Tariftisch hier weder Sitz noch Stimme. Das Hin und Her der autonomen Partner, das im spektakulärsten Fall mit der Absicherung aller Noch-Beschäftigten endet, muß ihnen als organisierte Verantwortungslosigkeit erscheinen. Nach einem Jahrzehnt Massenarbeitslosigkeit können sie sicher sein: Wenn niemand die Autonomen stoppt, wird ihr Leiden nicht gelindert. Nur zögernd schreiben sich die Autoren an die Problemlage ran. Siebert registriert, daß es unter der Regie der Tarifpartner zu ‚groben Zielverfehlungen‘ kommt. Er vermißt ‚zwingende institutionelle Mechanismen‘, die es den autonomen Partnern untersagen, immer neue Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Es lohne sich, über solche Mechanismen nachzudenken, schreibt er – und stellt das Nachdenken wenige Seiten später ein. Eine ‚Änderung des institutionellen Rahmenwerkes‘ hält er für nötig, doch alles bleibt im Nebel des Diffusen. Warum so verzagt? Priewe und Hickel mogeln sich ähnlich verschämt am Konfliktthema vorbei. An der im Grundgesetz festgezurrt Tarifautonomie, von den Gründungsvätern der Republik auch als Reaktion auf Hitlers Lohndiktate in die Verfassung geschrieben, wollen sie nicht rühren. Dabei fragen sich auch die Gegengutachter, warum eigentlich die Verkürzung der Arbeitszeit nie groß genug ausfällt, um wirklich massenhaft neue Jobs zu schaffen. Die Schuld, so die leise Erkenntnis, liege ‚auch an einem Tabu bei den Gewerkschaften‘. Reallohnsicherung sei ihnen wichtiger als die Schaffung neuer Stellen. Warum sollte die Runde der Tarifpartner nicht um einen dritten Partner, den demokratisch gewählten Vertreter der Arbeitslosen, ergänzt werden? Vielleicht genügt es, den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit als Anwalt der Joblosen mit an den Tisch zu setzen?“; „Womöglich müßten Tarifverträge, wenn sich Gemeinwohl nicht anders organisieren läßt, eine Zeitlang unter den Vorbehalt des Parlaments gestellt werden? An die Stelle der Instrumentendebatte, die auf hohem Niveau folgenlos bleibt, gehört eine Grundsatzdebatte über den Defekt des Arbeitsmarktes. In dem Mechanismus, der ihn reguliert, muß für die Interessen der Arbeitslosen ein Rädchen installiert werden. Sonst produziert der Mechanismus vor allem eines: sozialen Sprengstoff.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686756.html>

FREIBRIEF ZUM BETRUG (08.08.1994)

Aggressiv verkauften Drückerkolonnen unsinnige Versicherungen, für Schäden zahlen die Firmen höchst unwillig. Nun können die Assekuranz-Konzerne die Milliarden noch einfacher einsammeln. Seit Juli gibt es auch in dieser Branche den europäischen Binnenmarkt. Experten erwarten eine „Flut von Mogelpackungen“.

Ambivalente Deregulierung. „Bisher mußte das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen alle Bedingungen und viele Tarife genehmigen. Damit gängele es zwar die Konkurrenz und verhinderte viele Innovationen, doch die Beamten sorgten dafür, daß Versicherungsverträge gewisse Mindeststandards einhielten. Künftig wird das Amt nur noch nachträglich kontrollieren, ob Firmen Mißbrauch mit der neuen Freiheit treiben.“; „Doch was bringt das Kriegsgetümmel den Versicherten? Bisher konnten sie sich darauf verlassen, weitgehend identische und standardisierte Produkte angeboten zu bekommen. Weil das Bundesaufsichtsamt die Tarife genehmigen mußte, erfüllten alle bestimmte Mindestnormen. Nun können die Versicherungen ihre Tarife frei gestalten und noch raffiniertere Tricks anwenden.“; „Zudem bleibt die Hoffnung, daß der europaweite Wettbewerb wenigstens teilweise die von den Politikern erwünschten Folgen hat, auch wenn die Gefahr unseriöser Geschäftemacherei noch größer wird und Kunden seriöse Angebote noch schwieriger ausfindig machen können. Den deutschen Versicherungen, die ihre Milliarden bislang recht ungestört

einsammeln konnten, tut Konkurrenz ganz gut. Zumindest einige ausländische Gesellschaften werden den deutschen Markt auch mit verbraucherfreundlichen Produkten aufrütteln.“; „Im deregulierten Markt der Zukunft muß der Verbraucher mit einem ganzen Wust von Versicherungsbedingungen rechnen, die ihn übervorteilen sollen. Doch er hat auch die Chance, gewinnträchtige Produkte wie Unfall- und Glasversicherung in Zukunft deutlich billiger zu bekommen. Denn gerissene Vertreter können ihm nun auch keinen Vertrag mehr andrehen, der zehn Jahre lang ohne Kündigungsrecht läuft. So sicherten sich die Konzerne bisher ihre Pfründen.“; „Durch massive Lobbyarbeit in Bonn gelang es der Versicherungswirtschaft im Frühjahr, die Bundesregierung umzustimmen. Auch nach der Novellierung der Versicherungsgesetze sollten Zehnjahresverträge erlaubt sein. Erst der entschiedene Widerstand der SPD im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat brachte die Wende. Nun können Neuverträge nach fünf Jahren jährlich gekündigt werden. In den meisten EU-Ländern gilt höchstens die Dreijahresfrist.“; „Es ist zu befürchten, daß die Verbraucher der ideenreichen Vertriebspower der Versicherer in Zukunft noch hilfloser ausgeliefert sind. Die vermehrte Konkurrenz wird zunächst nur den Experten für das Kleingedruckte helfen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691828.html>

SPD: Vom Ende der Unschuld (15.08.1994)

Brauchen die Sozialdemokraten neue politische Visionen? / Von Karl-Heinz Klär

Synthese. „In die Beschreibung der angestrebten gesellschaftlichen Ordnung gehört hinein, was mir die wesentliche Erkenntnis aus dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ist: daß eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen soziale Sicherheit, einerseits, unmißverständlich hochhalten muß und, andererseits, eisern so zu organisieren hat, daß jenes Regime der organisierten individuellen Unverantwortlichkeit, das der Kommunismus im Kern war, nicht zum Wiedergänger wird.“; „Die Verwirklichung dieser Reform gehört nun in die Vision von einer Welt der humanisierten Arbeit ebenso hinein wie die Vorstellung von einer lebhaften Konkurrenz – ohne Konkurrenzkult freilich, also ohne die kriegswissenschaftliche Aufmotzung des Wettbewerbs und seine Anbetung.“; „Hier tun zwei weitere Erinnerungen not, sie handeln beide von Irrtümern der Linken, also von unseren, die verarbeitet sein wollen. Der erste vom Anfang dieses Jahrhunderts: Der in Kartelle, Syndikate und Trusts vermachtete Kapitalismus sei am Ende seiner produktiven Möglichkeiten angelangt, nur noch der Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen eröffne neue Entwicklungschancen. Die Prägekraft dieser Fehldeutung ist kaum zu überschätzen. Ihr haben Millionen und Abermillionen von überzeugten Kommunisten, aber auch Sozialisten und antikolonialistischen Revolutionären vertraut und sind in die Irre gegangen. Tatsächlich hat, andersherum, die rechts- und sozialstaatlich zivilisierte Wettbewerbswirtschaft beachtliche Lebenskraft bewiesen, während die Verstaatlichung der Arbeiterbewegung und des sozialistischen Emanzipationskampfes in einer Sackgasse endete. Dieser Systemkonflikt ist entschieden. Der zweite Irrtum war besonders wirkmächtig in den sechziger und frühen siebziger Jahren: Der Reichtum der Welt und die produktiven Möglichkeiten ihrer Volkswirtschaften genügten, allen Menschen ein auskömmliches Dasein zu gewährleisten; daß es nicht so sei, liege an der systembedingten Vergeudung materieller wie geistiger Ressourcen und der ungerechten Verteilung.“; „Daß die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel kein verlässliches Gegengift gegen die Übel der kapitalistischen Produktionsweise ist, wissen Sozialdemokraten, anders als andere Linke, seit langem.“; „Erforderlich war die Linke, um die Menschen und ihre Köpfe frei, die Völker und ihre Beziehungen friedfertig, den Kapitalismus lebensverträglich zu machen. Erforderlich ist die Linke, weil nichts davon sich erledigt hat.“; „Mit Grund und Absicht zuerst die Reform von Steuern, Abgaben und staatlichen Transfers. Denn wer bestreitet, daß unsere einschlägigen Regelwerke mittlerweile mehr einem Irrgarten als einem System gleichen und das Erfordernis, ökonomisch/ökologisch/sozial verantwortlich und zukunftssträchtig zu steuern, weit verfehlen? Wer bezweifelt, daß ein neues System aufeinander abgestimmter Anreize her müßte, die zum Beispiel solches unternehmerisches Handeln befördern, das sich rentiert, wenn es Arbeit schafft und die Umwelt schont?“; „Wenn die Sozialdemokratie über die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit nachdenkt, dann sollte die Vision des guten Lebens der Freien und der Gleichen der Wegweiser sein. Die Fetischisierung der Erwerbsarbeit muß fallen, sie wird uns sonst umbringen. Der Kampf der Arbeiterbewegung und der klassischen Sozialdemokratie galt der Regulierung der Verhältnisse, unter denen die menschliche Arbeitskraft genutzt werden darf; er war – und ist – ein Kampf der unmittelbaren Produzenten gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Aber sind Angebote der Vergnügungsindustrie, die auf Überrumpelung und Verblödung des Konsumenten hinauslaufen, harmloser? Ist nicht auch Regulierung erforderlich, um die Ausbeutung der menschlichen Dummheit, Geilheit, des Aberglaubens sowie der allfälligen Ängste und Frustrationen in einem gemeinschaftsverträglichen Rahmen zu halten? Müßte nicht die eingeforderte neue Debatte über die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit auch hierauf eingehen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684326.html>

Wohnungen: NUR OBEN KUSCHELIG (15.08.1994)

Die Mieten sinken, in diesem Jahr werden so viele neue Wohnungen gebaut wie lange nicht mehr. Bundesbauministerin Irmgard Schwaetzer schwärmt von einem Erfolg liberaler Wohnungspolitik. Doch Haushalte mit niedrigem bis mittlerem Einkommen können sich die teuren Neubauten nicht leisten.

Soziale Kritik, hinderliche Vorschriften, Subventionitis. „Schwaetzers ‚Erfolgsstory‘ ist in Wahrheit ein Trauerspiel. Mit milliardenschweren Steuergeschenken hat die konservativ-liberale Bundesregierung den Wohnungsbau zwar angekurbelt – aber nicht gelenkt. Jetzt gibt es reichlich teure Luxusherbergen, zugleich fehlen weiter mindestens zwei



Millionen preiswerte Wohnungen. Oben kuschelig, unten enger – der Trend könnte sich fortsetzen. Denn kaum ein Fachmann glaubt daran, daß auch in Zukunft noch soviel gebaut wird wie in diesem Jahr. Der Bauboom droht zu kippen, ohne daß die Wohnungsmisere beseitigt wäre.“; „Bislang war es eine Lust, sein Geld zu verbauen. Für anlagesuchendes Kapital gab es kaum einen profitableren Einsatz: zweistellige Mietsprünge, garantierter Wertzuwachs und großzügige staatliche Steuergeschenke obenauf. Allein im Vorjahr wurden 200 Milliarden Mark in Ziegel und Beton investiert, freilich vor allem für Eigentums- und Luxus-Mietwohnungen. Nun ist die Schicht derer, die sich Mieten von 20 Mark und mehr pro Quadratmeter leisten können, bestens versorgt. Die Spitzenmieten bröckeln, die ersten Penthäuser stehen leer, dazu kündigen Bund und Länder an, im kommenden Jahr die Bauhilfen einzuschränken – höchste Zeit für die Investoren, sich andere Anlageformen zu suchen. Denn Normalverdiener können sich die teuren Neubauten nicht leisten, selbst wenn die etwas billiger werden. Sie konkurrieren mit den finanzschwachen Familien vor allem um preiswerte Altbauten.“; „Das Gerangel um billigen Wohnraum nimmt auch zu, weil im Wohnungsbauförderungsgesetz von 1994 die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau angehoben werden. Immer mehr Berechtigte konkurrieren um immer weniger subventionierte Unterkünfte. Ausländer, Kinderreiche, alleinerziehende Mütter haben ‚dank dieser perversen politischen Logik‘, so Keßler, immer weniger Chancen.“; „Schließlich hat nun auch die liberale Bauministerin gemerkt, daß Mieten etwas mit Baukosten zu tun haben und daß Bauen in Deutschland erheblich teurer ist als anderswo.“; „So läßt ein freies Wohnungsunternehmen derzeit 64 Sozialwohnungen in Hannover-Langenhagen hochziehen – trotz aller hinderlichen Verwaltungsvorschriften und Normen beinahe zur Hälfte des sonst üblichen Preises. Weihnachten ist Einzug. Um den Auftrag des Musterobjektes ‚Europa-Haus‘ bewarben sich 55 Unternehmen, kein deutsches war darunter. Preiswert bauen ist nicht deren Fach. Woher auch? Wie kostentreibend die deutschen Architekten und Baufirmen bislang auch werkelten, die Rechnungen wurden stets beglichen. Was Eigner und Mieter nicht zahlen konnten, legte der Staat eben drauf. Die Folgen der unbeschwerten Subventionen spürt die Branche jetzt: Massiv drückt ausländische Billig-Konkurrenz aus Süd- und Osteuropa, aber auch aus Skandinavien auf den Markt. Die Margen der Ortsansässigen schrumpfen. Eine Pleitewelle droht, wenn der Auftragsboom knickt. Hätte die Autobranche so wenig rationalisiert wie die Bauwirtschaft, klagt Peter Hansen, Leiter des Europa-Haus-Sparprojektes in Niedersachsen, ‚wäre der VW-Golf nur etwas für Millionäre‘. Während die Deutschen teure ‚Mercedes-Häuser bauten‘, trägt der Wohnungsexperte auf zahlreichen Veranstaltungen immer wieder vor, entwickle Mercedes das ‚Swatch-Auto‘. Warum, fragt Hansen, bauen wir keine ‚Swatch-Häuser‘, die einfach, ökologisch und preiswert sind? Das hübsche Wort hat Bauministerin Schwaetzer sofort übernommen. In ihr Wahlkampfpertoire, nicht in die Politik.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684344.html>

Kinder: BITTERKEIT UND WUT (17.10.1994)

Die Familien, von Politikern aller Parteien mit besorgten Worten umworben, schneiden beim Verteilungskampf schlecht ab. Ungerechte staatliche Transfersysteme treiben immer mehr Eltern und Kinder unter die Armutsgrenze. Auch für Durchschnittsverdiener wird Nachwuchs zum sozialen Risiko.

Soziale Kritik, undurchschaubarer Sozialstaat. „Der zuständige Abteilungsleiter teilte lapidar mit, der Gesetzgeber habe diese Auswirkung zwar gesehen, aber ‚in Kauf genommen‘. Längst trifft es nicht nur die sozial Schwachen, sondern auch Durchschnittsverdiener wie die Kochs: Wer in Deutschland Kinder aufzieht, muß immer knapper kalkulieren. Hunderttausende Eltern haben in der abgelaufenen Legislaturperiode zu spüren bekommen, wie weit Politiker-Beteuerungen und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Unisono forderten Helmut Kohl und Rudolf Scharping, als noch Wahlkampf war, ‚die kinderfreundliche Gesellschaft‘ – nichts als Parolen: Noch nie lebten so viele Familien und Alleinerziehende von der Sozialhilfe (fast 440 000), noch nie so viele Kinder in Obdachlosenheimen, Notunterkünften und auf der Straße (rund 500 000).“; „Längst hat die Bonner Regierung ‚die Keimzelle der Gesellschaft‘ an deren sozialen Rand katapultiert. Wer Nachwuchs großzieht und deshalb auf die Karriere verzichtet, erhält weniger Rente als Kinderlose, die ein Arbeitsleben lang verdient haben. Und für Familienpolitik wird nur noch ausgegeben, was bei der Verteilungsschlacht um die knappen öffentlichen Mittel übrigbleibt. Niemand übersieht mehr die Wirkung der zufällig zusammentreffenden sozialen Transferleistungen. Ein Durcheinander von Kindergeld, Steuerfreibeträgen, Zuschlägen und Abzügen sowie nicht aufeinander abgestimmten Einkommensgrenzen, in Jahrzehnten aufeinandergetürmt, produziert Ungerechtigkeit und Armut. Auch Familienrechtsprofis blicken kaum noch durch.“; „Und die Armut frißt sich von unten in die Schicht der arbeitenden Bevölkerung. ‚Auch ein Gehalt im unteren Bereich der Tariflöhne kann den Lebensunterhalt besonders einer kinderreichen Familie nicht mehr sichern‘, sagt Heinz Hilgers, der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes. Schon das zweite Kind, so hat sein Verband errechnet, löse ein ‚Armutsrisko‘ aus. ‚Eltern mit einem Durchschnittseinkommen von 60 000 Mark und zwei Kindern‘, sagt der Richter am Hessischen Landessozialgericht und Sozialstaatskritiker Jürgen Borchert, ‚sind am Rande der Sozialhilfe angelangt.‘ Wo einer allein mit 5000 Mark brutto pro Monat Frau und Kinder ernähren muß, bleiben nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und Miete nur noch 200 bis 300 Mark mehr für den Lebensunterhalt übrig als bei einem Sozialhilfeempfänger. Im Osten verdienen schon zwei Drittel der Alleinerziehenden so wenig Geld, daß sie keine Steuern zahlen können; im Westen sind es mehr als die Hälfte. Manch einem ist diese Armut nicht arm genug. Sei jemand etwa arm, fragte die Welt, wenn er ‚kostenlos wohnt und heizt, Fernseher und Kühlschrank besitzt und obendrein jeden Monat 520 Mark sowie einmal im Jahr 600 Mark für Kleidung bar auf die Hand‘ bekomme? Wer das behauptete, stehe im Verdacht, ‚eine ‚Neidkampagne‘ gegen jene zu führen, die mit ihrer Arbeitskraft und ihrem Leistungswillen überhaupt erst die

Vermeidung von wirklicher Armut in diesem Lande ermöglichen'. Seit Sozialleistungen nicht mehr aus den Überschüssen der Wohlstandsgesellschaft verteilt werden, sondern aus deren Substanz, ist die Kluft zwischen den Schichten noch tiefer geworden. ‚Diejenigen, die etwas zu verlieren haben‘, konstatiert der aktuelle Armutsbericht des DGB, führten ‚einen unbarmherzigen Verteilungskampf‘. Statt der Armut würden nun die Armen bekämpft, mit Mißbrauchsdebatten und Leistungskürzungen.“; „Zwar geht es armen Kindern in Deutschland, verglichen mit dem Rest der Welt, relativ gut. Doch nach Meinung von Sozialwissenschaftlern muß in einem Wohlstandsland derjenige als arm gelten, der durch seine finanziell schwache Situation weitgehend vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen ist. Die Grenze, unter der Armut beginnt, ziehen zahlreiche Studien bei 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens aller Privathaushalte, rund 60 000 Mark brutto. Die deutsche Familie, sofern sie auch aus Kindern besteht, braucht Hilfe. Doch ernsthaft kümmert sich niemand um das ‚Herzstück der Unionspolitik‘, wie Kohl die Kleingruppe gern bezeichnet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13692983.html>

Städte: Slums aus Wellblech (24.10.1994)

Sinkende Einnahmen, drastisch steigende Ausgaben: Viele Städte in Ost- und Westdeutschland stehen mittlerweile vor dem Bankrott. Bund und Länder machen keine Anstalten, die Finanznot der Kommunen zu mildern – zum Schaden der Bürger, die sich über höhere Gebühren und gekappte Leistungen ärgern.

Sozialabbau zulasten der Ärmsten, „allzu liberale“ Raumordnungspolitik, Freibeträge der Gewerbesteuer erscheinen zu hoch, verschwenderische Politiker, Privatisierung ambivalent. „Häufig sind jedoch vom Sparzwang wichtige Sozialeinrichtungen betroffen. Jugendzentren müssen dichtmachen, in Altenheimen wird die Zahl der Pflegekräfte reduziert. Längst haben viele Städte die Zuschüsse für Behindertenklubs, Arbeitsloseninitiativen oder Drogenhilfen gekürzt. In Amtsstuben, Schulen und Kindergärten wurden die Putzkolonnen dezimiert. Der Abbau kommunaler Dienstleistungen geht vor allem zu Lasten der Ärmsten.“; „Seit Jahren fordern Verbände wie der Deutsche Städtetag, daß der Bund den Kommunen zumindest einen Teil der Sozialhilfekosten erstatten solle. Doch die Bonner, selbst mit einem aberwitzigen Defizit belastet, stellen sich stur. Statt dessen müssen sich die kommunalen Kassenwarte mit immer neuen und kostspieligen Vorgaben der christliberalen Koalition herumschlagen.“; „Den den Oststädten bringt die Steuer ohnehin kaum etwas ein: Nicht einmal ein Zehntel der Einnahmen stammt dort aus der Gewerbesteuer. Das hängt vor allem mit einer verfehlten Ansiedlungspolitik der Länder zusammen. Jede Kleinstgemeinde, sagt der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes im Land Brandenburg, Karl-Ludwig Böttcher, gebe mittlerweile ‚beleuchtete Schafweiden‘ als Gewerbegebiet aus, Folge einer allzu liberalen Raumordnungspolitik. Manches Dorf hat der nahe gelegenen Stadt mit dem Bau eines Gewerbe- oder Einkaufszentrums die ersehnten Steuerzahler vor der Nase weggeschnappt.“; „Wenn es einer Stadt gelungen ist, attraktive Firmen anzusiedeln, füllt sich damit jedoch noch nicht automatisch ihre Kasse. Mittlerweile hat die Bundesregierung die Freibeträge für die Gewerbesteuer so hoch geschraubt, daß nur noch Großbetriebe zahlen müssen. Bei der Gewerbesteuer-Einnahme, spottet Jochen Dieckmann, Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, müsse er immer an die Hemingway-Story ‚Der alte Mann und das Meer‘ denken: ‚Erst glaubt man, einen kapitalen Fisch an Land zu ziehen, und dann ist es ein Gerippe.‘ Ganz so schuldlos, wie sie gern glauben machen, sind die Oberbürgermeister und Ratsmitglieder aber auch nicht an ihrem Finanzdebakel. Allzu sorglos leben die Kommunen im Westen seit Jahren auf Pump, als müßten Schulden nie zurückgezahlt werden. Allzu großspurig haben im Osten Gemeindeoberhäupter nach der Wende die irrsinnigsten Großprojekte in Auftrag gegeben.“; „Die Ostkommunen sind zumeist aus Unerfahrenheit in den Schlamassel geraten. Ihre Kollegen im Westen jedoch hätten besser haushalten können. Kaum ein Stadtoberhaupt hat den unverhofften Gewerbesteuerboom in den Nachwendejahren 1990 bis 1992 genutzt, um von aufgehäuften Schuld- und Zinsbelastungen herunterzukommen. Statt dessen wurde das Geld verpraßt. Hatte die eine Stadt ein aufwendiges Schwimmbad eröffnet, mußte sich die Nachbargemeinde schnellstens mit einem vergleichbaren Bau schmücken.“; „Doch die Kommunalpolitiker werden auch durch ein unzeitgemäßes Haushaltssystem geradezu ermutigt, sich ‚augenzwinkernd in die Tasche zu lügen‘, wie Oberstadtdirektor Lehmann meint. Mit der sogenannten kameralistischen Buchführung jedenfalls, die den Kommunen gesetzlich vorgeschrieben ist, kann niemand genau herausfinden, wieviel eine städtische Dienstleistung kostet. Das Rechensystem ist in Wahrheit eine Blackbox: Anstatt Einkünfte und Ausgaben einander gegenüberzustellen, werden die jeweiligen Posten getrennt voneinander aufgeführt. Überprüft wird dann lediglich, ob die jeweiligen Ämter genausoviel ausgeben, wie ihnen per Haushaltsplan zugeteilt wurde. Ob jedoch die Bauabteilung einer Gemeinde teurer oder billiger ist als ein örtliches Ingenieurbüro, ob das Friedhofsamt kostengünstiger arbeitet als eine private Gärtnerei, ist mit Hilfe der Kameralistik (deutsch: ‚Finanzwissenschaft‘) nicht feststellbar. Überdies bricht zum Jahresende in den Stadtverwaltungen stets ein Kaufrausch aus, amtsintern ‚Dezemberfieber‘ genannt: Die Amtschefs verpulvern schnell noch, was übriggeblieben ist, damit ihnen im nächsten Jahr nicht weniger Geld zugewiesen wird. Um solcherart ökonomischen Irrsinn zu unterbinden, haben einige Städte wie Rheine, Köln oder Oberhausen in ihren Amtsstuben mittlerweile zusätzlich eine betriebswirtschaftliche Buchhaltung eingerichtet: Erstmals müssen die Bediensteten nun ausrechnen, wieviel etwa das Ausstellen eines Passes kostet, die Straßenreinigung oder das Leeren der Mülltonnen.“; „Mit einer allzu rigorosen Privatisierung fürchten viele Kommunalpolitiker in neue Abhängigkeiten zu geraten. Städte und Gemeinden, sagt auch Ulrich Schückhaus, Kommunalexperte der Unternehmensberatung Kienbaum, könnten leicht in die Fänge ‚privater Gebietsmonopole‘ gelangen und deren Preisdiktaten ausgeliefert sein. Die würden Dienstleistungen zwar zunächst billiger anbieten, später jedoch die Preise nach oben treiben, weil die Kommune so

schnell keine Alternative organisieren kann. In der Hafenstadt Rostock ist das schon geschehen. Zwei Fährlinien hatte die Ostsee-Metropole nach der Wende an einen Privatunternehmer vergeben. Während die eine Gewinn erwirtschaftete, machte die andere Minus. Kaum war der Vertrag, der den Betrieb beider Linien garantieren sollte, ausgelaufen, setzte der Fuhrunternehmer die Kommunalbehörden unter Zugzwang. Wenn er nicht jährlich 400 000 Mark bekomme, müsse er den Betrieb der defizitären Autofähre aufgeben. Die Stadt, die ja bereits die profitable Fähre abgegeben hatte, konnte nicht zahlen. Die Fährlinie wurde eingestellt.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693048.html>

Sozialstaat: DAS TEMPO DER SCHNECKE (24.10.1994)

Radikale Schnitte in das überdehnte soziale Netz fordern die Unternehmer. Doch sie mobilisierten einhelligen Widerstand bei Gewerkschaften und Politikern. Dabei sind Reformen dringend erforderlich – weil Sozialschmarotzer, aber auch Arbeitgeber und Regierung den Sozialstaat mißbrauchen.

Sozialabbau unvermeidlich, aber Radikalprogramme helfen nicht weiter. „Murmans aber schlug auf die Pauke, als wäre der Marktgraf Otto von Lamsdorff zum Alleinherrscher gekürt worden. Ohne Rücksicht auf geltende Tarifverträge forderte der Arbeitgeber-Chef Einschnitte in die Lohnfortzahlung für kranke Arbeitnehmer und eine höhere Beteiligung der Patienten an der Arztrechnung. Murmann rührte sogar an das Rententabu – er erklärte Abstriche für unumgänglich. Daß der Sozialstaat umgebaut und reformiert werden muß, meinen nicht nur Unternehmer wie Murmann. Selbst den Sozialdemokraten nahestehende Experten wie der Konstanzer Professor Fritz W. Scharpf haben erkannt: ‚Unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit ist der deutsche Sozialstaat zu einem Teil des Problems geworden, das er lösen soll.‘ Immer lauter werden die Klagen über hohe Kosten, immer deutlicher wird die Finanzklemme der sozialen Sicherungssysteme. Das gesamte Sozialbudget der Bundesrepublik übersteigt eine Billion Mark. Fast ein Drittel des Sozialprodukts wird damit von einem Heer von Angestellten und Beamten umverteilt. Die Belastung der Einkommen mit Beiträgen für die Sozialversicherung ist so groß wie nie (siehe Grafik), die Personalzusatzkosten in Deutschland sind die höchsten weltweit.“; „Unsinnig ist Murmanns Vorstoß auch, weil seine groben Schläge geeignet sind, den durchaus notwendigen Umbau der Sozialsysteme zu erschweren. Er provoziert wütenden Widerstand bei Teilen der CDU und in der SPD und erschwert so Kompromisse, auf die sich die Sozialpartner ebenso einigen könnten wie die Parteien der real existierenden Großen Koalition. Denn die ständig propagierten radikalen Reformen der Sozialversicherung sind politisch kaum durchsetzbar. Zu dieser Erkenntnis kam auch schon die Enquetekommission, die das Sozialsystem im Auftrag des Deutschen Bundestages durchleuchtete: ‚Das immer wieder geforderte ‚System aus einem Guß‘, dies lehrt die Geschichte der Sozialreform seit den frühen fünfziger Jahren, muß ohnehin Wunschenken bleiben. Soziale Reformen sind ein sehr langfristiger Prozeß, der sich nur in kleinen Schritten vollziehen kann.‘ Mit dem Tempo einer Schnecke werden die sozialen Systeme seit Jahren reformiert. Die Richtung dabei ist eindeutig: Ob bei der Krankenversicherung oder der Rentenversicherung, es kommen private Elemente hinzu.“; „Die gegenwärtige Finanzierungskrise, die Unternehmer, Politiker und Marktwirtschaftler so laut als Standortkiller beklagen, ist nicht die Folge eines maroden Sozialsystems, sondern schlicht von Mißbrauch. Die Bonner Regierung, die keine Gelegenheit ausläßt, den Mißbrauch des sozialen Netzes durch Sozialschmarotzer anzuprangern, hat selbst dazu beigetragen. Die sozialen Systeme wurden zur Finanzierung der Einheit arg strapaziert. Weil die Regierenden sich nicht trauten, die Steuern zu erhöhen, plünderten sie die Sozialkassen.“; „Daß die Lohnnebenkosten, über die Unternehmer und Politiker ständig klagen, so hoch sind, liegt vor allem an der Vereinigung. Das Sozialsystem eines hochentwickelten Industrielandes wurde der maroden Wirtschaft in Ostdeutschland aufgepfropft – das konnte nicht gutgehen. Die berechtigte Klage über den ‚ausufernden Sozialstaat‘ macht blind für die tatsächlichen Zusammenhänge, die wenige Zahlen schnell erhellen. Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt in Westdeutschland stieg zwar in den vergangenen drei Jahren auf gut 30 Prozent, er ist aber immer noch geringer als 1981 (33,4 Prozent). In Ostdeutschland aber beträgt er fast 70 Prozent (siehe Grafik). Vor allem die Arbeitslosenversicherung wurde bis an die Grenzen strapaziert.“; „Murmans Vorschlag, Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung von allen Aufgaben zu befreien, die eigentlich allgemeine Staatsleistungen sind und aus Steuern bezahlt werden müßten, ist deshalb berechtigt. Würde er politisch umgesetzt, wäre das schon ein großer Fortschritt beim Umbau des Sozialstaats.“; „Ungerecht sind vor allem Murmanns Einfälle zur Rentenversicherung. Der Arbeitgeber-Präsident will das Rentenniveau senken. Ersparnisse treten dabei jedoch frühestens in 30 bis 40 Jahren auf. Je nach dem eingeschlagenen Weg wäre zunächst sogar eine Erhöhung des Beitragssatzes unausweichlich, weil die Rentner und die rentennahen Jahrgänge einen gesetzlichen Anspruch auf ihr beitragsfinanziertes Altersgeld haben. Das bedeutet nicht, daß auf mittlere Sicht nicht weiterer Reformbedarf bestünde. Ein erfolversprechender Ansatz, die Beiträge ohne Einbruch bei der Kaufkraft der Ruheständler stabil zu halten, ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.“; „Doch gerade da zeigt sich das größte Dilemma von Murmanns Attacke. Seit Jahren verjüngen die Unternehmen ihre Belegschaften, schicken Hunderttausende Ältere in den Früherstand, auf Kosten der Versichertengemeinschaft. Diese Verjüngungskur trieb den Beitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung und damit auch die Lohnnebenkosten in die Höhe.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684105.html>

Wie ein Sekretär des Volkes (31.10.1994)

SPIEGEL-Gespräch mit Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn über Rußlands Weg aus der Krise Von Augstein, Mettke, Meyer

„Frau Natalja Solschenizyna: Der Sozialismus ist widernatürlich. Für die Menschheit ist der Kapitalismus naturgegeben.“; „Solschenizyn: ... Durch menschliches Gewissen nicht gebändigt, von Gottes Atem unberührt, sind Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen widerlich. Jede Gesellschaftsstruktur muß der Selbstbeschränkung und dem Gewissen der Menschen unterliegen, einem Ehrgefühl, dem Anstand. Die moralischen Schranken stehen über jeder Gesellschaftsform. Es ist nicht wahr, daß die Wirtschaft alles entscheidet. Entscheidend ist die Moral, und die kann nicht auf hemmungslose Bereicherung gerichtet sein, sondern nur auf Selbstbeschränkung und Verzicht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9291668.html>

Konjunktur: AUF RISKANTEM KURS (31.10.1994)

Die Weltuntergangsstimmung ist vorbei, die Wirtschaftsforscher prophezeien bessere Zeiten. Doch sie warnen den Staat, ein allzu harter Sparkurs gefährde die Konjunktur. Und: Die Steuern müssen runter, damit der Verbrauch steigt und den Aufschwung stabilisiert.

Niedrigere Abgaben nötig, aber keine Haushaltskonsolidierung zum Selbstzweck. „Vom Staat kommt wegen des Sparkurses auch kein Wachstumsimpuls – im Gegenteil. Ein Ausgabenwachstum von drei Prozent im Jahr bedeutet real Stillstand. Die Ausgaben für den Aufbau im Osten dürfen nicht zurückgefahren werden. Das heißt für den Westen: Ein realer Rückgang ist unvermeidlich. Ullrich Heilemann, Vizepräsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), bezweifelt, daß die Regierenden sich über die Folgen ihres Kurses restlos im klaren sind. Sicher sei jedenfalls, daß bei der ‚international sehr ehrgeizigen‘ Defizitminderung von jetzt 4,4 Prozent einschließlich Treuhand auf 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 1998 keine Impulse für zusätzliches Wachstum zu erwarten sind. Es wird bei etwa 3,5 Millionen Arbeitslosen bleiben. ‚Konsolidierung droht zum Selbstzweck zu werden‘, warnt Wirtschaftsforscher Heilemann. ‚Die ökonomischen Ziele kommen zu kurz.‘ Weder Heilemann noch seine RWI-Experten bezweifeln die Notwendigkeit, die Abgabenquote, das jährliche Defizit und auch den Schuldenstand entschlossen zu begrenzen. Der Wirtschaftsforscher meint jedoch, es wäre besser, die Schulden langsamer abzubauen. So könnte ein Betrag von etwa 30 Milliarden Mark im Haushalt frei werden. Setzt Waigel diese Mittel zielstrebig ein, wäre nach Ansicht der Wirtschaftsforscher ein besseres Wachstum zu erzielen als mit hartem Sparkurs. Entscheidendes Wachstumshemmnis: die hohe Abgabenquote von 44,5 Prozent. Sie soll zwar auf etwa 40 Prozent, den Stand vor der Wiedervereinigung, zurückgeführt werden.“; „Geringere Lohnnebenkosten beflügeln die Investitionsneigung der Unternehmer, gleichzeitig bleibt auch mehr bei den Arbeitnehmern. Das soll den erwünschten Konsumschub auslösen.“; „Staatliche Investitionen sollen nach Waigels Plänen stagnieren. Ließen die Finanzpolitiker hier eine Expansionsrate wie beim Bruttosozialprodukt zu (5,5 Prozent), ergäbe das allein Mehrausgaben von zehn Milliarden. Das brächte mehr Wachstum und in Zukunft damit Mehreinnahmen. Der Rat der Wissenschaftler ist eindeutig: Schuldenabbau nicht um jeden Preis, dafür lieber die Steuern und Abgaben senken. Doch die Unterhändler der Koalitionsparteien blieben vergangene Woche kompromißlos auf riskantem Sparkurs. Sie redeten über Subventionseinschnitte und Personalabbau – wie gehabt. So könnten die Konjunkturforscher allenfalls darauf setzen, daß der von ihnen vorgeschlagene Kurs wegen des in Bonn üblichen Mangels an Haushaltsdisziplin erreicht wird: Waigel hat schließlich die geplanten Zuwachsraten noch nie halten können. Die Hoffnung jedoch ist trügerisch. Werden nicht gleichzeitig präzise ökonomische Ziele angesteuert, bleibt das Defizit zwar hoch, Impulse für einen höheren Konsum und mehr Wachstum aber stellen sich nicht ein.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684356.html>

Sozialer Friede: DIE STECKEN DAS HAUS AN (26.12.1994)

Fast täglich fordern Arbeitgebervertreter neue Abstriche von tariflichen und sozialen Errungenschaften. Sie wollen, sagen sie, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen. Tatsächlich gefährden sie den sozialen Frieden. Selbst in den eigenen Reihen sind die Vorschläge umstritten, die Regierung geht auf Distanz.

Neoliberale Diagnosen und Forderungen inhaltlich teils berechtigt, teils nicht; politisch und wirtschaftspsychologisch sind Vorstöße der Arbeitgeberfunktionäre unklug. „Ganze zwei Tage waren seit dem von den Unternehmern ersehnten, knappen Wahlsieg Helmut Kohls verstrichen, da legte Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann los: Die Renten seien zu hoch, die Sozialhilfe sei zu üppig. Die Kranken dagegen kämen dank gesetzlicher Vollversorgung zu billig davon. Sie sollen, so will es Murmann, den medizinisch-industriellen Komplex stärker als bislang direkt aus dem eigenen Portemonnaie anfüttern. Seither verging keine Woche, in der nicht Abstriche an tariflichen und sozialen Leistungen gefordert wurden. Der von Amts wegen zuständige Chef der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), Murmann, und sein Präsidentenkollege Hans Peter Stihl (Deutscher Industrie- und Handelstag) suchten sich – Konkurrenz belebt das Geschäft – mit Vorschlägen zum Sozialabbau zu übertreffen. Am vergangenen Montag setzte sich Sägenfabrikant Stihl mit einer immerhin originellen Idee an die Spitze. Er möchte das Urlaubsgeld zur Gesundheitsprämie umbauen. Wer krankfeiert, meint er wohl, hat eigentlich keine Ferien verdient, zumindest soll er weniger Urlaubsgeld bekommen. Die hartnäckigen Attacken der beiden Verbandsführer auf die Sozialleistungen provozierten bei den Gewerkschaften die üblichen markigen Widerreden.“; „Helmut Kohl hatte vor und gleich nach der Wahl Kontakt zum DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte und zu IG-Metall-Chef Klaus Zwickel gesucht. Beide konnte er für eine Neuauflage der konzertierten Aktion gewinnen. Schulte hatte sogar schon zugesagt, die Gewerkschaften würden die Gespräche über einen neuen Solidarpakt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ohne jedes öffentliche Kampfgetümmel führen. Sie seien bereit, auch Vorschläge wie eine längere

Nutzung der Maschinen durch flexible Arbeitszeiten ernsthaft zu prüfen, selbst wenn es der eigenen Klientel weh tue. Jetzt ist die neue Eintracht in Gefahr. Selbst moderate Arbeitnehmervertreter wüten. IG-Chemie-Chef Hermann Rappe befindet: ‚Die Grenze der Albernheiten ist überschritten.‘ Viele der Vorschläge sind tatsächlich albern, andere durchaus bedenkenswert. Samstags- und Sonntagsarbeit findet, wenn nötig, längst statt.‘; ‚Vernünftig ist auch die Idee, die Beiträge zu den Sozialversicherungen und damit die Lohnnebenkosten zu senken. Zu diesem Zweck sollen versicherungsfremde Aufgaben, wie die Kosten der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung für Fortbildung und Umschulung von Arbeitslosen, anders finanziert werden.‘; ‚Albern ist auf jeden Fall der Plan, Kranke durch Abzüge von Urlaubsgeld in die Fabriken treiben zu wollen. Wie viele der Krankengeschriebenen simulieren, weiß niemand genau. Klar ist, daß Mißbrauch stattfindet. Aber sollen alle Kranken in Mithaft genommen werden, um die Drückeberger zu strafen? Und wie soll das Rentenniveau gekürzt werden? Ein Durchschnittsarbeitnehmer muß 23 Jahre abdienen, um Anspruch auf eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zu erwerben. Wo da der Spielraum für Einschnitte ist, weiß nur das Präsidentengespann der Arbeitgeber.‘; ‚Das Vorgehen von Murmann und Stihl, so ein Kanzlerhelfer, lege die Deutung nahe, sie hätten vor der Wahl die Lage schöneredet, um Kohl siegen zu helfen. Nach dem Sieg klagten sie nun ihre Belohnung ein: Gesetze zum Drücken der Lohnkosten.‘; ‚Daß die Lohnkosten im internationalen Vergleich hoch und die Arbeitszeiten gering sind, ist unbestritten. Der Wettbewerbsnachteil hat sich allerdings, nach einer Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, halbiert. Das lag vor allem an den moderaten Lohnerhöhungen der vergangenen Tarifrunden und an der gewaltig gestiegenen Produktivität. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie kann es jedenfalls so schlecht nicht bestellt sein, wie Murmann und Stihl glauben machen: Der Aufschwung ist wesentlich Resultat eines Exportbooms. Die deutschen Ausfuhren wachsen derzeit schneller als das Volumen des Welthandels – ein sicheres Indiz für die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten. Noch aber krankt die Konjunktur an der schwachen Inlandsnachfrage. Die westdeutschen Nettoeinkommen sanken in der Krise. Der Lohnanstieg lag unterhalb der Inflationsrate. Zusätzlich schmerzten höhere Steuern. Im nächsten Jahr kommt noch der Solidarzuschlag dazu. Dennoch werde der private Verbrauch, glaubt der Sachverständigenrat, 1995 um etwa anderthalb Prozent klettern. Das wird nur funktionieren, wenn die Masse der Verbraucher optimistisch ist. Fürchten sie dagegen düstere Zeiten, flüchten sie in das, was Ökonomen ‚Angstsparen‘ nennen. Dann bleiben die Waren in den Regalen, die Unternehmer sehen wegen fehlender Nachfrage keinen Anlaß zu investieren, und die noch labile Konjunktur bricht ein. Einen solchen Stimmungsumschwung riskieren Murmann und Stihl mit ihren düsteren Prophezeiungen.‘

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687291.html>

XVII. „Spiegel“-Artikel von 1998 mit gemischter Botschaft

Abenteuer ohne Grenzen (05.01.1998)

Von Schmidt-Klingenberg (Brüssel), und et al. (Brüssel),

Eine friedliche Revolution verändert Europa von Grund auf: Erst kommt der Euro, dann dehnt sich die Europäische Union gen Osten aus – die Vereinigten Staaten von Europa entstehen auf ökonomischer Basis. Der alte Kontinent will als neue Weltmacht die Konkurrenz mit Amerika und Asien aufnehmen. Die Bürger allerdings trauen der Entwicklung nicht.

Neoliberales Integrationsmodell ambivalent. „Rund 18 Millionen Menschen haben in der EU derzeit keine Beschäftigung. Das europäische Modell des Wohlfahrtsstaates ist nicht mehr finanzierbar, schon gar nicht bei den Schuldenkriterien des Euro. Europa wird ‚um eine Bank herum‘ gebaut, kritisiert der französische Soziologe Pierre Bourdieu die Euro-Union mit ihrer künftigen Zentralbank in Frankfurt. Wirtschaftlich und politisch wächst tatsächlich zusammen, was zusammengehört – ein Europa der Konzerne, die schon längst über alle Grenzen operieren. Aber hält das die Union auch sozial zusammen? Droht nicht der Kampf aller gegen alle, wenn sich der innereuropäische Wettbewerb mit der gemeinsamen Währung weiter verschärft?“, „Möglich, daß die Union an einem Horror-Szenario steigender Arbeitslosigkeit und auseinanderdriftender Solidarität zerbricht. Wahrscheinlicher jedoch ist, daß sich die alte ‚Méthode Monnet‘ noch einmal bewährt. Das Geld zwingt letztlich alle zusammen.“, „Der Gangwechsel in Brüssel war schon fast eine ökonomische Revolution. Bis dahin hatte die Gemeinschaft in ihren ursprünglichen Aufgabengebieten – Montan, Atom und Agrar – wie eine sozialistische Planwirtschaft mit Regeln geregelt, was nur immer zu regeln war. Der Gemeinsame Markt jedenfalls war in diesen Bereichen keine Marktwirtschaft. Nun aber proklamierte ebendiese regulierungssüchtige Super-Bürokratie die Deregulierung, ganz im neoliberalen Trend der Zeit. Banken, Versicherungen, Verkehr, Kapitalmärkte, danach auch die Telekommunikation und der Energiesektor, bisher in den meisten Mitgliedstaaten durch nationale Gesetze vom freien Wettbewerb weitgehend abgeschottet, sollten unionsweit liberalisiert werden. Wie kein anderes Brüsseler Programm zuvor griff die Deregulierungsoffensive in die Wirtschaft der einzelnen Staaten ein. Deutsche Spediteure oder Binnenschiffer zum Beispiel, die zuvor fast unbehelligt von Konkurrenz aus dem Ausland fahren konnten, müssen sich nun mit billigeren Anbietern, etwa aus Holland, herumschlagen.“, „Mächtigster Mann in Brüssel-Europa ist seither der für Wettbewerb zuständige Kommissar Karel van Miert. Der flämische Sozialist darf jetzt nicht nur die Fusionswelle der Konzerne kontrollieren, die der Euro vorantreibt. Unter dem Vorwand der Wettbewerbsgefährdung kann er fast nach Belieben in jedem Mitgliedsland tätig werden.“, „Nun rächt sich, daß die Gemeinschaft als Binnenmarkt nach den Gesetzen einer neoliberalen Ökonomie konstruiert wurde. Wenn diese Marktgemeinschaft aber nicht einmal als Wirtschaft ihr Versprechen erfüllt und zum Beispiel die allen gemeinsame Arbeitslosigkeit abbaut, weckt sie als politische Union erst recht keine Europa-Gefühle bei den Bürgern.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809483.html>

ARBEITSPLÄTZE: Asoziale Denke (05.01.1998)

Von Fleischhauer,

Interview mit Peter Dussmann, dem Chef des größten deutschen Servicekonzerns, über Putzfrauen, Butler und die Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft

Plädoyer für Niedriglohnsektor, aber kritische Interview-Fragen. „SPIEGEL: Niedrigere Löhne bedeuten unterm Strich mehr Arbeitsplätze, behauptet BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Doch wo soll der Beschäftigungsschub im Dienstleistungsbereich herkommen? Man hat nicht den Eindruck, daß Deutschlands Angestellte mittags hungern müßten, weil es an Kantinenpersonal fehlt, und die Büros werden auch überall ordentlich geputzt. Dussmann: Wenn wir echte Niedriglohngruppen hätten, gäbe es Dienstleistungen und damit Arbeitsplätze, die man bei uns heute gar nicht mehr kennt. In jedem amerikanischen Supermarkt gibt es junge Leute, die beim Einpacken helfen und Ihnen die Tüten zum Auto tragen. Vor jedem Restaurant und jedem Hotel steht dort jemand, der Ihren Wagen zum Parkplatz fährt. Oder nehmen Sie die vielen Hilfskräfte in Brasilien, die Ihnen den Kaffee kochen und dann am Arbeitsplatz servieren. Auf so einen Service müssen wir heute alle verzichten. SPIEGEL: Ist das Ihre Vision von der Dienstleistungsgesellschaft: eine Dienstboten- und Schuhputzergesellschaft, die statt qualifizierter Arbeit unzählige Handlangerdienste bietet, die niemand gern macht? Dussmann: Woher wollen Sie wissen, daß die niemand machen will? Bei so einem Kaffee-Job kommt der Mensch doch mit vielen anderen zusammen. Das ist allemal interessanter, als zu Hause rumzusitzen. Aber schon so was nur auszusprechen verbietet uns in Deutschland die Political correctness. Das geht mittlerweile so weit, daß man dem, der Schuhe putzen könnte, keinen Job gibt, weil es als anstößig gilt, daß sich jemand vor einem hinkniet. Man beutet andere Menschen nicht aus, man hält sich keine Sklaven, und deshalb darf es keine Butler geben und keine Schuhputzer. Das ist für mich eine asoziale Denke.“ SPIEGEL: Selbst in Amerika reichen diese Mc-Jobs nur selten aus, den Lebensunterhalt zu sichern. Dussmann: Was ist denn Schlimmes dabei, wenn ein Arbeitnehmer mehrere Jobs übernimmt? Ich kenne in Malibu, wo wir ein Haus besitzen, eine Familie, die aus Mexiko stammt. Die Frau kann kein Wort Englisch, macht aber als Putzfrau eine ordentliche Arbeit. Ihr Mann versorgt den Garten. Die zwei arbeiten mittlerweile in der ganzen Kolonie: montags bei uns, dienstags beim Nachbarn ...“; „SPIEGEL: Sie empfehlen diese

Mc-Jobs auch den Deutschen als Alternative zur Arbeitslosigkeit? Dussmann: Der Glaube, daß alle Menschen gleich sind, gehört für mich zu den üblen Relikten des Sozialismus. Es sind halt nicht alle gleich, das müssen wir einfach akzeptieren. Wohin das führt, wenn alle Unterschiede nivelliert werden und damit jede Motivation zur Leistung entfällt, haben wir ja im Osten gesehen. In den USA, einer echten Leistungsgesellschaft, können wir die Erfolge des anderen Modells besichtigen: Die Arbeitslosenquote ist nur rund halb so hoch wie unsere in Deutschland. SPIEGEL: Wollen Sie der deutschen Gesellschaft wirklich die Übernahme des amerikanischen Modells im Maßstab eins zu eins empfehlen?

Dussmann: Eins zu eins wird wohl nicht gehen, das läßt unsere Mentalität nicht zu. Aber 70 bis 80 Prozent würden uns guttun. Wir brauchen eine Entlüftung unserer Arbeitsgesetze und eine flexiblere Handhabung der Kündigungsschutzgesetze.“; „Dussmann: Mit mehr Flexibilität bei der Gesetzgebung, in der Politik und bei der Jobsuche könnte es weniger Arbeitslose geben. Meine Firma hat in einigen Regionen noch immer freie Arbeitsstellen. Warum sind die nicht besetzt? Die Menschen müssen flexibler werden, das gilt erst recht in der Dienstleistungsgesellschaft.“ Dussmann: Wir wachsen derzeit am schnellsten in den ehemaligen Ostblockstaaten, und das wird wohl noch einige Zeit anhalten. In Deutschland sehe ich vor allem bei Krankenhäusern und Altenheimen noch einen großen Bedarf für unsere Angebote. Alles, was der Staat an wirtschaftlichen Leistungen erbringt, ist schlecht gemanagt und kostenmäßig miserabel kontrolliert. Das ist unser Vorteil.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809758.html>

RUSSLAND: So kann man nicht leben (05.01.1998)

Von Mettke,

Silberstreifen nach sechs Jahren des Niedergangs: Die Inflation ist gestoppt, die Regierung zahlte rückständige Löhne nach. Doch Armut und Verfall schreiten fort, die gesellschaftlichen Gegensätze verschärfen sich, Rechtsradikale hoffen auf ihre Stunde. Endet Rußland wie Weimar?

Ökonomische, aber kaum soziale Erfolge der postsozialistischen Zeit. „Gewiß, es gibt auch gute Nachrichten aus Moskau: Die Inflation ist nach offiziellen Angaben auf elf Prozent im Jahr gesunken, ‚das ist fast schon Stabilität‘, meint Jürgen Sterlepper von der Deutschen Bundesbank. Es gibt keine Käuferschlangen mehr – Symbol des Staatssozialismus –, die Warenlager sind gefüllt, zum größten Teil mit Importen.“; „Das hat politische Konsequenzen, womöglich auch für die Stabilität der Demokratie, der ohne breiten Mittelstand das Fundament fehlt. In der nostalgischen Rückschau verklärt sich deshalb der Kasernen-Sozialismus der Vergangenheit, in dem sich fast alle gleich fühlen durften.“; „Nach Regierungsangaben teilen sich die zehn Prozent der Bessergestellten rund ein Drittel der gesamten Geldeinkünfte. Das ärmste Bevölkerungszehntel dagegen muß sich mit 2,5 Prozent des Kuchens bescheiden. Das kapitalistische Rußland ist ein Klassenstaat.“; „Erhebungen des Akademie-Instituts für soziale und wirtschaftliche Probleme der Bevölkerung belegen, daß der ‚soziale Bodensatz‘ in Wirklichkeit längst über diese Zehn-Prozent-Grenze hinausgewachsen ist: Nur jeder fünfte Bürger Rußlands hat sich bislang den marktwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen vermocht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809910.html>

Sie hofften auf ein Wunder (02.02.1998)

Von Müller von Blumencron, Mathias und Steingart, Gabor

IWF-Präsident Michel Camdessus über die Asienkrise, das Hilfsprogramm des Internationalen Währungsfonds, leichtsinnige Banken und geldgierige Spekulanten

Z.T. kritische Fragen, neoliberale Antworten. „SPIEGEL: Viele Ökonomen werfen Ihnen eine zu rigide Politik vor: Mit Ihren strengen Auflagen etwa bei der Begrenzung der staatlichen Schuldenaufnahme würden Sie die Krise weiter verschärfen. Die staatlichen Defizite waren doch nicht das Problem, sondern die leichtsinnige Kreditvergabe privater Banken. Camdessus: Wir mußten verhindern, daß sich die Staaten mit teuren Programmen aus der Krise retten. Ein Währungsverfall läßt sich nicht stoppen, indem die Regierung Defizit an Defizit reiht. Ist es übertriebene Härte zu verlangen, daß die Länder ihre Haushalte solide finanzieren? Nein, es ist das Minimum dessen, was hier getan werden mußte. Fehler kann ich uns da nicht vorwerfen. Mit hohen Staatsausgaben läßt sich kein Vertrauen schaffen.“;

„Camdessus: Ich kenne die Probleme in Frankreich sehr genau, und meine Landsleute wissen um meine Meinung. Viele der Prinzipien, die wir in Asien einführen, würden auch den Franzosen guttun. Den Deutschen übrigens auch.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7810698.html>

INVESTIVLOHN: Wohlstand für alle (09.02.1998)

Die Regierung will aus Arbeitnehmern Kapitalbesitzer machen – mit Hilfe staatlich bezuschufter Investivlöhne. Die Reform ist überfällig, doch sie kommt nicht voran.

Verbindung von Shareholder Value und Verteilungsgerechtigkeit. „Neueste US-Studien, so Köhler, rechnen vor, daß sich die Produktivität durch Mitarbeiterbeteiligungen um 20 Prozent steigern läßt – Menschen, die früher ihren Job erledigten, denken auf einmal mit, als wären sie selbst Unternehmer.“; „Mit Investivlohnvereinbarungen können die Tarifparteien dafür sorgen, daß die Schere zwischen Arm und Reich hierzulande nicht immer weiter aufspringt. Staatliche Förderung dafür wäre durchaus sinnvoll. Viel Zeit für Überzeugungsarbeit bleibt freilich nicht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7809745.html>

ZUKUNFT: Wie wir arbeiten werden ... (23.02.1998)

Von Kleinert, Hubert

Wie ist die Jobkrise erfolgreich zu bekämpfen? Auf welche Arbeitswelt müssen sich die Europäer einstellen? Der neue Bericht an den Club of Rome bietet unkonventionelle Lösungen – jenseits der deutschen Standortdebatte.

Öffentlicher Beschäftigungssektor statt privater Niedriglohnsektor, kritische Sicht auf bestehende Steuer- und Sozialsysteme. „Zur Schaffung der finanziellen Grundlagen dieses neuen Sektors von Arbeit sollen alle Finanzquellen herangezogen werden, aus denen heute Arbeitslosenentgelt und Sozialhilfe gezahlt werden. ‚Es wird keine Bezahlung mehr für das Untätigbleiben geben, sondern Unterstützungen für das Tätigbleiben‘, sagen Giarini und Liedtke. Sie betrachten somit Sozialpolitik als Beschäftigungspolitik. In ihren Modellen werden die Menschen von Transferleistungs- zu Gehaltsempfängern. Ein garantiertes Mindesteinkommen soll zugleich helfen, die komplizierten Sozial- und Steuersysteme zu vereinfachen. Zur Verrechnung zwischen Grundeinkommen und zusätzlichen Erwerbseinkommen dient das schon in den vierziger Jahren entwickelte Modell der negativen Einkommensteuer. Liegt ein Einkommen oberhalb des Mindesteinkommens, sind Steuern zu zahlen. Wer weniger verdient, bekommt eine ‚negative Einkommensteuer‘ vom Finanzamt, also einen Lohnzuschuß. Die Klarheit, mit der sich die Verfasser von der Hoffnung verabschieden, ein neues Beschäftigungswunder sei durch neue Wachstumsschübe zu erwarten, bringt das Dilemma der aktuellen Politik auf den Punkt. Wenn dieser industrialistische Traum tatsächlich ausgeträumt ist, dann ist vom Marktmechanismus allein nicht mehr viel zu erwarten – es gibt viele Indizien dafür, daß dies so ist.“; „Die Alternative dazu ist der amerikanische Weg mit seinem hohen Beschäftigungsanteil im privaten Dienstleistungssektor. Dieser Weg setzt darauf, einen Niedriglohnsektor im ersten Arbeitsmarkt entstehen zu lassen. Der Preis, der für die relativ hohe Beschäftigungsquote gezahlt wird, sind die vielen ‚working poor‘ und der hohe Anteil von ‚bad jobs‘. Dieser Weg und seine sozialen Konsequenzen sind mit den Traditionen des europäischen Sozialstaats unvereinbar. Der Ausbau von Sozialwirtschaft und gemeinnütziger Arbeit setzt gewiß eher am Bedarf der europäischen Staaten an als die Vorstellung, eine Armada von Schuhputzern und Gepäckträgern löse das Beschäftigungsproblem der Zukunft.“; „Es ist zu hoffen, daß die Grundüberlegungen der Studie die öffentliche Meinung ähnlich beeinflussen können, wie das den Studien zur Umweltpolitik einst gelungen ist. Fünf Millionen Arbeitslose sind Grund genug für eine deutsche Debatte jenseits der einstudierten Standortrhetorik.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7829990.html>

Das Recht auf Arbeit (09.03.1998)

Aus dem neuen Buch „Keine Angst vor der Globalisierung“ von SPD-Chef Oskar Lafontaine und seiner Frau Christa Müller

Ordoliberalismus von links, Lohnnebenkosten senken plus Konjunkturpolitik. „Der Staat muß deswegen die Verantwortung dafür übernehmen, daß jeder Bürger sein Recht auf Arbeit einlösen kann, und für Vollbeschäftigung sorgen. Dann muß dem Staat aber zugestanden werden, diejenigen Bürger zur Arbeit zu verpflichten, die zwar von der Gesellschaft leben, ihr aber ihre Leistung verweigern wollen. Der zweite Schritt kann aber nicht vor dem ersten getan werden. Die Pflicht zur Arbeit kann nur einfordern, wer vorher Arbeit angeboten hat. Im Mittelpunkt staatlichen Handelns steht deshalb zunächst die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und mittelfristig von Vollbeschäftigung.“; „Mit einem Strategiebündel, bestehend aus einer wachstumsorientierten Finanzpolitik, der Senkung der Lohnnebenkosten, der Arbeitszeitverringerung bei produktivitätsorientierter Lohnpolitik lassen sich fast zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen. Mittelfristig können wir in Deutschland eines unserer wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele erreichen: die Vollbeschäftigung.“; „Gleichzeitig warnt die Studie vor einer völligen Deregulierung der Arbeitsmärkte. Ein Zusammenhang zwischen Regulierung und steigenden Arbeitslosenzahlen sei empirisch nicht nachweisbar. Diese Tatsache wird auch vom Ifo-Institut bestätigt. Es stellte fest, daß der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik heute genauso flexibel auf Wachstumsveränderungen reagiert wie der von Großbritannien oder den USA.“; „Dieselbe Untersuchung des Ifo-Instituts kam zu dem weiteren Ergebnis, daß in Deutschland rund 40 Prozent der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt seien und mit einer Nachfragepolitik bekämpft werden könnten. Bei einer Arbeitslosigkeit von rund 4,8 Millionen Personen Anfang 1998 käme die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit einer Zahl von fast 2 Millionen Arbeitslosen gleich. In dieser Höhe ließe sich durch eine wachstumsorientierte Konjunkturpolitik die Arbeitslosigkeit verringern.“; „Alles spricht für eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik in Deutschland. Wenn ein Problem marktwirtschaftlich besser geregelt werden kann als politisch, sind Eingriffe des Staates fehl am Platz. Ein starker Staat, der genug Macht besitzt, bestimmte, genau umschriebene Ordnungsaufgaben zu erfüllen, ist aber notwendig. Die Wirtschaft braucht einen durchsetzungsfähigen Staat, der ihr Vertrauen und das der Bürger besitzt. Er muß den ordnungspolitischen Rahmen für das wirtschaftliche System setzen, das die überragende Mehrheit der Deutschen favorisiert: die soziale Marktwirtschaft. Der Staat hat die Aufgabe, durch eine koordinierte gesamtwirtschaftliche Politik für eine gesunde und stetige wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen. Sie ist nicht nur notwendig als Grundlage für unternehmerisches Handeln. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen bedarf es wirtschaftlicher Sicherheit. Dringend notwendige Reformen können bei den Bürgern nicht durchgesetzt werden, wenn diese eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation befürchten oder sich gar existentiell bedroht fühlen. Ein Klima für Reformen kann der Staat nur herstellen, wenn er die Aufgabe eines Garanten für wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit übernimmt und glaubhaft durchsetzt.“; „Zur Ordnungspolitik gehört auch die Einkommens- und Vermögensverteilung. Wie der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Walter Eucken bereits in den vierziger Jahren

feststellte, sind Löhne Einkommen und zugleich Kosten: Einkommen für die Haushalte der Arbeiter und Kosten für die Betriebe, welche die Löhne zahlen. Als Kostenelement bestimmt der Lohn Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses der einzelnen Betriebe. Als Einkommen wirkt er mitbestimmend auf die Verteilung des Sozialproduktes. Die Lenkung der Wirtschaft und Verteilung des Sozialproduktes sind miteinander verbunden. Die Ertragsbeteiligung der Beschäftigten vollzieht sich üblicherweise über die Erhöhung von Löhnen und Gehältern. Um Differenzierung zu ermöglichen, könnte eine Reform des Flächentarifvertrags entsprechende tarifliche Wahlmöglichkeiten eröffnen oder die Ergänzung des Flächentarifvertrags durch Firmentarifverträge zulassen. Da in naher Zukunft allenfalls eine Stabilisierung der Lohnquote – aus wachstumspolitischen Gründen wäre eine Erhöhung allerdings wünschenswert – zu erreichen sein wird, müssen die Arbeitnehmer über die Bildung von Produktiv- und Geldvermögen am steigenden Wohlstand beteiligt werden. Zu einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik gehört auch die Umverteilung von Arbeit über die Verkürzung der Arbeitszeit.“; „Unsere Probleme, allen voran die Arbeitslosigkeit, sind hausgemacht. Die einseitige, allein auf Standortwettbewerb ausgerichtete Kostensenkungspolitik hat Deutschland geschadet und Europa in Bedrängnis gebracht. Eine Volkswirtschaft ist kein Unternehmen. Gesamtwirtschaftlich sind die Kosten des einen immer die Erlöse des anderen. Eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die nur auf Kostensenkung aus ist, schneidet sich letztlich ins eigene Fleisch. Sie verliert mehr an der Binnennachfrage, als sie im Export gewinnt. Sie zwingt andere Nationen, in den unproduktiven Kostensenkungswettbewerb einzutreten. Da man Nationen nicht vom Markt verdrängen kann, ist am Ende durch den Wettkampf der Nationen nichts zu gewinnen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7832893.html>

Das Öko-Dilemma(30.03.1998)

Mit ihrer platten Spritpreis-Forderung schaden die Grünen einer guten Idee: Durch eine ökologische Steuerreform könnte sich Arbeit in Deutschland wieder mehr lohnen.

Ökologisch motivierte Intervention befürwortet, Senkung der Arbeitskosten notwendig. Die Idee der Ökosteuer stammt nicht von den Grünen, und sie ist auch gar nicht neu. „Vor allem aber ist sie ein durch und durch marktwirtschaftliches Konzept.“; „Der Schweizer Ökonom Hans-Christoph Binswanger verfeinerte das Konzept: Die Einnahmen aus den Öko- und Energiesteuern sollten, so lautete seine Idee, dazu verwendet werden, um im Gegenzug die zu teuren Arbeitskosten zu verbilligen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7851920.html>

Traumfrau Europa (30.03.1998)

Intellektuelle: Ist das geeinte Europa auch eine kulturelle Idee? Die anhaltende Diskussion um Agrarsubventionen, europäische Industrienormen, vor allem aber über den Euro kreist um eine dürftige Sparversion des Euro-Menschen von morgen. Dabei wird eine große Chance vertan. Von Peter Schneider

Viele neoliberale Prämissen akzeptiert, aber soziale Interventionen für nötig befunden. „Die Globalisierung der Märkte bewirkt, daß die bisherigen Unterschiede zwischen den Kapitalismen – zwischen dem amerikanischen, dem japanischen, den verschiedenen europäischen Kapitalismen – ‚harmonisiert‘ werden. Es könnte ja ein europäisches Projekt sein, dieser Egalisierung ein europäisches Modell des Kapitalismus entgegenzustellen, das einige Faktoren in die Kostenrechnung aufnimmt, die nicht dem Diktat einer 10- bis 15prozentigen Gewinnsteigerung pro Jahr unterworfen sind. Dazu gehören die Einbeziehung der Umweltkosten, die Ächtung von Produkten, die unter sklavenähnlichen Bedingungen hergestellt werden, die Sicherung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation und soziale Mindeststandards für die in den Billiglohnländern geschaffenen Arbeitsplätze. Es kann selbstverständlich nicht so bleiben, daß die Arbeitskosten in Westdeutschland um ein gutes Drittel höher sind als in vergleichbaren industriellen Ländern. Aber es kann auch nicht sein, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen der Niedriglohnländer – Ungarn, Tschechien, Malaysia, China, Vietnam – den Maßstab angeben. Selbstverständlich kann kein west- oder ostdeutscher Arbeiter, aber auch kein französischer oder italienischer mit den Löhnen der ungarischen und tschechischen, geschweige denn der malaysischen oder vietnamesischen Kollegen konkurrieren. Die Unternehmer treiben ein unfaires Spiel: Sie fordern eine Harmonisierung der Lohnnebenkosten nach unten – genannt werden 20 Prozent –, aber verschweigen, daß sie auch im Fall der Erfüllung dieser Forderung immer noch in Länder ausweichen werden, in denen die Löhne bis zu 95 Prozent unter dem deutschen Standard liegen können. Nach den Regeln des weltweiten Wettbewerbs sind sie sogar zu dieser Flucht gezwungen. Die europäischen Gewerkschaften sind mit der Aufgabe überfordert, den Multis die Respektierung international gültiger Mindeststandards abzurufen, schon deswegen, weil die Arbeitnehmervertreter der armen Länder die sozialen und kulturellen Normen der reichen Länder als direkte Diskriminierung und Bedrohung ihrer Arbeitsplätze begreifen. Sie wissen, daß ihr einziger Reichtum die billige und vergleichsweise rechtlose Arbeitskraft ist. Die Regierungen Europas – besser: ein echtes europäisches Parlament – müssen die kulturellen Standards und Spielregeln des europäischen Kapitalismus definieren und durchsetzen. Die Fundamentalisten der liberalen Wirtschaftstheorie wenden ein, jede politische Einmischung in das freie Spiel der Märkte sei von Übel und werde bestraft. Es sei die unsichtbare Hand des Marktes selber, die die Wirtschaftsabläufe und auch die soziale Verteilung des Reichtums lenke. Daran ist so viel wahr, daß sich auf Dauer nichts verteilen läßt, was nicht erwirtschaftet wird. Ebendiese Grundregel scheinen vor allem die Deutschen vergessen zu haben. Aber die Behauptung, daß sich soziale Fortschritte aus den inneren Gesetzen des Marktes selber, ohne kräftige Nachhilfe von außen, ergäben, ist natürlich lächerlich. Wenn sie zuträfe, wären die Sozialkämpfe für die Abschaffung der Kinder- und Sklavenarbeit, für

die allmähliche Reduzierung des 16-Stunden-Tages, für die Aufhebung rassistischer und religiöser Diskriminierung, für die Gleichstellung von Mann und Frau überflüssig gewesen. Wenn die Geschichte der europäischen Sozialkämpfe etwas lehrt, dann dies: Ethik und soziale Gerechtigkeit einer Gesellschaft ergeben sich nicht aus dem Markt. Es zeichnet sich ab, daß kapitalistische Gesellschaften ohne Sozialstaat am ehesten in der Lage sind, Wachstum und neue Jobs zu schaffen. Da die Globalisierung keine Entwicklung ist, die man abwählen kann, sondern ein Zwangsschicksal, gibt es keine Alternative zur Generalrevision des alten deutschen Erfolgsmodells namens soziale Marktwirtschaft. Die Frage, die sich nicht nur den Deutschen stellt, ist aber, wie weit eine Gesellschaft in Richtung Ungleichheit gehen und gleichzeitig die Demokratie bewahren kann. Es geht wohl um nicht weniger als um einen neuen Gesellschaftsvertrag.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7853011.html>

GRÜNE: Keine Angst vorm Automann (06.04.1998)

Von Loske, Reinhard

In der Debatte über den Benzinpreis haben die Grünen Ziele und Mittel verwechselt. Die SPD aber entzieht sich der unbequemen Diskussion über eine wirksame Ökosteuer. Von Reinhard Loske

Ökosteuer. „Und die Einnahmen aus der Steuer sollen voll zurückfließen: zur Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und ganz überwiegend zur steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit. Angesichts von 4,8 Millionen registrierten Arbeitslosen ist dieser Schritt mehr als dringend. Seit die Regierung Kohl im Amt ist, sind die Lohn- und Einkommensteuern und die Sozialversicherungsabgaben dramatisch gestiegen, von gut 50 Prozent (1982) auf heute fast zwei Drittel des gesamten Steuer- und Abgabenaufkommens. Gleichzeitig ist der Anteil von Emissions- und Ressourcensteuern gesunken. Die Umkehrung dieser Fehlentwicklung ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Mit hasenfüßigen Pfennigbeträgen, wie sie offenbar der SPD vorschweben, kommt man da nicht weit.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7859180.html>

KAPITALISMUS: Die Reichen hauen ab (06.04.1998)

Israels Ex-Premier Schimon Peres und US-Finanzguru Georg Soros diskutieren über die Grenzen und Möglichkeiten nationaler Politik in Zeiten der Globalisierung.

Kompromisspositionen. „Peres: Die Politik tendiert dazu, Gesellschaften abzuschotten, die Wirtschaft versucht sie zu öffnen. Der Weg zur Marktwirtschaft fördert Demokratie und hilft so, den Frieden zu sichern. Die Länder, vor allem in Asien, die derzeit in Schwierigkeiten stecken, sind nur den halben Weg gegangen. Sie haben versucht, die Marktwirtschaft einzuführen, ohne ihre Gesellschaft zu öffnen. Das konnte nicht gutgehen. Es gibt keine Marktwirtschaft ohne Freiheit.“; „Soros: Das weltweite kapitalistische System basiert auf der falschen Prämisse, daß man nur die Wettbewerber ihre freien Entscheidungen treffen lassen muß und dann wird sich das ganze System ins Gleichgewicht bewegen. Die Instabilität liegt im System. Märkte können sich selbst korrigieren: Teilnehmer erkennen, daß sich ihre Erwartungen nicht erfüllen und korrigieren ihre Entscheidungen. Darin liegt der Vorteil der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft. Aber Finanzmärkte bergen die Gefahr selbstzerstörerischer Entwicklungen. Die ‚unsichtbare Hand‘ muß nicht notwendigerweise ausgleichend eingreifen. Asien hat gezeigt, daß sie wie eine Abrißbirne wirken kann. Die Finanzmärkte brauchen Aufsicht und Regeln. Wir haben nationale Institutionen wie die Notenbanken, die auf Geldwertstabilität achten, auf den Markt reagieren und intervenieren. Aber uns fehlen vergleichbare Institutionen auf globaler Ebene. Ohne solche Einrichtungen laufen wir auf einen Kollaps des globalen kapitalistischen Systems mit unabsehbaren Folgen zu.“; „Soros: Stimmt. Das Marktdenken ist völlig unzureichend für eine Gesellschaft. Es hat Gesellschaftsbereiche erobert, in denen es nichts zu suchen hat; am deutlichsten wird dies bei der Gesundheitsversorgung. Dieser Bereich war nie als Geschäft gedacht, sondern als Berufsfeld. In Amerika, wo Geld alles ist, ist der Medizinbereich mittlerweile ein reines Geschäft.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7859443.html>

ARBEITSPLÄTZE: Erfolgsmodell Dänemark (13.04.1998)

Die nordischen Nachbarn sind auf dem besten Weg, die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren. Das ideenreiche Erfolgskonzept könnte der deutschen SPD als Vorbild für Bonn dienen.

Synthese. „Gelingen ist das kleine Job-Wunder, weil die Dänen zwei Denkschulen kombinierten, die in Deutschland als unvereinbar gelten: den Wohlfahrtsgedanken skandinavischer Tradition und die Flexibilität nach amerikanischem Vorbild. Auch die Regierung macht es Unternehmen leicht, Jobs zu schaffen. Seit jeher sind Altersvorsorge und Gesundheit nicht allein an den Faktor Arbeit, also den Bruttolohn, gekoppelt. Jeder zahlt mit: Aktionäre, Energiebenutzer, Selbständige, Beamte. Die Steuerlast wiegt entsprechend schwer, schon von Durchschnittsverdienern kassiert der Staat rund die Hälfte des Einkommens. So wird die soziale Sicherheit garantiert – aber eben nicht auf Kosten der Arbeitsplätze.“; „Erst die ‚Kartoffelkur‘ genannten Sparmaßnahmen unter dem konservativen Premier Poul Schlüter brachten die Wirtschaft in Fahrt – zwar nicht ohne Murren der Bevölkerung, aber doch getragen im Konsens aller Gruppen: von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Auch die Gewerkschaften haben zur Genesung der Wirtschaft beigetragen. Über Jahre hinweg akzeptierten sie nur moderate Lohnerhöhungen. Die Bescheidenheit, so meint Andy Andresen vom Dachverband LO, störe die Mitglieder nicht allzusehr. Für sie seien gute Arbeitsbedingungen entscheidend, hätten Umfragen ergeben, das Thema Löhne stehe erst auf Platz zehn. Ohnehin spielen

Flächentarifabkommen eine geringe Rolle. Nur noch 16 Prozent der Beschäftigten unterliegen zentral vereinbarten Lohnabschlüssen, die Verhandlungen spielen sich meist auf betrieblicher Ebene ab. „Das hat zweifellos die Anpassungsfähigkeit der Löhne verbessert“, sagt Per Callesen vom Finanzministerium. Zudem nehmen die dänischen Gewerkschaften in Kauf, daß ein Kündigungsschutz so gut wie nicht existiert. Dafür ist das Arbeitslosengeld – bis zu 90 Prozent des letzten Einkommens, höchstens aber rund 3500 Mark – üppig bemessen. „Es ist kein finanzielles Drama, arbeitslos zu werden, man findet schnell wieder einen Job“, sagt Gewerkschafter Andresen. Praktisch von heute auf morgen könne er Mitarbeiter kündigen, bestätigt Lars Holm, 34, Produktionschef der Papierfabrik Drewsen in Silkeborg. „Sonst würde ich auch zögern, Leute einzustellen.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7861452.html>

Das goldene Los (20.04.1998)

Die Väter des Wirtschaftswunders hinterlassen ihren Kindern in den nächsten fünf Jahren Werte in Höhe von zwei Billionen Mark. Die ohne Leistung erzielten Einkommen sind höchst ungleich verteilt und zudem für die Wirtschaft gefährlich: Sie lähmen den Pioniergeist.

Vermögenskonzentration ebenso kritisch wie Besteuerung von „Leistungsträgern“, privates Mäzenatentum positiv.
 „Schon vor einem halben Jahrhundert beklagte der Nationalökonom Alexander Rüstow, daß für die ‚erblichen Vermögensbesitzer auch die Chance im wirtschaftlichen Wettbewerb von vornherein unvergleichlich viel größer‘ sei. Die erbliche Startungleichheit führe daher zu einer Feudalisierung innerhalb der Marktwirtschaft. Ähnliches könnte sich heute in Deutschland wiederholen. Der Ökonom Wilhelm Hankel, einst Assistent von Superminister Karl Schiller, warnt jedenfalls vor einer weiteren Verkrustung der Gesellschaft, wenn Vermögende mehr Wettbewerbschancen erhielten als jene ohne Geld – aber mit besseren Ideen. Daher sei es nur gerecht, ererbtes Vermögen stärker als bisher zu besteuern, meint der Volkswirt. ‚Eine Gesellschaft, die ihr Steuersoll bei Leistungsträgern eintreibt und nicht bei Erben, verwandelt sich in zwei bis drei Generationen in eine Gemeinschaft reicher Müßiggänger, bei denen der Kunstsinn den Erwerbssinn überflügelt‘, warnt Hankel. Er plädiert für den umgekehrten Ansatz, um die Begünstigung leistungsloser Einkommen zu beseitigen und damit die Startchancen einigermaßen ins Lot zu bringen: Lohn- und Einkommensteuern senken, dafür die Erbschaftsteuer erhöhen, fordert er, schließlich sei sie ohnehin ‚kriminell niedrig‘.“; „Auch hierzulande finden immer mehr betuchte Bürger Geschmack daran, als Mäzene aufzutreten – und sich ganz nebenbei ein Denkmal zu setzen.“; „Was der verarmte Sozialstaat nicht mehr zu leisten vermag, könnte somit die reiche Erbgeneration, zum Teil jedenfalls, richten. Sie setzt ihren Reichtum für karitative Zwecke ein – sei es aus Überzeugung, aus einer Laune oder aus schlechtem Gewissen. So wandelt sich Wohlstand für einzelne in Wohlfahrt für alle.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7866312.html>

Mitten in einer Revolution (20.04.1998)

Hält die deutsche Linke mit der Globalisierung Schritt – oder zerbricht sie daran? Auszüge aus dem Buch des Grünen Joschka Fischer: „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag“.

Marktgemeinschaft und Wettbewerbsstaat kritisch gesehen, aber ebenso wie Deregulierung und Sozialabbau alternativlos; trotzdem staatlicher Handlungsbedarf als Gegengewicht zum Markt. „Trotz aller großen Schwierigkeiten einer demokratischen Linken nach dem Ende des Sozialismus läßt sich zumindest diese Frage nach den Grundwerten der Demokratie, der Freiheit, der Gewaltlosigkeit, des Rechts, der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Solidarität sehr schnell beantworten: Es gibt bis heute kein besseres Werteangebot, das den Frieden, die Freiheit, die Wohlfahrt und auch das Glück einer möglichst großen Zahl von Menschen zu garantieren vermag. Unter den Begriffen ‚Freiheit‘ und ‚Verantwortung des einzelnen‘ wird allerdings in systemverändernder Absicht durch einen aggressiven Marktliberalismus der individuelle Egoismus und damit das Recht des Stärkeren der gesellschaftlichen Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit entgegengesetzt. Wirtschaftlicher Erfolg wird damit zum moralisch Guten, die Interessen der Stärkeren werden zum Leitbild der ganzen Gesellschaft, und der maximale ökonomische Gewinn wird zu ihrem absoluten Ziel. Das Individuum löst sich von der Gesellschaft, der Egoismus befreit sich vom Gemeinwohl. Freilich hat es die Linke in der gegenwärtigen Globalisierungsrevolution alles andere als leicht, denn sie steckt in einer tiefen Orientierungskrise. Die überkommenen Instrumente der Linken sind eben nicht die Märkte, nicht Investitionen, Aktien, Wettbewerb, freies Unternehmertum gewesen, sondern nahezu ausschließlich die politische Regulierung eben dieser wirtschaftlichen Aktivitäten mit den Mitteln des Staates, seiner Gesetzgebung und Bürokratie. Die nationalen Volkswirtschaften geraten von einer bestimmenden in eine dienende Funktion, werden nach und nach von souveränen Volkswirtschaften zu abhängigen Angebotswirtschaften, die um die Gunst der globalisierten Märkte konkurrieren müssen. Staat und Markt sind die beiden entscheidenden Gegenspieler im Spiel der kapitalistischen Moderne, Machtprinzip und Gewinnprinzip ihre jeweilige Logik, der sie ihrem Wesen gemäß folgen müssen. Der Sozialstaat als Garant für stetig steigenden Massenwohlstand wird sich unter diesen Bedingungen wohl kaum aufrechterhalten lassen. Angefangen von der Kommunikationstechnologie über das Internet bis hin zu den innovativen Finanzmärkten, der Deregulierung der Wirtschaft, dem Niedrigsteuerstaat, der Auflösung der Arbeitsgesellschaft bis hin zur Werterevolution des Neoliberalismus – überall dominieren die USA oder geben zumindest den Takt und die Richtung vor. Globalisierung in ihrer heutigen Form heißt also immer auch Amerikanisierung. Dies gilt auch und vor allem für den Verlauf der neoliberalen Revolution, die sich auch in anderen Ländern gemäß dem Vorbild der

amerikanischen Innenpolitik mit der üblichen Zeitverzögerung zu vollziehen scheint. Der Hauptstoß der neokonservativen Revolution erfolgt dabei immer nach demselben Muster, indem er das staatliche Steuersystem als zentralen Mechanismus der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums angreift. Dies ist zugleich das Herz der Politik jeder demokratischen Linken in einer modernen Massengesellschaft, denn an der fiskalischen Redistribution eines nicht unerheblichen Teils des jährlichen Bruttosozialprodukts hängt ganz entscheidend die Frage der sozialen Gerechtigkeit.“; „Wenn sich ein Charakteristikum der gegenwärtigen Entwicklung als eine wirkliche Besonderheit herausarbeiten läßt, dann ist es die Tatsache, daß der Verteilungsmechanismus zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Löhnen und Gewinnen in den USA seit nunmehr zwei Jahrzehnten nur noch zugunsten des Kapitals funktioniert.“; „Damit gewinnt die Globalisierung aber eine völlig neue und für die demokratische Linke des Westens hochinteressante Dimension. Die Globalisierung schreit gewissermaßen nach politischer Ökonomie und nicht nach einer Verabschiedung der Politik aus der Ökonomie.“; „Revolutionen, auch postmoderne, erfordern Revolutionäre, und insofern muß die westliche Linke jetzt zeigen, ob sie ihren großen gesellschaftsreformerischen Ansprüchen gerecht werden kann oder ob sie nur noch ein linker Traditionsverein zur Verteidigung der Interessen des Status quo der reichen westlichen Industriegesellschaften ist.“; „Dennoch wird der Übergang zum globalisierten Wettbewerbsstaat für Europa eine gewisse ‚Amerikanisierung‘ seiner inneren Ordnung bedeuten, das heißt, die Rolle des Staates als ökonomisch-soziale Ordnungsmacht wird unter den neuen Bedingungen zurückgedrängt werden. Wenn der Staat durch seinen Rückzug aus dem sozialen Raum neue Gestaltungsspielräume öffnet, so muß das keineswegs in einem Widerspruch zu einer solidarischen Politik stehen.“; „Eine neue Gründerzeit, gestützt auf kleine und mittlere Unternehmen als Instrumente einer linken Beschäftigungspolitik? Läuft diese Konsequenz nicht auf die Kapitulation der Linken vor der Ideologie des Neoliberalismus hinaus? Stimmt diese Einwände, so hieße dies, daß jenseits von großen Unternehmen und öffentlichem Dienst eine linke Beschäftigungspolitik nicht möglich wäre. Die kleinen und mittleren Unternehmen gedeihen am besten in einem diametral entgegengesetzten Umfeld, nämlich dezentral angepaßt an die unterschiedlichsten regionalen und marktspezifischen Gegebenheiten, möglichst frei von allgemeinen Regelungen und nivellierenden Tarifverträgen.“; „Hier erreicht die Analyse einen überaus heiklen, ja prekären Punkt, denn er stellt in der Konsequenz die bisher einheitlichen Bedingungen für Löhne, Sozialleistungen und allgemeine Beschäftigungsbedingungen in Frage oder verlangt zumindest deren Lockerung.“; „Eine staatliche Wohlstandssicherung im Einzelfall wird es jenseits der weiterhin notwendigen Verteilungsgerechtigkeit und der Sicherung des Zugangs zu gleichen Chancen für Arbeit, Wohlstand, Bildung und sozialer Sicherheit nicht mehr geben, weil dies die materiellen Möglichkeiten des globalisierten Wettbewerbsstaates sprengen würde. Diese bittere Erkenntnis wird die demokratische Politik ihren Wählern allerdings erst noch vermitteln müssen, und das wird alles andere als einfach sein, weil daran die Frage der Mehrheitsfähigkeit und damit ganz unmittelbar die Machtfrage hängen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7866254.html>

FUSIONEN: Weltmarkt ohne Weltpolizei (20.04.1998)

Wirtschaft im Größenwahn: Weltweit schließen sich Firmen zu immer größeren Konzernen zusammen. Das Neue: Die Vorstände sind oft nur Getriebene, die großen Investmentfonds bestimmen die Strategien – ein anonymer Aktionärskapitalismus entsteht.

Vor- und Nachteile eines globalen Shareholder-Kapitalismus. „Aus den alten Firmen entstehen Konglomerate, die nur noch Spurenelemente der traditionellen Firmenkultur in sich tragen. Der Mega-Konzern, in dem der Firmengründer und sein Sozialethos keine große Rolle mehr spielt, funktioniert vor allem nach Effizienzkriterien. Die neuen Global Player, etwa die europäischen Versicherungskonzerne oder die international fusionierten Geldhäuser, fühlen sich keiner Stadt, keinem Bundesstaat, oft nicht mal mehr dem Nationalstaat verbunden. Eine eigene konzerninterne Staatlichkeit entsteht, in der Konkurrenzgedanke, Gewinnstreben und Leistungsethos die Ideale Gleichheit und Brüderlichkeit gehörig schleifen. Solidarität, ein Wort aus dem Traditionsbestand der Arbeiterbewegung, gilt vielen als ausgemustert, oldfashioned, wie die Amerikaner sagen. Die Konglomerate verändern erst das Arbeiten ihrer Belegschaft und dann die Länder, in denen sie wirken. Die überall unterschiedlichen Kollektivregeln – staatliche Gesetze, Tarifgehälter, nationale Arbeitsschutzvorschriften, Feiertage – sind dem neuen Multi lästig. Er bevorzugt ein Umfeld, das so beweglich ist, wie er sein will – also ruft das Management nach liberalisierten Märkten, verlangt individuell verabredete Arbeitsentgelte. Vor ‚kapitalistischem Raubrittertum‘ warnt der Soziologe Ulrich Beck. Die ‚Utopie einer reinen und perfekten Marktwirtschaft‘ sei angetreten, die Weltherrschaft zu erringen, klagt der französische Soziologe Pierre Bourdieu. Er fürchtet ein globales ‚Rationalisierungsregime‘, das Millionen von Jobs vernichtet, sieht einen ‚Winner-Kult‘, der selbst dem Mittelmäßigen keine Chance mehr einräumt. Aber vielleicht nehmen die neuen Multis, die friedlich in allen Erdteilen ihre Geschäfte machen, auch nur das Zusammenwachsen der Welt vorweg, das die Regierungen mit neuen Spielregeln erst noch vollziehen müssen? Womöglich neigen die Europäer – wie schon bei der Einführung von Biotechnik und Computer – zu einer Überdosis an Zukunftsangst. ‚Alles Ständische, alles Althergebrachte, alles Verknöcherte und Verkrustete verdampft‘, so hatte schon Karl Marx im Kommunistischen Manifest den heraufziehenden Kapitalismus beschrieben. Was als Bedrohung gemeint war, erwies sich bisher jedenfalls als Segen: Der Wohlstand stieg, die Arbeitszeiten wurden kürzer, die Arbeitsbedingungen humaner, zumindest in den westlichen Industrienationen. Auch die neuen Großfirmen eröffnen für viele Zukunftschancen: Internationale Karrieren sind nun möglich, Marketingexperten, Computerspezialisten und Juristen wird ein weltweites Aktionsfeld eröffnet. Und die Gewinne der Konzerne fließen schließlich an die Aktionäre – und helfen so, die maroden staatlichen Rentensysteme zu

ergänzen.“; „Die Geldherren, die wahren Verfechter der Shareholder-Gesellschaft, kennen im harten Konkurrenzkampf um neue Kunden nur ein Ziel: bedingungslose Gewinnmaximierung im Interesse der Aktionäre. Eine fünfprozentige Gewinnmarge, für viele deutsche Unternehmer ein ordentliches Ergebnis und Landesdurchschnitt in den Jahren 1985 bis 1995, gilt ihnen als schlappes Resultat.“; „Mehrere Untersuchungen zeigen, daß ein Großteil der Fusionen im Desaster endete. Jeder Konzentrationswelle folgte eine Periode, in der die zusammengekauften Konglomerate wieder auseinandergezupft wurden – weil sie nicht zueinanderpaßten, weil die Bürokratie wucherte und die Gewinne wegbrachen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7866512.html>

Hier heißt es: Ran, ran, ran! (04.05.1998)

Von Doerry, Martin und Mohr, Joachim

Welche Uni ist die beste? Nach einer großangelegten Befragung von mehr als 1000 Professoren und 7400 Studenten aus 15 Ländern legt der SPIEGEL die erste Rangliste europäischer Universitäten vor. Hauptergebnis: Deutsche Unis sind zumeist nur Mittelmaß.

Ökonomisierung der Hochschulbildung nicht unproblematisch, aber letztlich alternativlos. „Caroline Peter, Monika Langthaler und Tomás Perlins Hormann zählen zu der neuen mobilen Akademiker-Generation. Sie haben die Legende von der Uniformität durchschaut und verhalten sich nach den Regeln des Marktes: Gute Ausbildung, ganz gleich wo in Europa, wird nachgefragt, schlechte wird – irgendwann – zum Ladenhüter.“; „Stoiber würde lieber heute als morgen aus der bundesweiten Bildungspolitik aussteigen, weil das elende Gerangel um gemeinsame Schul- und Hochschulgesetze für 16 Bundesländer inzwischen jeden Fortschritt blockiert. Da mag bayerische Eigenbrötlei eine Rolle spielen, aber vor allem die Einsicht, daß sich der Freistaat neuen Konkurrenzen stellen muß, einem scharfen grenzüberschreitenden Wettbewerb im Zuge der europäischen Einigung. Sind Stoibers bayerische Hochschulen also fit für die Konkurrenz mit Bologna, der ältesten Hochschule Europas? Und wie steht es mit den übrigen Universitäten der Bundesrepublik: Können sie mithalten im akademischen Wettstreit der Europäer? Die deutschen Hochschulen, so zeigt nun die erste SPIEGEL-Rangliste der europäischen Universitäten, sind im internationalen Vergleich zumeist nur Mittelmaß.“; „So liest sich die europaweit vorangetriebene Sozialdemokratisierung der Bildung zunächst wie eine blendende Erfolgsgeschichte: Die Bundesrepublik, Großbritannien und viele andere Nationen haben ihre Studentenzahlen in zwei Jahrzehnten verdoppelt. In Frankreich, zum Beispiel, waren 1985 noch 980 000 Studenten eingeschrieben, heute sind es mehr als 2 Millionen. Die Universität La Sapienza in Rom hält derzeit gar mit 190 000 Kommilitonen den Europarekord. Parallel jedoch stiegen die Kosten für Gehälter und Investitionen in den Unis ungebremst. Die Finanzminister zwangen den Wissenschaftsministern radikale Einsparungen auf. Und die Bildungspolitiker haben nun die Qual der Wahl: Schließen sie einzelne Hochschulen oder Institute, so kann der darob aufflammende Protest wertvolle Stimmen kosten. Kürzen sie dagegen pauschal überall ein wenig, so bleibt der Widerstand zwar schwach, irgendwann aber geht der Sparkurs an die Substanz des ganzen Systems.“; „Die Universitäten beider Länder galten lange als reformunfähig, ihre Studenten als wenig motiviert. Mitte der achtziger Jahre jedoch brachte die britische Premierministerin Maggie Thatcher erste Reformen auf den Weg: London knüpfte die Finanzierung der Hochschulen an die in Rankings ermittelte Qualität von Forschung und Lehre. Ein brutaler, nicht immer gerechter und am Ende doch erfolgreicher Ausleseprozeß nahm seinen Lauf.“; „1986 bereits zog die sozialdemokratische Regierung in Den Haag nach, machte die Zuschüsse an die Hochschulen allerdings auch von der Nachfrage der Kunden abhängig: Hollands Unis bekommen mehr Geld, wenn sie mehr Studenten ausbilden. Zugleich aber müssen Hollands Studenten Studiengebühren von etwa 2500 Mark im Jahr entrichten, und die zahlen sie lieber dort, wo Hochschulen mit kurzen Studienzeiten locken – ein Verfahren also, in dem beide Seiten zur Leistung verdammt sind, Hochschulen wie Studenten.“; „In den Provinz-Hochschulen sind zudem Reformen möglich, die in den erstarrten Groß-Unis stets blockiert werden. Die Universität Passau etwa, sie belegt Platz zwei bei den Ökonomen und Platz fünf bei den Juristen, bietet ihren Studenten ein zweisprachiges Studium, um sie auf internationale Jobs vorzubereiten.“; „Noch ist der Kampf zwischen Labour und ‚Oxbridge‘ nicht entschieden. Die Gefahren einer wachsenden Kluft zwischen Elite-Unis und anderen Hochschulen können britische Politiker allerdings in Frankreich studieren: Während angesehene Universitäten wie die inzwischen in 13 Hochschulen aufgelöste Sorbonne verelenden, werden die Aufbaustudiengänge an den Grandes Ecoles fürstlich dotiert. Die meisten Abiturienten studieren aber an den überfüllten Normal-Universitäten. Dringend notwendige Reparaturen werden dort seit Jahren vertagt.“; „Ihr akademisches Zwei-Klassen-System hat die Grande Nation allerdings international auch nicht konkurrenzfähiger gemacht als andere, eher demokratische Bildungssysteme. Im Gegenteil: Der Verzicht auf eine breite akademische Führungsschicht, so urteilt der Freiburger Romanist Joseph Jurt, erschwere die ‚vertikale Mobilität‘ der Eliten, also einen Austausch nach den Kriterien von Erfolg und Mißerfolg.“; „Bildungsreform darf also nichts kosten. Und nach dieser Maxime handeln fast alle Staaten Europas. Im Zeichen des neoliberalen Zeitgeistes werden Hochschulen einer bisher einzigartigen Ökonomisierung unterworfen, einem Prozeß, der die Unis dem Humboldtschen Ideal von der zweckfreien Wissenschaft mehr und mehr entfremdet. Die Ausrichtung an Prinzipien wie Effizienz und Wirtschaftlichkeit folgt dabei Rezepten, die bereits an manchen Hochschulen erprobt wurden: ...

– Der Reformeifer in den Niederlanden gilt ohnehin als vorbildlich. Schon 1972 kam es zur Einführung von Studiengebühren. Zwei Argumente vor allem sprechen dafür: Die Universitäten erschließen eine weitere Geldquelle. Und: Die Studenten entwickeln die Haltung kritischer Konsumenten. ‚Was nichts kostet, gilt nichts‘, sagt etwa der

Berliner Wissenschaftssenator Peter Radunski.“; „Die Sozialdemokraten fürchten einen neuen sozialen Numerus clausus an den Hochschulen, da nur Besserverdienende Gebühren zahlen könnten. Von Trotha hingegen sieht in dem herrschenden Modell, nach dem Universitäten allein aus Steuergeldern schöpfen, eine höchst ungerechte ‚Umverteilung von unten nach oben‘. Schließlich profitierten Akademiker später mit überdurchschnittlichen Gehältern von einer Ausbildung, die ihnen die Masse der Steuerzahler finanziert hätte (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 114).“; „Trotz noch so großzügiger Regelungen dürften Studenten aus einkommensschwachen Familien von Studiengebühren jedoch eher abgeschreckt werden als besser Betuchte. Nur: Haben die Bildungspolitiker wirklich eine Wahl? Womöglich lassen sich die Universitäten noch ein paar Jahre auf Sparflamme finanzieren. Irgendwann aber, so argumentieren etwa Sozialdemokraten wie Peter Glotz oder der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, kommen Studiengebühren in jedem Fall, auch in Deutschland. Dann allerdings wird unter den Professoren ein merkwürdiger Sinneswandel eintreten: Studenten gelten plötzlich nicht mehr als lästige, sondern als gerngesehene Kunden des Unternehmens Hochschule, die für dessen Leistungen zahlen. Ja, je größer die Nachfrage ausfällt, desto attraktiver werden womöglich die Bedingungen des akademischen Betriebes.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7882130.html>

JAPAN: Der einsame Wolf (04.05.1998)

Demontage des Regierungschefs in Tokio: In beispielloser Offenheit verlangen Medien und Unternehmer den Rücktritt des einst gefeierten Hashimoto. Trotz teurer Konjunkturprogramme findet der Ministerpräsident kein Rezept gegen die Deflationsgefahr.

Sparkurs hemmt Wachstum, Konjunkturmaßnahmen dennoch wirkungslos; Klientelpolitik. „Vor allem Washington drängt Japan, seiner ökonomischen Verantwortung besser gerecht zu werden. Zwar hat Hashimoto seinen wachstumshemmenden Sparkurs jetzt aufgegeben und ein erst kürzlich verabschiedetes Gesetz zur Begrenzung der Staatsausgaben zeitweilig außer Kraft gesetzt. Doch mit seinem einsamen Entschluß brachte er mächtige Verbündete in der LDP gegen sich auf: Er hatte gegen die eherne Grundregel japanischer Politik verstoßen, nur im Konsens zu handeln. Wie seine Vorgänger ist auch Hashimoto ein Gefangener des kollektiven politischen Führungssystems geblieben. Seine LDP, die in Japan noch immer als die ewige staatstragende Partei gilt, ist ein Bündnis von Cliques, die jeweils ihre eigene Klientel zufriedenstellen müssen. In unzähligen Kungelrunden feilschen oft vergreiste Abgeordnete um die Verteilung der vielen Konjunkturpakete. Am Ende setzen sich meist die Lobbyisten der Bauindustrie durch. Statt in Zukunftsbranchen zu investieren, stellte die Regierung allein in den vergangenen fünf Jahren jährlich 160 Kilometer neuer Brücken im Land auf. Kein Wunder, daß Experten auch an der Wirksamkeit des vorerst letzten Programms in Höhe von 16,6 Billionen Yen (224 Milliarden Mark) zweifeln. Es ist bereits die siebte Ankurbelung seit Ausbruch der Krise 1990.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7882508.html>

Das ist ein Hammer (11.05.1998)

Mit Daimler-Chrysler entsteht die erste Welt AG unter deutscher Führung – die neue, globale Wirtschaftswelt wird Wirklichkeit. Die Fusion verändert nicht nur den deutschen Vorzeigekonzern – der gesamten Wirtschaft des Landes steht ein Umbruch bevor.

Zwiespältige Haltung zur „Globalisierung“. „Gewerkschaften, hierzulande noch immer die Schutzmacht der kleinen Leute, sind in Ratlosigkeit mit den Politikern vereint. Was kann, was darf die Politik noch verlangen? Wie lassen sich humane Arbeitsbedingungen retten? Was wird aus der in Westeuropa im Vergleich mit den USA noch ordentlichen Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit? Es ist die Stunde der Mahner und jener, die auf düstere Prophezeiungen abonniert sind. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu sieht einen ‚Prozeß der Rückbildung des Staates‘, der verhindert werden müsse. Er fordert, daß sich ‚die Kämpfe der Intellektuellen, der Gewerkschaften, der Verbände vor allem gegen den Niedergang des Staates richten‘ sollen. Nur wenige sprechen derzeit von den positiven Impulsen der Globalwirtschaft, den Aufstiegsmöglichkeiten für gut Ausgebildete, dem wachsenden Wohlstand in Teilen der Dritten Welt, den neuen Chancen für einen weltweiten Frieden. Denn zumindest ein wirtschaftlich motivierter Krieg ist in einer vernetzten Konzernwelt seiner Logik beraubt. Die Globalisierung bringe ‚ungeahnte neue Lebenschancen für ungezählte Millionen von Menschen‘, meint der Soziologe Ralf Dahrendorf. Doch auch der Optimist Dahrendorf verbreitet seine Euphorie nur in kleiner Dosis: ‚Zu den wichtigsten Folgen dieses Prozesses gehört die Gefährdung des sozialen Zusammenhalts. Globalisierung bedeutet, daß Konkurrenz groß- und Solidarität kleingeschrieben wird.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7891698.html>

ÖKOSTEUER: Die unsichtbare Hand (22.06.1998)

Für die deutsche Industrie sind zusätzliche Steuern auf den Energieverbrauch ein Schreckgespenst. Zu Unrecht, wie Dänemark und die Niederlande beweisen: Dort wächst die Wirtschaft trotz zusätzlicher Abgaben für die Umwelt.

Steuerliche Intervention erscheint positiv, denn „erdrückende Sozialabgaben“ können sinken. „Auf intelligente Weise könnte der Staat so den umweltschädigenden Energiekonsum drosseln und im Gegenzug die Unternehmen von erdrückenden Sozialabgaben befreien.“; „Wie eine unsichtbare Hand treibt die CO₂-Abgabe alle an: Die einen

investieren, die anderen verdienen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7923481.html>

KULTURPOLITIK: Ladenschluß im Kunstlabor (15.06.1998)

Von Mohr, Reinhard

Ob Frankfurt, Köln oder Bochum – das einst stolze Amt des Kulturdezernenten verkommt zum ungeliebten Restposten. Im politischen Zangenriff von Finanznot und Globalisierungslogik droht die Kultur ins gesellschaftliche Abseits zu geraten.

Ökonomisierung ebenso kritisch wie Ökonomisierungskritiker. „Finanzkrise und gesellschaftlicher Wandel seit der Wiedervereinigung von 1990, Sozialstaatsdebatte und Globalisierungsdruck bewirken eine Art Zangenangriff auf die Kultur. ‚Arbeit, Arbeit, Arbeit!‘ heißt landauf landab die Parole, Privatisierung, Flexibilisierung, Rationalisierung – und über allem schwebt die Idee vom schlanken Staat, topfit für den globalen Wettbewerb. Die postmoderne, dem klassisch modernen Industriezeitalter vermeintlich entwachsene ‚postmaterielle‘ Gesellschaft hat sich fast unmerklich in eine ganz und gar materielle Arbeits- und Konsumgesellschaft zurückverwandelt. Selbst Berlins naßforscher Kultursenator Peter Radunski (CDU), nicht gerade ein weltentrückter Anbeter der Musen und auch in großen Haushaltsnöten, warnte in der amerikanischen Universität von Harvard jüngst vor der Bedrohung des ‚Kulturstaats durch den Wirtschaftsstaat‘.“; „Kultur benötigt Freiräume, um sich entfalten zu können – und doch legitimiert dies keineswegs muntere Verantwortungslosigkeit in Tateinheit mit mutwilligem Schwachsinn. Denn das ist die andere Seite: Wenn etwa Theaterregisseure dumme Polemiken gegen die böse ‚Macht des Geldes‘ und den ‚Terror der Ökonomie‘ vom Stapel lassen – bei gleichzeitig exorbitantem Finanzbedarf ihrer bühnenreifen Fundamentalkritik –, dann repräsentieren sie nicht unbedingt die ästhetische Avantgarde. Viel eher offenbaren sie bequeme Ressentiments, mit denen sich staatlich alimentierte Kulturschaffende lebenslänglich auf das moralisch Gute und ganz Andere abonnieren wie auf ihren Tagesbedarf an Bordeaux Grand Cru Classé.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7914994.html>

Das mobile Chaos (13.07.1998)

Überfüllte Flughäfen, verspätete Bahnen, Rekordstaus auf den Straßen: Die Leistungsgesellschaft bekommt ihre Verkehrsprobleme nicht in den Griff, trotz moderner Züge und Autos sinkt das Tempo der Fortbewegung. Ein Grund: inkompetente Planer.

Privatisierung hilfreich, ineffiziente Politik und Bürokratie, Interessengruppen als Bremser, aber Staatsintervention und Kooperation statt Wettbewerb nötig. „Und der Monopolist könnte endlich auch für Wettbewerb auf den Gleisen sorgen und sich so selbst unter Druck setzen. Private Firmen würden dann ihren Transport selbst regeln – ein neuer Wachstumsmarkt könnte entstehen. Vor allem aber müßte die Bahn effizienter mit ihren Milliarden umgehen. Anstatt das Gesamtnetz den Erfordernissen der Zeit anzupassen und damit für mehr Kundenfreundlichkeit zu sorgen, werden auf Bonner Geheiß noch immer gigantische Summen in ökonomisch zweifelhafte Prestigeprojekte investiert.“; „Die Verkehrspolitiker müßten sich allerdings gegen die Lobby der Spediteure und der Autokonzerne durchsetzen, die für ihre Interessen sehr erfolgreich eintreten. So verteidigten die Lkw-Kutscher bis heute ihr Privileg, mit verbilligtem Sprit durch die Lande zu fahren. Bei der letzten Mineralölsteuererhöhung, zum 1. Januar 1994 vom Parlament beschlossen, wurde der Dieselmotorkraftstoff mit Rücksicht auf den Güterverkehr deutlich weniger verteuert. Und wann immer die EU-Kommission versucht, der Speditionsbranche wenigstens ansatzweise die Kosten zuzuweisen, die sie verursacht, sind die nationalen Verkehrsminister im Sinne ihrer Klientel mit Bedenken zur Stelle.“; „Hinzu kommt staatliche Fehlplanung, wie an diversen Planungsleichen abzulesen.“; „Warum es, selbst nach Bauplan, annähernd zwölf Jahre dauern soll, bis ein 34 Kilometer langes Stück Autobahn fertiggestellt ist, dafür findet keiner der Verantwortlichen eine überzeugende Erklärung: Mal müssen die erwarteten Bürgereinsprüche als Begründung dienen, mal die schwierige Finanzierung. Mißmanagement am Bau ist nicht Ausnahme, sondern Regel. Nur selten wird ein Auftrag an einen Generalunternehmer vergeben, der von der Planung bis zur Fertigstellung alle Arbeiten koordiniert. Die Einzelvergabe sei notwendig, behaupten die Autobahnämter, um den Mittelstand zu fördern. Tatsächlich wollen die Baubehörden vor allem ihre Daseinsberechtigung nachweisen, was in der Praxis dazu führt, daß sich die vielen kleinen Firmen gegenseitig behindern.“; „Ein Gesamtkonzept müßte her, eine ordnende Kraft, die all die Ideen bündelt. Doch in Deutschland wird die Auseinandersetzung über die Verkehrspolitik ideologisch geführt – von allen Seiten. Warum hängen der ADAC und Teile von CDU und SPD noch immer an der alten Parole von der ‚freien Fahrt für freie Bürger‘, obwohl die Probleme ohne Staatsintervention nicht mehr zu lösen sind? Warum plädieren Grüne – wie in den achtziger Jahren – für ein generelles Tempolimit, wo sich längst intelligentere Formen der Verkehrslenkung bewährt haben? Warum will die Lufthansa die Bahn selbst auf Kurzstrecken wie der von Frankfurt nach Stuttgart überbieten, wo doch Kooperation viel sinnvoller wäre? Warum gelingt es den Parteien nicht, wenigstens die tausend bürokratischen Hemmnisse, die der Föderalismus dem Land beschert, zu beseitigen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7937178.html>

Projekt Deutschland 2000: Die Bedürfnisse sind grenzenlos (27.07.1998)

Der ehemalige US-Arbeitsminister Robert B. Reich über die Chancen und Risiken der Globalisierung, die

Zukunft der Arbeit und das amerikanische Jobmodell

Dritter Weg. „Es gibt eine Alternative, und die besteht aus einer Mischung verschiedener Modelle. Für unser Modell spricht der flexible Kapitalmarkt. Auch der Arbeitsmarkt ist beweglicher als in Europa. Die Unternehmen können leichter Arbeiter entlassen, die Löhne stärker schwanken. Unsere Arbeitnehmer sind wesentlich mobiler. All dies schafft Arbeitsplätze, rund 13 Millionen in den vergangenen fünf Jahren. Aber dies ist nur eine ökonomische Größe. Es sind Arbeitsplätze, doch nicht zwangsläufig gute.“; „Mit einer negativen Einkommensteuer könnten wir die Löhne in Billigjobs anheben. Aber wir müssen auch durch internationale Abkommen für mehr Steuergerechtigkeit sorgen – damit die Reichen ihre Einkommen nicht dadurch schützen, daß sie woandershin gehen, und unsere Unternehmen Mindestregeln des Anstands wahren, gleich, wo sie agieren.“; „Es gibt praktisch zwei große politische Gruppen, aber es wäre falsch, sie Republikaner und Demokraten zu nennen. Ich habe ihnen neue Namen gegeben: Da ist die ‚Rettet-die-Jobs-Partei‘. Das sind Politiker, Demokraten und auch Republikaner, die alles tun, um die alten Jobs und die bestehenden Wirtschaftsstrukturen zu erhalten. Sie sind nervös, weil ihre Wähler angesichts der Veränderungen nervös sind. Die andere ist die ‚Schwimm-oder-ertrink-Partei‘, und sie besteht ebenfalls aus Demokraten und Republikanern. Hier treffen Sie vor allem Industrievertreter, wohlversorgt, die glauben: Laßt dem freien Markt seinen Willen, jagt die Regierung aus der Wirtschaft, laßt jedermann schwimmen. Ertrinken sie? Zu schade. Können sie schwimmen, werden sie stärker sein als zuvor. Aber die Wirklichkeit hat mit beiden Positionen nichts zu tun. Wir können die alten Jobs nicht halten. Und es wäre verhängnisvoll, allein auf die Macht des Marktes zu setzen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7940728.html>

Mehr Geld ins System! (17.08.1998)

Das deutsche Gesundheitswesen verbrauchte im letzten Jahr rund 400 Milliarden Mark – zuwenig, zuviel? Für richtige oder falsche Zwecke? Lobbyisten und „Leistungserbringer“ streiten mit Kassen und Patienten. „Projekt Deutschland 2000“, Teil 5: Läßt sich die Zwei-Klassen-Medizin noch abwenden?

Neoliberale Problemanalyse, aber Marktmechanismen keine Lösung. „Diese Heerschar ist tief gestaffelt, rekrutiert ohne Unterlaß neue Helfer, verbraucht pro Sekunde mindestens 12 000 Mark, verfügt über rabiate Lobbyisten und läßt sich weder von der Regierung noch von der Kundschaft richtig im Zaum halten. Seit den sechziger Jahren ist das Gesundheitswesen zu einem medizinisch-industriellen Komplex herangewachsen. Von der Wiege bis zur Bahre – meist sogar: vorgeburtlich und postmortal – kümmert sich die weiße Armee um jeden Landesbewohner, sei er krank oder gesund, gutwillig oder ablehnend, verrückt, zu dick oder zu dünn, bewußtlos oder auf der Flucht. An jeder Schaltstelle des Sozialstaats sitzt ein Doktor – im Arbeitsamt, bei der Drogenberatung, im Müttergenesungsheim, im Knast. Als seien sie die Knoten im sozialen Netz, überziehen 115 000 Arztpraxen und 2200 Krankenhäuser das Land, in denen die Betten teurer sind als im Luxushotel. Ob er will oder nicht, ist nahezu jeder Deutsche mit dem medizinisch-industriellen Komplex verbandelt, an seiner Expansion und den Kosten beteiligt.“; „Daß Seehofer das Kunststück fertiggebracht hat, der deutschen Pharmaindustrie – dem modernsten und profitabelsten Teil der Großindustrie – durch die Einführung von ‚Festpreisen‘ ein paar Milliarden abzuknöpfen, erfüllt seine Bonner Kollegen noch immer mit Neid und Bewunderung. Das hatte vorher niemand geschafft. Seither nennen sie ihn den ‚Drachentöter‘.“; „Wenn sich das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt der Gesundheit und Krankheit weitgehend unkontrolliert entfalten kann, drohen US-amerikanische Verhältnisse: In Gottes eigenem Land werden 14 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Gesundheit aufgewendet (Deutschland 10,4 Prozent), das sind 4090 Dollar pro Kopf (in Deutschland, umgerechnet in Kaufkraft-Paritäten: 2339 Dollar). Trotz des Riesenaufwands müssen in den Vereinigten Staaten 42 Millionen Menschen ohne den Schutz einer Krankenversicherung auskommen, weitaus mehr noch sind unterversichert – aber nirgendwo anders verdienen die Ärzte soviel.“; „Der Versuch, über diverse ‚Zuzahlungen‘ das Verhalten der Patienten zu steuern, ist weitgehend mißlungen. Zwar werden in diesem Jahr voraussichtlich 20 Milliarden Mark für alles mögliche ‚zugezahlt‘, und ein Krankenhaus-‚Notopfer‘ der Versicherten in Höhe von je 20 Mark wurde auch fällig, doch korrigiert die Zuzahlung bisher kaum das Verhalten. Sind die Beträge relativ niedrig, erweisen sie sich nur als ‚finanzielles Abschöpfungsinstrument‘ (Experte Pfaff). Würde man sie deutlich erhöhen, müßten nur die unteren Einkommenschichten ihr Verhalten ändern – aber gerade das kann man in einer sozialen Krankenversicherung nicht wollen.“; „Wenn es nicht gelingt, den Trend zum zweiten Gesundheitsmarkt, auf dem allein das Bargeld regiert, abzubremsen, droht nicht nur überproportionales Wachstum wie in den USA. Zu Bruch wird vor allem das solidarische Prinzip der Gesundheitssicherung gehen – es droht eine Zwei-Klassen-Medizin: Wer Geld hat, der wird mit dem Hubschrauber gerettet, vom Spezialisten verarztet, mit den teuren Medikamenten gepöppelt und aufwendig rehabilitiert. Den anderen Kranken, den armen, bleibt nur noch eine drastisch abgespeckte ‚Grundversorgung‘.“; „Doch aus alldem wird nichts werden, weder mit der SPD noch mit den Grünen. Denn in allen Parteien sind die Lobbyisten des medizinisch-industriellen Komplexes kopfstark und einflußreich vertreten. Je nach Status und Fachrichtung, wirtschaftlichem Fundament und ethischer Orientierung sammeln sich die unterschiedlichen Vertreter des Gesundheitswesens in den verschiedenen Parteien.“; „Die FDP schließlich ist der legale Arm der Pharmaindustrie und der Besserverdienenden, zumal der jüngeren Akademiker.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7964268.html>

SPIEGEL-GESPRÄCH: Von Grund auf umkrepeln (24.08.1998)

Von Ihlau, Olaf und Schlamp, Hans-Jürgen

Lothar Späth über seine Rückkehr in die Politik, die notwendigen Reformen im verkrusteten Deutschland und seine Haltung zur Großen Koalition

Interessengruppen und kollektive Sicherungssysteme als Problem, aber sozialer Ausgleich nötig. „Späth: Das Reformtempo bei uns – auch in meiner Partei – ist noch viel zu langsam. Es kollidiert mit der Machtbesitzstandswahrung. Jede Interessengruppe legt sofort fest, was nicht verändert werden darf. Ich würde gerne mithelfen, daß Deutschland mit seinen unglaublichen Potentialen sich so schnell reformiert, daß wir wirklich an der Weltspitze mitmarschieren können.“; „Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, daß sich eine Gesellschaft entwickeln kann, die nur noch zu 20 Prozent Menschen in der Produktion beschäftigt und etwa zu 80 Prozent in Dienstleistungen. Dafür müssen wir als erstes das Sozialsystem, das Steuersystem, das Gesundheitswesen und die ganzen kollektiven Systeme auflockern, die diesem Anspruch nicht genügen.“; „Alle erfolgreichen Länder sind umgekrempelt. Aber jetzt kommt der entscheidende Punkt: Ich will nicht, und hier ist mein Widerstand gegen die Liberalen, daß man die Schutzfunktion für den Menschen vergißt und sagt, das ist einfach nicht mehr tragbar. Der europäische Kulturkreis hat eine andere Vorstellung des Ausgleichs von Leistung und sozialer Gerechtigkeit als zum Beispiel der amerikanische Kulturkreis.“; „SPIEGEL: Also Abgrenzung gegen neoliberale Auswüchse? Späth: Dagegen will ich mich in der Tat abgrenzen. Ich glaube nicht, daß bei uns ein System durchsetzbar ist, bei dem im Grunde nach dem Prinzip ‚Suppenküche oder Arbeit‘ alle untergebracht werden. Wir müssen Antworten finden, die aus unserem Kulturkreis stammen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7968513.html>

SPIEGEL-STREITGESPRÄCH: Ein Leben jenseits der Arbeit (24.08.1998)

Von Schreiber, Sylvia und Schumacher, Hajo

Schröders Schattenministerin Christine Bergmann und der Münchner Soziologe Ulrich Beck über die Krise der Erwerbsgesellschaft und den Sinn von Bürgerarbeit

Kontroverse Positionen zu Beschäftigungspolitik, Niedriglohnsektor, Flexibilisierung, Eigenverantwortung etc.

„Bergmann: Sie geben mir also recht und sagen, daß wir die im Moment völlig untergegangene Debatte über makroökonomische Faktoren führen sollten, um mehr beschäftigungswirksames Wachstum hinzukriegen. Mit Ihrer Kommission gehen Sie in eine ganz andere Richtung: Auf in den Niedriglohnsektor, heißt es da. Beck: Was würden Sie denn vorschlagen? Was kann die Politik tun? Bergmann: Das ist eine Frage von koordinierter Finanz-, Geld- und Steuerpolitik, die auf Beschäftigung ausgerichtet ist. Beck: Wir wissen doch längst, daß Wachstum und Beschäftigungsabbau inzwischen Hand in Hand gehen. SPIEGEL: In den USA ist der Job-Boom außer durch drastische Steuersenkungen auch durch die Billigjobs ausgelöst worden. Bergmann: Wenn es helfen würde, würde ich mir fünfmal am Tag die Schuhe putzen lassen, aber es reicht nicht. Eine konzertierte Aktion war in den Niederlanden und Dänemark erfolgreich. Deswegen setzt die SPD auf ein Bündnis für Arbeit. Beck: Es darf da kein Billiglohnsektor entstehen, aber ein experimenteller Raum für die Erneuerung sozialer Dienste. Wer den Sozialstaat retten will, muß ihn radikal umbauen. Er ist unsozial, bedient die Mittelschichten und grenzt die Armen, Behinderten und Langsamen aus.“; „Beck: Wohlfahrt muß nicht immer nur mehr Wohlfahrtsstaat heißen. Die Leute sollen selbst etwas anfangen. Ein charismatischer Nachbar motiviert die Menschen, ein Projekt zu beginnen, das die Gemeinde absegnet. Ein Beispiel aus England: Eine Kirche hat ein Gebäude übrig. In Deutschland würde sie es verkaufen. Dort gibt man es einer Initiative. Und nach fünf Jahren ist das ein blühendes Kulturzentrum, das Alte und ausrangierte Arbeitslose integriert, teilweise finanziert von der Kommune, teilweise von Unternehmen. Und Geld wirft es auch noch ab.“; „Beck: Das werden Sie nicht schaffen. Dieser Trend zur Informalisierung der Arbeit ist doch nichts anderes als die Flexibilisierung, die Politiker einfordern. Nun sehen wir, daß diese Flexibilisierung ein Problem ist, weil eine Fülle von bunten Beschäftigungsverhältnissen gewachsen ist. Bergmann: Das sind keine bunten Formen, das sind Gesetzesverstöße, die man auch Ausbeutung nennen kann. SPIEGEL: Frau Bergmann, fördert das Sozialsystem eine Vollkasko-Mentalität? Bergmann: Ihr Kommissionschef Miegel, Herr Beck, sagt, daß ein neuer Mensch geschaffen wird, der sich selbst vermarktet und gegen alle Risiken absichert. Wenn aber für viele nur der Billiglohnsektor übrigbleibt, frage ich mich, wie das zusammengehen soll. Es kann doch nicht sein, daß die Alternative heißt: Vollkasko oder Eigenvorsorger.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7968653.html>

RUSSLAND: Blut, Schweiß und Tränen (07.09.1998)

Der Rubel fällt weiter, die Preise steigen, die Bürger kommen nicht an ihre Sparkonten. Führungslos treibt das Land dahin – am Rande des Zusammenbruchs. Der designierte Premier Tschernomyrdin verkündet als Gegenmittel eine Wirtschaftsdiktatur.

Erzkapitalistische Rezepte haben versagt, aber Steuern müssen gesenkt werden. „Der Besuch beim kranken Mann an der Moskwa hätte die Stunde der Wahrheit bringen können – die erzkapitalistischen Rezepte sind an der russischen Wirklichkeit gescheitert. Statt dessen beharrten die meisten westlichen Regierungskommentare und auch der Moskauer Staatsverweser selbst auf ihrem Trugbild: Rußland müsse nur die seit sieben Jahren von IWF und Weltbank gewünschten Reformen zu einem raschen Ende bringen, dann werde schon alles gut.“; „Vor allem aber treiben über hunderte verschiedene Steuern und Gebühren die Unternehmer in die Schattenwirtschaft, da mitunter die Abgaben den Gewinn überschreiten. Damit die illegalen Unternehmen, die fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts erbringen, künftig Steuern entrichten, müßten die Sätze gesenkt, die Steuerarten vereinfacht werden.“; „Die nächste IWF-Auflage

für den Staat verlangt einen strengen Sparkurs. Hunderttausende Beschäftigte des Verwaltungsapparats, der sich noch mehr bläht als zu Sowjetzeiten, sollen ihren Schreibtisch räumen. Das klingt wie Hohn, da der Staat Millionen seiner Angestellten sowieso nicht mehr bezahlt. Nur absurd wirkt die Forderung, die Zahl der Schulen und Krankenhäuser zu vermindern. Schon bisher hat sich Moskau nicht an die IWF-Bedingungen gehalten. Nikolai Sokolow, Richter am Russischen Rechnungshof, warnte im Juni in Washington, die Anleihen von IWF und Weltbank würden in Moskau zweckentfremdet, gar von Regierungsstellen veruntreut. Eine Verwendungskontrolle, wie sie jede Kreissparkasse ausübt, unterließ demnach der IWF, und das bei Zinsen zwischen 4,6 und 4,8 Prozent im Jahr. „Eine günstigere Finanzierung gibt es nicht in der Welt“, konnte da Finanzminister Michail Sadornow noch jubeln.“; „Für solche Reformen rückwärts gibt es kein Geld vom IWF. Aber eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik anstelle des ungebremsten Freihandels, ohne Rückfall in den vom Leben widerlegten Staatskapitalismus, ist womöglich das Gebot der Stunde. Solche Mäßigung wäre auch gezielte, kontrollierte Kredite aus dem Ausland wert. Die Konjunktur mit einer höheren, auf Kredit finanzierten Staatsnachfrage anzuheizen, hatte einst der Wirtschaftstheoretiker John Maynard Keynes empfohlen; solche vorsichtige Inflationspolitik brachte in den sechziger Jahren auch in der Bundesrepublik durchaus Erfolg. Martin Kohlhaussen, Vorstandssprecher der Commerzbank und als Präsident des deutschen Bankenverbandes sozialistischer Neigungen unverdächtig, rät zu Kapitalverkehrskontrollen und Devisenbewirtschaftung, wie sie in Deutschland nach der Währungsreform von 1948 noch neun Jahre lang bestanden.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7971857.html>

Überall werden Kredite faul (07.09.1998)

Ex-Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl über die Krise der globalen Wirtschaft und seine Erfahrungen als Rußland-Berater

„*Wildwest-Kapitalismus*“, aber politische Fehler als Krisenursache und internationale Regulierung nicht praktikabel. „Pöhl: Noch haben wir keinen globalen Zusammenbruch, noch haben wir Krisen in einzelnen Ländern ... SPIEGEL: ... die aber in Zeiten der Globalisierung, also des beschleunigten Welthandels, eng miteinander verflochten sind. Wird hier nicht auch eine Krise des Kapitalismus sichtbar, weil die Schwellenländer dem Tempo und der Macht der internationalen Finanzströme nicht gewachsen sind? Pöhl: Deren Währungen sind abgewertet worden, weil die Regierungen zunächst einmal selbst erhebliche Fehler gemacht haben. Die Korruption hat in einigen Ländern abenteuerliche Formen angenommen und ist in eine Art Wildwest-Kapitalismus ausgeartet.“; „SPIEGEL: Muß man nicht gleichzeitig die Spekulation gegen Länder bremsen? Oder ist gar eine Ordnung stiftende Institution im Weltmaßstab erforderlich? Pöhl: Das würde eine weltweite Bürokratie und eine Art Weltregierung bedeuten. Das ist völlig illusorisch.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7971240.html>

Regelrecht böseartig (14.09.1998)

Ex-Kartellamtschef Wolfgang Kartte über das Versagen der Berater

Marktwirtschaft mit freien Preisen, aber Zölle und Kapitalmarktregulierung wichtig. „Kartte: Zum einen ist die Privatisierung völlig fehlgeschlagen – sie führte dazu, daß der Staat sein Tafelsilber zu Spottpreisen an die alte Garde oder an Spekulanten verhöckerte. Heute hat niemand eine effektive Kontrolle über die Unternehmen. Außerdem haben es westliche Berater versäumt, den Russen beizubringen, daß sie auch ein der Marktwirtschaft entsprechendes Rechtssystem schaffen müssen. Das einzige Richtige, was die Berater vorgeschlagen haben, war die Freigabe der Preise. SPIEGEL: Die allerdings zu einer Flut von ausländischen Warenlieferungen geführt hat. Kartte: Weil man versäumt hat, hohe Importzölle einzuführen. Dabei hat sich schon der frühere Reichskanzler Bismarck gegen Billigwaren aus dem Ausland gewehrt. Man nannte das ‚Erziehungszölle‘ – die heimische Wirtschaft sollte die Chance bekommen, die eigene Produktion anzukurbeln. Aber als ich das damals gefordert habe, stieß ich bei westlichen Exporteuren auf heftige Kritik. Auch in Bonn mußte ich mich rechtfertigen. SPIEGEL: IWF und Weltbank haben Rußland zur sofortigen Öffnung der Kapitalmärkte und zur Finanzierung des Budget-Defizits mit kurzfristigen Staatsanleihen geraten. War das auch ein Fehler? Kartte: Das war regelrecht böseartig, fast schon eine Vernichtungsstrategie, die unweigerlich ins Desaster führen mußte. Wir hatten in Deutschland nach dem Krieg 13 Jahre lang keine konvertierbare Währung – und Kapitalmarktbeschränkungen noch und nöcher.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002056.html>

100 Tage Wahrheit (28.09.1998)

Wer auch immer regiert – jetzt muß er handeln und bekennen. Die Zeit der Zumutungen beginnt. Arbeitslosigkeit, Steuern, Renten – überall warten die Probleme auf Lösungen. In der Serie Projekt Deutschland 2000 hat der SPIEGEL beschrieben, woran es fehlt und was getan werden muß. Daraus ergibt sich ein Programm für die ersten 100 Tage der Regierung – jeder Regierung.

Dritter Weg – mit neoliberaler Übergewicht. „Die Experten, auch in den Parteien, waren sich in der Analyse oft verblüffend nahe. Doch die wählenden Bürger sollten nicht durch drohende Veränderungen verstört, Interessengruppen nicht durch schmerzende Einschnitte verschreckt werden. So bildete sich lange vor dem 27. September eine große Koalition des Verschweigens und Schönredens.“; „Der Staat, der fast die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes durch

Steuern und Sozialabgaben vereinnahmt, könnte seine Quote erheblich senken – wenn nicht die Arbeitslosigkeit wäre. Und wenn die Staatsquote niedriger wäre, würde die Arbeitslosigkeit vermutlich abnehmen, weil Unternehmer mehr Geld für Investitionen und Arbeitnehmer mehr für den Konsum übrig hätten: ein fataler volkswirtschaftlicher Kreislauf, der nur mit einem kühnen Schnitt unterbrochen werden könnte.“; „Daß Ökologie inzwischen dennoch ein ökonomischer Faktor geworden ist, daß eine Ökosteuer, mit der die Lohnnebenkosten gesenkt werden, gar Arbeitsplätze schaffen kann, läßt sich zwar belegen, löst aber stauenden Unglauben aus (siehe Seite 70).“; „Alt-keynesianische Nachfrage-Stimulierer wie neoliberale Angebotspolitiker sollten ihre gegenseitigen Blockade-Stellungen aufgeben. Beide haben inzwischen ihre Niederlagen einstecken müssen – die reine Lehre der staatlichen Ausgabensteigerung schon vor längerer Zeit, die Chicago-Schule des Schrumpfstaates gerade erst in Asien und Rußland. Jeder Mix von Maßnahmen muß möglich sein, wenn er sich nicht gerade gegenseitig aufhebt. ABM-Maßnahmen etwa, die nur den Staatshaushalt weiter aufblähen, sind kontraproduktiv zu Steuerreformplänen.“; „Steuersenkungen sind kein Schnellprogramm zur Arbeitsbeschaffung. Dennoch sollten sie so schnell wie möglich in Angriff genommen werden, gerade weil die Wirkung Zeit braucht.“; „Vorbild für alle Steuerreformer sind die USA. Dort hatte Präsident Ronald Reagan 1984 die Besteuerung der Einkommen auf 15 Prozent als Mindestsatz, maximal auf 33 Prozent gesenkt – Spitzenverdiener mußten zuvor bis zu 70 Prozent abführen. Seither beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum, sank die Arbeitslosigkeit drastisch. Das Jobwunder war allerdings nicht nur der Steuerreform zu verdanken. Gleichzeitig stieg die Staatsverschuldung gewaltig, auf über drei Billionen Dollar. Denn Reagan hatte keineswegs die Ausgaben den sinkenden Steuereinnahmen angepaßt, sondern im Gegenteil noch gigantisch teure Staatsaktionen wie das Star-Wars-Projekt gestartet. Nebenbei und ganz gegen seine deklarierte Überzeugung finanzierte der US-Präsident so ein klassisch-sozialdemokratisches ‚deficit-spending‘ und Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Reaganomics schlugen aber auch deswegen so auf den Arbeitsmarkt durch, weil die Lohnskala in den USA nach unten nahezu unbegrenzt offen ist und die Arbeitskräfte flexibler und mobiler als ihre deutschen Kollegen reagieren. In Deutschland ist eine Steuerreform allein daher noch keine Garantie für Wachstum und Arbeitsplätze. Eine Kombination von flexibleren Lohn- und Arbeitszeitstrukturen und gezielter Förderung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen gehört unbedingt dazu, wenn der Effekt der Steuersenkungen nicht am Arbeitsmarkt vorbeigehen soll.“; „Klar ist aber auf jeden Fall: Wenn die Steuersätze spürbar fallen sollen, muß das Chaos der unzähligen Vergünstigungen, Ausnahmeregelungen oder Sonderabschreibungen radikal beseitigt werden. Sie haben das deutsche Steuersystem nicht nur immer undurchschaubarer, sondern auch noch ungerechter gemacht.“; „Die Vergünstigungswirtschaft geht längs durch den Bevölkerungsquerschnitt. Arbeitnehmer belohnt die Kilometerpauschale dafür, daß sie billig auf dem Lande wohnen. Die Bauern erfreut eine niedrige Pauschalbesteuerung, weil sie sich nicht den Anforderungen einer geordneten Buchhaltung unterziehen sollen. Gerade erst erfand die Koalition eine Tonnagesteuer für deutsche Reeder, die sie aufs vorteilhafteste von der üblichen Gewinnsteuer freistellt. Als Dreingabe dürfen die Schiffsherren noch 40 Prozent der Lohnsteuer ihrer Matrosen für sich behalten. Diese viel beklagten Schlupflöcher sind immerhin ganz legale Möglichkeiten der Steuerreduzierung. Doch kaum zu schätzen sind die Gelder, die illegal am Fiskus vorbeigeschleust werden: etwa die heimlichen Konten in Liechtenstein und Luxemburg, die jährlich die deutsche Zinsertragssteuer um 20 bis 30 Milliarden Mark schmälern. Oder gar das Wirtschaftswunder Schwarzarbeit, das vermutlich 150 Milliarden Mark am Finanzamt vorbeileitet. Kapitalflucht und Schattenwirtschaft wären wohl weniger verbreitet, wenn das deutsche Steuersystem klarer und erträglicher wäre. Ein einfacher Tarif ohne Ausnahmen, wie ihn etwa der Hamburger CDU-Steuerexperte Gunnar Uldall propagiert, kommt dem Ideal am nächsten.“; „Davor sind die großen Parteien bisher immer zurückgeschreckt, denn die Reform trifft immer einen Teil ihrer Klientel. Die Gewerkschaften, die Gerechtigkeit fordern, kämpfen ebenso verbissen für die Kilometerpauschale wie die Unternehmer-Lobby, die niedrigere Steuersätze verlangt, gegen den Abbau von Sonderabschreibungen. Und auch die Politiker selber können sich nur schwer von der lieb gewordenen Gewohnheit trennen, durch Steuern zu steuern – hier eine Interessengruppe durch ein Steuergeschenk binden, dort sich aus Steuergeldern ein Denkmal bauen und überhaupt über die Staatshälfte an der Wirtschaftsleistung überall Macht und Einfluß besitzen. Das aber wäre der nächste Schritt: mit der Steuerreform auch den Staat selber zu reformieren. Denn allein Prozentsätze zu senken, ändert noch nicht viel an der überhöhten Staatsquote.“; „Mit den üblichen kleinen Etat-Einsparungen ist es dann nicht getan. Das Unternehmen Bundesrepublik muß sich am selben Maßstab messen lassen wie jede Firma, die sich im Wettbewerb behaupten will: ob die gesetzten Ziele mit den effektivsten Mitteln erreicht werden. Die Analysen von Unternehmensberatern in Ministerien und Behörden oder die Berichte des Sachverständigenrates ‚Schlanker Staat‘ sind bisher allenfalls dankend zur Kenntnis genommen worden. Ernsthafte Konsequenzen hatten sie nicht, obwohl mit Reorganisationen dreistellige Milliardenbeträge einzusparen wären, ohne die Leistungen für die Bürger zu verschlechtern. Im Gegenteil, der Beamtenstaat würde sich zum Service-Betrieb wandeln – genau das ist wohl das Problem für den beharrenden Faktor Bürokratie. Ein einleuchtendes Beispiel, das bisher am Eigenleben der Apparate scheiterte: Arbeits- und Sozialamt zusammenzulegen, da die Kundschaft zu einem erheblichen Teil dieselbe ist.“; „Statt Geld vom Staat zu beziehen, müßten die bisherigen Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger einen Teil selber verdienen, Teile der Stütze könnten als Einstiegshilfe an die Arbeitgeber gezahlt werden. Mancher Problembereiche hat sich der Staat inzwischen zumindest formal durch Privatisierung entledigt, wie bei Bahn und Telekom. Doch in den Kernbereichen staatlichen Handelns, die nicht mit der Wunderwaffe Privatisierung abzutrennen sind, mußt es weiter. Der Justizapparat etwa stöhnt – wie in Berlin – unter ‚mittelalterlichen Arbeitsbedingungen‘, fühlt sich überlastet durch prozeßwütige Bürger und quält ebendiese mit endlosen Wegen durch die Instanzen.“; „Der größte einzelne Block in jener Hälfte des Volkseinkommens, das der Staat und seine Anhängsel

den Bürgern abnehmen, geht für die Rentner drauf. Die steigenden Beiträge für die Rentenversicherung sind mit für die hohen Lohnnebenkosten in Deutschland verantwortlich. Bedrohlich malen Demographen das Vergreisungs-Szenario der Zukunft aus: „Noch sind die Beitragssteigerungen nur zum Teil der Überalterung zuzuschreiben. Die höheren Abgaben müssen auch verdeckte Kosten von Arbeitslosigkeit und Einheit tragen.“; „Der Umstieg auf das klassische System des Rentiers, der von seinen Kapitalerträgen lebt, ist nur über Jahrzehnte möglich und auch nur als zusätzliche Säule der allgemeinen Altersversorgung sinnvoll. Denn auch dieses Kapitaldeckungsverfahren ist riskant, wie die Deutschen aus zwei Inflationen wissen.“; „Eine große Koalition von Innovations-Bremsern verhindert, daß Forschung und Bildung Anschluß an die Spitze finden: Studenten, die ihre Bequemlichkeit bewahren, Professoren, die ihre Privilegien nicht aufgeben wollen, die Lobbys der Konzerne, die um ihre Pfründen im staatlichen Forschungsetat fürchten.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8001729.html>

Gemischte Statements Prominenter zur Bundestagswahl, allerdings mit neoliberalem Übergewicht (28.09.1998) ■

Mehr Eigeninitiative

Henning Schulte-Noelle, 56, Vorstandsvorsitzender der Allianz: „Die Universitäten sollten eigenständiger und stärker dem Leistungswettbewerb untereinander ausgesetzt werden.“; „Die Sozialversicherungssysteme sind auf das zurückzuführen, was langfristig finanzierbar ist. Jeder einzelne muß künftig mehr privat vorsorgen. Mehr Eigeninitiative in jeder Hinsicht ist künftig gefragt. Die Freiräume dafür müssen der Rückzug des Staates aus privatwirtschaftlich effizienter zu bearbeitenden Aufgabenbereichen und nicht zuletzt eine grundlegende Steuerreform schaffen. Wie lange wollen wir uns noch ein System leisten, das längst erwiesenermaßen den Leistungswillen lähmt, Investoren abschreckt und Wachstum und Beschäftigung schadet?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585447.html>

Kein Wunschkonzert

Oliver Bierhoff, 30, Fußballer beim AC Mailand: „In kaum einem Land gibt es Arbeitsverträge, die ein Aufblühen des Marktes derart bremsen wie bei uns. Natürlich darf eine Reform nicht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit gehen, aber man muß sich eben daran gewöhnen, daß das Leben kein Wunschkonzert ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585484.html>

Weniger provinziell

Gerald Livingston, 70, amerikanischer Historiker: „Die heiligen Ikonen ‚Konsenspolitik‘ und ‚soziale Partnerschaft‘ müßten ab- und zurückgestellt werden. Eine größere Risikobereitschaft ist notwendig, damit die Deutschen die notwendigen Reformen endlich anpacken und das politische System modernisieren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585568.html>

Initiative ergreifen

Albrecht Schmidt, 60, Chef der HypoVereinsbank: „Deutschland muß den Wettbewerb der Nationen annehmen.“; „Dazu müssen die Politiker im Euroland von den anderen Ländern lernen. In Spanien ist es im vergangenen Jahr gelungen, mit der Liberalisierung des Arbeitsmarkts die Hälfte aller neuen Arbeitsplätze in der EU zu schaffen. Die Briten haben mit ihren Pensionsfonds eine vorbildliche Altersversorgung.“; „Unser Steuersystem ist ungerecht und führt zu hohen Lasten im Einzelfall. Es ist undurchsichtig und international nicht konkurrenzfähig. Wir müssen runter mit den Steuern und mit den Ausnahmeregeln, da muß sich etwas bewegen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585557.html>

Pest oder Cholera

Johannes Dyba, 69, Erzbischof von Fulda: „In dieser Situation erwarte ich von der Regierung, daß die Förderung der Familie absolute Priorität hat. Für ein Kind aus einer normalen Familie wendet unser Staat zur Zeit etwa 400 bis 500 Mark im Monat auf. Für aus dem Nest gefallene Kinder – Scheidungswaisen, verhaltensgestörte oder kriminelle Kids – etwa das Zehnfache, 4000 bis 5000 Mark, von Exzessen wie Erlebnisreisen für Serientäter ganz zu schweigen. In den USA gibt es schon Kommunen, die zahlen Prämien für eheliche Treue, weil die sich volkswirtschaftlich bezahlt macht.“; „Natürlich muß auch unser Sozialsystem reformiert werden. Denn inzwischen ist allen klar, daß wir auf Dauer nicht mehr ausgeben dürfen als reinkommt. Aber dazu äußern sich sicher genug andere, vom Bundesbankchef Tietmeyer bis zu Herrn Westerwelle.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585617.html>

Zu altdeutsch

Hubert Markl, 60, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft: „Die teuren Sozialleistungen und gleichzeitig die Eurokriterien haben einen fatalen Spardruck erzeugt.“; „Ich kann nur sagen: Laßt uns vor allem im Wettbewerb mit den angelsächsischen Ländern lernen. Daran muß sich der Reformbedarf messen. Manchmal sind wir noch allzu altdeutsch!“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585720.html>

Ethisch handeln

Peter Zadek, 72, Theaterregisseur: „Es wird in dieser Zukunft nicht nur Mindestlöhne, sondern auch Höchstlöhne geben. Irgend jemand hat mal gesagt: Wer 10 000 Mark im Monat verdient, kann sich nicht mehr mit jemanden unterhalten, der 2000 Mark verdient. Wenigstens ein bißchen müssen wir doch von den Theorien des Kommunismus gelernt haben.“; „Mehr Kulturverständnis, eine größere Distanz zu den Medien, Kontrolle der Pharmabetriebe und

anderen Ausbeutern, die sich in der wildgewordenen kapitalistischen Gesellschaft so angenehm bereichern. Es wäre schön, wenn es endlich ein Umdenken gäbe: Wenn die Sicherung von Alters- und Krankenrenten wichtiger wäre als der Bau neuer Autobahnen.“;

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585707.html>

Andere Köpfe

Renan Demirkan, 43, Schauspielerin und Autorin: „Das Problem ist: Der Globalisierungswahn geht um, ein neuer Absolutismus bestimmt die Welt. Der ‚Markt‘ hat recht, angeblich immer! Welch ein Irrtum. Rußland und die Asienkrise zeigen doch, daß es ohne vernünftige Intervention nicht geht. Der ‚Markt‘ ist doch kein gottähnliches Konstrukt, von Dollar-Titanen gezeugt. Er ist von Menschen gemacht, wird von Menschen in Gang gehalten und ist deshalb auch von Menschen veränderbar.“; „Die Welt als Markt fordert berechenbare Menschen mit kalkulierbarem Geschmack und standardisierten Wünschen. Gefragt sind leicht zu beeinflussende Konformisten, Menschen, die nichts anderes mehr sind als die Kurzzusammenfassung ihres beruflichen Werdegangs. Sich dem zu widersetzen, muß das Ziel all jener sein, denen die Würde des Menschen noch ein heiliges Gut ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585749.html>

Mut zum Erfolg

Hasso Plattner, 54, SAP-Gründer: „Die Folgen einer Vermögensteuer wären verheerend, nicht nur für die Kapitalgeber, die mit zum Teil absurden Forderungen belastet würden, sondern auch für den Arbeitsmarkt. Es würden vor allem die Zukunftsunternehmen der High-Tech- und Dienstleistungsbranchen gebremst. Sie sind es aber, die nachhaltig neue und hochwertige Arbeitsplätze schaffen und damit zur Lösung des gegenwärtig drängendsten Problems, zum Abbau der Arbeitslosigkeit, beitragen.“; „Es muß mehr Wettbewerb unter den Hochschulen herrschen: Gute Unis müssen hervorgehoben werden, Professoren müssen von Studenten bewertet werden. Die wichtigste politische Leistung der kommenden Jahre wird es aber sein, den Menschen Mut zum Erfolg zu machen, statt neidgesteuert die Gegenwart anders zu verteilen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7585734.html>

SPIEGEL-GESPRÄCH: Es wird weh tun (05.10.1998)

Von Steingart, Gabor und Müller von Blumencron, Mathias

Harvard-Professor und Ex-Rußland-Berater Jeffrey Sachs über Spekulanten, den Neoliberalismus und Wege aus der Wirtschaftskrise

Freie Wechselkurse, aber Finanzmarktregulierung; kritische Fragen. „SPIEGEL: Sie waren der Mann, der auch Osteuropa die Schocktherapie verschrieb: Privatisierung um jeden Preis und vor allem möglichst schnell. Sachs: Mit meinen Rezepten besiegten die Polen die Hyperinflation und brachten ihre Wirtschaft in Gang. Es war eine der erfolgreichsten Reformen der Neuzeit und machte Polen in den vergangenen acht Jahren zu jenem Land in Europa, das am schnellsten gewachsen ist. Ich bin stolz auf diesen ehemaligen Patienten, dem es heute so gutgeht.“; „SPIEGEL: Sie kämpfen für freie Wechselkurse überall auf der Welt. Heizen Sie damit die Orgie der Spekulanten nicht erst richtig an? Sachs: Nein, im Gegenteil. Flexible Wechselkurse waren bisher unser einziges wirklich stabiles Sicherheitsventil. Sie haben Amerika, Europa und Australien vor der Rezession bewahrt. Wenn alle Länder aneinandergesekelt wären, würden wir alle in der Falle sitzen. Niemand könnte seine eigene Wirtschaftspolitik machen. Wir müßten die Zinsen in schwindelnde Höhen schrauben, um die Währungen gegen Abwertungen zu verteidigen. Damit würden wir jedes Wachstum abwürgen, immer mehr Leute in Leid und Elend stürzen.“; „SPIEGEL: China, Hongkong, auch Argentinien stehen besser da, gerade weil sie ihre eigene Währung fest an den Dollar gekoppelt haben. Bringt Sie das nicht zum Grübeln?“; „Sachs: Überhaupt nicht, denn diese Länder werden ihre Politik teuer bezahlen.“; „SPIEGEL: Ihr Credo lautet also: freie Wechselkurse gleich Stabilität und Wohlstand? Sachs: Schauen Sie sich doch um in der Welt. Es läuft in Australien, Neuseeland und Chile viel besser als in anderen Ländern, obwohl diese Staaten stark vom Rohstoffexport abhängen und deshalb vom Rückgang der Nachfrage in Asien schwer getroffen sind. Sie konnten die Krise meistern, weil sie flexible Wechselkurse haben und ihre Währung einfach fallen ließen. So wurden ihre Rohstoffe plötzlich billiger. Damit erhielten sie einen Wettbewerbsvorteil auf anderen Märkten und konnten damit einen Teil der Verluste ausgleichen. SPIEGEL: Sie glauben also, auch Hongkong und China werden ihre Währung freigeben müssen? Sachs: Sie werden ihre Währung vielleicht halten können, aber es ist ein Pyrrhussieg. Der wird teuer bezahlt mit Rezession und Arbeitslosigkeit.“; „SPIEGEL: Also sind die aktuellen Währungs- und Wirtschaftskrisen für Sie ein reinigendes Gewitter. Reformen im Weltfinanzsystem, sagen Sie, sind unnötig? Sachs: Das Nachdenken darüber ist keineswegs überflüssig. Die Warenmärkte müssen weitgehend frei funktionieren können, der Finanzmarkt braucht dagegen klare Regeln. Die Kritiker des Neoliberalismus müssen allerdings endlich mal zur Kenntnis nehmen, daß ich und andere seit 15 Jahren darauf hinweisen, daß die Finanzmärkte sich nicht automatisch selbst regulieren. Diese komplizierten weltweiten Märkte für Aktien, Anleihen, Währungen brauchen eine Regulierung.“; „SPIEGEL: Mr. Sachs, Ihre Diagnosen klingen stets kühl, fast kalt. Worte wie Vollbeschäftigung, soziale Absicherung, Gerechtigkeit tauchen bei Ihnen – anders als beim eher linksliberalen Theoretiker John Maynard Keynes – nicht auf. Woran liegt’s? Sachs: Mir geht es aber genau um diese Begriffe, ich denke viel darüber nach, wie sich die Lebensverhältnisse auf der Welt verbessern lassen. Allerdings komme ich in der Tat zu anderen Schlußfolgerungen als Keynes, der sich immer eine starke nationale Regierung gewünscht hat. Ich glaube, daß es Fortschritt heute nur für jene Länder geben kann, die sich in das globale kapitalistische System integrieren. Wer sich abschottet, verliert. Der Staat soll Regeln setzen, aber nicht

selbst als Akteur mitmischen. SPIEGEL: Die Zeit, als die Neoliberalen den Ton angaben, scheint mit den Mitte-links-Regierungen in den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien vorbei zu sein. Nicht mehr der Markt allein, vor allem die Politik soll es nun richten. Spüren Sie den Wind des Wechsels? Sachs: Natürlich registriere ich, daß wieder viel vom dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus geredet wird. Da sind auf einmal viele charismatische Politiker, viele gute Absichten, viel politisches Wollen. Aber da ist gleichzeitig ein nur geringes Verständnis von den Weltmärkten, und es muß sich erst noch zeigen, ob in den Regierungszentralen genug Substanz ist.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002604.html>

Globaler Wahnsinn (12.10.1998)

Kurssturz an den Börsen, Rezession in weiten Teilen der Welt: Der Boom der neunziger Jahre ist abrupt zu Ende, riesige Vermögenswerte wurden vernichtet, Millionen Menschen droht Arbeitslosigkeit, Elend und sogar Hungersnot. Eine aberwitzige Spekulation hat die Welt an den Rand einer Wirtschaftskrise geführt.

Keynesianisches Nachkriegsregime ineffizient, deregulierte Wirtschaft instabil. „25 Jahre lang bastelten die Länder unter Führung der Vereinigten Staaten daran, den Finanzapparat in ein Laissez-faire-System umzubauen. 25 Jahre lang taten sie alles, um die gleichen Bedingungen wie vor der Großen Depression wiederherzustellen: freier Handel, freie Märkte, freier Geldfluß. Schon einmal hatten die Regierenden in diesem Jahrhundert das Weltfinanzsystem neu aufgebaut. Nach Depression und Krieg glaubten die Architekten der neuen Weltordnung, daß die Kapitalmärkte nur mit festen Regeln in den Griff zu bekommen seien. Die Nachteile, langsames Wachstum, ökonomische Ineffizienz, wollten sie dafür in Kauf nehmen. Die Welt sollte mehr wie ein Schulbus vorantuckern und nicht wie ein Porsche. Vor allem sollte sich eine Spekulationsblase nie wieder bilden können. Also wurde 1944 in Bretton Woods ein System der festen Wechselkurse verabredet: Die großen Währungen der Welt, seit 1952 auch die Deutsche Mark, wurden fest an den Dollar gekoppelt. Nur innerhalb bestimmter Bandbreiten, ein bißchen drüber oder ein bißchen drunter, konnten die Währungen schwanken. Die Amerikaner bürgten dafür mit ihren Goldreserven in Fort Knox, und der Internationale Währungsfonds überwachte das Ganze. Aber als die Erinnerung an die Depression langsam verblaßte, verschwanden auch nach und nach die Regeln. Zur Finanzierung des Vietnamkriegs und für Sozialprogramme drückten die Amerikaner massenweise Dollar – 1973 schließlich brach das System von Bretton Woods endgültig zusammen. Feste Wechselkurse wurden aufgehoben, bremsende Bankregeln abgeschwächt, der Kapitalmarkt dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Schnell entpuppte sich auch dieses System als höchst anfällig: Die Wechselkurse schwankten heftig und drückten keineswegs die realen Kräfteverhältnisse der Volkswirtschaften aus. Internationale Spekulanten betraten die Bühne. Unterstützt vom Mainstream der Ökonomen sorgten sie nach und nach für einen deregulierten Geldkreislauf. In den achtziger Jahren fielen in vielen Industriestaaten die letzten Hemmnisse für den freien Kapitalverkehr. Die Lobbyisten der Wall Street hatten gesiegt. ‚Nun haben wir, was wir wollten‘, mokierte sich der Autor Russell Mead: ‚Ein System, das schnell wachsen kann. Und – Überraschung, Überraschung – zusammenbrechen und brennen kann.‘“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002181.html>

Schlüssel zum Erfolg (12.10.1998)

Von Bogomolow, Oleg

Eine stabile Währung, Preiskontrollen, Schutz der heimischen Produzenten – mit welchen Rezepten kann die neue Regierung die Wirtschaftskrise meistern? Von Oleg Bogomolow

Gemischte Politik. „Eine Steuerreform ist fällig, welche die Abgabenlast auf jenes Maß reduziert, das es lebensfähigen Unternehmen erlaubt, mit Gewinn Waren zu erzeugen und Dienstleistungen zu erbringen. So würde es unnötig, sich der Tricks und Betrügereien zu bedienen, um Steuern zu umgehen. Zugleich ist die strafrechtliche Verantwortung für Steuerhinterziehung zu verschärfen.“; „Der Staat muß zusätzliche Nachfrage in Kanäle lenken, in denen die Gefahr einer Inflation minimal ist. Zum Beispiel könnten neue Bankkredite in Form zweckgebundener Darlehen gewährt werden, um in der verarbeitenden Industrie das Betriebskapital wiederherzustellen.“; „Entgegen allen Postulaten des Liberalismus ist Rußland ganz und gar nicht in der Lage, aus dem wirtschaftlichen Schlamassel herauszukommen, ohne irgendeine Art von Preiskontrolle einzuführen.“; „Die russischen Produzenten brauchen Schutz gegenüber ausländischen Waren, die sie sonst vom heimischen Markt fegen. Zu den Instrumenten zählen Maßnahmen gegen Dumping, Steuerbefreiungen, Quoten und Außenhandelslizenzen. Die Zoll- und Tarifpolitik sollte weniger fiskalischen Zwecken als der Förderung der nationalen Produktion dienen.“; „Ein neuer Reformstart setzt Initiativen und Eingriffe des Staates voraus mit dem vorrangigen Ziel, eine Konkurrenz im eigenen Land zu schaffen: Das ist der Kern jeder Marktwirtschaft.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8002354.html>

Voran in kleinen Schritten (19.10.1998)

Die rot-grüne Regierung steht, ihr Programm hat sie ausgearbeitet – ziemlich geschmeidig, aber auch ziemlich glanzlos. Bescheidenheit ist geboten, weil die neuesten Konjunkturdaten mager ausfallen. Den kleinen Leuten will Lafontaine helfen, aber wo bleibt Schröders „Neue Mitte“?

Neoliberaler Tenor, aber Umverteilung von oben nach unten „nicht völlig abwegig“. „Aber in hochentwickelten

Demokratien finden Umbrüche nun einmal bestenfalls allmählich statt, und das Beharrungsvermögen der von Lobbys und Interessenverbänden durchsetzten Industriegesellschaften ist enorm.“; „Die Notwendigkeit, die Abgabenlast, die auf menschlicher Arbeitsleistung liegt, zu mindern, ist in allen Parteien unbestritten. Uneinigkeit herrscht nur über den geeigneten Weg. Die Kosten einer Facharbeiterstunde summieren sich inzwischen auf das 3,3fache des Nettolohns. Wird der Nettostundenlohn um eine Mark erhöht, werden daraus für den Arbeitgeber, wenn er das Arbeitsprodukt seines Beschäftigten verkauft, durch Steuern und Abgaben 4,78 Mark. Das hat der Sozialdemokrat Dietrich Sperling seinen Genossen vorgerechnet.“; „Entlastung widerfährt vor allem denen am unteren Rand der Einkommensskala. Wer oben rangiert und ein pralles Sparkonto hat – der wird abkassiert. Getäuscht fühlen sich nun just diejenigen, die sich als Schröders ‚Neue Mitte‘ begreifen und sich nun fragen, ob das ihr Kanzler ist, den sie da gewählt haben. Schröder hat nicht falsch gespielt – klar und unverbrämt hat Lafontaine seine Vorstellungen vor der Wahl offenbart, die er nun in Gesetze gießt, und sie sind ja auch nicht völlig abwegig.“; „Bis zu 100 Milliarden Mark zusätzlicher Belastung binnen vier Jahren, malt Industrierverbands-Präsident Hans-Olaf Henkel an die Wand. ‚Eine Kostenlawine‘, prophezeit auch die ‚Frankfurter Allgemeine‘, komme auf ‚die Unternehmen und Leistungsträger zu‘. Und in der Tat, das Steuerkonzept der neuen Regierung ruft gemischte Gefühle hervor. Es ist kein großer Wurf. Die meisten Steuersparmodelle werden nicht angetastet, und der Anreiz, sich mit Tricks und abstrusen Investitionen vor der Abgabenlast zu drücken, lockt unverändert – weil der Spitzensteuersatz im oberen Extrembereich bleibt. Standortwerbung in der globalen Wirtschaftswelt ist mit dieser Reform nicht zu machen (siehe Seite 32).“; „Die Sozialdemokraten haben die Senkung der Lohnnebenkosten zu ihrem Ziel ausgerufen – sozusagen als Ersatz für die Angebotspolitik der Neoliberalen. Doch mit zwei Prozentpunkten weniger bei den Sozialleistungen wird die Arbeit nicht so spürbar billiger, daß die Firmen nun Arbeitslose einstellen, anstatt weiter die Produktion zu rationalisieren.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8001725.html>

Schritt ins Bündnis für Arbeit (26.10.1998)

Von Steingart, Gabor; Aust, Stefan; Pauly, Christoph

Deutsche-Bank-Chef Rolf E. Breuer über die rot-grünen Regierungspläne in Bonn, die weltweite Spekulation an den Börsen und seine Strategie im internationalen Finanzgeschäft

Neoliberale Positionen, aber Kompromissbereitschaft (Bündnis für Arbeit, Kapitalverkehrskontrollen in Russland).

„Breuer: Wenn die Steuerreform so durchgeführt wird, verdient sie kaum ihren Namen. Sie wird die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen. Im Gegenteil, der Mittelstand gerät in eine gefährliche Lage. Er muß per saldo mit mehr statt weniger Belastungen rechnen. Ich bin enttäuscht über die geringe Anstrengung, die die Politiker unternommen haben.“; „Warum ist nicht versucht worden, die unsinnige Subventionierung des Schiffbaus oder der Immobilien in den neuen Bundesländern zu beseitigen? Auch Flugzeugbeteiligungen müssen nicht mit Steuergeschenken belohnt werden. Wenn diese Steuersparmodelle beseitigt werden, läßt sich viel Spielraum für eine wirkliche Reform gewinnen.“; „Breuer: Ich bin vom Koalitionspapier wirklich enttäuscht und hoffe auf Nachbesserung. Der Spitzensteuersatz für Körperschaften und für Privatleute etwa ist höchst reformbedürftig. Was da jetzt angedacht ist, ist zu wenig und dauert zu lange.“; „SPIEGEL: Ist die entscheidende Größe bei solchen Gesprächen die Lohnhöhe oder mehr Flexibilität in den Arbeitsverträgen? Breuer: Letzteres. Die letzten Wochen und Monate haben es wieder einmal gezeigt, daß in einer globalisierten Welt ein stetiger Auftragsstrom eigentlich die Ausnahme ist. Es muß den Wirtschaftenden die Möglichkeit geboten werden, auf diese stark schwankenden Ströme entsprechend flexibel zu reagieren.“; „SPIEGEL: Die internationale Finanzkrise ist auch Thema in Bonn gewesen. Es wird ein Pakt gefordert zur Eindämmung von Spekulation, eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte. Was halten Sie davon? Breuer: Diese Lösung ist ein bißchen wohlfeil. Sie pauschaliert und ist zu populistisch. Wir müssen uns dazu bequemen, die Länder differenzierter zu sehen, dann wird sich schnell herausstellen: Ja, in gewissen Phasen der Entwicklung sind Kapitalverkehrskontrollen absolut richtig. SPIEGEL: Beispiel Rußland. Breuer: Da kam die Liberalisierung zu früh und zu umfassend. Die Russen wären besser beraten gewesen, wenn sie nicht so früh in die totale Liberalisierung des Geld- und Kapitalverkehrs übergegangen wären. Wir wissen aus eigener Anschauung, daß der Verwaltungsapparat überhaupt nicht in der Lage war, mit der Liberalisierung fertig zu werden. Das war der Urgrund der Krise. SPIEGEL: Manche Experten meinen, daß man die Devisenspekulation durch Ankoppelung der drei großen Währungsblöcke erschweren sollte. Breuer: Das wäre ein Rückfall in wissenschaftlich längst abgehakte Überlegungen. Wir könnten heute mit einem System fester Wechselkurse überhaupt nicht mehr leben. Die letzten Versuche mit Zielzonen und ähnlichem sind fehlgegangen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8026919.html>

WIRTSCHAFTSPOLITIK: Lust am Widerstand (16.11.1998)

Von Schäfer, Ulrich

Heiner Flassbeck gilt als Außenseiter unter Deutschlands Ökonomen. Lafontaines Chefberater hat als Staatssekretär nun die Chance, es allen neoliberalen Gegenspielern zu zeigen.

Vorbehalte gegen „Vulgär-Keynesianismus, der Außenseiter könnte sich aber auch als Vorreiter eines

Paradigmenwechsels erweisen – und ist weniger radikal als angenommen. „Es soll eine Kurswende werden: weg von den Lehren der Angebotstheorie, hin zum nachfrageorientierten Keynesianismus. Was bislang zum Vorschein kam, verschreckt die bisherigen Herrscher. Kurt Faltlhauser, Wirtschaftsprofessor und einst Finanzstaatssekretär, sieht ‚einen Tabubruch, der schlimmer kaum sein könnte‘. Doch Flassbeck lag schon immer über Kreuz mit den meisten Ökonomen

der Republik. Die ticken neoliberal, die Angst vor Staat und Inflation bestimmt ihr Denken – eine Sorge, die der DIW-Ökonom nicht teilt. Argwöhnisch beäugen nun die Gegenspieler, was der Außenseiter so treibt. Erlebt Deutschland eine Politik des leichten Geldes, eine Renaissance des starken Staats? Macht sich, wie es der Grünen-Politiker Oswald Metzger befürchtet, eine ‚vulgär-keynesianische Makro-Hydraulik‘ breit? Oder ist Flassbeck bloß der Vorreiter eines Paradigmen-Wechsels, der sich in der Ökonomie abzeichnet? Als Finanzstaatssekretär hat er die Chance seines Lebens. Flassbeck kann beweisen, daß seine Lehren, die 16 Jahre lang in Bonn nichts galten, doch richtig sind. Und er kann es jenen Karriereökonomern zeigen, die vor ihm diesen Posten innehatten. Hans Tietmeyer etwa: Der Bundesbankpräsident bestimmte von 1982 bis 1989 die diffizile Währungspolitik. Oder Horst Köhler: Er handelte für Theo Waigel den Vertrag von Maastricht aus, heute ist er Chef der Osteuropa-Bank in London. Oder Jürgen Stark: Flassbecks direkter Vorgänger entwarf den Stabilitätspakt für den Euro, ein Instrument, das die Lafontaine-Regierung als hinderlich empfindet.“; „Wer den anspruchsvollen Essay nicht versteht, dem liefert Flassbeck die Übersetzung nach, und die klingt fast wie aus dem Munde eines Marktradikalen: Die Gewinne der Unternehmen seien viel zu niedrig, sie müßten steigen. Nur dann werde mehr investiert, nur dann entstehe Wachstum und verschwinde die Arbeitslosigkeit. Und deshalb sei es nun mal nötig, als erstes die Nachfrage zu stimulieren. Spricht da noch der staatsgläubige Ökonom, für den Flassbeck viele halten? ‚Lächerlich‘ findet er diese Urteile. Regulierer? Protektionist? Planwirtschaftler? ‚Ich denke immer marktwirtschaftlich.‘ Die Bücher der liberalen Denker Friedrich August von Hayek und Joseph Schumpeter hat er verschlungen. Gelegentlich, so scheint es, wird Flassbeck genauso fehlinterpretiert wie sein drittes großes Vorbild, der Brite John Maynard Keynes. Gar nichts hält der Lafontaine-Berater von Umverteilungsideologien. Wenn Gewerkschafter die 32-Stunden-Woche propagieren, kontert er: ‚Dann sind bloß alle nur noch ein bißchen arbeitslos.‘
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7052704.html>

RUSSLAND Suche nach dem Sündenbock (16.11.1998)

Von Mettke, Jörg A.

Jelzins Reich wird zum Notstandsgebiet, ein Hungerwinter steht bevor, es droht der Staatsbankrott. Die Kommunisten wollen die Krise nutzen, um die Macht wieder zu ergreifen. Mit antisemitischen Parolen hetzen sie im Nazi-Stil gegen die Juden.

Beide Extreme haben versagt, der Marktradikalismus jedoch mit weniger drastischen Folgen. „Doch wann immer in der Geschichte Rußlands die Leidensfähigkeit des Volkes erschöpft war, drängte sich auch die nationale Schicksalsfrage nach vorn: ‚Wer ist schuld?‘ Bei dieser Abrechnung hätten die Kommunisten 74 Jahre Mißwirtschaft und Ausplünderung zu verantworten, die von Harvard und Internationalem Währungsfonds angelernten Blitz-Reformer dagegen nur acht – die einen eine blutige Diktatur, die anderen eine nicht funktionierende Demokratie.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8032161.html>

FUSIONEN: Die neue Welt AG (30.11.1998)

Von Fleischhauer, Jan und Jung, Alexander

Die dritte Welle der Globalisierung hat Deutschland mit voller Wucht erreicht. Daimler, Hoechst, Deutsche Bank: Aus deutschen Firmen werden supranationale Konzerne, mit gravierenden Folgen für die Belegschaften.

Gemischte Bilanz der „Globalisierung“. „Auch die neue kosmopolitische Gesellschaft kennt Gewinner und Verlierer, sie sortiert sie nur neu. Und so richtig es ist, daß die neue Globalwirtschaft auf friedlichem Wege die Nationalismen schleift und die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen minimiert, so sehr gefährdet sie im Gegenzug den sozialen Zusammenhalt, schafft neue Konkurrenz und neuen Wettbewerbsdruck. Denn der Sinn von Fusionen ist ja nicht Völkerverständigung, sondern Gewinnmaximierung. ‚Money matters‘, Geld zählt, so beschrieb schon der US-Nobelpreisträger Milton Friedman die erste Grundregel des globalen Kapitalismus.“; „Vor allem in Europa sorgt die Konzentration ökonomischer Macht, der die Nationalstaaten weitgehend hilflos gegenüberstehen, für Ratlosigkeit. Was kann, was darf die Politik noch verlangen? Wie lassen sich humane Arbeitsbedingungen retten? Was wird aus der im Vergleich zu Amerika und Asien vorbildlichen Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit? Schon die zweite Welle der Globalisierung hat in vielen Branchen eine ganze Reihe der von den Gewerkschaften erkämpften Errungenschaften hinweggespült. Zwar steht etwa der arbeitsfreie Samstag oder eine Begrenzung der Schichtarbeit noch immer in den Tarifverträgen, die Betriebsvereinbarungen erlauben aber häufig schon das Gegenteil. Und wie sich demnächst eine Interessenvertretung von Beschäftigten organisieren läßt, die über die ganze Welt verteilt sind, auf diese Frage sind die meisten Gewerkschaftsfunktionäre noch nicht einmal gedanklich vorbereitet.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8039461.html>

WIRTSCHAFTSPOLITIK: Sehnsucht nach Konsens (07.12.1998)

Von Munsberg, Hendrik; Niejahr, Elisabeth; Schäfer, Ulrich

Jetzt soll's losgehen. Die Regierung Schröder bittet zum Bündnis für Arbeit. Nach holländischem Vorbild sollen Gewerkschaften und Arbeitgeber sich auf die Schaffung zusätzlicher Jobs einigen. In der Debatte: mehr Teilzeitjobs, ein neuer Vorruhestand – und Lohnzurückhaltung.

Neoliberales Übergewicht (u.a. OECD-Studie als Beleg), aber Nachfrageansatz ohne Abwertung dargestellt; Streeck.

„Ausgesucht wurden dafür Wissenschaftler, die weder zum linken noch zum rechten Flügel der Ökonomenzunft zählen

– wie Wolfgang Streeck vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, der auf einen ‚sanften Zwang gemeinsam beobachteter Tatsachen‘ hofft. Denn die Welt der Wirtschaft hat sich gerade in den letzten Jahren zügig verändert. Alte Macht- und Tarifkartelle lösen sich allmählich auf, mit dem Wirtschaftswunderland eines Ludwig Erhard hat die globalisierte Gesellschaft immer weniger gemein.“; „Makroökonom Lafontaine setzt vor allem auf eine Stärkung der Binnennachfrage. Die soll Investitionen anregen und zusätzliche Jobs schaffen. Und weil dem Finanzminister die nötigen Milliarden für eine solche Nachfragepolitik fehlen, sieht er vor allem die Geldpolitik in der Pflicht. Die Vertreter aus dem Unternehmerlager halten von den Nachfrageanalysen wenig. Die zusätzliche Kaufkraft werde für die Inlandskonjunktur nur wenig bringen, warnen sie, etwa wenn die Deutschen ausländische Produkte kaufen oder ihr Geld bei Auslandsreisen ausgeben. Statt dessen verweisen sie gern auf Zahlen, wie sie etwa die OECD vorgelegt hat: Demnach geht die deutsche Jobmisere zu 85 Prozent auf mangelnde Strukturreformen zurück – auf unflexible Kündigungsregeln, marode Sozialsysteme, hohe Steuern. ‚Die starre Regulierung auf den Arbeitsmärkten ist in Deutschland das eigentliche Problem‘, sagt Anke Hassel, die für das Kölner Max-Planck-Institut soziale Bündnisse in Europa untersucht hat: ‚Hier werden die Gewerkschaften Zugeständnisse machen müssen.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8439967.html>

Kulturrevolution im Norden (07.12.1998)

Von Jung, Alexander

In Dänemark ziehen Staat, Betriebe und Gewerkschaften an einem Strang: Sie haben die Arbeitslosenquote halbiert.

Bündnis für Arbeit als Synthese. „Der Erfolg ist meßbar, im Königreich Dänemark herrscht nahezu Vollbeschäftigung: Innerhalb der vergangenen vier Jahre ging die Arbeitslosenquote von mehr als 12 auf gut 6 Prozent zurück. Die Nachbarn im Norden haben vorgeführt, wie ein Bündnis für Arbeit funktionieren kann.“; „Alle Parteien im Folketing, dem dänischen Parlament, waren sich Anfang der neunziger Jahre in der Diagnose einig: Es stand schlecht um die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt war überreguliert, das Gros der Arbeitskräfte unterqualifiziert.“; „Die Regierung geht antizyklisch vor. Sie hat zunächst öffentliche Investitionen gefördert, danach – im Aufschwung – führte sie das Staatsdefizit wieder konsequent zurück. Die Gewerkschaften nehmen seit Jahren Lohnsteigerungen in Kauf, die sich zwischen zwei und vier Prozent bewegen. Sie akzeptieren zudem, daß die Betriebe die Löhne je nach Geschäftslage anpassen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8439995.html>

SPIEGEL-GESPRÄCH: Die Märkte sind amoralisch (14.12.1998)

Von Pauly, Christoph und Bölke, Peter

George Soros über seine Rolle als Spekulant, die Gefahren der Globalisierung und neue Regeln für die Weltwirtschaft

Kritik am Marktradikalismus bei grundsätzlicher Bejahung der „offenen“ kapitalistischen Gesellschaft. „Soros: Meiner Ansicht nach ist das System auf einer falschen Annahme aufgebaut. Es wird vorausgesetzt, daß die Märkte ihre Übertreibungen schon korrigieren werden, wenn man sie nur läßt. Das ist falsch. Finanzmärkte sind von Natur aus instabil. Aufgrund unserer Erfahrungen haben wir Institutionen geschaffen, die allzu heftige Übertreibungen verhindern sollen. Das sind die Zentralbanken. Deren Aufgabe ist es, Stabilität zu erhalten und das Bankensystem zu überwachen. Als wir kurz vor der Kernschmelze standen, handelte das Federal Reserve Board, die US-Zentralbank. Sie verhinderte erst die Pleite von Long-Term Capital und senkte kurz danach die Zinsen, was den Märkten Auftrieb gab. Aber wir haben keine internationalen Finanzinstitutionen, die für Stabilität im weltweiten Finanzsystem sorgen könnten. SPIEGEL: Sie trauen den Marktkräften also nicht zu, daß sie zu irgendeinem Gleichgewicht zurückschwingen? Soros: Völlig richtig. Ich meine, das Gleichgewichtsmodell führt in die Irre, wenn es auf Finanzmärkte angewendet wird. Es ist angebracht, wenn es um Märkte mit bestimmten Gütermengen geht, aber auf den Finanzmärkten wird mit unbekanntem Mengen gehandelt, weil Zukunftserwartungen eine Rolle spielen.“; „SPIEGEL: Wie könnte denn die Lösung aussehen? Soros: Wir müßten meines Erachtens eine nichtkommerzielle Institution finden, die den Ländern an der Peripherie Kredite gibt. Der Marktmechanismus ist nicht geeignet, Kapital in einem Land für ein anderes bereitzustellen. Augenblicklich gibt es kein Kapital für die bedürftigen Länder. Deshalb müßte diese neue Institution Liquidität direkt in die Länder der Peripherie pumpen.“; „SPIEGEL: Sie sind offensichtlich enttäuscht vom kapitalistischen System. Suchen Sie nach neuen Wegen für die Weltwirtschaft? Soros: Nein. Das kapitalistische System sollte schon überleben. Ich bin selbst ein Kapitalist, und ich glaube auch, daß freie Märkte und Privateigentum unentbehrlich für eine offene Gesellschaft sind. Ich werde also durch meine Kritik nicht zu einem Feind des kapitalistischen Systems und ganz gewiß kein Anhänger des Sozialismus. Aber so, wie es jetzt funktioniert, ist das System nicht in Ordnung. Finanzmärkte brauchen Aufsicht und Kontrollen. Davon möchte ich die Welt überzeugen.“; „SPIEGEL: Nicht nur das – Sie beklagen ja auch, daß traditionelle Werte in der Gesellschaft abhanden gekommen sind. Soros: Ja. Es wird allgemein angenommen, die Menschen wüßten, was sie wollen. Das stimmt aber nicht. In unserer Gesellschaft haben Transaktionen die Beziehungen ersetzt. Die Menschen sehen sich vielen Möglichkeiten gegenüber, und sie sind oft verwirrt. Geld wird nicht als Mittel zum Zweck gesehen, sondern ist selbst zu einem Endzweck geworden. Trotzdem meine ich, daß die Märkte einen Mechanismus bieten, der individuelle Bedürfnisse am besten befriedigen kann. Es gibt jedoch soziale und kollektive Bedürfnisse, die nicht auf den Märkten ihren Ausdruck finden. Und wir haben ja in

Gestalt der repräsentativen Demokratie einen Mechanismus, der dem Allgemeinwohl dient. Den aber gibt es in der globalen Wirtschaft nicht. SPIEGEL: Also was tun? Soros: Die Menschen vertrauen heute überwiegend einer Politik des Laissezfaire; ich nenne das Markt-Fundamentalismus. Politische Eingriffe in die freien Märkte werden abgelehnt. Das ist meine größte Sorge. Obwohl ich mich selbst nach den Spielregeln verhalte, befürworte ich, daß diese Regeln geändert werden.“; „SPIEGEL: Der Kapitalismus hat wegen der Erfahrungen in Rußland bei vielen Menschen seinen Reiz verloren. Soros: Ja. Nach dem Zusammenbruch eines totalitären Regimes hat sich in Rußland nicht eine offene Gesellschaft, sondern eine groteske Abart des Kapitalismus entwickelt. Das war eine Enttäuschung. Mindestens ebenso enttäuschend aber war die Antwort der offenen Gesellschaften des Westens. Die denken vor allem an ihren eigenen Wohlstand, und es interessiert sie wenig, was mit den Menschen jenseits ihrer Grenzen geschieht.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8447972.html>

XVIII. „Spiegel“-Artikel von 2002 mit gemischter Botschaft

ARGENTINIEN: Das Land ist ausgelutscht (29.12.2001)

Von Glüsing, Jens

Staatsbankrott und Regierungskrise, Pleitewelle, Unruhen und Plünderungen: Innerhalb weniger Jahre rutschte der einstige Vorzeigestaat Südamerikas in die Katastrophe. Neben Peso und Dollar setzt die neue Übergangsregierung nun auf eine ‚dritte Währung‘.

Neoliberale Kritik am „Leben über die Verhältnisse“, keynesianisches Sparparadoxon. „Die Argentinier genossen die ‚plata dulce‘, das ‚süße Geld‘, und fast jeder lebte über seine Verhältnisse. Vor allem die Politiker, die den Staat seit jeher als Selbstbedienungsladen betrachteten und ihre Anhänger mit öffentlichen Jobs versorgten.“; „Cavallos Sparwut trieb das Land in einen Teufelskreis: Der verschuldete Staat kürzte seine Ausgaben immer stärker. Darunter litt die Konjunktur. Dadurch wiederum sanken die Steuereinnahmen – eine schier ausweglose Situation.“; „Köhler hat die Geduld mit den Südamerikanern verloren. Immer wieder ist der Währungsfonds eingesprungen, um Argentinien aus einer akuten Notlage zu befreien – auch auf die Gefahr hin, dass er damit das Phänomen auslöst, das Ökonomen mit ‚moral hazard‘ beschreiben: Wenn Regierungen und Zentralbanken sich darauf verlassen können, dass IWF oder Weltbank sie aus der Schuldenfalle befreien, dann werden sie in Zukunft kaum vorsichtiger mit dem Geld umgehen.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21086859.html>

DER WIRTSCHAFTSWAHLKAMPF (09.02.2002)

Von Glotz, Peter

Neoliberale Reformen werden als richtig, aber nicht als Allheilmittel erachtet. USA als Beispiel für negative Folgen. „Beide wissen genau, was man im digitalen Kapitalismus (den beide gravitatisch ‚unsere soziale Marktwirtschaft‘ nennen würden) tun müsste, um die Arbeitslosigkeit zu verringern: Privatisierung von Staatsaktivitäten, Lockerung des Kündigungsschutzes, Kürzung der Subventionen, zum Beispiel für Werften, Kohle oder Landwirtschaft. Schröder hat kaum etwas davon angerührt. Stoiber aber tut nicht einmal so, als ob er diese Politik ändern wollte.“; „Was den weniger qualifizierten bleibt, sind Bad-Jobs oder persönliche Dienstleistungen. Für die Bad-Jobs gilt der berühmte Witz aus den USA. Clinton verkündet, er habe 70 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Meldet sich einer aus Detroit: Jawohl, ich habe drei davon. Die Bereitschaft, Kindermädchen einzustellen, sollte man weiß Gott begünstigen und erleichtern. Aber es gibt Millionen junge Frauen (von den jungen Männern nicht zu reden), die nicht ‚dienen‘ wollen. Der Kombilohn ist eine gute Idee, aber er greift nur in verschwindend wenigen Fällen. Das heißt: Regierungen können Rahmenbedingungen ändern, durch Steuer-, Bildungs-, Wettbewerbs- und Sozialpolitik. Das kann man sowohl Schröder als auch Stoiber zutrauen. Die Sprüche über ‚Erwerbsarbeit für alle‘ aber sind heilige Formeln aus einer vergangenen Welt.“; „Aber man muss vorsichtig sein. Wer zu ‚amerikanisch‘ wird, bekommt amerikanische Verhältnisse. In New York sind 30 000 Menschen obdachlos; die sieht man inzwischen zwar nicht mehr, weil Ex-Bürgermeister Rudolph Giuliani dafür gesorgt hat, dass jeder, der im Freien übernachtet, abgeführt wird. Die Folge ist aber auch, dass man bestimmte Quartiere großer amerikanischer Städte gar nicht mehr betreten kann, wenn man Kreditkarten in der Tasche hat. Wer solche Bedingungen in Deutschland einführen wollte, bekäme scharfen Gegenwind. Stoiber will das genauso wenig wie Schröder. Im Prinzip wollen beide die Toleranz zwischen unterschiedlichen Lebensstilen, das einigermäßen friedliche Nebeneinander produktivistischer und nichtproduktivistischer Lebensmodelle.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21411067.html>

SPD: Oskars Wunderhorn (27.05.2002)

Von Glotz, Peter

Peter Glotz über Oskar Lafontaines neues Buch „Die Wut wächst“

Politik gegen die Märkte ist unrealistisch; kritisch: neoliberale Hegemonie wird konstatiert und eine zukünftige Gegenbewegung erwartet. „So behauptet er: ‚Die Tobin-Tax ist machbar, sie würde ihren Zweck erfüllen und die Wechselkurse stabilisieren.“; „Und was bringen Sätze, die aus der Zeit stammen, als das Wünschen noch geholfen hat – wie in Liedern aus ‚Des Knaben Wunderhorn‘? Aus der beliebig verlängerbaren Liste folgende Beispiele: ‚Die westliche Staatengemeinschaft wäre gut beraten, stärker als bisher auf die Kulturen anderer Länder Rücksicht zu nehmen.‘ Oder: ‚Die Vereinigten Staaten wären gut beraten, ihre hervorragenden Verbindungen zu nutzen und die (saudische) Königsfamilie zu demokratischen Reformen zu drängen.‘ Oder: ‚Die reichen Länder müssen teilen.“; „Nach diesem Buch wird die politische Klasse Oskar Lafontaine, der eigentlich nie ein Ideologe, sondern immer ein erbarmungsloser Pragmatiker mit gelegentlicher Neigung zu linkspopulistischen Aufschwüngen war, endgültig zum Gottseibeius erklären. Das ist aber falsch. Wir Deutschen sollten uns nicht von der erdrückenden Mehrheit der neoklassischen Ökonomen einlullen lassen. Lafontaines Neo-Keynesianismus spielt zwar bei uns derzeit allenfalls in der PDS eine politische Rolle. Im Kern sagt Lafontaine aber nichts anderes als der Milliardär George Soros, der Wirtschaftsnobelpreisträger und frühere Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, oder der renommierte österreichische Ökonom Egon Matzner. Natürlich gilt in Deutschland als verrückt, wer die Unabhängigkeit der Bundesbank in Frage stellt, eine Reform der Weltfinanzarchitektur fordert und die Lohnzurückhaltung deutscher

Gewerkschaften im Jahr 2001 als ökonomischen Unsinn geißelt. Man sollte sich aber nicht in die Tasche lügen: Im neuen, von François Hollande formulierten Programm der französischen Sozialisten steht dasselbe, was Lafontaine fordert, nur ohne dessen tolldreiste Begrifflichkeit. Die Globalisierungsgegner, zu deren Sprecher sich Lafontaine macht, sind zwar, wie Wulf Schmiese zu Recht gesagt hat, ein Gemisch aus ‚scharfer Weltmarktanalyse, schlichter Gutmenschlichkeit und vergorenem Sozialismus‘. Sie sind aber trotzdem im Aufwind und dürften in vielen Parteien der europäischen Linken im Jahr 2004 oder 2005 eine lautstarke Rolle spielen. Wer den Saarländer zum Irren erklärt, täuscht sich über die Lage. Die kulturelle Hegemonie der neoliberalen Wirtschaftspolitik ist heute, in einer Phase des Übergangs vom Industriekapitalismus zum digitalen Kapitalismus, unbestreitbar. Aber sie wird schon in wenigen Jahren brutal angefochten werden. Lafontaine könnte wieder modern werden. Das ändert allerdings nichts daran, dass manche seiner Zuspitzungen in der Tat ‚irre‘ sind. Das gilt erstens für die Terminologie. Wer von ‚Spielhöhlen des Kasinokapitalismus‘ spricht, den ‚Raubtierkapitalismus‘ beschwört und die Fondsmanager auf den internationalen Finanzmärkten als ‚Haie‘ bezeichnet, bringt sich aus dem politischen Spiel. Dies gilt aber auch für eine ganze Reihe der ‚analytischen‘ Überlegungen Lafontaines.“; „Ebenso fragwürdig ist Lafontaines Argument, man hätte die Post nicht privatisieren dürfen, weil die Bevölkerung auf dem Land von einem privaten Konzern nicht ausreichend bedient würde. Richtig ist, dass es weniger Poststellen in der Fläche gibt. Aber die gute alte Post ist unter der Stabführung von Klaus Zumwinkel zu einem der größten Logistikkonzerne der Welt geworden. Hätte die Privatisierung von Post und Telekom nicht stattgefunden, hätten wir einen kranken Staatsriesen, der viele Marktanteile verlöre und deshalb noch mehr ‚Postämter‘ zumachen müsste. Selbstverständlich gibt es einen Deregulierungswahn; und nicht alle Deregulierungsideen von FDP-Vize Rainer Brüderle oder EU-Kommissar Mario Monti überzeugen. Für solch eine Kritik muss man sich aber schon die richtigen Beispiele auswählen.“; „Was Lafontaine in seiner Analyse missachtet, sind objektive Strukturzusammenhänge. Natürlich funktionieren ökonomische Wenn-dann-Beziehungen nicht wie Naturgesetze. Man kann die Wirtschaft durch Wirtschaftspolitik beeinflussen (wenn man dazu die Macht hat). Aber wenn ein Autor die neue Dynamik der Finanzmärkte diskutiert, ohne die moderne Kommunikationstechnik auch nur ein einziges Mal zu erwähnen, zweifelt man. Natürlich ist es wirkungsvoll, wenn Lafontaine dem zweifelhaften Begriff ‚Lohnzurückhaltung‘ den Begriff ‚Gewinnzurückhaltung‘ entgegengesetzt. Aber was soll man von folgendem Satz halten: ‚Würde eine Großbank beispielsweise auf den Gewinn von einer Milliarde Euro verzichten, dann könnte sie, wenn man einen finanziellen Aufwand pro Beschäftigten von 50 000 Euro zu Grunde legt, 20 000 Menschen zusätzlich beschäftigen.‘ Sorry, so funktioniert der Kapitalismus – trotz gelegentlicher wohltätiger Stiftungen – nicht. Würde eine Großbank auf den Gewinn von einer Milliarde Euro ‚verzichten‘, würde der Aufsichtsrat das Management auf der Stelle feuern. Und würden unsere Unternehmen auf die Steigerung der Personalproduktivität pfeifen und 20 000 Leute mehr beschäftigen, als für die Herstellung bestimmter Produkte oder Dienstleistungen nötig sind, wäre es um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geschehen.“; „Nein, eine gelungene Zeitdiagnose ist dieses Buch nicht. Das sollte es wohl auch nicht sein. Eher ein Manifest, ein Aufruf zum Sammeln, ein Trompetenstoß. Lafontaine, der Modernisierer der achtziger Jahre, der sich mutig mit der IG Metall für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten anlegte, nennt sozialdemokratische Modernisierer heute ‚Trottel des Neoliberalismus‘. Wohin soll das führen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22702468.html>

SPIEGEL-GESPRÄCH: Ich bin ein Überzeugungstäter (24.06.2002) ■

Von Aust, Stefan; Hammerstein, Konstanin von; Sauga, Michael

Peter Hartz, Personalvorstand bei Volkswagen, über die Arbeit der von ihm geleiteten Kommission der Bundesregierung zur Reform des Arbeitsmarkts, über heilige Kühe der Tarifparteien und Arbeitslose als Angestellte des Arbeitsamts

Fragen nach Interessengruppen, aber auch nach Wirksamkeit rein angebotsseitiger Maßnahmen. „Stark genug, um es mit den mächtigen Interessengruppen von Sozialpolitikern, Arbeitgebern und Gewerkschaften aufzunehmen, die bisher jede Reform verhindert haben?“; „Vermutlich sind Sie gleich auf eine komplette Herde heiliger Kühe gestoßen.“; „Das klingt schön, setzt aber voraus, dass es genügend Beschäftigung gibt. In Magdeburg oder Rostock dürfte das ein frommer Wunsch bleiben.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22955250.html>

Wa(h)re Bildung (29.07.2002)

Von Jung, Alexander

Darf Bildung kommerzielle Dienstleistung sein? An deutschen Universitäten ist darüber eine heftige Debatte entbrannt. Wohin der Trend geht, ist klar: Immer mehr private Ausbildungsstätten konkurrieren mit staatlichen Einrichtungen – doch sind die neuen wirklich besser?

Bildungsprivatisierung befürwortet, allerdings mit Einschränkungen. „Der Vorteil der Privatuni, so der Ökonom und Ex-US-Arbeitsminister Robert Reich, ‚liegt weniger in der Größe ihrer Bibliothek oder der Klugheit ihrer Professoren als in der hohen Güteklasse ihrer Kontakte‘. Und in den besonderen Freiheiten, die sie genießt: Sie kann Professoren, ohne auf Dienst- oder Tarifrecht achten zu müssen, nach Leistung bezahlen, ihren Lehrplan straff und praxisnah organisieren. Vor allem: Sie kann sich ihre Studenten aussuchen, ohne dass sich eine Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen einmisch. Auf diese Weise gewinnt sie Profil gegenüber den staatlichen Anstalten, deren Spielraum ohnehin begrenzt ist. ‚Die sind eingezwängt in ein öffentlich-rechtliches Paragrafenkorsett‘, klagt Manfred Erhardt,

Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, und würden teilweise immer noch ‚wie Wasserwirtschaftsämter‘ behandelt. Die Studentin Cornelia Haas, 24, hat beides erlebt. Erst die Universität in Jena, wo die Hörsäle über die ganze Stadt verstreut sind und die Vorlesungen derart überfüllt, dass der Dozent ein Mikrofon braucht: ‚Man verschwendete viel Zeit mit Organisieren‘, erinnert sie sich. Dann wechselte sie zur Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung (WHU) in Vallendar bei Koblenz. Dort ist jeder Raum in zwei Minuten zu erreichen, zur Kommunikation reicht die Kraft der Stimme völlig aus: Auf 14 Professoren und mehr als 30 Dozenten kommen nur 420 Studenten. ‚Jeder kennt jeden‘, schwärmt Haas. Die WHU ist eine Art West Point für den Management-Nachwuchs: Wie in der berühmten amerikanischen Kadettenanstalt wird in Vallendar eine Elite trainiert. Sie soll später Firmen beraten oder Betriebe führen. Großunternehmen sind wichtigster Financier der Hochschule, ihr Einfluss ist allerorten zu besichtigen.“; „Bildung als eine Investition in die eigene Zukunft, für die der Einzelne selbst aufkommt – eine solche Denkweise ist in Deutschland noch ungewohnt, wenn auch nicht unbekannt. ‚Ergotherapeuten oder Piloten zahlen doch auch für ihre Ausbildung, nur Studenten bleiben unbehellig‘, wundert sich Klaus Landfried, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz. Geht es um Gesundheit oder Rente, ist private Vorsorge in Deutschland fast schon selbstverständlich, Bausparen wird sogar staatlich gefördert – und Bildungssparen? Selbst Banken lassen diesen Zukunftsmarkt immer noch links liegen. Studiengebühren sind das große Tabu, weil sie weniger Betuchte angeblich diskriminieren. Merkwürdig nur, dass ausgerechnet in Ländern mit einem ausgeprägten privaten Bildungswesen mehr Bürger eine Hochschule besuchen: In den USA und Großbritannien beginnen 45 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium, in der Bundesrepublik sind es nur 28 Prozent: Aus Arbeiterhaushalten in Deutschland nehmen gerade mal 12 Prozent ein Studium auf. ‚In Deutschland subventioniert die Masse, die nicht studiert, die wenigen, die studieren‘, wettet Hans Weiler, emeritierter Politikprofessor der Stanford University und Mitbegründer der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder): ‚Das ist sozial unerträglich.“; „Wie viele auch immer übrig bleiben: Fest steht, dass die privaten Hochschulen ihrer staatlichen Konkurrenz einen heilsamen Schock versetzt haben. Immer mehr Universitäten beginnen sich zu ‚entstaatlichen‘, so das Schlagwort, und erschließen sich neue Finanzquellen – Berührungspunkte zur Wirtschaft sind passé. Sie richten Verwertungsgesellschaften privaten Rechts ein, um Sponsorengelder einzusammeln, Unternehmen zu beraten oder sich an Betrieben zu beteiligen. Sie lagern Institute aus, um – befreit von öffentlich-rechtlichen Fesseln – ihr Know-how zu vermarkten. Oder sie lassen sich Lehrstühle von Unternehmen finanzieren.“; „Ausgründungen, Privatisierungen, Partnerschaften: Angesichts solcher Verbandlungen fürchten manche bereits die Entstehung eines akademisch-industriellen Komplexes, der nur noch fördert und erforscht, was verwertbar ist. ‚Wer zahlt, schafft an‘, laute das neue Gesetz, kritisiert der münstersche Philosophie-Professor Josef Früchtl. Der Einfluss der Geldgeber werde immer größer, warnt er und verweist auf die USA. Dort hatte der Fall der Universität Berkeley Aufsehen erregt, die mit Novartis vertraglich vereinbart hatte, dass der Chemiekonzern die Abteilung Pflanzen- und Mikrobiologie mit 25 Millionen Dollar unterstützt. Dafür überließ die Hochschule Novartis das Privileg, einen Teil der Forschungsergebnisse exklusiv auszuwerten. Mit solchen Deals droht die Universität in der Tat zur verlängerten Werkbank der Wirtschaft zu verkommen, abhängig von der Gunst des Finanziers und konjunkturellen Schwankungen ausgeliefert.“; „Offensichtlich gibt es also Grenzen, wie viel Markt das Bildungswesen verträgt, wie weit sich die Wissenschaft danach richten darf, was die Wirtschaft verlangt. Ist Bildung also am Ende doch eher öffentliches Gut als kommerzielle Dienstleistung? Sie ist beides zugleich, meint der Stanford-Professor Weiler: ‚Wer für mehr Privatisierung ist, muss nicht gleichzeitig für den Rückzug des Staates eintreten.‘ Selbst in den USA hat die Wirtschaft den Staat nicht verdrängt, im Gegenteil: Der amerikanische Staat gibt für Hochschulen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sogar mehr aus als der deutsche – und zusätzlich kommen in den USA, anders als in Deutschland, noch einmal in etwa gleicher Höhe private Mittel hinzu. Ein weiterer Unterschied: Der Kapitalstock der US-Hochschulen stammt weniger von Unternehmen als vielmehr von reichen Privatleuten. ‚Diese Art der Philantropie ist in Deutschland noch unterentwickelt‘, bedauert Weiler, ‚obwohl auch hier ungeheure Vermögenswerte übertragen werden.““

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23685478.html>

OSTEUROPA: Entdeckung der Langsamkeit (29.07.2002)

Von Kraske, Marion; Puhl, Jan; Schreiber, Sylvia

Ein Dutzend Jahre nach der großen Wende dominieren bei den EU-Beitrittskandidaten postkommunistische und linke Regierungen. Weil sie Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen fürchten, verzögern sie den Verkauf maroder Staatsbetriebe – und gefährden die Osterweiterung.

Notwendige Privatisierung, negative soziale und politische Folgen. „Deshalb geraten sie immer häufiger in Versuchung, den nostalgischen Sehnsüchten ihrer Wähler nach der angeblich sicheren alten Zeit nachzugeben. Vor allem die Privatisierung der großen Staatsbetriebe ist ins Stocken geraten. Um nicht Zehntausende weiterer Arbeitsplätze zu verlieren, behalten viele Staaten vor allem bei der Stahlproduktion und im Energiesektor das Sagen und bringen sich dadurch in die nächsten Schwierigkeiten: Statt sich auf das Jahrhundertprojekt der EU-Osterweiterung vorzubereiten, statt ihre Volkswirtschaften fit zu machen für einen Markt mit knapp 500 Millionen Verbrauchern, bedrohen sie ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und gefährden den EU-Beitritt.“; „Mit ihren Winkelzügen bei der Privatisierung verschaffen sich die Regierungen allenfalls kurze Atempausen. Denn die maroden Staatsbetriebe produzieren weiterhin Verluste. ‚Ineffiziente Strukturen werden zementiert‘, fürchtet Ralph Heinrich vom Kieler Institut für Weltwirtschaft: ‚Die Staaten sind mit den notwendigen Umbau-Aufgaben überfordert. Daher führt an der Privatisierung kein Weg vorbei.“; „Sie alle profitieren vom Zerfall der osteuropäischen Gesellschaften in eine dünne Schicht von

Modernisierungsgewinnern in den Städten und dem Rest der Bevölkerung. In Boom-Städten wie Budapest oder Bratislava werden inzwischen die gleichen Löhne gezahlt wie in Berlin oder Madrid. Die Arbeitslosigkeit liegt fast bei null. Dagegen herrscht in den ostslowakischen Industriegebieten oder in den schlesischen Kohlerevieren Not. Diese Spaltung, die sich nach einer Pleitewelle in der Schwerindustrie noch vertiefen kann, ist der soziale Nährboden, auf dem Meciar und Konsorten spekulieren, auf dem anti-europäischer Nationalismus gedeiht.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23685512.html>

ARBEITSMARKT: Wir wollen alle mitnehmen (05.08.2002) ■

Von Sauga, Michael und Schäfer, Ulrich

VW-Personal-Vorstand Peter Hartz über die Kritik an seiner Kommission, die Rolle der Gewerkschaften und die wichtigsten Aufgaben für den nächsten Bundeskanzler

„Einknicken“ vor Interessengruppen, Infragestellung ausschließlich angebotsseitiger Reformen. „Es geht aber nicht nur vorwärts, sondern auch zurück. Auf Druck der Gewerkschaften haben Sie viele Ihrer Pläne weich gespült. Aus Angst vor Protesten?“, „Hartz: Wir werfen nichts über den Haufen. SPIEGEL: Tun Sie doch. Zum Beispiel wollten Sie das Arbeitslosengeld in den ersten Monaten mal als Pauschale auszahlen. Dieser Plan ist wieder vom Tisch.“; „Eingeknickt sind Sie auch bei Ihrem Vorhaben, Arbeitslosengeld und -hilfe zeitlich zu befristen.“; „Viele Experten kritisieren, dass Sie es so genannten ‚Drückebergern‘ zu leicht machen, auf Kosten des Sozialstaats zu leben. Haben sie nicht Recht?“, „Ihr Konzept setzt vor allem auf Zeitarbeit. Glauben Sie wirklich, dass Sie damit auch nur einen Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot bringen?“, „Das erklärt aber immer noch nicht, wie Sie bei 1,5 Millionen offenen Stellen zwei Millionen Arbeitslose vermitteln wollen. Können Sie das Rätsel auflösen?“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23740170.html>

KRANKENVERSICHERUNG: Schluss mit Schnickschnack (12.08.2002)

Von Martens, Heiko

Die steigenden Gesundheitskosten treiben jetzt auch die Beiträge der privaten Krankenversicherungen hoch. Denn viele Ärzte halten sich an den Privatpatienten schadlos.

Private und gesetzliche Krankenversicherung kritisch beschrieben. „Die feine private Krankenversicherung steht nämlich mit ihren rund 8 Millionen handverlesenen Versicherten vor ähnlichen Problemen wie die gesetzlichen Kassen mit ihren 71 Millionen Pflichtkunden.“; „Während ihre gesetzliche Konkurrenz von der Hand in den Mund lebt und per Umlageverfahren jährlich das einsammelt, was ausgegeben wird, hat die private Krankenversicherung rund 100 Milliarden Euro an Rücklagen angesammelt, die später für ihre älter werdenden Versicherten eingesetzt werden können.“; „Denn trotz aller Lobeshymnen auf das kapitalgedeckte Versicherungssystem, nach dem in der Theorie jeder Versicherte durch Ansparen seinen Lebensverbrauch an Gesundheitskosten selbst finanziert, benötigen auch die privaten Krankenversicherungen gesunden, hohe Beiträge zahlenden Nachwuchs. Die Rücklagen allein reichen für steigende Ausgaben und ständig steigende Lebenserwartung der Versicherten nicht aus.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23786287.html>

EUROPA: Schlagt nach allen Seiten (12.08.2002)

Von Ertel, Manfred; Falksohn, Rüdiger; Leick, Romain; Mayr, Walter; Schlamp, Hans-Jürgen; Schreiber, Sylvia; Sontheimer, Michael; Zuber, Helene

Nur noch in fünf Mitgliedstaaten der Union regieren Sozialdemokraten. Die neuen konservativen Führungen, beeindruckt vom Erfolg rechtspopulistischer Parteien, kennen hauptsächlich ein Allheilmittel: sparen, kürzen, Zügel straffen.

Ambivalente Darstellung neoliberaler Politik. „Die letzten Bastionen der Sozialdemokraten, die freilich vorwiegend neoliberale Politik betreiben, sind Großbritannien, Griechenland, Finnland und Schweden.“; „Spaniens Ministerpräsident José María Aznar, dessen Konservative seit 1996 regieren, seit zwei Jahren sogar mit absoluter Mehrheit, hauchte dem heimischen Arbeitsmarkt ebenfalls mit Deregulierungen Leben ein. Die Steuerbelastungen der Unternehmen wurden gesenkt, Entlassungen durch Kürzung der Entschädigungen erleichtert, Zeitverträge ermöglicht, marode Staatsbetriebe privatisiert. Zwar landeten auffallend oft Spezies der Volkspartei PP an der Firmenspitze, aber Spanien schaffte europaweit die meisten Jobs. Jetzt schlägt Aznar allerdings eine Protestwelle entgegen. Studenten müssen für ein Stipendium neuerdings eine ‚besondere Notlage‘ nachweisen, Arbeitslose verlieren nach Ablehnung von drei Angeboten ihre Bezüge. Ficht ein Arbeitnehmer seine Entlassung gerichtlich an, braucht der Unternehmer den Lohn bis zum Urteil nicht mehr fortzuzahlen.“; „Das Projekt ‚Österreich neu regieren‘ bescherte dem Land überfällige Reformen, aber auch massive Prestige-Probleme. Einerseits konnte die Regierung bereits ein Jahr nach Amtsantritt ihrem hoch verschuldeten Land das Etappenziel Nulldefizit verkünden. Sie baute den europaweit größten Beamtenapparat ab, leistete rasche und großzügige Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, verabschiedete eine Rentenreform und Kindergeld für alle. Andererseits beklagen Österreichs Bürger inzwischen eine rekordverdächtige Steuerquote. Die Konsolidierung des Haushalts wird zu Lasten der Binnennachfrage betrieben. Studenten laufen gegen Studiengebühren Sturm. Und die Zuwanderungsquoten für Ausländer werden von niedrigem Niveau aus weiter gesenkt.“; „Einzig Tony Blair in London scheint zu wissen, wie es eine Linkspartei schaffen kann, die Opposition in

Schach und sich selbst ausdauernd an der Macht zu halten. Er setzt auf Privatisierung, auch wenn er dafür die historischen Verbindungen seiner Partei mit den Gewerkschaften belasten muss. Er verstärkt die Polizei, kündigt immer wieder drakonische Maßnahmen gegen ‚Scheinasylanten‘ an oder startet Kampagnen gegen ‚Sozialbetrüger‘. Er scheute nicht den Schulterchluss mit Berlusconi und Aznar, um die Liberalisierung des Arbeitsmarkts voranzutreiben – und damit auch die Demontage von Arbeitnehmerrechten. Obwohl ‚New Labour‘ den Verfall des Schul- und Gesundheitssystems stoppen konnte und Erfolge im Kampf gegen die Kinderarmut erzielte, haben von rund 400 000 Parteimitgliedern bei Regierungsantritt mittlerweile rund 130 000 das Weite gesucht. Gleichwohl hat die Opposition gegen Blair kein Rezept gefunden – kein Wunder, wird sie doch vom smarten Tony rechts überholt. Der Siegeszug der Rechten sei nur aufzuhalten, ließ Blair verlauten, wenn ganz Europa mobil mache gegen illegale Zuwanderer – am besten mit britischen Kriegsschiffen, die im Mittelmeer Flüchtlingskutter aufbringen, und einer Royal Air Force, die Asylanten massenhaft nach Hause fliegt.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23786307.html>

BRASILIEN: (19.08.2002)

Die Schlacht geht weiter

Von Matussek, Matthias

Die neuntgrößte Wirtschaftsmacht der Erde stemmt sich gegen eine Spekulationswelle. Auch der Rekordkredit des Weltwährungsfonds konnte nicht helfen.

Kritik an Finanzmärkten, IWF-Reformen positiv. „Doch dann musste sie mit anschauen, wie der psychologische Ertrag der kostspieligen Rettungsaktionen über Nacht zertrampelt wurde – von jener Herde der Spekulanten, die sich in einer Dauerstampede rund um den Erdball befindet, ständig zwischen Gier und Angst.“; „Dabei hat sich Brasilien bis dato als Musterschüler gezeigt. Das Land hatte umfangreich privatisiert, ist heute nach den USA der zweitgrößte Telekommunikationsmarkt des Kontinents. Es hat seine Schulden pünktlich bedient, die Inflation in Schach gehalten und einen Haushaltsüberschuss von rund vier Prozent erwirtschaftet – eine Marge, von der amerikanische oder europäische Finanzminister zurzeit nur träumen können.“; „Während der Währungsfonds den reformfaulen Nachbarn Argentinien seit Monaten zur Abschreckung für alle anderen im Hof hängen lässt, belohnte er Brasiliens untadeligen Kurs mit dem größten Kredit seiner Geschichte. ‚Drei Vivats für Brasilien‘, jubelte der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz letzte Woche, das Land habe die Spielregeln begriffen. Es sei ökonomisch so kreativ wie seine Fußball-Nationalmannschaft, die gerade den fünften WM-Titel geholt hat. Es habe den Kredit verdient. Uneigennützig war die Kreditvergabe unter Federführung der USA nicht: Mit rund 36 Milliarden Dollar haben sich amerikanische Firmen und Banken allein im letzten Jahr auf dem Riesenmarkt zwischen Amazonas und Pampas engagiert. Ein Verlust dieser Einlagen würde Schockwellen um den Globus schicken und die US-Wirtschaft erneut abschmieren lassen. Doch genau diese Gefahr wächst mit jedem Tag – unter dem Druck der Spekulation.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23905893.html>

Meisterwerk der Desinformation (02.09.2002)

Von Jung, Alexander und Mahler, Armin

„Der Ökonom Fredmund Malik über das amerikanische Wirtschaftswunder der neunziger Jahre als gigantischen Bluff, die Tricks der Statistiker, das falsche Vorbild USA und die neue Nüchternheit in deutschen Unternehmen

Shareholder Value und bedingungsloser Marktglaube kritisch, teurer Wohlfahrtsstaat. „SPIEGEL: Wie konnte es erneut zu einer solchen Fehleinschätzung kommen? Malik: Ursache ist ein Neoliberalismus, der mit wirklichem Liberalismus nichts zu tun hat. Liberal zu denken bedeutet keinesfalls, bedingungslos dem Markt zu vertrauen, der angeblich alles zum Besten richtet und stets klüger ist. Tatsächlich läuft der Markt immer nur hinterher: Er sagt uns nicht, wie wir handeln müssen, sondern lediglich, wie wir damals hätten handeln sollen. Der Markt verhindert keine Fehler, er bestraft sie. SPIEGEL: Jetzt klingen Sie wie ein Kapitalismuskritiker. Malik: Schon große liberale Denker wie Friedrich von Hayek wussten, dass der Markt höchst unvollkommen ist – aber alle anderen Lösungen noch viel schlechter sind. Entscheidend ist vielmehr die Freiheit jedes Einzelnen, sein Wissen und seine Fähigkeiten für seine Ziele und Zwecke verwenden zu dürfen. SPIEGEL: Wie sind die Unzulänglichkeiten des Marktes in den Griff zu bekommen? Malik: Der Markt bedarf eines präzise durchdachten Regelwerks. Selbst so liberale Ökonomen wie der Nobelpreisträger Milton Friedman wissen, dass eine Rechtsordnung und eine Justiz nötig sind, damit der Markt funktioniert. Auch wer das Konzept des Shareholder-Value propagiert, der das Aktionärsinteresse über alles stellt, darf nicht glauben, dass er damit im Sinne des Liberalismus handelt. Ein Unternehmen hat nicht den Zweck, die Aktionäre reich zu machen.“; „SPIEGEL: Wenn dieser deutsche Weg die bessere Alternative darstellt, wie kommt es, dass die deutsche Volkswirtschaft in puncto Wachstum in Europa den letzten Platz belegt? Malik: Bedenken Sie die besonderen Belastungen, die Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu tragen hatte: den teuren Wohlfahrtsstaat, die oft ungünstigen Wechselkurse, die kämpferischen Gewerkschaften, die Integration Europas und vor allem die Wiedervereinigung. Darum sage ich: Deutschland ist eine Wirtschaft, die ein permanentes Fitnessstraining unter Sonderlasten hinter sich hat. SPIEGEL: Aber wieso wurden in Amerika in zehn Jahren mehr als 15 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, während in Deutschland die Zahl stagnierte? Ist das auch nur ein Statistiktrick? Malik: Diese Zahlen zweifle ich nicht an, ich glaube allerdings, dass sich darunter viele Billigjobs verbergen. Verstehen Sie mich

bitte nicht falsch: Die deutsche Wirtschaft hat Probleme, keine Frage, aber welches Land hat keine? Es ist wirklich erstaunlich, mit welcher Bewunderung, ja fast Verklärtheit, hochrangige Manager von der US-Wirtschaft schwärmen und gleichzeitig Deutschland schlecht machen. Diese Volkswirtschaft kann einiges. Sie ist leistungsfähig, und sie kann Probleme besser lösen als jede andere.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-24389628.html>

BRASILIEN: Turbulenzen in den Tropen (30.09.2002)

Von Matussek, Matthias

Am kommenden Sonntag wählt das Riesenland am Amazonas einen neuen Präsidenten. Aussichtsreichster Kandidat ist der Veteran Luiz Inácio da Silva von der Arbeiterpartei PT – die Spekulanten schaffen ihr Geld schon ins Ausland.

Neoliberale Reformen erfolgreich, linker Präsident unbedenklich. „Die Turbulenzen am Finanzmarkt sind absurd, denn Lulas PT ist spätestens seit dem von Dirceu orchestrierten Richtungsparitätstag von 1999 in der Sozialdemokratie angekommen. Das Godesberger Programm in den Tropen: Seither schwört die PT auf Marktwirtschaft und fiskalpolitische Nüchternheit. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Lulas Partei längst jede politische Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt.“; „Diese Basisdemokratie scheint zu funktionieren: Das Geld fließt tatsächlich dahin, wo es am dringendsten gebraucht wird, statt in dunklen Kanälen für irgendwelche Phantasieprojekte zu verschwinden, die bei Brasiliens politischem Establishment durchaus beliebt sind.“; „Lula gilt als ehrlich. Das allein ist schon viel wert. Doch in erster Linie wird er wohl von einer Stimmung ins Ziel getragen werden, die sich ganz simpel mehr soziale Gerechtigkeit wünscht. Auf dem ganzen Kontinent, so wurde in einer Umfrage des chilenischen Instituts Latinobarómetro ermittelt, äußerten sich die Befragten ernüchtert über die zurückliegende Triumphdekade des Kapitalismus und seiner neoliberalen Reformen, die, wie es nun bisweilen aussieht, nur ein paar korrupte Politiker und Banker reicher gemacht hat und viele ärmer.“; „Unbestritten sind die Verdienste der Regierung von Fernando Henrique Cardoso. Mit dem Plano Real hat sie die Hyperinflation beendet, mit den Privatisierungen der Telekommunikations- und Energiebranchen wurden ausländische Investoren ins Land geholt und Serviceleistungen verbessert. Unter dem polyglotten Soziologieprofessor Cardoso werden heute mehr brasilianische Kinder eingeschult als je zuvor. Die Lebenserwartung stieg, die Säuglingssterblichkeit fiel. Rund 500 000 Tagelöhnerfamilien bekamen Land, doppelt so viele wie in den 30 Jahren zuvor. Daneben wurden gigantische Amazonas-Gebiete als geschützte Indio-Reservate ausgewiesen. Doch die soziale Ungleichheit wuchs auch während der Cardoso-Jahre. Zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über die Hälfte des nationalen Einkommens. Auf der anderen Seite leben 50 Millionen in Armut, 20 Millionen im Elend. An Rios Neureichenstrand Barra schießen Shoppingmalls und Designerläden aus dem Boden. Gleichzeitig gibt es Kinder mit Hungerödemen wie in den Katastrophengebieten Afrikas.“; „Als Gesundheitsminister in Cardosos Kabinett erwarb er sich durchaus politische Verdienste. In einem beispielhaften Programm sorgte er etwa für Billig-Medikamente in den Apotheken und durchbrach mit einer spektakulären Aktion das Monopol der US-Pharmakonzerne bei der Behandlung von Aids.“

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25327082.html>

KOALITION: Sparen und Schulden machen (14.10.2002)

Von Hammerstein, Konstantin von; Knaup, Horand; Palmer, Hartmut; Sauga, Michael; Steingart, Gabor
Nach den USA und Frankreich bahnt sich auch in Deutschland ein Kurswechsel an: Unter Führung von Superminister Wolfgang Clement soll das Primat der Sparpolitik beendet, die staatliche Investitionspolitik dagegen verstärkt werden. Nur einer sträubt sich noch: Kassenwart Eichel.

Zu teure Arbeit, keynesianische Sicht auf Sparpolitik. „Er will eine Reduzierung der Lohnnebenkosten durchsetzen, von der lange nur geredet wurde. Denn der 40-prozentige Aufschlag auf die Löhne wirkt wie eine Strafsteuer auf Arbeit.“; „Denn eine übertriebene Knauserigkeit, das spürt die deutsche Wirtschaft derzeit sehr genau, sorgt in der Krise für eine Verschärfung aller Probleme, weil dem Wirtschaftskreislauf das Lebenselixier entzogen wird. So schrumpften zwar die Defizite des Staates, doch die staatlichen Arbeitsplätze und die staatlich geförderten Investitionen schrumpften gleich mit. Das Ergebnis: Der Abschwung fällt heftiger aus. Was als konjunkturelle Delle begann, könnte schnurgerade in die Rezession führen. Weitere Sparpakete sind da eher hinderlich.“; „Denn nur wo investiert wird, können neue Jobs entstehen. Und wenn die unternehmerischen Investitionsaktivitäten lahmen, so die Theorie, die der Brite John Maynard Keynes bereits in den dreißiger Jahren entwickelte, muss der Staat eben als Schrittmacher einspringen. Vorbild USA: Die Führungsnation der westlichen Industriestaaten, obwohl von konservativen Hardlinern regiert, steuert seit dem Anschlag auf das World Trade Center einen Kurs der planmäßigen Schuldenmacherei. Unmittelbar nach dem Terrorakt und noch einige Male danach beschloss Senat und Repräsentantenhaus für ihr in Trauer und Depression versunkenes Land ein staatliches Muntermachprogramm von 130 Milliarden Dollar, das den Abschwung bislang freilich nur verlangsamen konnte.“; „Was der kabinettseigene Klassenkampf auf dem Arbeitsmarkt bewirkte, interessierte die ewigen Kontrahenten dabei ganz zuletzt. Das Arbeitsministerium gab immer der Sicherung der Sozialkassen den Vorrang – auch wenn die hier zu Lande angebotenen Jobs dabei nahezu unbezahlbar wurden. Das Wirtschaftsressort wiederum pochte auf der reinen Lehre. Nun soll Clement die notorischen Gegenpole zu einem neuen Pragmatismus zusammenführen. Die Gutmenschen aus der Sozialabteilung haben einzusehen, dass sich Arbeitsplätze für die Unternehmen rechnen müssen. Die Marktapostel aus der Ökonomiefabrik sollen ihre Ideen den Vertrauensleuten der IG

Metall verständlich machen können. Kompromisslos muss der neue Superminister auch in seiner wichtigsten Unterabteilung aufräumen – der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Die Megabehörde mit ihren 181 Filialen und fast 90 000 Mitarbeitern soll einen Großteil jener Einfälle umsetzen, mit denen Clement die Beschäftigung ankurbeln will. Experten wissen: Zieht der Apparat nicht mit, werden alle Initiativen in der erprobten Bürokratenmühle zermahlen.“
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25448045.html>

Anhang 2: Neoliberale „Spiegel“-Journalisten

I. „Spiegel“-Autoren, die Artikel mit neoliberaler Botschaft verfasst haben²

Autor	Häufigkeit	Biografische Informationen
Michael Sauga	25	*1959, VWL, Kölner Journalistenschule, LE-Förderpreis 1992, Wirtschaftswoche, Focus
Christian Reiermann	17	*1962/63, Berliner Zeitung, Focus, 2004/5 Welt am Sonntag
Ulrich Schäfer	17	*1967, VWL in Münster, Washington; Henri-Nannen-Schule, LE-Förderpreis 1999
Gabor Steingart	9	*1962, Politik, VWL (Nebenfach), Germanistik in Berlin, Marburg, Holtzbrinck-Schule, Wirtschaftswoche
Alexander Jung	9	*1966, Geschichte, Journalismus, Öffentliches Recht und Politik in Gießen, Boston; Die Woche
Horand Knaup	9	*1959, Politikwissenschaftler, Badische Zeitung
Konstantin von Hammerstein	8	*1961, Politik, Geschichte, Philosophie in Berlin, Deutsche Journalistenschule
Renate Merklein	5	*1939, VWL in Hamburg, München; verheiratet mit Armin Gutowski (Sachverständigenrat, LE-Preisträger), LE-Preis 1983, ab 1991 Mitglied des Herausgeberrats von Handelsblatt und Wirtschaftswoche
Wieland Wagner	5	*1959, Asien-Korrespondent, Promotion über japanische Außenpolitik im 19. Jahrhundert
Ralf Neukirch	5	*1965, AP, Handelsblatt, seit 2002 beim Spiegel, Henri Nannen Preis 2014
Alexander Neubacher	4	*1968, VWL, Kölner Journalistenschule, Wochenpost, Bizz Capital
Michael Fröhlingsdorf	4	*1963/64, Dipl.-Theologe, KNA, Nomos, Weltbild, Trierischer Volksfreund
Markus Dettmer	4	*1961, VWL, Kölner Journalistenschule, Stern
Joachim Preuß	3	*1956, Geschichte, Romanistik, Kunst in Duisburg, Volontariat Rheinische Post
Klaus-Peter Kerbusk	3	*1947/48, Wirtschaftsressort
Elisabeth Niejahr	3	*1965, VWL in Köln, London, Washington; Kölner Journalistenschule
Jan Fleischhauer	3	*1962, Literaturwissenschaft, Philosophie, Henri-Nannen-Schule
Winfried Didzoleit	3	*1941, VWL in Köln und Würzburg, Kölner Stadtanzeiger, Frankfurter Rundschau, beim Spiegel seit 1979
Roland Nelles	3	*1971, Politik in Berlin, Axel-Springer-Journalistenschule, Hamburger Abendblatt, Welt, Die Woche
Dietmar Hawranek	2	
Armin Mahler	2	(zuvor Wirtschaftswoche)
Frank Dohmen	2	
Stefan Berg	2	
Hans Hoyng	2	
Joachim Kronsbein	2	
Reinhard Mohr	2	

² Nicht gezählt wurden Interviews. Häufig haben mehrere Autoren an einem Artikel mitgewirkt.

Hans-Jürgen Schlamp	2	
Ralf Beste	2	
Barbara Schmid	2	
Romain Leick	2	
Matthias Geyer	2	
Klaus Werle	2	
Gerd Rosenkranz	2	
Ulrich Deupmann	2	
Julia Koch	2	
Dinah Deckstein	2	
Nils Klawitter	2	
Annett Conrad	2	
Janko Tietz	2	
Werner Meyer-Larsen	1	
Wolfgang Kaden	1	(1994 Wechsel zum Manager Magazin, 2002 LE-Preis)
Wulf Küster	1	
Dieter Kampe	1	
Stephan Burgdorff	1	
Peter Schille	1	
Rudolf Augstein	1	
Hellmuth Karasek	1	
Dieter Wild	1	
Michael Schmidt-Klingenberg	1	
Erich Wiedemann	1	
Hans Hielscher	1	
Carlos Widmann	1	
Lutz Krusche	1	
Anuschka Roshani	1	
Henryk M. Broder	1	
Erich Follath	1	
Olaf Ihlau	1	
Stefan Aust	1	
Hendrik Mundsberg	1	
Dirk Koch	1	
Peter Bölke	1	
Heiko Martens	1	
Sylvia Schreiber	1	
Sonja Niemann	1	
Christoph Schlegel	1	
Wolfgang Reuter	1	
Conny Neumann	1	
Cordula Meyer	1	
Sven Röbel	1	
Andreas Ulrich	1	
Uwe Buse	1	
Fiona Ehlers	1	
Ullrich Fichtner	1	
Hauke Goos	1	
Lothar Gorris	1	
Ralf Hoppe	1	
Dirk Kurbjuweit	1	
Claus Christian Malzahn	1	
Alexander Smolczyk	1	
Ingo Malcher	1	
Almut Hielscher	1	
Caroline Schmidt	1	
Marco Evers	1	
Björn Finke	1	
Frank Hornig	1	
Marcel Kehler	1	
Fabian Löhe	1	

Per Hinrichs	1
Christoph Schult	1
Manfred Ertel	1
Norbert F. Pötzl	1
Petra Bornhöft	1
Steffen Winter	1
Hartmut Palmer	1
Felix Kurz	1
Ulrike Knöfel	1
Hajo Schumacher	1
Ulrike Meyer-Timpe	1
Julia Friedrich	1
Udo Ludwig	1

II. Gegenprobe anhand des „Spiegel“-Jahrgangs 2001 (bzw. 1999³ und 2003⁴)

Artikel mit neoliberaler Botschaft	Autoren							
	Sauga	Reiermann	Niejahr	Schäfer	Hammerstein	Knaup	Nelles	Neubacher
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21057479.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20660201.html	X	X						
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20462167.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20410425.html	X	X		X				
http://www.spiegel.de/wirtschaft/altersvorsorge-anreiz-zur-flucht-a-139867.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20073649.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20017791.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19864198.html	X	X						
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19645901.html	X	X		X				
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19488803.html	X				X			X
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19285811.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19237398.html	X				X			
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19181314.html	X	X		X				
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19181319.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18869836.html	X							X
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18818210.html	X							

³ Im Fall von Elisabeth Niejahr wurde dieses Jahr gewählt, weil sie 2001 nicht mehr beim Spiegel arbeitete.

⁴ Ralf Neukirch und Roland Nelles waren 2001 noch nicht beim Spiegel.

	Sauga	Reiermann	Niejahr	Schäfer	Hammerstein	Knaup	Nelles	Neubacher
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18758682.html	X				X	X		
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18479619.html	X	X						
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18479621.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370138.html	X	X						
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18309085.html	X	X						
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18124550.html	X							
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20899347.html		X						
http://www.spiegel.de/wirtschaft/koenjunktur-regierung-denkt-ueber-vorzuehen-der-steuerreform-nach-a-161144.html	X	X						
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19437971.html		X		X				
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19022372.html		X			X			
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18309088.html		X						
http://www.spiegel.de/wirtschaft/wirtschaftspolitik-prinzip-hoffnung-a-140190.html		X		X				
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20849216.html				X	X	X		
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20521125.html				X				
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19698979.html				X				
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19594658.html						X		X
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19542717.html						X		X
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204138.html						X		
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18924622.html					X			
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13981190.html			X					
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13950582.html			X					
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13734201.html		X	X	X		X		
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13667245.html			X					
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13220367.html			X	X		X		
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-12807475.html			X	X				
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-12771212.html			X	X				

	Sauga	Reiermann	Niejahr	Schäfer	Hammerstein	Knaup	Nelles	Neubacher
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-12771214.html			X					
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-10245862.html		X	X					
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-10208952.html		X	X	X		X		
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-10126976.html			X					
http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-9583319.html			X					
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-29410483.html	X				X	X	X	
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-27970526.html							X	X
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-27779275.html	X					X	X	
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-26609773.html		X					X	
http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-26329163.html		X				X	X	
Summe	25	19	12	13	7	10	5	5